



This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

### Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

- + *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.
- + *Refrain from automated querying* Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.
- + *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.
- + *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

### About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at <http://books.google.com/>



## Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

## Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

- + *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.
- + *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.
- + *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.
- + *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

## Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter <http://books.google.com> durchsuchen.



ZH/ Germ  
A/2 G 104

DEPOS.  
Folio 104







**A r c h i v**  
der  
**Forst- und Jagd-Gesetzgebung**  
der  
**deutschen Bundesstaaten.**

Herausgegeben

von

**St. B e h l e n,**  
Königl. Bayerischem Forstmeister.

**Sechsten Bandes erstes Heft.**

---

**Freiburg im Breisgau,**  
**Verlag der Fr. Wagner'schen Buchhandlung.**

**1 8 3 9.**



**PRESERVATION MASTER  
AT HARVARD**

# I.

## Großherzogl. Badische Forst- und Jagd- gesetze, Verordnungen und allgemeine Verfügungen.

### 1. Wildschadengesetz.

Vom 31. October 1833.

### Erster Theil.

### Ueber den Wildschaden und die Ersatzpflicht.

#### Erster Abschnitt.

#### Verbindlichkeit zum Schadenersatz.

---

§. 1. Der Inhaber einer Jagd — er mag solche als Eigenthümer, oder als Pächter, oder unter einem andern Rechtsmittel besitzen — ist schuldig, den innerhalb seines Jagdbezirks vom Wilde angerichteten Schaden zu vergüten.

§. 2. Ist das Jagdrecht verpachtet, oder überhaupt die Ausübung desselben von dem Eigenthümer einem Andern überlassen, so haftet der Eigenthümer der Jagd für den, der sein Jagdrecht ausübt, in der Art, daß er den Schadens- und Kostenbetrag, zu dessen Ersatz der Letztere verurtheilt ist, so weit er von diesem wegen Zahlungsunfähigkeit nicht geleistet werden kann, selbst zu entrichten hat, wenn er innerhalb Jahresfrist, von der Rechtskraft des gegen den Pächter ergangenen Urtheils an, dazu aufgefordert wurde.

§. 3. Verschiedene Theilhaber am Jagdrecht auf einem und demselben Jagdbezirke haften sammtverbindlich. Die Aus-



gleichung des Ersatzes unter den Theilhabern (gemäß L. R. S. 1214) geschieht nach dem Antheil eines Jeden an dem Jagdrecht; da jedoch, wo die Jagd nach der hohen und niedern getheilt, haftet jeder Jagdbesitzer für den Schaden, der von derjenigen Wildgattung verübt worden ist, über die ihm das Jagdrecht zusteht. Wo die Wildgattung nicht auszumitteln ist, hat der zur hohen Jagd Berechtigte drei Fünftel, und jener zur niedern Jagd Berechtigte zwei Fünftel an dem Ersatz beizutragen.

Die gleiche Sammtverbindlichkeit und Ausgleichung hat auch Statt bei den verschiedenen Theilhabern an einem Jagdpachte oder sonstigen Genuße eines fremden Jagdrechts.

§. 4. Ein Verzicht des Grundbesizers auf Ersatz künftigen Wildschadens und eine Verbindlichkeit desselben zur Wildhut mit der Wirkung, daß seiner Ersatzklage die Einrede der unterlassenen Hut, entgegen gehalten werden dürfte, können nie länger als auf fünf Jahre eingegangen, nach Umlauf dieser Frist aber auf gleiche Dauer erneuert werden.

§. 5. Ist ein Vertrag von der im vorhergehenden Paragraphen bezeichneten Art schon vor Verkündung dieses Gesetzes auf eine längere Dauer als auf fünf Jahre eingegangen worden, so verliert er gleichwohl längstens mit Ablauf von fünf Jahren von Verkündung dieses Gesetzes an seine Wirksamkeit, so fern er nicht in gesetzlicher Art erneuert wird.

§. 6. Niemand ist schuldig, zu dulden, daß sein Grundstück, wie immer dessen Lage beschaffen sei, durch einen Wildpark eingeschlossen werde. Bewilligt er dies aber vertragsmäßig, so kann es nur durch eine öffentliche Urkunde geschehen, welche die näheren Bestimmungen enthält. So weit diese Urkunde nichts anderes festsetzt, finden die gesetzlichen Bestimmungen über Vergütungen des Wildschadens für die im Park eingeschlossenen Grundstücke keine Anwendung. Gegen Entschädigung kann binnen fünf Jahren, von Verkündung dieses Gesetzes an, die Aufhebung der bereits bestehenden Parke von den Güterbesizern verlangt werden.

## Zweiter Abschnitt.

### Zu ersetzender Schaden.

§. 7. Der Schaden, welcher von Raubthieren, Raubvögeln, Streichvögeln oder Zugvögeln verursacht ist, wird nicht vergütet.

Im Uebrigen bezieht sich die Ersatzpflicht (§. 1) auf allen in Gärten, Feldern und Wiesen, Weinbergen und Waldungen verursachten Schaden unter folgenden näheren Bestimmungen.

§. 8. Wildschaden, der in Hausgärten und Baumschulen entsteht, wird nur wenn diese eingezäunt sind, und der Wildschaden an jungen Obstbäumen, welche auf nicht eingefriedigten Orten stehen, nur dann ersetzt, wenn solche während des Winters mit Stroh oder was sonst eingebunden waren.

§. 9. Bei Erzeugnissen, deren Beschädigung in einem Zeitpunkte eintritt, wo sie ihre vollständige Entwicklung noch nicht erhalten haben, ist der Umfang, den sie nach dem natürlichen Lauf der Dinge zur Zeit der Ernte haben würden, durch Schätzung auszumitteln, und der Anschlag dieses Ertrags zu Geld geschieht nach dem Preise, welcher zur Zeit der Schätzung im Orte als der mittlere laufende gilt.

§. 10. Von dem so berechneten Ertrage muß in Rücksicht der Gefahren, welchen das Gewächs bis zur Ernte noch ausgesetzt gewesen wäre, wegen ersparter Bau- und Einheimungskosten und wegen des frühern Empfangs der Schadloshaltung nach richterlichem Ermessen ein Abzug gemacht werden, welcher nicht weniger als den zwanzigsten, und nicht mehr als den fünften Theil der berechneten Schadenssumme betragen darf.

§. 11. Wenn in dem, im §. 9 gedachten Falle die Beschädigung von der Art ist, daß ein Wachsthum der beschädigten Erzeugnisse noch möglich erscheint, so kann der Jagdinhaber oder der Beschädigte verlangen, daß der mutmaßliche Schaden von den Schätzern vorläufig nur aufgenommen und vorgemerkt, beim Eintritt der Reife des Gewächses aber erst abgeschätzt werde, ob und um wie viel der Ertrag als Folge des erlit-



tenen Wildschaden sich geringer oder höher herausstelle; bei dem Anschlag zu Geld werden die zur Zeit der Ernte für das beschädigte Gewächs bestehenden Preise angenommen, und an dem Betrag der etwaigen Entschädigung die geringeren Einheimungskosten abgezogen.

§. 12. In Waldungen wird nur derjenige Schaden vergütet, welcher sich

1) in besamten oder angepflanzten Districten ergibt, wenn dadurch eine neue Besamung oder Anpflanzung nöthig wird;

2) in Verjüngungsschlägen, wenn eine auf natürlichem Wege sich nicht mehr mit Holz bestockende Blöße entstehen sollte.

Zum Ersatze eignen sich in solchen Fällen

a) die Kosten der neuen Besamung oder Anpflanzung,

b) der nach dem Alter der künstlichen Waldanlagen oder der Verjüngungsschläge dem Eigenthümer durch Entbehrung des jährlichen Zuwachses zugegangenen weiteren Schaden.

§. 13. Der Wildschaden, welcher, so weit er bei Waldungen zu ersetzen ist, weniger als fünf Gulden, und bei andern Grundstücken weniger als 40 fr. beträgt, kann nicht Gegenstand der Ersatzforderung sein.

Zur Erreichung dieses Betrags ist der Beschädigte befugt, allen innerhalb des nämlichen Jagdbezirks an verschiedenen Stellen erlittenen noch uneingeklagten, gleichzeitig durch die Schätzung erkennbaren Schaden zusammen zu rechnen und zu dem gleichen Zweck mit andern Beschädigten, wenn deren Grundstücke, auf denen ein durch Schätzung gleichzeitig erkennbarer Schaden vorgekommen ist, entweder an einander grenzen oder wenigstens in derselben Gewann liegen, zu einer gemeinschaftlichen Ersatzforderung in Verbindung zu treten.

§. 14. In so weit ein Wildschaden nach den Grundsätzen einer ordentlichen Wirthschaft durch Wiederaanbau in demselben Jahre wieder eingebracht werden kann, soll hierauf bei der Abschätzung Rücksicht genommen werden. Jedenfalls aber sind die Kosten für die wiederholte Cultur (Auslage und Arbeit) zu vergüten.

---

## **Zweiter Theil.**

### **Verfolgung der Wildschadenersatzforderung.**

#### **Erster Abschnitt.**

##### **Außergerichtliches Verfahren.**

---

§. 15. Der Beschädigte kann vor Anbringung der Klage den außergerichtlichen Austrag seiner Ansprüche in folgender Weise versuchen.

§. 16. In jeder Gemeinde, oder in Gegenden, wo Wildschaden nicht häufig vorkommt, in mehreren Gemeinden, haben sich die Jagdinhaber mit dem Gemeinderath, beziehungsweise mit den betreffenden Gemeinderäthen, über die ständige aber widerrufliche Aufstellung von einem oder zwei Schägern zu vereinigen, welche von dem Untergericht, nach eingeholtem Gutachten des Forstamts, zur außergerichtlichen Abschätzung von Wildschaden bestätigt und eidlich verpflichtet werden.

Kommt eine solche Vereinigung nicht zu Stande, so hat das Untergericht, nach eingeholtem Gutachten des Forstamts und nach Vernehmung des Gemeinderaths, beziehungsweise der betreffenden Gemeinderäthe, so wie des Jagdinhabers, zwei Schäger auf gleiche Weise aufzustellen und eidlich zu verpflichten.

Finden sich bei den aufgestellten Schägern die zu solchen Abschätzungen nöthigen Kenntnisse in der Forstkultur und in der Landwirthschaft nicht vereinigt, so sind für die Fälle von Wildschaden in den Waldungen und für die auf Feldern u. s. w. verschiedene Schäger aufzustellen.

Da, wo zwei Schäger aufgestellt sind, und diese sich über den Betrag des Schadens nicht vereinigen können, gibt das Mittel zwischen beiden Abschätzungen den Ausschlag.

§. 17. Auf die Aufforderung Derjenigen, welche Wildschaden erlitten zu haben behaupten, hat sich der betreffende Schäger, oder wo zwei aufgestellt sind, haben sich die betreffenden Schäger (§. 16) innerhalb 24 Stunden an den Ort

der Beschädigung zu begeben, sofort nach genommenem Augenschein Demjenigen, der die Schätzung verlangte, in doppelter Ausfertigung eine Urkunde auszubändigen, welche enthält:

- a) die Beschreibung des Ortes (der Waldung oder des Gewanns), an welchem der Schaden verübt wurde,
- b) den Namen oder die Namen der Eigenthümer, auf deren Grund und Boden der Schaden verübt wurde.
- c) die Beschreibung des schadhafteu Zustandes,
- d) die Angabe, ob, in wie weit der Schaden wirklich durch Wild, und wenn die hohe und niedere Jagd unter verschiedene Besitzer getheilt ist, von welcher Wildgattung er verursacht worden sei, und in welchem Verhältniß er von der einen oder andern herrühre.
- e) die Schätzung und Berechnung des Schadens nach den oben aufgestellten Grundsätzen (§. 9 und 12), und
- f) ein Gutachten, welcher Abzug nach §. 10. und welcher nach §. 14. Statt haben möge.
- g) den Betrag der Schätzungskosten.

Ueber die Dienstführung dieser Schätzer wird eine besondere Instruction erlassen werden. (Siehe S. 18.)

§. 18. Kann in einem einzelnen Falle ein für die betreffende Gemeinde aufgestellter Schätzer (§. 16) wegen Unfähigkeit (Prozeßordnung §. 56. vergl. mit §. 543) oder wegen augenblicklicher Hinderung sein Amt nicht verrichten, so hat auf den Antrag des Beschädigten der Bürgermeister der Gemeinde, in deren Gemarkung der Schaden ganz oder theilweise verübt wurde, für diesen einzelnen Fall unaufgehalten einen andern Sachverständigen als Schätzer zu bestellen und handgelübdlich zu verpflichten.

§. 19. Genügt dem Beschädigten der Ausspruch des oder der Schätzer nicht, so bleibt ihm überlassen, sogleich Klage zu erheben; andernfalls läßt er, sofern der Schätzungsbetrag die im §. 13. bezeichnete Summe erreicht, das Duplikat der Schätzungsurkunde (§. 17.) dem Jagdinhaber, beziehungsweise dem im §. 22. genannten Vertreter desselben, gegen Bescheinigung einhändigen, oder händigt es ihm selbst ein.

§. 20. Innerhalb fünf Tagen von der Einhändigung an, hat sich Derjenige, dem die Einhändigung geschah, über die Schätzung, beziehungsweise über die Anforderung, gegen den Beschädigten zu erklären.

Geschieht dieses nicht, so erlangt die Schätzungsurkunde hinsichtlich des Schätzungsbetrags die Wirkung eines rechtskräftigen Urtheils, mit der Folge, daß die Schätzungs- und Einhändigungskosten von dem Jagdinhaber zu tragen sind.

Widerspricht die schriftliche Erklärung in irgend einer Weise dem Ausspruche des Schätzers, so bleibt dem Beschädigten wieder überlassen, gerichtliche Klage zu erheben, wobei er sodann an die außergerichtliche Schätzung nicht mehr gebunden ist.

## Zweiter Abschnitt.

### G e r i c h t l i c h e s V e r f a h r e n .

§. 21. Jede Klage wegen Wildschadens ist, ohne Rücksicht auf die Klagsumme und auf den persönlichen Gerichtsstand des Beklagten, bei demjenigen Untergerichte anzubringen, in dessen Bezirk der Schaden Statt gefunden hat.

Fand der Schaden in mehreren Bezirken Statt, so entscheidet die Wahl des Klägers über die Zuständigkeit des Gerichts.

§. 22. Der Jagdinhaber hat in jedem Untergerichtsbezirk, auf welchen sich seine Jagd erstreckt, und zwar innerhalb seines Jagdbezirks, oder doch in der Nähe desselben, wenn er nicht selbst dort wohnt, einen Vertreter ständig aufzustellen, auch haben mehrere, nach §. 3. sammtverbindliche Theilhaber einer Jagd, und eben so die Theilhaber der hohen und jene der niedern Jagd einen ständigen, gemeinschaftlichen Vertreter zu ernennen, selbst wenn sie alle im Gerichtsbezirke wohnen.

Wird vom Jagdinhaber, beziehungsweise von den verschiedenen Theilhabern einer Jagd, nicht innerhalb 3 Monaten von Verkündung dieses Gesetzes an, ein solcher Vertreter auf-

gestellt und dem Untergerichte angezeigt, so ernennt ihn das Untergericht selbst.

Treten mehrere Beschädigte nach Maßgabe des §. 13. zu einer gemeinschaftlichen Ersatzklage zusammen, so haben sie sogleich mit Anbringung der Klage für den einzelnen Fall ebenfalls einen gemeinschaftlichen Vertreter zu bestellen.

Ist das Jagdrecht nach der hohen und niedern Jagd getheilt, so ist gleichwohl die Klage, ohne Unterscheidung, ob der Schaden ganz oder theilweise von dem Wilde der hohen oder von jenem der niedern Jagd herrührt, immer nur unbestimmt gegen den gemeinschaftlichen Vertreter anzustellen. Dessen ungeachtet hat das Urtheil auf den Grund der Schätzung auszusprechen, welcher Betrag von dem Inhaber der hohen, und welcher von jenem der niedern Jagd zu ersetzen sei.

Wird von einem dieser beiden Jagdinhaber wegen behaupteter Unrichtigkeit der Theilung der Ersatzverbindlichkeit ein Rechtsmittel ergriffen, so haben beide Jagdinhaber einstweilen nach Maßgabe des unterrichterlichen Erkenntnisses den Schadenersatz zu leisten und unter sich diesen Streit im weiteren Rechtszug auszutragen, sofort nach dem Resultat desselben der eine von dem andern die Vergütung des vorschüsslich geleisteten Ersatzes zu fordern.

§. 23. Die nach Maßgabe des vorhergehenden Paragraphen aufgestellten Vertreter haben nicht nur die Gewalt, welche nach Vorschrift der Prozeßordnung im Allgemeinen einem Anwalte zukommt, sondern alle Handlungen und Versäumnisse derselben in Beziehung auf Wildschaden werden eben so angesehen, als wenn sie von den Partheien selbst ausgegangen wären.

§. 24. Die Klagen auf Wildschadenersatz sind nach den Vorschriften der Prozeßordnung im abgekürzten Verfahren zu erledigen, mit der besondern Bestimmung, daß auf Anbringen der Klage ohne vorgängige Vernehmung des beklagten Theils sogleich und mit möglichst kurzer Frist Tagfahrt zur Vornahme des Augenscheins und Begutachtung des Schadens angeordnet wird, wozu die Sachverständigen und die beiden Partheien, beziehungsweise ihre Vertreter (§. 22), der Beklagte unter Mittheilung des Klagevortrags, beide aber mit der Auflage vor-

geladen werden, ihre etwaigen Einwendungen gegen die Sachverständigen noch vor der Tagfahrt vorzubringen, die bei dem Augenschein und dem Gutachten zu berücksichtigenden Punkte aber bei der Tagfahrt selbst zu bezeichnen.

§. 25. Ist nicht mit der Klage selbst schon bescheinigt, daß und auf welche Personen als Sachverständige beide Partheien übereingekommen seien, so werden sie nach Maßgabe des §. 537. der Prozeßordnung jedesmal vom Richter ernannt, und zwar aus der Zahl der nach §. 16. im Gerichtsbezirk allgemein aufgestellten Schöher, mit Ausschluß desjenigen, welcher gemäß dem §. 17. in der Sache schon ein Gutachten abgegeben hat.

§. 26. Je nach der Wichtigkeit und der Verwicklung des Falles kann der Richter der Tagfahrt selbst anwohnen, oder zur urkundlichen Ausnahme des Ergebnisses des Augenscheins nur einen Aktuar abordnen, oder auch solche den sachverständigen Schöher selbst überlassen, in welcher letztern beiden Fällen zur Verhandlung der Sache und zur Verkündung des Urtheils jedesmal noch eine besondere Tagfahrt anzuberaumen ist.

§. 27. Das Erkenntniß über den Kostenpunkt richtet sich nach den Vorschriften der Prozeßordnung.

Wenn aber der Kläger vor Anstellung der Klage die im §. 16. erwähnte außergerichtliche Schätzung erhoben, sodann die auf eine nach §. 13. klagbare Summe lautende Schätzungsurkunde dem Beklagten oder dessen Vertreter eingehändigt, und dieser die Ersatsschuldigkeit ganz widersprochen, oder wenigstens nicht zu dem, durch das gerichtliche Verfahren später festgestellten Betrage anerkannt hat, sofort die Klage nur wegen Unzulänglichkeit des Betrags verworfen wurde, so werden die Kosten compensirt.

§. 28. Rechtsmittel haben unter denselben Bedingungen und in den nämlichen Formen Statt, wie bei andern zum abgefürzten Verfahren geeigneten Rechtsstreitigkeiten, und das Erkenntniß über die dadurch entstehenden Kosten richtet sich allein nach den Vorschriften der Prozeßordnung.

## 2. Verordnung. Die Aufstellung ständiger Vertreter der Jagdinhaber für Klagen wegen Wildschadens betreffend.

Vom 8. Januar 1834.

In Uebereinstimmung mit dem Großherzogl. Justizministerium wird unter Bezug auf den §. 22. des Gesetzes vom 31. October 1833, den Ersatz des Wildschadens betreffend, hiermit verordnet:

1) Die Aemter haben, sobald sie nach dem angeführten §. 22. von den Jagdinhabern ihrer Bezirke die Anzeige von dort aufgestellten ständigen Vertretern erhalten, die Namen dieser Letztern mit der Bezeichnung der Jagddistrikte, hinsichtlich deren ein Jeder den oder die Jagdinhaber zu vertreten hat, durch das Kreisanzeigebblatt unaufgehalten bekannt zu machen.

2) Wenn das Bezirksamt einen bestellten Vertreter nach dem erwähnten §. 22. des Gesetzes wegen seines Wohnsitzes als unzulässig erkennt, so hat dasselbe den oder die Jagdinhaber (vorbehaltlich der Beschwerdeführung an das Hofgericht) anzuweisen, innerhalb vierzehn Tagen, oder, wenn das Endziel der im §. 22. festgesetzten drei Monate noch entfernter sein sollte, noch im Laufe dieser gesetzlichen Frist einen andern Vertreter zu ernennen, und den Ernannten anzuzeigen.

3) Ist im Falle des vorhergehenden Paragraphen die festgesetzte Frist umlaufen, oder innerhalb drei Monaten von der am 27. November 1833 erfolgten Verkündung des Gesetzes an, also bis zum 27. Februar 1834, keine Anzeige der Bestellung eines Vertreters eingekommen, so wird ein solcher vom Bezirksamt ernannt, und eine gleiche Bekanntmachung, wie im Falle des §. 1., in das Anzeigebblatt eingerückt, dem oder den Jagdinhabern aber davon noch besondere Nachricht gegeben.

4) Will der vom Jagdinhaber oder vom Bezirksamte ernannte Vertreter seinen Auftrag nach dem §. 144. der Prozeßordnung zurückgeben, so zeigt er dieß vier Wochen vorher

dem Bezirksamte an, welches dem oder den Jagdinhabern davon Nachricht gibt, mit der Auflage, innerhalb drei Wochen einen andern Vertreter zu bestellen, worauf sich das weitere Verfahren nach den §§. 2 und 3 dieser Verordnung richtet.

Diese Auflage sammt dem weitem Verfahren erfolgt auch, wenn der Vertreter stirbt, oder aus dem Amtsbezirke oder aus der Nähe des Jagddistrikts wegzieht.

- 5) Die Zurücknahme des Auftrags von Seiten des oder der Jagdinhaber gilt nur von dem Zeitpunkt an, wo dem Bezirksamte nach dem §. 145. der Prozeßordnung ein neu gewählter Vertreter angezeigt worden ist.

Jede Ernennung eines neuen Vertreters in den Fällen des gegenwärtigen und des vorhergehenden Paragraphen wird eben so, wie die erstmalige Wahl (§. 4 und 3) durch das Kreisanzeigebblatt bekannt gemacht.

### 3. Verordnung. Die Aufstellung ständiger Schärer für den Wildschaden betreffend.

Vom 8. Januar 1834.

Zum Vollzuge des §. 16. des Gesetzes vom 31. October v. J., den Ersatz des Wildschadens betreffend, wird hiermit einverständlich mit dem Großherzogl. Justizministerium verordnet:

- 1) Ob eine Gemeinde eigene ständige Schärer für den Wildschaden haben, oder mit einer oder mehreren angrenzenden andern Gemeinden zur Aufstellung gemeinschaftlicher Schärer zusammentreten soll, wird durch das betreffende Bezirksamt bestimmt.
- 2) Das Bezirksamt hat zu diesem Behufe eine Eintheilung seines Bezirks in die ihm angemessen scheinenden Schätzungsdistrikte zu entwerfen, und darüber die Gemeinderäthe, jeden, so weit es die Bildung seiner Gemeinde zu einem eigenen Distrikt oder die Verbindung derselben mit einer oder mehreren andern Gemeinden betrifft, mit ihren



Erinnerungen und Anträgen zu vernehmen, sofort darüber definitive Abstimmung zu geben.

3) Wo Wildschaden bisher häufig vorgekommen ist, und eine Gemeinde nicht eine nur kleine Gemarkung hat, findet eine Verbindung derselben mit einer benachbarten Gemarkung nicht Statt, und in keinem Falle sind so viele Gemeinden zusammen zu nehmen, daß darunter die Schnelligkeit und Wohlfeilheit der Schätzungsvoornahme Noth leidet.

4) Sobald die Eintheilung nach Maßgabe des §. 2. definitiv bestimmt ist, wird sowohl den Gemeinderäthen als den Jagdinhabern davon Nachricht gegeben, mit der Aufforderung, nunmehr gemeinschaftlich einen oder zwei Schäßer aufzustellen, welche innerhalb des Schätzungsdistrikts wohnen und die zur Abschätzung von Wildschaden in Waldungen und auf andern Grundstücken erforderlichen Kenntnisse haben, oder aber, sofern sich keine Schäßer, welche diese Kenntnisse in sich vereinigen, vorfinden, einen oder zwei Schäßer für den Wildschaden in Waldungen, und einen oder zwei Andere für den übrigen Wildschaden aufzustellen, sofort innerhalb drei Wochen von der getroffenen Vereinbarung, beziehungsweise Wahl, die Anzeige zu machen.

5) Ist diese Anzeige eingekommen, so theilt das Bezirksamt dieselbe dem Forstamte zur gutachtlichen Aeußerung mit.

Werden keine erheblichen Einwendungen gegen die vorgeschlagenen Schäßer vorgebracht, und steht ihrer Zulassung als solche, sonst kein gesetzliches Hinderniß im Weg, so werden sie vom Bezirksamt bestätigt und eidlich verpflichtet, andernfalls aber verworfen.

6) Wenn innerhalb der im §. 4. festgesetzten drei Wochen die dort erwähnte Anzeige einer Vereinbarung nicht einkommt, oder die getroffene Wahl verworfen worden ist, so hat das Bezirksamt über die aufzustellenden Schäßer ein Gutachten des Forstamts zu erheben, worauf die Betheiligten, nämlich der oder die Gemeinderäthe und der oder die Jagdinhaber, mit ihren Einwendungen gegen die

vom Forstamt in Vorschlag gebrachten und etwa vom Bezirksamt vorläufig noch weiter bezeichneten Schärer vernommen werden.

Sind ihre Erklärungen eingekommen oder sie damit ausgeschlossen, so ernennt und beeidigt das Bezirksamt aus der Zahl Derjenigen, über welche die Betheiligten vernommen wurden, zwei innerhalb des Schätzungsdistrikts wohnende, mit den erforderlichen Eigenschaften versehene Schärer, und zwar bei dem Mangel solcher, welche die hiezu nöthigen Kenntnisse in der Forstkultur und in der Landwirthschaft in sich vereinigen, zwei besondere Schärer für den Wildschaden in Waldungen und zwei andere für den übrigen Wildschaden.

- 7) Wenn die Betheiligten einig sind, so können sie einen Schärer zu jeder Zeit ohne Angabe eines Grundes entlassen, jedoch nur unter der Voraussetzung, daß sie vorher nach dem §. 4 sich über die Wahl von einem oder zwei Andern vereinbaren und der amtlichen Bestätigung der neu Gewählten nichts in Wege stehe.

Außerdem, wenn nämlich eine solche Vereinbarung nicht zu Stande kommt, oder wenn nur ein Theil die Entlassung des Schäfers begehrt, wird dieselbe vom Bezirksbeamten verfügt, wenn Verhältnisse dargethan sind, vermöge deren entweder dem Jagdinhaber oder den Gutbesitzern kein unumschränktes Vertrauen für die Unbefangenheit des Schäfers zugemuthet werden kann.

- 8) So oft wegen des Austritts eines Schäfers eine neue Wahl nöthig wird, ist dabei wieder nach der Vorschrift der §§. 4, 5 und 6 zu verfahren.
- 9) Die Wahl der Schärer ist nach erfolgter Beeidigung derselben jedesmal durch das Kreisanzeigebblatt bekannt zu machen.
- 10) Gegen die Verfügungen des Bezirksamtes, wodurch der Schätzungsdistrikt bestimmt (§. 2.), die Bestätigung eines gewählten Schäfers versagt (§. 5.), ein Schärer von Amtswegen ernannt (§. 6.), oder die Entlassung eines solchen verweigert wird (§. 7.), steht dem Betheiligten die Beschwerdeführung an das Hofgericht zu.

#### 4. Instruktion für die Schäfer des Wildschadens.

Vom 24. Februar 1834.

Zum Vollzuge des §. 17 des Gesetzes vom 31. Oktober 1833, den Ersatz des Wildschadens betreffend, wird hiermit in Uebereinstimmung mit dem Großherzogl. Justizministerium über die Dienstführung der aufzustellenden außergerichtlichen Schäfer folgende Instruktion ertheilt:

§. 1. Die nach Maßgabe des §. 16 des Gesetzes über Wildschadenersatz und nach der Vollzugsverordnung vom 8. d. M. aufzustellenden ständigen Schäfer sind sogleich nach ihrer Bestätigung durch das betreffende Bezirksamt ein für allemal dahin eidlich zu verpflichten:

„daß sie bei allem ihnen übertragen werdenden Abschätzungen von Wildschaden ohne Begünstigung des einen oder andern Theils jedesmal nach ihrem besten Wissen und Gewissen ihr Amt handeln, und sich dabei genau an die Vorschriften des Wildschadengesetzes vom 31. Oktober 1833 und der gegenwärtigen Instruktion halten werden.“

§. 2. Wird ein solcher Schäfer von Demjenigen, der auf seinem Grundstücke Wildschaden erlitten zu haben behauptet, zur Abschätzung des Schadens aufgefordert, so hat er sich sogleich, und zwar innerhalb vierundzwanzig Stunden, an den Ort der Beschädigung zu begeben und dort Augenschein und Schätzung vorzunehmen.

Er läßt sich zu diesem Zwecke durch den Beschädigten oder durch dessen Bevollmächtigten die Stelle weisen, auf welcher der Schaden erkennbar sein soll.

§. 3. Der Schäfer untersucht am Orte der Beschädigung:

- a) die Spuren, aus welchen zu schließen ist, daß der Schaden vom Wild herrühre, und eben so
- b) die Erzeugnisse, an welchen der Schaden verursacht wurde,
- c) den Grad ihrer Reife oder ihres Wachsthums,
- d) die Art, wie diese beschädigt sind,
- e) und auf welche Strecke sich die Beschädigung ausdehne.

§. 4. Handelt es sich um einen Schaden auf Feldern oder Wiesen, Weinbergen oder Gärten, so hat der Schätzer, wenn die beschädigten Erzeugnisse ihre vollständige Reife noch nicht erlangt haben, zu berechnen, welches Quantum dieser Erzeugnisse sich nach dem natürlichen Lauf der Dinge bis zur Zeit der Ernte ergeben würde, wenn dieselben nicht beschädigt worden wären.

Der Anschlag dieses Quantums zu Geld geschieht nach dem Preise, welcher zur Zeit der Schätzung im Orte als der mittlere laufende gilt.

§. 5. Können die beschädigten Erzeugnisse durch nachträgliches Wachsthum zum Theil sich wieder erholen, so ist zu schätzen, welcher Ertrag davon noch zu erwarten sei, und es ist der Werth dieses Ertrags mit Berücksichtigung seiner etwa geringeren Qualität von dem, nach Maßgabe des vorhergehenden Paragraphen berechneten Schadenbetrags abzuziehen.

§. 6. Eben so ist bei Berechnung des reinen Schadens auf dasjenige Rücksicht zu nehmen, was nach den Grundsätzen einer ordentlichen Wirthschaft durch Wiederanbau noch in demselben Jahre wieder eingebracht werden kann.

Selbst wenn Alles, was verdorben wurde, durch Wiederanbau in demselben Jahre wieder nachgeholt werden kann, so sind jedenfalls die Kosten der wiederholten Cultur, an Auslagen und Arbeit, als Schaden zu berechnen.

§. 7. Dafür, daß die Entschädigung schon vor der Erntezeit zum Voraus und ohne Rücksicht auf die Gefahren, welchen das Gewächs bis zur Ernte noch ausgesetzt wäre, geleistet wird, so wie etwa noch wegen ersparter fernerer Bau- und Einheimungskosten, muß von der berechneten Schadenssumme noch ein Abzug gemacht werden, welcher im Ganzen nicht weniger als den zwanzigsten und nicht mehr als den fünften Theil der berechneten Schadenssumme betragen darf.

Der Schätzer hat nach den bezeichneten, jeweils in Rücksicht zu nehmenden Verhältnissen des einzelnen Falles zu überschlagen und zu begutachten, ob dieser Abzug auf ein Zwanzigstel oder auf ein Fünftel, oder auf welchen zwischen beidem in der Mitte liegenden Betrag festzusetzen sei.

§. 8. Auf den genommenen Augenschein hin verfaßt der Schätzer sogleich eine Urkunde, welche außer dem Ort und Datum und der Unterschrift des Schätzers Folgendes enthält:

- a) eine Beschreibung des Orts, namentlich auch des Gewannes, in dem der Schaden verübt wurde,
- b) die Angabe, wem die Grundstücke, worauf sich eine Beschädigung zeigt, zugehören,
- c) ob sie an einander stoßen oder zerstreut liegen, und ob und welche derselben im letztern Falle doch in demselben Gewanne liegen,
- d) welche Pflanzungen oder Erzeugnisse sich auf demselben befinden,
- e) wie weit diese Erzeugnisse schon herangewachsen oder gereift,
- f) und in welcher Art sie beschädigt seien, —
- g) woran zu erkennen sei, daß die Beschädigung ganz oder zu welchem Theile, vom Wilde, und von welcher Wildgattung herrühre.

An Orten, wo die Jagd in die hohe und niedere getheilt ist, muß hier, wenn die Beschädigung theilweise vom Wilde der hohen und theilweise von jenem der niedern Jagd herrührt, beigefügt werden, zu welchem Theile sie dem Wilde der hohen und zu welchem Theile jenem der niedern Jagd zuzuschreiben sei. So fern dies Verhältniß aber nicht ausgemittelt werden kann, ist dies in der Urkunde zu bemerken.

Ferner ist in der Urkunde anzuführen:

- h) wie groß auf jedem einzelnen Grundstücke die Strecke sei, auf welcher die beschriebene Beschädigung hinsichtlich der einen und der andern Erzeugnisse sich zeigt.

Sodann ist anzuschlagen und zu berechnen:

- i) wie viel nach allen diesen Verhältnissen die Erzeugnisse auf den bezeichneten Stellen, wenn sie nicht beschädigt worden wären, zur Zeit ihrer Reife betragen haben würden,
- k) welches der laufende mittlere Preis derselben sei, und was an dem sich hieraus ergebenden Werth

l) etwa wegen nachträglichen Wachsthumß der beschädigten Erzeugnisse nach §. 5,

m) oder wegen Gewinns durch Wiederanbau nach §. 6, und endlich

n) was nach §. 7 wegen Vorauszahlung<sup>a</sup> und ersparter Bau- und Einheimungskosten in Abzug zu bringen sei.

Am Schlusse der Urkunde ist

o) noch zu bemerken, wie viel die Gebühr des Schätzers für den Augenschein und für die Ausfertigung der Urkunde betrage.

§. 9. Wenn im Falle des §. 5, wo nämlich ein Wachsthum der beschädigten Erzeugnisse noch möglich erscheint, auf den Antrag des einen oder des andern Betheiligten die nach Maßgabe des vorhergehenden Paragraphen aufgenommene Schätzung nur als einstweilige Vormerkung anerkannt und eine spätere nochmalige Aufnahme zur Zeit der Reife des Gewächses, gemäß des §. 11 des Gesetzes vom 31. Oktober 1833 verlangt wird, so hat der Schätzer bei dieser zweiten Aufnahme zu untersuchen und zu beurfunden, ob und wie weit dasjenige, was nach den oben im §. 4 und 5 enthaltenen Vorschriften früher als wahrscheinlicher Verlust angenommen wurde, sich in der Wirklichkeit bestätigt oder vermehrt oder vermindert habe, wie viel nämlich nach der Fruchtbarkeit des Bodens und den sonstigen Verhältnissen die beschädigte Strecke, wenn keine Beschädigung erfolgt wäre, ertragen haben würde, und um wie viel ihr Ertrag in Folge der Beschädigung jetzt geringer sei.

Der Werth dieses Minderertrags wird in diesem Falle nach dem zur Zeit der Ernte bestehenden Preise berechnet, und davon nur der Minderbetrag der Einheimungskosten abgezogen.

§. 10. Wurde Wildschaden in Hausgärten oder in Baumschulen verursacht, so ist vom Schätzer zu erheben und in der Urkunde anzuführen, ob und wie der Garten oder die Baumschule eingezäunt ist oder eingezäunt war.

§. 11. Bei Beschädigung von Bäumen (außerhalb den Waldungen) wird in der Schätzungsurkunde beschrieben:

- a) auf welchem Grundstück und wie viele Bäume beschädigt seien,
- b) von welcher Art, von welchem Alter und von welcher Größe die beschädigten Bäume seien,
- c) in welcher Weise sie beschädigt seien,
- d) ob ihr Absterben oder wenigstens ihr Verkrüppeln zu erwarten sei,
- e) wie hoch in dem einen oder andern Falle der Schaden anzuschlagen sei,
- f) woran zu erkennen sei, daß der Schaden vom Wilde und von welcher Wildgattung herrühre.

Wurden junge Obstbäume auf nicht eingefriedigten Orten während des Winters beschädigt, so ist zugleich anzuführen:

- g) ob und auf welche Weise dieselben mit Stroh oder mit was sonst eingebunden seien oder eingebunden waren.

Endlich enthält die Schätzungsurkunde jedenfalls noch

- h) die Angabe der Gebühren, welche der Schätzer für den Augenschein und für die Ausfertigung der Schätzungsurkunde fordert.

§. 12. Wenn es sich um einen in Waldungen verübten Wildschaden handelt, so hat die Schätzungsurkunde Folgendes zu enthalten:

- a) eine Bezeichnung des Waldes und insbesondere der Stelle desselben, auf welcher der Schaden verübt wurde,
- b) die Angabe, wem die Waldung, beziehungsweise diejenigen Stellen derselben, auf welchen sich die Beschädigung zeigt, zugehören,
- c) die Beschaffenheit des Waldes, und die Holzarten an welchen die Beschädigung sich zeigt,
- d) wie alt die beschädigten Stämmchen oder Pflanzen (im Durchschnitte) seien,
- e) in welcher Art sie beschädigt seien,
- f) woran zu erkennen sei, daß die Beschädigung ganz, oder zu welchem Theile, vom Wilde, und von welcher Wildgattung sie herrühre.

Wilde der hohen und zu welchem Antheile von jenem der niedern Jagd herrühre.

- 7) Wie groß auf jedem der in Nr. 1. bezeichneten Grundstücke die beschädigten Stellen seien; — und wie groß bei jeder einzelnen Fruchtgattung oder Art.
- 8) Wie viel die Erzeugnisse auf diesen Stellen, wenn sie nicht beschädigt worden wären, zur Zeit ihrer Reife betragen haben würden.
- 9) Welches zur Zeit der Schätzung der laufende mittlere Preis dieser Art von Erzeugnissen sei, und welchen Werth darnach das in Nr. 8. erwähnte Quantum haben würde.
- 10) Was von den im Quantum No. 8. bereits begriffenen Erzeugnissen etwa noch nachwachsen könne, und was deshalb an dem Werthe No. 9. als wahrscheinlich erübrigender Ertrag in Abzug gebracht werden könne.
- 11) Was, etwa durch neuerlichen Anbau im nämlichen Jahre nach Abzug aller Kosten rein wieder eingebracht werden könne, und was deshalb an dem Werthe Nr. 9. etwa abgerechnet werden dürfte.
- 12) Was in Rücksicht der Gefahren, denen das Gewächs bis zur Ernte noch ausgesetzt gewesen wäre, wegen Zahlung des Ersatzes vor der Ernte, und wegen ersparter Bau- und Einheimungskosten billig in Abzug zu bringen sei. (Von  $\frac{1}{20}$  bis  $\frac{1}{5}$  der berechneten Schadenssumme.)
- 13) Wenn Wildschaden in Hausgärten oder in Baumschulen verursacht wurde,



so ist hier zu bemerken, wie der Garten oder die Baumschule eingezäunt sei, oder eingezäunt war.

14) Schäfersgebühren für den Augenschein und für die Urkunde.

Unterschrift der Schäfer.

Lit. D.

**F o r m u l a r**  
**zur Abschätzung des Wildschadens in**  
**Waldungen.**

Geschehen zu                      den                      ten                      18

Unterzeichnete, zur Abschätzung von Wildschaden aufgestellt und verpflichtet, wurde um  
Uhr von

aufgefordert,

in

den vom Wilde angerichteten Schaden abzuschätzen.

Unterzeichnete hat sich daher an den bezeichneten Ort begeben, und nach genommenem Augenscheine folgendes gefunden:

- 1) Beschreibung des Waldes, insbesondere der beschädigten Stellen desselben nach seiner Lage und nach seinem Eigenthümer.
- 2) Beschaffenheit des Waldes (insbesondere ob Hoch- oder Niederwaldung) und Bezeichnung der Holzarten, an welchen die Beschädigung geschah.
- 3) Wie alt die beschädigten Stämmchen oder Pflanzen (im Durchschnitte) seien.
- 4) In welcher Art sie beschädigt seien.
- 5) Woran zu erkennen sei, daß die Beschädigung ganz oder zu welchem Antheile vom Wilde herrühre, und von welcher Wildgattung.

Ist die Jagd in die hohe und niedere getheilt, so ist beizufügen, zu welchem

Antheil die Beschädigung vom Wilde der hohen und zu welchem Antheil von jenem der niedern Jagd herrühre.

- 6) Größe der Fläche oder der verschiedenen Stellen, worauf die Beschädigung sich zeigt.
- 7) Ob die beschädigten Stämmchen oder Pflanzen sich wieder erholen werden.
- 8) Ob durch Zerstörung derselben eine künstlich zu besamende oder anzupflanzende Blöße entstehen werde.
- 9) Ob, wenn Stämmchen oder Pflanzen in Verjüngungsschlägen verletzt sind, die dadurch sich herausstellende Blöße sich nicht mehr auf natürlichem Wege bestocken werde.
- 10) Was die Cultivirung der entstehenden Blößen durch eine neue Besamung oder Anpflanzung, einschließlich der zu erwartenden Nachbesserungen kosten werde.
- 11) Wie viel dem Walde dadurch, daß die verdorbenen Stellen aufs neue erst wieder besamt oder angepflanzt werden müssen, an Holzzuwachs entgehe.
- 12) Schätzungsgebühren für den Augenschein und für die Urkunde.

Unterschrift der Schärer.



## II.

# Herzoglich Braunschweigische Forst- und Jagdgesetze, Verordnungen, Instruktionen und allgemeine Verfügungen.

---

### I. R e g l e m e n t

für die Auseinandersetzung der an- und abziehenden Forst-  
officianten rücksichtlich der Inventarien und Aufnahmen bei den  
mit ihren Dienststellen verbundenen Grundstücken.

Vom 2. Juni 1837.

Demnach über das Verfahren, wonach bei dem An- und Abzuge der Forstofficianten die Inventarien geschätzt und übergeben werden, allgemeine Grundsätze bisher nicht vorgelegt haben, so ist für nöthig befunden, daß nachfolgende Reglement zur Nachachtung für sämtliche Herzoglich-Braunschweigische Forst- und Jagdofficianten und andere zu der Verwaltung der Herzogl. Kammer, Direction der Forsten und Jagden, gehörende Officianten, welche Herrschaftliche Dienstwohnung oder Dienstgrundstücke benutzen, zu erlassen, um dergleichen Uebergabegeschäfte möglichst zu vereinfachen, die Interessenten auf eine angemessene und billige Art befriedigend auseinander zu setzen, alle processualischen Weiterungen zu vermeiden und endlich das Interesse der Herrschaft dabei sicher zu stellen.

Es soll daher bei allen nach Publication dieses Reglements vorkommenden Uebergaben von Inventarien aus der Verwaltung der Herzogl. Kammer, Direction der Forsten und Jagden, nach folgenden Bestimmungen zu verfahren, und sollen von jetzt an alle diese Officianten bei ihrer Anstellung, resp. ihrer

daher wäre der Werth der erwähnten 3 Malter 5 Sester Waizen  
des Xaver Spinnhirn . . . . . 83 fl. 80 fr.  
und jener der 2 Malter 5 Sester

Dinkel des Fr. Febring . 10 fl.  
und der Gerste von  $\frac{1}{4}$  Sester . — „ 27 fr.

10 fl. 27 fr.  

---

43 fl. 57 fr.

Ein nachträgliches Wachsthum dieser verdorbenen Früchte  
ist, da sie zum Theil ganz zertreten sind, und die abgedröckten  
schon in Halmen geschossen waren, nicht mehr zu hoffen, auch  
kann auf diesen Aedern bei der gegenwärtigen Jahreszeit nach  
dem hiesigen Klima nichts mehr durch Wiederanbau eingebracht  
werden.

Dagegen dürfte von obigen Beträgen wegen ersparten Ein-  
heimungskosten, so wie in Rücksicht auf die Gefahren, denen  
sonst die Früchte bis zur Ernte noch ausgesetzt wären, etwa  
 $\frac{1}{10}$  abgezogen werden, so daß

dem X. Spinnhirn nur noch . . . . . 30 fl. 9 fr.  
und dem Fr. Febring . . . . . 9 fl. 24 fr.  

---

39 fl. 33 fr.

zu ersetzen wären.

Als Gebühr für diese Schätzung haben die beiden Unter-  
zeichneten jeder 36 fr., sodann miteinander noch für die dop-  
pelt ausgefertigte Schätzungsurkunde 12 fr. und für die hierzu  
gebrauchten 2 Impressen 4 fr. zu fordern.

Albert Bloch.

Karl Buchegger.

**Lit. B.**

Geschehen zu Nörtingen den 12. März 1834.

Die Unterzeichneten, zur Abschätzung von Wildschaden auf-  
gestellt und verpflichtet, wurden diesen Vormittag 7 Uhr von  
Jacob Würtz dahier aufgefodert, in seinem sogenannten  
Hörnlewald, der in der hiesigen Gemarkung liegt und östlich  
an die Gemarkung von Detishausen gränzt, den vom Wilde  
angerichteten Schaden abzuschätzen.

Die Unterzeichneten haben sich daher in diesen, dem Jacob Würtb gehörigen Hochwald begeben, und auf der östlichen Seite desselben, wo er an die sogenannte Bachmatte stößt, unterhalb der Steingrube in dem Weißtannenanschlag, in welchem sich ein im Durchschnitt etwa 5 Jahre alter Anflug von Weißtannen befindet, wahrgenommen, daß dort 2 ziemlich große Strecken dieses Anflugs vom Rothwilde, von welchem man Fährte und Losung vorfand, abgeäßt sind.

Die eine Strecke ist ungefähr 60 Schritte lang und im Durchschnitte 15 Schritte breit, und die andere etwa halb so groß.

Ein Erholen des verdorbenen Anflugs, so daß keine Blöße entstünde, ist nicht zu erwarten, und eben so wenig eine natürliche Besamung, daher müssen die beiden Strecken künstlich besamt oder angepflanzt werden.

Zur Besamung der erwähnten, etwa 120 Quadratruthen betragenden Flächen sind etwa 80 Pfund Samen im

Betrag von . . . . . 8 fl. —

und zur Vorbereitung und Besamung des Bodens

etwa 4 Tagarbeiten à 40 fr. . . . . 2 fl. 40 fr.

erforderlich, wobei die wahrscheinlich nöthig wer-

denden Nachbesserungen noch zu . . . . . 2 fl. —

angeschlagen werden können. 12 fl. 40 fr.

An Holzzuwachs kann man nach der Ertragsfähigkeit des Bodens dieses Waldes per Morgen jährlich  $\frac{3}{4}$  Klafter oder 108 Kubikfuß, jenen von 120 Quadratruthen also zu  $32\frac{4}{10}$  Kubikfuß oder in 5 Jahren zu 162 Kubikfuß oder  $1\frac{1}{8}$  Klafter und das Klafter auf dem Stock im Werthe zu 4 fl. annehmen, wornach der nach dem Alter und der Fläche des verdorbenen Anflugs entgangene Holzzuwachs von  $1\frac{1}{8}$  Klafter etwa 4 fl. 30 fr. werth ist, welcher Betrag nebst obigen 12 fl. 40 fr. zusammen mit 17 fl. 10 fr. sich als den durch das Wild verursachten Schaden darstellt.

(Anm. Statt dessen könnte von den Worten an: „Zur Besamung der erwähnten 2c.“ die Berechnung nach den Umständen auch folgendermaßen lauten:

In der Nähe der verdorbenen Stellen befindet sich im nämlichen Walde eine Menge überflüssiger Pflanzen von gleichem Alter und von gleicher Holzart, die zur Anpflanzung der verdorbenen Stellen geeignet sind und dazu ohne allen Nachtheil benutzt werden können,

Wird auf jeden Schritt wieder eine solche Pflanze gesetzt, so braucht man dazu 1350 Stücke, zu deren Verpflanzung etwa 7 Tagesarbeiten à 40 fr., also 4 fl. 40 fr., nebst einer Gebühr von 1 fl. 30 fr. für den Sachverständigen, der den Arbeitern zur Pflanzung die Anleitung gibt, somit im Ganzen . . . . . 6 fl. 10 fr.  
und für wahrscheinliche Nachbesserungen etwa 2 fl. —  
8 fl. 10 fr.

erforderlich sind.

Da diese Pflanzen das nämliche Alter haben, wie die verdorbenen, so geht der Holzzuwachs nur die 2 Jahre, welche nöthig sind, bis die Pflanzungen vollständig angewachsen sein und die Wurzeln sich erholt haben werden, verloren.

Derselbe kann nach der Ertragsfähigkeit des Bodens per Morgen jährlich  $\frac{3}{4}$  Klafter oder 108 Kubikfuß, je-  
ner von 120 Quadratruthen also zu  $32\frac{4}{10}$  Kubikfuß,  
oder in 2 Jahren zu  $64\frac{8}{10}$  Kubikfuß, und das auf dem  
Stock im Werthe von 4 fl. angenommen werden, wor-  
nach der nach der Fläche des verdorbenen Anflugs ent-  
gangene Holzzuwachs von  $64\frac{8}{10}$  Kubikfuß etwa 1 fl. 48 fr.  
werth ist, was mit den obigen . . . . . 8 fl. 10 fr.

im Ganzen mit . . . . . 9 fl. 58 fr.

den durch das Wild verursachten Schaden darstellt.)

Die Gebühr für diese Schätzung beträgt 36 fr. für jeden  
der Unterzeichneten, und für die doppelt ausgefertigte Schät-  
zungsurkunde 12 fr. nebst 4 fr. für die beiden Impressen.

Michael Bruderhofer.  
Heinrich Heim.

## Formular

zur Abschätzung des Wildschadens auf Feldern,  
Wiesen, Aeben und Gärten.

Geschehen zu            den    ten    18  
D    Unterzeichnete, zur Abschätzung von Wild-  
schaden aufgestellt und verpflichtet, wurde  
um            Uhr von  
aufgefordert,

in  
den vom Wilde angerichteten Schaden abzuschätzen.

D    Unterzeichnete ha    sich daher an den  
bezeichneten Ort begeben, und nach genommenem  
Augenschein folgendes gefunden:

- 1) Beschreibung der beschädigten Grund-  
stücke, insbesondere des Gewannes,  
in welchem sie liegen, ihrer Größe  
und ihrer Anstößer, mit Beifügung  
ihrer Eigenthümer.
- 2) Ob diese Grundstücke zerstreut liegen  
oder an einander stoßen, und ob und  
welche derselben im erstern Falle doch  
in demselben Gewanne liegen.
- 3) Welche Pflanzungen oder Erzeugnisse  
sich auf jenen Grundstücken befinden.
- 4) In wie weit dieselben schon heran-  
gewachsen oder gereift seien.
- 5) In welcher Art sie beschädigt seien.
- 6) Woran zu erkennen sei, daß die Be-  
schädigung ganz oder zu welchem An-  
theile von Wild und von welcher  
Wildgattung herrühre.

Ist die Jagd in die hohe und nie-  
dere getheilt, so ist beizufügen, zu  
welchem Antheil die Beschädigung vom

Ist die Jagd in die hohe und niedere getheilt, so ist hier, so fern die Beschädigung theilweise vom Wilde der hohen und theilweise von jenem der niedern Jagd berührt, beizufügen: zu welchem Antheile sie dem Wilde der hohen und zu welchem Antheile jenem der niedern Jagd zuzuschreiben sei.

Ferner ist in der Urkunde anzuführen:

g) Die Größe der Fläche oder des verschiedenen Flächen, worauf die Beschädigung sich zeigt.

Dabei ist zu begutachten:

h) ob die beschädigten Stämmchen oder Pflanzen sich wieder erholen werden,

i) oder ob durch deren Zerstörung eine künstlich zu besamende oder anzupflanzende Blöße entstehen werde,

k) und ob, wenn Stämmchen oder Pflanzen in Verjüngungsschlägen verletzt sind, die dadurch entstehende Blöße sich nicht mehr auf natürlichen Wege bestocken werde.

Sodann ist anzuschlagen und zu berechnen:

l) was die Cultivirung der sich herausstellenden Blöße durch eine neue Besamung oder Anpflanzung, einschließlich der zu erwartenden Nachbesserungen, kosten werde.

m) und wie viel dem Walde dadurch, daß die verdorbenen Stellen aufs neue erst wieder besamt oder angepflanzt werden müssen, an Holzzuwachs entging.

Am Schlusse wird noch

n) bemerkt, wie viel die Gebühr des Schätzers für den Augenschein und für die Ausfertigung der Schätzungsurkunde betrage.

§. 13. Die Anlage Lit. A. enthält das Formular einer Schätzungsurkunde für Wildschaden auf Feldern, Wiesen, Gärten und Reben (§. 8) und die Anlage Lit. B. ein solches für den Wildschaden in Waldungen (§. 12).

Den Schätzern werden übrigens für diese Fälle Impressen nach der Form der Anlagen Lit. C. und D. zugestellt, damit sie dieselben bei vorkommenden Schätzungen nur ausfüllen dürfen.



**§. 14.** Die Schätzungsurkunden (§. 8, 11 und 12) werden doppelt ausgefertigt, und beide gleichlautende Ausfertigungen unverzüglich Demjenigen, der die Schätzung verlangte, zugestellt, damit er die eine derselben dem im Amtsbezirk aufgestellten Vertreter des oder der betreffenden Jagdinhaber gegen Bescheinigung einhändigen lassen kann.

**§. 15.** Sind in einer Gemeinde, beziehungsweise in einem Schätzungsdistrikte, zwei Schätzer zur Abschätzung einer und derselben Gattung von Wildschaden aufgestellt, so hat derjenige Schätzer, der zur Abschätzung eines Wildschadens aufgefördert wird, sich mit seinem Mitschätzer über die Zeit des einzunehmenden Augenscheins zu benehmen.

Beide haben innerhalb vierundzwanzig Stunden von der Aufforderung an das Geschäft gemeinschaftlich vorzunehmen, und die Schätzungsurkunde (§. 8, 11 und 12) miteinander zu unterschreiben.

**§. 16.** Sind im Falle des vorhergehenden Paragraphen die zwei Schätzer in dem einen oder andern Punkte verschiedener Meinung, so ist die Meinung eines Jeden in der Urkunde besonders zu bemerken, und sofern diese Meinungsverschiedenheit den Anschlag der Schadenssumme selbst betrifft, ist zugleich das Mittel zwischen beiden Summen beizufügen.

**§. 17.** Der Schätzer darf die Schätzung nicht vornehmen, wenn es sich um einen Schaden handelt, der

- a) ihm selbst,
  - b) oder seiner wirklichen oder geschiedenen Ehefrau oder seiner Verlobten,
  - c) seinen oder seiner Ehefrau Eltern, Großeltern, oder Abkömmlingen, einschließlich der Adoptivkinder,
  - d) seinen oder seiner Ehefrau Geschwistern oder Schwägern oder Schwägerinnen,
  - e) oder endlich seinen Pflegebefohlenen
- zugefügt wurde.

In diesen Fällen, und eben so, wenn dem Schätzer sonst wegen Krankheit oder wegen eines andern augenblicklichen Hindernisses die Vornahme des Geschäfts unmöglich ist, hat derselbe Demjenigen, der ihn zur Schätzung auffordert, das Hin-

derniß sogleich anzuzeigen. Auf Verlangen des Letztern ist sodann vom Bürgermeister der Gemeinde, in deren Gemarkung der Schaden ganz oder theilweise angerichtet wurde, für diesen einzelnen Fall unverzüglich ein anderer Sachverständiger aufzustellen und durch den Bürgermeister hierzu handgeköblich zu verpflichten.

Auf der Schätzungsurkunde, welche der für einen solchen einzelnen Fall aufgestellte nicht ständige Schärer ausfertigt, hat der Bürgermeister unten zu bescheinigen, daß er diesen Schärer bei Verhinderung des ständigen Schäfers besonders aufgestellt und verpflichtet habe.

§. 18. Ein jeder Schärer erhält:

a) für den Augenschein und die Schätzung 36 fr., wenn er dazu einschließlich des Hin- und Herwegs nicht mehr als einen halben Tag braucht, für den ganzen Tag aber 1 fl.; sodann werden

b) für die doppelte Ausfertigung der Urkunde, ohne Rücksicht auf den Zeitaufwand, und ohne Unterschied, ob nur ein oder ob zwei Schärer bestellt seien, 12 fr., und für die dazu erforderlichen zwei Impressen weitere 4 fr. bezahlt.

§. 19. Die im vorhergehenden Paragraphen erwähnten Gebühren bezieht der Schärer von Demjenigen, der die Schätzung verlangt, und dieser erhält geeignetenfalls dafür den Ersatz von den zur Vergütung des Wildschadens schuldigen Jagdinhabern.

§. 20. Wenn der Schärer gegen die Vorschrift der §§. 8, 11 und 12 unterläßt, in der Schätzungsurkunde den Betrag seiner Gebühren (§. 18) anzuführen, so verliert er seine Forderung und hat das etwa schon Bezogene wieder zu ersetzen.

---

Lit. A.

Geschehen zu Ziegelhausen den 20. Mai 1834.

Die Unterzeichneten, zur Abschätzung von Wildschaden aufgestellt und verpflichtet, wurden gestern Abend 6 Uhr durch Franz Gehring und Xaver Spinnhörn dahier aufgefodert,

den auf ihren Aedern, am herrschaftlichen Hochwalde vom Wild verursachten Schaden zu untersuchen und abzuschätzen.

Die Unterzeichneten haben sich daher auf die bezeichnete Stelle begeben.

Die Aeder der genannten zwei Bürger liegen im Gewanne „Hinterfeld“ unten am herrschaftlichen Maimwalde.

Der Acker des Xaver Spinnhörn stößt nördlich an diesen Maimwald, südlich an Friedrich Fehring, westlich an den Rahlbach und östlich an Johann Döner. Derselbe ist etwa 2 Morgen groß und ganz mit Weizen angepflanzt.

Der Acker des Franz Fehring, nördlich gegen Xaver Spinnhörn, südlich gegen Marx Klausner, westlich an den Rahlbach und östlich an Bernhard Gißler, mißt beiläufig  $1\frac{1}{2}$  Morgen und ist zur Hälfte mit Dinkel und zur andern Hälfte mit Wintergerste angepflanzt.

Auf beiden Aedern befinden sich diese Früchte, so weit sie nicht beschädigt sind, in einem vollkommenen Zustande und sind bereits in Halmen geschossen.

Ein großer Theil derselben ist nun aber beschädigt, nämlich theils abgeäßt und theils zertreten, und zwar, wie an den Fährten und der Losung zu erkennen ist, von Rehen.

An dem Acker des Xaver Spinnhörn ist ungefähr der vierte Theil auf solche Weise verdorben, — auf jenem des Fr. Fehring aber vom Dinkel etwa  $\frac{1}{4}$  Morgen und von der Wintergerste etwa 2 Quadratruthen.

Man kann annehmen, daß der abgeäßte und zertretene  $\frac{1}{2}$  Morgen Weizen des X. Spinnhörn, wenn er nicht beschädigt worden wäre, zur Zeit der Ernte

3 Malter 5 Sester Weizen,  
den  $\frac{1}{4}$  Morgen des Fr. Fehring 2 „ 5 „ Dinkel,  
und die zwei weitem Ruthen . . . — „  $\frac{3}{5}$  „ Gerste  
ertragen haben würde.

Gegenwärtig macht der mittlere Preis dahier

für das Malter Weizen . . . . .	9 fl.
für das Malter Dinkel . . . . .	4 „
und für das Malter Gerste . . . . .	6 „

Beförderung gerichtlich für sich und ihre Erben verpflichtet werden, sich diesen Bestimmungen zu unterwerfen.

## Allgemeine Bestimmungen.

### §. 1.

Alle Auseinandersetzungen ab- und anziehender Forst-  
officianten, resp. deren Erben, welche auf Dienstwohnungen, Leitung des  
Geschäfts.  
Dienstländereien oder sonstigen Dienstpertinenzien Bezug haben,  
geschehen unter bestimmter Leitung der vorgesetzten Behörden.  
Gütliche Vergleiche über dergleichen Auseinandersetzungen sind  
zwar zulässig, aber zur Genehmigung der Herzogl. Kammer  
zu stellen und dann erst verbindlich und in Kraft tretend,  
wenn sie die Bewilligung derselben erhalten.

### §. 2.

Der Bezirksöberforstbediente hat von Amtswegen das zunächst durch  
den Oberforst-  
bedienten.  
Uebergabegeschäft qua commissarius zu leiten, die etwa er-  
forderlichen Sachverständigen zu wählen, dieselben mit Instruc-  
tion zu versehen, die Verhandlungen zu Protocoll zu nehmen,  
über alle vorkommenden Streitigkeiten zwischen dem An- und  
Abziehenden eine vorläufige Entscheidung zu treffen, in jedem  
Falle der Herzogl. Kammer, Direction der Forsten und Jagden,  
mit Einsendung des Uebergabe-Protocolls, Bericht zu erstatten  
und dabei namentlich die Entscheidung über zweifelhafte oder  
streitige Fälle zu beantragen.

Alle Bestimmungen der Oberforstbedienten geschehen mit  
Vorbehalt der Genehmigung der Herzogl. Kammer, Direction  
der Forsten und Jagden, jedoch haben die Interessenten sich  
vorläufig bei der provisorischen Entscheidung des Commissarii  
zu beruhigen, namentlich wird der Anziehende die ihm zuer-  
kannte Zahlung — insofern Commissarius einen Aufschub  
nicht für zulässig hält — leisten und der Abziehende sich einst-  
weilen mit dem, was ihm zugesprochen worden, fürerst be-  
ruhigen, insbesondere die Uebergabe des Inventars, der Woh-  
nung ic., ohne von einem Retentionsrechte Gebrauch machen  
zu dürfen, vornehmen.

Betrifft übrigens die Uebergabe den Oberforstbedienten oder dessen Erben, oder aber einen Officianten, welcher einem Oberforstbedienten nicht subordinirt ist, so wird Herzogliche Kammer, Direction der Forsten und Jagden, denjenigen Commissarius bestimmen, welcher das Uebergabegeschäft leitet und in alle diejenigen Befugnisse eintritt, welche in diesem Reglement dem Oberforstbedienten beigelegt worden sind.

### §. 3.

Entscheidung  
vorkommender  
Streitigkeiten.

Die Interessenten, denen es übrigens dann, wenn der Oberforstbediente ihre Reclamationen nicht berücksichtigen sollte, unbenommen bleibt, gegen die Bestimmungen desselben bei der Herzogl. Kammer, Direction der Forsten und Jagden, unmittelbar zu reclamiren, haben sich bei den Entscheidungen der eben genannten Behörde unweigerlich zu beruhigen, und sollen über diejenigen Differenzen, welche aus der Uebergabe der Dienstwohnungen, Dienstgrundstücke und Dienstemolumente unmittelbar oder mittelbar hervorgehen, Prozesse nur dann zugelassen und den Interessenten gestattet werden, wenn die Herzogl. Kammer, Direction der Forsten und Jagden, dies den Umständen nach ausdrücklich genehmigt; jedoch bleibt den Betheiligten der Recurs an Herzogl. Staatsministerium vorbehalten.

### §. 4.

Aufnahme der  
Taxen, event.  
durch Sachver-  
ständige.

Die Adhibirung von Sachverständigen ist der damit verbundenen Kosten wegen möglichst dadurch zu vermeiden, daß es der Oberforstbediente versucht, die Interessenten über billige Ansätze für die sämmtlichen zur Taxe zu stellenden Gegenstände zu vereinigen, in welchem Falle übrigens die Taxen und Berechnungen ebenfalls in zweckmäßiger Form und vollständig aufgestellt werden müssen. Kann jedoch die Adhibirung von Sachverständigen nicht umgangen werden, so sind dieselben (in keinem Falle bürgerliche Taxatoren) von dem Oberforstbedienten zu wählen, und, damit nicht mehr als 2 Personen erforderlich sind, solche Männer für das Geschäft auszuersuchen, welche nicht nur das größte Vertrauen hinsichtlich ihrer Rechtlichkeit und Fähigkeit genießen, sondern auch genügende Sachkenntniß

von allen zu ihrer Beurtheilung zu verstellenden Gegenständen haben.

Die Sachverständigen sollen in der Regel mit einem Taxatoreneide nicht belegt werden, vielmehr nur das Versprechen zu Protokoll geben, ihre Schätzungen und Erklärungen so abgeben zu wollen, daß sie jederzeit im Stande und bereit sind, die gewissenhafte Uebereinstimmung mit ihrer pflichtmäßigen Ueberzeugung nachträglich eidlich zu constatiren.

Sollte übrigens die Beeidigung der Sachverständigen von Einem der Interessenten gefordert und von dem Oberforstbedienten in Rücksicht auf die Wichtigkeit des Objects für nöthig gehalten werden, so hat der Letztere das betreffende Herzogl. Amt zu der Beeidigung zu requiriren, und ist dann die Instruktion der Sachverständigen von dem Herzogl. Amte nach Antrag des Oberforstbedienten zu ertheilen und auf dieselbe der Eid zu beziehen.

#### §. 5.

Die Sachverständigen bringen die Taxen über die zu schätzenden Gegenstände gemeinschaftlich ein; sollten sie sich darüber nicht einigen können, so gibt der Oberforstbediente die Entscheidung als Obmann. Abgabe der Taxen und Entscheidung eines Obmannes.

Im Fall derselbe sich dazu nicht befähigt halten sollte, steht es ihm frei, einen Obmann zu erwählen, dessen Glaubwürdigkeit auf die im §. 4. den Taxatoren gesicherte Weise begründet wird.

#### §. 6.

Das Uebergabeprotokoll wird in triplo ausgefertigt, von den beiderseitigen Interessenten anerkannt und unterschrieben, über Zahlung der Gelder und Ueberweisung der Uebergabegenstände, namentlich des etwanigen eisernen Inventariums, darin quittirt und demnächst mit der Ratification der Herzogl. Kammer, Direktion der Forsten und Jagden, versehen. Ein Exemplar der gleichlautenden Ausfertigungen erhält jeder der Interessenten, während das dritte zu den Acten der Herzogl. Kammer, Direktion der Forsten und Jagden, genommen wird. Uebergabeprotokolle.

§. 7.

**Kosten.** Die Kosten der Abschätzung und Uebergabe, worüber der Oberforstbediente eine Liquidation aufzustellen hat, werden vom Ab- und Anziehenden zu gleichen Theilen getragen; die Kosten der Gebäudebeschreibung dagegen von der Herzogl. Kammer. Der Oberforstbediente verrichtet das Geschäft ex officio und ohne alle Entschädigung.

§. 8.

**Zeit der Veranlassung des Dienst-Inventars.**

Als allgemeines Prinzip gilt, daß der Abziehende — sei es ein versetzter, pensionirter oder entlassener 2c. Officiant, oder die Erben eines Verstorbenen — die Nutzung der Dienstwohnung, Grundstücke und sonstigen Emolumente bis zu dem Tage, wo dem Anziehenden der Dienst förmlich übergeben wird, zur freien Benutzung, jedoch ohne erweislich widerrechtlichen Nachtheil des Anziehenden oder ohne überhaupt die Grenzen der gewöhnlichen häuslicherischen Benutzung zu überschreiten, beibehält, wogegen der Abziehende oder dessen Erben eben so lange verbunden bleiben, die mit der Dienstverwaltung etwa verbundenen Dienstaussgaben zu bestreiten, wozu unter anderm bei den Revierforstbedienten die Haltung eines Revierjägers oder Lehrlings, der Jagdhunde, der Schreibmaterialien, ferner die Verpflichtung, dem Gehülfenjäger gegen das bestimmte Kostgeld Wohnung und Kost zu geben 2c. gehört. Der Abziehende oder dessen Erben behalten diese Verpflichtungen, so lange als sie den Gehalt beziehen, unbedingt und unentgeltlich, nachher aber wird ihnen, nach gehörig beigebrachter und von der Herzogl. Kammer festgestellter Liquidation der damit verbunden gewesenem Unkosten, so viel vergütet, als die Unkosten mehr wie der Gewinn aus der fortgesetzten Benutzung des Inventars betragen haben.

§. 9.

**Mit- u. Uebergabe des eisernen Inventars.**

Hatte der Abziehende ein eisernes Inventar in freier Nutzung, so wird dasselbe zunächst auf Grund des damaligen Uebergabeprotokolls oder der sonstigen Nachweisungen abgenommen, und hat derselbe das minus taxati baar zu ersetzen, wogegen demselben das plus taxati von dem Nachfolger vergütet werden muß. Derselben ist in dem Uebergabeprotokolle sorg-

fältig zu registriren, welche Gegenstände, nach welcher Schätzung und in welcher Beschaffenheit dem Anziehenden als freies Inventar übergeben wurden.

§. 10.

Sollte es von den höhern Behörden beliebt werden, einen Theil des Inventars, z. B. Obstbäume, Befriedigungen, Gräben u. selbst zu bezahlen und zum eisernen inventario zu machen, so ist der Nutznießer verpflichtet, die Zinsen des defalligen Kapitals sich von seinem Baargehalte in Abzug bringen zu lassen, insofern nicht der Reinertrag von den Grundstücken schon seinem vollen Betrage nach und einschließlich der Nutzung jener Inventarien-Gegenstände, bei Bestimmung des Baargehalts angerechnet worden.

Berzinsung des eisernen Inventars.

§. 11.

Wenn der Abziehende nach den bei seinem Antritte ihm ertheilten Zusicherungen nicht verpflichtet ist, sich der einen oder andern Bestimmung dieses Reglements zu unterwerfen, so wird die Herzogl. Kammer, Direktion der Forsten und Jagden, bestimmen, welche Grundsätze dann dabei befolgt werden sollen. Würde sich aber irgend ein Officiant oder dessen Erben, welcher zu der Befolgung dieser Vorschriften verpflichtet ist, weigern, sich denselben zu unterwerfen, so hat der Oberforstbediente die dem Abziehenden zukommenden Inventariengelder in Beschlag zu nehmen, übrigens aber Sorge zu tragen, daß der Anziehende demungeachtet in die Nutzung der Inventarienstücke unverzüglich eintrete.

Bestimmungen, wenn ein Officiant sich diesem Reglement nicht zu unterwerfen braucht oder unrechtmäßig entzieht.

§. 12.

Sollte bei einem Uebergabegeschäfte ein Fall vorkommen, worüber in diesem Reglement eine ausdrückliche Bestimmung nicht getroffen worden, so ist derselbe von Allen, die es angeht, der Analogie nach im Sinne der diesem Reglement zum Grunde liegenden Prinzipien zu beurtheilen.

Nöthigen Falls wird der Analogie nach entschieden.



## Besondere Bestimmungen über die Verlassung der Dienstgebäude.

### §. 13.

In welchem  
Zustande die  
Dienstgebäude  
zu übergeben  
sind.

Die Verpflichtungen der Nutznießer Herrschaftl. Gebäude zur Uebernahme der Kosten der geringfügigen Reparaturen, des Reinigens der Schornsteine, der Instandhaltung der Weißbinderarbeiten, der Oefen, der Feuer- und Kesselherde sind durch das Regulativ, welches mittelst Ministerial-Rescripts vom 13. Febr. 1835 No. 748. vorgeschrieben wurde, festgestellt, und bleibt dasselbe nicht nur ferner in Kraft, sondern ist auch als Norm zu betrachten, in welchem Zustande die Dienstwohnungen von dem Abziehenden verlassen werden müssen.

Insbefondere ist es Pflicht des Abziehenden, statt der zerbrochenen Fensterscheiben zuvor neue einsetzen, ungangbare Schlösser repariren, zu sämtlichen Schlössern die Schlüssel abliefern, event. dieselben anfertigen, und das ganze Wohnhaus scheuern und reinigen zu lassen. Auch müssen, wenn es der Oberforstbediente für nöthig befindet, die Oefen, Feuer- und Kesselherde umgesezt und die Decken und weißen Kalkwände ge-  
weist werden.

### §. 14.

Wannher die  
Uebergabe der  
Dienstgebäude  
beendet sein  
muß.

Die in dem vorstehenden §. vorgeschriebenen Leistungen des Abziehenden müssen bis zu dem Tage, wo die wirkliche Dienstübergabe an den Nachfolger Statt findet, beendet sein.

### §. 15.

Aufstellung der  
Gebäude-Beschreibungen.

Bei jedem Wechsel des Nutznießers eines Forstdienstgebäudes sollen Beschreibungen der Dienstwohnungen und Nebengebäude von dem Distriktsbaubedienten angefertigt werden, welche nicht allein die wirkliche Beschreibung der Gebäude, sondern auch die erforderlichen Angaben über die Qualität der einzelnen Bauegegenstände enthalten. Nach dieser Beschreibung werden die Gebäude dem Anziehenden übergeben und dereinst demselben oder seinen Erben wieder abgenommen werden, wobei dem Nutznießer die Verbindlichkeit obliegt, die durch sein oder der Seinigen erweisliches Verschulden entstandenen Beschädigungen aus eigenen Mitteln zu ersetzen.

Die Richtigkeit der Gebäudebeschreibung ist daher von dem Abziehenden durch eigene Unterschrift zu bestätigen und außerdem noch in dem Uebergabe-Protokolle anzuerkennen. Das Original der Gebäudebeschreibung wird in der Registratur, Herzogl. Kammer, Direktion der Forsten und Jagden, niedergelegt, eine Abschrift davon aber sowohl dem Oberforstbedienten, als auch dem Rußnießer der Wohnung zugestellt. Wenn Neubauten oder Reparaturen an den Gebäuden vorgenommen sind, so wird der Distriktsbaubediente zu den erforderlichen Nachträgen in der Gebäudebeschreibung requirirt werden.

#### §. 16.

Die Gebäude selbst, so wie die an denselben ohne erweisbare Reparaturen liche Schuld des Abziehenden entstandenen Mängel und Baulich- der Gebäude. feiten kommen, da die Gebäude im Allgemeinen auf Herrschaftl. Rechnung in Bau und Besserung erhalten werden, bei der Auseinandersetzung der Ab- und Abziehenden nicht weiter in Betracht. Der Oberforstbediente wird, wenn sich dringende Baumängel daran vorfinden, Gelegenheit nehmen, die Reparaturen höhern Orts in Antrag zu bringen.

#### §. 17.

Wenn bereits durch das Kammer-Rescript vom 14. Mai 1816 allgemein verfügt ist, daß eigenmächtig und ohne ausdrückliche Erlaubniß von den Forstofficianten vorgenommene Reparaturen, Erweiterungen oder Erneuerungen der Gebäude überall nicht bezahlt oder vergütet werden können, so behält es dabei sein Verbleiben, und hat der Abziehende dieselben, als dem Herrschaftl. Inventar unentgeltlich zugefallen, zurückzulassen. Nur allein solche Vorrichtungen an den Gebäuden, welche frei stehen oder nur durch Nägel verbunden sind, und deren Hinwegnahme weder Nachtheil noch bleibende Spuren zurückläßt, dürfen von dem Abziehenden hinweggenommen werden, insofern Herzogl. Kammer oder der Abziehende nicht vorzieht, solche gegen Bezahlung des durch die Taxe ermittelten dermaligen Werthes anzunehmen, womit sich dann der Abziehende zufrieden stellen muß.

Meliorationen an den Gebäuden, welche von dem Rußnießer ohne Autorisation ausgeführt sind.

§. 18.

Gebäude-  
Meliorationen,  
welche der An-  
ziehende über-  
nimmt.

Finden sich Gebäudemeliorationen, welche der Anziehende von dem Abziehenden übernehmen will oder muß, so hat der Oberforstbediente den dermaligen Nutzungswertb derselben festzustellen und nöthigen Falls durch Sachverständige feststellen zu lassen und den Geldbetrag in die allgemeine Abrechnung mit aufzunehmen. In jenem Falle wird das Erforderliche in der Gebäudebeschreibung bemerkt werden.

§. 19.

Schieß- und  
Krähenhütten.

Die dem Abziehenden gehörenden Schieß- und Krähenhütten soll der Anziehende — insofern sie von dem Oberforstbedienten für zweckmäßig und nützlich erachtet werden — nach einer pflichtmäßigen Taxe des Oberforstbedienten zu übernehmen verbunden sein. Sollte der Oberforstbediente dieselben aber nicht für zweckmäßig und nützlich anerkennen, so ist der Anziehende zu deren Annahme nicht verbunden, und steht es dem Abziehenden frei, dieselben auf den Abbruch zu veräußern.

Besondere Bestimmungen über die Abgabe der  
Dienstländereien.

§. 20.

Was unter  
Dienstlän-  
dereien zu ver-  
stehen.

Es sind hierunter nicht nur die als eigentliche Dienst-  
emolumente zu freier Benutzung eingegebenen Acker und Wie-  
sen verstanden, sondern auch diejenigen Grundstücke, welche dem  
Abziehenden von Herzogl. Kammer ad dies officii in Zeitpacht  
gegeben und dem Anziehenden wiederum in Pacht übertragen  
worden sind oder werden sollen. Sollten jedoch die letztgedach-  
ten Grundstücke dem Anziehenden nicht wieder verliehen sein,  
so wird mit der Rückgabe an Herzogl. Kammer oder einen an-  
derweitigen Pächter nach den deßfalligen Bestimmungen des Pacht-  
kontrakts verfahren, ohne daß diese Uebergabe in das in Rede  
stehende, von dem Oberforstbedienten geleistete Geschäft ein-  
gemischt wird.

§. 21.

Als allgemeiner Grundsatz wird angenommen, daß dem <sup>Vertheilung</sup> Abziehenden die Nutzungen von sämtlichen Grundstücken bis <sup>des Ernte-Er-</sup> zum Tage der Dienst-Übergabe gebühren. <sup>trages zwischen</sup>  
<sup>dem Ab- und</sup>  
<sup>Anziehenden.</sup>

In allen Fällen, wo derselbe nach häushalterischen Grundsätzen und Ortsgewohnheit nicht berechtigt war, ein Grundstück vor der Übergabe abzuernten, und dasselbe nicht wirklich abgeerntet hat, verbleibt die Ernte dem Anziehenden, wogegen dieser dem Abziehenden sodann Entschädigung nach folgenden Grundsätzen zu leisten hat:

1) Für die zur Zeit der Übergabe nicht bestellten Acker vergütet der anziehende dem abziehenden Beamten die darin stehende Gail und Saare und die Pflugarten, wogegen für alle diejenigen, welche bereits bestellt waren, nicht nur die ebengedachten Bereitungskosten und ebenfalls die Kosten der Bestellung und Einsaat, sondern auch ein verhältnismäßiger Anteil von dem mutmaßlichen Reinertrage der Ernte dem Abziehenden pro rata temporis dergestalt in Anrechnung gebracht wird, daß für jede Fruchtart die Zeit, vom Tage der wirklichen Bestellung bis zu der in der betreffenden Gegend durchschnittsmäßig Statt findenden Erntezeit, als Theilungsmaassstab für den Ernte-Reinertrag angenommen, davon der Kostenaufwand für Gail und Saare, Einsaat und Pfluglohn zu Gunsten des Abziehenden, imgleichen der von dem Anziehenden aufzuwendenden Erntekosten zu Gunsten des letzteren vom Rohertrage abgesetzt und die wirkliche Theilung nach der Anzahl der Tage, welche davon dem Abziehenden und resp. dem Anziehenden gebühren, ausgeführt wird.

Sollte nach der zur Vertheilung kommenden Ernte noch ein Theil der Gail und Saare principmäßig als im Acker verbleibend anzunehmen sein, so ist die Vergütung dafür von dem Anziehenden vollständig zu leisten.

2) Bei den Wiesen wird eine ähnliche Berechnung von der Zeit an, wo die Frühjahrseebütung derselben aufhört, bis zu der gewöhnlichen Zeit der Heu- und resp. Grummeteerte gelegt. Unterliegen die Wiesen der Weideservitut nicht, so wird der 1. Mai als terminus a quo angenommen. Für die

Wiesen sind die Arbeiten, so im Frühjahr darauf verwendet worden, als das Reinigen derselben, das Streuen der Maulwurfsbühl x., von dem Anziehenden pro rata temporis zu vergüten und vom Reinertrage vor dessen Vertheilung abzusetzen.

3) Für Klee wird dem Abziehenden ein Antheil des Reinertrages in dem Jahre, in welchem der Klee unter Sommerfrucht gesät wurde, nicht vergütet, da in diesem Jahre die Sommerfrucht die eigentliche Nutzung des Ackers gewährt.

Uebrigens ist für Klee, so wie für alle perennirende Futtergewächse, eine Vergütung für den Reinertrag erst vom 1. April des Nutzungsjahrs an zu rechnen.

4) Unter dem Begriffe „Erntezeit“ wird die Zeit des Abmärens verstanden.

#### §. 22.

*Fortsetzung.*

Da es unmöglich ist, hinsichtlich der in dem vorstehenden §. berührten Gegenstände, völlig unzweifelhafte, jede Mißdeutung abwendende Grundsätze vorzuschreiben, so muß es der Sorge des Oberforstbedienten und der Einsicht der dazu etwa erwählten, gehörig zu instruirenden Sachverständigen überlassen bleiben, die obigen Grundsätze auf eine für beide Partheien möglichst billige, den Ortsverhältnissen entsprechende und den wahrscheinlichen Resultaten möglichst nahe kommende Weise anzuwenden.

#### §. 23.

*Erlaß  
für Pflugarten,  
Saal u. Saare.*

Die jedesmalige Pflugart wird incl. des Eggen mit 12 ggr. à Feld-Morgen bezahlt, und das vierspännige Fuder Dünger, wovon mindestens 6 Fuder auf den Feldmorgen gefahren sein müssen, incl. des Fuhrlohns zu 1 Rthlr. 8 ggr. gerechnet. Nach Abtrag einer Fruchtart wird für den Dünger nur die Hälfte vergütet, nach geschehener zweiten Ernte aber überall nichts.

Voller Hürdeschlag wird à Feldmorgen mit 3 Rthlr. bezahlt, wobei angenommen, daß 2000 Stück Schafe in einer Nacht 1 Feldmorgen beliegen; der Hürdeschlag geht mit dem Abtrage einer Fruchtart aus. Die Ausfaat wird nach denjenigen Mittelpreisen, den sie zur Zeit der Bestellung an dem Orte, welcher für die betreffende Gegend den Marktpreis bestimmt hatte, angerechnet.

§. 24.

In keinem Falle dürfen die von dem Abziehenden zu ver-  
gütenden Bestellungskosten sich höher, als der mutmaßliche Maximum der anzurechnenden Bestellungskosten.  
Ernte-Ertrag von der auf dem Acker wachsenden, hinsichtlich  
des Ertrages bereits zu beurtheilenden Frucht, belaufen.

§. 25.

Jeder Nutznießer Herrschaftl. Dienstgrundstücke hat jährlich Führung eines Bestellungs-  
ein Bestellungsregister über seine Ackerwirthschaft anzulegen, registers.  
worin die verwandten Meliorationen, die Bodenvorbereitungen  
und die Art und Zeit der Bestellung vermerkt werden. Das  
Register ist dem betreffenden Oberforstbedienten um Johannis  
jeden Jahrs für die bevorstehende Ernte vorzulegen; jedoch schon  
vor dem Beginne der Bestellung vorzurichten und sorgfältig fort-  
zuführen.

§. 26.

Sollte es sich treffen, daß das Ableben eines Officianten Wie zu verfahren, wenn die Zeit der Dienstverlassung während oder kurz vor der Ernte eintritt.  
oder die Bestimmung seiner Versetzung oder Pensionirung wäh-  
rend oder unmittelbar vor der Ernte eintritt, so ist von dem-  
selben resp. dessen Erben von dieser Zeit an bis zu dem Tage  
der Dienstübergabe alles ungewöhnliche, nicht haushälterische und  
nicht ortsübliche Übernten bei Vermeidung vollen Schadenersatzes  
zu unterlassen, und wird hiermit ausdrücklich bestimmt, daß  
derselbe während dieser Zeit überall keine Überntung auf Aedern  
und Wiesen vornehmen dürfe, ohne dem Oberforstbedienten An-  
zeige davon gemacht und dessen Genehmigung dazu erhalten zu  
haben. Ist aber der Wohnort des Oberforstbedienten von dem  
des Abziehenden zu weit entfernt, oder treten sonstige Gründe  
ein, welche jene specielle Bestimmungen abseiten des Oberforst-  
bedienten verhindern, so wird der letztere einen in der Nähe  
wohnenden zuverlässigen Mann, in der Regel den Feldgeschwör-  
nen, dazu substituiren.

§. 27.

Der Dünger auf dem Hofe und in den Ställen wird nach Vergütung für Dünger, Stroh und Futter.  
dessen Fuderzahl taxirt, und à 4spänniges Fuder mit 1 Rthlr.  
berechnet, und ist es, bevor der Abziehende die Annahme des  
Düngers nicht etwa verweigert hat, dem Abziehenden ausdrück-  
lich untersagt, von dem Dünger irgend etwas zu veräußern.

Stroh und vorräthiges Futter hat der Anziehende ein Recht, nach den currenten Preisen, welche sich nach den verschiedenen Lokalitäten und der Jahreszeit richten, anzunehmen, oder aber dessen Annahme zurückzuweisen. Eine Auswahl oder eine theilweise Annahme des Strohes und Futters kann derselbe nicht verlangen.

§. 28.

Jeder Nutznießer von Grundstücken hat für selbst verschuldeten Schaden an denselben zu haften.

Da jeder Inhaber freier oder gepachteter Ländereien dieselben nach ökonomischen Grundsätzen zu behandeln und im wirthschaftlichen Stande zurückzugeben verpflichtet ist, so folgt daraus, daß derselbe jeden als selbst verschuldet erweislichen Schaden ersetzen, und insofern der letztere von der Art ist, daß der folgende Benutzer wirklichen Nachtheil dadurch erleidet, dem Anziehenden vergüten muß. — Sollten dergleichen Fälle wider Erwarten vorkommen, und entweder von dem Oberforstbedienten oder dem Anzieherden zur Sprache gebracht werden, so hat der Erstere eine deßfallige Abschätzung von beeidigten Aichtleuten vornehmen zu lassen, und der Herzogl. Kammer, Direktion der Forsten und Jagden, Behuf definitiver Entscheidung, gründlichen Bericht zu erstatten.

§. 29.

Wie es mit der Vergütung für ungewöhnliche Meliorationen an den Grundstücken zu halten.

Ungewöhnliche Meliorationen an den Grundstücken, als Planirungen, Ausrodungen, Rälungen, Mergelungen, Bewässerungen, Anlegung neuer Gräben und Abzugskanäle zc. werden dem Abziehenden nur insofern vergütet, als derselbe nachweisen kann, von der Herzogl. Kammer die ausdrückliche Genehmigung dazu und die Zusicherung einer von dem Dienstinachfolger zu leistenden Entschädigung erhalten zu haben. Es soll dann von jetzt an bei Ertheilung solcher Erlaubniß im Voraus bestimmt werden, wie hoch eine jede Melioration bei der etwaigen Dienstverlassung in Anrechnung zu bringen sei, und binnen welcher Zeit angenommen werde, daß sie sich von Jahr zu Jahr abnehmend absorbire. Für dergleichen bis jetzt ausgeführte und event. zu vergütende Meliorationen ist der dermalige Nutzungswerth mit Rücksicht auf die ortsüblichen Preise zu ermitteln und in Anrechnung zu bringen.

§. 30.

Wenn von den Rußnießern Ausrodungen oder Urbarmachungen mit höherer Genehmigung vorgenommen sind oder werden, so ist in allen Fällen anzunehmen, daß die darauf verwendeten Unkosten, welche glaubhaft nachzuweisen oder durch Sachverständige zu ermitteln sind, sich in 10 Jahren, von der ersten Ernte an gerechnet, zu gleichen Theilen absorbiren, so daß z. B. nach der 9ten Ernte der Abziehende nur noch  $\frac{1}{10}$  der Urbarmachungskosten und nach der 10ten Ernte überall nichts mehr dafür erhält. Nur dann, wenn in den bisher vorgekommenen Fällen der Art ausdrücklich eine abweichende Bestimmung hiervon getroffen ist, soll bei der nächstfolgenden Uebergabe jener besondern Bestimmung gemäß verfahren werden.

Meliorationskosten absorbiren sich binnen 10 Jahren.

§. 31.

Die von dem Abziehenden bereits vorgefundenen, auf eine zweckmäßige Weise geöffneten und noch in Wirksamkeit befindlichen offenen oder verdeckten Gräben müssen von dem Anziehenden nach der Taxe ihres dermaligen Werths bezahlt werden, insofern sie nicht zum eisernen Inventar gehören oder resp. damit vereinigt werden.

§. 32.

Mit den Befriedigungen, als Hecken, Zäunen, Staketten, Schlagbäumen u. wird es, insofern sie nicht zum eisernen Inventario gehören, eben so gehalten, als vorstehend hinsichtlich der Gräben vorgeschrieben worden. Gehören selbige jedoch zum Inventario, so werden sie nach einer Beschreibung und Taxe dem Anziehenden frei übergeben, und hat derselbe bei seinem dereinstigen Abzuge das minus taxati zu ersetzen, dagegen aber auch das plus taxati zu empfangen.

Befriedigungen.

Sollten die Befriedigungen u. von dem Abziehenden ohne ausdrückliche Zusicherung einer entsprechenden Entschädigung angelegt worden sein, so fallen sie dem Inventario ohne Ersatz zu.

§. 33.

Die zu der Dienststelle etwa gehörigen Weidenbäume werden ihrem dermaligen vollen Werthe nach von dem Anziehenden

Kopfholz, Rinde und Büsche.



bezahlt; eine gleiche Bewandniß hat es mit den Haaren der Kopfbainen, Kopfeichen zc., so wie mit dem Bestande der Knide und Büsche, deren Benutzung dem Officianten etwa zusteht.

§. 34.

Wilde Bäume.

Die auf und vor den Höfen, so wie auf den Dienstgrundstücken nicht selten sich befindenden wilden Bäume, z. B. Eichen, Einden, Pappeln, Ulmen, Vogelbeeren zc. dürfen von dem Officianten in keinem Falle eigenmächtig und ohne ausdrückliche Genehmigung des Oberforstbedienten gehauen und genutzt werden; sie werden dem Anziehenden nach einem darüber aufzunehmenden Register frei übergeben und kann dem Abziehenden — sie mögen von demselben angezogen sein oder nicht — eine Vergütung dafür nicht zukommen.

§. 35.

Fischerei - Gerechtigkeits.

Sollte mit der Dienststelle eine Wilde- oder Teichfischereigerechtsame verbunden sein, so wird die erstere frei übergeben; hinsichtlich der letztern steht es jedoch dem Abziehenden frei, den Teich bei dem Abzuge oder — sollte der letztere im Winter während der Teich mit Eis belegt ist, Statt finden — sofort nach Aufgang des Eises ausfischen zu lassen und die Fische zu verkaufen, oder aber dem Anziehenden, insofern derselbe zu der Annahme der Fische geneigt ist, nach einer desfalligen, von dem Oberforstbedienten zu veranlassenden Taxe, nach dem dermaligen Geldwerthe zu übergeben.

§. 36.

Theilung der Nutzung von fremdem Weidenviehe.

Sollte mit einer Dienststelle das Recht, fremdes Weidenvieh einzunehmen, verbunden sein, so wird die Nutzung von dem zur Zeit der Uebergabe vorhandenen Miethviehe ebenfalls pro rata temporis der gewöhnlichen Weidezeit getheilt.

§. 37.

Wenn d. Dienstgrundstücke von dem Nutznießer verpachtet sind.

Wenn die Dienstgrundstücke zur Zeit der Uebergabe ganz oder theilweise verpachtet sein sollten — was dem Forstofficianten in der Regel überall nicht gestattet ist und immer nur

mit dem Vorbehalte des sofortigen Erlöschens der Pacht, sobald als der Verpächter verstirbt oder den Dienst verläßt, geschehen kann — so muß es sich der Anziehende gefallen lassen, daß er, wenn dieses von dem Oberforstbedienten für zweckmäßig erachtet wird, die Pacht bis zur beendigten nächsten Erndte aushält, und inzwischen nur den verhältnißmäßigen Theil von dem jährlichen Pacht-Locario zieht.

### Besondere Bestimmungen über die Abgabe der Dienstgärten.

#### §. 38.

Was die Uebernahme des Garteninventariums anbelangt, Allgemeine Bestimmung. so ist der Abziehende im Allgemeinen verpflichtet, alles in den Gärten Vorhandene, namentlich Bäume, Sträucher, Früchte, Gemüse &c. gegen die Taxe des wahren Werths zu überlassen, wie denn aber auch umgekehrt der Anziehende verpflichtet ist, alle dergleichen Gegenstände, in so fern sie den haushälterischen Bedürfnissen und dem wirthschaftlichen Nutzen entsprechen, und in so weit sie nicht etwa zum eisernen Inventar gehören oder gemacht werden, nach der Taxe des wahren Werths zu bezahlen.

#### §. 39.

Die sämmlichen Obstbäume sind ihrem dermaligen Geld- Uebergabe des Baum-Inventars. werthe nach abzuschätzen und mit gehöriger Rücksicht auf den Werth der Obstarten, in alte, mittlere und junge, so wie in gesunde und krankhafte, desgleichen in veredelte und nicht veredelte Bäume zu classificiren. Weinstöcke und Espalierbäume sollten eigentlich, da sie zu den Luxusartikeln gehören, dem Anziehenden nicht aufgedrungen werden können; deshalb soll es, wenn sie noch so jung sind, daß eine Verpflanzung möglich ist, von dem freien Willen des Anziehenden abhängen, ob er sie zu der Taxe des wahren Werths übernehmen will oder nicht; sind sie jedoch zum Verpflanzen schon zu alt und die Interessenten können sich im Wege der Güte über die Annahme nicht einigen, so ist der Anziehende zwar verpflichtet, sie zu über-

nehmen, jedoch nicht höher, als zu der Hälfte der Taxe des wahren Werths.

Wird der Abziehende in diesem und in allen ähnlichen Fällen genöthigt, Bäume, Sträucher und sonstige Pflanzen, welche zu den Gegenständen des Luxus gehören, mit wegzunehmen, so muß der Anziehende dieselben auf ihrem Standorte so lange dulden, bis die zum Verpflanzen geeignete Zeit herankommt.

§. 40.

Desgl. der  
Unterfrüchte.

Auch die sämmtlichen Unterfrüchte, in Gemüsen, Gartenfrüchten, Futterkräutern u. bestehend, werden, insofern sie dem Bedarfe eines Landhaushalts entsprechen, zur vollen Taxe übergeben; sind es jedoch ebenfalls Gegenstände des Luxus, z. B. Spargelbeete, Gartenerdbeeren u., so kann der Abziehende dafür nur die Hälfte des taxenmäßigen Werths fordern, insofern er es nicht vorzieht, sie wegzunehmen; fordert jedoch der Anziehende deren Annahme, wozu ihm das Recht zustehen soll, so ist er verpflichtet, die volle Taxe dafür zu entrichten.

§. 41.

Gartenanlagen,  
welche nur zur  
Zierde oder zum  
Bergnügen ge-  
reichen.

Natürliche und künstliche Lauben, Lusthäuser, Buxbaum oder andere Einfassungen, Blumen aller Art, Ziersträucher, werden nach den im vorstehenden §. für Gegenstände des Luxus aufgestellten Grundsätzen zur Uebergabe gezogen, und dabei gleichmäßig berücksichtigt, ob der Anziehende deren Ueberlassung fordert, oder ob er dazu genöthigt wird. Im Falle der Abziehende das jus tollendi ausübt, muß der Standort wieder auf das Sorgfältigste geebnet werden.

§. 42.

Grantwege.

Bei angelegten Grantwegen kann von dem Abziehenden das jus tollendi nicht ausgeübt werden, und wird vielmehr hierdurch bestimmt, daß der Anziehende dem Abziehenden die Hälfte der Taxe zu vergüten habe.

§. 43.

Vertheilung des  
Aufkommens  
aus den Unter-  
und hängenden  
Früchten.

Wenn Unter- oder hängende Früchte zur Taxe kommen, welche derzeit noch nicht reif oder brauchbar sind, so muß der Werth derselben pro rata temporis nach der Dauer ihres Wachstums unter dem Ab- und Anziehenden getheilt werden, in so

fern es nicht gelingt, diese Weitläufigkeiten durch einen Vergleich unter den Interessenten zu vermeiden.

§. 44.

Der im Gartenlande befindliche Dünger wird wie beim ~~SaillundSaare~~ Acker bezahlt, jedoch geht die Hälfte seines Werths für einen <sup>im Garten-</sup> Wuchs der Früchte, also event. durch die Taxe der auf dem <sup>landg.</sup> Lande vorhandenen Früchte ab.

§. 45.

Wegen der ungewöhnlichen Meliorationen in den Gärten, <sup>Ersatz für un-</sup> wegen Urbarmachungen derselben und wegen der Bestriedigungen <sup>gewöhnl. Gar-</sup> gelten eben dieselben Vorschriften, welche für die Uebergabe <sup>tenmelioratio-</sup> der Acker und Wiesen bestimmt worden sind. <sup>nen.</sup>

§. 46.

Im Allgemeinen wird es den Nutznießern Herrschaftlicher <sup>Erhaltung des</sup> Dienstgärten zur Pflicht gemacht, Obstbäume dann nur, wenn <sup>Bauminven-</sup> sie abständig oder aus sonstigen Gründen unvortheilhaft sind, <sup>tars.</sup> wegzubauen und dieses nicht ohne Wissen des Oberforstbedienten zu thun. In der Regel sollen an die Stelle der abgängigen wiederum junge veredelte Obstbäume gesetzt werden.

## Specielle Bestimmungen in Bezug auf Geld- oder Naturalaccidenzien.

§. 47.

Das Deputatholz wird jederzeit für den Zeitraum vom <sup>Bestimmungen</sup> 1. Juli bis ult. Juni praenumerando abgegeben, und ist jeder <sup>wegen des</sup> Officiant verpflichtet, zu der Zeit seines Abzuges so viel Holz <sup>Deputatholzes.</sup> zurückzulassen und seinem Nachfolger gegen Erstattung der Be- reite-, Fuhr- und Kleinmacher-Löhne unentgeltlich zu über- geben, als für die Zeit von der Uebergabe bis ult. Juni er- fordert wird. Dabei sollen jedoch für jeden der 6 Wintermo- nate vom October bis März incl.  $\frac{2}{3}$  und für jeden der 6 Sommermonate nur  $\frac{1}{3}$  des ganzen Deputatholzquantums ge- rechnet werden. Der Abziehende hat das etwa Fehlende nach der Herrschaftl. Forsttaxe zu vergüten, über den Ueberfluß aber beliebig zu disponiren.

§. 48.

Theilung der Geld- u. Natural-Emolumente zwischen dem Ab- und Anziehenden.

Sollten mit einer Dienststelle annoch besondere Geld- oder Natural-emolumente und Accidenzien verbunden sein und dieselben auf den Anziehenden *ex officio* übergehen, so gilt die allgemeine Regel, daß der Oberforstbediente dieselben *pro rata temporis* nach der Dienstzeit im Rechnungsjahre vertheilt, und daß von demjenigen die Vergütung des jenseitigen Antheils geleistet wird, welcher die Nutzung bezogen hat oder bezieht.

§. 49.

Insbsondere d. Schießgelds-entschädigung.

Dahin gehören namentlich die Schießgeldsentschädigungen von den verpachteten Jagden; wohingegen alle extraordinaire Einnahmen, welche für ein bestimmtes momentanes Geschäft gegeben werden, demjenigen allein zukommen, welcher das Geschäft selbst verrichtet.

§. 50.

Die rückständigen Jagdaccidenzien erhält der Abziehende.

Daß etwa noch rückständige Schießgeld, die Wildhäute, Bälge *zc.* bleiben dem Abziehenden unverfügt bis zum Tage der Uebergabe; eine gleiche Bewandniß hat es mit dem Schieß- und Fanggelde für schädliche Raubthiere.

§. 51.

Der Oberforstbediente sorgt für die Auszahlung der Forforderungen des Abziehenden an Auslagen in Dienstfachen.

Der Oberforstbediente wird Sorge tragen, daß alle dem Abziehenden oder dessen Erben aus seiner Dienstführung in Folge bestimmter Liquidationen annoch zukommenden Gelder, *z. B.* die geringfügigen Forstdienstausgaben, das Schieß- und Fanggeld für schädliche Raubthiere *zc.* demselben nach geschehener Auszahlung ausgehändigt werden.

## 2. Die Erhebung und Berechnung der Mast- aufkünfte betreffend.

Vom 27. August 1837.

### A. M a s t b e n u ß u n g.

Der Oberforstbeamte zeigt alljährlich bis zum 15. Sept. ansehlbar der Forst-Direction an, ob Mast vorhanden oder nicht, und ob dieselbe bedeutend genug zu einer Benützung sei. Kann eine Mastbenützung stattfinden, so verbindet derselbe mit der Anzeige davon, nach genommener Rücksprache mit den betreffenden Revierförstern, resp. nach vernommenem Gutachten derselben, specielle Vorschläge über die Art der Mastbenützung in den verschiedenen Revieren, resp. Forstorten. Diese Vorschläge sind insbesondere auf folgende Punkte zu richten:

1) Ob eine Einföhrung von Mast- oder Fasel-  
schweinen stattfinden könne? In solchem Falle sind die Dauer der Mastungszeit und das Fehmgeld, einschließlich der früher üblichen Mastaccidenzien, als Schreib- und Brenngeld, in Antrag zu bringen. Die getrennte Bezahlung und Berechnung der Mastaccidenzien, welche gegenwärtig nach Einführung fixirter Classengehalte der Forstbeamten, sämmtlich für die Herrschaftliche Kasse berechnet und gezahlt werden, soll als die Rechnungsföhrung verweiltäufigend und erschwerend, von jetzt an aufhören.

Sind Mastberechtigte vorhanden, welche auf die Mastbenützung ein Recht, entweder gegen eine herkömmliche fixe Vergütung, oder gegen eine nach Kornpreisen zc. jedesmal zu bestimmende Entschädigung, oder gegen ein Accidenz (Förster- oder Herrschaftliches) zc. oder ohne irgend eine Entschädigung haben; so sind auch diese Verhältnisse in den Vorschlägen über die Mastbenützung zu erörtern, resp. die erforderlichen Bestimmungen zu beantragen.

2) Ob eine Verpachtung der Mast eintreten könne, resp. durch die Umstände angerathen werde? Für diesen Fall ist das Pachtgeld, einschließlich der früheren Mastaccidenzien in ungetreunter Summe zu beantragen, und sind daneben zugleich die Mastpächter vorzuschlagen, resp. namhaft zu machen.

3) Ob die Mast sich nur durch Ausgaben von Raffzetteln, (zum Buch-Eichellefen, zum Haselnußsammeln) benutzen lasse?

Eritt dieser Fall ein, so ist der Preis eines Raffzettels und die Dauer seiner Gültigkeit zu beantragen.

4) Ob endlich, — was hin und wieder vorkommen kann und unter Umständen bereits vorgekommen ist, — eine Mastnützung nur dadurch erzielt werden könne, daß auf Herrschaftliche Rechnung Saamen von Eichen oder Buchen zum Verkauf gesammelt wird. Diese, nur als letzte Ausbülfe zu wählende Mastbenutzungsart ist in den deßfalligen Vorschlägen aufs Vollständigste zu motiviren und ist sowohl der Sammellohn, als der Verkaufspreis pro Himten in Antrag zu bringen.

Nach Eingang der im Vorstehenden bezeichneten Vorschläge über die Art der Mastbenützung erfolgt die deßfallige Bestimmung der Forst-Direktion, auf Grund deren, der Oberforstbeamte die erforderlichen Anordnungen trifft, die Revierforstbeamte mit Instruktion und Anweisung versteht, die Einfehmung von Schweinen, so wie die Ausfehmung in der bisher üblichen Art und unter Mitwirkung der bislang zu solchen Geschäften zugezogenen Personen, nämlich des Forstschreibers und des betreffenden Revierförsters vornimmt, Pacht-Contracte abschließt und die erforderlichen Rechnungsbelege ertheilt.

Zur Begegnung etwaiger Zweifel wird noch nachrichtlich bemerkt, daß das Masttaxationsverfahren in der bisherigen Art bestehen bleibt.

### B. Erhebung der Mastauflünfte.

Sämmtliche Mastauflünfte sind von der Kreisforstkasse, resp. den betreffenden Forsterhebern, zu erheben.

1) Das festgesetzte Fehmgeld ist nach Bestimmung des Oberforstbedienten an die Kreisforstkasse, oder an den betreffenden Forsterheber zu zahlen, je nachdem die Zahlung den Besitzern der eingefehmten Schweine am meisten erleichtert wird. Der Revierförster, welcher ein genaues Verzeichniß über die eingefehmten Schweine zu führen hat, stellt den Besitzern der Schweine

spätestens 14 Tage vor der Aufsehung einen Zettel über das zu erlegende Gehmgeld mit der Aufforderung zu, den Betrag unfehlbar vor dem zur Aufsehung der Schweine festgesetzten Tage einzuzahlen, um gegen Rückgabe des quittirten Zettels die in die Mast getriebenen Schweine am Tage der Aufsehung wieder in Empfang zu nehmen, und ist den Besitzern der Schweine bei der Einsehung bekannt zu machen, daß auf solche Weise und zu der bestimmten Zeit das Gehmgeld eingezahlt werden müsse.

Für die, während der Mastzeit crepirten Schweine wird kein Gehmgeld bezahlt, daher denn zur möglichen Vermeidung von Rückzahlungen kein Gehmgeld praenumerando gefordert werden soll.

2) Mastpachtgelder sollen ohne Ausnahme an die Kreisforstkasse und praenumerando gezahlt werden, daher solches in den abzuschließenden Contracten allemal zu bedingen ist. Die Ueberweisung dieser Pachtgelder zur Erhebung geschieht wie die der Jagdpachtgelder.

3) Das Aufkommen für ausgegebene Mast-Raffzettel wird durch den Forsterheber, wie für ausgegebene Graßzettel erhoben.

4) Der Erlös für zum Verkauf gesammeltes Eckerig wird von der Kreisforst-Kasse, resp. von dem betreffenden Forsterheber, wie die Holzgelder erhoben, und sind den Käufern ordnungsmäßige Zettel (in der Art wie die Holzzettel) vom Revierförster zu schreiben.

### C. In Betreff der Berechnung der Mast-Aufkünfte.

Gämmtliche Einnahmen von der Mast werden in der betreffenden Revierforstrechnung pag. 9. nach Maßgabe der Vorschriften der Instruction vom 27sten Juni 1835 zur Berechnung gebracht und durch Belege gehörig justificirt. Diese Belege bestehen in den Anweisungen des Oberforstbeamten, resp. Rescripten der Forst-Direktion über die Art der Mastbenutzung mit Angabe der zu lösenden Summen, als: der Gehmgelder, der Pachtgelder, des Preises für Raffzettel, in resp. den Mast-



zetteln über eingefohnte Schweine und in dem Erhebungsregister der Forsterheber, wobei bemerkt wird, daß von dem Letztern besondere Erhebungsregister über die Mast-Auffünfte nicht geführt werden sollen, die Allegirung der betreffenden Nummern des Erhebungsregisters in der Forstrechnung vielmehr genügt. Uebrigens wird das Aufkommen für ausgegebene Mastraffzettel ganz in der Art berechnet, wie in Betreff des Aufkommens für Graßzettel durch das Rescript vom 6ten Juli 1834 No. 2639 vorgeschrieben ist, indem diese Einnahme in den monatlichen Forstrechnungen mit der Verfügung des Oberforstbeamten über den Preis der Raffzettel und außerdem nur mit einem von dem Revierförster aufzustellenden namentl. Verzeichnisse der Personen, welche in dem betreffenden Monate Raffzettel gelöst haben und nicht mit den quittirten Raffzetteln zu belegen ist. Was endlich die der Herrschaftlichen Kasse für die den Mastberechtigten zu überlassenden Mastnutzungen entgehenden baaren Einnahmen betrifft, so sind solche als freie Auffünfte pag. 9 der Forstrechnung gleichfalls anzumerken.

#### D. In Betreff der Ausgaben bei der Mast- nutzung.

Alle vorkommenden Ausgaben sind möglichst billig zu bedingen, von dem Oberforstbeamten zu prüfen und zu bestimmen, darüber von den betreffenden Revierförstern Liquidationen anzufertigen und endlich selbige von dem Oberforstofficianten nach vorgängiger Prüfung und Genehmigung durch dessen unterzeichnendes Attest auf die Forstlohnungs-Kasse zur vorschußweisen Auszahlung anzuweisen, so weit sie kein Bedenken haben. Der Forstschreiber stellt sämtliche durch die Mastbenutzung in einem Jahre erwachsenen Kosten in einer Uebersicht zusammen und fügt dieser die Liquidationen der Revierförster als Belege bei, übergibt solche sammt Belegen dem Oberforstbeamten zur Einreichung an die Herzogliche Kammer bis zum 1ten März spätestens, und werden diese General-Kosten-Liquidationen nach geschehener Prüfung mit der darunter gesetzten Zahlungsverfügung für die Kreisforst-Kasse zurückgefertigt, damit die Kosten in der Forstkassen-Rechnung definitiv in Aus-

gabe gestellt werden und die Kreisforst-Kasse den ratificirten Betrag derselben der Forstlohnungs-Kasse auf den gezahlten Vorschuß in Abzug berechnet und darüber dem Forstschreiber Quittung ertheilt.

Wie nun den obigen Bestimmungen gemäß der Forstschreiber künftig der Erhebung der Mastrevenüen überhoben ist, so soll auch die Aufstellung einer besondern Mastrechnung aufhören. Dagegen soll der Forstschreiber alljährlich eine summarische Uebersicht der Brutto-Einnahme von der Mast revierweise und nach der obgedachten Abtheilung getrennt, der stattgehabten Ausgaben und des nach Abzug der Ausgaben von der Brutto-Einnahme sich ergebenden Netto-Aufkommens nach Anleitung des angeschlossenen Musters aufstellen, welche bis zum 1ten April spätestens vorzulegen ist. Die Brutto-Mastauffünfte hat der Forstschreiber aus den Forstrevierrechnungen zu extrahiren und die Ausgaben nach der von ihm anzufertigenden General-Liquidation darin einzutragen.

**Summary of the Measures and Expenditures, as well as the Revenues from the Measures.**

[illegible]

### 3. Das Verfahren bei Messung der Laubholzblöcke betreffend.

Vom 28. August 1836.

Da durchaus nothwendig erscheint, eine allgemeine Vorschrift darüber zu ertheilen, welches Verfahren künftighin durchgängig bei der Messung und Berechnung der Laubholz-Blöcke in Anwendung zu bringen; so wird bestimmt: daß bei allen Laubholz-Blöcken zur Ermittlung ihres cubischen Inhalts nur die Borke außer Acht gelassen, dagegen alles, was man unter Holz versteht, folglich auch bei Eichen der Splint, zur Messung und Berechnung gezogen werden soll.

Wenn übrigens neben der mit keiner Schwierigkeit verbundenen Längemessung die richtige Ermittlung des mittlern Durchmessers, hauptsächlich die möglich zu treffende Berechnung des Cubic-Inhalts der Blöcke bedingt, die genaue Ermittlung des Durchmessers aber bei der häufig vorkommenden, sehr unregelmäßigen Form der Laubholzstämme schwierig und von der Art ist, daß sie oft nur durch eine sorgfältige Berücksichtigung der Form geschehen und nicht füglich durch ein für alle Fälle passendes Verfahren vorgeschrieben werden kann; so wird sich darüber einer näheren Bestimmung enthalten, vertrauend vielmehr zu den Forstbeamten, daß sie dabei pflichtmäßig und nach bester Einsicht verfahren werden, damit die Wahrheit, so viel thunlich, erreicht werde, und eben so wenig die Landesherrschaft als die Holzempfänger Nachtheil erleiden. Was endlich die Messung der Längen der Laubholzblöcke in Rücksicht auf den sogenannten Waldhieb betrifft, so soll dafür die demnächstige Verwendung als Anhalt dienen, und zwar dergestalt, daß bei den zu Nußholz-Arbeiten abzugebenden Laubholz-Blöcken der Waldhieb außer Berechnung bleibt, bei Eichen-Bauholz-Blöcken aber, je nach der Stärke derselben, darauf billige Rücksicht, und zwar in Beziehung auf das Beschlagen derselben, genommen wird, daß nämlich von dem Waldhiebe der Länge der Bauholzblöcke so viel zugemessen wird, als beim Beschlagen die Form des beschlagenen Blockes mit ausfüllen wird.

---

#### 4) Die Instruction für die mit Vermessungen beauftragten Geometer und Forstbeamten betreffend.

Vom 16. October 1837.

In Betreff einiger Bestimmungen in der Instruction für die mit Vermessungen beauftragten Forstbeamten und Forstgeometer wird hinsichtlich des §. 28. pos. 10. bemerkt, daß die darin enthaltene Vorschrift, alle eine Abdachung vom  $20^\circ$  übersteigende Bergwände zur besondern geometrischen Aufnahme zu bringen und durch Schraffirung nach der Lehmannschen Manier darzustellen, aus dem Grunde gegeben worden ist, weil solche steile Bergwände nicht ohne Einfluß auf den Forstbetrieb sind, und die genaue Kenntnisse von deren Begrenzung daher erforderlich wird, daß hierdurch aber die Darstellung der übrigen weniger als  $20^\circ$  Böschung haltenden Abdachungen durch Zeichnung keineswegs ausgeschlossen worden ist, indem nur deren besondere geometrische Aufnahme unterbleiben und die Zeichnung lediglich nach den von dem Geometer dieserhalb im Walde zu machenden Notizen geschehen soll.

Was die Grenzbezeichnungen nach den der Instruction beigefügten Characteren betrifft, so wird bestimmt, daß in Fällen, wo dergleichen Grenzbezeichnungen auf Linien vorkommen, welche durch die betreffenden Bezeichnungen sehr undeutlich werden würden, als: z. B. bei Bächen, Fußwegen &c. diese Characteren zu beiden Seiten derselben abwechselnd mit Unterbrechung zu zeichnen sind. Bemerkt wird dabei, daß diese Anwendung von Farben Behufß der Grenzbezeichnung auf den Specialcharten nicht zulässig und auf den Betriebcharten wegen Undeutlichkeit nicht wohl anwendbar ist.

---

#### 5) Das den Brennholzsortimenten zu gebende Maasß betreffend.

Vom 17. November 1837.

Alle an Berechtigte abzugebende Brennholz-Materialien sind in der hergebrachten Art und in dem Maße, worauf die

Empfänger ein Recht haben, auch künftig zu formiren und aufzustellen, damit auf keinerlei Weise in die Rechte der Betheiligten eingegriffen werde. Ein Gleiches gilt auch hinsichtlich der auf bestehende Contrakte abzugebenden Brennholz-Sortimente; insofern über die Formung des Materials Vereinbarungen oder Bestimmungen getroffen sind.

Hiervon wird auch bei den an Berechtigte abzugebenden Haufen keine Ausnahme gemacht, welche ferner in ungebundenen Haufen in dem bisherigen Maße da abgegeben werden, wo diese Observanz besteht.

Dagegen dienen folgende Bestimmungen als strenge Norm bei der Bearbeitung der Brenn- und Kohlenholz-Sortimente, welche zum Verkaufe oder zu Herrschaftlichen Zwecken angefertigt werden.

A. Alles vom Baume erfolgende Malterholz wird wie bisher in Maltern von 80° Raumgehalt nach Braunschweigischer Landesmaße aufgestellt, wobei je nach den verschiedenen hierher gehörigen Sortimenten die hier gegebenen Regeln zu beachten sind:

1) Sämmtliches zum Verkaufe bestimmtes Scheitholz mit Einschluß des an das hiesige Magazin zu liefernden Buchen-Scheitholzes soll eine Scheitlänge von 4 Schublen, das Kohlenholz und das zum Verflößen nach hiesiger Stadt und nach Wolfenbüttel anzufertigende Scheitholz aber, eine Scheitlänge von 5 Schublen erhalten.

Hinsichtlich der Formung der einzelnen Klüfte wird Folgendes festgesetzt:

- a) alles Rundholz, welches über 6" stark ist, wird zu Scheitholz gespalten;
- b) jede Kluft soll in der Regel zur Stirnfläche ein Dreieck haben und wird das Aufspalten des Kerns bei starken Stämmen, wodurch auch Klüfte mit einer vierseitigen Stirnfläche gebildet werden, verboten. Die Klüfte, welche aus geringern, nur einmal spaltbaren Holzstücken erfolgen, erhalten jedoch natürlich eine halbe Kreisfläche zur Stirnfläche. Die Stärke der Scheite im Nacken oder an der Rindenseite soll in der Regel 6 bis 8" betragen.

2) Das Knorr- und Ausschussholz, für dessen Formung, der Beschaffenheit des dazu zu verwendenden Materials nach, bestimmte Regeln sich nicht ertheilen lassen, muß, so viel die Umstände es zulassen, regelmäßig und ähnlich wie das Scheitholz dargestellt werden.

3) Zu dem Reidel- und Knüppelholze soll alles 3 bis 6" starke, nicht weiter zu spaltende Rundholz gehören und als solches dargestellt und berechnet werden.

4) In denjenigen Oberforsten, in welchen Stockholz aufgearbeitet wird, sollen dazu:

a) insofern dasselbe an die Herrschaftlichen Hüttenwerke zur Abgabe kommt, die runden Holzstücke von 1 bis 3 Zoll Durchmesser und:

b) insofern dasselbe zum Verfaufe bestimmt ist, die  $\frac{1}{2}$  Zoll am spitzen Ende bis 3" haltenden runden Holzstücke verwendet werden.

B) In die Waasen gehört alles Reißig, welches die für Reidel- und Knüppelholz und da wo Stockholz ausgehalten wird, die für dieses Sortiment vorgeschriebene Stärke nicht erreicht. Die einzelnen Waasen (Wellen) sollen durchgängig eine Länge von 6 bis 7 Schuh und unter der Weide einen Umfang von 33" erhalten, wobei darauf zu halten ist, daß das Reißig in den Bunden aber und unterhalb der Weide gleichmäßig vertheilt und denselben dadurch eine möglich gleichmäßige Stärke gegeben werde. Bei den Waasen von ausgestochter Pecke, welche von ganz geringem Reißig da erfolgen, wo Stockholz ausgehalten wird, erhalten jedoch die Bunde bei übrigen gleicher Verfahrungsweise eine Länge von nur 4 Schuh.

C) Das Stückenholz kommt in zu mannigfacher Verschiedenheit vor, als daß bestimmte Regeln über die Darstellung desselben sich geben lassen. Die Malter erhalten einen Raumgehalt von 80° und die jetzt bestehenden Vorschriften über die Höhe der einzelnen Stücken bleiben auch ferner in Wirksamkeit.

---

6) Die Berechnung des gegen die currente Taxe verkauften Holzes, so wie die Feststellung der Befugnisse des Oberforstbeamten und der Revierförster hinsichtlich des Holzverkaufs betreffend.

Vom 30. November 1837.

Um die schriftlichen Arbeiten des Oberforstbeamten in Betreff der Ausstellung von Belegen über die Holzabgaben soviel möglich zu vermindern und die Befugnisse der Revierforstbeamten beim Holzverkauf festzustellen, wird Folgendes zur Nachachtung, in Beziehung auf die §§. 2 und 5 der Instruktion vom 31sten Mai 1822, das Forstrechnungswesen betreffend, bestimmt, da der §. 5 häufig dahin ausgelegt ist, daß der Oberforstbeamte zur Ausfertigung schriftlicher, den Forstrechnungen anzulegender Abgabe-Verfügungen auch dann verpflichtet sei, wenn das Holzmaterial zur bestehenden Taxe aus der Hand verkauft wird, obgleich §. 2 den Oberförster nur verpflichtet, den Revierförstern Anweisungen darüber zu ertheilen, auf welche Weise das Holz verwendet werden solle.

Wie der Oberforstbeamte den Holzdebit zu leiten und zu überwachen und zu dem Ende unter Beobachtung der erlassenen Vorschriften zu verfügen hat, auf welche Weise der Verkauf des, nach Bestreitung der zu Herrschaftlichen Zwecken, zu Deputaten u. und zu allen feststehenden Abgaben erforderlichen Holzes, disponibel bleibenden Holzmaterials, ob aus der Hand gegen die bestehende Taxe, oder im Wege der Licitation verwerthet werden soll, ferner die Vertheilung der Holzmaterialien nach ihrer Lage und nach Sortimenten, damit insbesondere die ärmere Unterthanenklasse zur Abhaltung von Forstfreveln u. mit dem bedürftigen Holze gegen Bezahlung der currenten Taxe versehen werde, anzuordnen hat; so ist dagegen der Revierförster verpflichtet, nach den deßfalligen Anordnungen des Oberforstbedienten, den einzelnen Holzverkauf zu besorgen, den Holzdebit auf jede Weise zu befördern, ohne besonderer Autorisationen zu den einzelnen Holzverkäufen zu bedürfen, die den Absatz nur hemmen und erschweren und dem Oberforstbeamten nutzlose Schreibereien veranlassen.



Es soll jeder Oberforstbeamte demnach von jetzt an nur gehalten sein, Dispositionen über die Art der Verwerthung und Verwendung des zum Verkauf kommenden Holzmaterials, es mag nun Brennholz oder Bau-, Nutz- und Geräthholz betreffen, den Revierförstern in der oben gedachten Art zur pünktlichen Befolgung zu ertheilen, und bedarf es weder besonderer Autorisationen über die einzelnen Holzabgaben, sofern solche gegen die bestehende höchste Taxe geschehen, und kann ermäßigte oder Gnadentaxe (z. B. gegen eine (ermäßigte) Unterthanentaxe) von dem Holzempfänger in Anspruch genommen wird und eine Creditirung des Kaufpreises Statt findet, noch sollen dergleichen Autorisationen den Revierforstrechnungen als Belege beigelegt werden. Dagegen sind mit den allgemeinen Dispositionen über die Art der Holzverwerthung und über die Verwendung die Revier-Rechnungen zu belegen. Uebrigens bleibt es von den Umständen abhängig und dem pflichtmäßigen Ermessen des Oberforstbeamten überlassen, wie weit diese Dispositionen auch Anordnungen wegen bestimmter Holzabgaben enthalten müssen, wie es z. B. räthlich sein kann, daß ein gewisser Wafenvorrath unter die ärmere Classe zweier Gemeinden angemessen vertheilt werde, oder daß bestimmt werde, in welchem Verhältnisse die Holzbedürftigen von verschiedenen Sortimenten zu empfangen haben, um in holzarmen Gegenden die einen nicht vor andern Unterthanen mit gleichen Ansprüchen zu bevorzugen u. Es bleibt jedoch lediglich dem Oberforstbeamten vorbehalten, über die Abgabe von großen Quantitäten an Einen Holzempfänger speciell zu verfügen oder Holzlieferungs-Contrakte für mehrere Jahre abzuschließen. Als große Holzquantitäten an Einen Empfänger sind solche anzusehen, welche bei ihrer Abgabe den Unterthanen die Gelegenheit entziehen würden, sich mit dem zu ihrem häuslicherischen Bedürfnisse nöthigen Materiale zu versehen, und welche der einzelne Empfänger über sein Haushaltsbedürfnis hinaus entweder zur Vetreibung von Fabriken, Gewerbe oder zum Handel ankaufte.

Wie nun die vorstehende Verfügung sich lediglich auf den Holzverkauf aus der Hand bezieht, und die Ertheilung besonderer Autorisationen abseits des Oberforstbeamten zu dem

Holzverkaufe gegen die bestehende höchste Taxe, es mag nun Brennholz oder Bau-, Ruß- und Gerätheholz zum Verkaufe kommen, aufhebt, sofern von demselben die Verkaufsart, und zwar der Verkauf aus der Hand, angeordnet ist; so bleiben, wie sich von selbst versteht, die Bestimmungen über die Holzabgaben zu Herrschaftlichen Zwecken an Deputatisten, Berechtigte und Beneficirten und die Belegung dieser Abgaben ferner in Kraft.

---

## 7) Die Einsammlung von Fichtenzapfen gegen Erlaubnißscheine betreffend.

Vom 8. Dezember 1837.

1) Das Einsammeln frischer Fichten-Zapfen soll nur gegen die Lösung eines für das jedesmalige laufende Betriebs-Jahr gültigen Erlaubnißscheins gestattet werden.

2) Auf diesem, für je eine Person gültigen Scheine sind die Forstorte anzugeben, in welchen die Zapfengewinnung gestattet wird.

3) Für einen jeden dergleichen Schein soll, je nachdem Fichtenzapfen in Menge oder nur sparsam gewachsen sind, ein jährlich zu bestimmendes Quantum untadelhaften abgeflügelten Fichten-Samens in die Samenmagazine des Forstamtsbezirks abgeliefert werden.

4) Die Zeit der Ablieferung, so wie die Maßregeln zur Sicherstellung dieser Natural-Abgabe, sind dem Ermessen der Oberforstbeamten überlassen.

5) Die sonach für ausgegebene Erlaubnißscheine aus einem jeden Reviere einkommenden Fichtensamen-Quantitäten sind von dem betreffenden Reviersforstbeamten zu specificiren und auf den Grund dieses mit dem Atteste der Oberforstbeamten zu versehenen Magazin-Rechnungen zu vereinnahmen.

---

8) Die Geld=Entschädigungen für das von den  
Forstbeamten ersparte und nicht bezogene  
Deputat=Holz betreffend.

Vom 22. Januar 1838.

Den Forstofficianten, welche in Rücksicht auf eine aus irgend einem rechtlichen Grunde gemachte Holzersparung für je ein Deputatsjahr nicht das ganze ihnen zustehende Quantum zu entnehmen wünschen, soll für das weniger bezogene Material eine Entschädigung nach der bestehenden Tare aus der Forstkasse geleistet werden.

Da es unter der Einwirkung nicht vorherzusehender Umstände nicht thunlich erscheint, dauernde Ersparungen und deren Umfang im Voraus anzugeben, so müssen derartige Verwilligungen in vorkommenden Fällen alljährlich eingeholt werden, wobei den Oberforstbeamten jedoch empfohlen wird, zur Vereinfachung des Geschäftsganges die eingehenden Gesuche des Forstpersonals soviel als thunlich, unter Eins vorzubringen.

Die Verwilligung der beantragten Auszahlungen für erspartes Deputatholz wird von der Herzoglichen Kammer in den Fällen versagt, wo sich die Ueberzeugung aufdringt, daß Nachtheile und Mißbräuche aus der Anwendung dieser Maßregel entstehen würden. In den dergleichen Anträgen sind daher die Ursachen der eingetretenen Holzersparung ausführlich anzugeben und wird den Oberforstbeamten zur unerläßlichen Pflicht gemacht, in zweifelhaften Fällen ihre pflichtmäßige Ueberzeugung der Herzoglichen Kammer vorzutragen, nachdem sie die Wahrheit der angegebenen Gründe selbst geprüft haben werden.

Sollte irgend ein Forstbeamter das ihm verwilligte Deputatholz auf andere Art ganz oder theilweise veräußern, so findet, wie sich von selbst versteht, der §. 129 des Forststrafgesetzes vom 26sten Juli volle Anwendung.

---

## 9) Das Forststrafgesetz vom 26. Juli 1837 betreffend.

Vom 9. Februar 1838.

Die in dem Rescripte der Herzoglichen Kammer vom 19ten Mai v. J. an sämtliche Oberforstbediente erlassene Aufforderung: Dasjenige anzuzeigen, was in dem Forststrafgesetze vom 26ten Juli v. J. unverständlich erscheinen mögte, hat verschiedenartige Anfragen zur Folge gehabt und wurden diese, so wie die Belehrungen darüber, sämtlichen Oberforstbedienten bekannt gemacht:

1) von dem Oberförster N. N. wurde angefragt:

ob, da Pfandgebühren nicht mehr bezahlt wurden, das Abpfänden noch zulässig oder nöthig und wie mit der Zurückgabe der Pfänder zu verfahren sei?

Es werden Pfandgebühren in keinem Falle, selbst wenn ein Pfand wirklich abgenommen worden, erlegt, vielmehr sind die in dem §. 42 bestimmten Anmeldegebühren an deren Stelle getreten. Das Pfänden der Frevler ist aber ausdrücklich gestattet und dann nöthig, wenn der Frevler unbekannt oder irgend eine Vermuthung, daß er vor Gericht die That läugnet, vorhanden ist. Es kann dann ein jedes für diesen Zweck geeignetes und wo möglich dem Werthe nach die erforderliche Sicherheit gewährendes Werkzeug, Transportmittel oder irgend ein anderer Gegenstand, welchen der Frevler bei sich führte und augenblicklich, ohne unbillig erscheinende Härte entbehren kann, event. ein Stück Vieh, abgenommen werden. Es muß das Pfand, insofern dasselbe inzwischen nicht verderben kann, oder durch dessen Aufbewahrung Unkosten nicht verursacht werden, von dem Denuncianten bis zum Untersuchungsstermine zurückgehalten und dann an das Untersuchungsgericht abgeliefert werden; sollte aber eine freiwillige Zahlung der Strafe erfolgen, oder durch Deponirung einer, die gehörige Sicherheit gewährende Geldsumme oder durch zureichende Bürgschaft, der Zweck vorher erreicht werden, so kann das Pfand auch vorher zurückgegeben werden. In wichtigen Fällen haben die Oberforstbeamten selbst die Bestimmung hierüber event. nach Rück-

sprache mit dem betreffenden Gerichte, zu treffen. Ist ein Stück Vieh abgepfändet, so ist für die sichere Unterhaltung desselben zu sorgen und fallen dem Frevler die daraus erwachsenen Kosten zur Last; jedoch ist in diesem Falle besonders wünschenswerth, daß der Denunciant sich dieses Pfandes auf geeignete Weise bald entledige.

Uebrigens dürfen, wie schon bemerkt worden, auf keinen Fall Pfandgebühren gefordert oder angenommen werden, auch hat die Abpfändung keineswegs zum Zweck, die Anmeldungsgebühren dem Denuncianten vorzugsweise zu sichern.

2) Von dem Oberförster N. N. ist angefragt:

was in den §§. 130 und 131 unter dem Werthe des vorschriftswidrig verwendeten Bau- und Nußholzes zu verstehen sei?

Es leidet keinen Zweifel, daß die Bestimmung des §. 29. in diesem Falle geeignete Anwendung finden müsse, und kann nöthigenfalls auf den §. 2. recurrirt werden.

3) Von dem Oberförster N. N. wurde unterm 2. Oktober v. J. angefragt:

ob im §. 73. der Ausdruck: Zugfarre, als gleichbedeutend mit Schiebefarre anzunehmen sey?

Ein Unterschied zwischen Zug- und Schiebefarre ist nicht beabsichtigt und hier nicht anzunehmen. In den meisten Gegenden werden beide Ausdrücke um so mehr als identisch genommen, als die mit Einem Rade versehene Schiebefarre in der Wirklichkeit eben so oft gezogen als geschoben wird.

4) Der Forstmeister N. N. hat unterm 29. Oktober v. J. angefragt:

wie der §. 35. in Betreff des Schadensersatzes auszu-  
legen sei?

Wenn z. B. ein Schlag im Jahre 1808 abgetrieben war, und im April 1838 wiederum zum Abtriebe gelangt, so wird, wenn aus diesem Schlage Unterholz in dem Zeitraume von 1808 bis zum 31. Oktober 1837 gefrevelt wird, dafür der Werth, Strafe und der doppelte Werth als Schadensersatz bezahlt; geschah aber der Frevel in dem Zeitraume vom 1. Nov.

1837 bis zur Hagung im Frühjahr 1838, so wird nur der Werth und die Strafe, ohne Schadenersatz, bezahlt. Der 1. April ist als der letzte Zeitpunkt, bis zu welchem im Frühjahr der Abtrieb des Unterholzes Statt findet, angenommen.

5) Der Oberförster N. N. hat geäußert:

daß sich keine Strafbestimmung für das, außer den Holztagen geschehene Eeseholzsammeln finde.

Die erforderliche Strafbestimmung enthält der §. 40. ausdrücklich.

6) Der Forstmeister N. N. hat angefragt:

ob die Strafschärfung für Wiederholung eines gleichartigen Frevels (§. 26.) dann auch Anwendung finde, wenn die früher verwirkte Strafe freiwillig gezahlt, mithin eine rechtskräftig gewordene, gerichtliche Verurtheilung nicht erfolgt sei?

Es kann für jetzt eine Strafschärfung nur auf den Grund eines vorangegangenen rechtskräftigen Erkenntnisses, mithin in dem in Frage gestellten Falle nicht erfolgen und resp. beantragt werden. Es soll jedoch dieser Fall bei der bevorstehenden Revision des Gesetzes: das in Forststrafsachen zu beobachtende Verfahren betreffend, näher erwogen werden.

7) Der Oberförster N. N. hat angefragt:

ob die Strafschärfung nach §. 26. dann auch eintrete, wenn ein Frevler, den sie bei richtiger Anwendung des §. 26. treffen müsse, freiwillig vor der Untersuchung zahlen wolle?

Es muß dieses allerdings geschehen, und ist der Frevler, wenn er sich zu der erhöhten Geldstrafe freiwillig nicht verstellen will, auf die gerichtliche Untersuchung und Verurtheilung zu verweisen.

8) Die von den Oberforstbeamten eingereichten Formulare zu passenden Blanketts für Frevel-Protokolle und Listen sollen erwogen und event. benutzt werden bei der Bearbeitung eines neuen Gesetzes über das in Forststrafsachen zu beobachtende Verfahren.

9) Von den meisten Oberforstbedienten ist die Anfrage gestellt worden:

wie in Betreff der Disciplinar-Bestrafung der Holzhauer, Köhler und übrigen ständigen Waldarbeiter zu verfahren sei, nachdem die Strafbestimmungen, welche das Forstdirectorium vom 5. Mai 1815 darüber enthielt, in das Forststrafgesetz nicht wieder übergegangen?

Man hat es für zweckmäßiger erachtet, diese in Lohn stehenden, jederzeit entlassbaren Arbeiter im Wege des Disciplinarverfahrens zur Ordnung anhalten zu lassen. Wie es nun aber nothwendig wird; das dabei anzuwendende Verfahren gleichmäßig festzustellen und dieserhalb das Waldarbeiterreglement zu vervollständigen, so wurden die Oberforstbeamten aufgefordert, eine Disciplinarstrafordnung für die Herrschaftlichen Holzhauer, Köhler und sonstige ständige Waldarbeiter zu entwerfen und der Herzoglichen Kammer zur Genehmigung einzureichen.

---

10) Den Zeitraum, in welchem alljährlich von den Oberforstbeamten die Waldvorräthe nachzuzählen sind, betreffend.

Vom 22. Februar 1838.

Da die Nachzählung der Waldvorräthe durch die Oberforstbedienten, wie der §. 15. der Instruktion vom 22sten Mai 1826, die Belegung der Holzeinnahme betreffend, solche vorschreibt, eben so unerläßlich ist, als die Attestirung der Waldvorräthe und daß die Nachzählung geschehen, auf den geleisteten Dienst eid unter der betreffenden Rechnung, so kann hierin auch für die Folge nichts nachgelassen werden.

Um jedoch die Oberforstbedienten vor temporärer Geschäftsüberhäufung zu sichern, so wird denselben nachgelassen, die Nachzählung nicht mehr am Schlusse des Rechnungsjahres, sondern nach eigener Auswahl auf Grund des Abschlusses der Forstrechnungen entweder vom Juli, August oder September eines jeden Jahres vorzunehmen und das vorschriftsmäßige Attest der betreffenden Forstrechnung hinzuzufügen.

Es wird hierbei ausdrücklich bemerkt, daß dieses Attest in Rücksicht auf die Revision bei Herzogl. Finanz-Collegio nur unter den obigen Rechnungen, in keinem Falle aber unter Rechnungen aus einem andern Quartale erscheinen solle.

Die Einsendung einer Uebersicht der bei der Nachzählung gefundener Vorräthe und der Anzeige dabei etwa entdeckter Mängel und Differenzen ist ferner erforderlich, und selbst in dem Falle ist die vorgenommene Nachzählung anzuzeigen und die Uebersicht der Vorräthe einzusenden, wenn solche Differenzen sich nicht ergeben haben. Sind Vorräthe rechnungsmäßig im Walde nicht vorhanden, so ist eine Anzeige einzureichen, daß eine Nachzählung aus dem beregten Grunde nicht zulässig gewesen sei.

Der letzte Termin zur Einreichung der Vorrathsübersicht und der gedachten Anzeigen wird hierdurch auf den 31sten October jedes Jahrs bestimmt.

### 11) Die Ausführung eiliger und unvorhergesehener Waldwegebesserungen betreffend.

Vom 22. Februar 1888.

Es pflegt nicht selten der Fall einzutreten, daß Behuf der Holzabfuhr unaufschiebbare Waldwegebesserungen schleunigst vorgenommen werden müssen, welche wegen Unvoraussichtlichkeit derselben in die jährlichen Voranschläge der Waldwegebesserungen nicht mit aufgenommen sind, deren Dringlichkeit jedoch die vorherige Einholung höherer Genehmigung ohne Benachtheiligung des Herrschaftlichen Interesses nicht gestattet.

Um den Oberforstbeamten soviel als thunlich, die Mittel zu gewähren, die aus den Verzögerungen solcher Wegebesserungen zu befürchtenden Nachtheile abzuwenden und um zugleich die Aufstellung nachträglicher Vorschläge zu vermeiden, ist in Folge der stattgehabten Conferenz wegen Vereinfachung der schriftlichen Dienstgeschäfte des Forstpersonals beschlossen worden, daß von jetzt an, ähnlich wie beim Culturbetriebe, in den Voranschlägen



der Waldwegebetterungen alljährlich 20 pCt. der anschlagsmäßig erforderlichen Geldsummen besonders angefordert, mit den letzteren als Generalsummen des Anschlags zusammengezogen und zu Disposition der Oberforstbeamten gestellt werden. Die solchergestalt ohne vorherige Genehmigung der Herzoglichen Kammer ausgeführten Waldwegebetterungen sind in der Waldwegebetterungskostenrechnung in besonderen Positionen mit der Bemerkung, daß die deßfalligen Kosten von dem qu. 20 pCt. bestritten seien und weshalb die Ausführung erforderlich gewesen, aufzuführen.

Es ist jedoch nicht die Absicht, daß jene 20 pCt. jedenfalls und auch dann verwendet werden müssen, wenn dieselben sollten erspart werden können, vielmehr sollen dieselben nur einen Fonds für unvorhergesehene dringliche, im Laufe des betreffenden Jahrs nöthig auszuführende Wegebetterungen bilden, und wird erwartet, daß mit möglicher Sparsamkeit dabei zu Werke gegangen werde.

## 12) Die Abhaltung von Conferenzen der Oberforstbeamten mit den Revierförstern und Forstschreibern, zur Vermeidung der Schreibgeschäfte, betreffend.

Vom 22. Februar 1838.

Es ist als ein vorzüglich wirksames Mittel zur Verminderung der schriftlichen Communication zwischen den Oberforstbeamten und den denselben untergebenen Forstschreibern und Revierförstern, namentlich zur nothwendigen Beschränkung der Berichtserstattungen der Letzteren, auf die Gegenstände, welche in den Arten der Folgen wegen unumgänglich behandelt werden müssen, um bleibende unentbehrliche Nachrichten darüber zu erhalten, erkannt worden, daß, wo solches nur zulässig sei, an geeigneten Orten von dem Oberforstbeamten mit seinen Untergebenen Conferenzen so regelmäßig als möglich abgehalten und darin mündliche Berathungen gepflogen und sofort Bestimmungen getroffen werden.

Diese in manchen Oberforsten bereits geordnete Geschäftsweise allgemein zu machen und nach den örtlichen Verhältnissen

zu regeln, ist beschlossen worden; wie daher die Vorschläge erwartet werden, an welchen Orten, welchen Tagen und in welchen Zeitabschnitten, auch ob mit allen oder mit einem Theile der Revierförster in jedem Oberforste an demselben Orte diese Conferenzen abzuhalten, für nützlich erachtet wird.

Damit in diesen Conferenzen alle nützlich zu besprechenden Gegenstände zur Sprache, resp. zur Entscheidung kommen, werden die Revierforstbeamten und Forstschreiber ein Notizenblatt in duplo, welches Raum für die abzugebenden Entscheidungen des Oberforstbeamten enthält, mit zur Conferenz bringen, wozu ein Schema vorzuschlagen ist.

Nach genommener Rücksprache sind die Entscheidungen des Oberforstbeamten in beide Exemplare des Notizenblatts gehörigen Orts kurz einzutragen, wovon ein Exemplar der Oberforstbeamte zu sich nimmt, das andere dagegen der Revierforstbeamte erhält.

Alle dienstlichen Gegenstände, welche nur von vorübergehendem Interesse sind, und worüber es doch einer Erörterung und Entscheidung bedarf, werden auf diese Weise in großer Zahl schnell beseitigt, und es kommen darüber die nöthigen Notizen zu den Acten, aus denen, wo es erforderlich erscheinen sollte, auch Extracte zu den Special-Acten gefertigt werden können. Außerdem ist es aber auch von entschiedenem Nutzen, wenn der Oberforstbeamte seinen Untergebenen für viele Fälle ausführlich mündliche Belehrungen zu ertheilen hierdurch Gelegenheit erhält, so wie öfter von denselben über alle Gegenstände des Haushalts Erkundigungen einzuziehen vermag.

Von diesem Gesichtspunkte ausgehend, sind die der Oberforstbeamten zu fassen.

### 13) Die Befugniß der Oberforstbeamten zu Taxe- Erhöhung, resp. Ermäßigung beim Holzver- kaufe betreffend.

Vom 22. Februar 1838.

Um die Befugnisse der Oberforstbeamten beim Holzverkauf aus der Hand, so viel zulässig, zu erweitern, und dieselben

der Anträge auf Preiserhöhungen, so wie auf Preisermäßigungen, zu überheben, sofern solche nicht dauernde Taxenveränderungen betreffen, vielmehr sich nur auf jeweilig vorräthige Quantitäten des einen oder andern Holzsortiments, deren von der gerade bestehenden Taxe abweichender Werth in Zufälligkeiten begründet ist, beziehen, ist Folgendes verordnet worden:

Es bleibt zwar ferner Regel, daß beim Holzverkaufe aus der Hand der taxenmäßige Preis gefordert und berechnet werde: es sollen jedoch die Oberforstbeamten von jetzt an ermächtigt sein,

1) für Holzmaterialien jeder Art höhere, als die taxenmäßigen Preise zu bestimmen und zu solchen verkaufen zu lassen, wenn dadurch das Interesse der Unterthanen und der Herrschaftlichen Werke nicht verletzt wird, d. h. Holzmaterialien, die nach Befriedigung der currenten Holzbedürfnisse der Unterthanen und Herrschaftlichen Werke (z. B. Hütten etc.) zum Debit, besonders ins Ausland und an Holzhändler disponibel bleiben, oder welche von ungewöhnlicher Güte und Nutzbarkeit sind, — (in welchem Falle es unberücksichtigt bleibt, ob dergleichen Hölzer an In- oder an Ausländer zum Verkaufe kommen) — sollen zu höheren, als den taxenmäßigen, und zu den möglichst höchsten Preisen, welche nach den jedesmaligen Umständen und der Nachfrage pflichtmäßig zu ermessen sind, verkauft werden.

Von dieser Befugniß haben die Oberforstbeamten mithin vorzugsweise in den Fällen Gebrauch zu machen, wenn bei der Taxenfestsetzung nicht vorhergesehene oder zufällige und vorübergehende Umstände und dadurch vermehrte Nachfrage die Holzpreise steigern, und die zum Verkaufe ins Ausland oder an inländische Speculanten (Holzhändler) verfügbaren Quantitäten zu einer Licitation nicht genügend erscheinen oder bei dem sofortigen Verkaufe nur die höchsten Preise zu erreichen sind.

2) Werden die Oberforstbeamten andererseits ermächtigt, für nicht vollwerthige Hölzer, die zur festgesetzten Taxe Absatz überall nicht finden, ermäßigte Verkaufspreise, nach reiflichem Ermessen, festzusetzen, und sie zu solchen aus der Hand verkaufen zu lassen, wenn die Oberforstbedienten nach

reiflicher Erwägung der Conjecturen und sonstigen Umstände die Ueberzeugung gewonnen haben, daß aus irgend einem vollgültigen Grunde — (z. B. zu geringe Menge, drohender Diebstahl 2c.) — eine Licitation von dergleichen Hölzer nicht räthlich und nicht vorthellhaft sei. Diese Befugniß erstreckt sich jedoch nicht darauf, Verkaufspreise für Holzsortimente, welche noch nicht in den Holztaren enthalten oder rücksichtlich des Brennholzes zu der für tadelfreie gleichartige Sortimente bestimmten vollen Tare voraussichtlich nicht zu verwerthen sind, zu bestimmen, welchen Falls vielmehr zur Ergänzung der Holztaren Verkaufspreise in der bisherigen Art in Antrag zu bringen und der Genehmigung zu unterstellen sind.

Es muß demnach z. B. die Tare für Buchen Knorrholz und Buchen anbrüchiges Malterholz auf den Antrag der Oberforstbeamten von der Herzögl. Kammer festgesetzt werden, wenn schon die Tare für gesundes Buchen Scheitholz besteht, dagegen kann vorkommenden Falls ohne höhere Mitwirkung die Tare für etwa in Folge längeren Liegens im Walde verschlechtertes Buchenes Scheitholz, Knorrholz oder anbrüchiges Holz, ferner für ganz geringe Wasen, die zu Culturzwecken vielleicht in sehr jugendlichen Beständen gehauen worden sind; endlich für Eichen Bloch- und Bauholz, was beim Aushalten sich theilweise anbrüchig zeigt, so wie für Schalbohlen von aufgeschnittenem Holze unter den oben bezeichneten Bedingungen entsprechend ermäßigt werden.

Wie von den im Vorstehenden zugestandenen Befugnissen in den geeigneten Fällen, unter eigener Verantwortlichkeit, nach reiflicher Erwägung der Umstände pflichtmäßig Gebrauch zu machen ist, so sind, in dem einen wie im andern Falle Rechnungsbelege, welche den Forstort, aus denen das Holzmaterial zur Abgabe kommt, das Holzmaterial selbst aus Sortiment und Quantität und den bestimmten Verkaufspreis für die Einheit nachweisen, auszufertigen und damit die betreffenden Holzabgaben in den Revierforst-Rechnungen zu justificiren.

**14) Die Befugniß der Oberforstbeamten zur Abweichung von dem genehmigten Hauungs-Etat betreffend.**

**Bom 23. Februar 1838.**

Auf Grund der Berathung in der Conferenz am 21. d. M. wegen Verminderung der schriftlichen Dienstgeschäfte, ist beschlossen worden, den Oberforstbeamten ausgedehntere Befugnisse in Betreff der Abweichungen von den genehmigten Hauungs-Etats, unter ihrer eigenen Verantwortlichkeit, wie nachfolgt, zuzugestehen.

1) Die Ausführung ungenehmigter oder die Unterlassung genehmigter Hauungen ohne vorherige Genehmigung der Herzoglichen Kammer bleibt auch ferner untersagt; ausnahmsweise wird aber nachgelassen, daß geringe Quantitäten von Hölzern jeder Art, welche in den genehmigten Hauungen gar nicht oder doch in genügender Menge nicht erfolgen, sobald das Bedürfniß solches erfordert oder es in Rücksicht auf günstige Handels-Conjuncturen zweckmäßig erscheint, zum Verkaufe aus genehmigten Hauungen bis zu dem Betrage von Einhundert Maltern im ganzen Oberforste im Laufe eines Rechnungsjahrs auf Verfügung der Oberforstbeamten forstmäßig gehauen werden dürfen, ohne daß dazu höhere Genehmigung einzuholen erforderlich ist.

2) Ferner wird den Oberforstbeamten zugestanden, ohne eingeholte Genehmigung, einzelne Hauungen um 25 p.Ct. des in den genehmigten Hauungs-Vorschlägen enthaltenen Hiebquantums zu überschreiten oder daran bis eben so viel fehlen zu lassen.

Im Falle größere Ueberschreitungen des Hiebquantums oder eine bedeutendere Verminderung desselben erforderlich werden sollte, so ist dazu die Genehmigung vorher einzuholen.

Uebrigens dürfen jene Zugeständnisse nicht dahin führen, daß der jährliche Hauungsfaß für den ganzen Oberforst ohne Autorisation der Herzoglichen Kammer in quantitativer Hinsicht wesentlich alterirt werde, und ist derselbe ohne solche namentlich niemals zu überschreiten.

Die unter 1 zugestandene Befugniß wird besonders geeignet sein, Nachforderungen geringer Quantitäten oder Sorten zum Bergbau und zum Betriebe Herrschaftlicher Hütten erforderlicher Hölzer ohne Dazwischenkunft der Oberbehörden zu befriedigen, und dießfalls nach Umständen zu verfügen, der Direktion der Berg- und Hüttenwerke anheimzugeben.

---

15) Die Befugniß der Oberforstbeamten, die Umformung vorräthiger und in dieser Gestalt nicht verkäuflicher Blöcke ohne weitere Genehmigung zu verfügen, betreffend.

Vom 24. Februar 1838.

Wenn es bisher nöthig wurde, bereits vereinnahmte Blöcke, welche als solche nicht verkäuflich waren, in ein anderes Material, z. B. Nußholzblöcke in Scheitholz umzuformen, um dadurch den Absatz zu bewirken, so muß dazu die Genehmigung zuvor von der Herzoglichen Kammer eingeholt werden.

Um eine zulässige Vereinfachung des Geschäftsganges einzuführen, wird den Oberforstbeamten die Befugniß ertheilt, diese Umformung selbstständig zu verfügen, und zugleich zu bestimmen, daß die deßfalligen, den Revierforstbeamten zu ertheilenden Anweisungen, welche außer der Holzart die Stückzahl der umzuformenden und in Absatz zu berechnenden Blöcke, deren Gesamtinhalt nach Cubikfuß, die Fällung, in welcher dieselben vorräthig geblieben sind, und die Art des daraus anzufertigenden und zu vereinnahmenden Materials angeben müssen, der betreffenden Forstrechnung als Belege beigelegt werden sollen.

---

16) Die Erweiterung der den Oberforstbeamten in den §§. 11 und 16 des Reglements vom 14. Juni 1834 über den Geschäftsgang bei dem Forstkulturbetriebe in den Herrschaftlichen Forsten ertheilten Befugnisse betreffend.

Vom 26. Februar 1838.

In den §§. 11 und 16 des Reglements über den Geschäftsgang bei dem Culturbetriebe in den Landesherrlichen Forsten vom 14. und höchst genehmigt unterm 20. Juni 1834, waren den Oberforstbeamten in dem Vertrauen erweiterte Befugnisse eingeräumt, daß sie darin einen Antrieb mehr finden werden, den Anbau der Forste mit eben so viel Eifer als Umsicht und mit unnachtheiliger Sparsamkeit zu befördern.

Die mit jeder erweiterten Befugniß wachsende Verantwortlichkeit hat manche Oberforstbediente nicht abgehalten, die denselben hinsichtlich des Culturbetriebes gesteckten Grenzen noch mehr erweitert zu wünschen.

Es ist deßhalb nach der am 2ten d. Mts. abgehaltenen Conferenz über Vereinfachung des schriftlichen Geschäftsganges und nach erklärter Zustimmung des bei solcher anwesend gewesenen Mitgliedes des Herzoglichen Staatsministeriums Folgendes beschlossen worden:

ad §. 11. des Forstculturreglements.

Es sollen statt 10 pro Cent künftig 20 pro Cent der ganzen Cultursumme zur Disposition der Oberforstbeamten gestellt, wegen Verwendung derselben aber den reglementsmäßigen Vorschriften ferner strenge Folge geleistet werden.

ad §. 16. des Forstculturreglements.

a) Aus den im §. 11. bemerkten 20 pro Cent und den Ersparungen an völlig ausgeführten genehmigten etatsmäßigen Culturen wird ein Fonds gebildet, welcher zu dem im §. 11. bezeichneten Zwecke und zur Deckung der Kosten für etwaige Ueberschreitungen der einzelnen etatsmäßigen Culturen nach dem Ermessen des Oberforstbeamten von demselben verwendet werden darf.

b) Die durch Unterlassung etatmäßiger Culturen entstehenden Ersparungen sollen zu diesem verwendbaren Fonds aber nicht gehören, und es soll dem Oberforstbeamten ausnahmsweise nur dann eine Disposition darüber zustehen, wenn der oben bemerkte Fonds bereits verwendet ist und die Kürze der Zeit die Einholung der Genehmigung zur unvorussichtlich erforderlichen Erweiterung noch nicht vollendeter etatmäßiger Culturen nicht gestattet; es muß in diesem Falle jedoch über die Verwendung dieser Ersparungen nachträglich ungesäumt Anzeige erstattet, und darin überzeugend nachgewiesen werden, weshalb nicht vor Verwendung derselben Genehmigung nachgesucht werden könnte.

ad §. 29. des Culturreglements.

Ueber die Verwendung der von dem im §. 11. nunmehr auf 20 pro Cent erhöhten und die durch den Zusatz zum §. 16. sub a an ausgeführten etatmäßigen Culturen ersparten, zur Disposition der Oberforstbeamten gestellten Gelder zu, über den Etat hinaus ausgeführten Culturen, mögen sie in Erweiterung einzelner genehmigten oder in ungenehmigten Culturen bestehen, werden besondere Lohnzettel ausgestellt und zwar im ersten Falle soweit die Ueberschreitung diejenigen 10 pro Cent übersteigt, um welche nach §. 16. die Verwendung den Anschlag in jedem einzelnen Falle alteriren, resp. übersteigen darf, so wie über die ausnahmsweise ad §. 16. sub b gestattete Verwendung von Ersparungen durch Unterlassung genehmigter Culturen.

ad §§. 17. und 31. des Culturreglements.

Die von dem Revierforstbeamten aufzustellende Culturrechnung soll bis auf Weiteres versuchsweise cessiren und dagegen soll der Oberforstbeamte Abschrift von der ihm durch den Forstschreiber zugehenden Culturrechnung für den ganzen Oberforst für seine Registratur nehmen.

ad §. 32. des Culturreglements.

In der Culturrechnung sollen aus dem durch den Zusatz zu §. 29. vorgeschriebenen Lohnzettel abgeforderte Positionen



gebildet werden, worin die Mehrverwendung auf einzelne genehmigte Culturen, als die im §. 16. zugelegten 10 p. Ct. oder die Ausführung gar nicht angetragener Culturen nach Fläche, Material und Geldbetrag nachgewiesen wird.

Sie sind in jedem Haupttheile dahin einzurangiren, wohin sie nach der in dem Schema zur Culturrechnung bestimmten Reihenfolge der Culturen gehören und werden nach den Bestimmungen des §. 33. erläutert.

#### ad §. 33. des Culturreglements.

Die summarische Nachweisung der ausgeführten Culturen und deren Kosten soll versuchsweise nicht von den Oberforstbeamten, sondern bei Herzoglicher Kammer, Direktion der Forsten und Jagden, aufgestellt und den Ersten sodann mitgetheilt werden, und erscheint wünschenswerth, daß die Aufstellung in der Art geschehe, daß daraus auch die Ergebnisse für jedes einzelne Revier ersichtlich werden.

Diese abändernden Bestimmungen sind in das Culturreglement, neben den betreffenden §§. einzutragen.

Wenn gleich in dem laufenden Betriebsjahre die den Oberforstbeamten künftig zur Disposition gestellten 20 p. Ct. noch nicht verwendet werden können, so sollen doch alle übrigen in diesem Rescripte enthaltenen abändernden Bestimmungen, so weit solches zulässig ist, von jetzt an in Kraft treten.

### 17) Die Anordnungen wegen der Mastnutzungen und die Verrechnung der Mastaufkünfte betreffend.

Vom 20. April 1838.

Zur Vereinfachung des Geschäftsganges in Betreff der Mastnutzungen und der Verrechnung der Mastaufkünfte wird Folgendes bestimmt:

Der Oberförster soll künftig nach pflichtmäßigem Ermessen die Anordnungen wegen der Mastbenutzung ohne vorgängige Einholung der Genehmigung Herzoglicher Kammer treffen, und

bleibt demselben auch die Wahl derjenigen Maßregeln überlassen, welche bei Mastverpachtungen oder anderweitiger Benützung der Mast zur Sicherstellung der Herzoglichen Forst-Kasse rücksichtlich des richtigen und prompten Einganges der Mastrevenüen erforderlich sind.

Hierdurch ist der Oberforstbeamte also von der durch Rescript vom 27. August v. J. No. 3134 vorgeschriebenen Einreichung von Mastbenützungsvorschlägen entbunden.

Statt dieser berichtlichen Vorschläge über die Mastbenützung ist an die Herzogl. Kammer jedoch bis zum 1. October eines jeden Jahres nach dem anliegenden Muster eine Uebersicht der in einem jeden Jahre zu erwartenden Mast oder, im Falle überall keine Mast gewachsen sein sollte, eine deßfallige Anzeige einzureichen. Einer solchen Uebersicht benöthigt es wegen des erheblichen Interesses, was die Forstverwaltung an der Art, Menge und Beschaffenheit der gewachsenen Mast sowohl hinsichtlich der auszuführenden Hauungen und Culturen hat, als auch um in übersichtlicher Kürze die nöthigen Materialien zu etwaiger Ablösung der vorkommenden Mastgerechtsame zu erhalten.

Was die Berechnung des Aufkommens für ausgegebene Mast-Kasszettel betrifft, so wird zur Verminderung der schriftlichen Arbeiten der Revierforstbeamten bestimmt, daß selbige künftig nicht mehr durch namentliche Verzeichnisse der Personen, welche dergleichen Kasszettel gelöst haben, belegt werden. Es soll vielmehr genügen, daß der Betrag dieses Aufkommens unter Hinweisung auf die betreffenden Nummern des Erhebungsregisters des Forsterhebers unter Belegung mit der Verfügung des Oberforstbeamten über den Preis der Kasszettel gehörigen Orts in Rechnung gestellt wird.

Wenn es übrigens auch zulässig erscheint, die jährlich einzureichende Uebersicht der durch die Mastnützung erwachsenen Kosten mit der bis zum 1. April einzusendenden Uebersicht der Brutto-Einnahmen von der Mast etc. zu vereinigen, so wird verordnet, daß künftig jene Kostenliquidation nicht mehr separat aufgestellt und Herzoglicher Kammer vorgelegt, sondern dergestalt mit der letztgenannten Uebersicht der Brutto-Mast-

Einnahmen etc. verbunden werde, daß in solcher hinter der Columnen-Ordnungs-No. noch eine Columnne: „Nummer der Belege für die Ausgaben“ eingeschaltet und dieser Uebersicht dann die Belege über die in Folge der Massnahmen erwachsenen Ausgaben in einem Hefte angelegt werden, um auf den Grund derselben die definitive Verausgabung in der Forstkassen-Rechnung verfügen zu können.

Sollte in einem Jahre Mast überall nicht vorhanden und solches, wie oben vorgeschrieben, im Herbst angezeigt sein, so bedarf es statt der bis zum 1sten April einzureichenden Uebersicht über die Brutto-Einnahme einer Vacanzanzeige nicht weiter.

---

### III.

## Ältere Forst- und Jagdgesetze, Forst-, Wald- und Jagdordnungen.

### 1) Churfürstlich Pfalzbaierische und Fürstlich Berchtesgadenische

### Waldordnung,

vom 30. Juli 1795,

welche nach dem Sinne des Haupt-Vertrages des Anno 1795, für die im Reichsstiftischen Territorium gelegenen Salinen- und Unterthaus-Waldungen gemeinsam verabredet und beschlossen worden.

Nachdem die Grundlage des Sub datis München den 16. April, Regensburg den 28. April, und Berchtesgaden den 15. Mai 1795 zwischen Churpfalz-Baiern und dem Fürstlichen Reichsstifte Berchtesgaden über die Salinen in Berchtesgaden für ewige Zeiten errichteten Haupt-Vertrages auf den gewöhnlichen und perpetuirlichen Wohlstand der zu diesen Salinen zu Pfane, Gries und Berg unentbehrlichen Waldungen besteht; entgegen die letzte, im Jahre 1794 cumulative vorgenommene Wald-Visitation das un widersprechliche Herabkommen dieser Waldungen an Tag gelegt hat; folglich um so mehr die Nothwendigkeit eingetreten ist, für derselben bessere Conservation zu sorgen und der künftigen Perpetuitäts-Herstellung durch bestimmte Maaß und Ordnung wieder auf- und nachzuhelfen: so hat man sich von Seite Churpfalzbaierens und dem Fürstlichen Reichsstifte Berchtesgaden im 17ten Punkte des obenerwähnten Haupt-Vertrages für die cedirten Salinen-Waldungen, dann verfolglich des 22sten Punktes auch für die Berchtesgadenischen

Untertban-Waldungen eine gemeinsam geltende und gesetzliche Waldordnung gemeinschaftlich zu entwerfen vereint, welche dann, wie hernach folgt, festgesetzt wird.

§. 1.

Das Waldpersonal betreffend.

Sämmtliche, zu den Salinen in Berchtesgaden gehörige Waldungen stehen unter dem Churfürstlichen Pfalzbaierischen Hauptsalzamte Berchtesgaden, wobei ein Churpfalzbaierischer Waldmeister, als ein Oberbeamter, jederzeit angestellt ist, um in diesen Waldungen nach folgenden Maas und Ordnung die Oberaufsicht zu führen. Diesem Waldmeister wird ein Churfürstlicher Holzschaffer, dann die dermaligen drei Churfürstlichen Revierförster sammt dem übrigen Waldpersonale, so man von Seite Churpfalzbaierens nach Gutbefinden anstellen will und wird, untergeordnet.

§. 2.

Die Waldeintheilung betreffend.

Zur zweckmäßigen Execution der gegenwärtigen Waldordnung werden sämmtliche Berchtesgadenische Territorial-Waldungen (ausschließlich der zur Churpfalzbaierischen Saline Reichenhall gehörigen Zins- und Forstwaldungen) für dermalen in folgende drei Forstreviere abgetheilt.

1) Die erste Forstrevier Ramsau hat künftighin nachstehende Gränzen:

Vom großen Wazmann anfangend, nach der Schneide hinein an die Hirschwiese, das Paarl, den großen Hundstödt, an der Rothleitenschneide hin, ober den Sailgräben hinum gegen den Baierisch-Reichenhallischen, Anno 1793 verlassenen Schwarzwald Hocheis hinauf auf den Vorderberg, und neben diesen links anstoßenden Baierischen Schwarzwalde Hocheis, welcher von der Baierisch-Reichenhallischen Waldmeisterei oberer Verwesung besorgt wird, hinab zum dritten Gelacke der Alpe Bind (Böden) nach dem zweiten und ersten Gelacke der Alpe Bindfort, und neben dem links liegenden Baierisch-Reichenhallischen Schwarzwalde Fürschlacht, welcher ebenfalls von der Baierisch-

Reichenhallischen Waldmeisterei oberer Verwesung besorgt wird, fort an den Sulzensteingraben, hinauf auf die Schneide ober die Salzburger Mooswacht, von da in der Höhe der Stadthorn- und Grundübel-Steinwand, neben dem links anstoßenden Baierisch-Reichenhallischen Schwarz- und Freivalde Schwegl, welcher von der Baierischen Waldmeisterei zu Reichenhall unterer Verwesung besorgt wird, herfür auf den Eisberg, über den Eisbergriß ab in den Taubensee, und nach den Geladen des Baierisch-Reichenhallischen Schwarzwaldes Nordau, welcher von der Baierischen Waldmeisterei zu Reichenhall unterer Verwesung besorgt wird, fort hinauf auf die Pfaffenthalschneide, auf den Schmuckstein, hinüber auf den Affelsgrabenriß und den Todtenmann, auf den Göttschen, hinab an das Jägergefährt zum Hiernsperg-Lehen in der Strub, nach den Bischofswieser und Ramsauer-Wasser zusammenfließen, und von dahin nach Fronreit, nach dem Seewasser wieder hinein in den Bartolomäus- oder Königsee zur Watzmannrinn, nach dieser hinauf auf den kleinen Watzmann und den großen Watzmann, wo der Anfang gemacht worden ist.

2) Die zweite Forstrevier jenseits des Hochwassers hat folgende Gränzen:

Vom großen Watzmann anfangend nach der Schneide hinein an die Hirschwiese, das Paarl und den Hundstödt, von da an den Gejaidkopf, Hirsch, Fundensee, die Feldlälpe, Stuhlwand, Graswand, an das große Wildthor, den Neubüterkopf, das kleine Wildthor, das kleine und große Teufelshorn, den Plienkopf, die Kragenköpfe, den Lichtenkopf, die Schlungalpe, Windschnur, den Reinersberg, Schneibstein, das Lorenerjoch, die Gmainbachschneide, das hohe Brett, den Archenkopf, den hohen Göll, den Eggerfürst, den Mitterberg, Rauchenbichlkopf, Hanekamp, den Landzaun am hohen Rossfelde, an den Salzburgerischen Abbtswald hin, unter den Zinken nach dem Landzaune fort, oben den Gemärl und dem Wildmoos nach besagtem Zaune hin in die Rublöcher und die Dornstaude, über den kleinen und großen Barmstein auf den Göttschenkopf, nach dessen Schneide hin auf den Hundskragen und den Hillebrandgraben in das Hochwasser gegen den hangenden Stein, von da nach

dem besagten Hochwasser herauf bis nach Fronreit, und von da nach dem Gewässer hin in den Bartolomä- oder Königsee zur Watzmannrein, hinauf über den kleinen Watzmann zum großen Watzmann, wo der Anfang gemacht worden ist.

3) Die dritte Waldreuter dießseits des Hochwassers hat folgende Gränzen:

Außerhalb der Berchtesgadenischen Halkthurnwacht, an der Land- und Salzstraße nach Reichenhall, beim Fuchstein anfangend, hin in den Anzingerbach zum Kettlbrüchl, von da über den hintern Kottosen, das Kettl, den hohen Schrankbaum, Töbtenmann, den vordern Kottosen, Rager, hinauf zu den drei Sesseln, wo die Baierische, Salzburgische und Berchtesgadenische Territorial-Gränzen zusammenstoßen, von den drei Sesseln neben dem rechts anstoßenden Baierisch-Reichenhallischen und Anno 1793 verlassenen Schwarzwalde Kettlbach, nach der Baierischen und Berchtesgadenischen Territorial-Gränze hinum über den Rothberg, den Thörlkopf, das Thörl und die Karlschneide, wo der Baierisch-Reichenhallische und Anno 1793 verlassene Schwarzwald Mordau heraufstößt, nach dem Geläcken dieses Schwarzwaldes Mordau hinab, unter der Alpe Mordau hinum, und nach dem Schwarzwald Mordau-Geläcken hinauf auf die Pfaffenthalschneide, hin über den Schmuckstein, hinum an den Äffelgrabenridl auf den Töbtenmann, den Göttschen, hinab an das Jägergefährt und das Hiernsperg-Lehen in der Strub, zum Bischofswieser Wasser, nach diesem hinaus nach Fronreit, von da nach dem Hochwasser hinab bis an die Buhr bei dem hangenden Stein, dann nach dem Größengraben hinauf auf den kleinen und großen Geyererkopf, hin auf den Einspfad, hin nach der Unterbergsschneide auf den Steinhausen, von da über den Witterberg, das kleine hohe Träml, die Hirschwiese, den Taderer, den Nagelstein und die Weißwand, an der Mauer den Landjaun hinab an den Fuchstein, wo der Anfang gemacht worden ist.

### S. 3.

Die Erhaltung des Flächen-Inhalts betreffend.

Zur sichern Erhaltung des weder durch Schwandrechte, Rentungen, noch sonst auf irgend eine Art mehr im mindesten

zu schmälernden Flächen-Inhaltes der Salinen-Waldungen, hat das obige sämtliche Churfürstliche Waldpersonale am allerersten für die genaueste Bewahrung der in den jüngsten 1794ten Wald-Visitations-Protokollen angezeigten Grängen, Markungen, dann jetzigen und künftigen Gelächen zu sorgen und zu wachen. Daher wird von drei zu drei Jahren durch den Churfürstlichen Waldmeister und das ihm untergeordnete Waldpersonal die Geläch- und Mark-Revisiten vorgenommen werden.

#### §. 4.

Die Obforge für Perpetuität im allgemeinen betreffend.

Der wichtigste Grundsatz zur Perpetuität des Holzlandes ist: daß jährlich nicht mehr Holz gehauen und verwendet werde, als Natur und Kunst wieder sicher hervorzubringen im Stande sind; daßwegen, um hierüber gründlich urtheilen zu können, die Waldungen mit Rücksicht auf Lage, Boden und Holzbestand genau vermessen, über den jedesmaligen Bestand derselben Taxations-Tabellen entworfen, und mit Rücksicht besserer Kultur der perpetuirliche Holzschlag regulirt werden wird.

#### §. 5.

Die innere Waldwirthschaft zu Erhaltung der Perpetuität betreffend.

Damit aber die Natur vorerst in ihren Wirkungen nicht gehindert, sondern ihr vielmehr durch Kunst und bessere Aufmerksamkeit aufgeholfen werde: so soll

1) künftig nur in wirkbaren Waldungen Holz geschlagen werden, außer es wären Orte vorhanden, wo das Holz abzu-dorren oder stockfaul zu werden anfängt, und daher der Gefahr des Verderbens ausgesetzt wäre, oder wenn Windbrüche und Schneedrücke, dann Bahnstreife, oder an den Grängen besondere Verhältnisse einen Holzschlag zu eröffnen nothwendig machten.

2) Das Auslichten der Waldungen ist künftighin durchaus nicht zu gestatten, sondern allemal nur in ordentlichen Schlägen zu maissen. Doch sollen an Orten, wo der Wiedermuch etwas



schwer gedeihet, alle junge, dann kufelmäßige Pöfchen, und unter Umständen, wo vom Winde nichts zu beforgen ift, auch noch halb rufmäßige Stämme forgfältig verfchont werden. So können auch unter Verhältniffen, wo es das Lokale nothwendig und rathfam macht, zum Behufe des Wiedewuchfes kleine Holzſchaden oder taugliche Saamenbäume von hinreichender Anzahl, wozu aber immer die jüngften Bäume, und vorzüglich Tannen zu wählen find, auf einige Zeit ſtehen belaffen werden.

3) Die kleinen, beſonders individuellen Bauernwälder können zwar nicht immer mit ordentlichen Schlägen behandelt, ſondern müſſen größtentheils den Bedürfniffen der Untertanen gemäß benützt, folglich auf gewiſſe Weiſe beſtändig ausgeleuchtet werden; indeffen iſt dabei doch das beſondere Augenmerk dahin zu richten, daß den Untertanen in ihren Waldungen das nöthige Holz nicht bald dort, bald da, ſondern, ſoviel möglich, nach gewiſſen, der Größe und dem Zuſtande des Waldbodens angemefſenen Unterabtheilungen immer nur an einem Orte abgegeben, und nicht eher zu einem anderen Plage mit der Holzausbeige geſchritten werden ſoll, biß der erſte nach und nach abgeholzet iſt, und dann wieder in völliger Ruhe gelaffen werden kann.

4) Jene Bauerngehölze, welche bißher mehrere Untertanen in Gemeinſchaft beſitzen, ſollen niemals in einzelne oder kleinere Theile abgetheilt, ſondern unter genauer Aufſicht des Waldperſonals fernerhin gemeinſchaftlich benützt werden.

5) Das Bau- und Nuß-Holz ſoll aus den Salinen-Waldungen nur allein in den jährlichen Schlägen abgegeben und durchaus kein Stamm voraus geſchlagen werden.

6) Eine Waldung, in welcher wegen ihrer nicht vollkommenen Wirkbarkeit oder andern Urſachen wegen kein ordentlicher Schlag eröffnet iſt, ſoll alſo für geſchloſſen und gebannt angeſehen und kein friſcher Stamm Holz jemals daraus verabſolget werden.

7) Sollte aber durch Stürme, Trockniß oder andere Zufälle in ſolch geſchloſſenen Waldungen einiges Holz in Verderben gerathen, ſo wäre es, jedoch ohne Schaden des ſtehenden Holzes ſobald möglich zum beſtmöglichen Gebrauche abzugeben und fortzubringen.

8) Wo aber die Umstände des Falles die Bearbeitung der Windbrüche, dörren oder andern verderblichen Holzes sogleich nicht erlaubten, da soll es wenigstens ohne Verzug abgehörtet oder geschält werden, damit sich der ansteckende Holzwurm weniger erzeugen und weiter verbreiten, auch die frühere Fäulung so viel möglich vermieden werden könne.

9) In die Waldungen sollen niemals unnöthigerweise die Holzwege vermehrt, besonders aber in geschlossenen Waldungen nicht neue eröffnet werden.

10) In Waldungen, wo die Unterthanen herkömmlich oder gnadenweise den Laubfall in Conformität des Cumulativen Wald-Visitations-Protokolles de An. 1794 zu genießen haben, sollen dabei durchaus keine waldschädlichen Excessen geduldet, keine eiserne sondern hölzerne Rechen gebraucht, keine Feuer gemacht, auch nicht wie bisher, junge Pöschchen dazu hergehauen, und das Laub damit zusammengekehrt werden.

11) Ferners ist es nicht erlaubt, in den Laubwaldungen das aufkeimende Schwarz- oder Nadelholz des Laubfalls wegen auszureuten, oder das bereits stehende auszuhauen, sondern das Laub soll für den Waldstand in jeder Rücksicht unschädlich gerechnet und aus den Waldungen gebracht werden. Daher auch ohne besondere Nothwendigkeit in derlei Waldungen des Laubfalls wegen keine Wege eröffnet, und keine Laubhütten erbauet, sondern dieselben immer als geschlossen angesehen und behandelt werden sollen. Doch können die Unterthanen das vom Winde umgerissene oder sonst umgefallene Holz nach zuvor erhaltener Erlaubniß wohl wegbringen, oder zur Erleichterung des Laubrechnens zusammenräumen, aber niemals selbes in den Laubwaldungen verbrennen dürfen.

12) Ueberhaupt ist das Feuermachen bei trockener Witterung in den Waldungen und Maisen durchaus verboten.

13) Sollte in irgend einer Waldung durch Wetterstrahl, große Trodnuß, oder des strengen Verbotes ungeachtet, aus Unvorsichtigkeit Feuer entstehen, so haben vor allen sämtliche Holzmeister mit ihren Knechten ohne Zeitverlust, so wie auch von sämtlichen umliegenden Territorial-Untertanens-Häuser allemal ein Mann bei Strafe mit den nöthigen Arbeitszeugen

herbeigurufen, und Abwendung der Gefahr nach den Anordnungen des Churfürstlichen Waldpersonales thätige Hand anzulegen verbunden, daher, so oft Feuer in einem Walde entsteht, sogleich den erforderlichen Lärm zu machen geboten wird.

14) In geschlossenen Wäldern soll das Taxenstimmeln unter keinem Vorwande erlaubt, und in offenen nur dergestalt vorgenommen werden, daß dem Waldstande dadurch kein Nachtheil zugeht.

15) Es ist strenge verboten, junge Bäume, besonders Nadelholzstämme zu Reyen, oder andern Gebräuchen und Verzweigungen, unter was immer für einem Vorwande, herzubauen, so wie auch jene, welche in Wäldern, oder wo immer die Bäume auf eine unthwillige Weise beschädigen oder verletzen, empfindlich gestraft werden sollten.

16) Das Harzen oder Pecheln ist niemand Andern, als der von Seite Baierns und Berchtesgaden Cumulative angestellte Pechler, und diesem nur an solchen Orten zu gestatten, wohin man innerhalb drei Jahren mit dem Holzschlage hinkommen wird. In den Unterthans-Waldungen aber, wo keine ordentliche Schläge geführt werden, bleibt das Pecheln gänzlich verboten.

17) Bei Anlegung der Schläge hat man in Rücksicht des zu befördernden natürlichen Wiedermuthses sowohl, als damit nicht Windbrüche veranlaßt werden, sein besonderes Augenmerk an allen Orten auf die zur Saamenzelt herrschenden Windzüge zu richten und die Vorsicht zu gebrauchen, daß die Schläge jederzeit, soviel möglich in geraden Linien gegen den obern Wind geführt werden.

18) Ferners sollen, besonders an steilen und mageren Orten, welche etwa den Sonnenstrahlen oder trocknen Winden sehr ausgesetzt sind, die Schläge nicht zu groß, und so geführet werden, daß der Boden Schatten, sohin gemüßsame Feuchtigkeit erhalten könne.

19) Auf den sehr hohen und kalten, der Sonnenhitze, eben so sehr, als den kalten Stürmen und dem Schneesturme ausgesetzten Waldorten muß nicht minder mit besonderer Vorsicht zu Werke gegangen, sehr langsam und in äußerst schmalen

Streifen gemäß, oder auch gar nicht schlagweise, sondern immer nur das wirksamste Holz abgetrieben, das jüngere aber beständig zur Besaamung und zum Schutze des Erbreiches und der jungen Holzpflanzen stehen gelassen werden.

20) Sonst aber sollen die Schläge an allen Orten, wo das Lokale keine Ausnahme macht, in schmalen Streifen immer auf der Morgenseite, von Mittag nach Mitternacht zu, mit der nöthigen Behutsamkeit angelegt werden, daß sich gegen die Spitzen der Berge zu auch die Gebaue nach Verhältnis der natürlichen Lage verengen oder ausspitzen müssen.

21) In Waldungen, wo der Holzboden sehr mit Waldmoos überzogen ist, soll einige Jahre vor der Hauzeit das Moos abgerechet und dadurch der natürliche Saamenflug erleichtert werden.

22) Ein großes Hinderniß des natürlichen Wiedewuchses ist nicht selten der zu große Viehantrieb, und die Menge des Wildprets, daher sollen in den gemachten Schlägen die Aeste nicht in Felder geraumt, sondern über die Masse ausgebreitet werden.

23) Mehr Vieh, als jeder Unterthan mit eigenem Futter überwintern kann, soll in keine Waldung oder Alpe angetrieben werden, daher das Vieh durch das Waldpersonal alle Winter in den Ställen, unentgeltlich der Unterthanen, zu beschreiben.

24) Der Antrieb des Viehes in Masse und junge Wälder, besonders der Pferde, Geiße, Schaafe und Schweine bleibt durchaus so lange verboten, bis der Jungwald nicht dicht genug ist, und wenigst die Höhe von zehn Schuhen erreicht haben wird.

25) Damit die Waldungen mit Geißen und Pferden nicht übertrieben werden, so soll in Rücksicht des Lusttriebes in die Waldungen und Alpen die dem Cumulativen Wald-Visitations-Protokoll de An. 1794 beigelegte ältere Geiß- und Pferd-Beschreibung zur Richtschnur genommen, und mehrere Pferde und Geißen in den Waldungen nicht geduldet werden, als selbe enthält.

26) An Orten aber, wo man das Rühvieh zu weiden berechtigt ist, sollen die neuen Schläge wenigst sechs Jahre da-

von befreit bleiben, und zu ihrer Sicherstellung alle mögliche zweckdienliche Mittel ergriffen werden.

27) Das Rähen oder Grasschneiden auf Waldblößen, unverlackten Alpen und Deßen soll eben so strenge, wie in den Raissen verboten sein.

28) Auch sollen die Alpen und Deßen, wenn sie gleich verlackt und mit Schwandreht versehen sind, bei ihrer Bestimmung belassen, mithin niemals, um das Heu nach Hause zu bringen, gemähet oder gar in Rähder und Felder verwandelt werden.

#### §. 6.

##### Die Holzauszeige betreffend.

Sowohl in den Salinen-Waldungen als in den Unterthans-Gehölzen darf ohne ordentlicher Auszeige kein Stamm Holz gehauen, noch weniger aber ein förmlicher Schlag gemacht werden.

Diese Auszeige gebührt in den Salinen-Waldungen dem Churfürstlichen Waldmeister mit den ihm subordinirten Waldpersonale, in den Unterthans-Gehölzen aber, dem Fürstlich Berchtesgadenischen Landpfleggerichte mit Zuziehung des einschlägigen Churfürstlichen Salinen-Waldpersonales, bei welcher ein oder der andern Behörde alles, wie immer Namen habendes Holzbedürfnis nachgesucht werden muß, und von demselben ohne mindesten Entgeld der Unterthanen an den besonders zu bestimmenden Forst- und Holzschreib-Tagen im Monate März und September Specifice verschrieben, unter dem Jahre aber künftighin, außer den dringenden Nothfällen, niemals mehr einiges Holz abgegeben werden wird. Bei diesen Auszeigen sollen künftighin nicht bloß die nahen, bequemen und leicht bringbaren, sondern auch die entfernten und kostspieligeren Waldungen abgehölzt, das nach der Auszeige gehauene Holz aber, sobald möglich, und zwar längstens innerhalb Jahr und Tag, aus den Raissen oder Schlägen weggebracht werden.

#### §. 7.

##### Den Holzverbrauch betreffend.

Bei aller Behutsamkeit und bei allen möglichen Anstalten zur perpetuirlichen Erhaltung des Berchtesgadenischen Territorial-

Waldstandes würde man doch wegen der hier sehr beträchtlichen Holz-Consumtion den gesuchten Zweck niemals erreichen, wenn man nicht auch allenthalben auf bessere und thunliche Holz-Ersparniß denken wollte; es sollen daher

1) die Häuser mit ihren Vorböden, Stallungen, Scheunen, Futterställen, Alpbütten oder Raserstätte, Haarbrestuben, Backöfen und Waschhäuser der Unterthanen, dann Brücken und andere derlei Privat-Gebäude soviel möglich von Steinen erbauet und mit Ziegelböden und Ziegeldächern versehen werden, wozu man den Unterthanen von Seite des Fürstlichen Reichs-Stiftes alle thunliche Mittel an Hand geben wird.

2) In Verfolg dessen sollen auch alle obige dermalige Häuser und Gebäude der Unterthanen ohne Vorwissen des hierbei sehr betheiligten Churfürstlichen Hauptsalzamtes nicht ver-  
sezt, vergrößert oder gar vermehrt werden.

3) Ferner sollen auch, wo mehrere Häuser in der Nähe stehen, die einzelnen Flachsdörrstuben, so wie auch die Waschhäuser und Backöfen in derlei gemeinschaftliche Gebäude zum Gebrauche sämmtlicher umliegender Unterthanen reducirt, diese Gebäude aber zu Verhütung der Feuersgefahr an einem, von den Häusern hinlänglich entfernten Ort, und wo möglich an ein Wasser gesezt werden.

4) Ueberhaupt aber sollen sowohl die Gemeinds-Haarbrestuben, als auch einzelne derlei Gebäude, niemals zu Herbergen oder Wohnungen verstiftet werden.

5) Die Feldwiesen-, Deß- und Alpenzäune sollen von den Unterthanen ohne Einstimmung des auch hier betheiligten Churfürstlichen Hauptsalzamtes nicht verlängert, erweitert, anderswohin versezt, oder an bisher offenen Orten neu errichtet werden können, die bereits bestehenden aber sind, wo immer möglich, durch Feldmauern oder lebendige Zäune zu ersetzen, niemals aber schönes spaltbares Holz oder grüne Stangen und Poschen dazu zu verwenden.

6) Ohne vorher erhaltener gemeinschaftlicher Baierischer und Berchtesgadenischer Concession dürfen im Berchtesgadenischen Territorio keine Holzersorderlichen Fabriken, Manufakturen oder andere neue Gewerbe angelegt oder betrieben werden.

Da die Kunsthandwerker bisher schon das benötigte Holz größtentheils aus dem Auslande sich beigezschafft haben, so sollen sie es auch künftighin thun, um den Salinen-Schwarzwäldern nicht lästig zu sein.

7) Well die Dauerhaftigkeit des verschiedenen Bauholzes viel von der Zeit abhängt, in welcher das Holz gefällt wird, so soll das Bauholz, wo immer möglich, in den Wintermonaten, wenn das Laubholz die Blätter abzuwerfen anfängt und das Nadelholz keinen Saft mehr ziehen kann, nämlich vom Anfange Oktobers bis Ende des Merzenmonates gehauen werden. Nur das Wasserbauholz, welches beständig unter Wasser zu stehen kommt, ist im Saft zu schlagen und sogleich grüner einzulegen. Brennholz aber mag vom Oktober bis Ende Juni gefällt werden.

8) Alle Gattungen von Nutzholz sollen in keiner Untertthanenwaldung zu Brenn- oder Rohholz-verbauet, sondern von jenen Untertthanen, in deren Waldungen oder Dezen einiges Nutz- oder Kunsthandwerkholz hervorgehet, welches sie selbst nicht nöthig haben, an andere Untertthanen, die dessen bedürftig sind, gegen billige Preise abgegeben oder vertauschet werden.

9) Zu Rafen, Latten, Stangen, Hecken und Häfeln soll niemals grünes und frisches Holz ausgezeigt, sondern bloß wipfelloses, abständiges und dörres Holz abgegeben werden. Daher die Rafen und Latten zu Gebäuden, in Mangel anderlei schlechten Holzes, hiefür, so viel möglich, geschnitten werden müssen.

10) Damit kein Holz, weder in den Salinen- noch in den Untertthanenwaldungen, dem Verderben überlassen werde, so sind die Windbrüche oder sogenannten Windwürfe bei Zeiten zu dem bestnützlichsten Gebrauche aufzuarbeiten.

11) So sollen auch Buchen- und andere Laubwaldungen, des bloßen Laubfalles wegen, mit dem Hane länger nicht verschont bleiben, als es ihre Wirksamkeit mit sich bringt.

12) Die Borken oder Rinden sollen an bringbaren Orten nicht zurückgelassen, sondern nach Hause gebracht, gedörret und gebrannt, oder wenigstens zerschlagen, und zum Absaulen unter den Dung gemischt werden.

13) Alles Holz, welches einen Schub und darüber in der Dicke hat, soll durchaus mit der Säge abgeschnitten, und daher mit der Hacke bloß ein wenig eingeschrötet werden, was aber unter einem Schub dick ist, kann, zur Ersparung der Zeit, noch ferner, bis auf weitere Verordnung, mit der Hacke abgehauen werden.

14) Die Stöcke sollen gegen die Bergseite nicht über einen halben Schub, auf ebenem Boden aber durchaus nicht höher gemacht werden, ausser sie wären zum Ausroden bestimmt, welches indessen nur auf ebenen Plätzen erlaubt, in steilen und erdsichtigen Gegenden aber niemals gestattet wird.

15) Das Kohlbrennen soll nur von anderwärts unbrauchbarem und unbringbarem Holze erlaubt, die Kohlenmeiler oder Kohlenhausen niemals über 24 Fuß im Durchschnitte, oder 12 Fuß von der Stange an angelegt, auch niemals höher als 12 Fuß gemacht werden. Das Holz hierzu muß aber durchaus, soviel möglich, von gleicher Stärke und Art, auch so fest als möglich zusammengesetzt, und niemals frisches mit faulem Holz, sondern jedes besonders verkohlt werden.

#### §. 8.

##### Die Waldkultur betreffend.

Um neben demjenigen, was hie oben im 5ten §. dieser Waldordnung in der innern Waldwirthschaft für das ungehinderte Wirken der Natur angeordnet ist, auch noch durch besonderen Kunstfleiß nachzuhelfen; so sollen nicht nur allein in den Churfürstlichen Salinen-Waldungen und den Berchtesgadenschen Unterthansgehölzen aller Waldgrund zum Holzwuchse bestmöglichst kultivirt und künstliche Holzsaaten gemacht werden, wie auch die zu diesem Ende errichtet werdende Versfriedungen, Verhaue oder Gräben bei schwerer Strafe und Schadenerlaß unverleßlich sein; sondern es soll auch noch, wegen der Consumption des Kunstwerkholzes, auf derlei Anpflanzung an nahe gelegenen Orten, z. B. auf den Auen, Deßen, oder an Wässern, Straßen, Bergen und Zäunen, der sorgfältigste Bedacht genommen werden, wie dann insbesondere die Berchtesgadenschen Kunsthandwerker verbunden sein sollen, für die aus den



**Churfürstlichen Salinen-Waldungen empfangene Werfbäume** vier andere, für die auf eigenen Gründen geschlagene, aber zwei derlei junge Bäume auf eigene Kosten zu pflanzen und emporzubringen.

**§. 9.**

**Die Forst-Jurisdiction betreffend.**

In Verfolg der an Churpfalzbaiern von dem Fürstlichen Reichsstifte Berchtesgaden abgetretenen Forst-Jurisdiction in den sämtlich Berchtesgadenschen Salinen-Waldungen, so wie diese in den Cumulativen Wald-Visitations-Protokollen de An. 1793 mit ihren Gränzen verzeichnet sind, wird von dem Churpfalzbaierischen Hauptsalzamt in Berchtesgaden nicht nur die Execution der gegenwärtigen Waldordnung in den besagten Salinen-Waldungen gehandhabet, sondern auch von nun an die Verhandlung und Abstrafung aller Forstfrevel und Waldgebrechen durch den von Sr. Churfürstlichen Durchlaucht zu Pfalzbaiern ꝛ. zum Forstgericht eigends verordneten Churfürstlichen Hauptsalzamts-Administrator, mit Zuziehung des Churfürstl. Waldmeisters, nach der hier anhangenden und ebenfalls gemeinschaftlich verabredeten Waldstrafordnung an den jährlich viermal zu haltenden Forstgerichts-Verhören vorgenommen werden, wozu, so wie zu andern Vorkommnissen, sämtlich Berchtesgadensche Territorial-Untertanen auf (derselben unentgeldliches) Vorrufen des Churfürstlichen Hauptsalzamts-Dieners allezeit und unweigerlich zu erscheinen haben.

In den Untertans-Gehölzen hingegen wird die Execution der gegenwärtigen Waldordnung von dem Fürstlichen Landpfleg-Gerichte gehandhabt, und das Forstgericht, des betheiligten Churfürstlichen Intec. willen, mit Zuziehung und Beistuhung des Churpfalzbaierischen Waldmeisters, nach der nämlichen gemeinschaftlichen Waldstrafordnung ausgeübt.

**§. 10.**

**Die Publication dieser Wald- und Waldstrafordnung betreffend.**

Damit aber diese, zum allgemeinen Besten abzielende Ordnung genau gehalten, zu der dem Fürstlichen Reichsstifte so

wichtigen Waldperpetuitäts-Erhaltung alles mögliche beigetragen, und alles derselben Nachtheilige abgewendet werde, auch sich jedermann vor Schaden hüten und mit keiner Unwissenheit sich entschuldigen könne; so soll diese Waldordnung alljährlich zweimal, nämlich einmal vom Fürstlichen Reichsstifte Berchtesgaden, und das anderemal von dem Churpfalzbaierischen Hauptsalzamt allda in Schellenberg, Berchtesgaden und der Ramsau publicirt werden.

Vorbehaltlich alle desjenigen, was nach Zeit und Umständen hierin zu ändern, aufzuheben, oder anders zu ordnen gemeinschaftlich beliebt werden wird.

## 2) Churfürstlich Maynzische Verordnung, die Wild- und Fischdiebereien betreffend.

Vom 26. November 1676.

Da in den Erzstifts Waldungen und Wildbahnen, auch Teichen, Flüssen und Bächen, allerhand frembde Wildtschützen, Herrndienere, Wildbrets- auch Fisch- Vorellen- und Krebsdiebe sich vielfältig einschleichen, so dem hohen und niedern Wildt, auch Feder-Wildbräth, wie nicht weniger denen Fischen, Vorellen und Krebsen heimlich nachstellen, dieselbe schießen und aufffangen, und alsdann, was sie nicht selber verzehren mögen, hin- und wieder sowohl Geist- als Weltlichen, Adlichen und andern Beamten, Bürgern, Underthanen und Inwohnern des Erzstifts, auch sogar ausserhalb desselben an Frembde umß Geld verkauffen, oder sonst verhandlen, und also in berührten Waldungen und Wildtbahn, Teichen, Flüssen und Bächen großen Schaden thuen: Und obwohl die Jägere, Förstere, und andere zu deren Aufsicht bestelte Diener, ihren Pflichten gemeß solches zu verwehren sich understanden, dannoch die Erfahrung erwiesen und mitgebracht, daß nit allein auff dieselbe von solchen Wildtbretsdieben Feuer gegeben, und etliche gefährlich verletzet, sondern auch andere wohl gar zu todt geschossen worden. Damit nun allsolchem unzimblichen und frevelhaften Beginnen ins künfftig begegnet und desto nachtrücklicher

gestewert werden möge, Als ist ernstlicher Befehl, Will und Meynung, daß sich hinfüro von den Underthanen und Zugehörigen, oder sonst, er sei auch wer er wolle, keiner ohne exprefs erlangten schriftlichen Befehl und Erlaubnuß understehen und gelüsten lassen solle, weder in erwehnten des Erbstifts zugehörigen Waldungen und Wildbahnen, noch in Flüssen, Bächen und Teichen, dem hohen und niedern auch Federwildbräth, noch auch den Fischen, Vorellen und Krebsen nachzustellen, dieselbe zu schießen, oder sonst in einigerley Weiß auffzufangen, sondern sich dessen allen gänzlich sollen enthalten; Widrigen fals, und da dergleichen Wildtbräths auch Fisch Vorellen und Krebsdieb in Erfahrung gebracht und erdappet, dieselbe vorderist vor das peynliche Gericht, und demnach öffentlich an den Pranger gestellt, mit Ruthen aufgestrichen, und ewiglich des Lands verwiesen, auch wohl gar nach Befindung der Sach an Leib und Leben gestrafft werden sollen. Zu dem End dann auch allen und jeden Schultheisen, Gerichten, Gemeinden und Underthanen anbefohlen würd, auff dergleichen Wildtbräths auch Fisch Vorellen und Krebsdieb ein wachtsames Aug zu haben, da sie von ein oder anderm die geringste Nachricht erhalten, dieselbe verordneten Beamten und Bedienten alsobald anzuzeigen und nachbafft zu machen, allermassen dann den jenigen, welche dergleichen offenbahren, eine recompens von zehn Reichthalern gereicht; diejenige aber, welche auff erlangte Wissenschaft solche dannoch verschweigen und nicht anzeigen: Wie weniger nicht auch dieselbe, sie seien Geist oder Weltliche, Beamten, Dienere, Underthanen und Inwohner des Erbstifts, welche von solchen Wildtbrets Fisch Vorellen und Krebsdieben wissentlich etwas erkauffen, oder sonst an sich erhandlen, da man dieselbe würd erfahren, mit obnnachlässiger Straff obnfehlbar angesehen, auch gegen die frembde gehörige Nothdurfft in acht genommen werden solle. Damit sich aber auch die Underthanen des Erbstifts, deßhalb um so viel mehr alles Verdachts entladen thun: So wird denselben hiemit ferner befohlen Ihre etwan habende Büschbüchsen, Feuerrohr, und Flinten innerhalb vier Wochen von sich und gänzlich abzuschaffen, und sich hingegen mit guten tüchtigen Musqueten allein zu ver-

sehen auff Erfordern und nach Nothdurfft sich deren haben zu gebrauchen; im widrigen aber gewertig zu seyn, daß deren Häufere durchsuchet, Ihnen die Büchsen, Feuerrohr und Flinten abgenommen, und dieselbe befindenden Dingen nach dazu noch weiter gestrafft werden sollen.

### 3) Churfürstlich Maynzische Verordnung, die Vertilgung der Wölfe betreffend.

Vom 29. November 1679.

Da im Erz-Stifft hin und wieder die Wölff dergestalt überhand genommen, daß nicht allein kein Wildpret vor denselben ferner auffkommen, sondern auch da solchem schädlichem Ungezieffer, kein Abbruch geschehen solte, weder Menschen noch Vieh sicher seyn würden; Als würde vor nöthig erachtet, zu dessen Vertilgung gewisse Verordnung ergeben, und publiciren zulassen, allermassen dann hernach folgt, und zwar vord Erste sollen in allen Aemptern zeitlich Wolffs Jagten angestellt, und zu dem Ende in jedem absonderliche Wolffsgarn auff der Gemeindten Kosten verschafft werden, auch damit dar zu rechter und gehöriger Anstalt gemacht werde, die Beampte mit dem Jägermeister correspondiren, sämtliche Gemeindten aber gehalten seyn, bey gedachten Wolffs-Jagten zu erscheinen, darzu auch so, gar diejenige, so Alters halben nicht selbst kommen können, wie nicht weniger die Wittweiber an ihrer statt, ihre Dienstbotten zu schicken verbunden, und davon niemand als Schultheiß, Fauth, oder Gentschöpff, dann der Heimberger, Hirth und Dorffhütter befreiet seyn, gestalten dann derjenige, so ohne erhebliche Ursach und Erlaubnuß jeden Orths Schultheissen außbleiben wird, mit 30. Kreuzer, die zu spat kommende, und zufrühe hinweg lauffende aber, wie nicht weniger diejenige, so einen Wolff vorsehlich auß dem Reich lassen, oder daran eine Ursach seynd, mit 15 Kreuzer Straff angesehen werden sollen.

Zum andern sollen die Jäger solchem Ungezieffer mit Galen fleißig nachstellen, und deren jeder schuldig seyn, des Jahrs

zum wenigsten zwey Wölff außershalb dem Jagen zu lieffern, hingegen von deren jedem, wie auch übrigen so viel sie solcher Gestalt fangen oder schießen werden, ihnen ein Rthlr. zu Lohn gereicht, da aber ein oder ander Jäger obbemeldte beede Wölff nicht lieffern würden, ihm an dessen Jahrlohn gedachten Fang- oder Schieß-Geld zurück behalten werden.

Damit aber drittens die Wolffsfallen, welche die Jäger auf ihre Kosten zu verschaffen haben, vor den Dieben sicher seyn möchten, solle derjenige, welcher dergleichen hinweg zu nehmen sich unterstehet, und darüber ergriffen oder sonst die Nachstellung auff oder andern Weg zu verhindern sich unterstehen wird, mit 20 Gulden unnachlässiger Straff belegt, und da er solche nicht zu bezahlen hätte, mit Thurn oder andere Leibs-Straff angesehen werden, diejenige aber, so dergleichen Freveler anzeigen, ein recompens zu gewarten haben, wie dann auch die Waasenmeister in jedem Ampt daß Luder an Ort und Ende, wohin es die Jäger verlangen, zu führen gehalten seyn sollen, die Fallen aber an solche Ort gelegt werden, allwo Menschen und Viehe davor sicher wandern mögen.

Vierdtens, weilen solche Raubthier durch Vertilgung der Jungen sonderlich gemindert werden, als wird sämtlichen Gemeindten sowohl in Städten als Flecken und Dörffern hiemit ernstlich aufgelegt, die Wolffs-Nester oder Höhlen, wann die Wölff Junge haben, zu suchen, und die junge Wölff außzuheben; sonderlich aber soll alle Jahr umb solche Zeit zum wenigsten einmahl auff einen darzu bestimbtten allgemeinen Tag eines jeden Orths Gemarkung von sämtlicher Gemeindt in Beyseyn der Förster zugleich durchsuchet, und damit sie sich desto fleißiger hierin bezeigen, denenselben vor jeden jungen Wölff, den sie also finden, und zu denen Kellereyen bringen werden, ebenmäßig ein halber Rthlr. bezahlt werden.

Fünfftens, können zu solchem Ende die Wolffs-Gärten merklich dienen, daher dann in jedem Ampt nach Befindung der Gelegenheit zwey drey bis vier Wolffs-Gärten auf Weiß und Manier, wie man ihnen angegeben wird, in der Gemeindten Kosten verfertiget; hingegen denselben von jedem darin gefangenen Wölff gleich den Jägern ein Rthlr. abgefolgt werden solle.

Schließlich soll diese Verordnung von den Beampten eines jeden Ampts angrenzenden frembden Herrschaften communi- cirt, und dieselben ersucht werden, solches in Betrachtung ihr bestes auch darbei versirt, in ihren Territoriis ebenmäffig ein- führen und beobachten zu lassen.

#### 4) Chur-Mainzische, resp. kurzverfasste und erneuerte Wald-Ordnung.

Vom 16. December 1729.

Da nach der von dem Ober-Jäger-Meister eingenommenen Beaugenscheinigung der Erz-Stiftischen so wohl, als gemeinen Waldungen befunden worden ist, wie zwar nicht auß Mangel verschiedener allbereits heylsamlich ergangenen so General- als Special-Verordnungen, sondern alleinig, daß solchen schuldig- ster Gebühr nicht nachgelebet würde, daher rühren möge, wei- len dieselbe einiger massen weitläufig, mithin von denen Forst- Bedienten so wohl, als denen Untertanen so vollständig nicht zu begreifen, und in der Gedächtnuß zu behalten seien, wor- auß dann eigentlich die sich hervor gethane Unordnungen ent- sprungen, solchemnach der Nothdurfft zu seyn ermessen, diese absichtlich zur wieder-Auffkomm- und besserer Handhabung, des Gehölzes, und wie es mit Abgebung zum Brennen, und Bauen, deßgleichen mit Viehe-Trifften, und sonstens zu halten, um denen eingeschlichenen vorbesagten Unordnungen, und daraus entstandenen Veröfungen zu steuern, gerichtete Wald-Ordnung in möglicher Kürze verfassen, und im Druck bringen zu lassen, damit solche Quartaliter von den Beampten denen Forst-Be- dienten, und Untertanen zum besseren Behalt deutlich vorge- lesen, ausgeleget, ja an eines jeden Städtlein, Fleckens, oder Dorffs Rath- oder Gemeindhaus, oder wo deren nicht vor- handen wären, an sonst darzu gewöhnliche Ortb angeschlagen werden könne.

Wird daher folgendes geordnet und gesetzt:

1. Daß ohne landesherrlichen Befehl, und Vorwissen kein Holz angewiesen, noch darinnen einseitig verfahren, sondern

jedesmalen zwei Wald-Arten angeschlagen, und das Scheidholz die Claffter der bißher gewöhnlichen Maafung nach ad 6. Schuhe hoch, und 4. Schuhe lang gefest werden solle.

2. Daß das angewiesene Brennholz alles kurz auff der Erden und Boden abgehauen, zuvor aber die taugliche arthaffte junge Heeg- und Stand-Reyser ausgezeichnet, und deren alle 20. bis 30. Schritt eines stehen gelassen werde.

3. Solle nach der Anweisung das Brennholz, sobald es seyn kan, zu erlaubter Zeit, als zwischen Michaeli und Georgi gefellet, Stecken, oder Claffter weiß aufgemachet, Scheider und Reißig genau aufgelesen, hinweg geführet, und also die Schläg den Winter über biß auff gefetzte Zeit völlig geraumet werden, wem aber hieran eine erhebliche Hindernuß vorfiele, der soll zuvor um Erlaubnuß gebührend anhalten, und nachdem er selbige erlanget hat, nichts destoweniger das Scheid-Wellen- oder Reißig-Holz auff die Pläß oder alte Weeg heraus bringen, damit denen jungen Schlägen und darin vorsprießenden jungen Gewächß und Zweigen kein Schaden zugefüget werde.

4. Bei Abbau- und Fällung deren Bäumen, und des Brennholzes solle fürnemblich dahin gesehen werden, daß das junge Holz wiederum hernach kommen, und im beywachsen keine Hindernuß finden möge; Nachdemahlen aber sich zu Tag leget, daß nicht nur theils die umliegende Erz-Stiftliche, sondern auch benachbarten zugehörige Orth, mit ihrem Rind-Viehe des Triebß in die Erzstiftlichen Waldungen sich bißhero angemasset, und obschon dieselbe einiger Kuppelweyd berechtigt, nichts destoweniger die ihnen gesetzte Mabl und Schranken überschritten, theils aber auch gänzlich unbefugter Dingen mittels heimlicher Einschleichungen dergleichen Recht auszuüben, und zu erlangen gesucht haben, wodurch so wohl dem jungen angehenden und wieder auffwachsenden Gehölz, als der Wildfabr mercklicher Schaden und Hindernuß zugezogen wird; So sollen alle und jede Anstößere, welche nicht fundbahrlich ihre Gerechtigkeit in den Churfürstlichen Waldungen zu hüten, und zu treiben hergebracht, und besuget seynd fürhin gänzlich ab- und so lang daraus gehalten werden, biß sie entweder besseren

Beweis geführt, oder aber ganz neuerlich darzu Erlaubnuß erlangt haben würden, welchemnach sodann dieselbe mit ihrem gehörnten Viehe (wovon jedoch die Gelsen allerdings ausgeschlossen seyn sollen) sich alleinig an das hohe Gehölz, und in denen gebührenden Schranken zu halten, ins besondere aber auch diejenige reiten, welche für das Wildprätt ab- und zugehendet werden, desgleichen die junge Schläg auf alle Weis zu schonen, und diese unter 7. auch mehr Jahren, wie es nach Unterschied und Beschaffenheit des Bodens vonnöthen sein mag, unter der darauff gesetzten Straff nicht zu betreiben haben, und gleichen Verstand hat es auch wegen der Schäffer, als welche die Anzahl ihrer zu halten und zu treiben berechtigter Stücken Schaaff-Viehes ausdrücklich anzuzeigen, und keineswegs nach eigenen Gefallen, sich der Weyd anzumassen, sondern die Anweisung selbiger zu erwarten haben, hinkünftig auch nur kleine Hund halten, und denenselben Prügel anhängen, die Prügel selbst aber, als welche mit dem Rad gebrennet seyn müssen, in dem Jagd-Haus hohlen sollen. Was nun

5. Von diesem Weyd- und Kuppelweyd-Recht in ein und anderen ist erinnert worden, eben solchen Verstand und Meinung soll es auch mit dem Grasen, Laub-Rähen und Streifen dergestalt haben, daß solches jedermann (der dessen nicht befugt ist) bevorab Erb-Stiftischen Beamten und Forst-Bedienten selbst gänzlich verboten seyn, diejenige aber, so es hergebracht, oder denen es aus Gnaden erlaubt worden ist, dasselbe anderst nicht, dann in denen erwachsenen hohen Gehölzern auffordersambst, und jedesmahlige Anweisung des Försters gebrauchen, die junge Schläg dahingegen ebenmäßig 7 oder mehr Jahr lang nicht berühren sollen, so viel aber das Laub-Aschenbrennen anbelangt, da wird es bei denen allschon in mehrerem ergangenen geschärpften Verordnungen, und dißfalls beschehenen gänzlichen Verbott ohnveränderlich also auch belassen.

6. Ist befannt, daß einige Orth, die Erb-Stiftischen Gehölzen theils nahe, theils ziemlich entfernet liegen, sich eigenmächtig ohne Erlaubniß unterstehen, nicht nur das dürre Holz auffzulesen, sondern unter diesem Vorwand auch junges, gerade, gewichtiges Stangen-Holz darinnen abzubauen und zu ent-



führen, obwohlen nun zu mehrerer Verhütung dieses letzteren man billige Ursach hätte, auch jene Vergünstigung aus Gnaden gänzlich ab- und einstellen zu lassen; So will man demahlen jedoch, in Betracht und zur Steuerung der Armuth die Milde der Schärffe vormalthen, mithin geschehen lassen, daß oberwehnter Orthen Einwohnere von Michaeli an bis Georgi, allermassen den Sommer über dieselbe den Wald völlig müßig zu geben haben, an gewissen in der Woch gesetzten Tagen, als Dienstag und Frentags, oder wie es nach Gelegenhit deren Dorffschafften, und wie der Revier-Jäger von einem Strict auff den anderen der Obacht halber abkommen ka. terminiret werden wird, dasjenige, was sie NB. in dem Gebölz, die junge Schläg dahingegen in all Weeg, und alle Weiß, ein für allemahl ausgenommen, an durren Holz finden, und über das Bein brechen können, aufflesen, und zu ihrer Bedürfftigkeit nacher Haus tragen mögen, unter der Ernstlichen unausbleiblich schweren Straff nach sich ziehenden Ermahn- und Verwarnung jedoch, daß vergreifflich darüber sie nicht schreiten, vielweniger einige Waffen, Art oder Beil mit sich heimlich oder öffentlich nehmen, im widrigen aber ohnfehlbar gewärtigen sollen, daß auch solthane Vergünstigung hinfünfftig wieder gänzlich eingezogen, folgsamb das dürre Holz zu sammeln ihnen gleichfalls verboten werde. So viel aber

7. Das jährliche Geäckerich und Mastung in den Erb-Stiftischen Waldungen betrifft, da solle es darmit eben so, wie bey der Kuppelwend hieroben zu beobachten gemeldet worden, in allem hinfünfftig stät und vest gehalten werden, gleich dann Ernstlicher Befehl ist, daß ohne ausdrücklichen Vorbewust und Erlaubniß, weder Eicheln auffzulesen, noch Schwein einzuschlagen gestattet werden solle, denenjenigen Orthen, Höffen und Untertanen aber, die in gewisse Revieren des Benschlags befugt seynd, wird solches Recht auff Arth und Weiß, wie sie es beandt oder erweislich hergebracht haben mögen, dardurch nicht entzogen, sondern all Jährlich auff die Beschaffenheit der Mastung, ob selbe völlig, halb oder nur gesprengt, hauptsächlich zu sehen, und demnach der Beytrieb (wiewohlen mit ausdrücklicher Untersagung der Nachmast, oder Nachäckerigs) solcher-

gestalten erlaubet seyn, daß fürnemblich die Anzahl der Schweine vorhero benennet, und die Sau gehörig gebrennet, demnach aber zu rechter Zeit wieder aus dem Wald gethan, und länger dann von Michaeli bis Andraä darinnen nicht geduktet, und all solches zugleich auff der Gemeinden Waldungen mit verstanden werden solle, damit zum Schaden dererselben, und Nachtheit der Wildbahn kein Ueberschlag geschehen, und zusehender das höchstnöthige vor das Wildprätt abgehendet werden möge, worbey jedannoch die Forstbediente, so viel der Gemeinden Waldungen anbelanget, billigmäßige Ziehl und Maaß zu gebrauchen haben, auf daß die Unterthanen in ihrer Nahrung nicht gehemmet seyn mögten. Viel aber die Sommer-Queth mit denen Schweinen betrifft, sollen die Unterthanen darinnen excediren, und mit Uebermaaß derselben nach Gefallen, so weit es ihnen anstehet, in den Wald treiben, da solle ihnen hinfünftig nicht nur die Zahl nach Proportion des Orths gesetzt, sondern auch der District, wohin und wie weit sie zu treiben hätten, angewiesen, und dieser nicht überschritten werden. Und weilen auch

8. Durch öftere Aufsetzung der Kohl-Platten ein mercklicher Schaden verspühret wird, als solle inßünftig ohne absonderlichen Befehl dergleichen keine gemacht, am allerwenigsten aber denen Kohlen-Brennern gestattet werden, zum Behuff des Kohlen-Brennens den bedürfftigen Waasen in denen jungen Schlägen zu hauen, ihnen zum Verkohlen auch nichts dann Alsterschlag, Wind- und Schnee-Bruch, abgestanden und ander untauglich Holz, wordurch denen Wäldern am wenigsten Schaden beschiehet, gegeben werden: und wäre denenselben anbey jedesmalen ernstlich einzubinden, daß sie auff das Feuer acht haben, und wann sie Sommers-Zeit bey großer Hiß, und dürre Kohlen, zu Verhütung besorglichen Schadens Gräben um ihre Kohlplatten machen sollen;

9. Allermassen nun weniger nicht die Erfahrung bishero gegeben, daß die Hirten und deren Jungen oder Kinder sowohl mit schädlichen Hütten, als verderblichen Feuer-Anlegen, wordurch dieselbe zugleich denen Wildpratts-Dieben zum öfftern nur die Wildständ entdecken, und das von solchen geschossene Wild mit ihrem Viehe wie mit einem Hund auffsuchen, vielfältige

höchststraffbare Frevelmüthigkeiten ausgeübet haben, so sollen fürdersambst all dergleichen Leuth in jedem Ambt von den Be-  
ambten vorberuffen, und mit genauer Belehrung dieser Verord-  
nung darauff in Pflichten genommen, denen Gemeinden aber  
nachdrücklich auferleget werden, daß sie sich mit getreuen bey  
jedemahliger Veränderung, und wieder Auffnahm eines gemei-  
nen Hirtens, solcherley fürdersambst dem Forst-Ambt vorstellig  
zu machenden Leuthen hierinfaß zu versehen, die einseitige ohn-  
verpflichtete Hirten aber (wofern aus bewegenden Ursachen et-  
wa keine absondere Erlaubnuß dazu vorhanden wäre) gänzlichen  
abzustellen, oder anderer gestalten vor allen Schaden mit zu  
sehen, sofort der darauff gesetzten Straff ohnsehlbar zu gewär-  
thigen hätten: Trüge sichs dahingegen zu, daß ein Hirt oder  
Kohlenbrenner einen verdächtigen Schuß hörete, oder jemand  
verdächtigen entweder auf Wildprätt schießen, oder Feuer an-  
legen betreten thäte, und selbigen gehörig einliefferte, deme  
sollen zehn Gulden zur Vergeltung gereicht, im Unterlassungs-  
Fall aber, da er solches nicht anzeigen, oder gar mit unter der  
Decken stecken würde, als der Thäter selbst gehalten, und ge-  
straffet werden solle; Ansonsten da es

10. Die Meynung nicht hat, denen Gemeinden und Unter-  
thanen etwas an ihren verschiedentlicher Orthen erweislich her-  
gebrachten Huet- und Beholzigungs-, auch anderen Recht- und  
Gerechtigkeiten benehmen zu lassen; So will nichts destoweniger,  
in dem zu Tag liegt, daß verschiedene Städt, Flecken, Dörffer  
und Unterthanen, welche gemein und eigen Gehölz haben, dar-  
mit sehr unordentlich, verschwenderisch, und dermassen verderb-  
lich umgehen, daß solche dadurch äußerst zu Grund gerichtet,  
die Wildfuhr geschmäleret, imgleichen die Gütther, worzu selb-  
ige gehören, um ein merkliches in dem Werth verringeret, und  
solcher Gestalten bey denen Gemeinden der Nachkömmlingschaft  
unwiederbringlichen Schaden zugefüget werde, die ohnumgäng-  
liche Nothdurfft ersfordern, dißfalls zu Besorgung des gemeinen  
Bestens, und deren Unterthanen selbst eigenen Nutzen solche  
Verordnung fürzuführen, damit die hierin verspührte sowohl zu  
deren Gemeinden als des ganzen Lands empfindlichen Schaden  
gereichende üble Haushaltung instänfftige, so viel immer möge

lich verbessert werden möge, und wollen dannenhero die Forst-Bediente auf dergleichen Gehölz fleißige Mit-Obacht tragen, und gleichwie die Herrschaftliche, also auch diese öftters besuchen, und wo sie, daß ohnverantwortlich und schädlich darinn verfahren befinden würden, und dargegen kein Verbott verfangen wollte, es sofort berichten sollen, ausdrücklich ferner verordnen, daß, in Betracht an Erhaltung der Gemeinen Waldungen dem Gemeinen Wesen gar vieles gelegen, diese sammtliche, ohne Unterschied und Ausnahm durchaus kein Holz mehr unter sich eigenmächtig hauen und austheilen sollen, es seye dann vorhero denen jedes Orths bestellten Forst-Bedienten hiez von die schuldige Anzeig, von diesem aber, wie solches zum Nutzen derer Unterthanen in ordentliche Schläg einzutheilen seyn mögte, nach Gelegen- und Beschaffenheiten der Orten die Anweisung geschehen, ohne daß die Unterthanen hingegen ihm Forst-Bedienten etwas Mehrers dann einen Trund und Stuck Brodt, und zwar zu Vermeydung aller weiteren Kosten für ihn alleinig zu geben gehalten seyn sollen.

11. Wird denen Holz-Hauern der bisherige Mißbrauch ernstlich hiermit untersaget, fürs künfftig weder Mittags- noch Abends-Zeit, wann sie von der Arbeit gehen, einiges Scheid-Holz mehr unbefugter Dingen mit nacher Haß zu nehmen, massen dieselbe ohnedem ihren Lohn haben, würde von ihnen aber gleichwohl darwider gehandelt, und sie darüber betreten, oder dessen erweislich überzeuget; So solle der ober die Uebertretere verdienstlich abgestraffet werden;

12. Sollen auch in denen Gehölzen und Waldungen die neue Weeg und Straßen hinfüro gänzlich bey Vermeidung unausbleiblicher Straff, so nach Befund des Verbrechens willführlich vorbehalten wird, insonderheit aber ausdrücklichen auch verbotten seyn, daß hinfünfftig die Unterthanen, soweniger aber frembde Fuhrleuth sich mehr gelüsten lassen sollen, bey Berg-Abfahren weder Kläffeln noch Wisch zu hauen, sondern sich Statt solcher deren Pemm-Ketten, oder Romschuh zu bedienen.

13. Weilen nun auch durch die Neugerenther der einmahlen besorgliche Holz-Mangel befürdet wird; so sollen ohne ausdrücklich Verwilligung deren keine mehr gemacht, die allschon

in den erzstiftischen Waldungen befindliche hingegen auff keine Weiß erweitert, sondern es lediglich bey dem angewiesenen, wie solches erlaubt, und versteinet worden, gelassen, und die entgegen handelnde mit der Einziehung des Reugereuth sträfflich angesehen werden.

14. Die Affer-Schläg, und Wind-Fäll betreffend, solle dieses Holz auff das fleißigste jedesmahlen von den Forst-Bedienten Claßter- oder Steckenweiß für gnädigste Herrschafft auffmachen zu lassen besorget, an den Reistbiethenden verkaufft, und das daraus erlöste Geld so treulich, als gebührend verrechnet, widrigenfalls aber der Untreu hierunter handelnde Forst-Bediente nicht nur alsbalden seines Dienstes entsetzet, sondern auch noch mit anderer dem Verbrechen gemäßer Straff belegt werden. Und Nachdemahlen

15. Bei Churfürstlichen Hauß-Benderen dahier sowohl, als auch verschiedenen Aemtern auff dem Land, wo Weinwachs ist, jährlich ein große Quantität Reiff- und Daub-Holz aufgehet, und vonnöthen ist, so sollen die Reiff-Stangen an Drthen und End, wo deren in den Gehölzen vorhanden, darzu auffbehalten, dergleichen auch zu Daub- und Wagner-Holz, als welchen letzterens ebenfalls bey der Hoff-Wagneren nicht wenig erfordert wird, taugliche Alsch, Eichen, Buchen und Birken-Bäum zu solcher Nothdurfft möglichst geschonet, und dergleichen Holz anderwärts hin nicht verkauffet werden.

Welche nun aber dieser wohlgemeinten kurzgegriffenen sowohl, als denen beybehaltenen vorigen Verordnungen so viel, als solche in jener nicht geändert, (die in alle Weeg jedoch befundenen Dingen nach zu mehrn und zu mindern, oder nach Belieben auch Güttdünden gänzlich zu verändern ausdrücklich hiermit vorbehalten wird, in allen seinen vorgesezten Puncten schuldigster Gebühr nicht nachleben wurden, sothane Frevelere sollen bey denen, von den Beamten in Beyseyn der Forst-Bedienten alle Vierteljahr richtig zu haltenden Wald-Rug-Tägen) mit benahme und Einschickung jedesmahlen 14. Tag vor dem Quartal einer genauen Specification deren Freveleren, und des Articuls oder Puncts, worwider gefrevelet worden, an das Churfürstliche Ober-Forst-Ambt, auff frischer That sogleich

folgender Gestalten geruget, die Rugen gehörig eingebracht, und verrechnet werden, sodann von solchen Rugen denen Forst-Bedienten ein Drittel, außer in dem Speffard, und an der Bergstraß, als wo es noch ferner bey der bisherigen Observanz gelassen wird, zu guten kommen, da hingegen alles Anzeig oder Pfand-Geldt gänzlich auffgehoben seyn solle, als

Ad 1. Welcher von denen Holzhauern mit Betrug handelt, die Claffter nicht nach der Gebühr und gewöhnlichen Maasß machet, sondern nach Vortheil leget, derselbe soll auff jedes-mahliges Betretten, Straff erlegen 30. Kreuzer.

Ad 2. Wer sich unterstehen würde, vor der Ausziehung der Standreiser Holz zu hauen, oder ein dergleichen ausgezeichnetes Standreiß selbst, alte Eichen, oder einen wilden Obstbaum eigenmächtig zu fällen, oder fällen zu lassen, der solle jedes Stüd mit 3. Gulden Straff büßen, wäre aber der gefällte Eichbaum 30. bis 40. Schuh hoch, und nicht abgängig noch faul, sondern durchaus gesund, dafür solle zur Straff erlegt werden 5. Gulden.

Ad 3. Diejenige, so Holz angenommen und schlagen lassen, sollen dasselbe vor Georgt ab und zu sich, oder an einen andern Ort außer den Wald (wo sie nicht absanderliche schriftliche Erlaubnuß darüber erhalten, und vorzeigen könnten) unter Straff der Verfallenheit des Holzes an gnädigste Herrschaft hinweg bringen lassen.

Ad 4. Solle derjenige, welcher von ausländischen Unterthanen, Hirten oder Schäffern heimlich oder öffentlich in dem Wald, wo er nicht berechtiget ist, ohne Erlaubnuß oder aber auch die Erz-Stiftische Unterthanen, wann sie die ihnen gesetzte Ziel und Schranken überschreiten, und in denen jungen Schlägen hüten würden, nebst Ersezung des Schadens je vom Stüd Pferd oder Rind-Viehe 45. Kreuzer, von Schaffen hingegen 15. Kreuzer zur Straff geben, wann aber ein benachbarter Hirt oder Schäffer über die Gränzen, oder dem ihm disseits verstatetten Weyd-District hütet, solle er gepfändet, und das Pfand demselben nicht wieder gegeben werden, bis obige ange setzte Straff erlegt, und den taxirten Schaden ersetzt, auch sich erkläret haben wird, daß er nicht wieder kommen woll.

Ad 5. Diejenige, so sich hierwider zu handlen, und in denen Erb-Stiftischen sowohl, als gemeinen Waldungen zu grasen, Laub zu rächen, oder zu streiffen unterfangen werden, sollen jedesmahlen angesehen werden mit einer Straff von 5. Gulden.

Ad 6. Sollen Der- oder Diejenige, welche ausser denen erlaubten Holz-Tägen sich unterstehen an uhr- oder liegenden Holz zu beholzigem mit 30. Kreuzer. Daseru er aber verbottener Zeit sich mit der Art, Beyl, oder dergleichen im Wald betreten lasset, oder auch ausser bemeldten Tāgen ständiges Holz abbauet, nebst dem Werth des Holzes ins besondere noch gestraffet werden umb 1. Gulden.

Ad 7. Solle es bei diesem Punct mit ohnerlaubten Eichel-Aufflesen, oder so gestalteten heimlichen Veyschlag ohnbennet, und ohngebrennter Schweinen, auch der Nachmass, und Ueberfahung des für das Wildpret zugehörenden Districts mit der Bestraffung gegen die Uebertretere, gleich in 4. Articul gehalten, sofort von einem jeden Stuck Schwein, die erstbesagter Massen in dem Wald befunden würden, der Eigenthümer in 15. Kreuzer Straff verfallen seyn, wer aber gegen das Verbott Eicheln aufflesen würde, mit 1. Gulden zur Straff gezogen werden.

Ad 8. Soll derjenige, welcher wider diesen Articul freventlich mithin an gesunden oder fruchtbringenden Bäumen sich vergreifen wird, nebst dem Werth zur Herrschaftlichen Straff erlegen, wie allbereits in dem 2. Articul erwehnet worden ist 3. Gulden.

Ad 9. Wird denenjenigen Orthen und Gemeinheiten, welche ohnverpflichtete Privat-Hirten halten würden, nebst dem, daß sie, wie allschon in diesem Articul selbst gemeldet worden, für den etwa durch dieselbe verursachenden Schaden mitzustehen hätten, sonderheitlich noch hiermit eine Straff angesetzt von 4. Gulden.

Ad 10. Solle derjenige, welcher ob er zwar Gerechtigkeit oder Vergünstigung der Beholzung in Wäldern hat, sich aber gegen diesen Articul eigenen Gefallens selbst anzuweisen gelüsten lasset, nebst Ersehung des Schadens strafffällig seyn in 5 Gulden.



Ad 11. Ist derjenige Holzbauer, der diesem Articul zuwider handelt, jedesmahlen zu bestrafen mit 20. Kreuzer.

Ad 12. Wofern ein Fuhrmann ausser denen ordentlichen Strassen auff neugemachten Weegen, oder Klöffel und Wisch abhauend betreten wird, der solle gepfändet werden, und zur Straff erlegen 1. Gulden.

---

5) E. M. Verordnung, die Bewirthschaftung der Herrschaftlichen und Gemeinde-Waldungen und die Wildheege betreffend.

Vom 6. Januar 1742.

Ist vorhin zur Gnüge bekant, was in denen in älteren und jüngeren Zeiten emanirten Churfürstlichen Jagd- und Forst-Ordnungen wegen Adhibirung deren Herrschaftlichen Jägeren und Forstern zu denen Holz-Anweisungen, desgleichen wegen Zubehörung des 5ten Theils deren gemeinen Waldungen für die Churfürstlichen Wildfuhr enthalten, und was für wiederholte nachdrückliche Befehl noch in dem verwichenen 1740ten Jahr zu höchstnöthiger Wiederauffbelfung deren theils durch Wild-Diebereyen, theils durch den letztern Krieg, harten Winter, und sonstige Zufälle in Abgang gerathener Erz-Stiftl. Jagden erlassen worden. Nun hätte man sich gänzlich versehen, es würde bishero auff den Inhalt sothaner Jagd- und Forst-Ordnungen stracks gehalten, und denen wieder eingeschlichenen höchstschädlichen Contraventionen und Excessen keinesweegs nachgesehen worden seyn. Gleichwie aber mit Befremdung vernommen wird, daß an denen wenigsten Orten und Gemeinheiten in denen Stadt- und gemeinen Waldungen den jenigen, was so ernstgemessen und mit besonderem Nachdruck hierunter zu verfügen für höchst-nöthig befunden, und worauf schwerer Verantwortung ohne Ausnahm auff das genaueste gehalten werden soll, der schuldigen Gebühr nachgelebet werde; Als ergeht der Befehl hiermit, daß in Conformität deren vorhin ergangenen Jagd- und Forst-Mandaten zu denen Holz-Anweisungen in Herrschaftlichen so wohl als Stadt- und gemeinen Waldungen



je und allezeit die verpflichtete Churfürstl. Jägere oder Förstere gezogen, andertens auch für die Wild-Fuhr der 5te Theil deren Waldungen, ohnerhebllichen Einwendens ohngeachtet, abgehendt, und dieserhalben an Ort und Enden, wo es noch nicht geschehen, ohnverzüglich das erforderliche veranstaltet; Sodann drittens die Ausheb-Betret- oder sonstige frevelmüthige Verderbung deren Fasanen und Feldhüner-Eyer unter empfindlichen Schanzen auch gestalten Dingen nach der Lands-Verweisungs-Estraff ernstlich verbotten; Nichtweniger 4tens die Wachholdersträuch in denen Districten, welche des Ends von Herrn Ober-Jägermeister angezeigt werden, ohnabgehauen gelassen, und überhaupt allen und jeden denen vorherigen Jagd- und Forst-Verordnungen einverleibten und besonders auch demjenigen Punct, worinnen enthalten, daß von sambtlichen Gemeinden bey Betrettung deren Wild-Schützen der Jägererey auff jedesmahliges Verlangen geschwinde Hülfe und Assistance zu leisten seye, allerdings nachgelebt, um deswillen dann zu besserer dessen Befolgung alle viertel Jahr sothane Verordnungen bey versammelten Gemeinden abgelesen, und dergleichen Verordnungen hierauff angewiesen werden sollen.

## 6) C. M. Verordnung, die Wild-Dieberei betreffend.

Vom 9. December 1749.

Nachdem mißfällig zu vernehmen vorkommen, daß verschiedener in dem Erb-Stifte der Wildpräts-Dieberey halber ergangenen geschärfften Verordnungen ohnerachtet, sich dennoch die Anzahl deren Wildpräts-Dieben nicht allein nicht mindere, sondern sogar von Tag zu Tag mehrers anwachse, dahero dann solchen allzusehr einreißenden, auch zu gänßlicher Verderb- und Vernichtung der Churfürstl. Wildfuhren gereichenden Excessen mit zulänglicher Bestrafung zu steuern, und die unterm 5. Octobris 1714 und 29. Julii 1717 ergangene Verordnungen noch mehrerns zu schärffen und zu extendiren die ohnumgängliche Nothdurfft erforderet; Als werden sambtliche Unterthanen und

sonsten männiglich hiermit verwarnet, sich fübrobien der so oft  
verbottenen Wildprätß-Dieberey in den Waldungen und Wild-  
fuhren allerdings zu müßigen und zu enthalten, oder aber ge-  
wärtig zu seyn, daß diejenige, welche sich künfftighin solcher  
Wildprätß-Dieberey auf einige weiß theilbafftig zu machen oder  
auch denen Wildprätß-Dieben einigen Unterschleiff zu geben sich  
ersuchen, auf Betretten nicht allein der Freyerler sogleich ge-  
fänglich eingezogen, auch hernach zum Merckzeichen ihres be-  
gangenen Excesses mit aufgesetzten Hirschgewichtern an Pranger  
gestellet, und nach abgeschwohrner Urpfehde des Hohen Erz-  
Stifts Maynz auf Ewig verwiesen, sondern sofort dessen und  
seines Weibs Vermögen, als ohne deren Wissen solthane Laster  
sich nicht wohl verüben lassen, plus offerenti verkauft, der  
gethane Schaden davon ersetzt, jedoch des Weibes apportata  
dißfalls nicht verhafft noch angewendet, auch das übrige ihnen  
eingehändiget, mithin des Delinquenten Frau und Kindere dem-  
selben zu folgen, und das gedachte Erz-Stift zu raumen an-  
geordnet werden, mit dem weitheren Zusatz, daß die Gemeind-  
ten der von ihnen auf solche Wild-Dieberey fleißig Ach-  
tung, jedesmahlen dergleichen Dieb der Obrigkeit anzeigen,  
wozu ihre der Denuncianten Nahmen verschwiegen blei-  
ben, wo aber sie es nicht thun würden, daß die gesambte  
Gemein für daselbst angesehen, und für einen Hirsch, Schmahltbier,  
oder schwarz Wildprät 50 Rthl., vor ein Wild-Kalb, Frisch-  
ling, Rebe, Auerhahnen, Faisan, Haasen, Feld- und Haasel-  
hühner 25 Rthl. ohnfehlbar zu erlegen angehalten werden sollen,  
und damit sich dießfalls niemand mit Vorschüßung einiger Un-  
wissenheit entschuldigen könne, so wird den Ober- auch Beamb-  
ten und Kellern hiermit ernstlich anbefohlen, selbstn darauf zu  
sehen, daß sich niemand darinnen verlauffe, sodann diese Ver-  
ordnung in denen Ihnen anvertrauten Ober- und Aembtern  
und Kellereyen öffentlich publiciren, auch zumahlen wegen deren  
Frembden gewöhnlicher und dienlicher Orthen affigiren, und also  
Männiglichen zu dem Ende bekannt machen zu lassen, umb sich  
für Schaden und vorberührter schwehrer Bestrafung zu hüten  
wissen.

---

7. E. M. Verordnung, die Verwaltung und Bewirthschaftung der Herrschaftlichen Waldungen betreffend.

Vom 5. Januar 1774.

Nachdem bei der, den Flor und Aufnahme der erzstiftischen Waldungen, bezielenden neuen Einrichtung von der Kurfürstlichen Hofkammer den kurfürstl. Ober-Forstmeistern und Beamten, nach abgeschätzt und eingetheilten Waldungen, die Eintheilungs-Tabellen zu ihrer Bemess- und Nachachtung zugefertigt worden; sofort der Nothdurst zu sein ermessen, unter ernsthafter Verweisung auf die erlassenen Waldordnungen, und auf die in Rücksicht des Waldwesens ergangene Special-Verordnungen annoch eine weitere, und die gute Handhabung der Waldungen, so wie das Aufkommen des Gehölzes bezweckende Vorschrift verfassen, und in Druck bringen zu lassen, damit dieser, die Aufnahme der Waldungen zum Gegenstand habenden, Verordnungen von den Ober-Forstmeistern und Beamten genauestens nachgelebet, und solche den Forstbedienten und Untertanen zur strengsten Beobachtung bekannt gemacht werden könne;

Als wird geordnet und festgesetzt: daß

1. Von den Ober-Forstmeistern und Beamten das genaueste Augenmerk dahin gerichtet werden solle, daß in den angewiesenen Schlägen die nötig und zum Fruchttragen taugliche Heegreißer, oder Samenbäume, zu Bemessung der Holzhauer, ausgezeichnet, und zwar zur besseren Kenntniß unten an der Wurzel gerissen, nicht zu dick, und nicht zu licht stehen belassen, sondern hierbei auf die Lage des Schlages, ob solcher an einem Berge, oder auf der Fläche erlieget, und ob solcher an der Sommer- oder Winterseite sich befindet, bestens gesehen werden, da in ersterem Falle, wenigstens alle 18 bis 20 Schritte ein Samenbaum erforderlich, in zweiterem Falle aber, alle 22 bis 24 Schritte hinlänglich sind.

2. Solle nach jedesmaliger Anweisung diesen obliegen, das Nußholz auszusuchen, fort die annoch zu benutzende Stücke, und Klöpper aufmachen zu lassen, hievon die herrschaftliche Noth-

durst und Consumtion fordersamst zu bestreiten, und demnächst das übrigbleibende als Waarholz zu verkaufen, folglich darüber einen Accord abzuschließen, und selbigen der Hofkammer ad ratificandum einzusenden.

3. Hätten dieselbe in jedem ausgehauenen Schlag dasjenige nußbare Eichenholz, so den, in 80 Jahr wieder vorgehenden Fieb, nicht mehr ohne Beschädigung des hinkünftigen jungen Anflugs oder Stangenholzes auszuhalten, oder wegen seiner Vielheit, und allzudicken Stande den Anflug zu verdämpfen scheint, mit Zuziehung der Jägerei gleich aus zu suchen, zu marquiren, und die Anzahl der Stämmen nebst einem Gutachten, wie solche nach Abzug eigener Nothdurst am Besten zu benützen an die Hofkammer zu weiterer Verfügung einzusenden, jedoch hiebei die masttragende Bäume, soviel möglich, zu verschonen, und sollten die Buchwaldungen vermischter mit Eichenstämmen bestellet sein, so wären die Samenbäume meistens, und so viel thunlich von solchen Eichstämmen stehen zu belassen, und wenn dieses Eichenholz in einem Schlage allenfalls zur Verdämpfung des hinkünftigen Anflugs zu dicht erstehe, die abständigen Stämme alsdenn hiervon heraus zu nehmen, und noch in Zeiten zu benützen.

4. Wäre sogleich nach völlig ausgehauenen, und gesäuberten Schlägen auf die Wiederaufbringung eines ordentlichen Anflugs ein Hauptaugenmerk zu richten, die genaueste Plege anzulegen, alles Eintreiben des Viehes, grasen, mehen, und überhaupt, was einem Schlage nur schädlich fallen könne, schärfstens zu untersagen, die Frevler gemessenst zu bestrafen, und wenn dergleichen nachtheilige Fürgänge überhand nehmen sollten, dießfalls die Berichte abzustatten damit gegen die Frevler mit solchen Strafen verfahren werden könne, womit allen Ausschweifungen vorgebogen werde; Sollte nun gegen Verhoffen in dem zweiten, höchstens dritten, Jahre sich noch kein Nachwuchs hervor thun, so wäre

5. Sogleich die Veranstaltung zu treffen, daß die öden und lichten Plätze gezackert, oder umgehackt, mit dem schädlichsten Samen beworfen, oder letztere, wo solche wegen allenfallsig unentbehrlicher Viehetrifft nicht in eine Plege gelegt werden kön-

nen, mit jungen Stämmlein besetzt, folglich diesen mit allnötigen Mittlen schleunigst zu Hülfe geeilet werde, damit nun auch

6. Zu Hauung der Schlägen nach den Nummern kein Irrthum entspringen möge, und stets die Absönderung eines jeden Schlags von dem andern klar vor Augen liege, so hätten Ober- auch Forstmeistere und Beamten bestens darauf zu sehen, und den Revier-Jägeren aufzugeben, alle Jahr zu Anfang des Maimonats die, bei der Eintheilung ausgehauenen Linien, durch Handfröhnere erneuern, das Gebüsch wieder höchstens 4 Schuhe breit heraus zu hauen, die Linienbäume frisch zu blatten, und überhaupt solche Bäume vollkommen kanntbar zu erhalten, mit dieser Linienerneuerung aber sich so zu richten, daß die Arbeit bis den 15. Mai, wo die Seßzeit anfauset, vollständig geendiget seie. Imgleichen wären

7. Die gesetzte Plöcke und Schlägweiser mehrmalen zu visitiren, ob deren keine ausgegangen, versetzt, oder gar durch Frevlere, wie schon verschiedentlich geschehen, die Arme und Nummern abgeschlagen, und ausgehauen worden, als worauf denn auch die Revier-Jäger fleißigsten Achtung zu haben, die betretende Frevlere sogleich anzuhalten, und diesfalls, damit das Werk in seiner Ordnung erhalten werde, gehörig die unverweilte Anzeige zu thun, damit nicht durch den Angriff eines unredlichen Nummern die größte Verwirrung unterlaufen, und eine ganze Eintheilung zernichtet werden möge.

8. Sollen alle Holzanweisungen nach den, diesertthalben von der Hofkammer wegen jedesmal ergangenen Weisungen an die Ober- und Forstmeistere auch Beamten und der Jägerei den 1. October unausgesetzt vorgenommen, alle Stämme zu vorderist zum Vortheil der Wildbrettisfütterung gleich gefällt und abgetrieben, hiernächst aber das Holz aufgehauen, und längstens bis den 15. Mai fürgefahen werden, allwo die Seßzeit ihren Anfang nimmt; sollte sich aber

9. Ergeben, daß wegen tiefem und lang andauendem Schnee und allzufalter Witterung der Holztrieb gegen Verschulden der Lieferanten oder Holzhauer, mithin nach all angewendeter Bemühung bis den 15. Mai nicht vollständig beendi-

get werden könnte, die Bäume aber vorher gefällt worden, so sollen die etwa übergebliebene nach der Seßzeit aufgemacht werden; sobald nun der Hieb vollendet, so solle sogleich

10. Durch vorerwähnte Ober- und Forstmeistere, Beamten und Revier-Jäger alle Gehölz, und wo Liferanten angestellt sind, in Beisein derselben abgezählet, hierüber ein genaues Verzeichniß errichtet, von Ihnen sämmtlich zur Sicherheit der Lieferung als eine nöthige Controlle unterschrieben, und an die Hofkammer eingesendet werden; damit nun auch der Transport in seiner gehörigen Zeit geschehen könne, so solle

11. Sich damit so gerichtet werden, daß das Holz vor der Seßzeit, welche wie allschon vorhergedacht den 15. Mai anfanget, und sich mit dem letzten Juni endiget, aus den Waldungen gebracht werde, gestalten während der Seßzeit ein für allemal die Waldungen in guter Ruhe verbleiben sollen; Sollte aber auch aller angewendeten Sorge ungeachtet das Holz nicht vollständig aus den Waldungen zu bringen gewesen seyn, so wäre dasselbe nach geendigter Seßzeit alsdenn aus den Waldungen zu verschaffen; eben so solle

12. Den Forstmeistern und Liferanten gestattet sein, mit Eintritt des Monats Juli mit der nöthigen Verkohlung des Bengelholzes den Anfang zu machen, fort hiermit bis zur gänzlichen Vollendung fürzufahren, damit dergleichen Holz nicht über das Jahr in den Waldungen ersizen bleibe, und zur Halbscheid verfaulen, oder wenigstens die Helfste seiner Güte verlieren möge.

13. Um nun desto gesicherter zu seyn, daß sämtliche vorgeschriebene Maßregeln, so wie alle zur Aufnahme der Waldungen gereichende Ordnungen bestens beobachtet und befolget werden, so bleibt unumgänglich festgesetzt, daß alle Waldungen das Jahr hindurch ein- oder zweimal, von den hierzu eigends verordneten Wald-Visitatoren, beaugenscheiniget, die eingeschlichene Unordnungen sogleich verbessert, die obwaltende und nicht auf der Stelle abzuändernde Fehler und Gebrechen aufgezeichnet, sofort hierüber pflichtmäßige Beschreibungen der kurfürstl. Hofkammer vorgelegt werden sollen.

## 8) Instruction für die Churfürstlich-Mainzischen Revier-Jäger.

Vom 1. Januar 1775.

1. Solle der Revier-Jäger Ihro Kurfürstl. Gnaden, und Dero hohen Erzstift Mainz getreu, hold, gehorsam und gewärtig seyn, Schaden warnen, und allen Nutzen bestens zu befördern suchen.

2. Den Ihme anvertrauten Jägers- und Forstdienst nach möglichstem Fleiß versehen, und auf des hohen Erzstifts Holz-, Jagd- und Fischerei-Gerechtigkeiten ein genaues Augenmerk setzen, damit daran nichts entzogen, und solche nicht beeinträchtigt werden.

3. Solle Er sich äusserst angelegen seyn lassen, damit die Gränzen in guter Ordnung und Richtigkeit erhalten werden; weshalben er öfters die Löch- und Mahlbäume, so wie Gränz-Steine fleißig zu besichtigen habe, bey eintretender Unrichtigkeit aber an den Ihme vorgesetzten Obrist-Jägermeister, Ober-Forstmeister, Forstmeister und Beamten zeitlich die Anzeig machen, damit von diesen die nötige weitere Besorgung getroffen werde.

4) Solle Er den Ihme untergebenen Forst täglich be-gehen, auf die Holzfrevele und das schädliche Vieheweiden fleißige Achtung halten, alle betrettende Holzfreveler ohne einige Rücksicht pfänden, in sein zu führendes Rug-Register pflichtmässig einschreiben, und bei vorgehender Rug getreulich anbringen, die besonders beträchtliche und ausserordentliche Frevele aber, wodurch ganze Gegenden beschädiget werden, sogleich gehörigen Orts einberichten, damit hierinnen gebührende Einhalt gemacht werden könne.

5. Solle Er bey denen Holzfällungen genaue Aufsicht halten, daß die Schläge nach der Anweisung, und der nach denen Eintheilungs-Tabellen gemachten Vorschrift gehauen werden, und hätte Er sich an die Verordnung vom 5. Jan. 1774 genauestens zu halten.

6. Solle Er Niemanden, auch wo die Untertthanen das Beholzigungs-Recht hergebracht haben, nicht gestatten, daß eini-geß stehende Holz ohne die von denen Ober-Forstmeister und

Beamten vorhergegangene ordnungsmäßige Anweisung gefällt oder verbraucht werde; wie Er dann auch jederzeit sein eigenes Eisen mit anzuschlagen hat.

7. Hätte Er bey sich ergebenden Windfällen dem Ober-Forstmeister und Beamten die Anzeige zu machen, und von diesen zu dessen Aufbau und Benutzung die Weisung abzuwarten, auf keine Weise aber dergleichen für sich eigenmächtig zu begeben, oder hieran für sich einige Nutzbarkeit zu suchen, noch weniger hiermit selbstn Handel zu treiben, oder an einigem Holz-Contract Antheil zu nehmen; woben Ihme zur Nachricht gegeben werde, daß denen Beamten ein gleiches untersagt seye.

8. Bey denen angeordneten Holzbieben solle Er sich fleißig und öfters einfinden und denen Holzhauern täglich getreulich nachsehen, damit das Holz in seiner ordentlichen Länge und vorgeschriebenem Maasß verfertiget, und der Schlag nach denen Forstregeln gehauen werde; zu welchem Ende die Saamen-Bäume oder Heegreiser fleißig, und zwar unten an den Wurzeln auszuzeichnen wären, und gleichwie bey Fällung des zu Brandholz angewiesenen Eichenholzes sich mehrmahlen verschiedene zu Waar- und Nutzholz taugliche Klöße ergeben; so hätte

9. Derselbe bey dem Bieb fleißige Obsorg zu tragen und die Holzhauer anzuhalten, damit solche liegen belassen und nicht zu Scheidholz aufgemacht werden, demnächst aber dem Ober-Forstmeister oder Beamten über die vorfindlichen Nutzholzer den Bericht zu erstatten und die Weisung zu erwarten.

10. Solle Er über alles das Jahr hindurch in dem Forst angewiesene, verkauft oder sonstig abgegebene Gehölz eine ordentliche genaue Rechnung führen, und diese zu Ende des Jahrs bey dem Forstmeister oder Beamten gehörig ablegen; sofort sich einiges Accidenz von Uirbenglen, Wellen oder Reistgholze nicht zueignen.

11. Solle Er auf die jungen Schläge und Geheege ein besonderes wachsame Aug halten, damit diese in jener Zeit, worauf man bey der dermahlen gemachten neueren Eintheilung den Verlaß gesetzt, wieder aufgebracht und mit Holz bestellet werden; zu dessen Erwürkung dann nicht nur alle hierinnen mit Viebehüten, Gassen und dergleichen betroffene Frevlere for-



gleich an vorbenannte Orte und zur ohngesäumten Bestrafung anzuzeigen wären, sondern derselbe auch sich möglichst anzuzeigen seyn lassen solle, die Ihme aufgetragen werdende Besorgung nach der Vorschrift bestens zu besorgen.

12. Sollte Er sich bestens befleißigen, die neuerlich eingetheilten Schläge und Nummern von einander unterscheiden zu können, und von der Lage sich eine besondere genaue Kundschaft zu erwerben, auch wenn einer hiervon zum Stieb kommt, bestens aufsehen, damit solcher nicht über die ausgehauenen Linien, wodurch ansonsten große Unordnungen entstehen könnten, geführt werde; weshalb Er diese Linien alljährlich zur Frühjahrszeit, nach vorher desfalls bei dem Ober-Forstmeister, Laubmeister und Beamten gemachten Anzeig, frisch ausraumen zu lassen und in kanntbahrem Stande zu erhalten hätte.

13. Wenn einige Eckerig in denen kurfürstl. Waldungen sich ereignet, hat Er, sobald genugsame Erkenntnuß davon genommen werden kann, für sich sowohl, als demnächst mit dem Beamten solches durchgehends in allen Gegenden in genauen Augenschein zu nehmen und nach Pflichten an Handen zu geben, wieviele Schweine darinnen eingeschlagen werden können, welche denenjenigen, so allenfalls zum Einschlag ein hergebrachtes Recht haben, gebühren, und wie viele darüber zu Ihro kurfürstl. Gnaden und Höchst Dero Hoffkammer Nutzen annoch bezuschlagen; sobald der Einschlag erkennet und bewilliget, bey Auszeichnung der Steigen und Stellen sich finden zu lassen, die Heerden öffentlich und heimlich zu verschiedenenmahlen abzählen, keine Freyschweine, als welche bewilliget werden, weder für sich noch andere gestatten; auf das Nachackerig, damit solches nicht ohnentgeltlich abgegeben, sondern alleinig für gedachte Herrschaft benuget werde, sehen, und wie oben bemeldt damit halten.

14. Ueber das Podaschen-Sieden, wann dergleichen angeordnet wird, hat Er genaue Aufsicht und Sorg zu tragen, daß von solchen Leuten kein Schaden im Walde durch das Feuer oder sonstige Weise entstehe, keine andere Gegend, als welche hierzu angewiesen worden, angegriffen, und alles liegende faule Gehölz, Reisig und anderes bestens benuget werde.

15. Sollte Er auf alle Jagd- und Fischreuele sowohl Tags, als wenn es die Noth erfordert, auch Nachts Obforgen tragen und genaue Aufsicht nehmen, daß weder mit Schiesen, Garmfchlingen oder Bogenstellen, imgleichen mit Fischen, Krebsen, mit Hämen, Reifen, Anglen, Eichten und Ruglen werfen, oder was sonst verboten, ein unbefugter Eingriff oder Ausschweifung vorgehen möge, die Verbrecher aber sogleich anzuhalten und solche zur ordnungsmäßigen Bestrafung dem Ihme vorgesetzten Obrist-Jägermeister, und wegen dem Fischen zugleich dem Beamten anzeigen und ohnverzüglich einliefern, darunter aber nicht das geringste aus Absichten verschweigen, noch in Geheim für sich abthätigen.

16. Bey erstehenden ganzen Wilddiebs-Banden, wider welche Er alleinig nichts vornehmen könne, hätte Er hievon sogleich seinem vorgesetzten Obrist-Jägermeister zur weiteren nötigen Anordnung, oder bey vorstehender Gefahr ebenfalls dem kurfürstl. Beamten die Anzeig zu machen, damit dieser Ihme hinlängliche Mannschaft bengebe, dergleichen schädliches Volk einzufangen und aus differtigen Forsten zu vertilgen.

17. Hätte Er in derjenigen Zeit, wo das Wildpret setzet, folglich die meiste Ruhe und Heege nötig hat, fleißig auf der Huth zu seyn, damit die Waldungen so wenig, als immer möglich, beunruhiget, und die Wildfuhr nicht beschädiget oder das Wild denen Nachbarn zugesprenget werde; jedoch wären keine hohe Waldungen und verwachsene Bezirke ohne besondere Nothwendigkeit, da dermahen ohnehin Heege und Schläge genug zur Ruhe des Wildprets angeordnet, für den Wildstand fernerweit zuzubedenken, und andurch denen Berechtigten die Vieheweide zu entziehen oder allzu eng zu beschränken.

18. Hätte Er sich auf keine Weise zu unterfangen, für sich eigenmächtig, und ohne hiezu erhaltene obrigkeitliche Erlaubnuß und Befehl, einiges Wildpret, es bestehe, worinnen es wolle, zu schiesen oder zu fangen, nach der erhaltenen Weisung, aber alles geschossene Wildpret an die angewiesene Stellen ohnbeschädiget einzuliefern, hievon aber ausser dem Jäger-Recht, wo es Ihme gebühret, und im Kopf, Hals und bis an die

dritte Rippe zu verstehen ist, nicht das mindeste für sich zu behalten, noch weniger solches zu verkaufen; weshalb Er

19. Ueber das geschossene oder gefangene Wildpret von Jahre zu Jahr ein ordentliches Register mit Benennung des Tags und Monats zu führen; sofort am Ende des Jahres, nebst Einsendung seines Schußzettels, hieraus seinem vorgesetzten Obrist-Jägermeister vorzulegen hätte, wohin das geschossene Wildpret abgeliefert worden.

20. Sollte derselbe dasjenige Wildpret, so Er nicht an die gehörige Stelle bringen könne, wenn er von dem Ober-Jägermeister zum Verkauf Befehl erhalten hätte, nach Pflichten in dem Preise anzubringen suchen, und hierüber genaue Rechnung pflegen. Schließlich

21. Wird Ihme aufgegeben, sich eines ehrbaren Handels und Wandels immer zu befleissen, und all dasjenige zu thun und zu lassen, was einem getreuen und fleißigen Jäger und Diener zusteht.

---

9. Bezügliche Bestimmungen der Gesetze und Beschlüsse des französischen Vollziehungs-Directoriums, die Bewirthschaftung und Verwaltung der Wälder auf der linken Rheinseite betreffend.

### Allgemeine Maasregeln zur Erhaltung der Wälder.

#### Allgemeine Aufsicht.

Die Forste, Wälder und Bäume sind unter den Schutz der Nation, des Gesetzes, der Gerichtshöfe, Verwaltungs-Versammlungen, Municipalitäten, Gemeinden und National-Garden gesetzt, welche ausdrücklich als Bewahrer gedachter Gegenstände erklärt sind, ohne den Mitteln, Gerechtsamen und Berechtigungen der Gemeinheiten und Privatpersonen, so wie den Verfügungen der Forst- und Wasser-Ordonnangen, zu nahe zu treten. (Art. 1. des Gesetzes vom 11ten Dezember. 1789.)

Es ist den öffentlichen Beamten anbefohlen, die Grenz zu verfolgen; demnach sind die Wasser- und Forstgerichte und

alle übrigen Richter bevollmächtigt, sich, zur Vollziehung ihrer Anordnungen, Urtheile und Urreste, von den Munizipalitäten, Nationalgarden und andern Truppen Beistand leisten zu lassen, um die Frevler in gedachten Forsten und Wäldern zu arrestiren, zu entwaffnen und zu vertreiben; bei Strafe, im Falle gedachte Munizipalitäten der Aufforderung keine Gemüge leisten, in ihrem eigenen und persönlichen Namen dafür verantwortlich zu seyn. (2ter Art. daselbst.)

Alle besagten Richter und Munizipalitäten sind befugt, sowohl bei Tage als bei Nacht alle diejenigen, welche auf der That betreten werden, gefangen nehmen zu lassen. (6ter Art. daselbst.)

### Ordentliche und außerordentliche Holzhiebe.

Die General-Konservation (Forst-Verwaltung) ordnet jährlich die Holzschläge an, welche der Waldbenuzzung oder der bestehenden Ordnung gemäß, in den verschiedenen Departementen statt haben sollen. Die Quantität der in jedem Departemente vorzunehmenden Holzhiebe, nebst einer Uebersicht des mutmaßlichen Ertrags, soll dem Gesetzgebungs-Korps (der Regierung) vorgelegt werden. (Art. 7 des Tit. 7. des Gesetzes vom 29ten September 1791.)

Die Konservation untersucht und schlägt die Veränderungen vor, die sie für die Ordnung der Kuppen oder Waldbenuzzung nützlich erachtet; und ist gehalten, wenn das Gesetzgebungs-Korps (die Regierung) diese Veränderungen genehmigt hat, sich nach denselben zu bemessen. (Art. 8. daselbst.)

Die Artikel 1 des Titels XV, und 4 des Titels XXIV der Wasser- und Forst-Ordnung von 1669, und die Artikel 7, 8 und 9 des Titels VII des Gesetzes vom 29ten September 1791, über die Forst-Verwaltung, sollen nach Form und Inhalt vollzogen werden. (Art. 1 des Beschlusses des Vollziehungs-Direktoriums vom 8ten Thermidor 4ten Jahrs, worinn Formalitäten in Ansehung der außerordentlichen Holzhiebe vorgeschrieben werden.)

Es sollen demnach keine Hiebe vorbehaltener Wald-Quartel oder anderer Holzungen vorgenommen werden, wenn sie nicht

von der vollziehenden Gewalt gut geheissen worden sind, mit Ausnahme der ordentlichen Waldhiebe, die den Verbal-Prozessen der Waldbenuzzung gemäß geschehen. (Art. 2 daselbst.)

Die Verwaltungskörper dürfen deren keinen anordnen noch versteigern, als nur Kraft dieser Erlaubniß, unter Strafe der Nichtigkeit gedachter Versteigerungen, und aller Schaden und Interessen gegen jene, welche sie anordnen und versteigern würden, und selbst gegen die Steigerer. (Art. 3 daselbst.)

Wenn ein außerordentlicher Waldhieb von der vollziehenden Gewalt gestattet worden ist, so muß in den Anschlagzetteln und in dem Protokolle der Versteigerung dieser Gestattung ausdrücklich erwähnt werden. (Art. 4 daselbst.)

Die Forst-Agenten und die Beamten der Regie der Registrirung und der National-Domänen sind, unter ihrer Verantwortlichkeit, gehalten, sich jedem außerordentlichen Hiebe, der nicht mit diesen Formalitäten begleitet ist, zu widersetzen, und dem Finanz-Minister sogleich Nachricht davon zu ertheilen, welcher mit dem Vollzuge des gegenwärtigen Beschlusses, der im Tagebuch der Gesetze gedruckt werden soll, beauftragt ist. (Art. 5 daselbst.)

#### Vorschriften zur Bearbeitung der verpfändeten oder vertauschten National-Forste.

Die Apanagisten, Pfand-Inhaber, Schenknehmer, Concessionarien, und jeder Besitzer von Domän-Waldungen und Forsten, unter welchem Titel es immer sey, so wie auch alle diejenigen, welche solche eingetauscht haben, und deren Tausch nicht vollendet ist, sollen einstweilen mit jedem Hau von hochstämmigem Holze in gedachten Wäldern und Forsten einhalten, bei Strafe der Konfiskation des gehauenen Holzes, und einer Geldbuße von tausend Livr. für jeden Hau von weniger als einem Morgen, und von tausend Livres auf den Morgen für jeden stärkern Hau, unnachtheilig jedoch der völligen und gänzlichen Bewerkstelligung der außerordentlichen Holzschläge, die in den gesetzlichen Formen bis auf den Tag der Abfündigung des gegenwärtigen Gesetzes angeordnet und zugeschlagen worden sind. (1ter Art. des Gesetzes vom 18ten — 26ten März 1790.)

Es soll ebenfalls mit jeder Erlaubniß, Verkauf und Bearbeitung der außerordentlichen Holzschläge in den Wäldern, die von geistlichen Anstalten abhängen, eingehalten werden, un- nachtheilig jedoch der völligen und gänzlichen Bewerkstelligung der außerordentlichen Holzschläge, die in den gesetzlichen For- men bis auf den Tag der Abkündigung des gegenwärtigen Ge- setzes angeordnet und zugeschlagen worden sind; mit dem Be- dingte, daß die Steigerer den Steigerungs-Preis in die Kasse der Domänen-Verwaltung einschließen, worüber nicht anderst, als nach dem Gutachten der Distrikts-Versammlungen (Depar- tements-Verwaltungen) verfügt werden soll. (2ter Art. daselbst.)

Die Apanagisten, die Pfand-Inhaber, diejenigen, denen der Besitz von Domän-Wäldern und Forsten verliehen worden, unter welchem Titel es immer sei, und diejenigen, welche solche durch Vertauschungen besitzen, die aber noch nicht zu Stande gebracht sind, so wie alle Pfründner oder andere Besitzer oder Verwalter der Wälder und Forste der Geistlichkeit sollen, ge- mäß dem nachhaltigen Wald-Ertrage keine Paue des jungen Holzes in den Wäldern und Forsten vornehmen dürfen, und in Ermangelung der Verbal-Prozesse der Waldbenutzung sollen gedachte junge Hölzer nicht eher gehauen werden, als in dem Alter, wo dies gewöhnlich geschieht. (3ter Art. daselbst.)

Die in dem vorherigen Artikel bezeichneten Personen dür- fen die Bearbeitung der gedachten Schläge nicht eher vornehmen, als bis sie von den Forst-Gerichten, oder andern kompetenten Richtern, (von den General-Inspektoren der Departemente) die Erlaubniß dazu erhalten haben; und diese Erlaubniß soll nicht ertheilt werden, es sei denn, daß zuvor das Begehren dem Distrikte, wo die Güter liegen, oder dessen Direktorium (der Munizipalität oder den Munizipalitäten der Orte) mitgetheilt worden, unter Strafe der Konfiskation des gehauenen Holzes, und einer Geldbuße von fünf hundert Livres für jeden Schlag von weniger als einem Morgen, und von fünf hundert Livres auf den Morgen für jeden stärkern Schlag. (4ter Art. daselbst.)

Jede Bearbeitung des oben besagten Holzes, die gegen- wärtig angefangen, und den Verbal-Prozessen der Waldbenutzung nicht gemäß ist, oder in Ermangelung der Verbal-Prozesse der

Waldbenutzung unter dem gewöhnlichen Alter der vorübergegangenen Haue vorgenommen wird, soll unter den im vorhergehenden Artikel bestimmten Strafen, gleich nach Bekanntmachung des gegenwärtigen Gesetzes ausgesetzt, und das gegenwärtig wider die Verordnung gehauene Holz weggenommen, und auf Betreiben der Beamten der Forstgerichte oder anderer kompetenter Richter, (der Departements-Inspektoren), verkauft, und das erlöste Geld in die Kasse der Domänen-Verwaltung eingeschossen werden. (5ter Art. daselbst.)

Es dürfen keine Bäume, die auf den Domän- oder geistlichen Gütern zerstreut stehen, gehauen werden, wenn dieselbe nicht rückgängig und im Absterben sind, und zwar erst nach erhaltener Erlaubniß, wie dies im vierten Artikel vorgeschrieben ist, unter Strafe der Konfiskation der gehauenen Bäume, und einer Geldbuße, welche nicht geringer als der doppelte Werth der besagten Bäume sein darf. (6ter Art. daselbst.)

Die Apanagisten, die Pfand-Inhaber, diejenigen, denen der Besitz von Domän-Wäldern verliehen ist, welche solche durch Vertauschungen besitzen, die nicht zu Stande gebracht sind, alle diejenigen, welche Domän-Wälder, zufolge irgend eines Titels besitzen, die Verwalter der Waldungen und Forsten, die von geistlichen Stiftungen herrühren, sollen gedachte Wälder nicht ausrotten, weder auf irgend eine Art urbar machen, noch die Natur derselben ändern dürfen, unter Strafe von fünfzehn hundert Livres für jeden Morgen. (7ter Art. daselbst.)

Alle obigen Verfügungen sollen in den belgischen Provinzen (in den vier neuen Departementen) so wie in allen andern Theilen der Republik (auf das respective Betreiben der Forst-Verwaltungen) vollzogen werden. (Auszug aus dem 8ten Art. daselbst.)

Die Municipalitäten sind beauftragt, auf den Vollzug des gegenwärtigen Gesetzes zu machen, und die Gemeinde-Prokuratoren (die Kommissarien des Vollziehungs-Direktoriums bei den Verwaltungen) die Uebertretungen desselben bei den Gerichten anzuzeigen, welche darüber zu erkennen haben. (9ter Art. daselbst.)

### **Verbot, Frevelholz zu kaufen oder zu verkaufen:**

Es ist jedermann untersagt, Frevelholz betrügerischer Weise feil zu bieten, zu kaufen oder zu verkaufen, bei Strafe gegen die An- und Verkäufer, welche solchen Unterschleif treiben, nach der Strenge der Ordonnanz belangt zu werden; die Arretirung des besagten Frevelholzes soll von den Wald-Förstern, Streisreitern und Gerichtsboten, die dazu beordert werden, — geschehen, die Auffuchung desselben soll nur in Beiseyn eines Municipal-Beamten, der es nicht abschlagen darf, vorgenommen werden.“ (4ter Art. daselbst.)

### **Vorschriften für die Waldberechtigte.**

Die Erlaubniß und das Recht, Feuer zu machen und Waldbütten zu halten, ist aufgehoben; desgleichen sollen keine Bäume, Stangen, un Zweckmäßige noch stehende grüne und dürre Hölzer abgegeben werden, ohne daß es jedoch den Waldberechtigten, wessen Standes sie auch immer sind, erlaubt seye, solches zu nehmen oder hauen zu lassen, und es hinweg zu führen, es seye denn, daß es zu Boden liegt, ungeachtet aller gegenseitigen Ansprüche, Schlüsse und Privilegien, welche hiermit zernichtet und zurückgenommen werden; die Dagenhandelnden sollen zur Erlegung einer Geldstrafe und Kosten- und Schaden-Ersatz gehalten, und des Nutzungs-Rechtes verlustigt seyn. (33ter Art. des 27ten Titels der Ordonnanz vom August 1689.)

Die Waldberechtigte und andere Personen, welche des Nachts außer den Wegen und Landstrassen mit Sicheln, Aexten, Sägen oder Beilen versehen, angetroffen werden, sollen eingefesselt, und fürs erstemal zu einer Geldstrafe von 6 Livres, das zweitemal von 20 Livres verurtheilt, und das drittemal aus dem Walde verbannt werden. (34ter Art. daselbst.)

### **Wald-Scheidgräben.**

Alle Nachbarn, welche, an die Forste und Reviere angränzende Wälder besitzen, sind gehalten, dieselbe durch vier Fuß breite und fünf Fuß tiefe Gräben von den Staatswäldern



abzusondern, und sie also im Stand zu erhalten, bei Strafe der Vereinigung. (Art. 4 im Titel 27 der Ordonnanz von 1669.)

Die Beamten der Forst-Gerichte (Inspektoren) sollen in den Verbal-Prozessen, die sie bei ihren Amtstreisen aufsetzen, den Zustand, der zwischen dem Staate und den angränzenden Besitzern befindlichen Marktsteine und Gräben angeben, daß, was an denselben seit ihrer letzten Reise verändert oder vorgenommen worden, wieder herstellen; auch sollen sie in den Verbal-Prozessen der nächsten Umreise bemerken, ob alles wieder in den vorigen Stand gesetzt worden, und die Urtheile anführen, die sie gegen die Schuldigen gefällt haben (haben fällen lassen), unter Strafe in ihrem eignen Namen, und samt und sonders dafür verantwortlich zu seyn. (5ter Art. daselbst.)

Die Vollziehung der Artikel 4 und 5 des Titels 27 der Ordonnanz von 1669, ist den Forst-Agenten und Central-Verwaltungen anbefohlen. (1ter Art. des Beschlusses des Vollziehungs-Direktoriums vom 19ten Pluvios 6ten Jahrs.)

Die Forst-Agenten haben zu machen, daß die Eigenthümer von Waldungen, welche mit den National-Forsten zusammenstossen, die Scheidegräben nach den im obigen Artikel 4 vorgeschriebenen Dimensionen wieder herstellen, und daß an den Orten, wo keine sind, solche gegraben werden, nach den Richtungen hin, die sie, den alten Plänen und Gränzscheidungen gemäß, zu entwerfen haben. (2ter Art. daselbst.)

Die Schwierigkeiten, welche sich in dieser Rücksicht erheben, sollen vor die Central-Verwaltung gebracht werden, welche sie auf die schriftlichen Vorstellungen der Partien, nachdem sie zuvor den Forst-Agenten und Kommissarien des Vollziehungs-Direktoriums mitgetheilt worden, zu schlichten haben. (3ter Art. daselbst.)

### Vorsorg-Mittel gegen die Waldbrände.

Den Holz-Käufern, Wald-Berechtigten, und allen andern Personen ist verbotben, weder in den Waldungen des Staates, noch in jenen der Geistlichkeit oder Gemeinheiten Asche zu brennen; den Ruznießern und Beamten ist verboten, es zu dulden,

unter Strafe einer willkürlichen Geldbuße, der Konfiskation des verkauften Holzes, der Arbeit und Werkzeuge, und der Verurtheilung des Dienstes gegen die Beamten; es sei denn, daß man offene Briefe in Händen habe, die auf das Gutachten der Ober-Forst-Verwalter bestätigt sind, (daß man von Seiten der General-Inspektoren Erlaubniß dazu habe.) (Art. 19 im Tit. 27 der Ordonnanz vom August 1669.)

Verboten ist allen übrigen Personen, irgend wo anderst Asch-Werkstätte zu halten oder Asche verfertigen zu lassen, als nur in den zum Verkaufe bestimmten Distrikten, und dieselbe nur in solchen Fässern verführen zu lassen, die mit dem Hammer des Händlers bezeichnet sind, unter Strafe der Konfiskation, und einer willkürlichen Geldbuße. (Art. 21 daselbst.)

Verboten ist jedermann, bei körperlicher Strafe, die Bäume zum Absterben zu beschädigen oder anzubrennen, noch ihnen ihre Rinde zu nehmen. Die Kohlgruben sollen an den freiesten Orten, und die von den Bäumen und dem jungen Anwuchse am entferntesten liegen, angelegt werden, und die Holzhändler gehalten seyn, dieselben wieder anzupflanzen und aufzubewahren, im Falle es von dem Ober-Forst-Verwalter (von dem Inspektor des Departements) für gut befunden wird, und dieses zwar, ehe dieselben die Losprechung von ihrer kontraktmäßigen Verbindlichkeit erhalten können; bei Strafe einer willkürlichen Geldbuße. (22ter Art. daselbst.)

Auch verboten ist allen und jeden Personen, in irgend einer Jahreszeit in die Waldungen, Heiden, Wäldungen des Staats, so wie auch in jene der Gemeinheiten und Privatleute Feuer zu bringen, oder solches dort anzuzünden, bei körperlicher Strafe, und einer willkürlichen Geldbuße, nebst dem Ersatze des Schadens, der etwa durch das Feuer verursacht würde, und wofür die Gemeinheiten und diejenigen, welche die Förster ernannt haben, in so weit es die Civil-Folgen betrifft, verantwortlich sind. (32ter Art. daselbst.)

Das Vollziehungs-Direktorium auf den Bericht des Finanz-Ministers;

Erwägend, daß die National-Förste den Brand-Verwüstungen ausgesetzt, und diese fast immer die Folge der übelge-

sinnigen Waldsassen sind; daß den Wald-Gemeinden selbst daran gelegen sein muß, die unglücklichen Folgen davon zu hemmen; daß jedoch einige, die bei dem Walde von Orleans wohnen, ihre Hülfe daselbst verweigert haben; daß in dergleichen Fällen der Gebrauch war, den verweigernden Gemeinden alles Weiderecht im Walde zu versagen;

Beschließt wie folgt:

Wenn sich in dem Walde von Orleans ein Brand äußert, sollen alle benachbarten Gemeinden auf das erste Aufgebot der Wald-Förster gehalten seyn, ihnen dabei zu Hülfe zu kommen, um dem Feuer Einhalt zu thun. (1ter Art. des Beschlusses des Vollziehungs-Direktoriums vom 27ten Pluvios 6ten Jahrs.)

Diejenigen Gemeinden, welche sich dessen weigern, selbst die Privat-Personen, welche ohne gültigen Grund sich davon ausnehmen werden, sollen aufgezeichnet, und des Weid-Rechts im Walde verlustigt seyn. (Art. 2 daselbst.)

Die Verfügungen des Art. 32 im Titel 27 der Ordonnanz von 1669, welche verbieten, Feuer in die Wälder zu tragen, oder darinn anzuzünden, sollen fernerhin nach Form und Inhalt vollzogen werden. (3ter Art. daselbst.)

Die Forst-Agenten und Municipalitäten der Wald-Gemeinden haben den Auftrag, den Verbrechen dieser Art vorzubeugen, die Urheber derselben aufzusuchen, anzugeben, und nach der Schärfe der Gesezze zu verfolgen. (4ter Art. daselbst.)

#### Jagen in den Wäldern.

Daß Jagen in den National-Forsten ist allen und jeden Privat-Personen, ohne Unterschied verboten. (1ter Art. des Beschlusses vom 28ten Vendemiär 5ten Jahrs.)

Die Förster sind gehalten, gegen die Zuwiderhandelnden Verbal-Prozesse, in der für die übrigen Wald-Frevler vorgeschriebenen Form, aufzusetzen, und sie dem National-Agenten bei dem ehemaligen Unterforst-Gerichte ihres Bezirks, (dem Kommissär des Vollziehungs-Direktoriums bei der Municipal-Verwaltung) zuzustellen. (2ter Art. daselbst.)

Die Beschuldigten sollen, in Gemäßheit des Gesezzes vom 3ten Brümär 4ten Jahrs über Verbrechen und Strafen, be-

langt, und zu denjenigen Geldstrafen verurtheilt werden, die in den oben angeführten Gesetzen enthalten sind. (3ter Art. daselbst.)

#### Vieh-Weide in den Wäldern.

Die waldberechtigten Einwohner sollen die Anzeige machen über die Anzahl und Gattung des Viehes, das sie in Besitz oder in Pohnung haben; darüber soll eine Liste verfertigt werden, welche die Namen derer, denen es zugehörig ist, enthält; diese Liste wird an das Forst-Gericht (in die Zucht-Gerichtsschreiberei) gebracht, um in ein Register eingetragen zu werden, das in der Schreiberei geführt, und von dem Oberforstmeister und unserm Profurator (von dem Präsidenten des gedachten Gerichts) paraphirt werden muß. (Art. 2 des Titels 19 in der Ordonnanz von 1669.)

Die Forstbeamten (die Inspektoren der Forstverwaltung) sollen jedem waldberechtigten Kirchspiele, Weiler, Dorfe oder Gemeinheit eine besondere Gegend anweisen, die für sie am gelegensten ist, wohin, aber nur an die weidgängigen Derter, das Vieh getrieben und abgesondert gehütet werden kann; so, daß keine Heerden von andern Dertern her sich darunter mischen; alles dies unter Strafe der Konfiskation des Viehes, und einer willkürlichen Geldbuße gegen die Hirten, und der Dienst-Verlustigung gegen die Beamten und Förster, welche das Gegentheil zulassen, oder dulden werden; auch sollen alle Ausfertigungen ohne Kosten und ohne Gebühr gemacht werden, bei Strafe der Gelderpressung. (3ter Art. daselbst.)

Die Bekanntmachung der Weidgend und der Freiheit das Vieh dahin zu schiffen soll (an einem der Defadi-Tage des Monats Pluvios, auf Betreiben der Municipal-Verwaltung) geschehen, nebst dem Verbote an die Waldberechtigten und alle übrigen, ihr Vieh an andere Derter zur Weide zu schiffen, unter Strafe der Konfiskation und der Verlustigung ihrer Waldgerechtigkeit. (4ter Art. daselbst.)

Alles Vieh, das den Waldberechtigten eines und desselben Kirchspieles, oder Weilers zugehört, denen das Weiderecht zusteht, soll mit dem nämlichen Kennzeichen gezeichnet werden, wovon das Gepräge in der Gerichtsschreiberei niedergelegt wer-

den muß, ehe das Vieh auf die Weide geschickt werden darf; auch soll dasselbe täglich an einem für jeden Flecken, Dorf oder Weiler bestimmten Orte in eine einzige Heerde zusammen, und auf einem einzigen Wege fortgetrieben werden, welcher von den Beamten des Forstgerichts, als der bequemste und am meisten verwahrte, angewiesen werden wird; ohne daß es erlaubt seye, sowohl im Hin- als Hergange einen andern Weg zu nehmen, unter Strafe der Konfiszirung des Viehes, einer willkührlichen Geldbuße gegen die Eigenthümer desselben, und einer exemplarischen Bestrafung gegen die Hirten und Viehhüter. (6ter Art. daselbst.)

Die Privatpersonen sollen gehalten seyn, ihrem Viehe Schellen an den Hals zu hängen, deren Schall auf die Dörter aufmerksam machen könne, wohin sich dasselbe etwa verlaufen, und Verwüstung anrichten möchte, damit die Hirten dahin eilen, und die Viehhüter sich des Viehes, welches sich verirrt hat, und ausser den angewiesenen und weidgänglich erklärten Dörtern schadenbringend angetroffen wird, bemächtigten. (7r Art. das.)

Es soll keinem Einwohner frei stehen, sein Vieh zu einzelner Hute auf die Weide zu thun, noch dasselbe von seiner Frau, seinen Kindern oder Dienstleuten in den Wald treiben zu lassen, bei einer Geldstrafe von zehn Livres im ersten, der Konfiszirung im zweiten, und der Verlußtigung aller Waldgerechtigkeit im dritten Begehungs-Falle; das nämliche soll in Ansehung derjenigen Personen beobachtet werden, welche so, wie die Einwohner, des Weiderrechtes genießen, unrücksichtlich der Gerechtsame, einzelne Heerden zu halten, und aller gegentheiligen Gebräuche und Besitzthümer. (Auszug aus dem Art. 8. daselbst.)

Die Hirten und Viehhüter sollen auf Betreiben (des Agenten der Gemeinde) oder der angesehensten Einwohner der Weiler und Dörfer (von der Municipal-Verwaltung) erwählt und ernannt werden, welche ohne Kosten einen Akt darüber auszufertigen hat, und soll (die Municipal-Verwaltung) für diejenigen, welche sie ernannt haben wird, verantwortlich seyn. (8ter Art. daselbst.)

Diejenigen Privatpersonen, welche das Weidrecht besitzen, sollen ihre Namen und Häuser den Handelsleuten und Einwohnern der benachbarten Städte und Kirchspiele nicht leihen dürfen, um ihr Vieh dahin zu thun; und wofern solches angetroffen wird, daß auf gedachte Art dahin gethan, oder betrügerischer Weise angegeben worden ist, so soll es konfisziert, und der Weidberechtigte für das erstemal zu einer Geldstrafe von fünfzig Livres verurtheilt, und im Wiederbetretungs-Falle aller Waldgerechtigkeit verlustigt werden. (Art. 10. daselbst.)

Verboten ist allen Privatpersonen, ihr Vieh auf die Weide zu schicken, unter dem Vorwande von Pachtungen und Verstattungen der Domän-Beamten, Einnnehmer oder Pächter, selbst der Pfand-Inhaber oder Nutznießer, bei Strafe der Konfiszierung des auf der Weide angetroffenen Viehes, und einer Geldbuße von hundert Livres. (11ter Art. daselbst.)

Sollten längs der Wege oder Straßen, auf welchen das Vieh an die zum Weiden bestimmte Oerter geht, sich junge Triebreiser von höchstämmigem oder Schlag-Holze befinden, so, daß das Anfressen derselben nicht wohl verhütet werden könnte, so müssen die Beamten sorgen, daß Gräben gemacht werden, die breit und tief genug sind, um sie zu schützen, oder aber, daß die alten Gräben auf Kosten und Rechnung der weidberechtigten Gemeinheiten wieder hergestellt und unterhalten werden, welche nach Maassgabe der Anzahl des Viehes, das sie zur Weide gehen lassen, dazu beizutragen haben. (Art. 12. das.)

Verboten ist imgleichen den Einwohnern der weidberechtigten Kirchspiele und allen Personen, welche das Recht der Viehweide in den Wäldern und Holzungen des Staates oder in jenen der Geistlichkeit, Gemeinheiten und Partikularen besitzen, Wollvieh, Ziegen, Schaafe und Hämmer, dahin, und selbst nicht auf die Haiden, Dedungen, wüste und leere Plätze an den Gränzen der Forste und Wälder, zu treiben oder zu schicken, bei Strafe der Konfiszierung des Viehes, und einer Geldbuße von drei Livres für jedes Stück; und sollen die Schäfer und Hüter von solchem Viehe fürs erstemal zu einer Geldstrafe von zehn Livres verurtheilt, und im Wiederbetretungs-Falle aufgepeitscht, und aus dem Bezirke des Forstgerichtes verbannt

werden; auch sind die Eigenthümer des Viehes und die Hausväter für die gegen die Schäfer ergangenen Verurtheilungen, in Ansehung der Civil-Folgen, verantwortlich. (13ter Art. das.)

Die Einwohner der weidberechtigten Häuser sollen des Weid- und Mast-Rechtes bloß für das Vieh, welches zu ihrem eigenen Gebrauche dient, genießen, und nicht für jenes, womit sie Handel und Verkehr treiben, unter Strafe einer Geldbuße und der Konfiskation. (Art. 14. daselbst.)

Die Weidung des Viehes in den National-Forsten des alten Gebiets ist allen Waldfassen untersagt, welche nicht dathun, daß sie unter die Weidgangs-Nießer gehören, die auf dem vor Alters vom ehemaligen Konseil beschlossenen Listen (In den 4 Departementen, auf die in diesen Ländern eingeführte Art) welche die Ordonnanzen und Verordnungen vorschreiben, anerkannt und beibehalten worden. (1ter Art. des Beschlusses des Vollziehungs-Direktoriums vom 5ten Vendemiär, 6ten. Jahrs.)

Sie ist gleichermassen untersagt, in allen der Nation zugefallenen Forsten, außer den Weidgangs-Nießern, die vor den Central-Verwaltungen der Departemente, kontradiktorisch mit den National-Forst-Agenten und den Vorgesetzten der Regie des Registrirwesens ihre Rechte bewiesen haben. (2ter Art. das.)

Diejenigen, deren Recht auf den Weidgang erkannt worden, können sich desselben nur mit strenger Beobachtung, der im Artikel XIX. der Ordonnanz vom Monat August 1669 enthaltenen Verfügungen bedienen. (3ter Art. daselbst.)

Ihr Vieh darf nur in diejenigen Gehölz-Theile geführt werden, welche durch die Forst-Agenten weidgängig erklärt worden, unter den Strafen, welche die Verordnungen und Ordonnanzen vorschreiben. (4ter Art. daselbst.)

Sollen keine andere Gehölze für weidgängig erklärt werden, als die man, ohne auf ihr Alter zu sehen, für stark und hoch genug halten wird, um von dem Fabne des Viehes nichts zu besorgen zu haben. (5ter Artikel daselbst.)

#### Eichelnlese in den National-Wäldern.

Es ist jedermann gestattet, die Eicheln, Bucheln und sonstige wilde Früchte in den, der Nation gehörigen Forsten und

Holzungen aufzusammeln, wenn übrigens die über die Erhaltung der Wälder bestehenden Gesetze dabei beobachtet werden. (Art. 1. des Gesetzes vom 12ten Fructidor 2ten Jahr.)

Die Schwein-Heerden dürfen erst den gebutten Brämern, an dem Orten, wo dieser Gebrauch eingeführt ist, eingeschlagen werden. (Art. 2. daselbst.)

### Entdeckung der Forst-Verbrechen.

Die gerichtliche Polizei wird auf verschiedene Art angeordnet, wie hiernach zu sehen kommt:

Durch die Polizei-Kommissarien;

Durch die Feldschützen und Waldförster;

Durch die Friedensrichter;

Durch die Direktoren des Anklage-Jury;

Durch die Capitains und Lieutenants der National-Gendarmerie. (Art. 21. des Gesetzbuches der Verbrechen und Strafen.)

Alle Beamten der gerichtlichen Polizei stehen unter der Oberaufsicht des öffentlichen Anklägers. (Art. 22. daselbst.)

Was die Verbrechen betrifft, so die Feldschützen und Waldförster in ihren Verrichtungen begangen, wird die Bestrafung derselben unmittelbar durch den Direktor des Jury betrieben. (Art. 24. daselbst.)

Es sind in dem durch die Ober-Verwaltung bestimmten Orten, Waldförster zur Erhaltung der Waldungen angestellt.

Die Art ihrer Ernennung und ihre Verrichtungen, in so fern sie die gerichtliche Polizei nicht angehen, sind durch das Gesetz über die Forst-Verwaltung angeordnet. (Art. 39. daselbst.)

Jeder Eigenthümer hat das Recht, zur Erhaltung seines Eigenthums, einen Feldschützen oder Förster zu halten.

Er ist verbunden, denselben von der Municipal-Verwaltung genehmigen zu lassen. (Art. 40. daselbst.)

Die Feldschützen und Waldförster, als gerichtliche Polizei-Beamten angesehen, haben den Auftrag:

Gegenseitig alle begangene Verbrechen aufzusuchen, wodurch den Feldgütern und Waldungen ein Eingriff geschieht.



Ueber die Art und Umstände der Verbrechen, mit Anzeige der Zeit und des Orts, allwo sie begangen worden, die Proben und Merkmale, welche sich gegen die Beschuldigten hervorthun, zu verbalisiren;

Den gestohlenen Sachen in den Orten, allwo sie hingebracht worden, nachzugeben, und solche zu sequestriren, ohne sich je dennoch in die Häuser, Werkstätte, Gebäude und der stossende Höfe begeben zu können, es sei denn in Gegenwärtigkeit eines Municipal-Beamten oder Agenten, oder seines Adjunkts, oder eines Polizei-Beamten;

Alle diejenigen, welche sie auf der That ertappen werden, anzuhalten, und vor den Friedensrichter zu führen, zu welchem Ende sie von der Gemeinde des Orts bewaffnete Hülfe begehren können, die ihnen solche nicht versagen kann. (Art. 41 das.)

Die Waldförster übergeben ihre Verbal-Prozesse dem Agenten der Forst-Verwaltung, so durch das Gesetz bestimmt ist.

Das Gesetz schreibt die Art vor, wie dieser Agent zufolge demselben, nach Beschaffenheit der Verbrechen verfahren soll. (Art. 42 daselbst.)

Jeder Waldförster, welcher bei Auffuchung des frevelhafter Weise abgehauenen oder gestohlenen Holzes es für gut oder nöthig erachtet, in einem Gebäude, Hause, Werkstätte oder angränzenden Hofe Nachsuchung anzustellen, soll den nächsten Municipal-Beamten oder Agenten, oder dessen Adjunkten, oder aber den Polizei-Kommissär des Ortes ersuchen, ihn dabei zu begleiten, und in dem Akte, den er dießfalls aufzusetzen hat, den aufzufuchenden Gegenstand, und die Personen anzeigen, bei welchen visitirt werden soll. (1ter Art. des Beschlusses vom 4ten Nivós 5ten Jahrs.)

Kein Municipal-Verwalter, Agent oder Adjunkt, der solcher Weise ersucht wird, darf sich weigern, den Wald-Förster bei der Nachsuchung auf der Stelle zu begleiten; zugleich muß derselbe, gemäß dem Art. 8, des Titels 4 im Gesetze vom 29ten September 1791, den Auffuchungs-Verbalprozeß des Försters, ehe er eidlich bekräftigt wird, unterschreiben, vorbehaltlich dem Förster, falls derselbe sich weigerte, Meldung davon zu thun. (2ter Art. daselbst.)

Jeder Municipal-Beamter, Agent, oder Adjunkt, welcher irgend einer von den Verfügungen des vorhergehenden Artikels zuwider handelt, soll von dem Kommissär des Vollziehungs-Direktoriums bei der Municipal-Verwaltung des Kantons, der Central-Verwaltung des Departements denunziert werden, welche gehalten ist, den Zuwiderhandelnden außer Amt zu setzen, gemäß dem Art. 194 der Konstitutions-Akte, und auf der Stelle an den Minister der allgemeinen Polizei (an den Regierungs-Kommissär) die Anzeige darüber zu machen, damit auf dessen Bericht von dem Vollziehungs-Direktorium über die Vorführung des suspendirten Beamten vor die Tribunäle statuiert werde. (3ter Art. daselbst.)

Jeder Polizei-Kommissär, der sich im Falle des vorhergehenden Artikels befindet, soll, von dem Kommissär des Vollziehungs-Direktoriums bei der Municipal-Verwaltung, sowohl der Municipal-Verwaltung selbst, welche gehalten ist, ihn, gemäß dem Art. 26 des Gesetzbuches von Verbrechen und Strafen, abzusetzen, als auch dem öffentlichen Ankläger angezeigt werden, welcher in Ansehung seiner auf die Art zu Werke zu gehen hat, wie es in dem 274 und folgenden Artikeln des Gesetzbuches der Verbrechen und Strafen vorgeschrieben ist. (4ter Art. daselbst.)

Die Verfügungen des Beschlusses vom 4ten Nivós 5ten Jahrs, in Betreff des Auffuchens des frevelhafter Weise gehauenen oder gestoblenen Holzes anwendbar, das auf den schiff- und flossbaren Flüssen oder Bächen gestohlen worden ist; demzufolge sind alle vor den Tribunälen aufgenommenen und beeidigten Inspektoren der Schiffahrt oder Fluß-Aufseher (da, wo keine angestellt sind, die Wald-Inspektoren und Förster) berechtigt, das auf den schiff- und flossbaren Flüssen und Bächen gestoblene Holz, und längs derselben, auf die in den Art. 1, 2, 3 und 4 besagten Beschlusses angezeigte Art aufzusuchen: Die Municipal-Beamten, Agenten, Adjunkten und Polizei-Kommissarien sind gehalten, sie bei den Nachsuchungen zu begleiten, wenn sie dazu aufgefordert werden, gemäß den Verfügungen des besagten Beschlusses, und unter den in selbem enthaltenen Strafen. (1ter Art. des Beschlusses vom 28ten Nivós 5ten Jahrs.)

### **Betreibung der das Forstwesen betreffenden gerichtlichen Klagen.**

Die von den Förstern und andern Forst-Beamten errichteten Verbal-Prozesse über die in den Wäldern begangenen Frevel sollen nicht mehr darum als nichtig angesehen werden, weil sie in den ersten vier Tagen von ihrem Datum an, nicht einregistrirt worden wären.

Der Konvent nimmt, in so fern es diesen Punkt betrifft, das Dekret vom 5ten Dezember 1790 über die Einregistrirungs-Gebühr zurück. (1ter Art. des Gesetzes vom 17ten Pluvios 2ten Jahrs.)

Alle Förster und übrigen Beamten der Forst-Verwaltung sind gehalten, die Verbal-Prozesse, welche sie über die in den Wäldern verübten Frevel aufsetzen, in den ersten vier Tagen von jenem ihres Datums an, einregistriren zu lassen, bei Strafe von 20 Livres für das erstemal, und der Absetzung im Wiederbetrettungs-Falle. (2ter Art. daselbst.)

---

# **Inhaltsverzeichnis.**

## **I.**

### **Großherzoglich Badensche Forst- und Jagdgesetze, Verordnungen und allgemeine Verfügungen.**

**Von 1833.**

**Seite**

1. Wildschadengesetz . . . . . 1

**Von 1834.**

2. Verordnung, die Aufstellung ständiger Vertreter der Jagd-Inhaber für Klagen wegen Wildschadens betreffend . . 10  
3. Verordnung, die Aufstellung ständiger Schärer für Wildschaden betreffend . . . . . 11  
4. Instruction für die Schärer des Wildschadens . . . . . 14

## **II.**

### **Herzoglich Braunschweigische Forst- und Jagdgesetze, Verordnungen und allgemeine Verfügungen.**

**Von 1837.**

1. Reglement für die Auseinandersetzung der an- und abziehenden Forstofficialanten rücksichtlich der Inventarien und Nutzungen bei den mit ihren Dienststellen verbundenen Grundstücken 30  
2. Die Erhebung und Berechnung der Mastauflünfte betreffend 49  
3. Das Verfahren bei Messung der Laubholzblöcke betreffend . 55  
4. Instruction für die mit Vermessungen beauftragten Geometer und Forstbeamten betreffend . . . . . 56  
5. Das den Brennholzsortimenten zu gebende Maas betreffend 56  
3. Die Berechnung des gegen die currente Taxe verkauften Holzes, so wie die Feststellung der Befugnisse der Ober-Forstbeamten und der Revierförster hinsichtlich des Holzverkaufs betreffend . . . . . 59  
7. Die Einsamlung von Fichtenzapfen gegen Erlaubnißscheine betreffend . . . . . 61

**Von 1838.**

6. Die Geld-Entschädigungen für das von den Forstbeamten ersparte und nicht bezogene Deputatholz betreffend . . . 62  
9. Forststrafgesetz vom 26. Juli 1837 . . . . . 63  
10. Den Zeitraum zur Nachzählung der Waldborräthe betreffend 66  
11. Die Ausführung eiliger und unvorhergesehener Waldverbesserungen betreffend. . . . . 67  
12. Die Abhaltung von Conferenzen der Ober-Forstbeamten mit den Revierförstern und Forstschreibern, zur Verminderung der Schreibereien betreffend . . . . . 68

	Seite
13. Die Befugniß der Ober-Forstbeamten zur Taxerhöhung, resp. Ermäßigung beim Holzverfaufe betreffend . . . . .	69
14. Die Befugniß der Ober-Forstbeamten zur Abweichung von dem genehmigten Hauungs-Etat betreffend . . . . .	72
15. Befugniß der Ober-Forstbeamten die Umformung vorräthiger und in dieser Gestalt nicht verkäuflicher Blöcke ohne weitere Genehmigung zu verfügen, betreffend . . . . .	73
16. Die Erweiterung der den Ober-Forstbeamten in dem Reglement über den Geschäftsgang bei dem Forstkultur-Betriebe in den Herrschaftl. Forsten erteilten Befugnisse betreffend . . . . .	74
17. Die Anordnung wegen der Mastnutzung und Berechnung der Mastauskünfte betreffend . . . . .	76

### III.

#### Ältere Forst- und Jagdgesetze, Forst- und Jagd-Ordnungen.

1. Kurpfalz-Bayersche und Fürstlich Berchtesgadische Waldbordnung vom 30. Juli 1795 . . . . .	79
2. Kurfürstl. Mainzische Verordnung, die Wild- und Fischdiebereien betreffend. Vom 26 November 1676 . . . . .	93
3. Kurfürstl. Mainzische Verordnung, die Vertilgung der Wölfe betreffend. Vom 29. November 1679 . . . . .	95
4. Chur-Mainzische, resp. kurzverfaßte und erneuerte Wald-Ordnung. Vom 16. December 1729 . . . . .	97
5. Chur-Mainzische Verordnung, die Bewirthschaftung der Herrschaftlichen und Gemeinde-Waldungen und die Wildpheege betreffend. Vom 6. Januar 1712 . . . . .	107
6. Chur-Mainzische Verordnung, die Wild-Dieberei betreffend. Vom 9. December 1749 . . . . .	108
7. Chur-Mainzische Verordnung, die Verwaltung und Bewirthschaftung der Herrschaftlichen Waldungen betreffend. Vom 5. Januar 1774 . . . . .	110
8. Instruction für die Churfürstl. Mainzischen Revier-Jäger. Vom 1. Januar 1775 . . . . .	114
9. Bezügliche Bestimmungen der Gesetze und Beschlüsse des Französischen Vollziehungs-Directoriums, die Bewirthschaftung und Verwaltung der Waldungen auf der linken Rheinseite betreffend . . . . .	118

**A r c h i v**

der

**Forst- und Jagd-Gesetzgebung**

der

**deutschen Bundesstaaten.**

**Herausgegeben**

von

**St. B e h l e n,**  
Königl. Bayerischen Forstmeister.

**Sechsten Bandes zweites Heft.**

---

**Freiburg im Breisgau,**

**Verlag der Fr. Wagner'schen Buchhandlung.**

**1 8 3 9.**



# Inhaltsverzeichnis.

## I.

### Königlich Preussische Forst- und Jagdgesetze, Verordnungen und Instruktionen.

Seite

Von 1838.

1. Verordnung, die Grasnutzung in den Königl. Forsten betreffend 1
2. Verordnung, die Einrichtung der Bauprojekte zu neuen Forst-  
dienst-Etablissements betreffend . . . . . 2
3. Verordnung, die Bestrafung der Forstfrebler betreffend . . 3
4. Die Anfertigung neuer Specialdomains und Forst-Etats  
betreffend . . . . . 4
5. Verordnung, die Bedingungen bei Verpachtung fiscalischer  
Jagden betreffend . . . . . 7

Von 1839.

6. Ministerial-Verordnung, die Verhütung von Wildschäden  
betreffend . . . . . 16
7. Verordnung, die Verpflichtung der Forst-Inpektoren bei  
Revision combinirter Forstkassen betreffend . . . . . 17
8. Publikandum der Königl. Regierung zu Trier, die Aus-  
übung der Jagd auf dem linken Rheinufer betreffend . . . 19

## II.

### Herzoglich Sachsen-Altenburgische Forst- und Jagd- Gesetze, Verordnungen und allgemeine Ver- fügungen.

Von 1830.

1. Das Wegschießen der Rabenträben und Nebelträben betreffend 20

Von 1831.

2. Edikt, die Verhältnisse des Staatsdienstes und die Bildung  
und Geschäftsthätigkeit der Landeskollegien betreffend . . . 21

Von 1833.

3. Bekanntmachung der Landesregierung, das Verbot des Jagens  
an Sonn- u. Feiertagen während des Gottesdienstes betreffend 23
4. Mandat, wegen auerweiter Bestimmung des Termins für  
den Aufgang der Niederjagd und wegen der Ausübung  
dieser Jagd überhaupt . . . . . 24

Von 1834.

5. Bekanntmachung der Landesregierung, das landesgesetzliche  
Verbot eigenmächtiger Holzausrodung und Umwandlung  
des Holzbodens in Feld oder Wiese betreffend . . . . . 26



Von 1835.

6. Verordnung der Landesregierung, die von den Forstbeamten bei Localbesichtigungen in Privatholzungen in Anspruch zu nehmenden Gebühren betreffend . . . . . 26

Von 1836.

7. Bekanntmachung der Kammer, die bei den Forstämtern zu gebrauchenden Längenmaße betreffend . . . . . 27

Von 1837.

8. Mandat, die Abgabe von Halten der Nachtigallen, Sprosser, Grasmücken und Plattenmönche, und das Ausnehmen junger Vögel und Vogel-Eier dieser Gattungen betreffend . . . . 28
9. Ministerial-Erklärung, die Uebereinkunft zwischen Sachsen-Altenburg und Sachsen-Weiningen, die Bestrafung der Forst-, Jagd-, Fisch-, Feld- und Baumsfrevel betreffend . . . . 30

Von 1838.

10. Patent über die Vergütung von Wildschäden in Herzogl. Jagdrevieren . . . . . 32
11. Bekanntmachung der Landesregierung, das Verbot des Wegfangens u. Schießens der Insektenfangenden Vögel betreffend 40

## III.

Großherzoglich Badensche Forst- und Jagdgesetze,  
Verordnungen und Instructionen.

Von 1834.

1. Verordnung, die Aufstellung der Walbschützen betreffend . . 42
2. Verordnung, die Verwaltung der Forstpolizei betreffend . . 46
3. Dienst-Instruction für sämtliche Walbhüter des Großherzogthums Baden . . . . . 49
4. Instruction für die Förster des Großherzogthums Baden . . 85
5. Löschordnung bei Waldbränden für das Großherzogth. Baden 107
6. Verordnung über die Forstgerichtsbarkeitsklassen und den Vollzug der in Forstfrevelsachen ergehenden Erkenntnisse . . . 111
7. Instruction für die Forstmeister des Großherzogth. Baden . 121

## IV.

Ältere Forst- und Jagdgesetze und Verordnungen.

Von 1531.

- Wald-Ordnung vom Marggraf Georg zu Brandenburg . . . . 131

# I.

## Königlich Preussische Forst- und Jagdgesetze, Verordnungen und Instructionen.

---

### 1) Verordnung, die Grasnutzung in den Königl. Forsten betreffend.

Vom 10. November 1838.

Um die Forstrevenüen zu erhöhen und den ärmern Bewohnern der in der Nähe der Königl. Forsten gelegenen Ortschaften bei der Unterhaltung ihres geringen Viehstandes zur Hülfe zu kommen, ist in manchen Revieren die Benutzung des Grases üblich, indem solches entweder auf bestimmten Flächen jährlich verpachtet oder den ärmeren Leuten gegen Lösung von Grafezetteln überlassen wird. Ob dies gleich unter manchen Umständen zulässig, mitunter die vorsichtige Wegnahme des Grases selbst das Mittel ist, die jungen Holzpflanzen gegen Unterdrückung oder die Beschädigung durch Mäuse zu sichern, so kann doch durch eine rücksichtslose Benutzung des Grases in den jungen Schonungen ein Nachtheil entstehen, welcher den bezweckten Vortheil weit übersteigt.

Die für ihre Reviere besorgten Forstbeamten werden, um vollkommene Holzbestände zu erziehen, letzteres zwar auch ohne besondere Aufforderung verhüten; dieselben werden da, wo durch die Anwendung der Sichel Schaden geschehen kann, die Benutzung des Grases nur durch Ausrupfen gestatten. Bei dem Mißbrauche, zu dem die Gras-Nutzung in den Forsten führen kann, findet man sich indessen zu der Bestimmung veranlaßt, daß dieselbe in Schonungen überhaupt nur unter solchen Umständen stattfinden soll, wo sie einen erheblichen Vortheil gewährt, und kein Nachtheil für die Holzzucht davon zu besorgen ist. Erscheint eine Gras-Nutzung in solchen Orten zweckmäßig, wo zwar die jungen

Holzpflänzchen im allgemeinen zu der Höhe und Stärke gelangt sind, daß sie einer Beschädigung durch die Sichel nicht mehr ausgesetzt sind, bei einer unvorsichtigen Wegnahme des Grases aber doch noch einzelne Holzpflänzchen beschädigt werden können, so darf die Gras-Nutzung nur durch vorsichtige Arbeiter und unter specieller Aufsicht eines zuverlässigen Forstbeamten stattfinden.

## 2) Verordnung, die Einrichtung der Bauprojekte zu neuen Forstdienst-Etablissements betreffend.

Vom 25. November 1838.

Obgleich wegen der den neuen Gebäuden auf den Forstdienst-Geböten zu gebenden Einrichtungen durch die Circular-Verfügung vom 30. Oktober 1830 (No. 12,747 b.) bestimmte Vorschriften ertheilt worden sind; so haben in neuerer Zeit doch mehrere Königliche Regierungen Projekte und Kosten-Anschläge zu neuen Förster-Etablissements eingereicht, bei welchen diese Vorschriften unbeachtet geblieben, und insbesondere ist häufig gegen die, eine Verminderung der Bau- und künftigen Reparaturkosten bezweckende Maaßregel, wonach die Stall- und Scheun-Räume in einem gemeinschaftlichen Gebäude unterzubringen sind, gefehlt worden.

In einzelnen Fällen sind zwar der Kürze wegen derartige Projekte gleich umgearbeitet und die Anschläge danach berichtigt worden; dies kann indessen fernerhin nicht mehr stattfinden, weil die Arbeitskräfte dazu nicht ausreichen; und da durch eine nochmalige Zurücksendung der Anschläge zu jenem Behuf häufig eine für die Bau-Ausführung nachtheilige Verzögerung entsteht, auch den Distrikts-Baubeamten doppelte Arbeiten verursacht werden, so wurde den Königlichen Regierungen die genaue Befolgung obiger Vorschriften in Erinnerung gebracht und dabei bestimmt, daß künftig

1) bei der Veranschlagung neuer Wohnhäuser für Forst-Schutzbeamte auf die Anlegung einer heizbaren Dachgiebelstube zu rücksichtigen ist, damit es den Bewohnern in Krankheitsfä-

ten, oder insofern etwa den Förstern Hülfs-Auffeher beigegeben werden müssen, zu deren Unterbringung nicht an Raum gebricht;

2) sämtliche Wohnhäuser der Feuersicherheit wegen stets mit Ziegeln, oder, wo es den Local-Verhältnissen angemessen erscheint, mit Schiefer einzudecken sind;

3) die Wirthschafts-Gebäude aber nach wie vor mit Rohr, Stroh oder Schindeln eingedeckt werden können, wenn dies nicht polizeilichen Verordnungen zuwiderläuft oder besondere Umstände dagegen sprechen;

4) die Wirthschafts-Gebäude der Forstschutzbeamten auf das unumgängliche Bedürfniß, wobei auf die Circular-Verfügungen vom 26. März 1834 und vom 12. März d. J. wegen anderweiter Regulirung der Dienstländerien der Forstbeamten Bezug genommen wird, beschränkt werden müssen und daher Geschirr- und Kollkammern eben so wenig als Wagen-Remisen zu berücksichtigen sind. Selbst Holzställe werden sich meistens umgehen lassen und nur in besonderen, dann aber gehörig zu motivirenden Fällen zu beantragen sein; und

5) bei der Anlage neuer Forstdienst-Etablissements die zweckmäßigste Baustelle für dieselben auch mit Rücksicht darauf auszuwählen bleibt, daß trinkbares Wasser sich in der Nähe befindet, oder, wo dies nicht erreichbar und ein besonderer Brunnen nothwendig ist, dessen Bau doch nicht zu kostbar und die Wasserförderung möglichst erleichtert wird.

### 3) Verordnung, die Bestrafung der Forstfrevler betreffend.

Vom 30. November 1838.

Der Paragraph 5 des Gesetzes wegen Untersuchung und Bestrafung des Holzdiebstahls vom 7. Juni 1821 hat es zwar den Regierungen und Landes-Justizkollegien überlassen, wegen des gegen Forstfrevler zur Verrichtung der ihnen anverlegten Forstarbeit anzuwendenden Zwanges besondere Bestimmungen

zu treffen. Da sich jedoch in den hiernach für die einzelnen Provinzen von jenen Behörden getroffenen Anordnungen, sowohl in Rücksicht auf die Art der gewählten Zwangsmittel, als auch in Rücksicht auf das Maaß ihrer Anwendung, eine große Verschiedenheit offenbart hat, so wird zur Erhaltung eines gleichmäßigen Verfahrens für sämtliche Provinzen der Monarchie Folgendes festgesetzt:

1) Der Forstfrevler, welcher die ihm, in Gemäßheit des Gesetzes vom 7. Juni 1821 und der Allerhöchsten Cabinetsordre vom 28. April 1834, statt der erkannten Gefängnißstrafe übertragenen Arbeiten zu verrichten sich weigert, ist hierzu durch Personal-Arrest bei Wasser und Brod anzuhalten, und ihm nur an jedem dritten Tage warmes Essen zu verabreichen.

2) Diese Zwangshaft kann bis zur doppelten Dauer der eventuell erkannten Gefängnißstrafe, jedoch niemals auf länger als auf sechs Wochen, ausgedehnt werden; beträgt aber die Dauer der erkannten Gefängnißstrafe weniger als zwei Tage, so ist die Zwangshaft bis auf vier Tage zulässig.

3) Erklärt sich der Verhaftete bereit, die Strafarbeit zu verrichten, so ist er aus der Zwangshaft zu entlassen; genügt er seiner Erklärung doch nicht, so beginnt eine neue Zwangshaft, worauf die frühere Gefängnißdauer nicht angerechnet wird.

4) Bleibt die Zwangshaft fruchtlos, so wird nach deren Ablauf die eventuell erkannte Gefängnißstrafe an dem Frevler vollstreckt.

5) Die durch die Zwangshaft entstehenden Kosten, namentlich auch die für die Verpflegung des Sträflings während derselben, fallen dem Inhaber der Gerichtsbarkeit zur Last.

---

#### 4) Die Anfertigung neuer Specialdomainen und Forst-Etats betreffend.

Vom 6. Decmber 1838.

Da die zur Veräußerung bestimmten Domänen und Forst-Grundstücke zum größten Theile bereits veräußert sind, und die Ablösungen von Domainen-Prästationen in den östlichen Pro-

singen, nachdem für letztere von 1838 ab, der Ablösungsfuß ebenfalls auf das 25fache, statt des bis dahin bestandenen Ablösungsfußes zum 20fachen Betrage, gesetzlich bestimmt worden, sich wahrscheinlich sehr vermindern, mithin dadurch zugleich eine bedeutende Verminderung der im Laufe der Verwaltung vorkommenden Etats-Veränderungen, welche bisher, wenigstens bei den Domainen-Etats, größtentheils in den Einnahme-Abgängen aus Veranlassung der Veräußerungen und Ablösungen bestanden, stattfindet, und da ferner hinsichtlich der Forst-Natural-Erträge bestimmungsmäßig alle 6 Jahre eine Taxations-Revision erfolgt, und zwar für jeden Regierungsbezirk jedesmal das Jahr vorher, ehe die Fertigung neuer Etats eintritt; so ist beschlossen, zur Verminderung der, sowohl die Königl.ichen Regierungen als die Central-Verwaltung sehr belästigenden Arbeiten, die bisher bei einer dreijährigen Periode mit der Aufstellung und Revision der Domainen- und Forst-Etats verbunden waren, künftig die Special-Domainen- und Forst-Etats in der Regel auf 6 Jahre auszufertigen, wobei der bisherige Etats-Turnus insofern beibehalten wird, als z. B. eine Regierung, welche nach der bisherigen dreijährigen Etatsperiode in den Jahren 1840 und 1843 Etats zu fertigen haben würde, künftig solche in einem von diesen beiden Jahren, und zwar auf 6 Jahre zu fertigen hat.

Es ist die Absicht, daß in der Regel für die letzten 3 Jahre der Gültigkeit der künftig auf 6 Jahre ausgefertigten Special-Domainen- und Forst-Etats neue desfallige Verwaltungs-Etats gefertigt werden sollen. Die nähere Bestimmung darüber bleibt jedoch noch vorbehalten. Vorläufig wird nur im Allgemeinen bemerkt, daß auch bei Aufstellung derjenigen Verwaltungs-Etats, die sich nicht auf neue Special-Etats gründen, sondern für die letzten 3 Jahre der Gültigkeit der früher auf 6 Jahre ausgefertigten Special-Etats dienen sollen, die seit der letzten Fertigung der Special-Etats entstandenen Veränderungen berücksichtigt werden müssen, ohne daß jedoch solche speciell nachgewiesen und justificirt werden dürfen, indem vielmehr bloß ein summarischer Nachweis darüber genügt. Die Justification der nächsten Special-Etats muß sich aber alsdann, wie sich von selbst versteht, auch auf die, in den für die Zwischenperiode auf 3 Jahre

ausgefertigten Verwaltungs-Etats bereits berücksichtigten Veränderungen mit erstrecken.

Rücksichtlich der oben bemerkten, für jeden Regierungsbezirk alle 6 Jahre wiederkehrenden Forst-Taxations-Revision, ist bereits früher eine, den Etats-Turnus berücksichtigende Anordnung getroffen worden.

Bei der Verbindung, in welcher die Domainen-Etats mit den Forst-Etats stehen, insbesondere aber wegen der häufigen Uebertragungen aus den einen Stats in die andern, ist es angemessen befunden worden, auf die Fertigung der Special-Domainen-Etats dieselbe Eintheilung anzuwenden, welche sich für die Forst-Etats nach Maassgabe der getroffenen Anordnung über die vorzunehmenden Taxations-Revisionen ergibt. Der beifolgende Plan hierüber das Nähere.

Besondere Verhältnisse können es nothwendig machen, rücksichtlich dieses Plans in dem einen, oder dem andern Jahre Modificationen eintreten zu lassen, was daher vorbehalten bleiben muß.

Uebrigens sind an diejenigen Königlichen Regierungen, welche nach jenem Plane im nächsten Jahre neue Special-Domainen- und Forst-Etats zu fertigen haben, bereits besondere Bestimmungen wegen der Forst-Etats ergangen; wegen der Domainen-Etats aber erfolgen gegenwärtig die erforderlichen Bestimmungen in besondern Verfügungen. Diejenigen Königlichen Regierungen, deren Special-Domainen- und Forst-Etats nach jenem Plane auf die drei Jahre  $184\frac{0}{2}$  zu prolongiren sind, namentlich die Königlichen Regierungen in der Provinz Schlesien, haben sowohl dieserhalb als wegen Aufstellung neuer Domainen- und Forst-Verwaltungs-Etats für gedachte dreijährige Periode, zu jeder Zeit weitere Verfügung zu gewärtigen.

---

zur Normirung des Etats, mit Rücksicht auf die  
Stornus.

No.	Regierungs- Bezirk.	Special- domänen- zu fertigen pro	Bemerkungen.
1	Münster . . . .	1841	
2	Minden . . . .	—	
3	Arnsberg . . . .	—	
4	Coblenz . . . .		





## 5) Verordnung, die Bedingungen bei Verpachtung fiscalischer Jagden betreffend.

Vom 17. December 1838.

Nachdem über die den Jagdverpachtungen zum Grunde zu legenden allgemeinen Bedingungen die Vorschläge der Regierungen eingeholt worden waren, wurde folgendes verordnet:

Von den, in dem Circular-Rescripte vom 24. April 1837 hingegebenen Andeutungen ist bei einigen Punkten, namentlich in Betreff der Befugniß der Königl. Forstbeamten, die verpachteten Jagddistricte nur mit verbundenem Gewehr betreten zu dürfen, so wie in Betreff der dem Fiscus vorzubehaltenden Aufkündigung im Laufe der bedungenen Contraktszeit abgewichen worden, weil einertheils das inzwischen erschienene Gesetz wegen des Waffengebrauchs der Forst- und Jagd-Beamten diese Abänderung nothwendig macht, anderntheils aber darauf Bedacht genommen werden muß, dem Fiscus die möglichst freie Disposition in Betreff der eventuellen Zurücknahme einer verpachteten Jagd zu sichern, ohne befürchten zu dürfen, daß die verfallige Bedingung auf die zu gewärtigenden Gebote einen zu nachtheiligen Einfluß ausüben werde, da sich nicht nur das Ministerium, sondern auch das jagdpachtlustige Publikum im Voraus vergewissert halten kann, daß dieser Vorbehalt nicht ohne die gegründeteste Veranlassung, und namentlich nur gegen solche Pächter von den Königl. Regierungen in Ausführung gebracht werden wird, welche sich einer unpfleglichen Behandlung der ihnen verpachteten Jagd schuldig, oder doch dergestalt dringend verdächtig gemacht haben, daß der Regierung darüber kein Zweifel übrig bleibt, wenn es auch an den zulänglichen Beweismitteln zur gerichtlichen Ueberführung des Pächters fehlen möchte. Dieserhalb wird kein Pachtlustiger, dem die pflegliche Behandlung der Jagd und die Conservation eines angemessenen Wildstandes am Herzen liegt, an diesem Vorbehalte einen Anstoß finden, und wenn andere Pächter, welche eine Jagd in der Absicht pachten wollen, daraus durch übermäßigen Abschluß einen Gewinn zu ziehen, sich dadurch vom Mitbieten abhalten lassen, so kann dies nur den Zwecken der Verwaltung entsprechend erscheinen.

Bei einer solchen eventuellen Kündigung ist dann auch zugleich darauf Bedacht zu nehmen, daß der Ablauf der 3 monatlichen Kündigungsfrist noch in die Schonzeit trifft, damit der Pächter nicht noch innerhalb dieser Frist den Wildstand durch übermäßigen Abschuß aufreißt. —

Einige Königliche Regierungen haben in Vorschlag gebracht, in gleicher Art, wie bei Domainen-Verpachtungen und Veräußerungen bestimmt worden, neben den allgemeinen Verpachtungs-Bedingungen auch noch besondere Licitations-Bedingungen aufzustellen und den Versteigerungen zum Grunde zu legen. Zur Vermeidung der Schreiberei wird hiervon abgestanden werden können, zumal da in den meisten Fällen das Pachtgeld für die zur Licitations zu stellenden Jagden am unbedeutendsten ist, innerhalb die Bestimmung wegen der Auswahl des Pächters unter den drei Bestbietenden, welche sonst allerdings nicht hierher, sondern unter die Licitations-Bedingungen gehört haben würde, in §. 11. aufgenommen worden.

Von der früher bestandenen Bestimmung, wonach außer dem baar zu erlegenden Pachtgelde, eine nach der Höhe dieses Pachtgeldes abzumessende Anzahl Raubthier-Zeichen abgeliefert, oder eine im Voraus bestimmte Conventional-Strafe erlegt werden mußte, ist auf die Anträge mehrerer Königlichen Regierungen, in deren Bezirken wenig Raubzeug vorhanden, abstrahirt, und genehmigt worden, daß statt der in natura nicht mehr zu liefernden Raubthierzeichen eine baare Entschädigung von  $2\frac{1}{2}$  Sgr. von jedem Thaler Pachtgeld besonders ausgeworfen und gezahlt werden solle.

Da die Jagden indessen in der Regel im Wege öffentlicher Versteigerung verpachtet werden sollen, und die Licitanten schon mit Rücksicht auf diese ihnen auferlegte besondere Verpflichtung ihr Gebot abgeben würden, in den seltenen Fällen der Ueberlassung aus freier Hand aber, die Verpachtung nur auf den Grund zuvor aufgenommener Ertrags-Anschläge geschieht, welche Anschlagssumme sonach die ganze Pacht ohne einen Zusatz für die Raubthierzeichen in sich begreift, so ist einertheils von dieser früher angeordneten besonderen Nachweisung der fraglichen baaren Entschädigung ganz Abstand genommen werden, so wie denn

— 9 —

auch anderntheils den Regierungen überlassen wird, in jedem einzelnen speciellen Falle nach den Local-Umständen zu erwägen, ob dem Pächter neben dem baaren Pachtgelde die Ablieferung von Raubthierzeihen zur Bedingung gemacht werden soll oder nicht, in welchem letzteren Falle der betreffende Passus des §. 13. ganz gestrichen werden kann. Nimmt aber die Königliche Regierung aus der Menge des vorhandenen Raubzeuges Veranlassung, auch diese Bedingung in den Contract mit aufzunehmen, so ist auf den Pächter nach Möglichkeit dahin einzuwirken, daß die Natural-Lieferung wirklich erfolge und solche nicht durch Erlegung der vorbedungenen Conventional-Estrafe Genüge geleistet werde, weil dadurch der eigentliche Zweck vereitelt wird.

Eben so wird auf den Fall, daß die Local-Verhältnisse einzelner Jagdbezirke noch besondere Bedingungen nothwendig oder räthlich machen sollten, den Königlichen Regierungen die Hinzufügung derselben überlassen, wegen einer Abweichung von den festgestellten allgemeinen Bedingungen, wie z. B. die von mehreren Regierungen beantragte und durch den sonst besorglichen Mangel an aller Conkurrenz motivirte Dispensation von dem Verbote des Gebrauchs der Windhunde und Bracken, nicht ohne vorgängige Ministerial-Genehmigung zulässig ist.

Indessen werden derartige Anträge überhaupt und in besonders dringenden Fällen gewärtiget, weil vorzuziehen ist, die betreffenden Jagden allenfalls gegen ein, in der ersten Pachtperiode etwas zurückbleibendes Pachtgeld zu nutzen, als durch fernere Gestattung dieser Jagdart dem bessern Emporkommen der Jagden hindernd in den Weg zu treten.

Schließlich wird den Königlichen Regierungen noch bemerkt, daß zwar auch schon bisher die Pacht-Contracte meist von Trinitatis zu Trinitatis geschlossen worden sind; wo dies nicht der Fall, und wo entweder andere Termine, oder eine unbestimmte Ausdehnung des Contractes auf Lebenszeit des Pächters, oder auf andere Weise bisher bestanden ist, dies bei der ersten neu eintretenden Verpachtung in der Art in die Wege zu leiten, daß die Dauer der Verpachtung bis ultimo Mai des letzten Pachtjahres, und von da ab, zur Herbeifüh-

zung eines ein- für allemal feststehenden Termins vom 1. Juni bis ultimo Mai festgesetzt wird.

In simili wie vorstehend, bis zu den Worten:

„weil dadurch der eigentliche Zweck verfehlt wird“  
und sodann weiter:

Die in der Provinz Westphalen vorhandenen, den größten Theil des ganzen Areals umfassenden Koppeljagden, so wie die besondern Verhältnisse, welche bei den dem Königlichen Fiscus aus verschiedenen Fundamenten anheimgefallenen Guts-, Amts-, Stifts- und Drostens-Jagden, so wie bei der dem Fiscus zustehenden Befugniß zur Ausgebung von Jagdschilden statt finden, machen Modificationen der entworfenen allgemeinen Bedingungen auf so lange, bis in Folge der bereits entworfenen und den dortigen Provinzial-Ständen vorgelegten Jagd-Gemeinschafttheilungs-Ordnung die Theilung der Koppeljagden und die Regulirung aller übrigen abnormen Verhältnisse herbeigeführt sind, nothwendig. Insbesondere muß darauf Bedacht genommen werden, daß die Pächter der mit andern Berechtigten gemeinschaftlich zu bejagenden Jagden durch die ihnen gestellten Bedingungen nicht an Ausübung einer Jagd behindert werden, welche die übrigen Berechtigten ihrerseits exerciren, weil dadurch das Pachtgeld ohne allen Zweck herabgedrückt werden würde und derartige Einschränkungen überhaupt auf das Resultat der künftigen Auseinandersetzung ungünstig einwirken könnten, weshalb insbesondere das Verbot des Gebrauchs der Bracken und Windhunde nur auf die privativen fiskalischen Jagden zu beschränken ist, so wie denn auch überhaupt die entworfenen Bedingungen nur den Verpachtungen dieser Jagden zum Grunde zu legen sein werden.

Ebenso wird endlich auf den Fall, daß die Local-Verhältnisse einzelner Jagdbezirke noch besondere Bedingungen nothwendig oder rathsam machen sollten, die Hinzufügung derselben den Königlichen Regierungen überlassen. An die R. Regierungen zu Arnberg, Minden, Münster.

---

## Allgemeine Bedingungen bei Verpachtung fiscalischer Jagden.

1. Die Jagd muß nach den bestehenden und etwa noch zu erlassenden Jagd-Polizei-Gesetzen und Verordnungen pfleglich behandelt, und darf daher nur mäßig benutzt werden.

Die vorgeschriebene Schon-, Satz- und Brütezeit ist gehörig zu beobachten, und dürfen in dieser Zeit nur Raubthiere, wilde Schweine, Dachse, Kraniche, Reiher, wilde Tauben, Krametsvögel und Wasserhühner erlegt werden, widrigenfalls die in den bestehenden Jagd-Gesetzen festgesetzten Strafen eintreten.

2. Mit Windhunden, so wie mit laut jagenden Jagdhunden oder Bracken, darf die Jagd niemals benutzt werden, bei Vermeidung einer Conventional-Strafe von 10 Thlr. für jeden einzelnen Contraventionsfall.

3. Alles Roth- und Dammwild, falls diese Jagd mit verpachtet ist, ist nur mit der Kugel, und darf daher weder mit Posten, noch mit Schrot geschossen werden. Es sind überhaupt nur waidmännische Jagdarten gestattet, und ist insbesondere das Schießen der Haasen auf der Kirre, das Fangen der Rebhühner in Laufdohnen oder Stricknetzen, das Legen von Schlingen und Schleifen auf Feder- und anderes Wildpret, jedoch mit Ausschluß des Dohnenstieges, so wie auch das Anlegen von Vogelheerden verboten: alles bei 10 Thlr. Strafe für jeden Contraventions-Fall. Dohnenstiege können an den vom betreffenden Oberförster zu bezeichnenden Orten angelegt werden, es muß aber aller Schaden, welcher durch das Einschlagen der Dohnen entstehen sollte, vertreten, und dürfen überhaupt in jungen Hölzern und Dickigten nur Hängedohnen gestellt werden. —

4. Die Jagd darf bei Vermeidung der gesetzlichen Strafe der Jagd-Contravention weder auf andere, als die im Contracte bezeichneten Wildgattungen, noch auch über die Gränze des gepachteten Jagdbezirks ausgedehnt werden. Die Jagd- oder Wildfolge auf angränzenden Grundstücken kann indeffen der Pächter unter genauer Befolgung der über die Jagd- und Wildfolge bestehenden oder noch zu erlassenden Vorschriften ausüben. —

Wenn aber angeschossenes Hoch-, Damm-, Schwarz- oder Rehwild, sofern dem Pächter die Jagd darauf verpachtet ist,

in angränzende Königliche unverpachtete Jagdbezirke übergeht, so ist Pächter verpflichtet, davon dem nächsten Königlichen Forstbeamten bei 5 Thlr. Strafe binnen 43 Stunden Anzeige zu machen, und steht ihm sodann frei, dasselbe im Beisein dieses Forstbeamten oder desjenigen, welchen derselbe dazu mitsendet, nachdem sich dieser von der Richtigkeit der Vermundung und des Ueberganges über die Gränze überzeugt hat, mit zu verfolgen. Wird das angeschossene Wild alsdann erlegt, aber schon verwendet gefunden, so wird es dem Pächter nach Folge-Gebrauch gegen Erlegung des taxmäßigen Schießgeldes verabsfolgt.

Der Unstand darf innerhalb 300 Schritt von der Gränze der etwa anstoßenden Königlichen unverpachteten Jagddistrikte nicht ausgeübt werden, bei Vermeidung einer Conventional-Strafe von 5 bis 30 Thlr. für jeden Uebertretungs-Fall, deren Arbitrirung nach Maaßgabe der Lage des Jagddistriktes und des aus der Uebertretung zu besorgenden Schadens der Königlichen Regierung überlassen bleibt.

5. Pächter darf die Jagd nur in eigener Person oder durch einen gelernten Jäger, oder wenigstens einen qualificirten Schützen, ausüben, und nur in seiner oder des Jägers oder Schützen Gegenwart andere Personen zur Jagd zulassen, bei Vermeidung einer Strafe von 10 Thalern für jeden Uebertretungsfall.

Der Jäger oder Schütze des Pächters, wozu kein Individuum zugelassen werden darf, welches schon wegen Wildddiebstahls- oder Jagd-Contraventionen in Untersuchung gewesen und nicht völlig freigesprochen worden ist, muß dem betreffenden Oberförster zur Genehmigung schriftlich angezeigt werden, und bei Ausübung der Jagd stets einen auf seine Person lautenden und vom Oberförster beglaubigten Legitimationschein bei sich führen, widrigenfalls der Pächter für jeden Uebertretungsfall eine Strafe von 15 Sgr. zu erlegen hat. — Auch haftet Pächter für alle Verletzungen des Contractes durch seine Jäger, Schützen oder Jagdgenossen.

6. Ohne besondere Genehmigung der Königlichen Regierung darf der Pächter sein Jagdrecht weder ganz noch theilweis unterlassen, widrigenfalls der Regierung freisteht, die Jagd auf die Dauer des Contractes auf Gefahr und Kosten des Pächters

anderweit zu verpachten. — Wird von dieser Befugniß kein Gebrauch gemacht, so erlegt der Pächter eine Conventionalstrafe von 10 Thaler.

7. Alle Beschädigungen der Grundstücke, der Früchte und der Bewährungen bei Ausübung der Jagd, so wie die Verletzung der Rechte etwaniger anderer Jagdberechtigten hat Pächter zu vermeiden und allein zu vertreten, auch die vorkommenden Wildschäden, so wie die aus der Ermittlung derselben entstehenden Kosten allein zu ersetzen, und zwar so, wie solches bei Entstehung gütlicher Einigung von der Verwaltungsbehörde, oder, sofern der beschädigte Grundbesitzer selbst den Weg Rechts ergreifen sollte, wie solches durch richterliches Erkenntniß festgesetzt wird.

8. Besondere Jagd-Anstalten und Einrichtungen, als Salzlaken, Wildschneisen und dergleichen kann Pächter weder verlangen noch darf er dergleichen ohne Genehmigung der Königlichen Regierung anlegen. Auch muß er sich jede land- und forstwirthschaftliche Veränderung mit den in seinem Jagdbezirke belegenen Grundstücken, so wie Eintheilungen und Befriedigungen ohne alle Entschädigung wegen angeblicher Nachtheile derselben für den Wildstand gefallen lassen; doch bleibt ihm die Ausübung des Jagdrechts, auf diesen befriedigten Grundstücken unbenommen, sofern nicht besondere Verhältnisse es mit sich bringen, dergleichen Grundstücke der Jagd gänzlich zu entziehen, und eventualiter so zu verfahren, wie es im §. 15. bestimmt ist.

9. Verletzungen der dem Pächter überlassenen Jagdgerechtigkeit durch Andere, hat derselbe als Pächter in seinem Namen gerichtlich zu verfolgen. Sofern aber hierbei ein Anspruch auf die Jagdgerechtigkeit selbst, oder auf bisher nicht anerkannte Wildfolge erhoben werden sollte, hat er der Regierung davon sofort Anzeige zu machen, in welchem Falle dieselbe den Rechtsstreit selbst auszuführen, sich vorbehält.

10. Pächter kann die zur Ausübung der dem Königlichen Fiscus etwa vorbehaltenen Jagd, so wie zur Wahrnehmung der Forst- und Jagdpolizei verpflichteten Königlichen Forstbeamten nicht hindern, den ihm verpachteten Jagdbezirk mit Schieß-



gewehr und mit Hunden, welche letztere jedoch, wenn sie nicht zur Ausübung der dem Fiscus etwa vorbehaltenen Jagd erforderlich sind, gekoppelt werden müssen, zu begeben. Er hat aber, wenn wider Erwarten dabei irgend eine Verletzung des Pacht-Verhältnisses stattfinden sollte, auf gehörige Anzeige und Untersuchung die angemessene Bestrafung des Schuldigen und Schadenersatz zu gewärtigen.

11. Bei der öffentlich meistbietenden Verpachtung bleibt der Königlichen Regierung in jedem Falle die Ertheilung des Zuschlages, und die freie Auswahl unter den drei bestbietend gebliebenen Licitanten vorbehalten, welche hiernach so lange an ihr Gebot gebunden bleiben, bis entweder der Zuschlag erfolgt, oder die Gebote durch Anberaumung eines neuen Licitations-Termins oder sonst verworfen sind.

12. Für den Ertrag der verpachteten Jagd wird keine Gewähr geleistet, auch haftet Pächter für die richtige Bezahlung des Pachtgeldes mit seinem gesammten Vermögen, entsagt auch jedem Erlasse am Pachtgelde, aus welchem Grunde solcher auch gefordert werden möchte, so wie der Befugniß zur Kündigung des Vertrages, wenn während der Dauer der Pachtzeit ein Krieg entstehen sollte.

13. Das gebotene Pachtgeld muß zur Hälfte in Golde, soweit solches darin zahlbar ist, das übrige in Courant, und zwar nach dem Münz-Gesetze vom 30. September 1821 zum 1. Juni jedes Jahres an die betreffende Forst-Kasse, oder wohin die Zahlung sonst gewiesen wird, unerinnert und kostenfrei vorausbezahlt werden, widrigenfalls dasselbe nebst den Verzugszinsen durch Execution eingezogen wird. Einzahlungen in Courant für das in natura zu entrichtende Gold finden nicht statt, wenn auch das zur Ausgleichung erforderliche Agio berücksichtigt werden will. —

Von jedem Thaler Jagdpacht ist der Pächter verpflichtet, ein Paar Raubvögel-Klauen alljährlich abzuliefern, oder für das fehlende Paar 2½ Sgr. zu zahlen, wobei jedoch keine Nachlieferung aus einem Jahre in das andere statt findet.

Mitte December des laufenden Jahres muß diese Raubvögel-Klauen-Lieferung spätestens beendet sein, wobei Krähen-

Elstern-Bürger- und Eulenfänge aber nicht angenommen werden. Beim Mangel an Raubvögeln auf dem Jagddistrikt wird jedoch gestattet, statt der Fänge Fuchsnasen, und zwar jede Fuchsnase zu Drei Paar Raubvögelfänge gerechnet, in der Art abzugeben, daß dem controllirenden Forstbeamten die Bälge vorgezeigt, und in seiner Gegenwart die abzuliefernden Nasen abgeschnitten werden.

14. Bleibt Pächter 6 Monate mit der Pachtzahlung rückständig, oder wird er eines Jagdrevells angeklagt und überführt, so steht es der Königlichen Regierung frei, die Jagd auf die noch übrige Dauer des Contractes auf Gefahr und Kosten des Pächters, nach Maaßgabe der Vorschriften im §. 11. anderweitig zu verpachten.

15. Auch steht der Regierung frei, das Pachtverhältniß entweder ganz oder theilweis nach vorgängiger dreimonatlicher Aufkündigung aufzulösen, wofür dem Pächter außer dem Erlass, oder der Zurückzahlung des etwa für längere Zeit vorausgezählten Pachtgeldes keine weitere Entschädigung zusteht.

Bei einer solchergestalt eintretenden theilweisen Zurücknahme des verpachteten Jagd-Distrikts, wird das verhältnißmäßig abzusetzende Pachtgeld von dem betreffenden Königlichen Oberförster in einem besondern Anschlage ermittelt und vom Forst-Inspector festgestellt. Hält der Pächter diese festgestellte Ermäßigung des Pachtgeldes nicht für genügend, so steht ihm frei, auch den übrigen Theil des Jagdbezirks gleichzeitig zurückzugeben, und aus der Pacht ganz auszutreten.

17. Die Uebergabe der Jagd erfolgt mit dem Tage der beginnenden Pachtzeit, oder spätestens 4 Wochen nach Vollziehung des etwa später geschlossenen Contractes, an den Pächter außergerichtlich durch den betreffenden Königlichen Oberförster, und wird auf den Grund der, unter den Vertrag zu setzenden von beiden Theilen zu vollziehenden desfallsigen Bescheinigung, als förmlich und gehörig vollzogen angenommen. Mit dem Ablauf der Pachtzeit hört der Vertrag ohne weitere Kündigung und Zurücknahme desselben auf, und muß sich Pächter jeder ferneren Benutzung der Jagd enthalten. —

Sollte Pächter während der Pachtzeit sterben, so sind seine Erben verbunden, die Pacht noch ein Jahr nach Ablauf des Pachtjahres, in welchen der Todesfall eingetreten ist, fortzusetzen; jedoch kann nach dem Ermessen der Königl. Regierung der Vertrag in diesem Falle auch mit dem Ablaufe des Pachtjahres, in welchen der Pächter stirbt, aufgehoben werden.

17. Die in dem Contrakte vorbedungenen Strafen werden, sobald die Contravention erwiesen ist, von der Königl. Regierung festgesetzt und in gleicher Art, wie das Pachtgeld, von der Forstkasse eingezogen; der Pächter unterwirft sich in dieser Beziehung der fisci. Exekution. —

18. Der Pächter trägt alle Kosten der Bekanntmachung des Licitations-Termins und der Ausfertigung und Vollziehung des Vertrages, mit Einschluß der gesetzlichen Stempelgebühren, so wie des durch das Pachtgeschäft entstehenden Postporto's.

---

## 6. Ministerial-Verordnung, die Verhütung von Wildschäden betreffend.

Vom 30. Januar 1839.

Auf Allerhöchsten Befehl haben Berathungen darüber Statt gefunden, ob ein neues Gesetz über die Abwendung und Vergütung der Wildschäden erlassen werden solle. Die nähere Erörterung dieses Gegenstandes hat zu der Ueberzeugung geführt, daß sowohl eine Erweiterung der Schadenersatz-Verbindlichkeit des Jagdberechtigten, als auch eine Ausdehnung der Befugnisse des Grundbesizers zum Selbstschuß seiner Ländereien über die Gränzen der jetzt bestehenden gesetzlichen Bestimmungen hinaus, ohne Verletzung des bestehenden Rechtszustandes, nicht füglich geschehen könne; daher nachstehende

## Cabinetts-Ordre, die Verhütung von Wildschäden betreffend.

Auf den Bericht des Staatsministeriums vom 20. v. M. wird genehmigt, nach dem Antrage desselben, daß die durch den Erlaß vom 17. Juni 1833 angeordnete Berathung eines neuen

Gesetz, wegen Abwendung und Vergütung der Wildschäden, vor der Hand suspendirt bleibe, und bei unveränderter Beibehaltung der Bestimmungen des Allgemeinen Landrechtes Th. I. Tit. 9. §§. 141 bis 147 nur darauf gehalten werde:

1) daß das Schwarzwildpret, nach Maßgabe der Ordre vom 16. Februar 1818, ohne Rücksicht auf die in den Provinzial-Forst-Ordnungen gebotene Schonzeit durch die Jagdberechtigten erlegt, und

2) auch in der Schonzeit das Roth- und Dammwildpret, mit Zustimmung der betreffenden Provinzial-Regierung, weggeschossen werden dürfe.

#### 7) Verordnung, die Verpflichtung der Forst-Inspektoren bei Revision combinirter Forstkassen betreffend.

Vom 6. März 1839.

Die grundsätzliche Einrichtung, wornach die Forstkassen in der Regel nicht besondern darauf allein angewiesenen Beamten zu übertragen, sondern mit andern Kassenstellen, besonders mit Domänen-Rentämtern, zu verbinden sind, macht nähere Bestimmungen darüber nöthig, welche Verpflichtungen den Forst-Inspektoren in Bezug auf die Revision dieser combinirten Kassen obliegen. Bestimmungsmäßig (Cirk. Verfügung vom 26. März 1834 S. 7.) haben die Forst-Inspektoren die ihnen untergeordneten Forstkassen in jedem Quartale wenigstens einmal zu revidiren. Von dieser Obliegenheit können selbige auch rücksichtlich der mit andern Kassenstellen vereinigten Forstkassen nicht entbunden werden. Da jedoch von ihnen in der Regel nicht zu erwarten ist, daß sie mit dem Detail der Rentamts- oder Steuer-Verwaltung oder noch anderer Verwaltungszweige so vertraut seien, um, wenn die Forstkassen in Verbindung mit Rentamts-, Steuer- oder andern Kassen verwaltet werden, letztere zweckentsprechend ebenfalls revidiren zu können, so er-

scheint es angemessen, daß in solchen Fällen die Forst-Inspektoren, bei den Revisionen combinirter Kassen, hinsichtlich der Prüfung der Buchführung im Einzelnen nach Soll, Ist, und Rest, durch Vergleichung mit den Stats, Belegen, periodischen Extrakten, Jahres-Rechnungen u. sich nur auf die Forstkassen zu beschränken, dagegen die derartige Prüfung rücksichtlich der übrigen Kassen, in deren Verbindung die Forstkassen verwaltet werden, den für erstere bestellten besondern Revisoren zu überlassen haben. Es versteht sich jedoch von selbst, daß zu den von den Forstinspektoren abzuhaltenden Revisionen der combinirten Kassen die Bücher der letztern jedesmal auch für die gesammten übrigen Verwaltungszweige mit abgeschlossen, der Abschluß von ihnen unterschrieben und die ganzen Kassenbestände von den Forst-Inspektoren revidirt, und nach dem Befunde bescheinigt werden müssen. Auf der andern Seite aber wird, wenn z. B. für die gewöhnlichen Revisionen einer combinirten Rentamts- und Forst-Kasse oder einer combinirten Steuer- und Forst-Kasse, ein Landrath oder ein Steuer-Beamter zum Revisor bestellt ist, dieser sich bei den Revisionen, bezüglich auf die Forstkassen-Verwaltung ebenfalls auf eine Prüfung der Buchführung im Einzelnen nicht einzulassen habe, wenn sich nicht bei der Revision, in Folge entdeckter Unrichtigkeiten oder sonst, eine besondere Veranlassung dazu findet. Bei denjenigen Forstkassen, welche sich außerhalb des Wohnorts der Forst-Inspektoren befinden und von denselben, gewöhnlich bei Gelegenheit der Dienstbereisungen, unvermuthet mit revidirt werden, wird es nur selten geschehen können, daß die Forst-Inspektoren das Revisionsgeschäft gemeinschaftlich mit den für die gewöhnlichen Revisionen der combinirten Kassen bestellten Beamten vornehmen, worauf jedoch, so viel als thunlich, Bedacht zu nehmen ist.

---

**8) Publicandum der Königl. Regierung zu  
Trier, die Ausübung der Jagd auf dem linken  
Rheinufer betreffend.**

**Vom 27. April 1839.**

Zur Beseitigung der Zweifel über die Frage, welche Personen nach §. 12. des Gesetzes vom 17. April 1830 der Jagd-Legitimations-Scheine bedürfen, wird das betheiligte Publikum darauf aufmerksam gemacht, daß nach einer durch das K. Ober-Präsidium mitgetheilten Entscheidung des Hrn. Justiz-Ministers und des Hrn. Ministers des Innern und der Polizei, sowohl

1. die Jäger derjenigen Eigenthümer, welche nach den §§. 7. und 8. des citirten Gesetzes die Jagd auf ihren eigenen Grundstücken ausüben und die übrigen von diesen Eigenthümern mit Erlaubniß zur Ausübung der Jagd versehenen Personen, als auch

2. diejenigen Personen, welche in Begleitung der Jäger, Jagd-Eigenthümer oder Jagd-Pächter jagen, der Legitimations-Scheine bedürfen.

Es dürfen mithin nur die persönlich zur Jagd berechtigten Grundbesitzer und die Jagd-Pächter andere nicht mit Legitimations-Scheinen versehene Personen mit sich auf die Jagd nehmen.

## II.

### Herzoglich Sachsen-Altenburgische Forst- und Jagd-Gesetze, Verordnungen und allgemeine Verfügungen.

---

#### 1) Das Wegschießen der Rabenkrähen und Nebelkrähen betreffend.

Vom 17. März 1830.

Da die Rabenkrähe, *Corvus corone*, so wie die Nebelkrähe, *Corvus cornix*, gemachter Erfahrung nach, der Niederjagd sehr nachtheilig sind, und vorzüglich den Feldhühnern viel Schaden zufügen, so wird verordnet, sie wegzuschießen und nur die sogenannte Saatkrähe, *Corvus frugilegus*, gemäß der, wegen Schonung der Insecten fressenden Vögel, unterm 16. Jul. 1828, mit Bezugnahme auf die gesetzliche, dießfallige Vorschrift vom 21. September 1797, in Nummer 31. des Amts- und Nachrichten-Blattes vom Jahre 1828 befindlichen Bekanntmachung, von dieser Verfolgung auszunehmen, da solche zur Vertilgung von Insecten unbedingt nützlich ist, dabei aber die Einrichtung treffen zu lassen: daß neben der angeordneten Einlieferung der Fänge der geschossenen Krähen, auch die Schnabel mit eingebracht werden sollen, da sich der Schnabel der Saatkrähe leicht von dem aller übrigen Krähenarten unterscheidet.

---

**2) Edikt, die Verhältnisse des Staatsdienstes und die  
Bildung und Geschäftsthätigkeit der Landeskollegien  
betreffend.**

**Vom 18. April 1831.**

**Betreffende Stellen:**

**Allgemeine Bestimmungen.**

**Von den Staatsdienern.**

**§. 4.**

Alle Ernennungen von Staatsdienern geschehen auch  
künftig unmittelbar vom Landesherrn, oder in seinem Namen  
von den Behörden, so weit diese ausdrücklich dazu befugt sind &c.

**§. 6.**

In Bezug auf die von Uns oder in Unserm Namen an-  
zustellenden öffentlichen Beamten, mit Einschluß der Aerzte,  
Anwälte und Notare, finden Wir Uns veranlaßt, die Bestim-  
mung zu wiederholen, daß kein solcher Beamter ohne vorherige  
Nachweisung seiner moralischen Tüchtigkeit und seiner wis-  
senschaftlichen und geschäftlichen Befähigung angestellt wer-  
den darf &c.

**§. 10.**

Jeder Beamte ist verantwortlich für die Erfüllung  
der ihm durch seine Instruction oder durch seine Vorgesetzten  
aufgetragenen, ingleichen der in sein Pflichtenbereich überhaupt  
gehörigen Obliegenheiten, und es wird die Erhaltung der mo-  
ralischen Ehre als unzertrennlich von seiner Dienstehre angesehen.

**§. 11.**

Keinem Staatsdiener wird die von ihm nachgesuchte Ent-  
lassung aus seinem Dienstverhältniß verweigert. Nur muß  
er darum wenigstens ein Vierteljahr vor dem beabsichtigten Aus-  
tritt nachsuchen und keine Rückstände in seinen Dienstgeschäften  
hinterlassen, vielmehr in dieser Hinsicht seine völlige Pflicht-  
erfüllung nachweisen. Er ist, wenn er nicht mindestens 10 Jahre  
diente, verbunden, die zu seiner Ausbildung vom Staate etwa  
empfangene Unterstützung, mit Ausnahme der vom Konsistorium  
abhängigen Stipendien, vorher zu erstatten. Auch nach seinem



Außerhalb dauert die Verantwortlichkeit für seine Amtshandlungen und Unterlassungen während der bestandenen Dienstzeit fort, insoweit er nicht deshalb schon vorher ausdrücklich freigesprochen wurde; und eben so währt die Verpflichtung zur Bewahrung des Dienstgeheimnisses fort.

§. 12.

Wenn ein Staatsdiener sich des bei seiner Anstellung in ihn gesetzten Vertrauens unwürdig macht, so daß er seine Stelle ohne Nachtheil des Dienstes und der Dienstehre nicht mehr verwalten kann, so ist derselbe auch ohne sein Nachsuchen aus demselben zu entfernen. Es werden hierüber die nähern Bestimmungen ergehen, welche nöthig sind, um eines Theils die Beamten vor Willkühr zu sichern, andern Theils den Staatsdienst und die Unterthanen von solchen Personen zu befreien, die des öffentlichen Vertrauens unwürdig sind.

§. 13.

Kein künftig angestellter Staatsbeamter soll mit seinem Gehalt ganz oder zum größern Theil auf Sportelbezüge verwiesen werden. Kein jetzt oder künftig angestellter Staats- und Kommunalbeamter soll Geldsporteln oder andere Reichnisse für seine Person unmittelbar von den Unterthanen erhoben. Aus besondern Gründen kann, wiewohl nur mit Unserm ausdrücklichen Vorwissen, die Ueberweisung eines Theils der eingehenden Sporteln aus den Kassen an einzelne Beamte (nie an Dirigenten oder Kollegienglieder) Statt finden ic.

§. 16.

Jeder Beamte ist verbunden, sich in eine andere Dienststelle versetzen zu lassen, wenn dabei sein Dienststrang und seine gesetzliche Einnahme nicht gemindert wird. Auf Privatverhältnisse kann dabei nicht Rücksicht genommen werden. — Wenn keine Besoldungsverbesserung mit der Versetzung verbunden ist, erhält er eine Vergütung für die Umzugskosten ic.

§. 20.

Solche Staatsdiener, die durch Alter oder Krankheit ohne ihr Verschulden dienstunfähig geworden sind, haben auf einen angemessenen, ihren Lebensunterhalt sichernden Ruhegehalt

Anspruch. Die desfallige Entschließung und Bestimmung hängt von Uns ab.

§. 75.

**Geschäftskreis der Oberbehörden.**

Unsere Kammer behält fernerhin ihren bisherigen Geschäftskreis — die Verwaltung unsers Domanal-Eigenthums der ihr überwiesenen Regalien und andern Einkünfte ic., es liegt ihr daher ob: Die Verwaltung aller Forstbeständen und des Herrschaftlichen Jagdwesens ic.

§. 78.

Bei ihrer ganzen Verwaltung hat die Kammer zwar auf Einhaltung der Ordnung und Pünktlichkeit zu sehen, aber dabei, so weit es sich ohne Verletzung höherer Pflichten thun läßt, mit Milde und Schonung gegen den Einzelnen zu verfahren, und stets dahin zu wirken, daß durch eine zweckmäßige Bewirthschaftung und Verwaltung der Kammergüter, Forsten, Straßen und dergleichen auch den Unterthanen wesentlicher Vortheil verschafft werde, in welcher Beziehung sie namentlich fortzufahren hat, die Ablösung der Domanalfrohnden zu erleichtern.

**Gesekraft dieses Edikts.**

§. 105.

Gegenwärtiges Edikt tritt vom 29. April dieses Jahres in Kraft, bis zu welchem Tage die aus der bisherigen Regierung gebildeten beiden Kollegien in Wirksamkeit kommen. Hiernach hat man sich bei Berichten und Eingaben zu achten. Irrthümlich an ein unrechtes Kollegium gerichtete Eingaben sind kurzer Hand an das rechte abzugeben.

---

3) Bekanntmachung der Landesregierung, das Verbot des Jagens an Sonn- und Feiertagen während des Gottesdienstes betreffend.

Vom 20. Juni 1833.

Durch die Regierungs-Verordnungen vom 6. April 1825 und 23. Jan. 1826 ist bereits das Jagen an Sonn- und Feiertagen

tagen während des jeden Ortes Gottesdienstes bei Strafe untersagt worden.

Die Erfahrung hat indessen gelehrt, daß dieses Verbot, wenn es streng nach den Worten gehandhabt wird, nicht hinreicht, um der Absicht des Gesetzes gemäß, Störungen oder unfreiwillige Vernachlässigungen der Sonntagsfeier, welche durch Jagdübungen herbeigeführt werden können, zu verhüten daher mittelst höchsten Rescriptes vom 7. d. M. zur Erläuterung der Ergänzung jener gesetzlichen Vorschriften landesherrlich untersagt worden:

Fortan, bei Vermeidung willkürlicher Gefängniß- oder Geldstrafe, an Sonn- oder Feiertagen vor Beendigung des Nachmittags-Gottesdienstes in den einem Jagddistricte zunächst gelegenen Kirchen, in selbigem Treibjagen jeder Art zu halten.

4) Mandat, wegen anderweiter Bestimmung des Termins für den Aufgang der Niederjagd und wegen der Ausübung dieser Jagd überhaupt.

Vom 9. August 1833.

Nachdem die Verschiedenheit der gesetzlichen Bestimmungen des Termins für den Aufgang der Niederjagd in den Aemtern Altenburg und Cobla, und in den Aemtern Eisenberg, Roda und Ronneburg Veranlassung zu mancherlei Irrungen und Streitigkeiten geworden ist: so ward auf den Grund der von sämtlichen Forstämtern deshalb erstatteten Gutachten und nach vernommenem Beirath der Stände, eine gleichförmige Bestimmung hierüber für das ganze Herzogthum Altenburg zu treffen beschlossen, und hierüber, so wie wegen Erneuerung einiger älterer landesgesetzlichen Bestimmungen in Beziehung auf die Ausübung der Niederjagd verordnet, wie folgt:

1) Der über den Aufgang der Niederjagd zeither Statt gefundene Unterschied zwischen den Aemtern Altenburg und Cobla, wo der 21. September, und den Aemtern Eisenberg, Roda und Ronneburg, wo der 1. October zum Termin des Aufgangs der Niederjagd bestimmt war, ist aufgehoben, und es finden von nun an, in Hinsicht der Niederjagd, folgende, für alle Aemter des Herzogthums gleichgeltende Vorschriften Statt.

2) Die Hühnerjagd beginnt in geschlossenen Jagdrevieren mit dem ersten September

3) Der Aufgang der Hasen- und Niederjagd, so wie der Hühnerjagd in Koppelrevieren ist für die Vasallen und andere Jagdberechtigte in allen Theilen des Landes auf den ersten October bestimmt.

4) In Ansehung der landesherrlichen Forstämter bewendet es dabei, daß dieselben die Vorjagd da, wo sie hergebracht ist, acht Tage vor diesem bestimmten Aufgangstermine ausüben, wobei jedoch jeden Falls die etwa noch stehenden Feldfrüchte gebührend zu schonen sind.

5) Mit dem ersten Februar jeden Jahrs wird auch ferner die hohe und niedere Jagd geschlossen.

6) Jedem Jagdberechtigten wird nachgelassen, in geschlossenen Jagdrevieren, ohne vorherige Anfrage bei den Herzoglichen Forst- oder Jagdbedienten, jedoch unbeschadet des diesen zustehenden Aufsichtsrechtes, zur Oster- oder Pfingstzeit, so wie auch zu Ehrenausschüttungen, einige wenige sogenannte Festhasen zu schießen, doch darf solches nicht an Sonntagen oder kirchlich gefeierten Festtagen geschehen, auch dürfen dabei die Hasen nicht mit Hunden geheßt werden.

7) Auch das Schießen einiger Hähne im Frühjahr während der Paarzeit der Rebhühner bleibt den Jagdberechtigten nachgelassen.

8) Ingleichen wird die Ausübung der Niederjagd überhaupt durch den sogenannten Anstand, jedoch nur in geschlossenen Revieren, vom 21. September jeden Jahrs an gestattet.

9) Alle Vasallen und andere Jagdberechtigte haben sich bei Ausübung ihrer Jagdbefugnisse streng an die zum Aufgang und Schluß der Niederjagd hier bestimmten Termine zu halten und dieselben stets genau zu beobachten.

Sollte ein Jagdberechtigter sich unterfangen, diesen gesetzlichen Verfügungen zuwider zu handeln: so soll derselbe für jeden Contraventionsfall mit einer Strafe von zehn bis zwanzig Thalern, als bis wohin die in älteren Landesgesetzen auf 100 Goldgülden bestimmte Geldbuße hiermit ermäßigt wird nach richterlichem Ermessen, unnachsichtlich belegt werden.

---

**5) Bekanntmachung der Landesregierung, das landesgesetzliche Verbot eigenmächtiger Holzausrodung und Umwandlung des Holzbodens in Feld oder Wiese betreffend.**

**Vom 15. September 1834.**

Da in Fällen eigenmächtiger Holzausrodung und Umwandlung in Feld oder Wiese von den Contravenienten häufig zur Entschuldigung angeführt worden ist, daß ihnen die dießfälligen gesetzlichen Verbote unbekannt seien; so steht Herzogl. Landesregierung Sich veranlaßt, die Seite 377 der Beifügen zur Landesordnung und Seite 604 der ersten Beifugensammlung zu derselben enthaltenen Vorschriften, nach welchen Privatpersonen, nicht weniger die Rittergutsbesitzer bei Strafe ihre Holzgrundstücke nicht ausroden und in Feld oder Wiese verwandeln dürfen, ehe und bevor sie dazu die Erlaubniß der mit der Oberaufsicht über die pflegliche Benutzung der Privathölzer beauftragten Landesbehörde nachgesucht und erhalten haben, durch gegenwärtige öffentliche Bekanntmachung wieder einzuschärfen und Jedermann zu deren pünktlicher Nachachtung andurch anzuhalten.

---

**6) Verordnung der Landesregierung, die von den Forstbeamten bei Localbesichtigungen in Privatholzungen in Anspruch zu nehmenden Gebühren betreffend.**

**Vom 2. November 1835.**

Da zeitlich über die Frage, ob und welche Gebühren die Forstbeamten bei Localbesichtigungen in Privatholzungen in Anspruch zu nehmen hätten, mannichfache Zweifel und Ungewissheiten obgewaltet haben, so sind von Herzogl. Landesregierung auf den Antrag und im Einverständniß der Herzoglichen Kammer in diesem Betracht folgende Bestimmungen getroffen worden:

1) Denjenigen Forstbeamten, welche kein Dienstpferd zu halten haben, wie Heegereiter, Grenzscheuten und dergleichen, passiren in dergleichen Fällen und zwar nur dann, wenn die

Besichtigungen von Privatleuten ausdrücklich verlangt, oder durch ein Justizamt oder sonstige Gerichtsstelle besonders veranlaßt werden, 16 Gr. Conv. tägliche Diäten und 1 Thlr. Kopflohn, während

2) die Förster oder Reviersinhaber bloß dann Ansprüche darauf zu machen haben, wenn sie entweder bei vorkommenden Streitsachen auf ihren Revieren als Geometer oder Forstverständige aufgefördert oder befehligt, oder bei Besichtigungen auf ein andres Revier mit zugezogen werden, da alle andre Expeditionen in den betreffenden Privathölzern ihres Reviers ex officio geleistet werden müssen.

3) Die solchergestalt gefälligen Gebühren sind von den treffenden Unterbehörden mit zu liquidiren und beizutreiben, dann aber in den Gesamtbeträgen mit Specification viertel- oder halbjährig an die bezüglichen Herzoglichen Forstämter zur Vertheilung einzuzahlen, zu welchem Ende ihnen von den letztern jedesmal in dem überreichten Gutachten zugleich mit angezeigt werden wird, welcher Beamtete die Besichtigung besorgt habe.

---

7) Bekanntmachung der Kammer, die bei den Forstämtern zu gebrauchenden Längenmaße betreffend.

Vom 19. April 1836.

Es ist erforderlich geworden, die bei den Forstämtern gebräuchlichen Längenmaße genauer, als bisher, in Uebereinstimmung zu bringen. Die deshalb eingeleiteten Ermittlungen haben auf das Resultat geführt, daß der altenburger und leipziger Werksfuß ursprünglich ganz gleich gewesen sind, daß letzterer aber nur eine Kopie des Dresdner Fußes bildet, und daß dieser mit dem auf dem Maßstäflein in den Beifügen zur Landesordnung befindlichen Fuße fast ganz genau übereinstimmt. Nachdem nun Herzogl. Kammer für Anschaffung eines ganz genauen dresdner Maßmaßes Sorge getragen hat, so bringt sie im Einverständnisse mit Herzogl. Landesregierung zur öffentlichen Kenntniß, daß von jetzt an in allen, das Forst- und Jagd-

Wesen betreffenden Angelegenheiten nur allein der dresdner Fuß, und zwar so lange ausschließlich angewandt werden soll, bis in Folge des Staatsvertrages vom 11. Mai 1833 unter den Zoll- und Handels-Vereinsstaaten eine Vereinbarung über ein allgemeines Maßsystem eingetreten sein wird.

8) Mandat, die Abgabe von Halten der Nachtigallen, Sprosser, Grassmücken und Plattenmönche, und das Ausnehmen junger Vögel und Vogel-Eier dieser Gattungen betreffend.

Vom 19. Mai 1837.

Um das Einfangen der Nachtigallen, Grassmücken und Plattenmönche möglichst zu beschränken und deren Ansiedelung im Freien zu befördern, zugleich aber auch den Gemeinden einen Zuschuß zur Deckung ihres Armen-Versorgungs-Aufwands zu gewähren, wird verordnet:

1) Für jede Nachtigall, jeden Sprosser, jede Grassmücke (auch Weißbauch, Weißkehlchen oder Weißmüllerchen), und jeden Plattenmönch, welcher in dem Herzogthume, in Städten oder auf dem Lande, in Gefangenschaft gehalten wird, hat der Besitzer eine Abgabe von fünf Thaler Pr. Kurr. zu entrichten.

2) Die Abgabe wird fällig zum ersten Mal den ersten Januar 1838, und jeden ersten Januar der folgenden Jahre, bezüglich jedes Singvogels obgedachter Arten, welcher an diesem Tage gehalten wird, und dann an demjenigen Tage des Jahrs 1838 und der folgenden, an welchem ein steuerbarer Vogel neuerdings angeschafft wird.

3) Ausnahmen von der Abgabepflicht finden nicht Statt, selbst dann nicht,

wenn an die Stelle eines bereits versteuerten ein anderer Vogel derselben Art angeschafft wird,

oder im Laufe eines Jahres ein erweislich in demselben Jahre schon versteuerter Vogel an einen andern Besitzer übergeht, oder die Vögel zum feilen Verkauf gehalten werden.

4) Wer es unternimmt, die Abgabe zu hinterziehen, verfällt in die Strafe der doppelten Nachzahlung der Abgabe, von Zeit ihrer, jedesmaligen Fälligkeit an, und außerdem in eine Geldstrafe von zwei bis drei Thaler, oder wenn der Schuldige unvermögend wäre, außer der einfachen Nachzahlung der Abgabe in eine Gefängnißstrafe von 6 bis 12 Tagen.

5) Der Ertrag der Abgabe gebührt derjenigen Kommun, in deren Bezirke der Besitzer des steuerbaren Vogels wohnt, und ist in derselben Weise zur Mitbestreitung des Orts-Armen-Versorgungsaufwands, oder auch zu Bildung eines Reservefonds zu selbigem zu verwenden, wie die Abgabe von Hundeu nach §. 16 des Gesetzes vom 9. August 1833.

6) Die Kommunen sind zur Erhebung der Abgabe verpflichtet. Im Falle einer Unterlassung oder nicht pünktlichen und vollständigen Erhebung ist, — vorbehaltlich des Regresses an Kommunalbeamte, welche eine Verschuldung trifft — aus Kommunalmitteln eine Geldstrafe von fünf bis fünfundzwanzig Thalern Preuß. Courant — nach dem Ermessen der Landesregierung — in die Obersteuer-Kasse zum Armenhülfsfonds zu erlegen.

7) Es bleibt jeder Kommun überlassen, die Art und Weise, in welcher die Erhebung und Beaufsichtigung nach den Vorschriften in den §§. 1, 2 und 3 erfolgen soll, näher anzuordnen, auch Strafen auf die Nichtbefolgung dieser Anordnungen im Voraus festzusetzen, doch so, daß auf keine Weise die Bestimmungen des Patentess geändert werden dürfen. In einer Dorfkommun soll dies unter Leitung und Bestätigung derjenigen Gerichtsbehörde geschehen, welche in den Angelegenheiten der Gemeinde verfassungsmäßig zuständig ist; in den Städten aber durch die Kommunal-Verwaltungs-Behörden.

8) Dieselben Gerichts- und Verwaltungsbehörden haben sich bei vorkommenden Ordnungswidrigkeiten und Abgabehinterziehungen von Seiten der Abgabepflichtigen, und bezüglich der Gemeindebeamten, der Erörterung, Entscheidung und Bestrafung von Amtswegen zu unterziehen.

Zur Aufsichtsführung und zur Anzeige wahrgenommener Ordnungswidrigkeiten und Hinterziehungen, bei den genannten



Behörden, sind insbesondere auch die Gensd'armen und andere Polizei-Offizianten verpflichtet. Die Denunzianten erhalten den dritten Theil der aufkommenden Geldstrafen (S. 4. und 6.), und ist wegen des den Gensd'armen zukommenden Antheils nach der Verordnung, Ges. Samml. 1834, S. 240. zu verfahren.

9) Das gesetzliche Verbot, junge Vögel und Vogel-Eier auszunehmen (Bef. zur L. D. S. 337. Nr. 7. S. 397; Ges. Samml. von 1821 S. 8, 1727. S. 18.) wird hierdurch im Allgemeinen, namentlich in Bezug auf die in diesem Mandat genannten Gattungen erneuert und den Polizeibehörden die strengste Aufsichtsführung dieserhalb anbefohlen. Auch hier treten die Bestimmungen wegen des Denunziantenanteils (S. 8.) ein.

### 9) Ministerial-Erklärung, die Uebereinkunft zwischen Sachsen-Altenburg und Sachsen-Meiningen die Bestrafung der Forst-, Jagd-, Fisch-, Feld- und Baumfrevel betreffend.

Vom 11. August 1837.

1) Die zuständigen Behörden des Herzogthums Sachsen-Meiningen und diejenigen des Herzogthums Sachsen-Altenburg sind gleichmäßig verpflichtet, die Forst-, Jagd-, Fisch-, Feld- und Baumfrevel, welche die Unterthanen des einen Staats in dem anderseitigen Gebiete verübt haben, sobald erstere davon Kenntniß erhalten, nach denselben Gesetzen zu untersuchen und zu bestrafen, nach welchen sie untersucht und bestraft werden würden, wenn sie im Inlande begangen worden wären.

2) Um zur Sicherstellung des Forst-, Feld- und Baumeigenthums, so wie der Jagd- und Fischerei-Gerechtsame möglichst mitzuwirken, sind die verpflichtete Forst- und Polizeibeamte beider Herzogthümer wechselseitig befugt, in Fällen verübter Frevel, Hausdurchsuchungen im Gebiete des andern Staats zu veranlassen, wenn sich dort muthmaßlich die angegebenen Thäter aufhalten oder der Gegenstand des Frevels befinden sollte, oder wenn das von dem Frevler zurückgelassene Werkzeug, wa-

mit der Frevel verübt worden, einem dortigen Untertban angehört. Dieselben haben zu diesem Behuf den Ortsvorstand der betreffenden Gemeinde zur alsbaldigen Vornahme der Visitation in ihrer Gegenwart aufzufordern und es hat letzterer einer solchen Aufforderung ungesäumt Folge zu geben. Den Angaben des inländischen Schußpersonals über die im Auslande gemachten Wahrnehmungen ist derselbe Glaube beizumessen, als wenn letztere im Inlande erfolgt wären.

3) Bei dergleichen Haussuchungen muß der Ortsvorstand, ohne für seine Mitwirkung eine Belohnung in Anspruch nehmen zu können, dem Requirenten über den Erfolg eine schriftliche Ausfertigung ausstellen und demnächst an die ihm selbst vorgesetzte Behörde in gleicher Maasse berichtliche Anzeige erstatten, bei Vermeidung einer angemessenen Geldstrafe.

4) Das Schuß- und Aufsichtspersonal hat die durch Angehörige des andern Staats verübten Frevel vorgedachter Art, so weit möglich zu constatiren und die deßhalb aufzunehmenden schriftlichen Verhandlungen nebst den etwa gepfändeten Gegenständen der zur Bestrafung des Frevels befugten heimatlichen Behörde zuzustellen.

5) Ist die Person des Frevelers dem Forst- oder Polizeibeamten bekannt, und kann dieselbe sonach durch ihn constatirt werden, so findet eine Verhaftung des ersteren nicht Statt. Im entgegengesetzten Falle ist aber der Forst- oder Polizeibeamte berechtigt, den auf frischer That betroffenen Freveler zu arretiren und an die nächstgelegene Ortsbehörde desjenigen Staats, auf dessen Gebiet die Verhaftung erfolgt, zur Constatirung seiner Person abzuführen; auch kann ersterer zu diesem Behufe die Spur des letzteren, so weit es ihm möglich ist, verfolgen. Mißlingt das eine oder das andere, so ist die Identität der Person des Frevelers ebenfalls durch Zeugen zu erweisen.

6) Für die Constatirung eines Frevels obgedachter Art, welcher von einem Angehörigen des einen Staats in dem Gebiete des andern begangen worden, soll den Anzeigen und den Abschätzungen, welche von den verpflichteten Forst- oder Polizeibeamten des Orts des begangenen Frevels unter Beziehung auf ihre Dienstpflicht bewirkt worden sind, von der zur Abur-

theilung berufenen Behörde derselbe Glaube beigemessen werden, welchen die Gesetze den auf gleiche Weise bewirkten Anzeigen und Gutachten der inländischen Beamten gleicher Kategorie beilegen.

7) Die Einziehung des Betrags der Strafe und der Untersuchungskosten soll demjenigen Staate oder den in denselben sonst etwa dazu berechtigten Behörden oder Personen verbleiben, wo und von Seiten welcher die Verurtheilung Statt gefunden hat, und nur der Betrag des Schadenersatzes und der Pfandgebühren an die betreffende Kasse desjenigen Staates abgeführt werden, in welchem der Frevel verübt worden ist.

8) Den beiderseitigen untersuchenden und bestrafenden Behörden wird zur Pflicht gemacht, die Untersuchung und Bestrafung obgedachter Frevel in jedem einzelnen Falle so schleunig vorzunehmen, als es nach der Verfassung des Landes nur irgend möglich sein wird. Wenn die Sache dahin gediehen ist, daß das über den Frevel gefällte Erkenntniß vollstreckt werden kann, so hat die Untersuchungsbehörde eine beglaubte Abschrift oder einen Auszug dieses Erkenntnisses der vorgesetzten Behörde des Angebers bei Vermeidung einer angemessenen Ordnungsstrafe ungesäumt kostenfrei zu übersenden.

## 10) Patent über die Vergütung von Wildschäden in Herzoglichen Jagdrevieren.

Vom 12. Januar 1838.

Die Landesordnung (1. Beif. Samml. S. 162) sagt: „An ihm selbst können Wir Niemand verdenken, der zu Erhaltung der Seinigen das Wildpret zu scheuchen, auch sonst in auf zulässige Weise Schaden abzuwenden, ihm angelegen sein läßt; allein des Schießens sich hierzu zu gebrauchen, gereicht der Wildbahn zu allzumerklichen Nachtheil; man wird aber gleichwohl dahin bedacht sein, damit durch Pürschen und Jagen dem Ueberfluß des Wildprets gesteuert werde, maassen auch Wir auf zutragenden Wildschaden, da solcher bei Zeiten angezeigt wird, vermöge der Landesordnung Uns gnädig erzeigen und den Be-

schädigten anderweite Ergöpflichkeit dafür widerfahren lassen wollen." Späterhin wurde durch Reskript, Gotha den 5. März 1824, bei den damaligen Klagen über den allzustarken Wildstand im Saal- Eisenbergischen Kreise, in Form einer Instruktion, ein Regulativ über die Entschädigung wegen Wildschadens in Herrschaftlichen Revieren erlassen, was aber bloß für jenen, demselben vorzugsweis ausgesetzten Kreis Anwendung finden sollte, und zu welchem später, unterm 21. Januar 1825, eine Erläuterung hinzukam. Bis zum Erlasse dieses Regulativs ward irgend ein Anspruch auf Entschädigung wegen Wildschadens innerhalb der herrschaftlichen Reviere so wenig im westlichen Kreise anerkannt, als dies noch jetzt für den östlichen Theil des Landes Statt findet. Obschon nun seit Erlass jenes Regulativs, auf den Herrschaftlichen Revieren sämtliches Roth- und Schwarzwildpret niedergeschossen und nur auf einen Thiergarten beschränkt, hierdurch aber der Hauptgrund früherer Beschwerden gänzlich entfernt, auch seitdem hinsichtlich der Heegung von Rehen und Hasen, über die man noch vor wenig Jahren gar keine Klage vernahm, keine Vorschriften zu deren Förderung erlassen, sondern im Gegentheil stets der Bedacht auf einen nur pfléglichen Stand genommen worden ist, — und obschon zu Erlangung eigener beruhigender Gewißheit darüber: daß zwar die Wildbahn und mit ihr die Ausübung des Jagdregals im Herzogthum aufrecht erhalten, aber auch die Rücksichten auf die Landeskultur beachtet bleiben, nochmals eine hierauf zweckende behüßige Verfügung getroffen worden, folglich der Hoffnung mit Recht sich hingeeben werden kann: daß zu gegründeten Beschwerden künftig ein Anlaß nicht bestehen werde; — so hat sich doch Veranlassung ergeben, jenem Regulativ nünmehr auch auf den östlichen Landestheil, somit auf das ganze Land Anwendung zu geben, und ihm nur einige durch die Erfahrung an die Hand gegebene Modificationen beizufügen. Es lautet aber jenes Regulativ, mit Einschaltung der spätern Erläuterung, also:

## Regulativ

über das Verfahren bei Würderung des durch Wild in Herrschaftlichen Revieren verursachten Schadens.

### A. Allgemeine Regeln.

#### §. 1.

Früchte, hinsichtlich deren allein Schadens-Ersatz stattfindet.

Da in Vergleich mit frühern Zeiten gegenwärtig wegen der öftern, ohne vorher erlangte Erlaubniß unternommenen Verwandlung der Leeden und Hölzer in Feld, unverhältnißmäßig gesömmert wird, bei Früchten dieser Art insbesondere auch eine richtige Beurtheilung des Schadens, sowohl hinsichtlich der Ursache als der Quantität desselben, äußerst schwierig ist, so kann mit alleiniger Ausnahme der Erdäpfel, in Hinsicht deren der durch das Wild verübte und nach Altenburgischem Gemäß anzugebende Schaden nach einem ein für alle Mal bestimmten Ansätze, (nämlich 6 Gr. vom Scheffel Altenburgischem Gemäße), vergütet werden soll, nur auf Ersatz des Schadens an solchen Früchten Anspruch gemacht werden, über welche eine Kammertaxe vorhanden ist, als Weizen, Korn, Gerste und Hafer, indem jene Taxe bei der Bestimmung des Ersatzquantums als Norm unterlegt wird. Beschädigungen anderer Früchte aber werden ebensowenig berücksichtigt, als die an Holzungen, indem auch bei der Beurtheilung dieser sich gleich große Schwierigkeiten einstellen.

#### §. 2.

Zeitbestimmung für die Schadens-Würderung.

Nachdem vieljährige Erfahrung gelehrt hat, daß durch das Wild ein wirklicher und sonach einzig zu berücksichtigender Schaden nur dann verursacht werde, wenn das Getraide in den Schussballen getreten sei, auch dann allein eine zweckmäßige Würderung desselben vorgenommen werden könne, so sind auch Anzeigen von Beschädigungen, und Taxationen der letztern nur von jenem Zeitpunkte an, bis zum Abbringen des Getraides gestattet. (Vgl. Zusatz §. 10)

**§. 3.**

**Kompetente Behörden.**

Die Anzeigen von Beschädigung und das Gesuch um deren Taxation müssen bei den betreffenden Justiz-Ämtern angebracht werden und zwar nicht allein von Seiten der Amts-, sondern auch der Vasallen-Ortschaften, (Zusatz §. 41.) da in Bezug auf letztern die Ämter kommissarischen Auftrag erhalten haben.

**§. 4.**

**Konkurrirende Personen.**

Die Personen, welche bei Würdigung der durch das Wild verursachten Schäden konkurriren, sind

- 1) der Beschädigte,
- 2) die Behörde, das betreffende Justizamt,
- 3) ein hierzu ein für alle Mal verpflichteter Taxator, oder dessen auf gleiche Weise, in Pflicht genommener Stellvertreter,
- 4) der Förster eines benachbarten und nicht desjenigen Reviers, wo der Schaden geschehen ist, oder dessen Vursche.

Das Verhalten dieser Personen aber bestimmen die in den nachstehenden Paragraphen gegebenen Vorschriften.

**B. Besondere Vorschriften.**

**§. 5.**

Glauben Besitzer von Feldgrundstücken in dem oben bezeichneten Zeitabschnitte einen die Taxation heischenden Schaden durch Wild erlitten zu haben, so haben sie denselben fürs Erste unverweilt den Gerichtspersonen ihres Dorfes, welche die Zeit dieser Meldung, um darüber nöthigen Falls Auskunft geben zu können, genau bemerken müssen, zu zeigen. Ergiebt sich nach deren pflichtmäßigem Gutachten, welches auf die hier und insbesondere im §. 1. gegebenen Vergütungs-Principien zu gründen, ein wenigstens 12 Gr. Rouv. vom einzelnen Grundstück (nach dem höchsten Refr. v. 21. Januar 1825) betragender Wildschaden, (indem für einen minder wichtigen Schaden keine legale Taxation zu gestatten ist), so haben die Betheiligten dann in Person, oder durch eine beauftragte Orts-Gerichtsperson, nicht aber durch andere Bevollmächtigte oder Gemeindegendici, welche unter keiner Bedingung zugelassen werden, binnen 24 Stunden, von der Zeit an gerechnet, wo sie den erlittenen

Schaden in Erfahrung gebracht, bei dem betreffenden Amte Anzeige davon zu machen. Beobachten sie dieses Verfahren nicht auf das Strengste, so wird das Gesuch um Würderung sofort abgeschlagen und im Falle sich die Beschwerden als grundlos ergeben, der Beschwerdeführer unausbleiblich neben Geltung der Kosten um fünf Thaler bestraft.

Außerdem hat der Beschädigte bei der Besichtigung und Taxation des Schadens sich eines bescheidenen, anständigen Betragens zu befleißigen und jeder eigenmächtigen Einmischung zu enthalten.

#### S. 6.

#### Verhalten der Behörde.

Ist bei der Behörde eine derartige Anzeige, rücksichtlich deren es einer besonderen Registratur nicht bedarf, geschehen, so hat sich dieselbe sogleich, oder spätestens binnen 3 Tagen in der Person eines Justizbeamten in Begleitung des Frohns, und unter Zuziehung des verpflichteten Taxators, oder dessen Stellvertreters und eines Försters oder dessen Burschen, (welchen Personen sie deshalb mit Angabe der Zeit und des Ortes der Besichtigung mündlich Notiz zukommen lassen muß), an den bezeichneten Ort zu verfügen.

Hier angekommen zieht sie mindestens noch eine Gerichtsperson der betreffenden Gemeinde, oder ist dieselbe vielleicht selbst betheiligt oder doch mit dem Beschädigten blutsverwandt, einer benachbarten Gemeinde, als Zeuge zu.

Sie hat demnach mit strenger Unparteilichkeit sowohl das herrschaftliche, als das Privat-Interesse zu beachten und in dieser Hinsicht insbesondere dahin zu sehen, ob nicht die eigene Schuld der Betheiligten, vielleicht durch Auflassen der Thore der Wildzäune, den Schaden herbeigeführt habe, sodann bei den Besichtigungen auf Ruhe und Ordnung zu halten, unverständige und unanständige Aeußerungen des Beschädigten streng zu verweisen und nach Gelegenheit zu ahnden, sich des Aussprechens eigener Ansichten über die wirkliche Würderung zu enthalten und überhaupt Sorge zu tragen, daß die Taxatoren nicht gestört, oder deren Urtheil durch Aeußerungen Dritter geleitet werde.

Das Resultat der Besichtigung trägt der Beamte, ohne ein ausführliches Protokoll darüber aufzunehmen, in eine nach nachstehendem Schema eingerichtete Tabelle ein:





Nachlässigkeiten und Verzögerungen der Behörde Betreffs der Taxation werden das erste Mal durch Verweis gerügt, das zweite Mal mit 5 Thaler und bei öfteren Wiederholungen in einem verhältnißmäßig erhöhten Maaßstabe bestraft.

#### S. 7.

##### Verhalten des Taxators.

Der Taxator muß das beschädigte Feld genau besichtigen, und streng untersuchen, was von dem Getraide und auf welche Weise es beschädigt ist, namentlich, ob die Aehren geknickt, oder ganz abgefressen sind, ob der Schade wirklich durch Wild und nicht vielmehr durch zahme Thiere oder durch Naturbegebenheiten, als Regen, Graupeln, Schloßen, Hagel, Sturm u. s. w. verursacht ist, worüber er zugleich sein Urtheil mit dem des zuzuziehenden Försters zu vereinigen hat, da insonderheit, wenn die Fährten des Wildes alt sind, von einer Entschädigung nach S. 5. keine Rede sein kann.

Bei nur niedergetretenem, nicht gänzlich vernichtetem Getraide hat er sein Augenmerk vorzüglich darauf zu richten, ob dasselbe sich vielleicht erholen und der Schade auf diese Weise verringert werden dürfte. Ueberhaupt aber steht es ihm nicht zu, den Schaden nach dem Geldwerthe zu bestimmen, sondern es liegt ihm einzig ob, die Quantität desselben, d. h. den Verlust an Körnern, und zwar nach einem bestimmt zu bezeichnenden Maaßstabe, z. B. Rodaischem, Kahlaischem Gemäß anzugeben.

Gewissenlosigkeit und Partheilichkeit des Taxators wird mit unausbleiblicher Entlassung und nach Befinden mit strenger Bestrafung geahndet.

#### S. 8.

##### Verhalten des Försters.

Nach vom Justizamte erhaltener Notiz, hat sich der Förster ohne vorgängige Meldung bei dem Forstamte und ohne von selbigem einer diesfallsigen Anweisung zu bedürfen, an den bezeichneten Ort zu begeben.

Bei der Bestimmung der Quantität des Schadens selbst hat er sich aller Einmischung zu enthalten; dagegen aber auf

seine geleistete Pflicht anzugeben, ob der Schaden wirklich von Wildpret und von welcher Gattung desselben von Hoch- oder Rebwild herrühre, wie groß die Anzahl desselben ungefähr gewesen sei, und ob die Fährten alte oder frische wären.

Ist der requirirte Förster aus legitimen Gründen, als Krankheit, unaufschieblichen Berufsgeschäften, am eigenen Erscheinen behindert, so ersucht er einen benachbarten Förster um Uebernahme dieses Geschäfts, oder sendet seinen Burschen.

Pflichtwidriges Verfahren wird unausbleiblich und auf das Strengste geahndet.

### S. 9.

#### Weiteres Verfahren.

Die, das auf vorstehende Weise gewonnene Resultat enthaltenden Tabellen, werden von dem Justizamte unterschrieben und alsbald an Herzogl. Kammer mittelst kurzen Berichts, eingesendet, welche dann den Geldwerth des Schadens auswerfen und das Ersatz-Quantum durch das betreffende Rentamt auszahlen lassen wird.

Zugleich werden auch die Taxationsgebühren von Herzogl. Kammer nach folgendem Auswurfe berichtigt:

Der Beamte erhält — Thlr. 18 Gr. für den halben  
und = 1 = 12 „ für den ganzen Tag,  
ingeleichen — = 12 = Kopflohn für jede Meile,  
incl. des Trinfeldes. (Zusatz S. 12.)

Der Taxator erhält 1 Thlr. — Gr. für jede Expedition, mag dieselbe mehr oder weniger Besichtigungen begreifen.

Der Förster erhält	—	Thlr. 21 Gr.	} unter gleichen Bedingungen,
Die Gerichtsperson	—	8 „	
Der Frohn	—	8 „	
und letzterer außerdem	—	4 „	

für jede Meile.

Für das Eintragen und die Berichtserstattung hat der Be-theiligte von jedem taxirten Grundstück 3 Gr. an das Amt zu entrichten (vergl. Zusatz S. 13.); andere Ansätze aber als die vorbezeichneten, werden nicht berücksichtigt."

Wie nun in Folge dieses Regulativs ein Ersatz wegen Schaden durch Hasen und anderes niedere Weidwerk auch ferner nicht zu gewärtigen ist, so werden noch folgende Zusätze für angemessen gefunden:

**§. 10. (Zusatz zu §. 2.)**

Genehmigt wird die Anwendung vorstehender Grundsätze für die von Rehen in den Getraidefeldern auch in der Zeit, bevor dieses noch in den Schußballen getreten ist, angerichteten Schäden; doch mit der Voraussetzung, daß alsdann außer der bereits angeordneten, eine zweite Würderung nach den früher aufgestellten Grundsätzen kurz vor der Aernte Statt findet, nach welcher der wirklich erwachsene Schaden zu bemessen ist.

**§. 11. (Zusatz zu §. 3.)**

Das Regulativ soll auch auf die Städte ausgedehnt werden.

**§. 12. (Zusatz zu §. 9.)**

Hinsichtlich der Taxationsgebühren versteht es sich von selbst, daß an Beamte, welche Dienstpferde zu halten haben, kein Kopflohn gezahlt wird.

**§. 13. (Zusatz zu demselben §.)**

Von dem Beitrag der Beschädigten an 3 Gr. vom Grundstück zu den Taxations- und sonstigen Gebühren ist gänzlich abzusehen.

**§. 14. (Allgemeine Bestimmung.)**

In Ansehung der neuerlich ausgerodeten Grundstücke, bei deren Ausrodung der Verzicht auf Wildschaden-Ersatz zur Bedingung gestellt ward, bewendet es dabei, daß dieselben in keiner Beziehung einen Entschädigungs-Anspruch machen können.

---

**11) Bekanntmachung der Landesregierung, das Verbot des Wegfangens und Schießens der Insectenfangenden Vögel betreffend.**

**Vom 20. August 1838.**

Da nach Inhalt einer an die Regierung gelangten Mittheilung Herzoglicher Kammer im Laufe dieses Sommers auf der ganzen

nördlichem Hälfte des Klosterlausnitzer Waldbrevieres die durch ihre Verwüstung furchtbar gewordene Holzraupe, „Nonne“ genannt, sich gezeigt, auch zu möglichster Verminderung dieses gefährlichen Insectes sämmtlichen Forst- und Jagdbedienten des Eisenberg'schen und Rodaschen Amtsbezirkes nicht nur das Sammeln und Tödten der Puppen und Schmetterlinge jener Holzraupe, die sich hauptsächlich in den Rindenrißen der angegriffenen Bäume aufhalten, zur ausdrücklichen Pflicht gemacht, sondern auch das Wegschießen und Fangen aller Insectenfressenden Vögel vor der Hand bis zu veränderten Umständen untersagt worden ist, diese Maßregel allein aber zur Erreichung des Zweckes nicht genügt; so fleht Herzogl. Landesregierung Sich veranlaßt, sämmtlichen Privatholzbesitzern im Eisenberg'schen und Roda'schen Amtsbezirke die sorgliche Ergreifung gleicher Vertilgungsmaßregeln gegen das mehrbezeichnete, überaus gefährliche Insect auch in ihren Holzungen auf das Dringendste zu empfehlen, daneben aber auch, wie bereits durch Circular-Verordnung vom 21. September 1797 und wiederholt durch Bekanntmachung vom 16. Juli 1828 geschehen, das Wegfangen und Schießen aller Insectenfressenden Vögel, als der Meisen, Drosseln, Rußhader, Krähen, Elstern, Spechte, Dohlen, Staare ic., bei Vermeidung einer bei etwaigen Wiederholungen noch zu verschärfenden Strafe von fünf Thalern oder verhältnißmäßigen Gefängniß für jeden Contraventionsfall, in den gedachten beiden Amtsbezirken bis auf Weiteres gänzlich zu untersagen.

---

### III.

## Großherzoglich Badische Forst- und Jagd- gesetze, Verordnungen und Instructionen.

---

### 1) Verordnung, die Aufstellung der Waldschützen betreffend.

Vom 11. April 1834.

Zum Vollzuge der §§. 180, 181, 182 und 184 des  
Forstgesetzes vom 15. November v. J. wurde hinsichtlich der  
Aufstellung und des Gehalts der Waldschützen folgendes ver-  
ordnet:

§. 1. In jeder Gemeinde hat der Gemeinderath dem Be-  
zirksamte anzuzeigen:

- a) wie viel Morgen Waldung die Gemeinde innerhalb ihrer  
Gemarkung,
- b) und wie viel sie außerhalb derselben besitze,
- c) wie viel Waldschützen zur Hut derselben aufgestellt seien,
- d) wer diese Schützen seien, und was sie außer der Wald-  
hut noch für eine weitere Beschäftigung haben,
- e) wie viel sie bisher an fixem Gehalte und wie viel durch-  
schnittlich an Strafdritteln bezogen haben,
- f) ob und wie der Gemeinderath mit der Dienstführung der  
Schützen zufrieden sei,
- g) wie viel Schützen zu einer vollkommen guten Hut künf-  
tig erforderlich seien,
- h) ob der Gemeinderath die bisherigen Schützen beibehalten  
und welche neue er aufstellen wolle,

- i) ob und welche andere, nicht der Gemeinde gehörige, Waldungen von Privaten oder Korporationen der Gemeindewaldschütze noch mitzuhüten habe,
- k) welches Maas diese andern Waldungen haben und in welcher Entfernung vom Gemeindewalde sie liegen,
- l) ob diese Gemeinschaft der Schützen künftig fortbestehen soll, oder ob die Gemeinde oder die andern Waldeigenthümer oder Einzelne derselben besondere Schützen aufstellen wollen,
- m) ob und welche Waldungen in der Gemarkung liegen, für deren Gut der Eigenthümer schon bisher eigene Schützen hatte, und ob und welche derselben etwa künftig der Gut des Gemeindewaldschützen überlassen werden sollen.
- n) Ueber welchen fixed Gehalt man mit den Gemeindewaldschützen übereingekommen sei, wobei zu berücksichtigen ist, daß dieselben nach dem §. 181 des Forstgesetzes künftig keine Anzeige- oder Pfändungsgebühren mehr erhalten, und dafür die Gemeinde nach dem §. 183 die Hälfte der wirklich eingehenden Strafen selbst bezieht.

Hat ein Schütze außer dem Gemeindewald auch noch Waldungen anderer Eigenthümer zu hüten, so ist ferner anzuzeigen:

- o) in welchem Verhältnisse diese andern Eigenthümer zu dem Schützegehalte, so weit er durch die nach §. 183 des Forstgesetzes den Eigenthümern zukommende Strafhälfte nicht gedeckt werde, beizutragen haben, und ob die Gemeindefasse oder wer sonst jene Strafhälfte und die Beträge der andern Eigenthümer zu erheben und den Gehalt an den Schützen abzuführen habe.

§. 2. Hinsichtlich der Zahl der aufzustellenden Schützen und hinsichtlich des ihnen auszuverfenden Gehalts hat nach dem §. 135 Nr. 4 der Gemeindeordnung der Gemeinderath die Zustimmung des Bürgerausschusses einzuholen und mit dem im §. 4 erwähnten Berichte dem Bezirksamte vorzulegen.

§. 3. Das Bezirksamt theilt den Bericht des Gemeinderaths (§. 4) dem Forstamte mit, um sich darüber, insbesondere hinsichtlich der Zahl der künftigen Schützen, hinsichtlich

des Umfangs der Gutbezirke, hinsichtlich der Dienstführung der bisherigen Schützen, hinsichtlich der Tüchtigkeit und Glaubwürdigkeit der neu Vorgesetzten, und hinsichtlich der Angemessenheit des verabredeten Gehaltes, nach Vernehmung des Bezirksförsters gutächtiglich zu äußern.

§. 4. Wenn die Aeußerung des Forstamts (§. 3) eintrifft, so bestätigt oder verwirft das Bezirksamt die vorgeschlagenen Schützen und die Festsetzung ihres Gehaltes, oder holt vorher, wenn hinsichtlich ihrer Anzahl oder ihres Gehalts seine Ansicht mit jener des Forstamts nicht übereinstimmt, hierüber die Entschliebung der Kreisregierung ein.

§. 5. Befinden sich nach der Anzeige des Gemeinderaths (§. 1, l und m) in der Gemarkung noch andere Waldungen, für deren Gut schon bisher besondere Schützen aufgestellt waren oder künftig aufgestellt werden sollen, so hat das Bezirksamt die Eigenthümer dieser Waldungen aufzufordern, wegen etwaiger Aufstellung eines gemeinschaftlichen Schützen, so wie wegen der Festsetzung des Gehalts, die Genehmigung des Forstamts einzuholen, und eben so innerhalb drei Wochen dem Forstamte anzuzeigen, wen sie als Schützen in Vorschlag bringen, da sonst nach Ablauf dieser Frist die Waldhüter von Amtswegen werden ernannt und ihr Gehalt werde festgesetzt werden.

Das Bezirksamt giebt von dieser Verfügung dem Forstamt Nachricht.

§. 6. Hinsichtlich der Waldungen der Stiftungen ist die Aufforderung an den betreffenden Stiftungsvorstand, Kirchengemeinderath oder Verwaltungsrath, oder wo keine solche Behörde besteht, an den Verrechner zu erlassen.

§. 7. Wenn die Anträge der Waldeigenthümer nach der im §. 5 gedachten Auflage innerhalb der anberaumten Frist bei dem Forstamt eintreffen, so erledigt dasselbe nach Vernehmung des Bezirksförsters die Vorschläge wegen der gemeinschaftlichen Bestellung eines Schützen für mehrere Waldeigenthümer, so wie wegen der Gehaltsbestimmung, giebt hiervon dem Bezirksamte Nachricht und theilt demselben den Vorschlag in Betreff der Person des Schützen mit gutächtlicher Aeußerung über

dessen Qualifikation mit, worauf das Bezirksamt den vorgeschlagenen Schützen bestätigt oder verwirft und das Forstamt hiervon in Kenntniß setzt.

§. 8. Kommen die Anträge der Waldeigenthümer innerhalb der nach §. 5 anberaumten drei Wochen bei dem Forstamt nicht ein, so schlägt dasselbe nach Vernehmung des Försters dem Bezirksamt vor, wie viel Schützen, welche, und mit welchem Gehalte angestellt werden sollten, worauf das Bezirksamt dieselben von Amtswegen ernennt und ihren Gehalt festsetzt.

Kann das Bezirksamt in diesem Falle sich mit den Vorschlägen des Forstamts hinsichtlich der Zahl und des Gehalts der Schützen nicht vereinigen, so theilt es seine Ansicht dem Letztern mit, und kommt keine Vereinbarung zu Stande, so holt es darüber, bevor die Ernennung der Schützen geschieht, die Entscheidung der Kreisregierung ein.

§. 9. In gleicher Weise geschieht die Ernennung der Gemeindewaldschützen und die Bestimmung ihres Gehalts auf den einzuholenden Vorschlag des Forstamts durch das Bezirksamt, wenn der Gemeinderath den im §. 1 vorgeschriebenen Bericht innerhalb vierzehn Tagen, von Verkündung dieser Verordnung an gerechnet, nicht erstattet, und auch seine Vorschläge auf eine darauf gefolgte besondere Aufforderung innerhalb weiterer acht Tage nicht beibringt.

§. 10. Einzelne Waldbesitzer, deren Waldareal mit den Kosten der Aufstellung eines eigenen Hüters nicht im Verhältnisse steht, und welche keine Gelegenheit haben, sich mit andern Privaten oder Korporationen zu Aufstellung eines gemeinschaftlichen Schützen zu verbinden, können gegen Leistung eines den Verhältnissen entsprechenden Beitrags verlangen, daß der Gemeindewaldschütze auch mit der Hut ihrer Waldungen beauftragt werde.

Hat der Gemeinderath hiervon nicht in Folge eines mit dem Waldbesitzer getroffenen Uebereinkommens nach §. 1 lit. m die Anzeige gemacht, so hat der Waldbesitzer sein desfallsiges Begehren spätestens innerhalb der nach §. 5 ihm anberaumten drei Wochen dem Forstamte vorzutragen. Das Forstamt theilt



dieses Gesuch mit seinem Gutachten dem Bezirksamte mit, welches darüber nach Vernehmung des Gemeinderaths entscheidet.

§. 11. Wenn das Bezirksamt nach §. 4 und 7 einen vom Gemeinderathe oder von andern Waldeigenthümern vorgeschlagenen Schützen verwirft, so macht es denselben damit zugleich die Auflage, innerhalb acht Tagen einen Andern vorzuschlagen, widrigenfalls ein solcher von Amtswegen ernannt werde.

Wird ein Waldschütze bestätigt, so wird er vom Bezirksamte zugleich zur Beeidigung vorgeladen.

Auch. Diejenigen, welche bisher schon als Schützen angestellt und verpflichtet waren, sind bei ihrer neuen Ernennung und beziehungsweise Bestätigung jetzt eidlich zu verpflichten.

§. 13. Das äußerliche Zeichen des Beruf's, welches die Waldschützen nach dem §. 180 des Forstgesetzes in ihrem Dienste stets zu tragen haben, besteht in einem grünen Bande um den rechten Arm mit einem darauf gehefteten Schilde von weißem Bleche, 4 Zoll lang und 3 Zoll breit, das Groß. Wappen enthaltend.

Dieses Zeichen wird dem Waldschützen auf Kosten des Waldeigenthümers angeschafft, und eben so das Waldbeil, welches er mit sich zu führen hat. Das Waldbeil enthält auf der Rückseite den Frevelhammer mit zwei von einem Ringe umgebenen großen F. F. (Forstfrevel), und wird an einem Stöcke angebracht, auf welchem drei badische Schuhe eingezeichnet sind, wovon der oberste in zehn Zolle abgetheilt sein muß.

§. 14 Bis dahin, daß die Schützen nach Maßgabe dieser Verordnung ernannt und verpflichtet sein werden, versehen die bisherigen Waldbüter einstweilen noch ihren Dienst.

---

## 2) Verordnung, die Verwaltung der Forstpolizei betreffend.

Vom 1. Mai 1834.

Zum Vollzug des Forstgesetzes vom 15. November 1833 wird in Beziehung auf die Verwaltung der Forstpolizei, folgendes verordnet:

§. 1. Es wird eine eigene Staatsforstbehörde errichtet, welche den Namen Forstpolizei-Direction erhält, und ausschließlich dem Ministerium des Innern untergeordnet wird.

Dieselbe wird eine ihrem Geschäftsumfang angemessene Zahl von Rätthen und das erforderliche Kanzleipersonal erhalten.

§. 2. Die Direction der Forste und Bergwerke wird künftig den Namen Direction der Forstdomänen und Bergwerke führen.

§. 3. Der Forstpolizei-Direction steht die obere Leitung der Bewirthschaftung aller Gemeinds- und Körperschaftswaldungen zu, und nebstdem die Forstpolizei im Allgemeinen, hinsichtlich aller Waldungen, ohne Unterschied wem sie gehören.

Um über den Vollzug der die Forstpolizei und die Bewirthschaftung der Gemeinds- und Körperschaftswaldungen betreffenden Gesetze und Verordnungen, so wie der besondern Anordnungen der Forstpolizei-Direction die erforderliche Oberaufsicht zu führen, und, wo nöthig, die geeigneten Maßregeln zu veranlassen, werden ihre technischen Mitglieder jährliche Inspectionen, jeder in einem Theile des Landes, vornehmen. Sie erhalten hiezu von dem Ministerium des Innern eine besondere Instruction.

§. 4. Der Forstpolizei-Direction sind in ihrem im §. 3 bezeichneten Wirkungskreise alle Forstbeamte, einschließlich jener, welche von Standes- und Grundherren, von Gemeinden und Körperschaften ernannt worden, untergeordnet, und sie übt über dieselben in dieser Beziehung die Dienstpolizei aus.

§. 5. Dieselbe prüft die Forstcandidaten, die auf ihren Antrag von dem Ministerium des Innern recipirt werden.

§. 6. Zu Anstellung, Versetzung, Entlassung oder Pensionirung der Forstbeamten der Standes- und Grundherren, Gemeinden oder Körperschaften, wird den Antrag des Ministeriums des Innern, nach vorheriger Vernehmung der Forstpolizei-Direction, die Staatsgenehmigung erteilt.

§. 7. Die Anträge auf Anstellung, Versetzung, Pensionirung oder Entlassung der landesherrlichen Forstbeamten sind, nach Vernehmung der Forstpolizei-Direction und der Direction

der Forstdomänen und Bergwerke, gemeinschaftlich von den Ministerien des Innern und der Finanzen zu erstatten.

§. 8. Die Forstpolizei-Direction berathet alle, die Forstpolizei und die Bewirthschaftung der Gemeinds- und Körperschaftswaldungen betreffende allgemeinen Verordnungen zur Vorlage an das Ministerium des Innern, und erläßt die erforderliche Instructionen für die Dienstverrichtungen des Forstpersonals.

§. 9. Ueberhaupt hat die Forstpolizei-Direction alle jene Befugnisse und Pflichten, welche das Forstgesetz im Allgemeinen, insbesondere in den §§. 4, 5, 9, 28, 30, 31, 59, 72, 84, 86, 88, 89, 158 und 179 der „Staatsforstbehörde“ zuweist.

§. 10. Die Kreisregierungen und Bezirksämter haben, außer der nach dem §. 200 und den §§. 180, 181, 182 und 184 des Forstgesetzes ihnen zustehenden Forstgerichtsbarkeit, in Beziehung auf die Forstpolizei nur diejenigen Verrichtungen, welche ihnen in ihrer Eigenschaft als allgemeine polizeiliche Verwaltungsstellen nach den §§. 8, 101, 108 und 71 zukommen.

§. 11. Werden Anordnungen der competenten Forstbehörden nicht vollzogen, so hat das Bezirksamt auf die Anzeige des Forstamts unverzüglich die geeigneten Zwangsmaßregeln zu verfügen, oder, wenn es den Antrag des Forstamts für gesetzlich nicht begründet hält, die Sache der Kreisregierung zur Entschließung vorzulegen.

Eben so hat die Kreisregierung, wenn die Forstpolizei-Direction sich an sie wendet, die den Anträgen derselben entsprechende Verfügung zu erlassen, oder, wenn sie hiergegen Anstände findet, solche vorerst dem Ministerium des Innern zur Entscheidung vorzutragen.

§. 12. Die Nachsichtsertheilung von forstpolizeilichen Vorschriften steht, wo sie nicht im Gesetz ausdrücklich dem Forster und auch nicht, wie z. B. im §. 9 der Staatsforstbehörde, sondern unbestimmt der „Forstbehörde“ überlassen ist (§. 38, 43, 50 und 65) dem Forstamte zu, in den im §. 71 erwähnten Fällen aber der Kreisregierung, welche in diesen Fällen jeweils vorerst mit der Forstpolizei-Direction zu communiciren,

und, wenn diese nicht einstimmt, die Entschließung des Ministeriums des Innern einzuholen hat.

### 3) Dienstinstruction für sämtliche Waldbüter des Großherzogthums Baden.

Vom 20. August 1834.

#### Erster Abschnitt.

#### Vom H u t p e r s o n a l e.

##### I. Allgemeine Dienstpflichten.

§. 1. Der Waldbüter soll den ihm anvertrauten Dienst seinem abgelegten Eide gemäß mit Treue und Fleiß versehen, dabei weder durch Unterlassung einer Anzeige einen Frevler begünstigen, noch durch falsche Angaben Jemanden benachtheiligen, und sich nicht durch Bestechung, Mitleid, Furcht oder sonst durch Leidenschaft von gewissenhafter Erfüllung seiner Dienstobliegenheiten abhalten lassen.

Er soll einen moralisch guten und nüchternen Lebenswandel führen und durch ein anständiges Betragen in und außer dem Dienste die öffentliche Achtung und das allgemeine Zutrauen sich zu erwerben suchen.

Der nicht zugleich zum Forstpersonal gehörende Waldbüter erhält bei seiner Einweisung in den Dienst den Wappenschild und Frevelhammer zugestellt, für deren Erhaltung in gutem Stande er zu sorgen hat.

In dem Dienste muß er stets den Wappenschild an einem grünen Bande um den rechten Arm als Zeichen seines Berufs tragen, und den Frevelhammer, so wie ein Einschreibbuch mit sich führen.

Diejenigen, die zum Forstpersonal gehören, und zugleich mit der Waldbut beauftragt sind, haben statt eines Wappenschildes als äußeres Zeichen ihres Berufes einen grünen Rock mit schwarzem Kragen nebst Hirschfänger zu tragen.

Die Dienstpapiere des Waldbüters, nämlich die Instruction, das Tagbuch und die ihm vom Förster zugehenden Verordnungen, so wie die Holzaufnahmeverzeichnisse hat er gehörig aufzubewahren und besonders das Tagbuch unter Verschuß zu halten; überhaupt hat er all' demjenigen getreu nachzukommen, was gegenwärtige Instruction vorschreibt. Jede nachlässige oder pflichtwidrige Handlung wird auf's Schärfste und nach Umständen mit Dienstentlassung bestraft.

## II. Besondere Dienstpflichten.

§. 2. Dem Waldbüter wird ein bestimmter Distrikt angewiesen werden, für dessen Gut er verantwortlich ist. Die darin liegenden Waldungen soll er anhaltend, also täglich und nöthigenfalls auch bei Nacht begeben. Es ist seine Pflicht, die Frevel und sonstige waldgefährliche Handlungen und Ereignisse zu verhindern, die Freveler auf der That betreten, den Thatbestand möglichst unzweifelhaft auf eigene Wahrnehmung zu gründen und zur Anzeige zu bringen.

Es ist ferner seine Obliegenheit, streng darauf zu wachen, daß die in dieser Instruction aufgeführten forstpolizeilichen Vorschriften genau eingehalten und die dawider Handelnden zur Anzeige gebracht werden.

Verhinderung von seinen Dienstverrichtungen durch Krankheit oder durch Zufall, muß er, wenn sie länger als einen Tag dauert, dem Förster sogleich schriftlich anzeigen oder anzeigen lassen.

Bei Aufgeboten zu allgemeinen Streifen hat derselbe sich in den seiner Gut anvertrauten Wald zu begeben und diesen zu beschützen.

Wenn gewaltsame Frevel oder Zusammenrottung von Frevelern eine Verstärkung des Forstschutzes erfordern, so hat der Waldbüter unverzüglich dem Förster und eben so dem Bürgermeister hiervon Anzeige zu machen.

Bei den gelegentlich der Ausübung seines Dienstes in andern Bezirken entdeckten Freveln und Unordnungen, oder wenn Holz oder sonstige Walderzeugnisse durch seinen Distrikt gebracht werden, die muthmaßlich in einem andern gestrevelt

worden sind, so hat er dabei eben so zu verfahren, wie wenn der Frevler in seinem Distrikt verübt worden wäre.

Auch ist er verbunden, wenn er in besondern Fällen dazu beordert wird, in den angrenzenden Distrikten den Forstschutz zu handhaben.

Zum Behuf der allgemeinen Sicherheit liegt ihm ob, von dem Aufenthalt verdächtiger Personen in dem Walde sogleich dem Bürgermeister die Anzeige zu machen, oder deren Verhaftung und Abführung an den Bürgermeister selbst zu bewirken.

### III. Verhältniß zu den vorgesetzten Behörden und zu den Waldeigenthümern.

§. 3. Der Waldbüter ist in Beziehung auf seinen Dienst zunächst dem Förster untergeben, er hat sich daher gegen denselben mit Achtung zu betragen, sich in allen Dienstfachen an denselben zu wenden, und dessen Anordnungen und Aufträge im Dienste pünktlich zu befolgen.

Ohne Erlaubniß des Försters darf er sich keinen Tag aus seinem Gutdistrikte entfernen.

Muß er denselben in ganz dringenden Fällen augenblicklich verlassen, so hat er den Förster gleichzeitig davon zu benachrichtigen und den benachbarten Waldbüter zu requiriren, einstweilen bis zu einer fürsorglichen Anordnung des Försters auch seinen Distrikt zu hüten.

Um übrigens den Waldbüter seinem Dienste nicht zu entziehen, haben die Behörden denselben zum persönlichen Erscheinen, wo solches nicht unumgänglich nöthig ist, nie vorzuladen.

Den Anforderungen der Waldeigenthümer, beziehungsweise der Stellen, welche das Waldeigenthum zu verwalten haben, hat er in so weit zu entsprechen, als sie seinen Dienst betreffen, seiner Instruction nicht widersprechen und ihn an Befolgung seiner Dienstobliegenheiten und der Aufträge des Försters nicht hindern.

Ordnungswidrigkeiten der Gemeinderäthe, Stiftungsvorstände oder Verwalter hat er aber gleich den Frevlern Anderer gewissenhaft zur Anzeige zu bringen, und eben so auch die

Uebertretungen der Privatwaldbesitzer in ihren eigenen Waldungen, diese jedoch nur in den Fällen des §. 22.

**IV. Verbot des Ankaufs von Walderzeugnissen und des Handels damit, der Uebernahme von Waldarbeiten, Nebendiensten und Gewerben.**

§. 4. Dem Waldhüter ist untersagt, Holz oder andere Walderzeugnisse zum Handel zu kaufen, Köhleret oder sonst ein Gewerbe zu treiben; wozu Holz oder andere Forstprodukte als Hauptstoff oder als Hauptmittel gebraucht werden, oder an einem solchen Handel oder Gewerbe Theil zu nehmen.

Bei Veraccordirung von Lieferungen, Hand- oder Fuhrarbeiten für die Waldungen, darf er weder in eigenem Namen noch für einen Dritten mitbieten, noch in irgend einer Weise an der Lieferung oder an dem Accorde Theil nehmen.

Nur mit besonderer Erlaubniß der Forstpolizeidirection darf er in seinem Hutzdistrikt Waldgüter, Waldweiden und Gräserien kaufen oder pachten, oder an der Pachtung Theil nehmen.

Da ferner der Waldhüter seine Aufmerksamkeit ungetheilt auf die Waldhut richten soll, so ist ihm die Besorgung von Nebendiensten, die Annahme von Gemeindsämtern und die Betreibung einer Wirthschaft ohne vorgängige, von der Forstpolizeidirection erwirkte, Erlaubniß untersagt.

**V. Verbot eigenmächtiger Waldnutzung.**

§. 5. Dem Waldhüter ist ferner streng untersagt, Holz oder sonstige Walderzeugnisse ohne Erlaubniß des Waldeigenthümers und des Försters sich selbst zuzueignen, an Andere abzugeben oder Waldnutzungen zu gestatten.

An der Weide im Walde oder am Eckerich soll der Waldhüter nur in so weit Theil nehmen, daß sein Vieh mit der Gemeindsheerde ausgetrieben wird, und er darf davon nicht mehr halten, als er zum Betriebe seiner Landwirthschaft und Viehzucht, oder zu seinem Unterhalte nöthig hat.

## **Zweiter Abschnitt.**

### **V o n d e n F o r s t f r e v e l n.**

#### **I. Durch Entwendung.**

##### **A. Von Holz.**

**§. 6.** Hieher gehört jede Entwendung

- 1) von Holz, es sei stehend oder liegend, aufgearbeitet oder zur Abfuhr zugerichtet; es bestehe in Stamm-, Klotz- oder Scheitholz, in Stangen oder Reißholz, in Stockholz, Spänen, sonstigem Abfall oder Lagerholz;
- 2) von Rinden,
- 3) von Holzpflanzen.

Bei derartigen Freveln hat der Waldhüter besonders darauf zu sehen und herzustellen:

a) von welcher Art das entwendete Holz gewesen, ob Buchen, Eichen u. s. w.

b) ob dasselbe schon gefällt, zugerichtet, verarbeitet und zum Transport zubereitet war, oder ob die Fällung und Zubereitung erst durch den Frevler geschah.

c) Ob der gefrevelte Stamm ein Samenbaum im Hochwald oder Standbaum im Niederwald, oder die Stange ein Laßreidel war, und ob der Stamm aus einer Allee gehauen wurde.

d) Ob bei den in den Hochwaldungen gefrevelten Samenbäumen sich schon Anflug oder Aufschlag unter denselben gebildet hat.

e) Ob das Holz ganz oder theilweise gesund oder anbrüchig war.

f) Ob dasselbe zu Bau-, Ruß- oder Brennholz tauglich war, und zu welcher tarifmäßigen Sorte.

g) Ob das entwendete Stockholz gegraben oder bloß oberflächlich abgespalten worden ist; ob es aus offenen Waldungen oder aus jungen oder frisch besamten Schlägen herrührt, und ob das in Niederwaldungen gegrabene Stockholz von ausschlagsfähigen Stöcken gendimmen wurde.

h) Ob die entwendeten Rinden schon geschält waren, oder ob solche erst durch den Frevler von stehendem oder liegendem



dem Holze geschält worden und ob es Spiegelrinden oder Rinden von älterem Holze sind.

- i) Ob bei einer Entwendung von Holzpflanzen dieselben aus einer Pflanzschule oder aus einem jungen Schlage genommen, oder im offenen Walde ausgegraben, gerupft oder abgeschnitten worden sind, und ob die aus Schlägen entwendeten Pflanzen unter einem Zoll dick waren.

Der Waldbüter ist besonders verbunden, sich genau über das Maß des entwendeten Holzes zu verlässigen; er hat daher von den Stämmen, Klößen und Stangen die Länge, dann die obere und untere Dicke mit dem geordneten Maßstab zu messen und zwar die untere Stammdicke da, wo der Stamm gesetzlich hätte abgehauen werden sollen, er mag abgehauen sein wo er will, von wo an auch die Länge gemessen werden muß.

Das Ast- und Stockholz, so wie die bereits zusammengehauenen Stämme und Stangen werden je nach ihrer zu Scheiter- oder Prügelholz geeigneten Stärke nach Klaftern oder Traglasten abgeschätzt. Das Reiß wird nach Wellen oder Traglasten angegeben; Gerten, Weiden und Pflanzen per Hundert; Besen- und Gartenreiß nach der Traglast; Rinden, Späne und das Leseholz nach zweispännigen Wagenladungen oder nach Traglasten. Die Gerberinden werden nach Klaftern oder Traglasten geschätzt.

Ist der gefrevelte Stamm schon zusammengehauen oder weggebracht, so daß sich dessen Länge und Stärke nicht mehr erheben läßt, so hat der Waldbüter solche Umstände zu ermitteln und anzugeben, welche den Förster in Stand setzen, die Länge und Dicke und den Werth des Holzes zu bemessen.

Bei stehendem Holze gilt der Frevel schon als vollendet, sobald der Freveler dasselbe gefällt, entwurzelt oder ausgegraben, wenn er gleich das Holz nicht weggebracht, sondern solches liegen gelassen hat.

Ist neben der Entwendung sonst noch Schaden im Walde vom Freveler verübt worden, so ist solches besonders zu bemerken.

Das wissentliche Ankaufen, Aufbewahren oder Verbergen von entwendetem Holze ist ebenfalls strafbar und zur Anzeige zu bringen.

## **B. Von sonstigen Walderzeugnissen**

**§. 7. Derartige Frevel bestehen in der Entwendung:**

- 1) von Laub, Nadeln, Moos, Heide, Ginster, Schilf und andern Streumitteln.**
- 2) Von Eicheln, Bucheln, Wildobst, Kastanien und andere Waldsamen.**
- 3) Von Harz.**
- 4) Von Futterlaub, grünem Gras und Misteln.**
- 5) Von Walderde, Erz, Steinkohlen, Thon, Mergel, Gips, Lehm, Sand, Kies, Steinen, Torf, Rasen und Trüffeln.**

Hinsichtlich dieser Frevel hat der Waldhüter besonders darauf zu sehen:

a) Ob das Laub oder sonstige Streue, die Eicheln, Bucheln und anderer Waldsamen aus verhängten Schlägen oder aus dem offenen Walde genommen, ob dabei eiserne Rechen oder schneidende Werkzeuge gebraucht worden sind, und ob der Frevler die Eicheln und Bucheln von den Bäumen abgeschlagen, oder abgerissen, oder durch Anklopfen der Bäume sich verschafft hat; endlich ob das bei dem Zusammenrechen derselben aufgehäufte Laub wieder auseinander gestreut worden ist, oder nicht.

b) Bei der Harzentwendung, ob der Frevler die Läden selbst angerissen, oder sie nach der Mitte Septembers nachgescharrt hat.

c) Beim Futterlaub und Gras, ob solches aus offenem Walde oder aus verhängten Schlägen entwendet wurde, und ob der Frevler dabei eine Sichel, Sense oder sonstiges schneidendes Werkzeug gebraucht hat.

d) Bei den Misteln, ob solche mittelst Steigeisen geholt wurden.

e) Ob, wenn Erz, Erde, Sand u. dgl. in den Waldungen gegraben wurde, der Frevler noch einen weiteren Schaden dadurch veranlaßt hat.

Das Maß dieser Gegenstände ist bei den Eicheln, Bucheln, Wildobst, Kastanien, grünen Nadelholzapfen, bei sonstigen Samereien und beim rohen Harz nach Sester oder Pfund anzusetzen, alle übrigen Waldnebenprodukte, wie sie oben genannt

sind, werden nach der Traglast, nach der Ladung eines zwei- oder mehrspännigen Wagens bestimmt.

Auch hier gilt das wissentliche Ankaufen, Aufbewahren oder Verbergen von gefrevelten Forsterzeugnissen als Frevel.

## II. Von den Freveln durch Beschädigung.

### A. Der Waldfläche und ihrer Grenzen.

§. 8. Dem Waldbüter werden bei seiner Anstellung die Waldgrenzen durch den Förster oder Waldeigenthümer vorgezeigt.

Diese Grenzen zu beaufsichtigen, und gegen alle eigenmächtigen Eingriffe in den Waldboden durch Rodungen, Ueberpflügen, durch Wege, Grenzverrückungen oder Beschädigungen der Steine und Grenzmarken zu wachen, solche zu verhindern und zur Anzeige zu bringen, ist eine wesentliche Obliegenheit des Waldbüters.

Die sich ergebenden Mängel und Gebrechen hat er sogleich dem Förster oder dem Waldeigenthümer anzuzeigen.

### B. Der Walderzeugnisse.

§. 9. Unter diese Frevel gehören

- 1) Das Verlezen des stehenden Holzes durch Schälen, Ringeln, Entgipfeln, Entästen, Anhauen oder Sägen, Reißen, An- oder Abhauen der Wurzeln, Besteigen der Bäume mit Steigeisen, Anbohren, Anklopfen oder die Verletzung auf sonstige Weise.
- 2) Das Beschädigen und Zerstören des liegenden Holzes oder anderer Forsterzeugnisse.
- 3) Das unbefugte Weiden in den Waldungen.

Bei Erhebung des Thatbestandes von vorstehenden Freveln hat der Waldbüter besondere Rücksicht darauf zu nehmen:

a) Bei Beschädigung an stehendem Holze, ob solche von der Art war, daß der Baum oder die Stange dadurch abstehen und zu Grunde gehen kann.

b) Bei Weidfreveln, welche Viehgattung es war, ob nämlich Rindvieh, Pferde, Esel, Schweine, Schafe, Geißen, Gänse, wie viel Stück betroffen wurden, wobei jedoch das säugende

Vieh mit der Mutter nur für ein Stück gerechnet wird; ob das Weiden in verbotenen und verhängten Schlägen, oder in offenem Walde geschah.

Auch ist das Maß der Beschädigung genau zu erheben und anzugeben, wenn außerdem noch sonstiger Schaden angerichtet worden ist.

### C. Sonstiger Einrichtungen und Anlagen im Walde.

§. 10. Hieher gehört das Beschädigen oder Zerstören der Brücken, Dohlen, Stege, Brunnen, Schleußen, Schlagbäume, Wegweiser, Floßanstalten und Holztransport-Einrichtungen, der Hütten und Gebäude, der Wege, der Grenz-, Schonungs- und Abzugs-Gräben in den Waldungen, das Beschädigen oder Zerstören der angeschlagenen Waldart und Controlzeichen, der Nummern, so wie das Auswechseln derselben, das Abheben und Einwerfen der Holzbeugen und Klasten, endlich das Abreißen der Hegezeichen.

Auch ist hier jedesmal das Maß des Schadens auszumitteln.

### III. Von den Freveln durch Uebertretung forstpolizeilicher Vorschriften.

§. 11. Das Forstgesetz hat hinsichtlich der Bewirthschaftung, Benützung, Sicherung und Erhaltung der Waldungen und deren Erzeugnisse forstpolizeiliche Vorschriften gegeben, auf deren strenge Einhaltung der Waldbüter zu wachen, und jeden Dawiderhandelnden zur Anzeige zu bringen hat; die Privatwaldbesitzer wegen Handlungen in ihren eigenen Waldungen jedoch nur dann, wenn sie gegen die Bestimmungen des §. 22 handeln.

Die Arbeiter der Privatwaldbesitzer, welche forstpolizeiliche Vorschriften verletzen, hat der Waldbüter, wenn die Uebertretungen nicht die Vorschriften des §. 22 betreffen, jedenfalls dem Eigenthümer anzuzeigen.

Damit nun der Waldbüter genaue Kenntniß von diesen Vorschriften erhält, so werden sie folgender hier angeführt:

#### A. Bei der Fällung und Aufarbeitung des Holzes.

§. 12. 1) Das Holzfällen darf nur vom Anfang September bis Ende April geschehen; das Schälholz ist jedoch davon

ausgenommen. Auch darf zur Nachtzeit weder Holz gefällt, noch aufgearbeitet werden.

2) Das stehende Holz muß so nahe als möglich am Boden abgehauen oder abgesägt werden, und die Stöcke selbst von starken Stämmen, dürfen beim Umschroten nicht über 5 Zoll, beim Umsägen nicht über 8 Zoll Höhe erhalten.

3) Alles liegende Holz von 4 Zoll Dicke und darüber muß gesägt, das schwächere unter 4 Zoll Dicke darf geschrotet werden.

4) In den Niederwaldungen dürfen die Stöcke bei dem Hieb nicht zersplittert werden, sondern sie sind mit scharfen Werkzeugen glatt abzubauen.

5) Bei dem Fällen des Holzes soll der Unterwuchs und das nahe stehende Gehölz möglichst geschont werden. Die Stämme, die in besamten Schlägen gefällt werden, sind sogleich nach der Fällung auszuästen.

6) Das Abreißen der Aeste an stehenden Bäumen ist verboten, jedoch dürfen bei dem Sammeln des Raff- und Leseholzes dürre Aeste mit der Hand ohne Anwendung von Werkzeugen abgenommen werden. Letzteres darf nur in den vom Waldeigenthümer im Einverständnisse mit dem Förster dazu bezeichneten Distrikten und festgesetzten Wochentagen gewonnen werden.

7) Zu Besenreiß, zum Binden von Wellen und Garben, zu Erbsenreiß, zum Einzäunen und zu Bohnenstangen dürfen junge Stämmchen mit Ausnahme der Weiden nur alsdann gehauen werden, wenn sie unterdrückt stehen.

8) Das Beschlagen, Zimmern und Schneiden des Bauholzes in den mit Unterwuchs versehenen Schlägen ist verboten. Die Stämme und Klöße dürfen jedoch in den Schlägen mit Schonung des Unterwuchses so weit zugerichtet werden, als zur Abfuhr nöthig ist.

9) Das Roden und Schlagen von Stöcken oder Stumpen darf nur an öden, mit jungem Nachwuchse nicht bestandenen Stellen geschehen, und die dadurch entstandenen Gruben müssen sogleich wieder eingeebnet werden.

10) Alles Brennholz muß zu 6 Schuh Höhe, 6 Schuh Weite und 4 Schuh Tiefe oder Scheiterlänge gemacht und aufgeklastert werden. Die Reißwellen müssen wo immer möglich eine Länge von 4 Schuh und eine Dicke von einem Schuh erhalten.

11) Das Holz von 4 Zoll mittlerer Dicke und darüber muß gespalten werden, und fällt unter die Scheiter. Alles schwächere Holz bis auf 1½ Zoll bleibt rund, und wird als Prügel- oder Klapperholz aufgesetzt.

12) Bei Aufstellung des Kastenholzes und der Wellen in den Schlägen muß der Untermuchß so weit möglich geschont und das Holz nur an die Wege oder auf öde Plätze gesetzt werden. Ueberhaupt ist es Pflicht des Waldhüters, darauf zu sehen, daß die in dem Walde angestellten Holzhauer, die Sägeholzemmpfänger und die Holzkäufer kein anderes Holz fällen, als das ihnen vom Förster oder dem Waldeigenthümer zum Hieb bezeichnet worden ist, und daß sie die obigen Bestimmungen sowohl, als die ertheilte Holzhauerinstruktion und sonstigen besondern Vorschriften und Bedingungen einhalten.

#### B. Bei der Holzabfuhr und Waldräumung.

§. 13. Das Bau- und Sägeholz darf bei der Abfuhr nicht geschleift werden, ausgenommen beim Schnee, oder wo es wegen der Lage des Orts nicht abgefahren werden kann.

Die Holzabfuhr zur Nachtzeit ist verboten.

Das Raff- und Besenholz darf nicht aus dem Walde gefahren, sondern es muß getragen werden.

Bis Ende April müssen die Schläge, ausschließlich der Schälholzschläge, geräumt sein, und eine weitere Ausnahme hiervon kann nur auf ausdrückliche Erlaubniß des Försters Statt finden.

#### C. Bei der Benutzung der Weide.

§. 14. In den von dem Förster forstpolizeilich verhängten Distrikten darf die Weide mit keinerlei Vieh Statt finden.

Der Viehtrieb ist ferner zu keiner andern Zeit, als während der Monate Mai bis Ende Oktober erlaubt.

Vor Sonnenaufgang und nach Sonnenuntergang darf das Weiden in den Waldungen nicht Statt finden, noch weniger die Nacht über. Wenn aber das Vieh der Entfernung wegen in dem Wald übernachtet, dann muß dasselbe die Nacht hindurch in der Viehhütte oder in einer Umzäunung gehalten werden.

Mit Schafen und Geißen darf das Weiden in den Waldungen nur da Statt finden, wo es von dem Forstamt und von dem Waldeigenthümer erlaubt wird.

Jedes Stück Weidvieh, mit Ausnahme der Schafe und Schweine in ganzen Heerden, muß mit einer Schelle versehen sein.

Jede Gemeinde hat für ihre Viehheerde einen eigenen Hirten aufzustellen; alles Vieh muß mit dieser Gemeindsheerde ausgetrieben werden, und es ist keinem Gemeindsglied erlaubt, sein Vieh einzeln in die Waldungen auf die Weide zu treiben. Wo ein Weidrecht nur einzelnen Hofgutbesitzern allein oder in Gemeinschaft mit Andern in fremden Waldungen zusteht, haben auch diese allein oder in Gemeinschaft einen Hirten aufzustellen.

#### D. Bei der Ederichsnußung.

§. 15. Es dürfen keine Schweine in das Ederich eingetrieben werden, ehe vom Förster bestimmt ist, welche Distrikte dazu geöffnet und wie viel Schweine getrieben werden können.

Die Benußung der Mast darf den Zeitraum von drei Monaten nicht übersteigen.

Alle Schweine müssen vor dem Eintrieb mit dem Brandzeichen versehen, und es dürfen keine ungebrannten zugelassen werden.

Wer die Mast benußt, muß seine Schweine unter die Aufsicht eines Hirten stellen.

Für das Einsammeln des Ederichs müssen die dazu bestimmten Tage und die angewiesenen Distrikte genau eingehalten werden.

Das durch Zusammenrechen der Mast aufgehäuften Laub ist sogleich wieder auseinander zu streuen.

**Das Abschlagen oder Abreißen des Eiterichs von den Bäumen und deren Anklopfen ist verboten.**

**E. Bei der Benutzung des Harzes und der Rienstöcke.**

**§. 16.** Das Harzen darf nur in Walddistrikten Statt finden, welche von dem Förster, nach Benehmen mit dem Eigenthümer, als nach §. 49 und 50 des Forstgesetzes dazu geeignet, bezeichnet werden.

Das Anharzen der von demselben als Samenbäume bezeichneten Stämme ist verboten; auch dürfen an den zum Anharzen erlaubten Stämmen nicht mehr Lachen gerissen werden, als von dem Förster bestimmt worden sind.

Das Reißen der Lachen darf vor der Mitte des Monats Juni nicht beginnen, und das Harzscharren muß mit der Mitte des Monats September beendigt sein.

Ohne besondere Erlaubniß des Forstamts darf ein und derselbe Distrikt zwei Jahre nach einander nicht auf Harz benutzt werden.

Rienstöcke dürfen nur in jenen Distrikten gegraben werden, welche vom Förster hiezu bestimmt sind; die aufgegrabenen Löcher müssen aber alsbald wieder eingeebnet werden.

**F. Bei der Streu- und Grasbenutzung.**

**§. 17.** Das Sammeln des Streulaubs, des Mooses und der Nadeln darf nur in den von dem Förster forstpolizeilich geöffneten Walddistrikten Statt finden.

Ohne besondere Erlaubniß des Forstamtes kann die Benahme der Streu nie in zwei aufeinander folgenden Jahren an dem nämlichen Orte zugelassen werden.

Das Streusammeln findet nur an den hiezu vom Förster bestimmten Tagen Statt, und es dürfen dabei nur hölzerne Rechen gebraucht werden.

Das Grasen darf gleichfalls nur in solchen Walddistrikten geschehen, welche hiezu von dem Förster forstpolizeilich angewiesen sind.

Das Abstreifen des grünen Futterlaubs von den Bäumen



ist untersagt, wo nicht der Förster wegen großen Futtermangels mit Zustimmung des Eigenthümers eine Ausnahme gestattet.

**G. Bei der Benützung von Steinen, Sand, Erz, Thon &c.**

§. 18. Steinbrüche, Erz-, Kiesel-, Gyps-, Thon- und Sandgruben, dann Torfstiche dürfen in den Waldungen nur an den vom Förster bezeichneten Stellen eröffnet werden.

Eben so muß der Abraum und Schutt auf die dazu von ihm bestimmten Plätze aufgehäuft und der bezeichnete Abfuhrweg eingehalten werden.

Das Graben von Trüffeln und Wurzeln darf nicht in jungen Schlägen, sondern nur an solchen Stellen geschehen, die nicht mit jungen Pflanzen bewachsen sind.

**H. Bei dem Fang der Waldbögel.**

§. 19. Wegen Vertilgung der Insekten ist das Fangen der Meisen und anderer Waldbögel, so wie das Ausnehmen oder Zerstören ihrer Nester verboten. Eine Ausnahme findet jedoch bei jenen Vögeln Statt, die zur Jagd gehören und vom Jagdeigenthümer benützt werden dürfen; ferner bei Raubvögeln.

**J. Wegen Abwendung der Feuergefähr.**

§. 20. Zur Verhütung der Waldbrände darf

1) Kein Köhler keinen Kohlenmeiler (Haufen) in dem Walde anlegen, wenn ihm nicht der Förster den Platz hiezu angewiesen hat.

2) Der Köhler muß auf vier Schritte von der Kohlplatte alle feuerfangenden Gegenstände wegräumen.

3) Er ist verbunden, dem Waldbüter die Zeit anzuzeigen, wann er den Meiler anzünden will. Nach der Anzündung darf der Köhler den Meiler weder bei Tag noch bei Nacht ohne gehörige Aufsicht lassen, und er muß zu jeder Zeit einen hinreichenden Wasservorrath bereit halten.

4) Bei stürmischer Witterung ist der Köhler schuldig, einen Windschirm aufzustellen, auch darf er bei solcher Witterung den Meiler nicht abdecken, noch Kohlen ausziehen, und die frisch

ausgezogenen Kohlen, in keinem Fall vor Ablauf von 24 Stunden nach dem Ausziehen aus dem Walde abführen.

5) Wenn Asche in den Waldungen gebrannt wird, so gelten dabei die nämlichen Vorschriften, wie oben beim Kohlenbrennen.

6) In den Waldungen oder in der Nähe derselben von 50 Schritten, eben so auf einem an den Wald stoßenden Torfeld oder Torfmoor darf ohne Erlaubniß des Försters kein Feuer angezündet werden. Findet der Waldhüter ein solches Feuer, so hat er es sogleich auszulöschen oder auslöschen zu lassen.

Die Waldhüter, die Holzhauer und die Steinbrecher müssen das ihnen in den Schlägen auf unschädlichen und ungefährlichen Plätzen, so wie in Steinbrüchen erlaubte Feuer vor dem Weggehen auslöschen.

7) Wenn Reutfelder und Hackwaldungen in der Nähe von sonstigem Walde gebrannt werden, so muß das Feuer wenigstens 10 Schritte von dem letzteren, und jedenfalls 4 Schritte von den Standbäumen und Laßreideln entfernt gehalten und der Boden auf diese Entfernung rund geschürft werden.

8) In den Hackwaldungen ist das Brennen mit fortlaufendem Flammenfeuer untersagt, indem nur Schmauchfeuer Statt finden darf, wo nicht wegen besonderer örtlicher Verhältnisse die Anwendung des Flammenfeuers auf den Antrag des Bürgermeisters von dem Forstamte ausnahmsweise erlaubt wird.

9) Ein Theer- oder Kalkofen darf nur 15 Schritte von dem Saum des Waldes angelegt werden.

Jede Vernachlässigung und jede Zuwiderhandlung gegen vorstehende Vorschriften hat der Waldhüter pflichtmäßig zur Anzeige zu bringen.

#### K. Bei Ausübung der Forstberechtigungen.

§. 21. Jeder, dem eine Berechtigung in der Waldung eines Andern zusteht, muß bei Ausübung seines Rechts sich im Allgemeinen streng nach den vorbemerkten forstpolizeilichen Vorschriften richten.

Der Förster wird den Waldbüter über die in seinem Gutdistrikte bestehenden Berechtigungen und über deren Ausdehnung belehren, damit der Waldbüter den Berechtigten bei Ueberschreitung seiner Befugniß als Frevler anzeigt.

Bei Ausübung seines Rechtes ist der Berechtigte, wo nicht der Rechtstitel ausdrücklich etwas Anderes mit sich bringt, insbesondere an folgende Bestimmungen gebunden:

1) Das Holz, welches zu einem bestimmten Zweck bezogen wird, darf zu nichts Anderem verwendet werden. Hat der Berechtigte empfangenes Bauholz innerhalb zwei Jahren gar nicht verwendet, so macht der Waldbüter hievon dem Waldeigentümer die Anzeige, und nur die Verwendungen des Berechtigungsholzes zu einem andern als dem bestimmten Zwecke zeigt er als Frevler an.

2) Nur solches abgestorbene Holz, welches ohne Anwendung von Werkzeugen jeder Art gewonnen werden kann, und die Stärke von 5 Zoll nicht übersteigt, gehört zum Raff- und Leseholz. Der Berechtigte darf sich hievon nicht mehr zueignen, als er für seinen eigenen Hausbedarf nöthig hat.

3) Der Weidberechtigte darf nur das zum Betrieb seiner Landwirthschaft und Viehzucht gehörige oder zu seinem Unterhalt nöthige Vieh, aber kein fremdes oder zum Handel erkaufte in den Wald auf die Weide treiben, oder sein Weidrecht an Andere abtreten.

Ist die Zahl und Gattung des Viehes bestimmt, so darf der Berechtigte nicht mehr Vieh und keine andere Gattung eintreiben.

Die Grassbenutzung ist aber unter dem Weidrecht nicht begriffen.

4) Der Mastberechtigte darf ebenfalls nur seine eigenen, zum Guthaushalt nöthigen und die selbst erzeugten Schweine eintreiben, und sein Recht an Andere nicht abtreten.

Eben so ist ihm das Einsammeln der Mast nicht erlaubt.

Wer das Recht zum Lesen der Eichen und Bucheln in den Waldungen hat, kann dasselbe in jedem Samenjahre im offenen Wald ausüben; er darf aber nicht mehr, Ederich lesen, als er zu seiner eigenen Haushaltung bedarf.

## **L. Bei der Bewirthschaftung der Privatwaldungen.**

**§. 22.** Den Eigenthümern von Privatwaldungen steht zwar die freie Bewirthschaftung und Benutzung ihrer Waldungen ohne Einschreitung der Forstbehörde zu, sie sind aber dennoch an folgende forstpolizeiliche Bestimmungen gebunden:

1) Sie dürfen zur Nachtzeit kein Holz fällen, aufmachen und abführen, und auch nicht weiden.

2) Müssen sie alle Vorsichtsmaßregeln gegen Feuerßgefahr, eben so wie jeder Andere einhalten, die eben §. 20 vorgeschrieben sind.

3) Sie dürfen in ihren Waldungen auch keine Reisen fangen.

4) Sie sind verbunden, ihr Holz, welches sie für den Verkehr und Handel schlagen, in dem gesetzlichen Klastermaß von sechs Schuh Höhe und Weite und vier Schuh Scheitel-länge, dann bei den Wellen von vier Schuh Länge und ein Schuh Durchmesser aufzuarbeiten, außer, wenn der Käufer ausdrücklich sich ein anderes Maß ausbedungen hat.

5) Der Eigenthümer darf seinen Wald ohne Erlaubniß der Forstpolizeidirektion nicht ausroden, eben so wenig darf er ihn so bewirthschaften, daß dessen Zerstörung als Wald zu fürchten ist.

Ausgenommen hiervon sind jedoch solche Privatwaldungen, die 25 Morgen und darunter enthalten und abgesondert von andern Waldungen liegen; dagegen darf er einen solchen Wald nicht über ein Jahr öde liegen lassen.

## **Dritter Abschnitt.**

### **Von den einzelnen Dienstverrichtungen der Waldhüter.**

#### **I. Verfahren beim Betreten der Freyer und des Frevels Verdächtiger.**

**§. 23.** Der Waldhüter ist verpflichtet und befugt, einen Jeden, welchen er bei Verübung eines Forstfrevels oder einer Behlen, Archiv. VI. Bd. 28. Heft.

sich darauf beziehenden verdächtigen Handlung antrifft, davon abzumahnern, von der Fortsetzung abzuhalten, aus dem Walde zu weisen, bei bereits begangnem Frevel aber aufzuschreiben. Er hat daher Jeden, der ihm mit Holz und sonstigen Wald-erzeugnissen begegnet, oder den er, mit einer Waldnutzung beschäftigt, antrifft, oder den er sonst für verdächtig hält, nach seinem Namen, Wohnort und nach den Umständen zu fragen, wovon die Beurtheilung abhängt, ob er ein Frevler sei oder nicht. Auch selbst wenn er den Frevler genau kennt, und vom wirklichen Frevel überzeugt ist, muß er denselben dennoch anrufen, und über den Frevel zur Rede stellen.

Er hat sich ferner bei der Abfuhr und sonstigen Verbringung des verkauften Holzes oder von Nebennutzungen die Abfuhrzettel, Erlaubnißscheine u. dgl. vorweisen zu lassen.

Er soll dem Frevler die entwendeten Waldgegenstände wo möglich wegnehmen und die weggenommenen, so wie die vom Frevler liegen gelassenen Gegenstände in Sicherheit bringen, und dem Waldeigenthümer oder dessen Stellvertreter davon Nachricht geben.

Das Holz, welches er den Frevlern abgenommen hat, wenn es nicht in Reißig, Spänen, Leseholz und ähnlichen Abfällen besteht, muß er, so wie die Stöcke aller Stangen und Stämme, deren Entwendung oder unbefugte Fällung er entdeckt, wenn sie drei Zoll und darüber im Durchmesser haben, mit dem Frevelhammer anschlagen, zum Zeichen seiner Amtshandlung oder seiner Kenntniß vom begangenen Frevel. Der Waldhüter hat sich jeder Mißhandlung der am Freveln betroffenen Personen durch Wort oder That strenge zu enthalten. Nur in dem Falle der Nothwehr darf der Waldhüter von den Waffen, die er mit sich führt, zur Vertheidigung Gebrauch machen.

## II. Bestätigung des Thatbestandes.

§. 24. Bei Entdeckung eines Forstvergehens ist es besondere Pflicht des Waldhüters, neben den oben bei den ein-

zelnen Freveln schon angeführten Rücksichten auch noch folgende Umstände herzustellen und aufzuzeichnen:

1) Monat, Tag und Tageszeit, wann der Frevel verübt oder entdeckt worden ist.

2) Den Vor- und Zunamen und Wohnort des Frevlers, welchem bei der Ehefrau der Name des Mannes, bei minderjährigen Kindern der Name des Vaters oder der Mutter oder des Pflegers, bei Gesellen, Lehrlingen und bei Dienstboten der Name des Meisters oder Dienstherrn, endlich bei Hirten, Tagelöhnern und andern Arbeitern der Name dessen, welcher sie aufgestellt hat, jedesmal beizufügen ist.

Bei gemeinschaftlich verübten Freveln sind alle Theilnehmer namentlich aufzuführen.

Hat der Waldbüter den Thäter nicht selbst entdeckt, und ist ihm der Name von einem andern angegeben worden, so ist dieses zu bemerken; eben so sind auch jene Personen namentlich anzugeben, welche als Zeugen oder Urkundspersonen über den Frevel Auskunft ertheilen können.

3) Die Benennung des Walddistrikts, worin der Frevel vorgefallen ist, und wem der Wald gehört.

4) Ob der Frevler auf der That betroffen wurde, ob in oder außer dem Walde.

5) Art des Frevels und wie weit derselbe zur Vollendung gekommen ist.

6) Die Menge desjenigen, was entwendet oder beschädigt worden, nach dem Maße, wie solches oben bei den einzelnen Freveln angegeben ist.

7) Die Beschaffenheit des Entwendeten oder Beschädigten, wie sie oben in den §§. 6, 7, 9 und 10 näher angegeben ist.

8) Die Angabe der angerichteten Beschädigung oder der den Schadenersatz bestimmenden Umstände.

Bei folgenden Fällen hat der Waldbüter jedesmal besondere Vormerkung zu machen.

a) Wenn der Frevel vor Sonnenaufgang oder nach Sonnen-

untergang, wenn derselbe an einem Frevelthätigungstag oder an einem Sonn- oder Feiertag verübt wurde.

b) Wenn der Frevler ein im Walde angestellter Holzhaner, Holzseher, Röhler, Harzbrenner oder sonst ein Waldbarbeiter ist.

c) Wenn der Frevler Waffen mit sich geführt oder seine Person unkenntlich gemacht hat.

d) Wenn der Frevler sich geweigert, seinen Namen und Wohnort anzugeben oder einen falschen angegeben hat.

e) Wenn er sich geweigert hat, das zu Schäden gehende Vieh, die mitgeführten Werkzeuge und das Fuhrwerk und Gespann an den Waldhüter auf dessen Abforderung zu überlassen.

f) Wenn der Frevler, falls er nach den in §. 25 enthaltenen Bestimmungen verhaftet werden sollte, zu folgen sich geweigert hat.

g) Wenn die gefrevelten Gegenstände von dem Frevler gänzlich oder theilweise veräußert, oder zum Verkauf oder Handel verarbeitet worden sind.

h) Wenn bei dem frevelhaften Fällen des Holzes die Säge statt der Art gebraucht, und wenn sonst ein Mittel angewendet wurde, um den Schall der Artschaftläge oder das Geräusch der Säge zu dämpfen. Endlich

i) Wenn der Frevler innerhalb eines Jahres seit der letzten Verurtheilung wegen eines Forstfrevels oder Forstdiebstahls sich eines neuen oder wiederholten Frevels schuldig gemacht hat.

### III. Verhalten bei Verhaftung der Frevler.

§. 25. Die auf der That betroffenen Uebertreter ist der Waldhüter berechtigt und verbunden, in folgenden Fällen anzuhalten, und vor den Bürgermeister der Gemarkung zu führen:

a) Wenn es ihm unbekannte Personen oder Ausländer sind.

b) Wenn bekannte Inländer, der Ermahnung ungeachtet,

vom Frevler nicht ablassen und sich nicht auf der Stelle aus dem Walde entfernen..

Eine Ausnahme hiervon wegen der Ausländer findet in den Grenzwaldungen bei den Baierschen, Württembergischen und Hessischen Unterthanen statt; diese werden eben so wie die diesseitigen Unterthanen behandelt, im Falle einer Verhaftung jedoch vom Waldbüter entweder unmittelbar zu dem Ortsvorgesetzten ihres Wohnortes, oder zu dem Bürgermeister der Gemeinde, in deren Gemarkung der Frevler verübt wurde, geführt. Im letztern Fall läßt sie der Bürgermeister mit einem über die Anzeige aufgenommenen Protokolle an die Heimathsbehörde abliefern, oder nach dem §. 188 des Forstgesetzes wieder auf freien Fuß setzen.

#### IV. Verhalten bei der Pfändung.

§. 26. Der Waldbüter ist ermächtigt, zur Urfunde des Vergehens, so wie zur Sicherung des Erfasses und Strafvollzugs das zu Schaden gehende Vieh und bei Antreffen auf frischer That die von dem Frevler mitgeführten Werkzeuge, Fuhrwerk und Gespann wegzunehmen, und dem Bürgermeister der Gemarkung abzuliefern.

Diese Pfändung ist dem Waldbüter in folgenden Fällen zur besondern Pflicht gemacht:

- 1) Wenn Weidvieh ohne Hirt betroffen wird,
- 2) wenn die Frevler, der Erkennung ihrer Person auszuweichen, sich flüchten, dabei Werkzeug, Fuhrwerk und Vieh im Stich lassen;
- 3) bei mittellosen und überhaupt bei Gewohnheitsfrevlern;
- 4) bei Entwendung von zugerichteten Walderzeugnissen.

#### V. Verhalten bei der Verfolgung, Haussuchung und Beschlagnahme.

§. 27. Wenn die Gewißheit oder dringende Wahrscheinlichkeit oder die frische Spur vorhanden ist, daß ein Gegenstand



entwendet worden, so hat der Waldbüter diese Spur zu verfolgen und bei Auffindung des Gegenstandes denselben in fürsorglichen Beschlag zu nehmen, und so weit es geschehen kann, mit dem Frevelhammer zu bezeichnen.

Er hat davon dem Bürgermeister der Gemarkung unverzüglich die Anzeige zu machen.

Zum Behuf einer solchen Beschlagnahme kann der Waldbüter auch Holzniederlagen an offenen Orten, bei Sägmühlen, Zimmerplätzen und dergleichen durchsuchen.

In Gebäude oder geschlossene Hofräume darf er jedoch nicht dringen, ohne Begleitung des Bürgermeisters oder dessen Stellvertreter, denen er die Spuren oder Verdachtsgründe anzugeben hat, daß sich in einem Gebäude oder geschlossenen Hofraum gefrevelte Gegenstände befinden.

Alle diese Befugnisse stehen dem Waldbüter auch in dem Baierischen, Hessischen und Württembergischen Gebiete, jedoch unter den gleichen Bedingungen zu.

## VI. Von der Führung des Tagebuchs.

§. 28. Alle von dem Waldbüter den Tag über entdeckten und auf der Stelle in sein Schreibebuch eingeschriebenen Frevel und Vergehungen hat derselbe täglich in ein Tagebuch nach dem beiliegenden Muster und dessen Erläuterungen einzutragen und zwar in ununterbrochener Reihenfolge mit allen auf den Frevel Bezug habenden Entdeckungen und Umständen.

Alle Einträge muß der Waldbüter eigenhändig mit Tinte schreiben, das Buch jeden Tag abschließen und unterzeichnen. Ein Aufschub dieses Eintrags wird für's Erstemal mit 3 fl. und im Wiederholungsfalle mit doppelter Strafe belegt. Bei weiterer Wiederholung erfolgt die Dienstentlassung.

Änderungen, sie mögen zum Vortheil oder Nachtheil des Frevels sein, darf er späterhin in dem Tagebuche nicht vornehmen, sondern er muß die etwa nöthig werdenden Verbesserungen und Nachträge in der Reihe der Einschreibungen bewirken und auf den frühern Eintrag hinweisen. Auch diese

Abänderungen ziehen Bestrafung und nach Umständen den Verlust des Dienstes nach sich.

Wo bei einer Pfändung, Verhaftung und Beschlagnahme oder Haussuchung ein besonderes Protocoll vom Bürgermeister aufgenommen worden ist, wird hievon im Tagebuch unter Bezug auf jenes Protocoll nur kurz Erwähnung gethan.

Auch diejenigen Frevel und Vergehen, welche der Waldbhüter nach dem folgenden Paragraphen dem Förster besonders und alsbald anzuzeigen hat, muß er in das Tagebuch aufnehmen.

Die Druckbogen zu dem Tagebuch erhält der Waldbhüter von dem Förster zugestellt.

Jede Woche hat der Waldbhüter sein Tagebuch dem Bürgermeister seines Wohnorts, und jeden Monat dem Förster vorzulegen, und zwar bei Strafe von 1 fl. für jeden Unterlassungsfall.

Die Förster und Bürgermeister sind verpflichtet und angewiesen, die erfolgte Vorlage jedesmal sogleich und unweigerlich unter dem letzten Eintrag mit den Worten:

„Eingesehen zu N. den 10.“

Förster (Bürgermeister) N.“

zu bescheinigen, und das Tagebuch dem Waldbhüter oder Demjenigen, der dasselbe in seinem Namen überbracht hat, auf der Stelle wieder zurückzugeben.

Das nach vorstehenden Bestimmungen geführte Tagebuch hat der Waldbhüter am ersten der Monate März, Mai, Juni, September, November und Januar an den Förster zu übergeben oder einzusenden.

Wenn auf diese bestimmten Tage die Einsendung nicht erfolgt, so hat der Waldbhüter auf seine Kosten einen Straßboten zu erwarten, der das Tagebuch abholt.

Auch wenn der Waldbhüter keine Frevel entdeckt und eingetragen hat, muß er dennoch auf den bestimmten Tag nach beiliegendem Muster hievon dem Förster die Fehlanzeige machen.

## VII. Von den besondern Anzeigen.

§. 29. Kommen außergewöhnliche Frevel und Vergehen vor, so werden solche neben dem Eintrag in das Tagebuch sogleich dem Förster angezeigt. — Solche Fälle sind:

1) Ungewöhnliche und bedeutende Waldfrevel, und wichtige Verletzungen der forstpolizeilichen Vorschriften, zu deren Verfolgung, Befichtigung oder fernerer Verhinderung die persönliche Gegenwart oder das Einschreiten des Försters nöthig ist; hieher gehören namentlich die gewaltsamen Einfälle in die Waldungen und das Zusammenrotten der Frevler, gewaltsame Unternehmung von unerlaubten Holzhieben, gewaltsame Grass-, Streu- und Weidbenutzung und des Harzens, unerlaubte Waldausstockung.

2) Die bedeutenden Entwendungen von verarbeitetem, zugerichtetem oder zum Transport zubereitetem Holz oder sonstigen Walderzeugnissen.

3) Jene Frevel, wobei noch nebenher ein bedeutender, besonders abzuschätzender Schaden geschehen ist.

4) Jede gröbliche Nachlässigkeit oder Widerseßlichkeit der Waldarbeiter gegen die allgemeinen Verordnungen und besondern Vorschriften des Försters, wenn bei einem längern Verzug mit der Anzeige eine fortgesetzte Beschädigung des Waldes oder anhaltende Unordnung zu befürchten ist.

5) Jede eigehmächtige Anlegung einer Kohlplatte, eines Kalk- und Theerofens.

§. 30. Außer dem in vorstehendem Paragraphen Genannten hat der Waldhüter folgende Vorkommnisse bei dem Förster unverweilt anzuzeigen:

1) Jede starke Beschädigung des Waldes durch Schnee, Sturmwinde, Ueberschwemmungen und ähnliche Naturereignisse überhaupt.

2) Jede ungewöhnliche Erscheinung an den Waldbäumen und Pflanzen durch Abdürren der Blätter und Nadeln, oder durch völliges Absterben ganzer Stämme; ferner jeden auffallenden Raupen-, Käfer- und Mäusefraß, desgleichen

3) jede bedeutende Beschädigung der Schläge und Culturen durch das Wild.

4) Das Erscheinen von wüthenden Hunden und Füchsen.

5) Jede unerlaubte Errichtung eines neuen Baumwesens im Walde oder näher als 400 Schritte von demselben entfernt.

6) Ferner jede versuchte Einrichtung einer Werkstätte zur Holzverarbeitung oder eine Niederlage zum Holzhandel in einem schon im Walde oder in obiger Nähe stehenden Gebäude.

7) Jede Beleidigung, Drohung oder thätlicher Widerstand gegen den in der Ausübung seines Dienstes begriffenen Waldhüter.

### VIII. Verhalten bei Waldbränden.

§. 31. Neben Beachtung aller zur Verbütung einer Feuergefahr in Waldungen vorgeschriebenen Maßregeln hat der Waldhüter bei einem wirklich entstandenen Waldbrand Folgendes zu beobachten:

Er muß allein oder mit Hülfe der in der Nähe befindlichen und herbeigerufenen Personen versuchen, das Feuer mit Zweigen auszuschlagen, oder demselben durch Entblößung des Bodens vom Laub, Moos u. s. w. Einhalt zu thun; sollte jedoch ein solcher Löschversuch nicht sogleich gelingen, oder der Brand überhaupt schon so weit gediehen oder von ihm nur aus der Ferne entdeckt worden sein, so muß so schnell als möglich dem Bürgermeister des nächsten Orts Anzeige gemacht und bis zum Eintreffen weiterer Hülfe mit den Löschversuchen fortgefahren werden.

Wenn der Waldhüter im Stande war, das Feuer im Entstehen zu ersticken, so hat er die Brandstätte noch einige Zeit zu bewachen oder bewachen zu lassen; von dem Vorfalle selbst aber den Förster zu benachrichtigen.

Bricht in einem benachbarten Gutdistrikt ein Brand aus und ist solcher schon entdeckt oder angezeigt, so darf der Waldhüter sich nicht mehr aus seinem eigenen Gutdistrikt entfernen, sondern es liegt ihm alsdann die strengste Wachsamkeit darin ob.

## **IX. Vom Verhalten bei den Frevelgerichten.**

§. 32. Bei den Frevelgerichten, so wie bei den besondern Untersuchungen hat der Waldhüter jedesmal auf die an ihn ergangene Vorladung und zwar stets mit dem Wappenschild und dem Frevelhammer als Zeichen seines Berufes zu erscheinen.

Die Wahrheit seiner Einträge in das Tagebuch muß der Waldhüter auf Verlangen des Richters auf seinen Dienstseid bekräftigen.

Für die Anwohnung beim Frevelgericht und bei den besondern Untersuchungen erhält er seine Taggebühren aus der Forstgerichtsbarkeitskasse.

---

Bezirksamt Stettfeld.

Forstrevier Eichenthal.

## Hutdistrict IV.

enthält

auf der Gemaffung von Krähfeld

Staats-  
Gemeinde-  
Privatwaldungen.

## Tagebuch

des

Waldhüters Ferdinand Bossert in Krähfeld

über die

entdeckten Forstfrevel und Diebstähle an Walderzeugnissen in  
den Monaten September und October des Jahrs 1834.

---

Num. d. Frevels.	Monat, Tag und Tageszeit.	Des Frevelers		Ort der Betretung	Waldeigenthum und Walddistrikt, wo d. Frevel ver- übt worden ist.
		Wohnort.	Namen.		
1. N.	Sept. 2. Nachts.	Krähsfeld.	Wilhelm Bauer bei der Kirche.	Auf dem Weg im Walde.	Krähsfelder Ge- meindswald, im Bärloch.
2.	2. Nach- mittags.	Hilsbach.	Kaspar Hils, Hirt d. Gemeinde Hilsbach.	Auf der Ehat.	Staatswald, im Lannengrund.
3.	3. Vor- mittags.	Krähsfeld.	Friederike Wild, Magd bei Joseph Hiller, Bauer.	Auf dem Weg im Felde.	Krähsfelder Ge- meindswald.
4.	3. Vor- mittags.	Hilsbach.	Franz, der Sohn des Joseph Fuchs.	Auf der Ehat.	Privatwald des Joseph Steiner in Artloch.
5.	3. Nach- mittags.	Hilsbach.	Friedrich Groß- mann, Wagner.	Auf der Ehat.	Krähsfelder Ge- meindswald, im Grübenbau.
zu 1.	—	—	—	—	—
6.	4. Morgens.	Krähsfeld.	Joseph Stenz, Knecht bei Fried- rich Frost, Bauer	Auf dem Weg im Walde.	Staatswald, im Lannengrund.
7.	4. Abends.	Hilsbach.	Regina, die Tocht. des Franz Bender.	Auf der Ehat.	Krähsfelder Ge- meindswald, im Löchenberg.
8.	4. Abends.	Krähsfeld.	Kaver Junghans, Wittwe.	Bei der Haus- suchung.	—

Eingesehen zu Krähsfeld den 5. September 1834.

Bürgermeister Roth.

Art des Frevels.	Maß des entwendeten Gegenstandes od. Zahl des zu Schaden gekommenen Viehes.	Besondere Beschädigung.	Erschwerende Umstände.	Bemerkungen.
Mit einer grünen, nur zu Brennholz geeigneten Buche.	Unt. Dicke 8 Zoll. Obere 2 Zoll. Länge 16 Schuh.	Laßtreibel.	Vor Sonnen- aufgang.	—
Mit Rind- vieh geweidet.	6 Stück.	Im ver- hängten Schlag.	—	—
Krähsfeld	den 2. Septemb	1834.	Ferdinand	Bossert.
Mit Laub begegnet.	1 Traglast.	—	—	—
Grüne Nester von einer Tanne herab- gehauen.	2 Traglasten.	Steigeisen	Der Pfän- dung u. dem Verhaft widersezt.	Mit Hilfe des Anton Gris von Krahsfeld erkannt, nach anliegendem Protokoll.
Verbotenen Weg gefah- ren.	—	—	Den falschen Namen Fried- rich Wild an- gegeben.	—
—	—	—	Hat die Stange ver- kauft.	—
Krähsfeld	den 3. Septemb.	1834.	Ferdinand	Bossert.
Aufgelastertes forlen Scheit- holz entwendet u. unter dem Laub weggeführt.	1/2 Klafter.	—	—	Dem Revier- förster beson- ders angezeigt.
Begrast.	1 Traglast.	Mit der St- chel im ver- hängten Schlag.	—	—
Zusammenge- spaltenes buchen Scheiterholz vorgefunden.	3 Traglasten.	—	—	Nach eingese- detem Proto- koll.

Krähsfeld den 4. September 1834.

Ferdinand Bossert.



Bezirksamt Stettfeld.

Forstrevier Eichenthal.

Hutdistrict IV.

## **Fehlanzeige**

des

**Waldhüters Ferdinand Bossert in Krähfeld.**

---

In den Monaten November und Dezember des Jahres 1834 sind von dem Unterzeichneten weder in seinem eigenen noch in einem andern Hutdistrict Forstfrevel oder Diebstähle an Walderzeugnissen entdeckt worden.

Solches beurfundet

**Krähfeld den 1. Januar 1835**

**Ferdinand Bossert.**

## Erläuterungen über die Führung des Tagebuches der Waldbüter.

### 1) Nummer des Frevels.

In derselben Reihenfolge, wie die Frevel von dem Waldbüter entdeckt werden, sind sie auch in das Tagebuch nach einander einzutragen und mit fortlaufenden Nummern zu versehen, welche jedesmal am 1. Januar, März, Mai, Juli, September, November wieder mit Nr. 1 anfangen. Diese Reihenfolge darf nur durch die Nachträge unterbrochen werden, wenn der Waldbüter nämlich Veranlassung finden sollte, einen früheren Eintrag zu berichtigen oder eine spätere Entdeckung über den bereits verzeichneten Frevel nachzutragen. Bei diesen Nachträgen wird die Nummer des früher eingetragenen Frevels, zu dem derselbe gehört, mit dem Beiwort „zu“ (Nr. 1) eingeschrieben, und hierauf bei dem nachfolgenden Frevel mit der Nummerreihe wiederum fortgefahren. Bei dem Frevel, auf den sich der Nachtrag bezieht, ist als Zeichen des Nachtrags unter die Nummer ein N. zu setzen.

### 2) Monat, Tag und Tageszeit.

Die Aussetzung des Monats ist auf jeder Seite des Tagebuches nur einmal und zwar am Anfang der hiefür geöffneten Spalte nöthig, außer, wenn der neue Monat beginnt.

Außer dem Datum ist auch die Tageszeit beizusetzen, wobei anzunehmen ist, daß der Morgen von Sonnenaufgang bis 9 Uhr, der Vormittag von da bis 12 Uhr dauert, der Nachmittag bis 4 Uhr, der Abend von da an bis zum Untergang der Sonne. Die Zeit vom Untergang der Sonne bis zu deren Aufgang wird zur Nacht gerechnet und so eingetragen.

### 3) Wohnort des Frevelers.

Unter Wohnort wird der Name der Gemeinde verstanden, zu welcher der Freveler gehört, mag er dann in dem Hauptort oder auf einem einzelnen Hof und dergl. wohnen. Wenn jedoch mehrere Einwohner von gleichen Namen in einer Ge-

meinde vorkommen, dann wird bei ihrem Namen der hier die Person unterscheidende besondere Wohnort beigefügt, z. B.

„Peter Gebhard im Thal“

„Joseph Riegeler auf dem Koblhof.“

#### 4) Namen des Frevelers.

Bei der Aufschreibung des Namens ist folgende Vorschrift wohl in Obacht zu nehmen:

Der ansässige Bürger und dessen Ehefrau oder Wittwe wird mit Angabe seines etwa führenden Beinamens (sofern dieses kein Schimpfname ist) oder seines Gewerbes also eingeschrieben, z. B.

„Joseph Rühnle, Schlosser.“

„Die Ehefrau des Franz Wild, Jakobs Sohn.“

„Die Wittwe des Jakob Bauer, Tagelöhner bei der Kirche.“

Den minderjährigen, bei den Eltern noch wohnenden Kindern wird nach dem Vornamen des Sohnes oder der Tochter, welcher oder welche den Frevel verübt hat, der Name des Vaters und wenn dieser nicht mehr am Leben sein sollte, der Name der Mutter beigefügt, z. B.

„Friedrich, der ledige Sohn des Heinrich Traub.“

„Regina, die ledige Tochter des Joseph Carst Wittwe.“

Wohnen oder haufen diese Kinder, obgleich noch unverheuratet, für sich, dann ist bei dem Namen nur der ledige Stand zu bemerken, z. B.

„Kaspar Korn, ledig.“

„Friederike Schuch, ledig.“

Wenn solche ledige Personen noch bei Vormündern oder Pflegeeltern sich aufhalten, so sind diese dem Namen beizufügen, z. B.

„Franz Rüd, der Pflege Sohn des Andreas Schäfer.“

Sind diese ledigen Personen Dienstboten, Lehrlinge oder Gesellen, so ist ihrem Namen der des Dienstherrn oder Meisters beizusetzen, z. B.

„Joseph Müller, Knecht des Schwanenwirths Krämer.“

„Friedrich Alt, der Lehrling des Schreiners Franz Kunz.“

Haben die Betroffenen den Frevler als Arbeiter, Fuhrleute, Hirten gelegentlich der ihnen anvertrauten Verrichtungen verübt, dann findet folgender Beisatz statt:

„Jakob Friedrich Knapp, der Tagelöhner des Gottlieb Frei, Wäfers.“

„Friedrich Bollmer, ledig, der Hirt der Gemeinde Krähfeld.“

Wenn der Frevler noch im Militärdienst steht, dann ist der Beisatz

„Soldat“

bei der Namensverzeichnung nicht zu unterlassen.

Was die falsche Namensangabe von Seiten der Frevler betrifft, so wird hierüber weiter unten bei den erschwerenden Umständen das Nothwendige gesagt werden.

#### 5) Ort der Betretung.

Darunter wird die allgemeine Bezeichnung des Orts in dem Falle verstanden, wenn der Waldhüter den Frevler nicht auf der That betroffen hat, z. B.

„Auf dem Weg im Wald.“

„Auf dem Feld.“

„Im Dorf.“

Hat er ihn auf der That betroffen, so schreibt er ein

„Auf der That.“

Ist der Frevler mittelst Hausfuchung entdeckt worden:

„Bei der Hausfuchung.“

#### 6) Waldeigenthum und Walddistrikt, wo der Frevler verübt worden ist.

Unter Waldeigenthum wird verstanden, ob der Wald, in welchem der Frevler verübt worden, ein Staats-, Gemeinds-, Stiftungs- (Kirchen- und Heiligen-) oder Privatwald ist, und zwar welcher Gemeinde, Stiftung, welchem Standes- oder Grundherrschaft oder welchem Privatmann gehört.

Unter das Waldeigenthum ist die Benennung des Wald-

## VII. Von den besondern Anzeigen.

§. 29. Kommen außergewöhnliche Frevel und Vergehen vor, so werden solche neben dem Eintrag in das Tagebuch sogleich dem Förster angezeigt. — Solche Fälle sind:

1) Ungewöhnliche und bedeutende Waldfrevel, und wichtige Verletzungen der forstpolizeilichen Vorschriften, zu deren Verfolgung, Befichtigung oder fernerer Verhinderung die persönliche Gegenwart oder das Einschreiten des Försters nöthig ist; hieher gehören namentlich die gewaltsamen Einfälle in die Waldungen und das Zusammenrotten der Frevler, gewaltsame Unternehmung von unerlaubten Holzhieben, gewaltsame Gras-, Streu- und Weidbenutzung und des Harzens, unerlaubte Waldausstoßung.

2) Die bedeutenden Entwendungen von verarbeitetem, zugerichtetem oder zum Transport zubereitetem Holz oder sonstigen Walderzeugnissen.

3) Jene Frevel, wobei noch nebenher ein bedeutender, besonders abzuschätzender Schaden geschehen ist.

4) Jede gröbliche Nachlässigkeit oder Widersetzlichkeit der Waldarbeiter gegen die allgemeinen Verordnungen und besondern Vorschriften des Försters, wenn bei einem längern Verzug mit der Anzeige eine fortgesetzte Beschädigung des Waldes oder anhaltende Unordnung zu befürchten ist.

5) Jede eigenthümliche Anlegung einer Kohlplatte, eines Kalk- und Theerosens.

§. 30. Außer dem in vorstehendem Paragraphen Genannten hat der Waldhüter folgende Vorkommnisse bei dem Förster unverweilt anzuzeigen:

1) Jede starke Beschädigung des Waldes durch Schnee, Sturmwinde, Ueberschwemmungen und ähnliche Naturereignisse überhaupt.

2) Jede ungewöhnliche Erscheinung an den Waldbäumen und Pflanzen durch Abdürren der Blätter und Nadeln, oder durch völliges Absterben ganzer Stämme; ferner jeden auffallenden Raupen-, Käfer- und Mäusefraß, desgleichen

3) jede bedeutende Beschädigung der Schläge und Culturen durch das Wild.

4) Das Erscheinen von wüthenden Hunden und Füchsen.

5) Jede unerlaubte Errichtung eines neuen Bauwesens im Walde oder näher als 400 Schritte von demselben entfernt.

6) Ferner jede versuchte Einrichtung einer Werkstätte zur Holzverarbeitung oder eine Niederlage zum Holzhandel in einem schon im Walde oder in obiger Nähe stehenden Gebäude.

7) Jede Beleidigung, Drohung oder thätlicher Widerstand gegen den in der Ausübung seines Dienstes begriffenen Waldhüter.

### VIII. Verhalten bei Waldbränden.

§. 31. Neben Beachtung aller zur Verbütung einer Feuergefahr in Waldungen vorgeschriebenen Maßregeln hat der Waldhüter bei einem wirklich entstandenen Waldbrand Folgendes zu beobachten:

Er muß allein oder mit Hülfe der in der Nähe befindlichen und herbeigerufenen Personen versuchen, das Feuer mit Zweigen auszuschlagen, oder demselben durch Entblößung des Bodens vom Laub, Moos u. s. w. Einhalt zu thun; sollte jedoch ein solcher Löschversuch nicht sogleich gelingen, oder der Brand überhaupt schon so weit gediehen oder von ihm nur aus der Ferne entdeckt worden sein, so muß so schnell als möglich dem Bürgermeister des nächsten Orts Anzeige gemacht und bis zum Eintreffen weiterer Hülfe mit den Löschversuchen fortgefahren werden.

Wenn der Waldhüter im Stande war, das Feuer im Entstehen zu ersticken, so hat er die Brandstätte noch einige Zeit zu bewachen oder bewachen zu lassen; von dem Vorfalle selbst aber den Förster zu benachrichtigen.

Bricht in einem benachbarten Gutdistrikt ein Brand aus und ist solcher schon entdeckt oder angezeigt, so darf der Waldhüter sich nicht mehr aus seinem eigenen Gutdistrikt entfernen, sondern es liegt ihm alsdann die strengste Wachsamkeit darin ob.

## **IX. Vom Verhalten bei den Frevelgerichten.**

§. 32. Bei den Frevelgerichten, so wie bei den besondern Untersuchungen hat der Waldhüter jedesmal auf die an ihn ergangene Vorladung und zwar stets mit dem Wappenschild und dem Frevelhammer als Zeichen seines Berufes zu erscheinen.

Die Wahrheit seiner Einträge in das Tagebuch muß der Waldhüter auf Verlangen des Richters auf seinen Diensteid bekräftigen.

Für die Anwohnung beim Frevelgericht und bei den besondern Untersuchungen erhält er seine Taggebühren aus der Forstgerichtsbarkeitskasse.

---

Ziffer 1.

Bezirksamt Stettfeld.

Forstrevier Eichenthal.

## Hutdistrict IV.

enthält

auf der Gemaffung von Krähfeld

Staats-  
Gemeinde-  
Privatwaldungen.

## Tagebuch

des

Waldhüters Ferdinand Bossert in Krähfeld

über die

entdeckten Forstfrevel und Diebstähle an Walderzeugnissen in  
den Monaten September und October des Jahrs 1834.

---



Num. d. Frevels.	Monat, Tag und Tageszeit.	Des Frevelers		Ort der Betretung	Waldeigenthum und Waldbistritz, wo d. Frevel ver- übt worden ist.
		Wohnort.	Namen.		
1. N.	Sept. 2. Nachts.	Krähsfeld.	Wilhelm Bauer bei der Kirche.	Auf dem Weg im Walde.	Krähsfelder Ge- meindswald, im Bärloch.
2.	2. Nach- mittags.	Hilsbach.	Kaspar Hils, Hirt d. Gemeinde Hilsbach.	Auf der Ehat.	Staatswald, im Tannengrund.
3.	3. Vor- mittags.	Krähsfeld.	Friederike Wild, Magd bei Joseph Hiller, Bauer.	Auf dem Weg im Felde.	Krähsfelder Ge- meindswald.
4.	3. Vor- mittags.	Hilsbach.	Franz, der Sohn des Joseph Fuchs.	Auf der Ehat.	Privatwald des Joseph Steiner in Artloch.
5.	3. Nach- mittags.	Hilsbach.	Friedrich Groß- mann, Wagner.	Auf der Ehat.	Krähsfelder Ge- meindswald, im Grübenhau.
zu 1.	—	—	—	—	—
6.	4. Morgens.	Krähsfeld.	Joseph Stenz, Knecht bei Fried- rich Frost, Bauer	Auf dem Weg im Walde.	Staatswald, im Tannengrund.
7.	4. Abends.	Hilsbach.	Regina, die Tocht. des Franz Bender.	Auf der Ehat.	Krähsfelder Ge- meindswald, im Löchenberg.
8.	4. Abends.	Krähsfeld.	Kaver Junghans, Wittwe.	Bei der Haus- suchung.	—

Eingesehen zu Krähsfeld den 5. September 1834.

Bürgermeister Roth.

Art des Frevels.	Maß des entwendeten Gegenstandes od. Zahl des zu Schaden gekommenen Viehes.	Besondere Beschädigung.	Erschwerende Umstände.	Bemerkungen.
Mit einer grünen, nur zu Brennholz geeigneten Buche.	Unt. Dicke 8 Zoll. Obere = 2 Zoll. Länge 16 Schuh.	Laßfreibel.	Vor Sonnen- aufgang.	—
Mit Rind- vieh geweidet.	6 Stück.	Im ver- hängten Schlag.	—	—
Krähsfeld	den 2. Septemb	1834.	Ferdinand	Bossert.
Mit Laub begegnet.	1 Traglast.	—	—	—
Grüne Aeste von einer Tanne herab- gehauen.	2 Traglasten.	Steigeisen	Der Pfän- dung u. dem Verhaft widersezt.	Mit Hilfe des Anton Frits von Krahsfeld erkannt, nach anliegendem Protokoll.
Verbotenen Weg gefah- ren.	—	—	Den falschen Namen Fried- rich Wild an- gegeben.	—
—	—	—	Hat die Stange ver- kauft.	—
Krähsfeld	den 3. Septemb.	1834.	Ferdinand	Bossert.
Aufgeklaffertes forlen Scheit- holz entwendet u. unter dem Laub weggeführt.	1/2 Klafter.	—	—	Dem Revier- förster beson- ders angezeigt.
Gegrast.	1 Traglast.	Mit der Si- chel im ver- hängten Schlag.	—	—
Zusammenge- spaltenes buchen Scheiterholz vorgefunden.	3 Traglasten.	—	—	Nach eingese- detem Proto- koll.

Krähsfeld den 4. September 1834.

Ferdinand Bossert.

Bezirksamt Stettfeld.

Forstrevier Eichenthal.

Hutdistrict IV.

## Fehlanzeige

des

Waldhüters Ferdinand Bossert in Krähfeld.

---

In den Monaten November und Dezember des Jahres 1834 sind von dem Unterzeichneten weder in seinem eigenen noch in einem andern Hutdistrict Forstfrevel oder Diebstähle an Walderzeugnissen entdeckt worden.

Solches beurfundet

Krähfeld den 1. Januar 1835

Ferdinand Bossert.

## **Erläuterungen über die Führung des Tagebuches der Waldbüter.**

### **1) Nummer des Frevels.**

In derselben Reihenfolge, wie die Frevel von dem Waldbüter entdeckt werden, sind sie auch in das Tagebuch nach einander einzutragen und mit fortlaufenden Nummern zu versehen, welche jedesmal am 1. Januar, März, Mai, Juli, September, November wieder mit Nr. 1 anfangen. Diese Reihenfolge darf nur durch die Nachträge unterbrochen werden, wenn der Waldbüter nämlich Veranlassung finden sollte, einen früheren Eintrag zu berichtigen oder eine spätere Entdeckung über den bereits verzeichneten Frevel nachzutragen. Bei diesen Nachträgen wird die Nummer des früher eingetragenen Frevels, zu dem derselbe gehört, mit dem Beiwort „zu“ (Nr. 1) eingeschrieben, und hierauf bei dem nachfolgenden Frevel mit der Nummerreihe wiederum fortgefahren. Bei dem Frevel, auf den sich der Nachtrag bezieht, ist als Zeichen des Nachtrags unter die Nummer ein N. zu setzen.

### **2) Monat, Tag und Tageszeit.**

Die Aussetzung des Monats ist auf jeder Seite des Tagebuchs nur einmal und zwar am Anfang der hiefür geöffneten Spalte nöthig, außer, wenn der neue Monat beginnt.

Außer dem Datum ist auch die Tageszeit beizusetzen, wobei anzunehmen ist, daß der Morgen von Sonnenaufgang bis 9 Uhr, der Vormittag von da bis 12 Uhr dauert, der Nachmittag bis 4 Uhr, der Abend von da an bis zum Untergang der Sonne. Die Zeit vom Untergang der Sonne bis zu deren Aufgang wird zur Nacht gerechnet und so eingetragen.

### **3) Wohnort des Frevelers.**

Unter Wohnort wird der Name der Gemeinde verstanden, zu welcher der Freveler gehört, mag er dann in dem Hauptort oder auf einem einzelnen Hof und dergl. wohnen. Wenn jedoch mehrere Einwohner von gleichen Namen in einer Ge-

meinde vorkommen, dann wird bei ihrem Namen der hier die Person unterscheidende besondere Wohnort beigefügt, z. B.

„Peter Gebhard im Thal“

„Joseph Kiegele auf dem Koblhof.“

#### 4) Namen des Frevelers.

Bei der Aufschreibung des Namens ist folgende Vorschrift wohl in Obacht zu nehmen:

Der ansässige Bürger und dessen Ehefrau oder Wittwe wird mit Angabe seines etwa führenden Beinamens (sofern dieses kein Schimpfname ist) oder seines Gewerbes also eingeschrieben, z. B.

„Joseph Rühnle, Schlosser.“

„Die Ehefrau des Franz Wild, Jakobs Sohn.“

„Die Wittwe des Jakob Bauer, Tagelöhner bei der Kirche.“

Den minderjährigen, bei den Eltern noch wohnenden Kindern wird nach dem Vornamen des Sohnes oder der Tochter, welcher oder welche den Frevel verübt hat, der Name des Vaters und wenn dieser nicht mehr am Leben sein sollte, der Name der Mutter beigefügt, z. B.

„Friedrich, der ledige Sohn des Heinrich Traub.“

„Regina, die ledige Tochter des Joseph Carst Wittwe.“

Wohnen oder haufen diese Kinder, obgleich noch unverheuratet, für sich, dann ist bei dem Namen nur der ledige Stand zu bemerken, z. B.

„Kaspar Korn, ledig.“

„Friederike Schuch, ledig.“

Wenn solche ledige Personen noch bei Vormündern oder Pflegeeltern sich aufhalten, so sind diese dem Namen beizufügen, z. B.

„Franz Rüd, der Pflegesohn des Andreas Schäfer.“

Sind diese ledigen Personen Dienstboten, Lehrlinge oder Gesellen, so ist ihrem Namen der des Dienstherrn oder Meisters beizusetzen, z. B.

„Joseph Müller, Knecht des Schwanenwirths Kräßer.“

„Friedrich Alt, der Lehrling des Schreiners Franz Kunz.“

Haben die Betroffenen den Frevler als Arbeiter, Fuhr-  
leute, Hirten gelegentlich der ihnen anvertrauten Verrich-  
tungen verübt, dann findet folgender Befehl statt:

„Jakob Friedrich Knapp, der Tagelöhner des Gott-  
lieb Frei, Bäckers.“

„Friedrich Vollmer, ledig, der Hirt der Gemeinde  
Krähsfeld.“

Wenn der Frevler noch im Militärdienst steht, dann ist  
der Befehl

„Soldat“

bei der Namensverzeichnung nicht zu unterlassen.

Was die falsche Namensangabe von Seiten der Frevler  
betrifft, so wird hierüber weiter unten bei den erschwerenden  
Umständen das Nothwendige gesagt werden.

### 5) Ort der Betretung.

Darunter wird die allgemeine Bezeichnung des Orts in  
dem Falle verstanden, wenn der Waldbüter den Frevler nicht  
auf der That betroffen hat, z. B.

„Auf dem Weg im Wald.“

„Auf dem Feld.“

„Im Dorf.“

Hat er ihn auf der That betroffen, so schreibt er ein

„Auf der That.“

Ist der Frevler mittelst Hausfuchung entdeckt worden:

„Bei der Hausfuchung.“

### 6) Waldeigenthum und Walddistrikt, wo der Frevler verübt worden ist.

Unter Waldeigenthum wird verstanden, ob der Wald, in  
welchem der Frevler verübt worden, ein Staats-, Gemeinds-,  
Stiftungs- (Kirchen- und Heiligen-) oder Privatwald ist, und  
zwar welcher Gemeinde, Stiftung, welchem Standes- oder  
Grundherrschaft oder welchem Privatmann gehört.

Unter das Waldeigenthum ist die Benennung des Wald-  
Besitzes, Archiv. VI. Bd. 28 Heft.

distrikt, d. h. der Name des Platzes in dem Wald zu setzen, wo der Frevel begangen wurde, z. B.

„Krähfelder Gemeindswald  
im Bärloch.“

Wenn der Freveler von dem Waldhüter nicht auf der That betroffen, oder durch Verfolgung der Spuren ausgemittelt worden ist, dann ist das Waldeigenthum und der Walddistrikt nach der Angabe des überführten Frevelers einzuschreiben.

#### 7) Art des Frevels.

In diese Spalte wird die Beschreibung des Frevels möglichst kurz eingetragen und dabei der entwendete Gegenstand nach seiner Beschaffenheit beschrieben, nämlich: Bei dem Holz, ob es Eichen-, Buchenholz u. s. w. gewesen, ob dasselbe zu Nutz- oder Bauholz, und zwar zu welcher tarismäßigen Sorte sich geeignet, oder bloß Brennholz, und zwar Scheiter-, Prügel- oder Wellenholz, ergeben hätte. Ob das Holz etwa schon aufgearbeitet und zu dem Verkauf zugerichtet war. Eben so ist bei den Weidfreveln die Viehgattung anzugeben; bei Streufreveln die Art der Streu u. s. w.

#### 8) Maß des entwendeten Gegenstandes, oder Zahl des zu Schaden gegangenen Viehes.

Die Beschaffenheit des entwendeten Gegenstandes und die Gattung des unerlaubt geweideten Viehes ist in der voranstehenden Spalte des Tagebuches schon beschrieben, folglich hat sich der Waldhüter hier bloß auf Maße und Zahlen zu beschränken, nämlich bei dem Holz auf Angabe der Länge und der verschiedenen Dicke der Stämme und Stangen, oder nach Umständen auf Einschreibung des Abschages nach Klafter, Wellen, Traglasten; bei Nebennutzungsgegenständen nach Wagen, mit Angabe ihrer Bespannung, nach Traglasten, Sester, Pfunden, oder dem Stück nach, wie diese Maße dem Waldhüter bei den einzelnen Gegenständen in seiner Instruktion näher angegeben worden sind.

Ein bespannter Karren mit zwei Rädern wird als einspänniger Wagen eingeschrieben. Da bespannte Schlitten dem

Wagen gleich geachtet werden, so sind solche mit ihrer Bespannung einzutragen.

Die Ladungen der Schiefarren und Handschlitten werden nach Traglasten abgeschätzt. Unter einer Traglast wird eine solche verstanden, wie sie eine erwachsene und kräftige Manns- oder eine starke Weibsperson gewöhnlich trägt; bei schwachen Lasten kann auch eine halbe Traglast in Ansatz kommen.

### 9) Besondere Beschädigung.

Da das Forstgesetz bei gewissen Freveln und Beschädigungen neben dem Werth- noch einen Schadensansatz vorschreibt, so hat der Waldbüter hier folgende Bemerkungen in vorkommenden Fällen einzutragen:

#### I. Bei Entwendung von Holz:

„Ein Standbaum (oder Laßreidel) im Niederwald.“

„Ein Samenbaum im Hochwald mit Unterwuchs.“

„Ein Samenbaum im Hochwald ohne Unterwuchs.“

„Ein Alleebaum.“

„Baumschulpflanzen.“

„Pflanzen aus jungen Schlägen unter 1 Zoll Dicke.“

Bei Entwendung von Stockholz:

„In einem jungen Schlag gegraben.“

„Von ausschlagsfähigen Stöcken im Niederwald.“

#### II. Bei der Entwendung von Nebennutzungen.

Bei Waldfrüchten und Samen, ferner bei Streumitteln jeder Art, bei Futterlaub, ferner bei dem Grasen und Weiden;

„Im verhängten Schlag.“

„Mit eisernem Rechen.“

„Mit der Sichel (Sense).“

Außerdem bei dem Eckerich:

„Von den Bäumen abgeschlagen (abgerissen, abgeflopft).“

„Das Laub auf Haufen gelassen.“

Bei dem Harz:

„Die Lacken selbst gerissen.“

„In der verbotenen Zeit gescharrt.“



Bei den Rinden:

„Von stehendem Holz geschält.“

Ueberhaupt bei der Entwendung von Holz, Ederich, Misteln  
u. f. w.:

„Mit Steigelsen.“

#### 10) Erschwerende Umstände.

Für manche Vorkommnisse bestimmt das Forstgesetz eine höhere Bestrafung. Sie werden in der für ihre Einschreibung bestimmten Columne mit folgenden Worten kurz bezeichnet:

„Vor Sonnenaufgang.“

„Nach Sonnenuntergang.“

„An einem Frevelthätigungstag.“

„An einem Sonntag.“

„An einem Feiertag.“

„Ist ein Holzhauer (Holzseher, Köhler, Harzbrenner und dergl.).“

„War bewaffnet (und zwar mit welcher Waffe).“

„Hat sich unkenntlich gemacht (durch Verkleiden, Schwärzung des Angesichts).“

„Hat die Angabe des Namens verweigert.“

„Hat einen falschen Namen angegeben (und zwar welchen?).“

„Hat die Ueberlassung der Pfandstücke verweigert.“

„Hat die Folge (bei der Verhaftung) verweigert.“

„Hat das Holz und dergl. verkauft.“

„Hat das Holz auf den Handel verarbeitet.“

„Hat den Stamm (die Stange) umgesägt.“

„Hat dies oder jenes Mittel zum Dämpfen des Schalls angewendet.“

„Ein Rückfall.“

#### 11) Bemerkungen.

Diese sind hauptsächlich in folgenden Fällen zu machen:

a) Bei alsbaldigen Anzeigen an den Förster. Dies ist kurz zu bemerken mit:

„Sogleich dem Förster angezeigt.“

b) Bei besondern, durch Verhaftung, Pfändung und Beschlagnahme veranlaßten Protokollen mit:

„Nach besonderm Protokoll des Bürgermeisters in (Wohnort desselben).“

c) Da, wo der Waldbüter Personen kennt, welche über die Verübung des Frevels Zeugenschaft geben könnten, hat er solche hier jedesmal anzuführen.

---

Schließlich wird dem Waldbüter noch bemerkt, daß er zur bessern Uebersicht jeden Freveleintrag von dem folgenden durch eine Querlinie zu trennen hat, wie das Muster zeigt, aus dem auch ersichtlich ist, wie die tägliche Unterzeichnung zu geschehen hat.

---

#### 4) Instruction für die Förster des Großherzogthums Baden.

Vom 30. August 1834.

##### Erster Abschnitt.

##### V o m F o r s t p e r s o n a l e.

##### I. Dienstpflichten des Försters im Allgemeinen.

§. 1. Die unmittelbare Ausübung und Aufrechthaltung der Forstpolizei ist Hauptbestimmung des Försters; er hat sich daher vor Allem mit den bestehenden Forstpolizeigesetzen, Instructionen und Verordnungen bekannt zu machen.

Er soll mit thätiger unpartheißcher Dienstführung einen moralisch guten Lebenswandel und ein anständiges Betragen in und außer dem Dienste verbinden, seinen Untergebenen mit gutem Beispiele vorangehen, und durch gewissenhafte Pflichterfüllung die Achtung und das Zutrauen derselben zu erwerben suchen.

Der Förster ist für die ihm zur Aufsicht zugewiesenen Waldungen und deren Bewirthschaftung und Benutzung nach den Bestimmungen des Forstgesetzes verantwortlich; er hat nicht nur die ihm selbst nach gegenwärtiger Instruction obliegenden Pflichten genau zu erfüllen, sondern auch die ihm untergebenen Waldbüter nach der ihnen erteilten Instruction zur Erfüllung ihrer Pflichten anzuhalten, die Nachlässigen ernstlich zu ermahnen, Vergehungen und Unordnungen aber zur Bestrafung höhern Orts anzuzeigen.

Es ist dem Förster durchaus und aufs Strengste untersagt, von Personen, mit denen er im Dienste zu thun hat, Geschenke anzunehmen, oder zu seinem oder seiner Angehörigen Nutzen annehmen zu lassen, gleichviel, ob diese Geschenke in Geld oder in andern Gegenständen und Leistungen bestehen.

## II. Anstellung und Dienststeinweisung des Försters und seiner Untergebenen.

§. 2. Der Förster wird nach erfolgter Anstellung von dem Forstamte in seinen Dienst eingewiesen, und auf dessen Ersuchen vom einschlägigen Bezirksamte auf gegenwärtige Instruction beidigt.

Die nach Vorschrift der Verordnung vom 11. April d. J. angestellten Waldbüter werden von dem Förster in den Dienst eingewiesen; er hat ihnen zu dem Ende die auf den Dienst Bezug habenden Instructionen, Verordnungen und Dienstpapiere etc., dann die Frevelhämmer und Wappenschilder zuzustellen, und sie mit den Obliegenheiten ihres Dienstes, mit den Grenzen und Bestandtheilen des ihnen zugewiesenen Gutdistriktes, so wie mit den darin bestehenden Berechtigungen und sonstigen Localverhältnissen genau bekannt zu machen.

Ueber die Dienststeinweisung ist ein Protokoll, worin die Uebergabe der Dienstrequisiten bemerkt wird, aufzustellen, welches der Eingewiesene zu unterzeichnen hat, und wovon demselben eine Abschrift zuzustellen, das Original selbst aber dem Forstamte einzusenden ist.

Bei eintretender Krankheit oder Verhinderung eines Waldbüters ist, wenn dieser dadurch außer Stand gesetzt wird, sei-

nen Dienst zu verrichten, das Erforderliche von dem Förster anzuordnen und dem Forstamte Anzeige zu machen.

Sterbfälle der Waldbüter hat der Förster unverzüglich dem Forstamte und dem Waldeigenthümer anzuzeigen, hat inzwischen aber für die unausgesetzte Besorgung der Waldbut zu sorgen.

Die Tagebücher und sonstigen Dienstrequisiten des verstorbenen Waldbüters werden unter Zuziehung des Bürgermeisters oder seines Vertreters von dem Förster bis zur Anstellung des neuen Waldbüters in Empfang genommen, ein Verzeichniß hiervon dem Forstamte eingesendet, das Duplicat aber zurückbehalten.

### III. Verhältniß des Försters zu den vorgesetzten Forstbehörden, und zu dem untergeordneten Gutpersonale.

§. 3. Der Förster ist zunächst dem Forstamte und durch dieses der Forstpolizei-Direction untergeordnet.

Er hat sich dieser Unterordnung gemäß gegen das Forstamt zu betragen, und dessen Weisungen in Dienstsachen pünktlich zu befolgen, vorausgesetzt, daß sie mit dem Forstgesetze und der Dienstinstruction, oder andern auf die Forstpolizei Bezug habenden Verordnungen nicht im Widerspruch stehen.

Sollte er einen solchen Widerspruch wahrzunehmen glauben, so hat er dem Forstamte seine Bemerkungen schriftlich vorzulegen, und — wenn dieses von der gegebenen Weisung nicht abgeht — an die Forstpolizei-Direction unter gleichzeitiger Benachrichtigung des Forstamtes Anzeige zu machen.

Der Förster darf sich ohne Erlaubniß des Forstamtes nicht über 24 Stunden aus seinem Bezirke entfernen.

Die Waldbüter sind dem Förster unmittelbar untergeben, und haben seinen Weisungen ungesäumt und pünktliche Folge zu leisten. Der Förster ist nicht befugt, die Waldbüter mit Verrichtungen zu beauftragen, welche sie von ihrer Berufserfüllung abhalten, oder überhaupt von ihnen etwas zu verlangen, was mit ihrer Instruction im Widerspruch steht.

Den Waldbütern darf der Förster einen Urlaub von drei

**Tagen bewilligen, wenn für gehörige Besorgung der ihnen anvertrauten Dienstverrichtungen Vorkehr getroffen ist.**

**Eine längere Abwesenheit kann nur mit spezieller Erlaubniß des Forstamts Statt finden.**

**Auch hat der Förster die Obliegenheit, wenn die Waldhüter durch Vorladung zum Frevelgericht aus ihren Hutbezirken entfernt werden, zu sorgen, daß durch benachbarte Hüter oder andere zuverlässige Personen deren Districte begangen werden.**

#### **IV. Verhältniß des Försters zu den Waldeigenthümern oder ihrer Vertreter.**

**§. 4. Mit den Gemeinderäthen, Verwaltungsbeamten der Körperschaften und mit den Privatwaldbesitzern hat sich der Förster in ein verträgliches Dienstverhältniß zu setzen, und ihren Ansinnen und Wünschen in so weit zu entsprechen, als sie mit dem Forstgesetz, gegenwärtiger Instruction und den besondern forstpolizeilichen Verordnungen nicht im Widerspruch stehen.**

**Uebertretungen der Wirthschaftsordnung und anderer forstpolizeilicher Vorschriften und Anordnungen von Seiten der Gemeinderäthe oder der Beamten und Vertreter der Körperschaften hat der Förster jedesmal zur Anzeige zu bringen.**

#### **V. Verbot der Annahme von Nebenämtern, Betreibung bürgerlicher Gewerbe und des Handels mit Walderzeugnissen.**

**§. 5. Da der Förster seine ungetheilte Aufmerksamkeit und Thätigkeit auf den Forstdienst richten soll, so ist ihm die Annahme und Besorgung von Nebenämtern ohne ausdrückliche Ermächtigung der Forstpolizei-Direction untersagt.**

**Es ist ihm ferner ohne deren besondere Erlaubniß nicht gestattet, Waldgüter, Weiden und Gräbereien zu kaufen oder zu pachten und Wirthschaft zu treiben.**

**Unbedingt verboten ist dem Förster der Handel mit Holz oder andern Waldproducten, die Theilnahme an einem Gewerbe, wozu Holz oder andere Walderzeugnisse als Hauptstoff oder Hauptmittel gebraucht werden.**

Es ist ihm ferner die unmittelbare oder mittelbare Uebernahme von Arbeits- und Lieferungsactorden für die Waldungen verboten.

## **VI. Verbot der eigenmächtigen Waldnutzung.**

§. 6. Dem Förster ist unter persönlicher Verantwortlichkeit verboten, sich eigenmächtig Holz oder andere Waldnutzungen zuzueignen, oder Andern zu gestatten.

An der Waldweide und an dem Ederich darf derselbe nur in so weit Theil nehmen, daß sein — bloß auf den häuslichen Bedarf beschränktes — Vieh mit der Gemeinsherde ausgetrieben wird.

## **Zweiter Abschnitt.**

### **Von der Forstwirtschaftspolizei.**

#### **I. In den Staats-, Gemeinds- und Körperschafts-Waldungen.**

##### **A. Von deren Bewirthschaftung im Allgemeinen.**

§. 7. Der Förster ist verpflichtet, die ihm anvertrauten Waldungen in nachhaltigem Stande zu erhalten, und nach Vorschrift des Forstgesetzes zu bewirthschaften.

Er hat daher vor Allem dafür zu sorgen, daß die Waldungen in der bestimmten Zeit und nach den hierüber zu erlassenden besondern Anweisungen vermessen, beschrieben und abgeschätzt werden, wobei er thätig mitzuwirken, endlich die Pläne und Vermessungsregister, so wie die Forstbeschreibungen und allgemeinen Wirthschaftsübersichten sorgfältig aufzubewahren hat.

Waldausstockungen und außerordentliche, den nachhaltigen Waldertrag übersteigende Holzhiebe sind untersagt. Gesuche um eine desfallige ausnahmsweise Bewilligung sind der Forstpolizei-Direction vorzulegen.

Der Förster darf zum Zweck der natürlichen Verjüngung die haubaren Bestände unter dem im §. 10 des Forstgesetzes bestimmten Alter, bei Vermeidung strenger Abndung, nicht angreifen.

Die Plänterwirthschaft ist ihm ganz untersagt; fahle Abtriebe, so wie Betriebsveränderung in den Buschwaldungen an den Flußuferu dürfen nur nach vorgängiger Erlaubniß der Forstpolizei-Direction Statt finden.

Eben so hat er für die gehörige Cultur der Waldungen Sorge zu tragen, es darf demnach kein Waldboden oder Theil eines Waldes öde gelassen, vielmehr müssen alle Blößen, so wie die unnöthigen Wege und Tristen in Schonung gelogt und angesäet oder bepflanzt werden.

Für jeden aus einer ordnungswidrigen Bewirthschaftung dem Walde zugehenden Nachtheil ist der Förster verantwortlich.

Wegen der speziellen Bewirthschaftung der Gemeinds- und Körperschaftswaldungen wird eine deßfalls zu erlassende Wirthschaftsordnung das Weitere verfügen.

## B. Von der Auszeichnung, Fällung, Aufarbeitung und Verbringung des Holzes.

§. 8. Die Auszeichnung der bei den Schlagstellungen, Nachhieben und Durchforstungen zum Hieb kommenden Stämme und Stangen in Hochwaldungen, und der überzuhaltenden Standbäume und Laßreidel in Niederwaldungen hat der Förster nach wissenschaftlichen Grundsätzen und nach den hierüber im Forstgesetz enthaltenen Bestimmungen auszuführen, er ist für allen, aus dabei begangenen Fehlern entstehenden Schaden verantwortlich.

Zur Auszeichnung erhält der Förster eine Waldart, wovon ein Abdruck bei dem Forst- und Bezirksamt zu hinterlegen ist.

Er muß jede Auszeichnung, welche die Anwendung der Waldart erfordert, selbst vornehmen, und nur in besondern wichtigen Verhinderungsfällen darf er mit Genehmigung des Forstamts einem benachbarten Förster oder einem Forstgehülfen Holzauszeichnungen unter seiner Verantwortlichkeit übertragen. Doch muß er in solchen Ausnahmefällen unverzüglich nach vollzogener Holzauszeichnung sich die Waldart wieder abliefern lassen, und solche stets in sicherer Verwahrung halten.

Beim Fällen und Aufarbeiten des Holzes hat der Förster darauf zu wachen, daß dabei die gesetzlichen Vorschriften, namentlich die Hiebzeit eingehalten werden; daß kein anderes, als das zum Hieb bestimmte und ausgezeichnete Holz gefällt, und daß die gesetzlichen Maße bei Aufarbeitung des Holzes angewendet werden, daß überhaupt die Holzhauer, Holzseher und sonstige Waldarbeiter ihren instructions- oder vertragsmäßigen Obliegenheiten genau nachkommen.

Es liegt dem Förster ferner ob, darauf zu wachen, daß die Schlagräumung und die Holzabfuhr zur bestimmten Zeit und in der vorgeschriebenen Weise geschieht, und dem Walde dadurch so wenig wie möglich Schaden zugeht.

### C. Von der Gewinnung der Nebennutzungen.

§. 9. Die in den Waldungen vorkommenden Nebennutzungen dürfen nur da gewonnen werden, wo es nach dem Forstgesetz zulässig ist. Der Förster hat daher die Schläge zur Weid-, Gras- und Streubenußung erst dann zu öffnen, wenn sie das in den §§. 32 und 41 des Forstgesetzes bestimmte Alter erreicht haben, und er hat darauf zu wachen, daß dabei alle forstpolizeilichen Vorschriften genau eingehalten werden.

Bei Eintreten eines Samenjahrs hat der Förster in Zeiten die Schläge zu besichtigen und mit Genehmigung des Forstamts zu bestimmen, ob Schweine eingetrieben oder das Eckerich eingesammelt werden dürfe.

Er hat ferner in diesem Falle in der bestimmten Zeit die Distrikte zur Mastbenutzung bekannt zu machen, die Zahl der einzutreibenden Schweine, die Tage für das Einsammeln des Eckerichs und die Distrikte zu bestimmen, so wie für das Brennen der Schweine, dann für Anschaffung und Aufbewahrung des Brandzeichens zu sorgen.

Auf die Harzbenutzung hat der Förster ein besonderes Augenmerk zu richten, und darauf zu wachen, daß die Schläge vor dem im §. 49 des Forstgesetzes bestimmten Alter nicht angeharzt werden. Es wird ihm zur strengen Pflicht gemacht, die zu Samenbäumen bestimmten Stämme vor der Eröffnung der Schläge zu bezeichnen, und die Anzahl der Läden an den



übrigen zum Harzen bestimmten Stämme zu bestimmen; er wird ferner sorgfältig darüber wachen, daß sowohl zum Reifen der Läden als zum Harzschatren die vorgeschriebene Zeit, so wie die übrigen darauf Bezug habenden Vorschriften genau eingehalten werden.

Auch wegen der übrigen Forstnebennutzungen hat der Förster darauf Bedacht zu sein, daß die Gewinnung derselben nur nach den Regeln des Forstgesetzes Statt findet.

#### D. Von der Aufsicht über die Forstberechtigungen.

§. 10. Der Förster hat sich mit allen in seinem Dienstbezirk bestehenden Gerechtsamen und Dienstbarkeiten genau bekannt zu machen.

Zu dem Ende wird ihm eine Beschreibung derselben vom Forstamte zugestellt werden, deren Aufbewahrung ihm obliegt.

Der Förster hat darüber zu wachen, daß die Berechtigungen nur so ausgeübt werden, daß der Bestand des Waldes darunter nicht leidet.

Er wacht darauf, daß die Berechtigung weder über ihren Rechtstitel ausgedehnt, noch daß der Berechtigte von dem Waldbesitzer in Ausübung seines Rechts gestört, oder durch Verminderung des nachhaltigen Bestands oder durch Betriebsänderung beeinträchtigt wird.

Er hat darauf zu sehen, daß das abgegebene Bauholz in der verordneten Zeit verbaut, das Nutz- und Brandholz aber zu den bestimmten Zwecken verwendet wird.

Für die Weid- und Streubenußung hat er die dazu geeigneten Distrikte anzuweisen und darauf zu wachen, daß die Berechtigten dieselben genau einhalten.

#### II. In den Waldungen der Standesherrn, Grundherrschaften und Privaten.

§. 11. Der Förster hat darauf zu wachen, daß diese Waldungen nach Vorschrift vermarktet, die Grenzen beschrieben und deren Fläche vermessen werde, ferner, daß in denselben zur Nachtzeit Holz weder aufgearbeitet noch abgeführt, keine Nacht-

weide ausgeübt und das zum Verkehr bestimmte Holz in gesetzlichem Maaß aufgearbeitet werde.

Sollte ein Waldbesitzer in einem Walde, der entweder für sich allein, oder in Verbindung mit andern mit ihm zusammenhängenden Waldungen mehr als 25 Morgen mißt, eine Ausstockung oder eine solche Bewirthschaftung vornehmen, die dessen Zerstörung befürchten läßt, so hat der Förster, sofern der Waldbesitzer keine Erlaubniß zur Kulturveränderung nachweisen kann, dem Forstamt alsobald Anzeige zu machen, damit dieses nach dem Gesetz einschreitet.

Auch wenn der Waldbesitzer den Boden eines weniger als 25 Morgen enthaltenden Waldes, den er ausgerodet hat, ein Jahr lang öde liegen läßt, hat der Förster dem Forstamt Anzeige zu machen.

Bei Stammguts-, Lehen- und Erbbestandswaldungen hat sich der Förster nach den Bestimmungen des §. 92 des Forstgesetzes zu achten.

Bei Waldungen, an welchen den Privaten gemeinschaftlich mit dem Staat, einer Gemeinde oder Körperschaft nur ein Miteigenthumsrecht zusteht, hat der Förster dafür zu sorgen, daß sie in jeder Beziehung nach den Vorschriften behandelt werden, welche für die Staats-, Gemeinde- und Körperschaftswaldungen gegeben worden sind.

In den Waldungen an den Flußufern hat der Förster zu wachen, daß weder eine Ausstockung noch in den Buschhölzern eine Betriebsänderung ohne besondere höhere Erlaubniß vorgenommen wird.

Er ist verpflichtet, sämtliche Privatwaldungen seines Bezirks wenigstens einmal des Jahrs zu visitiren, deren Zustand einzusehen, die Uebertretung der gesetzlichen Vorschriften zur Bestrafung anzuzeigen und am Ende jeden Jahrs über den Zustand der Privatwaldungen überhaupt Anzeigsbericht an das Forstamt zu erstatten.

### III. Verhalten bei Nachsichtsertheilungen von forstpolizeilichen Vorschriften.

§. 12. In denjenigen Fällen, wo das Forstgesetz Nach-

sichtsbewilligungen von den gegebenen Vorschriften zuläßt, hat der Förster jedesmal die besondern Umstände und Verhältnisse genau zu prüfen und zu erwägen, ob die Ausnahme von der Regel wirklich im Interesse der Waldfultur, des Eigenthümers oder der Landwirthschaft liege und dadurch geboten sei.

Hierauf hat der Förster in den Fällen, welche das Forstgesetz in den §§. 28, 40 und 64 anführt, die Nachsicht selbst zu ertheilen, in allen übrigen aber hat er sein pflichtmäßiges Gutachten an das Forstamt zu erstatten und von dort weitere Bestimmung zu erwarten.

### Dritter Abschnitt.

## Von der Forstficherheits-Polizei.

### L. Von dem Forstschuß im Allgemeinen.

§. 13. Die Verpflichtungen des Försters für den Forstschuß erstrecken sich überhaupt auf Kenntniß, Verhütung und Beseitigung der Ereignisse und Handlungen, welche den Bestand oder die Erzeugnisse der ihm anvertrauten Waldfläche gefährden.

Er hat demnach vor Allem dafür zu sorgen, daß die nöthige Anzahl von verlässigen und tauglichen Waldbütern aufgestellt, daß jedem derselben ein bestimmter Gutdistrikt, wofür er verantwortlich ist, zugewiesen, dagegen aber auch der bedungene oder festgesetzte Gehalt von dem Waldeigenthümer zur gehörigen Zeit ausbezahlt wird. Die Gutdistrikte eines jeden Forstbezirks oder Reviers sind durch fortlaufende Nummern zu bezeichnen. Die Waldbüter hat der Förster streng zu beaufsichtigen, die Gutdistrikte sowohl gelegentlich seiner übrigen Dienstverrichtungen, als auch außerdem von Zeit zu Zeit zu visitiren, die Tagbücher einzusehen und sich von deren vorschriftmäßigen Führung zu überzeugen. Dabei hat er sich jedoch nicht bloß auf die Kenntniß der einzelnen Forstfrevel und auf die Vergleichung der Frevelanzeigen mit dem Zustande der Waldungen zu beschränken, sondern er hat sich von den vorzüglichsten Anlässen und Ursachen der Frevel, dann von dem Gebrauche, welcher

von den entwendeten Gegenständen gemacht wird, zu unterrichten, und darnach die geeigneten Maßregeln, den Freveln vorzubeugen, theils selbst zu treffen, theils durch Anträge an das Forstamt zu veranlassen.

Die in der Waldbhut oder in Führung der Tagebücher entdeckten Mängel und Nachlässigkeiten hat der Förster zu rügen, die Waldbhüter zu größerem Fleiß anzuhalten oder nach Umständen zur Bestrafung bei dem Forstamte Anzeige zu machen.

Wenn gewaltsame Frevel oder Zusammenrottungen der Freveler eine Verstärkung des Hutpersonals erfordern, so hat der Förster vorerst durch Beigebung benachbarter Waldbhüter seines Bezirks oder sonstiger verlässiger Mannschaft den Waldbhüter zu unterstützen. Von den getroffenen Maßregeln ist jedesmal dem Forstamt Anzeige zu erstatten, und wenn solche nicht zureichen, sind weitere Verhaltungsbefehle einzuholen. Auch ist eben so dem Bezirksamte die Anzeige zu machen.

Ueberhaupt hat der Förster von allen außergewöhnlichen, auf den Forstschuß Bezug habenden Vorfällen jedesmal dem Forstamt Anzeige zu machen.

## II. Von der Versicherung und Beaufsichtigung der Waldflächen und ihrer Grenzen.

§. 14. Auf die Feststellung und Erhaltung der Waldfläche ohne Unterschied des Besizes hat der Förster ein Hauptaugenmerk zu richten, und alle eigenmächtige Eingriffe in den Waldboden durch Rodungen, Ueberpflügen, Weganlagen, Grenzverrückungen u. s. w. zu verhindern. Er erhält zu dem Ende bei seiner Dienststeinweisung das Verzeichniß, die Beschreibung und Pläne der seiner Aufsicht anvertrauten Waldungen zugestellt, für deren sorgfältige Aufbewahrung er verantwortlich ist.

Ergeben sich in der Folge Ab- und Zugänge durch Kulturveränderungen oder Ausstockungen, so sind solche, wie jede Eigenthumsveränderung, in den Verzeichnissen, Forstbeschreibungen und Plänen zu bemerken und nachtragen zu lassen.

Am Ende eines jeden, mit dem letzten Mal sich schließenden Wirthschaftsjahrs, hat der Förster den Stand der Waldfläche mit der Nachweisung über jene Zu- und Abgänge im

Laufe des abgewichenen Jahres nach antliegendem Formular unter Ziffer I. zu verzeichnen und dem Forstamt vorzulegen. Zu diesem Behufe läßt sich der Förster am Ende des Wirthschaftsjahres einen Auszug aus dem Grund- oder Kontraktenbuch über die im Laufe des Jahres Statt gehabten Eigenthumsveränderungen mittheilen.

Die Waldgrenzen hat der Förster gleichfalls in genaue Aufsicht zu nehmen und für die Erhaltung derselben zu wachen; er hat die Waldbesitzer zu dem Ende aufzufordern, daß sie die von ihm selbst bemerkten oder zu seiner Kenntniß gekommenen Mängel und Gebrechen in Bälde berichtigen.

Besondere Aufsicht liegt dem Förster auch über die in seinem Dienstbezirke befindlichen Landes- und Hoheitsgrenzen ob. Von den Gebrechen derselben hat er dem Forstamt alsbaldige Anzeige zu machen.

Endlich hat er auch für die Erhaltung der Berechtigungsgrenzen zu sorgen.

### III. Von der Aufsicht über die Einrichtung und Anlagen im Walde.

§. 15. Der Förster hat zu wachen, daß die Einfriedigungen und Hegezeichen stets im Stande erhalten werden. Der Förster wacht darauf, daß die durch Waldungen führenden Vicinalstraßen in gutem Stande unterhalten werden. Eben so liegt ihm die Sorge für Erhaltung der Holzabfuhrwege, der Brücken, Schleusen, Entwässerungs- und Abzugsgräben, Floßanstalten und Holztransportseinrichtungen ob. Unnöthige Wege sind abzugraben, mit Verbotsszeichen zu versehen und in Waldbestand zu bringen.

### IV. Verhalten bei Waldverheerungen durch Thiere und verderbliche Naturereignisse.

§. 16. Um Beschädigungen der Waldungen durch Insektenfraß möglichst zu verhüten, wird dem Förster zur besondern Obliegenheit gemacht, bei Begehung seines Bezirks die Verbreitung schädlicher Insekten sorgfältig zu beobachten.

Seine Aufmerksamkeit in dieser Beziehung soll sich auch auf angrenzende oder nahe gelegene fremde Waldungen ausdehnen.

Zeigen sich Merkmale von Insektenschaden, so hat der Förster die Verpflichtung, unverzüglich an Ort und Stelle den Zustand einzusehen, und den Befund alsbald dem Forstamt anzuzeigen. Dabei hat er nicht nur sein Gutachten über die zu ergreifenden Maßregeln abzugeben, sondern nach Maßgabe der auf dem Verzug haftenden Gefahr einstweilen schon für den Vollzug der nach §. 69 des Forstgesetzes zu ergreifenden Maßregeln zur Vertilgung der Insekten zu sorgen.

Die Ausführung der weitem vom Forstamt vorgeschrieben werdenden Vorkehrungen, welche eine größere Ausdehnung der Insektenverheerung etwa erfordert, muß sich der Förster bei persönlicher Verantwortlichkeit aufs thätigste und sorgsamste anlegen sein lassen.

Ueberhaupt hat der Förster seine Nadelholzwaldungen genau zu beobachten, und für die möglichst schnelle Fällung der von schädlichen Käfern angegriffenen und in Folge dessen absterbenden, so wie der völlig dürr gewordenen Hölzer zu sorgen, im Uebrigen aber sich nach §. 69 des Forstgesetzes zu verhalten.

Bei solcher Beschädigung der Waldungen durch den Wildstand, welche in Folge des bestehenden Wildschadengesetzes eine Klage begründen könnte, hat der Förster den Waldeigenthümer von jener Beschädigung zu benachrichtigen.

Bei erfolgten Windfällen und Schneebrüchen hat der Förster die alsbaldige Aufarbeitung und Wegschaffung des beschädigten Holzes zu veranlassen, bedeutende Fälle aber dem Forstamt anzuzeigen.

Wenn Ueberschwemmungen, Versumpfung und sonstige Naturereignisse eintreten, wodurch Waldungen, Brücken, Schleusen, Flößerei- und Holztransporteinrichtungen bedroht sind, so hat der Förster sich ungesäumt an Ort und Stelle zu begeben, und wo die Umstände eine gleichbaldige Einschreitung erfordern, sogleich solche Vorkehrungen anzuordnen, wodurch etwa zu befürchtenden Beschädigungen möglichst vorgebeugt wird, auch die Nachtheile des schon eingetretenen schädlichen Ereignisses thun-

lichst beseitigt werden. Ueber den Vorfall sowohl, als über die vorläufig getroffenen Anordnungen ist Anzeige an das Forstamt zu erstatten.

### V. Verhalten bei Feuergefähr.

§. 17. Zur Verhütung von Waldbränden hat der Förster zunächst dahin zu wirken, daß die diesfalls bestehenden polizeilichen Vorschriften des Forstgesetzes in §. 60—68 streng gehandhabt werden, und jede Zuwiderhandlung zur Rüge gebracht wird.

Entsteht dennoch ein Brand im Walde, so hat er sich auf die erste Nachricht sogleich an Ort und Stelle zu begeben, die bereits von den Waldhütern instructionsmäßig vorgekehrten Löschanstalten zu leiten, und nach Maaß der Gefahr auszudehnen, überhaupt aber sich nach der besondern Löschordnung bei Waldbränden pünktlich zu achten. Bei bedeutenden Waldbränden, und wenn größere Gefahr droht, hat der Förster das Forstamt von dem Brande zu benachrichtigen.

Endlich wird er der Ursache des Brandes emsig und mit Umsicht nachforschen und den ausgemittelten Brandstifter, so wie Diejenigen, welche sich saumselig und widerseßlich bei dem Brand betragen haben, zur Anzeige bringen.

### VI. Verhalten bei dem Bauen in den Waldungen oder in der Nähe derselben.

§. 18. Der Förster hat darauf zu machen, daß in den Waldungen oder in der Nähe derselben von weniger als 400 Fuß unter den im §. 58 des Forstgesetzes enthaltenen Bedingungen kein neues Gebäude angelegt wird.

Er hat ferner darauf zu sehen, daß in einzelnen Häusern, die in obiger Entfernung von den Waldungen liegen, keine Werkstätte zur Bearbeitung von Holz und keine Niederlage zum Holzhandel errichtet wird.

Wenn er von der Anlegung oder wirklichen Aufführung eines derartigen Baumwesens Kunde erhält, so hat er sogleich Einsprache dagegen zu machen, und wenn solche nicht beachtet wird, das Bezirksamt um Einschreitung und Niederlegung des

Landwirthschaft anzugehen, sodann dem Forstamt, so wie dem Waldeigenthümer Anzeige zu machen.

## VII. Verhalten in Beziehung auf die allgemeine Sicherheitspolizei.

§. 19. Dem Förster als Polizeibeamten liegt die Verpflichtung ob, zugleich auch für die allgemeine Sicherheit in den ihm anvertrauten Waldungen mit zu sorgen.

Er hat daher darauf zu wachen, daß weder in den Waldungen, noch in den in den denselben oder in deren Nähe gelegenen Gebäuden und Hütten sich fremde oder herumziehende Leute aufhalten, oder von den Bewohnern derselben beherbergt werden. Jede derartige Entdeckung ist sogleich dem Bezirksamt anzuzeigen.

Werden allgemeine Streifen angeordnet, so hat der Förster auf die vom Bezirksamt an ihn ergangene Einladung mitzuwirken.

Sollten in seinem Dienstbezirke reißende Thiere, wüthende Hunde oder Füchse sich zeigen, so hat er ohne Verzug deren Tödtung oder Vertilgung zu veranlassen, und sowohl dem Forst- als Bezirksamt Anzeige zu erstatten.

## Vierter Abschnitt.

### Von den Forstfreveln und deren Behandlung.

#### I. Verhalten bei selbst entdeckten Freveln.

§. 20. Die Verpflichtung des Försters in Beziehung auf die Frevel und Diebstähle in den Waldungen besteht nicht allein darin, daß er die Waldbüter streng beaufsichtigt, sondern daß er auch alle Frevel und Diebstähle, die er gelegentlich seiner Dienstverrichtungen selbst entdeckt, oder wovon er Kunde bekommt, constatirt und zur Bestrafung anzeigt. Er hat dabei alles dasjenige zu beobachten, was die Instruction für die Waldbüter vorschreibt.

Wenn der Förster kein Tagebuch über die von ihm entdeckten Frevel führen will, so muß er dagegen über jeden ein-



zelnem Frevel ein besonderes Protokoll aufnehmen. Ist ihm aber nach Maßgabe des §. 179 des Forstgesetzes zugleich auch die Waldbhut übertragen, so ist er verbunden, auf gleiche Weise wie die Waldbüter, ein Tagebuch zu führen, und sich überhaupt nach den Bestimmungen der Waldbüterinstruction zu achten.

## II. Verhalten bei außerordentlichen Frevelanzeigen.

§. 21. Von den durch ihn selbst entdeckten oder von den Waldbütern dem Förster angezeigten wichtigen und dringenden Freveln und Diebstählen hat derselbe, wenn der Thatbestand gehörig hergestellt ist, alsbald die Anklage zur besond. Untersuchung bei dem Bezirksamt einzuleiten, oder, wenn seine persönliche Einwirkung zur Augenscheinvornahme und Schätzung oder Anordnung besonderer Maßregeln nöthig ist, sich an Ort und Stelle zu begeben, und das Weitere zu besorgen.

Bei außergewöhnlichen Frevelanzeigen werden dieselben Druckbogen gebraucht, welche für die Frevelregister vorgeschrieben sind.

## III. Von der Aufstellung und Einsendung der Frevelregister.

§. 22. Aus den Tagebüchern der Waldbüter und aus den Protokollen oder Tagebüchern des Forstpersonals, der Waldmeister und Gensd'armen, welche am ersten Tag des zur Thätigkeit bestimmten Monats bei ihm einkommen müssen, hat der Förster das Frevelregister nach dem Formular unter Ziffer 2 zu fertigen.

Er stellt die Forstfrevelregister nach den Waldeigenthümern, in deren Waldungen gefrevelt wurde, und nach den Gemeinden, zu welchen die Freveler gehören, in der Art auf, daß für die Waldungen eines jeden Eigenthümers ein besonderes Register gefertigt, und in dasselbe die Freveler nach Gemeinden und in alphabetischer Ordnung eingetragen werden.

Gehört eine Waldung zwar ein und demselben Eigenthümer, liegt sie aber in verschiedenen Amtsbezirken, so ist für jeden Amtsbezirk ein besonderes Register zu fertigen.

Die Werthansätze sind nach dem für den Forstbezirk aufgestellten und öffentlich bekannt gemachten Werthtarif, die Schadensansätze nach den Bestimmungen der §§. 161 — 166

des Forstgesetzes von dem Förster zu berechnen und in die hiefür bestimmten Kolonnen des Registers einzuschreiben. Er wird die Waldhüter gehörig über die verschiedenen in seinem Dienstbezirk vorkommenden und in dem Werthtarif aufgeführten Holzsortimente, über ihre Eigenschaften und Maaße belehren, damit dieselben mit Bestimmtheit jedes einzelne Sortiment bezeichnen können, und der Förster hiernach den richtigen Werth des entwendeten Gegenstandes anzusetzen vermag.

Das Frevelregister wird am Schluß auf der Seite der Einträge von dem Förster unterzeichnet, und innerhalb der ersten zehn Tage der Thätigungsmonate an das Amt, in dessen Bezirk die Orts- oder Waldgemarkung gehört, in der gefrevelt wurde, unter Anschluß der Tagebücher, Protokolle und der Fehlzeigen eingesendet.

Die in den Grenzwaldungen gegen die Königreiche Baiern und Württemberg und das Großherzogthum Hessen von Unterthanen dieser Staaten verübten und angezeigten Frevel, hat der Förster nach der bisher hiebei beobachteten Weise zu verzeichnen, und in den dort üblichen Terminen an das ihm vorgesetzte Forstamt einzusenden, dabei zu bemerken, daß die Werth- und Schadensansätze nach dem diesseitigen Forstgesetz zu berechnen sind.

Ueber die den Bezirksämtern übergebenen Frevelregister hat der Förster ein summarisches Verzeichniß nach dem unter Ziffer 3 beiliegenden Muster zu führen, und ein Duplicat desselben zugleich mit Absendung der Register an das Forstamt einzuschicken.

#### IV. Von dem Verhalten bei dem Frevelgericht.

§. 23. Auf geschehene Einladung von Seiten des Frevelrichters hat sich der Förster unfehlbar bei dem Frevelgericht einzufinden, und dabei die nöthige Auskunft in Forstfachen zu ertheilen. Glaubt derselbe, daß ein Erkenntniß nicht dem Gesetz und dem Thatbestand gemäß gegeben worden sei, so hat er dagegen zu recurriren, sich dabei nach den §§. 214 und 215 des Forstgesetzes zu benehmen und dem Forstamt zugleich von dem eingelegten Recurs Nachricht zu geben.

Ziffer 1.  
Forstamt Waldburg.

St a d t r e i f u n g  
über die Veränderung der Waldfläche in dem Wirtschaftsjahr 1894/95.

Forstbesitzer, Eigenthümer.

Eigenthümer am 31. Dec. 1895.

Görner H. N.

## 5) Löschordnung bei Waldbränden für das Großherzogthum Baden.

Vom 30. August 1834.

§. 1. Wenn ein Waldbrand entsteht, und Diejenigen, die sich in der Nähe befinden, denselben nicht sogleich im Entstehen zu unterdrücken in der Lage sind, so ist so schnell als möglich dem Bürgermeister des nächstgelegenen Orts davon die Anzeige zu machen, und unterwegs schon überhaupt zur Hülfe aufzufordern.

Um sogenannten blinden Feuerlärm zu verhüten, ist jedesmal, wenn in oder nächst den Waldungen eine Arbeit vorgenommen wird, die einen bedeutenden Rauch erzeugt, hiervon vorher den Bürgermeistern der nächsten Orte die Anzeige zu machen.

§. 2. Sogleich, wie der Bürgermeister oder dessen Stellvertreter die Anzeige von einem Waldbrande erhält, hat er durch die Sturmglocke die zur Löschung auswärtiger Brände bestimmte Mannschaft zusammenrufen zu lassen, und ferner zu veranstalten, daß die Bürgermeister aller in einem Umkreise von zwei Stunden um den Wald liegende Ortschaften durch reitende Boten schleunige Kunde davon erhalten, welche dann ebenfalls die bestimmte Löschmannschaft durch die Sturmglocke zusammenrufen lassen.

Dem ihm zunächst wohnenden Forstbeamten und dem Förster des Bezirks, worin der Wald liegt, und eben so dem Bezirksamte, hat der Bürgermeister gleichfalls durch reitende Boten Nachricht von dem Brande zu geben.

§. 3. Aus allen Orten, welche zur Hülfe gerufen werden, begibt sich so schnell als möglich ein Mitglied des Gemeinderaths mit einer möglichst zahlreichen Löschmannschaft auf die Brandstelle. Die Löschmannschaft muß nicht nur sämmtlich mit Aexten und Beilen versehen sein, sondern es muß auch noch jeder eine Haxe oder Schaufel, Spaten oder Rechen mit sich führen. Damit kein Aufenthalt entstehe und von jeder Art von Werkzeugen eine verhältnißmäßige Anzahl vorhanden sei, soll jedem Mitgliede der Löschmannschaft schon zum Voraus bestimmt

werden, was es bei einem etwaigen Waldbrand mit sich zu bringen hat.

Alle Forstbeamten, welche Nachricht von dem Brande erhalten, haben sich eiligst in den bezeichneten Wald zu begeben, gleichviel ob derselbe in ihrem Dienstbezirke liegt oder nicht, die Waldhüter hingegen haben auf ihren Posten zu bleiben, und ihre Wachsamkeit zu verdoppeln.

Auch der Bezirksbeamte oder sein Stellvertreter hat sich sogleich an Ort und Stelle zu begeben.

§. 4. Derjenige Ortsvorgesetzte, welcher zuerst mit seiner Löschungsmannschaft auf dem Platze eintrifft, übernimmt die Leitung der Löschanstalten, tritt sie jedoch an den zuerst eintreffenden Forstbeamten ab, der dieselbe wieder an den Förster des Bezirks, worin der Wald liegt, zu übergeben hat, so wie dieser an seinen vorgesetzten Forstmeister.

Dem die Löschanstalten Leitenden sind alle Anwesenden unweigerlich zu gehorchen schuldig. Bildet er einzelne Abtheilungen mit besondern Führern, so ist auch diesen pünktliche Folge zu leisten.

Jeder mit Löschmannschaft ankommende Ortsvorgesetzte hat sich sogleich bei dem, der die Löschanstalten leitet, zu melden und Weisung einzuholen.

Die Polizeibeamten, welche bei dem Brande anwesend sind, haben dabei die Ordnung zu handhaben, und zugleich für den schleunigen Vollzug der technischen Anordnungen der Forstbeamten durch alle ihnen zu Gebot stehenden Mittel mitzuwirken.

Droht größere Gefahr, und wird die Löschung des Brandes durch die Umstände sehr erschwert, so müssen auch die entfernter liegenden Ortschaften zur Hülfe aufgeboten werden.

In Fällen, wo sich die Löschung des Brandes in die Länge zieht, muß dafür gesorgt werden, daß die Gemeinde entweder durch andere abgelöst, oder daß Nahrungsmittel für die Löschen- den zur Stelle geschafft werden.

§. 5. Sollte Feuer in den angrenzenden Waldungen des Auslandes ausbrechen, so sind die dießseitigen Forstbeamten und Gemeinden verpflichtet, mit demselben Eifer Hülfe zu

leisten, als wäre der Brand in den Waldungen des Inlandes ausgebrochen.

§. 6. Wenn bloß die trockene Bodenbedeckung, als: Laub, Nadeln, Moos, Heide u. s. w. brennt, und das Feuer auf der Oberfläche des Bodens fortläuft, so kann dessen Löschung, so lange dasselbe noch klein ist, durch Ausschlagen mit belaubten Zweigen, Besen u. dgl. und Ueberschütten mit Erde bewirkt werden. Hat sich das Feuer aber schon weiter ausgebreitet, so muß man, während man einen Theil der Löschmannschaft am Saum des Feuers aufstellt, um dasselbe mit Zweigen auszuschlagen und mit Erde zu dämpfen, die übrige Mannschaft dazu verwenden, einen Streifen des Bodens in einer Breite von 5 bis 8 Fuß so von allen brennbaren Stoffen zu reinigen, daß überall die frische wunde Erde zum Vorschein kommt. Hierbei ist zu beachten, daß man mit Anlegung dieses Streifens in einer solchen Entfernung von dem Feuer beginne, daß die Arbeit fertig werden kann, ehe Rauch und Hitze die Arbeiter vertreibt, so wie daß man, wo es geschehen kann, Wege, Blößen, Gräben u. dgl. hierbei zu benutzen sucht. Der Streifen muß in derjenigen Richtung angelegt werden, wohin das Feuer seinen Lauf nimmt, wobei vorzugsweise Schläge, auf denen viel trockenes Holz sich befindet, und Dickungen zu schützen sind, da dort dem Feuer am schwersten Einhalt zu thun ist, indem die zeitraubende Wegschaffung des Holzes bei Anlegung eines Streifens der Bodenbedeckung vorangehen muß.

Ist ein solches Lauffeuer schon sehr ausgebreitet, oder sind zu dessen Löschung verhältnißmäßig wenig Menschen vorhanden, so kann auch folgendes einfache Löschmittel in Anwendung gebracht werden: Die ganze mit belaubten Zweigen u. dgl. versehene Löschmannschaft wird einige hundert Schritte vom Feuer entfernt, und nach der Seite, wohin sich dasselbe zieht, in einer Linie aufgestellt. Vor der so aufgestellten Mannschaft gegen den Brand hin werden viele kleine Feuer angezündet, hinsichtlich deren durch Ausschlagen mit den Zweigen bewirkt wird, daß sie durchaus nur vorwärts gegen den Brand zu, nicht aber rückwärts brennen, was um so leichter geht, als nach einem großen Feuer hin immer ein Zug ist. So wie nun diese

Feuer zusammenbrennen, entsteht ein Raum, der aller brennbaren Stoffe beraubt ist, wodurch das Hauptfeuer, weil es keine Nahrung mehr findet, zum Erlöschen gebracht wird.

Mit Zweigen versehene Wachen müssen allerwärts aufgestellt werden, um die Feuerfunken zu beobachten und auszulöschen, welche von dem Winde umhergetrieben werden.

S. 7. Wo das Feuer an den Bäumen selbst hinanklimmt, dieselben bis an die Wipfel ergreift, und durch die Kronen sich fortpflanzt, da ist eine mehrere Ruthen breite Schneisse (Richtstätte) in der Richtung, in der sich das Feuer hinzieht, und in einer solchen Entfernung, daß die Arbeit fertig werden kann, durchzubauen, und dabei zu beachten, daß die Stämme gegen das Feuer zu gefällt, und wo möglich durch Ausästung das leicht Feuer fangende Reis weggeschafft werde. Da häufig mit einem solchen Gipfelfeuer auch das im vorigen Paragraphen beschriebene Lauffeuer verbunden ist, so müssen die dort angegebenen Mittel gegen dieses zugleich in Anwendung kommen, wobei die Umstände an die Hand geben, wie die Löschmittel am zweckmäßigsten vereinigt werden.

Bei einem Gipfelfeuer ist das Flugfeuer ganz besonders zu fürchten, die Sicherheitsmaßregeln gegen dieses, mittelst aufzustellender Wachen, treten daher in einem erhöhten Grade ein.

S. 8. Brennt Torfboden, so reicht es nicht hin, die Mittel zu Löschung des Lauffeuers anzuwenden, sondern man muß zugleich ein solches Erdfeuer durch Ziehung von Gräben, welche bis auf den Wasserspiegel oder reinen Boden gehen, zu dämpfen suchen.

Brennt ein einzelner hohler Baum, so muß man denselben fällen und durch Verstopfung der Oeffnungen sowohl als durch Bedeckung mit Erde das Feuer löschen; zuweilen kann man es auch schon an dem stehenden Baume, durch Verstopfung der Oeffnungen mit Rasen, ersticken.

Brennt eine Beuge aufgemachten Holzes, so muß dieselbe durch Auseinanderwerfen und Bedeckung mit Erde gelöscht werden.

Wo sich Wasser vorfindet, kann es mit Vortheil zum Löschen benutzt werden, und es ist gut, wenn auf diesen Fall die Löschmannschaft auch mit Feuereimern versehen ist.

§. 9. Nach Löschung eines Waldbrandes muß die Brandstelle noch einige Tage und Nächte durch zuverlässige Leute bewacht werden, welche die nöthigen Löschwerkzeuge bei sich haben.

Spuren von Feuer, die sich noch hier und da zeigen, werden durch Bedeckung mit Erde erstickt.

§. 10. Wer den Vorschriften dieser Löschordnung zuwider handelt, und insbesondere wer Demjenigen, der die Löschanstalten leitet, keine Folge leistet, ist durch den Förster dem Bezirksamte zur geeigneten Bestrafung anzuzeigen.

---

## 6) Verordnung über die Forstgerichtsbarkeitsklassen und den Vollzug der in Forstfrevelsachen ergehenden Erkenntnisse.

Vom 18. September 1834.

In Erwägung, daß das mit dem ersten laufenden Monate in Wirksamkeit getretene Forstgesetz die Forstgerichtsbarkeitsklasse als jene Klasse bezeichnet, welche

1) die wegen Forstfreveln vom Forstgericht erkannten Geldstrafen und Schadenersatzbeträge, die nach §. 152 ausnahmsweise zum Ersatz kommenden Kosten, und den Steigerungserlös von Pfandobjekten einzuziehen (§§. 218 und 219),

2) den Betrag des eingegangenen Schadenersatzes mit einem Verzeichniß der unbeibringlichen Ersatzposten den beschädigten Waldeigenthümern auszuliefern (§. 218),

3) die Hälfte der für Forstfrevel erkannten und wirklich eingegangenen Strafen für jeden Hutbezirk an Denjenigen, der den Waldhüter besoldet, zu verahsfolgen (§. 183),

4) die wegen Forstfreveln erwachsenden Gerichtskosten zu tragen (§§. 152, 199, 201 u. 205), endlich

5) bei Verwandlung der Strafen in öffentliche Arbeit, den Ertrag dieser zu beziehen und die Kosten für Beaufsichtigung und Verpflegung der Strafarbeiter zu übernehmen hat (§§. 139 und 141), werden folgende gesetzliche Vorschriften ertbeilt:



## I. Allgemeine Bestimmungen.

**§. 1.** Die mit der Forstgerichtsbarkeit verbundenen Einnahmen und Ausgaben dürfen bei den Frevelgerichten nur constatirt, nicht aber erhoben und bezahlt werden.

Die Erhebung und Auszahlung liegt ausschließlich den Rassen ob, welche die Funktionen der Forstgerichtsbarkeitsklassen übernehmen.

**§. 2.** Als Forstgerichtsbarkeitsklassen funktionieren:

1) da, wo die Forstgerichtsbarkeit vom Staate verwaltet wird, theils die Obereinnehmerien, theils die Amtskassen. Es besorgen:

a) die Obereinnehmerien: die Vereinnahmung der Forstfrevelstrafen, der Schadenersatzbeträge, der zum Ersatz kommenden Kosten und des Steigerungserlöses (oben Ziffer 1), ferner die Ausfolgung des Schadenersatzes an den Waldeigenthümer (Ziffer 2), und jene des hälftigen Betrags der Strafen an Denjenigen, welcher den Hüter besoldet (Ziffer 3), endlich die mit der Constatirung und dem Einzuge verknüpften Auslagen an Item-, Heb- und Verrechnungsgebühren;

b) die Amtskassen: die Einnahmen an Arbeitsertrag (Ziffer 5), und die Ausgaben für Gerichtskosten (Ziffer 4), und für Beaufsichtigung und Verpflegung der Strafarbeiter (Ziffer 5);

2) da, wo die Forstgerichtsbarkeit Standesherrn zusteht, für jeden Dienstbezirk diejenigen ihrer Rezepturen, welchen sie dieses Geschäft übertragen und die durch die Kreisregierungen in den Anzeigeblättern werden bekannt gemacht werden.

## II. Besondere Bestimmungen.

### 1. Constatirung der Einnahmen und Ausgaben der Forstgerichtsbarkeit.

**§. 3.** Die Bezirksämter haben über die von ihnen in der Eigenschaft als Forstgerichte erkannten Strafen und Schadenersatzbeträge (Werth und Schaden) je am Schlusse eines Monats nach Wohnorten der Freveler abgesonderte Ortseinzugs-

Register aufstellen zu lassen, in der Art, daß dieselben sämtliche im Laufe des Monats rechtskräftig gewordenen Erkenntnisse umfassen.

§. 4. Diese Einzugregister müssen enthalten:

- a) eine Ordnungszahl für jeden Posten,
- b) das Datum des Frevelgerichtsprotokolls,
- c) die Nummer des Postens im Protokoll,
- d) den Namen des Frevelers,
- e) den Namen des Eigenthümers, in dessen Wald der Frevel verübt wurde,
- f) den Betrag der Strafe,
- g) den Betrag des Schadenersatzes,
- h) den Betrag der etwa zu ersehenden Kosten,
- i) die Summe der nach f, g und h zu erhebenden Beträge,
- k) ein leeres Feld für die Zahlung, und
- l) ein solches für den Rest.

Ausländische Freveler kommen dabei in das Register des Orts, an welchem die Obereinnehmeri, beziehungsweise die standesherrliche Forstgerichtsbarkeitskasse, ihren Sitz hat.

Sollte bei einem einzelnen Posten durch das Erkenntniß eine besondere, bis zur Hinausgabe der Register nicht umlaufende, Zahlungsfrist festgesetzt worden sein, so ist der Tag, mit welchem diese verstreicht, dabei anzumerken.

§. 5. Die so aufgestellten Ortseinzugsregister werden sogleich nach Ablauf des Monats und jedenfalls in den ersten drei Tagen des nächstfolgenden der Obereinnehmeri, beziehungsweise der standesherrlichen Forstgerichtsbarkeitskasse, zugefertigt.

Derselben werden zugleich zwei Exemplare einer summarischen Uebersicht mitgetheilt, welche die Orte, in denen Einnahmen constatirt wurden, und bei jedem Ort summarisch den Betrag der Strafe, jenen des Schadenersatzes, jenen des etwaigen Kostenersatzes, so wie die Summe dieser Beträge aufführt.

Auf dem einen Exemplar der summarischen Uebersicht wird von der Kasse für die Ueberweisung bescheinigt, sofort diese Bescheinigung zum Behuf der Controle gegen die Kasse vom Bezirksamt an die Steuerdirektion, beziehungsweise an die standesherrliche Domänenkanzlei, eingesendet.

§. 6. Für Aufstellung der Ortseinzugsregister und summarischen Uebersichten, so wie für die hiezu erforderlichen Impressen wird der mit Aufstellung dieser Register und Uebersichten beauftragte Amtssaktuar durch eine Stempelgebühr belohnt, die für jede Nummer (jedes Item) der Ortseinzugsregister (§. 4) in 1 1/2 fr. besteht, und von der Obergemeinde, beziehungsweise standesherrlichen Forstgerichtsbarkeitsskaffe, auf den ihr mit den Einzugsregistern zukommenden Forderungszettel berichtigt wird.

§. 7. Aller sonstige der Forstgerichtsbarkeitsskaffe zur Last fallende Aufwand wird, unter Einreichung eines mit Belegen versehenen Kostenverzeichnisses, der Kreisregierung angezeigt, welche die Decretur, so weit die Kosten die standesherrliche Gerichtsbarkeit betreffen, durch Mittheilung der Belege an die einschlägige Domanialkanzlei veranlaßt, sonst aber auf die Amtsskaffen ertheilt.

Insbefondere hat das Forstgericht alsbald nach jeder Frevelthätigung über die durch dieselbe veranlaßten besonderen Kosten an Vorladgebühren, Diäten u. s. w. Vorlage an die Kreisregierung zu machen.

## 2. Einzug der Gefälle und Bestreitung der Ausgaben.

§. 8. Sobald der Obergemeinde, beziehungsweise der standesherrlichen Forstgerichtsbarkeitsskaffe, die Ortseinzugsregister zugekommen sind, hat sie — und zwar erstere mittelbar durch die Ortssteuererheber — den Einzug der vom Forstgerichte constatirten Einnahmen zu beginnen und mit allem Eifer zu betreiben.

Es hat zu dem Ende der mit dem Einzug beauftragte Erheber die Freveler aufzufordern, binnen acht Tagen Zahlung zu leisten, oder das gegen sie eintretende weitere Verfahren zu gewärtigen.

Nach Ablauf dieser Frist werden Diejenigen, die bis dahin weder die ganze urtheilsmäßige Summe bezahlt, noch über ihre Vermögenslosigkeit ein vorschriftsmäßiges Gemeinderathszeugniß beigebracht haben, mit Umgehung einer vorherigen

Personalexecution, dem §. 28 der Steuerexecutionordnung vom 8. Juli 1817 (Regierungsblatt vom Jahr 1818 Nr. I.) gemäß in die Pfändungsliste eingetragen, worauf alsbald die Realexecution nach den Bestimmungen der §§. 28 bis 36 und 39 gegen sie zu vollziehen ist.

Ist bei einem Posten im Erkenntniß des Forstgerichts eine besondere Zahlungsfrist festgesetzt, so hat rücksichtlich dieses das oben bemerkte Verfahren erst nach Umlauf dieser Frist einzutreten.

§. 9. Für die Erhebung und Verrechnung wird den Ober-einnehmern ein Kreuzer, den Ortssteuererhebern zwei Kreuzer von jedem Gulden der baar eingehobenen Straf-, Schadensersatz- und Kostenbeträge bewilligt.

Den standesherrlichen Domanialkanzleien bleibt es überlassen, die Heb- und Verrechnungsgebühr der ihnen untergebenen standesherrlichen Forstgerichtsbarkeitssassen zu bestimmen, doch darf sie die für die Ober-einnehmer und ihre Untererheber zusammen ausgesetzte Gebühr nicht überschreiten.

§. 10. Am Schlusse jeden Monats hat die Ober-einnehmer, beziehungsweise die standesherrliche Forstgerichtsbarkeitssasse, den Waldeigenthümern die ihnen gebührenden Straf- und Schadensersatzbeträge zu verabsolgen.

Sie hat zu diesem Zweck:

1) für jeden einschlägigen Waldeigenthümer ein Verzeichniß aufzustellen, das die Frevelthätigkeiten angibt, von welchen für Frevel, die in Waldungen dieses Eigenthümers verübt wurden, Strafen und Schadensersatzbeträge bei der letzten Abrechnung, noch rückständig waren, und unter jeder Frevelthätigkeit aufführt:

- a) die noch unerledigten Ortseinzugsregister, und rücksichtlich dieser in einer Summe
- b) den Betrag der constatirten Strafe,
- c) den Betrag des constatirten Schadenersatzes,
- d) die inzwischen baar eingegangene Strafe,
- e) den inzwischen baar eingegangenen Schadensersatz;
- f) den inzwischen ungiebig befundenen Schadensersatz;

2) neben diesem Verzeichnisse zur Colonne lit. f. desselben ein namentliches Verzeichniß der ungiebigen Schadensersatz-

beträge zu fertigen, und bei jedem Posten beizufügen, ob die Ungiebigkeit durch bescheinigte Vermögenslosigkeit oder vergeblich versuchten Vermögenszugriff hergestellt ist;

3) dem Waldeigenthümer unter Anschluß dieser beiden Verzeichnisse:

- a) die Hälfte der baar eingegangenen Strafen,
- b) den ganzen baar eingegangenen Schadenersatzbetrag, beide nach Abzug der im §. 9 erwähnten Heb- und Verrechnungsgebühr, abzuliefern, und ihm die fernere Betreibung des ungiebig erfundenen Schadenersatzbetrags zu überlassen.

Wurde von einem Frevler der volle Betrag an Schadenersatz, Kostenersatz und Strafe nicht ganz beigebracht, so wird das Eingegangene zuerst auf Rechnung des Schadenersatzes an den Eigenthümer ausgefolgt, sodann die Kostenforderung berichtigt und nur der Rest auf Rechnung der Strafe getheilt.

Der Waldeigenthümer hat die Ablieferung auf ein Duplikat der Uebersicht Ziffer 1 zu bescheinigen.

§. 11. Gleichzeitig mit dieser Ablieferung an die Waldeigenthümer hat die Obereinnehmerin, beziehungsweise die ständesherrliche Forstgerichtsbarkeitskasse, aus jedem Ortseinzugsregister einen Auszug über die durch vergeblich versuchten Vermögenszugriff oder bescheinigte Vermögenslosigkeit als ungiebig nachgewiesenen Strafbeträge zu fertigen:

Dieser Auszug muß gleichlautend mit dem Ortseinzugsregister enthalten:

- a) die Ordnungszahl des Postens,
- b) Das Datum des Frevelgerichtsprotokolls,
- c) die Nummer des Postens im Protokoll,
- d) den Namen des Frevlers,
- e) den Namen des Eigenthümers, in dessen Wald der Frevel verübt wurde,
- f) den Betrag der Strafe,
- g) den am Strafbetrag ungiebig erfundenen Theil,
- h) ein leeres Feld für die erkannt werdende stellvertretende Strafe, endlich
- i) ein solches zur Notirung, daß und wann sie vollzogen worden.

Diese Register der ungiebigen Strafbeträge sind nebst den Urkunden, welche die Ungiebigkeit nachweisen, und einer doppelt aufgestellten summarischen Uebersicht — die nur den Namen jedes Orts und den daselbst ungiebigen Strafbetrag in einer Summe anzeigt — zur Veranlassung der Strafverwandlung dem Förster längstens bis zum dritten jeden Monats abzugeben. Auf das Duplikat der summarischen Uebersicht wird vom Förster für die Ueberweisung bescheinigt.

### 3. Strafverwandlung.

§. 12. Die also erhaltene Mittheilung über die ungiebigen Strafen hat der Förster, nach genommener Einsicht und sachdienlicher Vornotiz, ungesäumt und längstens bis zum zehnten jeden Monats an das Bezirksamt gelangen zu lassen. Er hat diesem zugleich anzudeuten, in wie weit, wo und wie die Arbeitskräfte der zahlungsunfähigen Frevler nach den von ihm gesammelten Notizen zum Vortheile der Amtskasse, beziehungsweise der ständesherrlichen Forstgerichtsbarkeitskasse, verwendet werden können, und dasselbe überhaupt beim Vollzuge der stellvertretenden Strafen nach Kräften zu unterstützen. Er schließt im Namen der Forstgerichtsbarkeitskasse Uebereinkünfte wegen Ueberlassung der Strafarbeiter (§. 139 des Forstgesetzes), und hat hiebei darauf hinzuwirken, daß Derjenige, für welchen die Arbeit geleistet wird, mindestens die Kosten für die Beaufsichtigung und für das den Arbeitern gebührende Brod übernehme.

§. 13. Um den Förster in den Stand zu setzen, die im vorhergehenden Paragraphen ihm auferlegte Verbindlichkeit bestmöglichst zu erfüllen, haben alle Diejenigen, welche Gelegenheit haben, die Arbeit der Frevler gegen einen billigen Werthsanschlag zu benutzen, insbesondere die Gemeinden, Waldeigenthümer, die Domänenverwaltungen, die Wasser- und Straßenbauinspektionen u. ihn von dieser fortlaufend in Kenntniß zu erhalten. Der Förster wird auch stets seiner Seite mit Fleiß die Wege auffuchen, wie die Strafarbeiter auf nützliche Weise beschäftigt werden können, wie nicht minder das Bezirksamt, so weit dieß noch erforderlich ist.

**§. 14.** Sobald das Bezirksamt die Verzeichnisse der ungiebigen Strafposten empfangen hat, so wird es die stellvertretenden Strafen verfügen und ohne Aufenthalt deren Vollzug anordnen.

Die Arbeiter müssen dabei vor Allem zum Vortheil der Forstgerichtsbarkeitskasse, und insbesondere nach den Anträgen des Försters (§. 12) verwendet werden. So weit hierzu keine Gelegenheit vorhanden ist, bestimmt der Forstrichter, wo die Arbeit unentgeltlich zu leisten sei.

Dabei ist es Pflicht des Forstgerichts dafür zu sorgen, daß die Arbeit unter tüchtiger Aufsicht geleistet, und den Frevlern das ihnen gebührende Brod verabreicht werde.

Der bestellte Aufseher hat die Aufsichts- und Verpflegungskosten in ein Verzeichniß zu bringen, und dasselbe, sofern Derjenige, für welchen die Arbeit geleistet wird, dieselben übernimmt, diesem, sonst aber dem Bezirksamt zur Bestätigung und Vorlage an die Kreisregierung abzugeben.

**§. 15.** Binnen zwei Monaten von dem Tag an gerechnet, an welchem dem Bezirksamte ein Verzeichniß ungiebiger Strafbeträge durch den Förster zugekommen ist, müssen die hiefür erkannten stellvertretenden Strafen vollzogen sein. Bei Strafen von sehr langer Dauer muß der Vollzug jedenfalls begonnen haben, und ohne Unterbrechung fortgesetzt werden. Nur ausnahmsweise kann das Forstgericht den Vollzug der stellvertretenden Strafen noch einige Zeit länger vertagen, wenn die Frevler zu Arbeiten bei einer bereits beschlossenen Unternehmung bestimmt werden können, und der Unternehmer dieser Arbeit sich verbindlich macht, sie hiebei zu verwenden.

**§. 16.** Die erkannt werdenden stellvertretenden Strafen, so wie den Vollzug derselben, hat das Forstgericht jeweils in die nach §. 12 ihm zukommenden Register einzutragen.

Am Schluß jeden Quartals wird es unter Vorlage der über zwei Monate alten Register nebst dazu gehörigen Belegen der Kreisregierung nachweisen, daß die obigen Anordnungen eingehalten wurden.

### III. Transitorische Bestimmungen.

§. 17. Beim Vollzug der Strafen, welche die Bezirksämter zu Folge des §. 220 des Forstgesetzes wegen Forstfreveln erkennen, die noch vor dem 1. September l. J. (Verordnung vom 1. Mai 1834 Reg. Blt. Nr. XVII.) zur Anzeige — aber nicht mehr zur Thätigung durch Forstämter gekommen sind, ist die obige Verordnung mit folgenden Modificationen in Anwendung zu bringen:

1) die Bezirksämter haben in den Ortseinzugsregistern (§. 4) Namen und Wohnort der Anzeiger beizufügen,

2) die Obereinnehmerien, beziehungsweise die Landesherrlichen Forstgerichtsbarkeitssassen haben hiernach die bisher üblichen Anzeigegebühren zu verabsolgen, dagegen

3) die Ausfolgung eines Strafbetrags an den Waldeigenthümer zu unterlassen.

§. 18. Die stellvertretenden Strafen, für Frevel, die nach dem 1. September l. J. gethätigt wurden, sich vorzugsweise vor jenen, die sich aus früherer Zeit datiren, zum Vollzuge zu bringen.



Forstamt Waldburg.

Forstbezirk Eichenthal.

M a c h r e i f u n g

über die Verwandlung der ungiebigen Forstfrevelstrafen im Jahr 1834.

E i n g e f o m m e n .					U e b e r g e b e n .		
Monat und Tag.	von der Ober- einnahme.	aus der Gemeinde	Anzahl der Freveler.	Betrag der ungiebigen Strafen	Monat und Tag	an das Regiment	mit Antrag
Decembr. 2.	Griebberg	Gesfeld	30	fl. 65 fr. 30	Decembr. 6.	Waldburg	Zum Abberdienst bei Guts- turarbeiten in dem Staatswald Rönigsfeld. Zur Verwendbung auf der Land- straße.
5.	"	Stöckdorf 2c.	15	12 "	10.	Meuthsch	

Geschoffen Eichthal den 31. December 1834.  
Der Auszug erhält die Ueberschrift:

Forster N. N.

M u s s u n g .

aus der Nachweisung über die Verwandlung der ungiebigen Forstfrevelstrafen

in  
den Monaten November und December 1834.

## 7. Instruktion für die Forstmeister des Großherzogthums Baden.

Vom 1. December 1834.

### Erster Abschnitt.

#### Vom Forstpersonal.

§. 1. Die Leitung der Forstpolizei und die Beaufsichtigung ihrer Verwaltung durch die Förster gehört zu den wesentlichen Dienstfunktionen des Forstmeisters. Derselbe wird seine Untergebenen durch ernstgemessene Ermahnung zur Erfüllung ihrer Dienstpflichten anhalten, mit Bereitwilligkeit belehren, ausgezeichnete Dienstleistung beloben, Unordnungen und Diensthäufigkeiten aber strenge rügen.

Der Forstmeister wacht auf die genaue Vollziehung des Forstgesetzes, so wie auf die getreuliche Befolgung der darauf Bezug habenden Instruktionen und besondern Verordnungen.

Er hat nicht nur die allgemeinen Verordnungen und die besondern auf Forstpolizei Bezug habenden Dienstpapiere zu sammeln und sorgfältig aufzubewahren, sondern auch gelegentlich seiner Dienstvisitationen nachzusehen, daß jene Verordnungen und Papiere von den Förstern gehörig gesammelt, und aufbewahrt werden. Ueber die Plane, Vermessungsregister, Forst- und Grenzbeschreibungen und Verordnungsammlungen ist er gehalten, gehörige Inventarien zu führen.

§. 2. Als Forstpolizeibeamter, und so weit es außerdem noch insbesondere die Bewirthschaftung der Gemeinds- und Körperschaftswaldungen betrifft, ist der Forstmeister der Forstpolizeidirektion unmittelbar untergeordnet, er hat deren Weisungen und Anordnungen pünktlich nachzukommen und sich in allen betreffenden Fällen berichtlich an sie zu wenden. Der Förster ist dem Forstmeister unmittelbar untergeben; die Weisungen an die Förster sind schriftlich zu ertheilen.

Mit den coordinirten Justiz- und Administrativbehörden, so wie mit den Forstgerichtsbarkeitskassen hat der Forstmeister ein freundschaftliches Dienstverhältniß zu unterhalten und mit ihnen in eintretenden Fällen gemeinschaftlich zu wirken.

§. 3. Die Beerdigung des Forstmeisters erfolgt bei der Kreisregierung; die der Förster hat der Forstmeister bei dem Bezirksamt zu veranlassen, dieselben in ihren Dienst einzuweisen und ihnen die Dienstpapiere und Inventariestücke urkundlich zu übergeben, hierüber aber unter Anschluß des Protokolls Anzeige bei der Forstpolizeidirektion zu erstatten.

Ohne Urlaubsbewilligung dieser Behörde darf sich der Forstmeister nicht über drei Tage aus seinem Dienstbezirk entfernen, bei deren Einholung zugleich wegen der Dienstversetzung Vorschläge zu machen sind; dasselbe hat bei anhaltender Dienstverhinderung durch Krankheit zu geschehen, welche jedesmal anzugeben ist.

Der Forstmeister ist ermächtigt, dem Förster bis auf zehn Tage Urlaub zu ertheilen, zu einer Abwesenheit von längerer Dauer ist die besondere Bewilligung der Forstpolizeidirektion erforderlich, in jedem Fall aber hat der Forstmeister einen Dienstversetzer für die Zeit dieser Abwesenheit, so wie bei Dienstverhinderung der Förster durch Krankheit zu bestellen.

Von den Sterbfällen der Förster hat der Forstmeister bei der Forstpolizeidirektion unter Angabe der über die einstweilige Dienstversetzung getroffenen Maßregeln, Anzeige zu erstatten.

Wegen Anstellung und Entlassung der Waldhüter hat sich der Forstmeister nach den Bestimmungen des Forstgesetzes und der Vollzugsverordnung vom 11. April 1834 zu benehmen.

§. 4. Bei Ungehorsam oder Dienstnachlässigkeit der untergebenen Förster hat der Forstmeister Ermahnungen und Verweise einzutreten zu lassen, nach Umständen auch bei der Forstpolizeidirektion die instruktionsmäßigen Ordnungsstrafen in Antrag zu bringen, solche aber gegen Gehülfen und Waldhüter bis zum Betrage von drei Gulden selbst anzudrohen und zu erkennen.

Die Strafen werden der Forstgerichtsbarkeitskasse alsbald überwiesen.

Vergehen der Untergebenen, welche eine, die forstamtliche Kompetenz übersteigende Strafe, oder die Stellung vor Gericht, oder die Anwendung des Staatsdienerredits nach sich ziehen, hat der Forstmeister nach bewerkter Voruntersuchung unter

unter Aktenanschluß jedesmal bei der Forstpolizeidirektion anzuzeigen.

§. 5. Dem Forstmeister ist streng untersagt, von Personen, mit welchen er im Dienste zu thun hat, Geschenke irgend einer Art selbst anzunehmen oder von den Seinigen annehmen zu lassen; desgleichen sich oder Andern Waldnutzungen eigenmächtig zu erlauben.

Hinsichtlich der Annahme von Nebenämtern, Betreibung von Gewerben u. s. w. wird derselbe auf die §§. 4 und 5 des Forstgesetzes verwiesen.

§. 6. Ueber die persönlichen Verhältnisse, über das Betragen und die Dienstführung der in seinem Forstamtsbezirk befindlichen Förster, Gehülfen und Praktikanten stellt der Forstmeister eine Nachweisung nach dem unter Ziffer 1 anliegenden Muster auf und legt dieselbe jährlich im Monat Januar der Forstpolizeidirektion vor.

## Zweiter Abschnitt.

### Von der Forstwirthschaftspolizei.

§. 7. Bei den Staats-, Gemeinds- und Körperschaftswaldungen ist der Forstmeister verpflichtet, vorerst zu sorgen, daß ihre Vermarkung, Vermessung und Abschätzung nach den Bestimmungen des Forstgesetzes in Zeiten ausgeführt, und bei diesen wichtigen Vorarbeiten die desfalligen besondern Vorschriften beobachtet, und auch die Duplikate und Abschriften der Plane und Urkunden gehörig beigebracht und aufbewahrt werden.

Bei der Bewirthschaftung selbst hat der Forstmeister zu wachen, daß sowohl die Bestimmungen des Forstgesetzes im Allgemeinen, als auch insbesondere die der Witthschaftsordnung für die Gemeinds- und Körperschaftswaldungen in gehörigen Vollzug kommen; daß ferner bei allen Staats-, Gemeinds- und Körperschaftswaldungen die Nutzung mit den Ertragskräften und mit dem zeitlichen Zustand der Waldungen in Einklang gebracht und das Nachhaltigkeitsverhältniß strenge festgehalten wird. Daß aber weder dieses Verhältniß überschreitende außer-

ordentliche Holzhiebe noch Waldausstockungen jeder Art ohne vorgängige höhere Genehmigung in jenen Waldungen Statt finden, dafür wird der Forstmeister strenge verantwortlich gemacht.

Auf die Emporbringung obgedachter Waldungen, hauptsächlich auch durch baldige Cultivirung der noch vorkommenden verödeten Stellen und überhaupt durch bestmögliche Bestockung der Waldfläche hat der Forstmeister ein besonderes Augenmerk zu richten und die zweckdienlichen Mittel zu veranlassen.

Bei den jährlichen Vereisungen, so wie bei dem gelegentlichen Besuch der Waldungen wird der Forstmeister Anlaß nehmen, sich zu überzeugen, daß alle forstpolizeilichen Vorschriften auf eine geeignete Weise in Ausführung gebracht und aufrecht gehalten werden.

§. 8. Bei den Waldungen der Standesherrn, der Grundherrschaften und Privaten wird der Forstmeister auf die Vermarkung und Vermessung in der festgesetzten Zeit Bedacht nehmen, nöthigenfalls die Betreibung dieser Erfordernisse veranlassen, und für die Beibringung und Deponirung von Kopien der Grenzbeschreibungen und Vermessungsregister, so wie der Pläne sorgen.

Bei unerlaubter Ausstockung und gesetzwidriger Behandlung der obengenannten Waldungen oder unterlassenem Wiederaufbau ausgestockter Waldflächen, welche von dem Förster angezeigt oder von dem Forstmeister gelegentlich selbst bemerkt werden, hat letzterer unverzüglich einzuschreiten, und das Weitere nach Vorschrift des Forstgesetzes vorzugehen.

Ueber den Zustand dieser Waldungen im Allgemeinen wird der Forstmeister jährlich im Monat August einen Hauptbericht unter Anschluß der eingekommenen Berichte der Förster bei der Forstpolizeidirektion abstellen.

§. 9. Bei den Gesuchen um Nachsichtsbewilligungen von forstpolizeilichen Vorschriften, welche das Forstamt nach den §§. 36, 43, 50 und 65 des Forstgesetzes zu erledigen hat, wird sich der Forstmeister eine vorgängige gründliche Prüfung angelegen sein lassen und hiebei überhaupt mit unbefangener Umsicht zu Werke gehen, bei den übrigen, zur höhern Entscheidung gewiesenen Fällen aber, hat er diese Gesuche mit aus-

föhrlicher und pflichtmäßiger Darstellung der einschlagenden Verhältnisse bei der Forstpolizeidirektion vorzulegen.

Auf die in der Befugniß des Försters liegenden Nachsichtsbewilligungen wird dem Forstmeister ein wachsames Augenmerk anempfohlen, um jeden Mißbrauch dieser Befugniß ungesäumt zu rügen.

### Dritter Abschnitt.

#### Von der Forstsicherheitspolizei.

§. 10. Die Erhaltung der Waldfläche und ihrer Grenzen wird sich der Forstmeister angelegen sein lassen, und diesem Gegenstand bei jeder Gelegenheit die erforderliche Aufmerksamkeit widmen. Ueber den jährlichen Stand der Waldfläche in dem Forstamtsbezirk und über die sich zutragenden Veränderungen hat der Forstmeister im Monat Juli jeden Jahrs eine Uebersicht nach dem beiliegenden Formular unter Ziffer 2 und den von den Förstern eingesandten Tabellen, der Forstpolizeidirektion einzusenden.

Von den durch die Förster angezeigten Mängel an der Landesgrenze hat der Forstmeister unverweilt dem Bezirksamt Anzeige zu machen und die Herstellung zu betreiben.

§. 11. Bei drohender Insektenverheerung, bei bedeutender Waldbeschädigung durch sonstige Naturereignisse oder durch übermäßige Wildheege wird dem Forstmeister zur Pflicht gemacht, sobald diese Beschädigungen zu seiner Kenntniß gelangen, das Gesetliche und sonst Geeignete vorzunehmen, und kräftig da einzuschreiten, wo ungesäumte Abhülfe nöthig und anwendbar ist.

Bei Waldbränden schreibt die besondere Löschordnung das Verfahren vor, welches bei eintretenden Fällen mit aller Umsicht und Thätigkeit anzuwenden ist.

### Vierter Abschnitt.

#### Von den Forstfreveln und deren Behandlung.

§. 12. Die Beaufsichtigung der zur Verzeckung eines künftigen Forstschusses getroffenen Einrichtungen wird der besondern Wachsamkeit des Forstmeisters anempfohlen; er hat so

daher bei jeder Gelegenheit zu verlässigen, ob die aufgestellte Zahl der Waldbüter diesem Zweck entspricht, oder eine bleibende oder zeitliche Verstärkung des Schußpersonals nöthig wird, und in letzterem Fall diese Verstärkung auf dem geeigneten Weg zu veranlassen. Wenn er hierbei auf Hindernisse stoßen sollte, deren Beseitigung eine Einschreitung der höhern Behörde nothwendig macht, dann hat er sich mit Anzeige und unter Entwicklung der Gründe an die Kreisregierung zu wenden. Eben so hat er sich zu überzeugen, ob das Schußpersonal seiner Schuldigkeit gehörig nachkömmt oder Unordnung und Nachlässigkeit desselben strenge Maßregeln erfordern, welche ungesäumt in Anwendung zu bringen sind, um dem Forstschuß den gehörigen Nachdruck zu verschaffen.

Der Forstmeister wird nicht verabsäumen sich über die Veranlassung der häufig vorkommenden Frevel zu unterrichten und nachzuforschen, ob ihnen nicht dadurch gesteuert werden könnte, wenn manche allgemeine und locale Bedürfnisse durch erleichterte Gelegenheit zum rechtlichen Erwerb von Walderzeugnissen befriedigt, und somit nicht selten die Grundursache gehoben wird.

§. 13. Aus den summarischen Verzeichnissen der von den Förstern den Bezirksämtern zur Bestrafung übergebenen Forstfrevel, ferner aus den von diesen Aemtern dem Forstamt mitgetheilten Protokollen hat der Forstmeister eine das Kalenderjahr umfassende jährliche Nachweisung nach dem unter Ziffer 3 anliegenden Formular zu fertigen, und im Monat April bei der Forstdirection vorzulegen. In dem Begleitungsbericht wird sich der Forstmeister über die hauptsächlich vorgekommenen Arten von Freveln, über die dagegen ergriffenen Maßregeln, über die Ab- oder Zunahme der Frevel im Allgemeinen und Besondern nach dem Verhältniß früherer Jahre, dann über ihre wesentliche Veranlassung, endlich über die Wirkungen des Strafzuges näher aussprechen und gutachtliche Anträge beifügen.

Wenn der Forstmeister durch das Ausbleiben oder durch die verspätete Einkunft der summarischen Verzeichnisse der Förster oder durch Beschwerde der Bezirksämter sich vergewissern sollte, daß ein Förster den gesetzlichen Termin zur Ausfertigung

und Einreichung der Forstfrevelregister nicht genau einhalte, so ist dieß der Forstpolizeidirektion zur geeigneten Strafverfügung ungesäumt anzuzeigen.

Sollten die zur Thätigung übergebenen Forstfrevel in den gesetzlich bestimmten Monaten von dem einen oder dem andern Bezirksamt nicht untersucht und abgeurtheilt worden sein, dann hat der Forstmeister die Thätigung derselben zu betreiben, und nöthigenfalls Anzeige hiervon an die Kreisregierung zu erstatten; auch bei Zögerung im Vollzug der Strafen ist ein Gleiches zu beobachten.

Aus den ihm jeweils von den Aemtern zukommenden Frevelprotokollen hat sich der Forstmeister ferner zu überzeugen, ob der Werthansatz von den Förstern stets nach dem zu diesem Zweck bekannt gemachten Tarife geschehen ist, und im Unterlassungsfall dieselben deßfalls zurecht zu weisen.

Die Listen, welche von den Förstern über Forstfrevel königlich bairischer, württembergischer und großherzoglich hessischer Untertanen in G. Badenschen Waldungen bei dem Forstamt einkommen, sind den dortseitigen Forstgerichtsbehörden zur Thätigung zu übersenden; dagegen sind die Forstbehörden jener Grenzstaaten zu veranlassen, die von großherzoglichen Untertanen in jenseitigen Waldungen verübten, und zur Anzeige gekommenen Forstfrevel, von den dortigen Waldhütern und Förstern nach der im Großherzogthum Baden vorgeschriebenen Form und in der bestimmten Zeit verzeichnen und bei dem betreffenden Bezirksamt einreichen zu lassen.

Der Forstmeister hat den Förstern wegen dem ihnen geöffneten Weg des Rekurses bei den Frevelgerichten die gehörige Belehrung zu geben, damit dieses Rechtsmittel nicht unnöthig ergriffen, dagegen aber auch da nicht verabsäumt werde, wo der Förster die Ueberzeugung hegen kann, ein dem öffentlichen Interesse entsprechenderes Erkenntniß zu erlangen.





## IV.

# Ältere Forst- und Jagdgesetze und Verordnungen.

---

## Wald-Ordnung vom Marggraf Georgen zu Brandenburg.

Von 1531.

Als bisher in dem Fürstenthume durch allerley Unordnung und Unfleiß alle Wälder, Forst und Hölzer dermassen in Verfallung kommen, daß aus getrungener Noth, Unsern Untertanen und Verwandten zu Nuß und gut verursacht worden sind, eine Walds-Ordnung aufrichten und begreifen zu lassen. Damit hinführo die Wälder nicht wie bisher eröfget, sondern dieselben soviel Immer möglichen wiederum geheeget und gepfleeget.

Und demnach den Unseren zur Notdurfft ziemlich Bau und Brennholz gegeben werde.

Bekennen und thun fund öffentlichen mit diesem Briefe, daß Wir demnach, wie es hinführo Unserm und Unserß jungen Vettern und Pflege-Sohnß dem Fürstenthume unter- und oberhalb des Gebürgß gehalten werden soll, eine Waldordnung begreifen haben, wie hernach folget:

Erstlichen ist beschlossen, daß nun hinführo niemand kein Bau Brenn oder ander Holz gegeben werden soll, dann denjenigen, die ohne Mittel der Herrschaft sind.

Nemlichen den Bauherrn einem der Zinnß und Steuer und Reißbar auch hinter und ohne mittel geseßen sind, oder ist, er hette den das brieflich genugsam urkundt, oder were

sonst wissendlich, und mit Alter Herkommen, daß man ihn zu behölzen schuldig wäre. Je einen des Jahrs Acht Clafter Brennholz, das sollen sie scheitern und fürter die Affterschläge hinders förders und alles Reißig mit auflesen, das ungefehrlich als gut als zwo oder drey Clastern macht.

Und einem Köbler Fünf Clastern gescheit auch mit sammt den Affterschlägen hinders förders, und allein Reißig.

Es were dann, daß sie Leß oder leseholz mit wissen der Förster oder ihrer Knechte auch auf Lesten. Und das Mees oder Claffter nach einer jeden Stadtmaaß zunechst gelegen gemacht und geacht werden.

Wie hoch und breit eine Claffter auch wie lang ein Scheit sein soll, doch soll solch verweisen des Brennholzes durch den Forstmeister oder Forstknecht geschehen an dürr Knörpichten stehend oder liegenden Holz, und wo es sein kann an guten Zimmer oder Bauholz, sondern soll nach dem Fortteil ausgezogen werden derer Ende, da es dem Walde und Hoelzern am wenigsten Schaden bringet, und sonderlich, daß des jungen Holzes verschonet werde.

Item hinführo soll kein Forstmeister oder Forstknecht Affterschläge oder Windselle nicht mehr haben, sondern was also über das, das den Armen Leuthen, wie oben gemeldt, gebühret, vorhanden ist, das sollen sie der Herrschaft zugut verkauffen, und zu ihrer Rechnung verrechnen.

Aber dabey ist bedacht, daß den Forstknechten, die vor die Affterschläge zum Theil, für ihre Besoldung gehabt, dannoch ein ziemlichß davon soll gegeben werden, nach eines jeden Knechts gelegenheit, damit sie sich auch erhalten mögen.

Item hinführo soll keinem der Herrschaft Unterthanen kein Bauholz gegeben werden, es habe dann die Nothdurft seines Baues, zum wenigsten der Amtmann, Rastner oder Forstmeister, wozu er das gebrauchen wolle oder nothdürftig sey, besichtigt oder besichtigen lassen, und so sichs findet, daß er das nothdürftig ist, und bedarff einem zween drey oder vier Bäum ungefehr, des were zu gewöhnlichen Glickwerf, das soll sich der Rastner und Forstmeister hinzugeben mechtigen, doch das sie

solches ordentlich aufschreiben, warum und wem, ob es aus Gnaden oder nach laut der Waldordnung gegeben sey.

Was aber neue Gebäu zu ganzen Häusern und Städeln were, das soll der Kastner durch einen Baumeister besichtigen und auß genaueste überschlagen lassen,

Und dieselbige Nothdurft Uns oder Unsers abwesens unsern Rathhaltern und Rätthen hieher gen Hoff schreiben, da dann auß sollen das Zettel gegeben werden, und bei einem jeden Kastner in einem sonderlichen Register registrirt und in seinen Jahr Rechnung vor den Rechnungs-Rätthen aufgelegt werden, dergestalt das zu jeder Rechnung der Kastner Holz Register, und was also Kastner und Forstmeister selbst gegeben haben, vor der Hand sey.

Und dagegen die Holzzettel übersehen und übergeben werden, damit sich eines mit dem andern ob der Rechnung vergleiche, und kein Forstmeister ohne Befehl auß der Kanzley, hinwiederum kein Knecht ohne Befehlich des Forstmeisters, wie oben gemeldet, Holz hingehen, oder vorweisen sollen.

Ausserhalb der Armen Leuthe Brennholz, das sollen Forstmeister und Knechte mit einander, wie die Ordnung hernach ausweist, vorweisen.

Item der Kastner, die Forstmeister, Forst- und Landknechte, sollen also bey ihren Pflichten mit Fleiß achtung darauf haben, daß solch hingeben Holz ordentlich und eigentlich verfaulet, sonst anders wohin nicht gegeben oder verbrennt werde.

Die sollen auch den Armen Leuthen also eine Zeit setzen, das gegeben Holz zuvor bauen, damit sie es in den Höffen nicht verfaulen lassen, wo es nicht geschehen soll der Bauer darumb gestrafft werden soll.

Item zu keinem geschrotenen Holz, soll kein Zimmerholz gegeben werden, sondern die Amtleute, Kastner, Forstmeister und Knechte, sollen die Armen Leuthe soviel möglichen mit Fleiß und Ernst dahin halten, daß sie Stockwerk oder Fuß mauern und darauf zimmern, es were denn Fäch, daß es an ezlichen uralten Zeige Steinen, oder anders halben den Armen Leuthen nicht möglich were; so soll man ihnen zu den Stuben mit Dielen oder gespalten Haustämmen und sonst zu Steden

und Kleiben helfen, nach Gelegenheit auß wahrhaftigste und genatseste als es seyn kann.

Item hinführo soll niemand, der sey wer der wolle, kein Seegbaum, Schleißbaum, Zimmerholz oder Pnetten Baum gegeben werden, außserhalb Zettel auß der Canzley, wie vorgemeldet.

Und wiewohl man den Burgern in den Städten das Bauholz auß Gnaden zu geben nicht schuldig ist.

Jedoch damit die Städte und Flecken, desto Baß gebauet werden, und Unfern Unterthanen in dem, wie in andern Unfern gnädigen Willen spüren, so wollen wir an den Enden und Orten, da wir das Holz wohl haben und geben können allen Bürgern, die an ihren Häusern zum wenigsten den untern Gradem mit Steinen machen, daß doch wie vorgemeldet nicht unterlassen, dem oder demselben, doch auf vorgehende Besichtigung unser Amt Leuthe und Werkleuthe, auß Gnaden ziemliche Nothdurft Bauholz gegeben, welche aber an den Häusern den Ersten Gradem mit Steinen machen, daß soll wie vorgemeldet nicht unterlassen, dem oder demselben kann unsertwegen nicht mehr denn der halbe Theil ziemlich nothdürftiges Bauholz auß Gnaden gegeben, und der andere halbe Theil bezahlt genommen werden.

Ob dann Jemand von Grund auf nicht neu zu bauen hette, oder vermöchte, und alleine ezlicher Hölzer zur Besserung und Glidwerk alter Häuser Nothdürftig were, so soll den oder demselben doch auf vorgehend Besichtigung unser Amt und verständige Werkleuthe ziemlich nothdürftig Bauholz, auch halb auß Gnaden, und das andere halbe Theil auß gebührlichen Bezahlung gereicht werden.

Doch welche unser Städte, sonderlich Burger und andere Inwohner eigene Bauhölzer hetten, dem soll nicht mehr dann der vierte Theil, von der Herrschaft auß Gnaden gegeben werden, und sie das übrige auß ihren eigenen Hölzern nehmen, alles biß auf unser, unsers lieben Vettern oder unsern Erben weitere Willen und Wohlgefallen.

Item es soll hinführo keiner in keinem der Herrschaftlichen Waldungen oder Forst, an sonder Vorwissen und Willen, unser

Amtleuthe und Rastner Kohlen brennen: noch jemand ohne geschehene Besichtigung unser Amtleuthe und Rastner zu brennen gestattet werden.

Item denen Handwerkern in den Städten als Schreincrn, Büttnern, Wagnern, Bildschnizern und andern, denen soll man ziemlich um gebührlich Geld mit Gerechtholz helfen, nach Gelegenheit der Hoelzer und eines jeden Handwerks Nothdurft, nachdem die Herrschaft der Handwerker nicht gerathen können &c.

Item hinführo soll kein Forstmeister oder Forstknecht, niemand kein Hopfen Stangen geben, ohne Befehl Zettel aus unser Canzley, wie vorgemeldet; Und da befehlchs Zettel aus der Canzley kommen, so sollen demnach die Hopfen Stangen dermassen ausgezogen werden, daß es den Hoelzern unschädlich sey, und mit allem Vortheil darauf es auch die Knecht vorweisen und ihr Achtung haben sollen.

Item welche Bauern oder Arme Leuthe zu ihren Güttern Holz haben, denen soll nicht gestattet werden, daß selbige abzubauen oder zu verkauffen ohne sonder Wissen und Willen eines Forstmeisters oder Rastners, dann soviel sie zu ihren Güttern Bau oder Brennholz nothdürftig sind, und durch die Alten ist nachgelassen ein ziemlich, als ungesehrlich ein Bad oder Schuchgeld doch keinesweges geschlacht Zimmerholz und dergleichen große Baum in die Städte zu führen, oder sonst zu verkauffen; den so man ihnen des nachgebe, so treiben sie ihre Hoelzer ab und bleiben lezlichen die Gütter der Herrschaft Ded liegen, darauf sollen Forstmeister und Knechte sonderlich Achtung haben.

Welche Bauern oder Arme Leuthe aber eigene Hoelzer haben, und aus gedrungener Noth zur Bezahlung ihres Zinns und Gült, von solchen ihren eigenen Hoelzern etwas verkauffen müßten, daß soll jedesmahl mit Wissen unser Amtbleuthe, Rastner und Forster geschehen, die alsdann den Bauern ein Maas geben und setzen sollen, was und wie viel ein jeder also aus seinen eigenen Holz verkauffen oder hingeben soll &c.

Item der Forstmeister und die Knechte sollen bey ihren Pflichten mit Ernst darob seyn, daß in den angezeigten ver-

botenen Hoelzern keine Rinden geschelet und zu Pech gelocht und gerissen werde.

Item sich hat befunden, daß vor der Zeit die Forstmeister und zum Theil die Knechte, ihren Arbeitern mit Unserm Holz abgelohnet haben, daß soll ihnen hiermit bei ihren Pflichten und bey Leibstraff verbotthen seyn, wo ihr einer das mehr überfahren würde, der soll unablässig am Leib und Gut gestrafft werden.

Item welchen hinführo Bau = Zimmer = oder Brennholz gegeben wird, der soll sein verwiesen Holz, ohngefährlich eines halben oder ganzen Schuchß nach Gelegenheit des Holzes von der Erden hoch abhauen, und nicht dermassen so lange Stöcke stehen lassen, darauf auch Forstmeister und Knecht mit Ernst und Fleiß sehen sollen.

Und soll hinführo niemand gestattet werden, zu Streich Aeste abzubauen, oder zu schneiden, sonderlich an guten Päuhen, die zu Zimmer oder anderes täglich weeren, es geschehe dann ohne Schaden, und mit Anweisung des Forstmeisters und der Knechte an allen untäglichen Baeumen, die da zu Zimmer oder anderen nicht zu Nutzen wären.

Item nachdem bißhero etliche ihr Zimmer oder Bauholz, so ihnen auf ihr Ansuchen gegeben ist, hauen, und alsdann im Wald erfäulen haben lassen, desgleichen das Brennholz ein halb Jahr und zu Zeiten länger in Wäldern und Hoelzern, ohne Abführung stehen, welches in Wäldern schädlichen ist beschlossen, welcher Zimmerholz hauet, und dasselbige in zweien Monathen darnach aus dem Wald oder Holz, nicht führen, so sollen die Forstmeister oder Forstknechte solch Zimmerholz doch der Herrschafft zu gut verkauffen, oder unser der Herrschafft armen Leuthen zur Besserung ihrer gefolgen, und demselben hinführo, in einem Jahr kein Zimmerholz gegeben werden.

Und nachdem der Forstmeister oder Knecht jedesmahl um den Frühling den Armen Leuthen nach Gelegenheit ihrer Arbeit auf dem Felde ihr Brennholz, so man ihnen zu geben schuldig ist, verwiesen, wo dann das Anweisen uf einen Tag nicht geschehen mag, sollen ihnen Forstmeister und Knechte zween drey oder mehr Tage darzu nehmen, nach Gelegenheit der Armen

Leuthe, und den Stadthaften dies an der Fuhr vermögen, auß-  
weitest, aber die Armen so es nicht vermögen, auß. regste an-  
weisen, und den Armen Leuthe anfangen, ihr Brennholz för-  
derlich zu hauen, und ein jeder dasselbige vor Pfingsten und  
auß. lengste vor der heiligen Dreyfaltigkeit bei Verließung des-  
selben sein Holz aus dem Walde führe, darmit sich ein jeder  
darnach weiß zu richten, und soll jedesmahl der Forstmeister  
und Knecht bey dem Abmessen des Brennholz seyn, es sey den  
Amteuthe, Kastnern, Dienern oder Armen Leuthe auf das  
recht damit umgegangen werde.

Item so zu unser Nothdurfft oder unser Untertanen Ge-  
bäuen, Latten gegeben muß werden, das soll anders nicht denn  
also geschehen, es soll einem Ein Seegploch gegeben werden,  
daraus er die Latten auf einer Seegemühl schneiden lassen mag,  
were aber sonst kein Lattenholz in den Hoelzern oder Frohn-  
schlägen vorhanden, und doch so dicke stünde, das es gewuchß  
halber mehr Schaden brechte dann Nutz, und also nach dem  
Vorthail auszuziehen waere, das soll auch geschehen, darinnen  
wissen sich Forstmeister und Knecht uns und der Herrschafft zu  
Nutz ohne Schaden der Hoelzer ihren Pflichten nach zu halten.

Item ein jeder Kastner, Forstmeister, Wildmeister, Forst-  
und Landknechte keiner ausgenommen, die sollen bei ihren Pflich-  
ten fleissig aufsehen und Erfahrung haben, bei der Armen Leu-  
the, das sie ihre Gütter, so sie von uns und der Herrschafft  
haben, nicht zerfallen lassen, und wo sie sehen das einer Zim-  
merholz oder Zaun Gertten nothdürftig weere, das dann ihnen  
das zu jeder Zeit wie vorgemeldet gegeben, und alsdann mit  
einem Stamm fürkommen werde, da man lezlichen gehen hin-  
geben müßte.

Item die Landknechte sollen zu einer jeden Zeit, so die  
armen Leute Frohnholz führen oder hauen wollen solches den  
Forstknechten anfangen, das sie bei den Hauen des Holzes seyn,  
damit des auß das niedrigste abgehauen und sonsten ordentlich  
damit umgangen werde.

Item zu aufgesetzten Blend-Zäunen, soll hinführo kein Holz  
gegeben werden, dann welcher Zäunen will, der soll das mit



Gebsten oder Gerten thun, damit das gute Holz nicht gar verwüst werde.

Item einer der Forstmeister und Forstknechte, soll bey seinen Pflichten verbunden seyn, daß kein Amtmann, Kastner, Voigt oder einiger Amtknechte, deme man von unsert oder des Herrschafftß wegen Holz zu geben schuldig ist, mehr Holz hauen lassen dann soviel man jeden nach Inhalt seiner Bestellungen zu geben schuldig ist, ob aber einiger Amtmann, Kastner, Voigt oder ein ander Amtknecht, denn man wie oben gemeldet, Holz zu geben schuldig ist, solches übersahren und über ihre Bestellungen mehr Holz hauen lassen will, das soll ein jeder Forstmeister, Foerster, oder Forstknecht bei seinen Pflichten an Hoff oder an Uns oder unsers Abwesens an Unsere Stadthalter und Rätthe mit genugsamer Unterricht gelangen lassen, und Bescheid erwartten zc.

Item man soll niemand gestatten, fürder an den Hoelzern zu Reuthen, dann wo das geschieht, so wird das Holz abgetrieben und so die Reuth nicht Feuchtigkeit haben, als zu Zeiten an den Bergen sich begiebet und gereucht würdet; so bleiben die Reuth alsdann unbebauet und kommet die Herrschafft alsdann um den Zinß und um das Holz, wie denn derselben zum Theil all bereit liegend blieben zc.

Und sonderlich wo Marckbaum oder sonst alte Stöcke und Baum an dem Holz stehen, die des Holzes Weitschafft Anzeigung geben möchten, obgleich dieselben nicht Nutz, oder zum Zimmern dienstlich, so sollen sie doch nicht abgetrieben oder hingeben werden, dann sie seind zum förderlichsten Zuerhaltung der Hoelzer und für des Reuthen Nutz und gut.

Item was alter Reuthwiesen und Ecker sind, die unbezinnst oder unabgemessen waren, die sollen durch den Kastner, Forstmeister und Knechte, an jedem Ort zum förderlichsten abgemessen und außs höchste als es gebührlich ist, und er leiden mag, bezinnst, vermerckt, verreint und versteint, auch alsdann derselben Vermardung berührter Reuth Ecker, oder Wiesen Verzeichnuß in ihrer der Kastner Kastenbuch, Registriren, desgleichen unsern Kammereschreiber eine Abschrift gen Hoff zu überschicken, damit solches in die Landbücher auch gezeichnet

und registrirt zc. mag werden, und dieselben so die Reuth also gemacht und ihnen bezinnst worden sind, sollen sie fürder in der Canzlei empfangen, und wo sie die verkauffen und davon den gehenden Pfennig zu Handlohn-geben.

Weiter auch nicht Schurpsen oder Reuthen, bei der Straff Fünf Gulden anderst nicht, denn wie die ihnen abgemessen, verreint und versteint ist zc. hetten aber etliche vom Adel Reuth in Unser Herrschafft Hoelzern gemacht, und wollten davon den Zinnß nicht geben, weder abmessen, verreinen oder versteinern lassen, so sollen dieselben Reuthen, zu unser und der Herrschafft Handen genommen, andern verliehen, und darob von unsertwegen durch uns oder Unsere Rätthe Handhabung gethun werden, damit man sehe, daß wir und die Herrschafft ihnen nicht gerne nehmen auch einen jeden das seine lassen wollen.

Item es soll niemandß kein Feuer in die Wälde oder Hoelzer tragen, wo aber Köller oder andere wohnen, die das nicht entberen könnten, die sollen des Tages und Nachts das fleißig verwehren, daß es nicht Schaden thue, welcher aber das überfahren würde und Schaden geschehe, wieder den soll peinlich gehandelt werden, wie recht ist zc.

Item Niemand soll hinführo kein Geräume oder Reuthen brennen noch anzünden, ohne wissen des Forstmeisters und der Forstknechte, bei einer Straff von 10 fl. — dabei es verbotthen soll werden.

Item nachdem denjenigen die Acker oder Wiesen, in und neben den Hoelzern haben, auch welchen zugegeben und nachgelassen ist ihre Waldung vor dem Wildpret jährlich Schrandholz gegeben wird, welches mehr werth ist, dann der Zinnß, den sie von den Reuthen geben, ist beschlossen, daß man denselben nun hinführo in vier Jahren nicht mehr denn einmal Schrandholz aus Gnaden geben soll, welcher aber dessen nicht gerathen kann, den soll man die nach laut der Waldordnung geben.

Den alle Jahre verbrennen oder verkaufen sie die Schranden und muß ihnen die Herrschafft mehr an Schranden geben, denn sie Zinnß geben.

Item so die Reuth abgemessen werden, so soll 12 Gerten in die Länge und 8 Gerten in die Breite für einen Ader abgemessen werden, und thut eine Gerte 12 Werckschuh.

Und dieweil die Schlege bei Fünf Gulden verboten sind, daß Niemand mit den Schafen in die Vier Jahren und mit den gehörneten Viehe unter Sieben Jahren darein treiben, soll es nochmals bei solchen Verbotb bleiben, und durch Forstmeister oder Knechte fleißig achtung darauf gehabt werden, damit die Schläge wiederum über sich kommen möchten.

Item nachdem in den Schlägen zu Zeitten viel Hegreißer und etliche Baum aufgezozen werden, die doch nichts nuzze sind, Alleine die Schläge dämpfen, und daß junge Holz verderben, so sollen hinführo in einem jeden Benben Schlag zusammen stehen lassen.

Wo aber alte Hegreißer gelassen, die nicht in die Hoche gewachsen sind oder waren, sondern sich nur auspreiten, und daß andere Holz verdrücken, die soll man herausbauen, sie zeigten dann Markung an, wie vorgemeldet ist.

Item die Forstknechte sollen niemand in die Wald Schläge oder Heeg treiben lassen weder mit Pferdten, Rügen, Schaffen, Gassen noch andern Vieh, daß Schaden thun mag, bei der vor angezeigten Buß Fünff Gulden, wo aber unsere oder andere herschaftl. Arme Leuthe den Wälden oder Forsten, so nahendt geseßen wären, daß sie derer mit ihrem Viehe nicht entbehren, oder weichen können, auch vor alters darein zu treiben Gerechtigkeit gehabt hatten, oder noch haben, denen soll demnach nicht gestattet werden durchaus an alle Ort zu treiben, wo es anderster Schaden thut, sondern der Forst-Knecht und ihr jeder soll nachgestellt und Gelegenheit der Wäldte den Armen Leuten, sonderliche Ort anzeigen, da sie dennoch ihres Viehes gehütten und daß ernähren können, doch in keinem Schlage oder Heeg, wie vorgemeldet.

Item derzu befindet sich daß ihnen zu Zeitten etliche Forstknechte und vielleicht die Forstmeister ihnen selbst Viehe in den Wälden und Hoshern, sonderliche Heeg machen, darin darf ihnen kein Arm Mann treiben, daß sollen sie bei ihren Pflichten, und bei sonderlicher Straff nicht thun, sondern, so der-

massen Schläg oder Heeg über sich kommen, darein man mit dem Viehe ohne Schaden kommen mag, soll der Forstknecht keinen Vorthail vor den Armen Leuthen haben, sondern die Triebe in den Hoelzern ein jeder der dessen ein Gerechtigkeit hat, besonders unser und der Herrschafft Armen Leuthen frey stehen, desgleichen soll es auch gegen den Amtleuthen gehalten werden, nachdem die Armen Lente, als wohl unser und der Herrschafft sind, und an ihnen gelegen ist, als den Knechten.

Und nachdem an etlichen Orten unsern Amtleuthen und Dienern ihr Brennholz in den Schlägen gegeben wird, an welchen Ort dasselbe ist, des Orts soll man einen Schlag fürnehmen, und denselben ordentlich hinweg und aufbauen, und also daß in einem Jahr ein Schlag soviel man des bedarf im Frühling hinweg gehauen, und im Holz aufgeraumet werde, und so derselbige Schlag ein Ende hat, fürter das andere Jahr darneben, oder an einem andern Ort angefangen, damit können die Schläge, die man dann wie vorgemeldet hegen soll, wieder über sich, so dergestalt mit Ordnung gehauen und nicht also Zipselsweise in den Hoelzern und Schlägen ohne Ordnung gehauen wird, und soll in solchen sonderlich des tauglichen Bauholzes verschonet, und dasselbige nicht zum Brennholz gehauen werden.

Item die Forstmeister und Knechte sollen sich zu Stund an nach der Pfand Rechnung die jedesmalten Acht oder Bierzeben Tage vor Weimachten gehalten, alsdann mit ihrer Forstrechnung geschickt machen, dergestalt, daß der Forstmeister der Knecht Rechnung zuvor besichtige und mit Fleiß übersehe, daß dieselben ordentlich gerechnet und gemacht seyn, damit nichts dahinten gelassen oder verschwiegen bleibe, daß auch die Forstknechte, ihr Forstgeld einbringen, und insonderheit der Forstmeister die Knechte mit Ernst dahin halte, daß dasselbige geschehe, damit an der Rechnung und der Bezahlung kein Mangel erscheine.

Denn ohne das soll ihr keiner von Statten gelassen werden, darnach soll sich ein jeder wissen zu richten, und er mag so leßlich gehandelt haben, so soll er dazu gestrafft werden.

Item der Forstmeister oder Forstknecht sollen von kein der Unfern und der Herrschafft Armen Mann, oder Untertban, welcher kein Neu oder Altsimmer führt und heut, kein Weißgeld nehmen, was unter fünf Stangen ist, welcher aber ein ganz Zimmer oder aber über die obgemeldten fünf Stangen, verweist würdet, derselbe soll dem Forstmeister 14  $\text{ſ}$  und den Knechten 7  $\text{ſ}$  zu Weißgeld geben, von Brennholz dem Forstmeister 7  $\text{ſ}$  und dem Knecht 9  $\text{ſ}$ .

Item so Seegbaum oder Plöcher desgleichen alle andere Gattung wie das Nahmen hat, verwiesen werden, soll dem Forstmeister 7  $\text{ſ}$  und den Knechten 9  $\text{ſ}$  gegeben werden.

Item der Forstknecht, soll keiner ausziehen oder hinweggehen, dass ihr zween oder drey Tage oder vielleicht länger ausbleiben möchte, es geschehe dann mit Erlaubniß und mit Wissen des Forstmeisters oder Kastners, doch daß er in seinem Anwesen sein Huth bestellt, daß sie nicht unbehütt bleibe.

Item kein Forstknecht soll Unterknecht haben, ohne Unfre oder Unser Stadthalter und Rätthe, sondern Erlaubniß und zum fördersten ohne unser Bewilligung und sie selbst destomehr Fleiß anwenden, das recht zusehen werde.

Item der Forstmeister und Forstknechte, sollen zum wenigsten ein Viertel Jahrß einmals untergeordneter Dinge die Seeg-Mühlen um ihre Hoelzer liegend besichtigen, und wenn sie Seeg-Plöcher finden, die sollen sie bey ihren Pflichten eigentlich beschreiben lassen, wes sie seind, und wem sie zustehen, das auch ein jeder Müller glaubig ansagen soll, und wo der Müller das nicht thun würde, alsdann soll ihm eine Zeit lang die Schneidmühl verbotthen werden, und was die Forstknechte zu jeder Zeit an Mühlen finden, das sollen sie den Forstmeister anzeigen, der sie alsdann ersehen soll, wenn und wies gegeben sey worden, damit findet sich was recht geschaffen hingeben oder gestohlen ist worden, und wies fürter gestrafft soll werden.

Item das Stehlen und heimliche Hinwegführen des Holz Dielen und anders zuvor kommen, und daß solches aus unser Herrschafft nicht geführt werden sollen nun die Forstknechte

hinführo jeglicher etliche Tage in der Wochen auf den Strassen darauf sehen und Achtung haben, und so oft der einer betreten wird, der soll ohne Gnade von einem Fuder Holze Dieben und andern die Straff zu geben, wie hernach folget, und den Knecht, der einem also betrit, davon einen halben Gulden geben.

Item Zeitel Baum sollen mit Nichten abgehauen werden, bey der Poen der fünf Gulden.

Item keinem Forstknecht soll nun hinführo von unsern, und der Herrschaft Armen Leutthen kein Frohn geschehen, dann mit Erlaubniß zu Hoff.

Item ein jeder Forstknecht soll zu einer jeden Zeit dem Forstmeister anbringen, worinnen uns Nuz oder Schaden entstehen mag, daß auch alsdann der Forstmeister gen Hoff anlangen und in Schriften übergeben soll, ferner des Bescheids erwarten.

Item ob etliche Arme Leuthe unser oder anderer wehren, die der Huth nicht entbehren oder gerathen können, gleichwohl nicht Gerechtigkeit in die Hoelzer zu treiben hetten, und man könnte dieselbigen an etlichen Orten ohne Schaden wohl hueten und treiben lassen zc. haben wir beschlossen, daß man dieselben, um einen gewöhnlichen zimmlichen Huthzinns Uns und der Herrschaft außs boechste, als man es bringen kann, treiben soll lassen, doch wie obgemeldt, wo es ohne Schaden sein kann, und jedesmahl auf Unser und der Herrschaft widerrufen, daß auch weder Forstmeister noch Knecht dergestalt Niemand einnehmen sollen, es geschehe denn auf unsern oder aus unser Ganzley andere schriftlichen Befelch, welches auch fürter von einem jeden Kastner in seine Rechnung geschrieben, und alsden in der Rentmeisterei registriert werden soll, dann es uns der Herrschaft Nuzen ist, wie auch den Hoelzern, wo man die Huth weit ohne Schaden genießen mag, daß man es abhüten dabey aber nichts verfaulen lasse.

Item ob Sach waere, daß der von Adel oder anderer Armen Leuthe der Behölzung auß unsern Wälden und Hoelzern

nit gerathen könnten, Sie oder ihre Arme Leuthe des Orts  
fein Holz-hätten, damit sie sich behölzen möchten, und man  
sie aus unsern Hoelzeru ohne Schaden zimlicher weise behölzen  
möchte, so soll es auch wie im nechsten Artifel der Huth hal-  
ber gesagt ist, gehalten werden, doch jedesmahls auf unser und  
der Herrschafft Widerruffen und an unsere oder unsere Stadt-  
halter und Rätbe, sonderlichen Befelch nicht.

---

**A r c h i v**

der

**Forst- und Jagd-Gesetzgebung**

der

**deutschen Bundesstaaten.**

**Herausgegeben**

von

**St. B e h l e n,**  
Königl. Bayerischem Forstmeister.

**Siebenten Bandes erstes Heft.**

---

**Freiburg im Breisgau,**

**Verlag der Fr. Wagner'schen Buchhandlung.**

**1 8 4 0.**





# Inhaltsverzeichnis.

## I.

### Großherzoglich Badensche Forst- und Jagdgesetze, Verordnungen und allgemeine Verfügungen.

Von 1835.

Seite

1. Die theoretische Ausbildung der Forstbeamten betreffend . . . 1
2. Die praktische Ausbildung der Forstbeamten betreffend . . . 5
3. Die Diäten der Forstbeamten betreffend . . . . . 6

Von 1836.

4. Instruktion zur Abschätzung und Einrichtung der Waldungen im Großherzogthum Baden . . . . . 8
5. Vollzugs-Verordnung, die Bewirthschaftung der Gemeinds- und Körperschaftswaldungen betreffend . . . . . 83

## II.

### Großherzoglich Mecklenburg-Strelitz'sche Forst- u. Jagdgesetze, Verordnungen und allgemeine Verfügungen.

Von 1833.

1. Das unbefugte Entrinden der Bäume in den Herrschaftlichen Forsten . . . . . 98

Von 1834.

2. Den Schutz der Herrschaftlichen Forste gegen Beschädigungen durch Vieh u., und, vorkommenden Falls, die Bestrafung der Eigenthümer desselben betreffend . . . . . 99

Von 1837.

3. Das Verbot des Verkaufs von Deputat-Holz und Deputat-Torf in den Domaniel-Forsten und Torf-Mooren betreffend 100
4. Das Raß- und Leseholz-Sammeln in den Domaniel-Forsten betreffend . . . . . 102
5. Die Ausübung des Pfändungs-Rechts durch die Forst-Praktikanten, Jäger und Jägerburschen der Forstbedienten wider die in den Herrschaftlichen Forsten betroffenen Forst- und Jagdfrevler betreffend . . . . . 103
6. Das Verbot und die Bestrafung des Kessel-, Distel-, Gras- und Rohr-Schneidens in den Domaniel-Forsten betreffend 104

Von 1838.

7. Uebereinkunft der Großherzoglich Mecklenburg-Strelitz'schen und der Königl. Preuss. Regierung, die Verhütung der Forst-Frevler in den Grenzwaldungen betreffend . . . . 105

## III.

### Großherzoglich Oldenburgische Forst- und Jagdgesetze, Verordnungen und allgemeine Verfügungen.

Von 1839.

1. Jagd-Ordnung für das Herzogthum Oldenburg . . . . . 107

## IV.

### Herzoglich Nassauische Forst- und Jagdgesetze, Verordnungen und allgemeine Verfügungen.

Von 1835.

1. Die von Herzogl. Oberförstern in Auftrag der Herzogl. Recepturbeamten besorgte Geld-Einnahme aus Domainen-Waldungen betreffend . . . . . 120

Von 1836.

2. Die Aufstellung der Tabelle, die Wirthschafts-Controle betr. 121
3. Die Zahlung der Besoldung an die Herzoglichen Förster aus den Gemeinde-Cassen betreffend . . . . . 123
4. Die Erhebung der Schadenersatzgelder aus Erkenntnissen Herzogl. Gerichte über, von Herzogl. Unterthanen im Großherzogthume Hessen begangene Forstfrevler betreffend . . 123

5. Die Aufstellung der Tabelle Nr. V. in specie, die vorzunehmenden Taxationen betreffend . . . . . 124  
Bon 1837.
6. Die Aufstellung des Wirthschaftsplans betreffend . . . . . 125
7. Die Zerstörung der Nadelholz-Waldungen durch mehrere Raupenarten betreffend . . . . . 125
8. Die Aufstellung der Wirthschaftsplane pro 18<sup>29</sup> betreuend 126
9. Die Aufstellung der Vergleichungstabellen über das gefällte Holz betreffend . . . . . 127

V.

Herzoglich Anhalt-Bernburgische Forst- und Jagdgesetze, Verordnungen und allgemeine Verfügungen.  
Bon 1828.

1. Authentische Interpretation des §. 45, der Jagdordnung. . 129  
Bon 1829.
2. Die Feststellung der Strafe des Wilddiebstahls betreffend 129  
Bon 1830.
3. Das Einsammeln des trockenen Holzes unter den Weidenplantagen des Amtes Hoym betreffend . . . . . 130
4. Die Wiedereinführung der Baummessung nach Spann und Ellen in den Elbforsten betreffend . . . . . 130  
Bon 1831.
5. Das Absägen der Bäume dicht an der Erde betreffend . . 130
6. Reglement, das Hasentreiben im Herzogl. Feldbreviere Wallenstedt betreffend . . . . . 131
7. Die Aufsicht der Forstbedienten auf Steuerdefraudationen betreffend . . . . . 136  
Bon 1833.
8. Jagdregulativ für das Unterherzogthum Anhalt-Bernburg 136  
Bon 1834.
9. Die Uebertragung der Justizgewalt des Herzogl. Forstamtes an die Justizämter betreffend . . . . . 138
10. Die Beitreibung der Forststrafen betreffend . . . . . 140
11. Die Bestrafung der Forstverbrecher betreffend . . . . . 141
12. Die Ablassung der Hölzer an die Unterthanen zu geringeren Preisen aus den Elbforsten betreffend . . . . . 141  
Bon 1835.
13. Die Interpretation des §. 308 der Forstordnung betreffend 142
14. Den Handel mit Brennholz betreffend . . . . . 143
15. Die Abänderung der §§. 9, 11 und 12. der Jagd-Ordnung vom 15. Juni 1801 betreffend . . . . . 143  
Bon 1835.
16. Reglement, die Anstellung und weitere Versorgung des Jagd- und Forstpersonals betreffend . . . . . 143
17. Interpretation des Edicts vom 14. November 1825 in Bezug auf die Ausübung der Jagd an Sonn- und Festtagen . 148  
Bon 1835.
18. Das Einsammeln der Waldstreu in den Harzforsten betreffend 148
19. Die Entwendung geschlagener Hölzer aus Hauungen betreffend 152
20. Die Beitreibung der Forststrafen betreffend . . . . . 153  
Bon 1837.
21. Die authent. Interpretat. des §. 308 der Forstordn. betreffend 153
22. Die Vollziehung der Forststrafen betreffend . . . . . 154  
Bon 1838.
23. Das Fällen der Hölzer in den Privatwaldungen betreffend 155
24. Die Bestrafung wiederholter Forstverbrechen betreffend . . 156
25. Das Verbot des Führens von Hacken beim Holz sammeln in den Forsten betreffend . . . . . 156

## I.

# Großherzoglich-Badensche Forst- und Jagd- gesetze, Verordnungen und allgemeine Verfügungen.

---

### 1) Die theoretische Ausbildung der Forstbeamten betreffend.

Vom 15. Januar 1835.

In Erwägung, daß die Bewirthschaftung der Waldungen und die Forstpolizei nur dann gehörig besorgt werden, wenn die hiermit beauftragten Beamten eine tüchtige theoretische und praktische Ausbildung erlangt haben, die bisher bestandenen Vorschriften über die Ausbildung des Forstpersonals aber theils ungenügend, theils überhaupt nicht mehr passend erscheinen, wird verordnet wie folgt:

1) Keiner kann künftig als Forstbeamter im Dienste des Staates, der Stände- und Grundherren, Gemeinden oder Körperschaften angestellt werden, der sich nicht über den Besitz der gesammten Vorbildung und Berufsbildung ausgewiesen hat, welche die nachstehenden Artikel näher bezeichnen.

2) Die Vorbildung besteht in der allgemeinen, d. i. in der jedem Staatsdiener erforderlichen Schulbildung; in der speziellen, d. ist in der Bekanntschaft mit den, dem Forstmanne insbesondere nöthigen Zweigen der mathematischen und der Naturwissenschaften.

Die Berufsbildung besteht in der genauen Kenntniß der Forstwissenschaft nach allen ihren Theilen.

3) Die allgemeine Vorbildung kann erworben werden durch Absolvierung aller Klassenabtheilungen eines Lyceums, mit Ausnahme der beiden letzten Jahrscurse, oder durch Absolvierung eines Gymnasiums, oder endlich durch Privatunterricht in den Gymnasialstudien.

4) Keiner soll zur Staatsprüfung im Forstwesen zugelassen werden, der sich nicht über den Besitz der allgemeinen Vorbildung, vor dem Besuche einer Lehranstalt zum Zweck des Studiums der Forstwissenschaften, ausgewiesen hat, und darüber, daß dieß geschehen, der mit der Staatsprüfung beauftragten Behörde genügende Zeugnisse vorlegt.

5) Diejenigen, welche eine inländische Gelehrtenschule (Mittelschule) besucht haben, genügen dieser Vorschrift (Art. 4.) durch ein Zeugniß, daß sie aus der obersten Klasse eines Gymnasiums, oder aus dem drittobersten Jahrscurse eines Lyceums durch Beschluß der obern Studienbehörde mit dem Prädikat der Reife entlassen worden sind.

Diejenigen, welche die erforderliche allgemeine Vorbildung durch Privatstudium sich zu erwerben suchten, haben sich bei einer inländischen Gelehrtenschule einer Prüfung in den Gymnasialkenntnissen zu unterwerfen, und sich zu diesem Zwecke bei der obern Studienbehörde (zur Zeit der betreffenden Kirchensektion), vor dem Beginnen ihres Fachstudiums an einer hiezu geeigneten Anstalt (Art. 9.) zu melden.

6) Von der im Art. 4. verlangten Nachweisung kann dispensirt werden:

a) durch die betreffende Aufnahmecommission: bei Jünglingen, welche, um später das Forstwesen zu erlernen, von einer Mittelschule in die bisherige allgemeine oder in die mathematische Klasse der polytechnischen Schule bereits vor Errichtung der Forstschule übergegangen sind, und nur unter den in den Schulgesetzen enthaltenen Bedingungen;

b) durch die Forstpolizeidirektion: bei Jünglingen, welche sich die für den Forstbeamten erforderliche theore-

tische Bildung anderwärts erwerben wollen oder erworben haben, und zwar allein in dem Falle, wenn der sich um Dispensation Bewerbende das Forstwesen schon vor dem 1. November 1832 praktisch zu erlernen begonnen hatte, dabei das Zeugniß einer vorzüglichen praktischen Tüchtigkeit und einer durchaus untadelhaften Aufführung besitzt.

7) Die spezielle Vorbildung wird erworben durch das Studium aller jener Theile der mathematischen und Naturwissenschaften, welche in der ersten mathematischen Klasse der polytechnischen Schule, in dem hierauf folgenden einjährigen Vorbereitungscurse der Forsteleven an der polytechnischen Schule, endlich in der Forstschule daselbst Gegenstand des Unterrichts sind. Sie bestehen in Arithmetik, Algebra, Geometrie und ebener Trigonometrie, in praktischer Geometrie, in Zoologie, Botanik, Mineralogie und Geognosie, endlich in Physik und Chemie.

Ueber den Besitz der speziellen Vorbildung weisen sich die Jünglinge, die sich dem Forstdienste widmen wollen, durch die auf die Hülfswissenschaften sich ausdehnende Staatsprüfung aus.

Der Mangel einer zureichenden speziellen Vorbildung schließt von der Zulassung unter die landesherrlichen Forstpraktikanten aus.

8) Die Berufsbildung erwirbt sich der künftige Forstmann durch gründliche Erlernung aller jener Theile der Forstwissenschaft, die in der Forstfachschule dahier gelehrt werden.

Die Gegenstände der Prüfung sind: Forstbotanik, Waldbau, Forstbenutzung und Forsttechnologie, Forstabschätzung und Forsteinrichtung, Forstverwaltung und Forstgeschäftslehre, mit besonderer Rücksicht auf die vaterländischen Dienstinstruktionen; allgemeines Forst- und Jagdrecht und insbesondere die badische Forstgesetzgebung; Forstpolizei und Forstwirthschaftslehre; Forstschutz; allgemeine und Litterärsgeschichte des Forstwesens mit Forststatistik; Zoologie der Jagdthiere und allgemeine Jagdwissenschaft; Landwirthschaft in ihrer Beziehung zur Forstwirthschaft.

Ueber den Besitz dieser Berufsbildung entscheidet die Staatsprüfung.

9) Die spezielle Vorbildung, so wie die Berufsbildung kann durch den Besuch der polytechnischen Schule, einer Universität oder einer auswärtigen Forstanstalt erlangt werden.

Gegen den Schluß jedes Jahrs wird eine Staatsprüfung im Forstfache vorgenommen, und die Zeit der Prüfung durch das Regierungsblatt bekannt gemacht. Nur Inländer werden zur Staatsprüfung zugelassen.

Solche inländische Forstkandidaten, die sich der Prüfung unterwerfen wollen, haben sich deßhalb bei der Forstpolizeidirektion zu melden, und ihr

- a) rücksichtlich der allgemeinen Vorbildung das unter Art. 4. und 5 erwähnte Entlassungs-, beziehungsweise Prüfungszeugniß, oder die nach Art. 6. erhaltene Dispensation,
  - b) rücksichtlich der Haupt- und Hülfswissenschaften die Studienzeugnisse,
  - c) rücksichtlich ihres Wohlverhaltens ein Zeugniß der Anstalt, auf der sie ihre Studien gemacht haben, endlich
  - d) rücksichtlich ihrer körperlichen Tüchtigkeit zum Forstdienste das Zeugniß eines angestellten Arztes, daß sie eine den Beschwerden ihres Berufs vollkommen gewachsene kräftige Körperkonstitution haben,
- vorzulegen.

Die Forstkandidaten haben jedoch ihre Studien dergestalt einzurichten, daß sie nicht vor vollendetem zwanzigsten Jahre zur Staatsprüfung gelangen.

10) Räte der Forstpolizeidirektion, so wie andere Räte und hiesige Gelehrte werden aus Auftrag des Ministeriums des Innern die Prüfung vornehmen.

Sie soll nicht über vierzehn Tage andauern, wovon ein oder zwei Tage einer, in Gegenwart aller Examinatoren abzuhaltenden, mündlichen Prüfung der Kandidaten und ein oder zwei Tage der schriftlichen Prüfung in den mathematischen und in den Naturwissenschaften, und die übrige Zeit aber dem schriftlichen Examen im Forstfache selbst bestimmt sind. Die mündliche Prüfung findet zuletzt Statt. Die Forstpolizeidirektion

wird die Prüfungsarbeiten begutachten und das Ministerium des Innern die Zurückweisung der Kandidaten oder über deren Aufnahme und Location entscheiden.

## 2) Die praktische Ausbildung der Forstbeamten betreffend.

Vom 10. September 1835.

In der Verordnung vom 15. Januar 1835 sind die Bedingungen der Zulassung der Forstkandidaten zur Staatsprüfung festgesetzt, und über die Vornahme dieser Prüfung die nöthigen Vorschriften ertheilt worden, und wird nunmehr auch hinsichtlich der praktischen Ausbildung der nach bestandener Staatsprüfung recipirten Forstpraktikanten Folgendes verordnet:

1) Jeder Forstkandidat, der nach bestandener Staatsprüfung unter die Zahl der Forstpraktikanten aufgenommen wird, muß, um eine Anstellung im Forstfache erhalten zu können, sich sofort eine hinlängliche praktische Ausbildung erwerben.

2) Es hat daher jeder recipirte Forstpraktikant wenigstens zwei volle Jahre hindurch bei einem oder mehreren Bezirksförstern des Landes sich in allen Berufszweigen praktisch zu üben.

3) Den Bezirksförstern des Landes wird es zur Pflicht gemacht, den unter ihrer Aufsicht und Verantwortlichkeit arbeitenden Forstpraktikanten nicht nur die Gelegenheit zu praktischen Uebungen zu eröffnen, sondern auch ihnen die hierzu erforderliche Anleitung zu geben.

4) Kein Forstpraktikant, der sich nicht über eine solche zweijährige praktische Uebung in Forstgeschäften durch genügende Zeugnisse der betreffenden Forstbeamten auszuweisen vermag, kann künftig als Forstbeamter im Dienste des Staates, der Landes- und Grundherrschaft, der Gemeinden oder Körperschaften angestellt werden.

5) Eine Nachsicht kann nur bei Denjenigen eintreten, welche schon vor Ersetzung der Staatsprüfung und zwar vor



dem Jahr 1835 das Forstfach praktisch erlernt haben, und durch Zeugnisse nachweisen, daß sie hierzu wenigstens zwei Jahre bei inländischen Lokalförstbeamten anhaltend und fleißig verwendet haben.

6) Jeder Forstpraktikant ist gehalten, so wie er bei einem Förstbeamten als Praktikant eintreten will, hierzu die Genehmigung der Forstpolizeidirection einzuholen und dieser Behörde von jeder Veränderung seines Aufenthalts die Anzeige zu machen, welche von dem Förstbeamten mit unterzeichnet seyn muß, bei welchem sich der Praktikant aufgehalten hat.

---

### 3) Die Diäten der Förstbeamten betreffend.

Vom 15. Januar 1836.

Zum Vollzuge des §. 6. des Forstgesetzes wird verordnet:

§. 1. Die auswärtigen Geschäfte bei Verwaltung der Forstpolizei und Bewirthschaftung der Gemeinds- und Körperschaftswaldungen, für welche die Förstbeamten Diäten zu beziehen haben, sind — so weit ihr Dienstvertrag oder eine ausgesprochene Entschädigung durch Aversen nicht ausdrücklich ein Anderes bestimmt — folgende:

1) die Begleitung der Räte der Forstpolizeidirection bei Waldbereisungen;

2) der Besuch der Gemeinds- und Körperschaftswaldungen durch die Bezirksförster zum Zweck der Entwerfung des jährlichen Wirthschafts- und Kulturplanes;

3) die jährliche Revision dieser Waldungen durch die Forstmeister in Begleitung der Bezirksförster;

4) deren besondere Visitation durch die Bezirksförster, so weit sie nöthig ist, zur Verlässigung, daß die Vorschriften des Forstgesetzes in Betreff der Fällung, Aufarbeitung und Abfuhr des Holzes und der Gewinnung der Nebennutzungen gehörig beachtet werden;

5) die jährliche Visitation der Privatwaldungen durch die Bezirksförster;

6) die Mitwirkung der Forstbeamten bei Löschung von Waldbränden;

7) die gewöhnlichen und außergewöhnlichen Verrichtungen, welche in dem §. 6. des Forstgesetzes namentlich angeführt sind, rücksichtlich der Forstmeister übrigens nur dann, wenn sie zu einem der genannten außergewöhnlichen Geschäfte durch die Forstpolizeidirection ausdrücklich beauftragt werden;

8) die Waldbesuche, die durch besondere Gesuche der Gemeinden und Körperschaften veranlaßt werden.

§. 2. Zu bezahlen sind die Diäten:

- a) für das unter Ziffer 1 genannte, durch die Oberaufsicht des Staats veranlaßte Geschäft, aus der Staatskasse;
- b) für die unter Ziffer 2, 3, 4, 5 und 6 bezeichneten, durch die Forstpolizei gebotenen Verrichtungen, von Demjenigen, welcher zu deren Ausübung berechtigt ist, dem zu Folge von der ärarischen Forstkasse, einer standesherrlichen, einer grundherrlichen, einer Gemeinde- oder Körperschaftskasse, je nachdem der betreffende Forstbeamte vom Staat, einem Standesherrn, einem Grundherrschaft, einer Gemeinde oder Körperschaft angestellt ist;
- c) für die rein wirthschaftlichen Geschäfte unter Ziffer 7 und 8 von den waldbesitzenden Gemeinden und Körperschaften.

§. 3. Die Bezirksförster haben ihre Diätenverzeichnisse durchgängig dem Forstamte vorzulegen, welches dieselben, nach vorheriger Prüfung und Vidimirung zur Zahlungsveranlassung weiter befördert, und zwar an die Forstpolizeidirection, wenn die Staats- oder ärarische Forstkasse, an die betreffende Domänenkanzlei oder Renteverwaltung, wenn eine standesherrliche, beziehungsweise grundherrliche Kasse, oder an das einschlägige Bezirksamt, wenn eine Gemeinde oder Körperschaft zahlungspflichtig ist.

Die Diätenverzeichnisse der Forstämter sind der Forstpolizeidirection, oder, wenn sie durch besondere Aufträge der Kreisregierung veranlaßt wurden, zur Prüfung, Vidimirung und weiteren Beförderung nach Maßgabe des eben Gesagten vorzulegen.

#### **4) Instruktion zur Abschätzung und Einrichtung der Waldungen im Großherzogthum Baden.**

**Vom 2. Januar 1836.**

In Gemäßheit des §. 7 der Verordnung Großherzoglichen Ministeriums des Innern vom 14. November 1834 ward nachstehende Instruktion ertheilt, nach welcher alle Waldungen des Staats, der Gemeinden und Körperschaften zum Zweck einer nachhaltigen Bewirthschaftung ihrem Naturalertrag nach summarisch abgeschätzt werden müssen.

Eine Ausnahme hiervon kann nur da eintreten, wo die Waldeigenthümer oder deren Vertreter wünschen, daß eine spezielle Abschätzung ihrer Waldungen vorgenommen werde, und die Forstpolizeidirektion zuvor die Grundsätze gebilligt hat, nach welchen diese ausgeführt werden soll.

#### **I. A b s c h n i t t.**

##### **Von dem Abschätzungspersonale.**

§. 1. Das Abschätzungsgeschäft wird von dem Förster des Bezirks gemeinschaftlich mit einem hiezu beauftragten anderwärtigen Bezirksförster oder Forstpraktikanten vorgenommen. Die Direktion der Forstdomänen und Bergwerke wird diese Mitstaratoren für die Staatswaldungen, die Forstpolizeidirektion für die Gemeinds- und Körperschaftswaldungen kommittiren.

Die zu der Waldvermessung angestellten Geometer haben sich nach der Verordnung vom 14. November 1834 und nach den bezüglichen Vorschriften der gegenwärtigen Instruktion, wovon ihnen ein Auszug zukommen wird, zu achten, und werden, was das Technische ihres Geschäfts betrifft, von dem Forstgeometer nähere Anweisung erhalten. Der Förster des Bezirks wird den Geometern sowohl die äußeren Grenzen des zu vermessenden Waldes, als auch die von den Taxatoren entworfenen wirthschaftlichen Abtheilungslinien vorzeigen oder bei Verhinderung vorzeigen lassen, und denselben überhaupt mit der nöthigen Auskunft an die Hand gehen.

**§. 2.** Das Forstamt hat das ganze Geschäft zu leiten und in seinen wesentlichsten Momenten zu prüfen, die Vorschläge der Taxatoren gut zu heißen, oder je nach Umständen Abänderungen zu veranlassen, wie dies in den folgenden Abschnitten näher angegeben wird. Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Forstmeister und den Taxatoren über wirtschaftliche Anordnungen und Maßregeln sind von dem Forstamte, auf Berufung der Letzteren, der betreffenden Direktion zur Entscheidung vorzutragen. Die vervollständigten Arbeiten über jeden Wirthschaftsbezirk nebst den Kostenverzeichnissen, legt das Forstamt der angehenden Direktionsbehörde zur Einsicht und Prüfung vor, und sorgt später für den Vollzug und die gemessene Einhaltung der wirtschaftlichen Bestimmungen und Controlemaßregeln.

**§. 3.** Die Kosten der Abschätzung, nämlich die Diäten der Forstmeister und Taxatoren — welche für die verwendeten Forstpraktikanten durch Erlass Großherzoglichen Ministeriums des Innern vom 15. Januar d. J., Nr. 426, auf 2 fl. 30 fr. per Tag bestimmt worden sind — so wie die Tagelöhne der zu dem Geschäft benötigten Hülfspersonen hat der Waldeigenthümer zu tragen, mit Ausnahme der Copien, welche auf Rechnung der Forstgerichtsbarkeitskasse gefertigt und von dem Forstamte besorgt werden.

Die Taxatoren sind gehalten, über ihre Geschäftsverrichtungen ein regelmäßiges Tagebuch zu führen, aus welchem das tägliche Geschäft und der Diätenbetrag, so wie der Antheil zu ersehen ist, welcher dem betreffenden Waldeigenthum hieran zukommt. Dieses Tagebuch wird monatlich abgeschlossen und dem Forstamte zur Prüfung und Veranlassung von Abschlagszahlungen vorgelegt.

## II. A b s c h n i t t.

### Von der vorläufigen Anordnung des Betriebs.

**§. 4.** Die Waldbeschätzung zum Behufe der Nutzungsregulirung fordert eine nähere Bestimmung über die künftige

Bewirthschaftung der einzurichtenden Waldungen, indem auf den Naturalertrag in einer längern Reihe von Jahren nicht geschlossen werden kann, wenn die wirthschaftlichen Vorschriften fehlen, bei deren Anwendung das vortheilhafteste Erträgniß erfolgen soll.

Diesen Bestimmungen muß aber eine gründliche Untersuchung aller auf die Waldwirthschaft Einfluß ausübender Verhältnisse und sodann eine reifliche Ermägung der in Vorschlag zu bringenden Wirthschaftsregeln vorangehen.

§. 5. Vorerst ist die bisherige Behandlung und der gegenwärtige Zustand des Waldes zu betrachten.

Schon bei einer flüchtigen Durchgehung desselben wird zu ersehen sein, ob derselbe früher bedeutend über oder unter seiner Ertragsfähigkeit angegriffen worden ist, und welche Klasse von Hölzern des jüngern, mittlern und höhern Alters in Folge dessen mehr oder minder fehlt oder angehäuft ist; ferner: ob die Behandlung im Allgemeinen dem natürlichen Zustande des Waldes angemessen war oder nicht, und welche Wirkungen daraus bezüglich auf Begünstigung oder Verdrängung der Holzarten, Veränderung der Betriebsweise, Erhöhung oder Verkürzung der Umtriebszeit, Verbesserung oder Verschlimmerung der Schlag- und Hiebßführung, Beförderung oder Vernachlässigung der Waldfultur, der Forstbenutzung und des Forstschutzes hervorgegangen sind; und in wie fern klimatische oder Witterungsverhältnisse einen nachtheiligen Einfluß auf den Waldboden und auf die Holzbestände durch unvorsichtige Bewirthschaftung gewonnen, ob eine schonungslose oder übermäßig ausgedehnte Rebennutzung dieselben beeinträchtigt hat.

Die Hauptursachen einer bisherigen auffallend zweckwidrigen oder schädlichen Behandlung des vorliegenden Waldes werden sich gewöhnlich eben so leicht erheben lassen, als die Folgen zu erkennen sind, und die Taxatoren haben bei der Anordnung des künftigen Wirthschaftsbetriebs dahin zu trachten, diese Ursachen, so weit sie in der Hand des Wirthschaftsbeam-

ten liegen, möglichst zu entfernen, die nachtheiligen Wirkungen zu entfräften und dadurch die Ertragsfähigkeit zu verstärken.

§. 6. Bei den Bestimmungen über die künftige Bewirthschaftung kommt zuerst die Auswahl der Holzarten in Betracht, deren Beibehaltung und Begünstigung oder deren Verdrängung und dagegen der Anbau anderer an die Stelle der bisher vorhandenen, theils von der angenommenen Betriebsweise abhängig ist, theils durch die einflußreichen Wachsthumsfaktoren, Klima, Boden und Lage geleitet oder von sonstigen Umständen bedingt wird.

Der gegenwärtige Zustand des Waldes, bezüglich auf seine Holzvorräthe, so wie das Bedürfniß des einen Waldeigenthümers, welches nicht selten große Anforderungen an die Erziehung der größtmöglichen Masse von Brennholz in der kürzesten Zeit erhebt, und sich im Nothfall mit den geringsten Sorten desselben begnügt, während der andere neben diesem Brennholzbedarf noch den an Bau- und Nutzholz verlangt, welcher für ihn eben so unentbehrlich sein kann, werden bei dieser Auswahl leiten, während auf der andern Seite eine günstige Absatzgelegenheit für Bau- und Nutzhölzer zum Handelsbetrieb in Gegenden, welche an Waldboden und Holzvorräthen noch reicher sind als andere, in welchen der Brennholzpreis schon hoch hinaufgestiegen ist, zu Gunsten der einen oder andern Holzart sprechen wird.

Es sind ferner die Ansprüche der Forstberechtigten auf den nachhaltigen Bezug dieser oder jener Holzart zu berücksichtigen, wenn keine Aussicht zur vortheilhaften Ablösung der Last vorhanden sein sollte.

Auch die Nebennutzungen, wie z. B. die Gerbrinde, das Harz u. s. w., deren Geldertrag dem der Hauptnutzung in manchen Gegenden nahe kommt, und welche für den Gewerbsbetrieb einer Gegend unentbehrlich sein können, werden bei der Auswahl der Holzarten zu Rath zu ziehen sein. Endlich wird sich da und dort die Erfahrung aufdrängen, daß ein und die andere Holzart dem Frevel vorzugsweise ausgesetzt ist, und

ihre sonst so wünschenswerthe Beibehaltung oder Anpflanzung aus diesem Grunde aufgegeben werden muß.

§. 7. In weiteren Betracht ist die Betriebsart zu ziehen, bei welcher gleichfalls die innern Verhältnisse des Waldes: nämlich Klima, Lage und Boden im Allgemeinen, so wie in seinen einzelnen Theilen vorzugsweise maßgeblich sind. Eben so wichtig sind aber auch die äußern Verhältnisse, und darunter hauptsächlich das Brennholzbedürfniß der waldbesitzenden Gemeinden. Mit diesem Bedürfniß ist die Größe der Waldfläche zu vergleichen, welche bei größerer Ausdehnung nach Umständen den Hochwaldbetrieb empfehlen, bei beschränkter den Niederwaldbetrieb nothgedrungen veranlassen kann; ferner der gegenwärtige Zustand des Waldes und seiner Holzvorräthe, indem eine Erschöpfung oder Unzulänglichkeit derselben die Beibehaltung oder Anwendung des Niederwaldbetriebs, wenigstens in der ersten Zeit gebieten kann, während die sonstigen Verhältnisse dem Hochwaldbetrieb sehr günstig sein mögen. Auch eine durch frühere übermäßige Streubenußung geschwächte Bodenkraft kann die mit den sonstigen Verhältnissen übereinstimmende Hochwaldwirthschaft mit Vortheil nicht länger gestatten und den Uebergang zum Niederwaldbetrieb veranlassen. Zu berücksichtigen ist auch der Umstand: ob auf eine jährliche und gleichmäßig wiederkehrende Nutzung abgehoben werden muß, oder diese kürzere oder längere Zeit aussetzen kann, wobei auf die Betrachtungen in §. 11 verwiesen wird.

Ferner darf die günstige Absatzgelegenheit für gewisse Sortimente des Bau- und Nutzholzes in manchen Gegenden, wo das Brennholz seinem Werthe nach gegen diese bedeutend zurücksteht, und nebenbei zur Befriedigung des Brennholzbedürfnisses noch ansehnliche Vorräthe theils schon vorhanden sind, theils in der Folge sich ergeben werden, nicht außer Acht gelassen, und endlich müssen auch hier die rechtlichen Ansprüche der Forstberechtigten an bestimmte Sortimente in nähere Erwägung gezogen werden.

Es wird bemerkt, daß das Wort „Niederwald“ hier und an allen folgenden Stellen, sowohl den Mittel-, als Buschwald in sich begreift, folglich den Niederwald mit und ohne Oberhölzer.

§. 8. Die Umtriebszeit der vorherrschenden Holzarten, oder das Alter, in welchem die in reinen und gemischten Beständen vorkommenden Holzarten bei den verschiedenen Betriebsweisen im Allgemeinen zum Hieb kommen sollen, wird die Aufmerksamkeit der Taxatoren in fernern Anspruch nehmen, und auch hiebei sind die klimatischen und Bodenverhältnisse auf der einen, die Größe der Waldfläche, das Bedürfniß und sonstige bei den Holz- und Betriebsarten schon berührte Umstände auf der andern Seite zu untersuchen und zu vergleichen, wobei jedoch die gesetzlichen Bestimmungen über das polizeilich zulässige niedrigste Alter nicht aus dem Auge zu lassen sind, und eben so der Vortheil, welcher dem Interesse des Waldeigenthümers durch die Annahme eines höhern Alters zufließen kann. Der gegenwärtige Holzbestand, die besondere Beschaffenheit des Bodens und die Lage eines Waldtheils können aber eine zeitliche oder fortdauernde Abweichung von der allgemein angenommenen Umtriebszeit, folglich eine Erhöhung oder Herabsetzung derselben räthlich machen, und zwar erstere, wegen Erziehung mancher erforderlichen starken Bau- und Nußhölzer in hoffnungsvollen Beständen mit entsprechender Bodengüte, letztere, bei sehr unvollkommenen Forstorten wegen dem Verlust an Zuwachs oder bei einem ungünstigen Standort für die darauf befindliche Holzart und für den bisherigen Betrieb.

Ueber die sonstigen Gründe, welche die Anordnung eines solchen von der allgemeinen Umtriebszeit abweichenden Hiebalters, auch ohne das Daseyn der angeführten Umstände rechtfertigen können, sollen in dem Abschnitt VII. nähere Bestimmungen ertheilt werden.

§. 9. Einer vorläufigen Betrachtung ist ferner die Schlagführung zu unterwerfen, damit sich nach erfolgter Abschätzung nicht unvorhergesehene Anstände einstellen, und die Arbeit schwierig machen können.



Die Anordnung der Schläge, ohne Berücksichtigung einer schicklichen Reihenfolge hat gewöhnlich einen so nachtheiligen Einfluß auf die Waldwirthschaft, daß selbst ein Opfer in manchen Fällen nicht gescheut werden darf, um hierin wo möglich eine wünschenswerthe Ordnung herzustellen, allein unter andern — besonders großartigen — Verhältnissen würde eine solche Zusammenziehung der Schläge dem lokalen Bedürfniß, der Holzabsatzgelegenheit, selbst der zeitigen Aufarbeitung und Abfuhr des Holzes in den Weg treten, und es muß daher hier auf den gleichzeitigen Angriff des Waldes an verschiedenen Orten vorsehen, überhaupt die Schlagführung den Verhältnissen angemessen bestimmt werden.

§. 10. Die Anordnung der Kulturen darf ferner nicht verabsäumt werden, da bei der Abschätzung auf den künftigen Ertrag mancher, gegenwärtig noch öde liegenden Blößen, gerechnet werden muß, was voraussetzt, daß die Zeit ihres Anbaues und die anzuwendende Holzart vorläufig bestimmt werde. Von der Kultur ist oft die Steigerung des künftigen Ertrags eines Forstortes zunächst abhängig, wie z. B. bei Entwässerungen und die voraussichtige Zuwachsberechnung muß sonach in gewissen Fällen ihre Grundlagen in jener Anordnung finden.

Wirthschaftliche Gründe können manchmal den Anbau von Blößen weit hinaussetzen, um einen anderweiten größern Vortheil zu bezwecken; sie können inzwischen zu fremden Zwecken benützt, oder mit einer in kurzer Zeit zur Benützung heranwachsenden Holzart angepflanzt werden, welche später einer edleren den Platz wiederum räumen muß.

§. 11. Was die Hauptnutzung oder den Holzertrag eines abzuschätzenden Waldes betrifft, so ist dessen Verwendung hier deßhalb in Rücksicht zu nehmen, weil diese auf die Bewirthschaftung in so fern Einfluß ausüben kann, als hiervon nicht selten die Feststellung der nachhaltigen oder die Anwendung einer unter Umständen vortheilhafteren aussetzenden Nutzung abhängen kann.

Während bei einem Gemeindswalde von mäßiger Ausdehnung der ganze jährliche Holzertrag für das Bedürfniß der Bürgerschaft in Anspruch genommen wird, und hiezu oft nicht einmal zureicht — mögen auch die Abschätzungsergebnisse ausfallen, wie sie wollen — so erübrigt dagegen eine andere Gemeinde wegen der Bedeutendheit ihres Waldeigenthums im Verhältniß zu ihrem eigenen Bedarf noch ein Ansehnliches zum Verkauf, welcher Ueberschuß in der Regel zwar nach dem geordneten jährlichen Abgabesaß genutzt werden soll, bei dem jedoch im Interesse und nach dem Wunsche der Gemeinde eine Aufsparung und sodann später, ein periodisch verstärkter Sieb eintreten kann.

Es kann ferner der Fall eintreten, daß eine Gemeinde einen zwar kleinen, aber mit werthvollen Nuthölzern erfüllten Wald besitzt, deren Zugutmachung in den nächsten 10—20 J. entweder wegen ihrer bereits bemerklichen Abnahme an technischem Werthe, wegen hohem Alter, oder bei einem durchaus lichten Stand, wegen dem Empordrängen des Unterwuchses dringend geboten ist. Auch hier muß die ausseßende Nutzung nothwendig eintreten, zumal, wenn die Gemeinde nachweisen kann, daß in der Nähe Gelegenheit zum Ankauf ihres Holzbedürfnisses aus den Zinsen des durch die außerordentliche Holznutzung angewachsenen Kapitals vorhanden ist.

Auch bei Körperschaftswaldungen kann die ausseßende Nutzung oft im finanziellen Interesse der Stiftungen liegen, besonders wenn die nachhaltige mit Opfern verbunden wäre, welche hier keineswegs gefordert werden dürfen, da der höhere Geldbetrag m. a. S. gebend ist.

Bei den Staatswaldungen wird noch häufiger eine ausseßende Benutzung in der ersten Zeit bei einzelnen Bezirken eintreten müssen, um entweder hoffnungsvolle Bestände noch längere Zeit zu erhalten, und einen unverhältnißmäßigen höheren Geldertrag aus den inzwischen herangereiften Nuthölzern zu bezwecken, oder um gegenwärtig vorhandene werthvolle Holzsortimente in Zeiten und ehe sie in Abgang gerathen, zu be-

nußen, was hier um so leichter ausführbar ist, als andere Staatswaldungen in benachbarten Wirthschafts- oder Forst- (Verwaltungs-) Bezirken oft eine Ausbülfe leisten, und diese sich überhaupt wechselseitig unterstützen können.

Auch die günstige Absatzgelegenheit, deren schon in den vorhergehenden §§. 6 und 7 erwähnt worden ist, kommt bei den Staats-, Körperschafts- und bei den Gemeindswaldungen in Betracht, welche noch einen Theil des Ertrags zum Verkauf erübrigen können, kurz, es sind alle diejenigen Verhältnisse zu erwägen, welche auf die Verwendung des Holzzeugnisses Einfluß ausüben können, weshalb auch bei den Gemeindswaldungen der Gabholzbezug im Einzelnen, wie im Ganzen zu verzeichnen und das Verhältniß beiläufig zu ermitteln ist, wie sich der wirkliche Bedarf zur Production des Waldes und zu seinem Zustand verhält, und ob sich nöthigenfalls in der Nähe eine anhaltende Gelegenheit zum Ankauf des den Abgabesaß übersteigenden Holzbedarfs darbietet.

§. 12. Bei Gewinnung der Nebennutzungen ist außer dem, was in den vorstehenden Paragraphen hierüber gelegentlich bemerkt worden ist, noch folgendes in Betracht zu ziehen: die Benützung der Laubstreu, der Weide und des Harzes kann bekanntlich den Haupt- oder Holztertrag eines Waldes wesentlich herabstellen, ohne daß es immer in der Wirksamkeit des Wirthschaftsbeamten liegt, das Hinderniß zu entfernen, oder möglichst unschädlich zu machen. Je nach Umständen wird der Abtrag, welchen die Hauptnutzung dadurch erleidet, in verschiedenen Zeiten ganz verschieden ausfallen; die Weide z. B. kann bei verhaueuen Waldbeständen, welche eine große Fläche einnehmen, gegenwärtig sehr schädlich einwirken, während die Nachtheile mit der Zeit und in regelmäßig erzogenen und behandelten Waldungen beinahe gänzlich verschwinden werden.

Die Streu- und Weidbenützung kann bisher schonungsloser betrieben worden sein, als die gesetzlichen Bestimmungen solche für die Zukunft gestatten; der Nachtheil der frühern Benützungsart wird aber noch kürzere oder längere Zeit anhalten,

und seine Wirkungen auf den Zustand des Holzes und seiner Zuwachsverhältnisse ausüben. Ein gleiches gilt bei der Harznutzung. Aber auch abgesehen von der Einwirkung auf die Zuwachsverhältnisse können die Nebennutzungen in so fern auf den Betrieb einwirken, als ihre fortdauernde Gewinnung und die Berücksichtigung derselben, sowohl wegen ihrer Unentbehrlichkeit, als in Folge rechtlicher Ansprüche Anderer, veränderte Maßregeln bei der Forsteinrichtung nicht selten nothwendig machen, und die Taxatoren zu Abweichungen von der Regel bestimmen können.

§. 13. Durch eine gehörige Anlage der erforderlichen Waldwege wird nicht nur die Verbringung der Waldprodukte erleichtert und deren Werth gesteigert, sondern diese Wege können oft auch zugleich zu einer angemessenen und für den Zweck hinreichenden Begrenzung der Waldabtheilungen dienen. Daher darf von der Forstbehörde nicht verabsäumt werden, bei Gelegenheit der allgemeinen Forsteinrichtung auch für diesen Gegenstand Sorge zu tragen, und die Anlage der über kurz oder lang nöthig werdenden neuen Wege, so wie die Rectifizirung der bereits vorhandenen, wo möglich so zu leiten, damit beide Zwecke vereinigt werden können.

§. 14. Die vorstehend bezeichneten, wesentlich auf die Waldwirthschaft einwirkenden Verhältnisse, so wie außerdem noch manche örtliche Umstände, welche mit dem beabsichtigten Zwecke in Beziehung treten, deren Auseinandersetzung aber hier zu weit führen würde, haben die Taxatoren bei einer vorläufigen Begehung des abzuschätzenden Waldes sorgfältig zu untersuchen und das Resultat mit ihren Vorschlägen in einem Betriebsplan verzeichnet dem Forstamt zu übergeben, welches denselben prüfen, Abänderungen verfügen oder genehmigen wird.

Dieser genehmigte Betriebsplan hat den Taxatoren als allgemeine Richtschnur bei den wirthschaftlichen Anordnungen zu dienen, und derselbe wird, nachdem er zuletzt bei Aufstellung der generellen Waldbeschreibung benutzt worden ist, in die Dienstakten der Bezirksforstei niedergelegt.

### III. A b s c h n i t t.

#### Von der wirthschaftlichen Flächenabtbeilung und Vermessung.

§. 15. Es muß hier vorausgesetzt werden, daß, ehe die Abschätzung und Einrichtung vorgenommen wird, die beabsichtigte Ablösung von Servituten, welche eine Veränderung an der Waldfläche durch Abtretung einzelner Theile derselben herbeiführen kann, daß ferner im Plan liegende Ausstodungen in das Reine gebracht und gelegentlich der allgemeinen vorangegangenen Grenzberichtigung die Waldfläche überhaupt durch wünschenswerthe Erwerbungen oder nöthige Abtretungen gehörig arrondirt und deren Grenze regulirt worden ist, damit durch solche nachfolgende Veränderungen das Einrichtungswerk nach kurzer Zeit nicht wiederum gestört werde. Es versteht sich, daß hier nur größere Veränderungen gemeint sein können.

§. 16. Die Waldungen des Staats in einem abgesonderten Verwaltungs- (Forst-) Bezirk zusammengenommen, dergleichen sämtliche Waldungen einer jeden Gemeinde oder Körperschaft bilden einen für sich bestehenden Wirthschaftsbezirk. Die Entlegenheit ansehnlicher Stücke von Staatswaldungen in einem Forstbezirk und die daraus hervorgehenden, sehr abweichenden Verhältnisse können auch die Abtheilung desselben in mehrere Wirthschaftsbezirke zur Folge haben, jedoch ist eine solche Abtheilung möglichst zu vermeiden.

Die Trennung der Waldungen ein und derselben Gemeinde oder Körperschaft in mehrere Wirthschaftsbezirke darf nur alsdann geschehen, wenn diese Waldungen in verschiedenen Verwaltungs- (Forst-) Bezirken liegen.

§. 17. Der Wirthschaftsbezirk wird entweder nach den einzelnen Parzellen, aus welchen derselbe besteht, oder bei ansehnlichem Zusammenhang sonst auf eine schickliche Weise in Distrikte zerlegt, welche in jedem Wirthschaftsbezirk fortlaufende Nummern mit römischen Zahlzeichen erhalten.

Da die Distriktsabtheilung den allgemeineren Zweck hat, die Uebersicht des Wirthschaftsbezirks und seiner Haupttheile zu erleichtern, und feste Anhaltspunkte für die nachfolgende Bestandesabtheilung und Schlagführung zu gewähren, so sind bei derselben außer der verhältnißmäßigen Größe und geeigneten Formirung besonders die abweichenden Verhältnisse des Terrains, z. B. ebene und gebirgige Lage, Einhänge in verschiedener Richtung, ferner Wechsel der Betriebsarten, wenn die Flächen derselben von einigem Belang sind, verschiedene Absatzgelegenheit für das Holz ic., endlich natürliche und andere augenfällige Grenzbezeichnungen (Gewässer, Schluchten, Bergrücken, Straßen und bleibende Wege) dabei zu berücksichtigen, wenn diese aber unzulänglich sind, oder gänzlich fehlen, so sollen Richtstätten von 4' Breite geöffnet werden, welche wo möglich zugleich als Holzabfuhrwege dienen können, und in diesem Fall die erforderliche größere Breite erhalten.

Bei der Grenzbezeichnung mittelst Richtstätten ist darauf zu sehen, daß die Abschnittslinien in möglichst gerader Richtung geführt werden.

Bei kleinern Wirthschaftsbezirken kann die Distriktsabtheilung nach den gegebenen Begriffen unterbleiben, wenn aber der Wirthschaftsbezirk von jeder Größe aus mehr als einem, getrennt und in eigenen Grenzen liegenden Stück (Parzelle) besteht, so trägt jedes dieser Stücke den Charakter eines Distrikts und muß als solcher behandelt werden.

§. 18. Die Distrikte, oder in deren Ermangelung unmittelbar der Wirthschaftsbezirk werden nach folgenden Regeln in Hauptabtheilungen gebracht:

Jeder in der Betriebs- und bedingungsweise in der Holzart, ferner in Boden, Lage, in Alter und Schluß wesentlich von einem anstoßenden andern abweichende Holzbestand oder Forstort wird als Hauptabtheilung angesehen und als solche abgegrenzt, wenn eine oder die andere der genannten Abweichungen eine verschiedene Behandlung und hauptsächlich ein kürzeres oder längeres Piebsalter zur Folge hat.

Was die Betriebsart betrifft, versteht es sich von selbst, daß der Hoch- und Niederwald, wenn sie als solche fortbestehen sollen, immer von einander abgeschieden werden müssen, eben so ist bei dem letztern der Buschwald von dem Niederwald mit Oberhölzern (Mittelwald) zu trennen.

Ein Wechsel der Holzarten kann in dem Fall Veranlassung zu einer eigenen Abtheilung geben, wenn eine und die andere Holzart eine verschiedene Behandlung erfahren muß, oder wenn nach den vorläufigen Wirthschaftsbestimmungen mit dieser oder jener Holzart auf einem Theil der zur Zeit gemischt bestandenen Flächen eine einflußreiche Veränderung vorgenommen werden soll, z. B. das Nadelholz soll zur Verwandlung des Bestandes in einem Laubwald verdrängt und dieser später auf den Stock gesetzt werden.

Boden und Lage können zur Ausscheidung einer Hauptabtheilung bestimmen, wenn sie einzeln oder zusammen eine Veränderung der Betriebsart oder ein abweichendes Hiebssalter nöthig machen.

Obgleich das Alter der Bestände bei ihrer Ausscheidung eine wichtige Rolle spielt, so sind doch nur bei dem Hochwaldbetrieb zwanzigjährige, bei dem Niederwaldbetrieb zehnjährige und wenn derselbe auf einen kurzen Umtrieb gesetzt ist, fünfjährige Altersdifferenzen zu berücksichtigen, in so fern alle sonstigen Verhältnisse übereinstimmend befunden werden. Bei dem Niederwaldbetrieb ist nur das Alter des Unterholzes zu berücksichtigen, dergleichen kommt bei bereits verjüngten, wenn gleich noch nicht völlig geräumten Hochwaldbeständen nur das Alter des Unterwuchses hier in Betracht.

Bei Beständen mit Holz von verschiedenem Alter besetzt, ist sich weniger an dieses, als an die öfters schon bemerkte künftige Behandlung solcher Bestände zu halten, und die Grenzlinie da zu ziehen, wo diese Behandlung abweichen wird. Wenn z. B. ein Fennelbestand theilweise in kurzer Zeit verjüngt, theilweise noch länger in seinem dermaligen Zustand erhalten und sein Hiebssalter zwanzig und mehr Jahre verschoben wer-

den soll, dann ist die Bestandsgrenze nach dieser Anordnung auf eine schickliche Weise zu ziehen. Ueberhaupt werden die obwaltenden Verhältnisse belehren, ob bei Beständen, welche dem Alter des Holzes nach als ungleich betrachtet werden können, mehr und minder Rücksicht auf dieses oder jenes Alter bei der Abtheilung zu nehmen ist, um eine Lücke in der Nutzung vorläufig schon zu decken.

Die Abweichung der Waldbestände in dem Stand des Holzes oder in dem Schluß ist zwar von wichtigem Belang bei der künftigen Behandlung und folglich bei der Abtheilung wohl zu beachten, indem ein unvollkommener Schluß die frühere Verjüngung des Bestandes oder — was gleichbedeutend ist — ein kürzeres Hiebssalter gegen den anstoßenden gleichalterigen aber geschlossenen Bestand zur Folge haben kann, allein auch hier werden der vorläufige Betriebsplan und die sonstigen Vorkommnisse leiten, und zu mehr oder minderer Berücksichtigung der Bestandesvollkommenheit Veranlassen, denn während hier zur Deckung eines voraussichtigen Ausfalles in einer Periode nur einigermaßen unvollkommene Bestände ausgeschieden und im Hiebssalter herabgesetzt werden müssen, ist dort der umgekehrte Fall, und also eine Abtheilung nicht einmal nöthig, wenn der unvollkommene Bestand mit dem anliegenden geschlossenen ein nächstgleiches Hiebssalter erreichen soll.

§. 19. Bei der Hauptabtheilung überhaupt dürfen unterschiedliches Alter und Schluß des Holzes, so wie die übrigen maßgeblichen Umstände nicht zu einem ängstlichen und fleinlichen Verfahren verleiten, wenn der Wechsel der Verhältnisse nur auf Flächen von geringer Ausdehnung sich erstreckt, sondern der Charakter des Bestandes und dessen künftige Behandlung nach dem allgemeinen Zustande des einzurichtenden Waldes und nach dem vorläufigen Betriebsplan, hauptsächlich aber der Zweck der Forsteinrichtung muß stets im Auge behalten werden. Daher dürfen diese Abtheilungen in der Regel nicht klein angelegt werden und bei ihrer Ausscheidung ist auf eine schickliche Form und Begrenzung durch möglichst gerade Abschnittslinien Bedacht



zu nehmen, um jeder Abtheilung die nöthige Selbstständigkeit zu verschaffen, welche sie in Folge der Einrichtung künftig behaupten muß.

Gleich wie bei kleinen Wirthschaftsbezirken die Distrikteintheilung unterbleiben kann, so ist auch der Fall leicht möglich, daß ein Distrikt nur aus einer Abtheilung bestehen, und diese also mit dem Distrikt gleiche Größe haben kann.

§. 20. Um die Holzaufnahme und Zuwachsberechnung zu erleichtern und den allgemeinen Wirthschafts- und Kulturplan gründlicher behandeln zu können, ist es nöthig, sowohl die in einer Hauptabtheilung liegenden Blößen, als auch die auffallenden Unterschiede im Holzalter und Schluß mittelst Hülfslinien auf der Forstkarte zu bezeichnen, so daß ihr Flächeninhalt wenigstens in Näherungszahlen erhoben werden kann. Diese Unterabtheilungen unterscheiden sich von den Hauptabtheilungen dadurch, daß sie nicht selbstständig oder bleibend sind, sondern im Laufe des Einrichtungszeitraums und gewöhnlich schon in den ersten Perioden desselben, mit dem Hauptbestand durch Verjüngung des Ganzen verschmolzen werden und daher verschwinden.

§. 21. Blößen von beträchtlicher Ausdehnung können den Charakter einer Hauptabtheilung und sogar mit Holz besetzte Unterabtheilungen dadurch erhalten, wenn zu einer bessern Formirung derselben mittelst geradlinigter Abschnitte Theile von andern Holzbeständen in die Abtheilung gezogen werden, welche dann gelegentlich des Anbaues der Blöße abgeholzt und mit derselben kultivirt werden, wenn nicht die allmähliche Verjüngung dieser Unterabtheilungen auf dem natürlichen Weg bis zu dem Zeitpunkt des Anbaues der Blöße beabsichtigt wird.

§. 22. Die Hauptabtheilungen werden in jedem Distrikt mit fortlaufenden arabischen Ziffern, die Unterabtheilungen in jeder Hauptabtheilung mit Buchstaben des kleinen römischen Alphabets bezeichnet, und damit in jedem Distrikt, beziehungsweise in jeder Hauptabtheilung mit 1 und a wiederum angefangen.

§. 23. Das Alter der Holzbestände in den Haupt- und Unterabtheilungen ist möglichst genau, entweder durch die Zeugenschaft von zuverlässigen Personen, oder aus Rechnungen und sonstigen Papieren, oder wenn diese Mittel nicht vorhanden oder als unsicher erkannt werden sollten, durch Abzählung der Jahresringe an mehreren gefällten Stämmen oder Stangen zu erforschen.

§. 24. Nachdem die Taxatoren nach vorstehenden Grundsätzen die Distrikte, Haupt- und Unterabtheilungen in dem einzurichtenden Wirthschaftsbezirk entworfen, und bei dieser Gelegenheit die Lage, den Boden, den Bestand mit Holzart, Alter und Beschaffenheit, so wie die den allgemeinen und besondern Verhältnissen entsprechende Behandlung derselben als Hülfsmittel zu ihrer speziellen Beschreibung in das Notizenbuch verzeichnet haben, lassen sie an den Haupt- und Eckpunkten der Distrikte und Abtheilungen Zeichenbäume und Stangen auf eine ersichtliche Weise anplatten, mit den angegebenen Ziffern vorläufig versehen und die Grenze schonlich auslichten, damit die Vermessung geschehen kann, welche sofort von dem Geometer besorgt wird, während die Taxatoren sich mit der Abschätzung beschäftigen.

§. 25. Da, wo nach den Bestimmungen in dem §. 34 des Forstgesetzes und in dem §. 5. der Vollzugsverordnung, vom 14. November 1834, eine neue Waldvermessung geschehen muß, ist die Vermessung der Wirthschaftsflächen mit der allgemeinen in Verbindung zu bringen und das Gebilde auf eine und dieselbe Karte, jedoch in der Art aufzutragen, daß die Einzeichnung der verschiedenen Abtheilungsgrenzen vorhanden und bis zur endlichen Feststellung des Wirthschaftsplans nur mit Bleilinien projektirt wird.

Wo hingegen eine ältere Vermessung und Karte den allgemeinen Anforderungen entspricht und nur die wirthschaftliche Vermessung vorzunehmen und nachzutragen ist, muß vorerst die ältere Karte kopirt und auf dem abgenommenen Umriss derselben die Flächenabtheilung in der oben angegebenen Art ein-

gezeichnet werden, wenn die Ergänzung der ältern Karte nicht thunlich ist.

§. 26. Sollte der vorgeschriebene Maßstab von  $\frac{1}{4000}$  der natürlichen Größe bei ausgedehnten und zusammenhängenden Waldungen die Darstellung des ganzen Wirthschaftsbezirks auf Einem Blatt nicht gestatten, so ist derselbe in mehrere Theile nach schicklichen Abschnittslinien zu zerlegen und auf getrennten Blättern darzustellen, indem größere Karten als von 12 □ Fuß möglichst vermieden werden sollen.

Wenn der Wirthschaftsbezirk aus mehreren von einander abgelegenen Parzellen besteht, sind diese entweder auf getrennte Blätter einzeln aufzutragen oder bei kleinern Stücken mehrere derselben auf ein Blatt zu legen. Sollte ihre Entfernung auf dem Kartenblatt nicht die natürliche sein, dann sind diese auf einem Blatt verzeichneten Parzellen durch Rahmen von einander zu trennen, damit deutlich in die Augen fällt, wenn die Zusammenstellung eine gedrängte ist.

Zur Vermessung selbst darf wohl ein größerer Maßstab als  $\frac{1}{4000}$ , unter feinen Umständen aber ein kleinerer gebraucht werden. Bei einem angewendeten größeren Maßstab muß die Reduktion auf die vorgeschriebene Scala von  $\frac{1}{4000}$  bei dem Auftragen Statt finden.

§. 27. Rücksichtlich der ertraglosen Flächen wird bestimmt, daß Flüsse, Straßen und Wege nur dann als ertraglose Flächen betrachtet, besonders berechnet und verzeichnet werden dürfen, wenn ihre Breite mehr als 16 Fuß beträgt, indem eine geringe Breite von unbedeutendem Einfluß auf die Produktion ist; Straßen und Wege über 16 Fuß Breite kommen mit der Hälfte ihres Flächeninhaltes unter die ertraglose Fläche, wenn nicht zu beiden Seiten der Straße die gesetzliche Bichtung, wie bei den Landstraßen, Statt findet, in welchem Fall ihr ganzer Flächeninhalt unter den ertraglosen Boden zu setzen ist. Teiche, Felsenparthien, Kollsteinwände unter  $\frac{1}{4}$  Morgen Flächenausdehnung kommen ferner nicht in Betracht

und von dem Waldboden in Abzug; dergleichen Holzlagerplätze und Einbindstätten unter diesem Maß.

Wenn Gewässer oder Wege die Grenze zwischen Distrikts- und Hauptabtheilungen bilden, so ist nur einer der angrenzenden Abtheilungen der ganze Inhalt des Wegs oder Gewässers zuzutheilen, gleichviel ob diese vom eigentlichen Waldboden in Abzug gebracht werden oder nicht.

§. 28. Der Geometer bringt die bei der Berechnung gefundenen und unter sich, so wie mit dem ganzen Flächeninhalt des Waldes abgeglichenen Einzelflächen in das Konzept des Flächenverzeichnisses (Muster 1) und übergibt dasselbe den Taxatoren.

#### IV. A b s c h n i t t.

##### Von den wirtschaftlichen Zeiträumen.

§. 29. Bei dem oft hohen Alter, welches die Holzarten zu ihrer Reife und Haubarkeit bedürfen, ist es erforderlich, die Abschätzung und Einrichtung eines Waldes mit einem gleich weit vorsehenden Wirthschaftsplane in Verbindung zu bringen, welcher den Schlüssen auf künftige Erträge zur Basis dient, und ohne den die nöthige Ordnung bei dem Forstbetrieb nicht wohl erhalten werden kann. Diesem Wirthschaftsplane werden auf eine vortheilhafte Weise feste Zeiträume (Fachwerke) unterlegt, um die zu erwartenden Erträge gehörig übersehen und ordnen, ferner, um die nöthigen Anhaltspunkte für die von Zeit zu Zeit erforderlichen Vergleichen und Verbesserungen gewinnen zu können.

§. 30. Gleichsam als Rahmen des Fachwerks ist der *Einrichtungszeitraum* anzusehen, auf welchen die Betriebsregulirung ausgedehnt werden soll, und da es bei demselben nöthig ist, die Haubarkeitserträge aller Abtheilungen eines Wirthschaftsbezirks zur gehörigen Anordnung des Betriebs im Auge zu haben, so wird bestimmt, daß dieser Zeitraum die höchste Umtriebszeit der herrschenden Holzarten in dem betreffenden Wirthschaftsbezirk um beiläufig zehn Jahre übersteigen soll, da-

mit neben dem Hauptertrag der zur Zeit der Einrichtung verjüngten Forstorte auch der einstige Ertrag der kulturfähigen Blößen in Rechnung genommen werden kann. Dabei muß der Einrichtungszeitraum aber so gestellt werden, daß er sich bei dem allgemeinen Hochwaldbetrieb in einen Wirtschaftsbetrieb mit der Zahl 20, bei dem Niederwaldbetrieb mit der Zahl 10, und beziehungsweise 5, ohne Bruchrest theilen läßt. Da, wo keine Blößen vorkommen, oder diese so unbedeutend und unzusammenhängend sind, daß mit ihnen eine eigene Hauptabtheilung nicht gebildet werden kann, darf der Einrichtungszeitraum der höchsten Umtriebszeit gleichgestellt werden, wenn die bemerkte Theilung möglich ist.

§. 31. Der Einrichtungszeitraum wird bei dem Hochwaldbetrieb in zwanzigjährige, bei dem Niederwaldbetrieb in zehn- oder fünfjährige Perioden, je nach der höheren oder niederen Umtriebszeit des letztern abgetheilt, in welche die zu erwartenden Haupt- und Zwischennutzungserträge eingelegt werden können, ohne daß sie übergreifen, indem ein Waldbestand in der bei dem Hochwaldbetrieb bestimmten Zeit angehauen und selbst bei den ungünstigsten Verhältnissen völlig verjüngt werden kann. Die Perioden werden in aufsteigender Reihe nummerirt, und in dem Wirtschaftsplan mit römischen Zahlen bezeichnet.

Da die uns zunächst liegende erste Periode in jeder Hinsicht die wichtigste ist, indem in derselben gewöhnlich die schwierigsten und einflussreichsten Operationen vorgenommen werden müssen und zu dem Ende ausführlichere Wirtschaftsvorschriften nöthig sind; da ferner die Prüfung und Vergleichung des erfolgten Ertrags mit dem geschätzten, und die daraus resultirenden Verbesserungen der Einrichtung nicht zu lange verschoben werden dürfen; endlich und hauptsächlich, weil die zur Ausnutzung in derselben bestimmten Hölzer entweder bereits schlagbar oder zunächst an dem Haubarkeitsalter angelangt sind, so wird die erste Periode bei dem Hochwaldbetrieb in zwei gleiche Theile oder Jahrzehnte getheilt, und diese Zerlegung nach Ablauf derselben immer wieder mit der nachrückenden Periode wiederholt.

Der ersten Periode ist vorzugsweise eine besondere Aufmerksamkeit rüchichtlich der zum Fieb zu bringenden Holzbestände, der Aufnahme der Holzmassen und den wirthschaftlichen Bestimmungen zu widmen, während die entfernter liegenden Perioden allgemeiner behandelt werden, und bei denselben nur auf eine vorläufige Locirung der Erträge und auf die überschlägliche Prüfung zu sehen ist, ob sie verhältnißmäßig mit solchen belegt sind, um unbesorgt in der nächstliegenden Periode wirthschaften zu können.

## V. A b s c h n i t t.

### Von der Abschätzung des Holzvorraths.

§. 32. Die Aufnahme des zur Zeit auf der Waldfläche vorhandenen Holzvorraths wird summarisch vorgenommen; d. h. mit gutächtlicher Schätzung nach Masselastern, ohne Rücksicht auf Sortimente und Holzarten. Als Hülfsmittel kann außer den Erfahrungen der Beamten, in der betreffenden Localität gesammelt, und neben der Benutzung zuverlässiger Holzhauer, die nähere Versicherung durch Probeflächen dienen, deren Auswahl und vorsichtige Anwendung dem Ermessen der Taxatoren überlassen bleibt, welche gleichfalls nach Gutdünken die Abschätzung des Terb- oder Stammholzes, getrennt von der des Abholzes (Ast- und Reisholzes) vornehmen und beide Summen erst zuletzt zusammenschlagen, oder bei einer schon erlangten Fertigkeit in dem Massenansprechen dieses unmittelbar anwenden können, wobei noch bemerkt wird, daß die Vorräthe bis auf die geringste Stärke des Holzes herab angesprochen werden müssen, und daß bei dem schwächeren Stangen-, Ast- und Reisholz, einschließlich der Prügel von 2" und weniger Stärke, 100 Normalwellen einem Masselaster gleichzusetzen sind; endlich daß hier, wie überhaupt, nur das Normalkaster anzuwenden ist.

Eine spezielle Auszählung, beziehungsweise Schätzung, darf nur bei einzeln stehenden haubaren Stämmen und bei dem Oberholz in den Mittelwäldern ausnahmsweise angewendet werden.

§. 33. Diese Holzaufnahme wird nach den ausgeschiedenen Haupt- und Unterabtheilungen in der Art bewirkt, daß bei ziemlich gleichalterigen und gleichbestockten Flächen der Vorrath auf einem ausgesuchten mittleren Morgen angesprochen, durch den Flächeninhalt auf der ganzen Abtheilung gefunden, und mit seinem durchschnittlichen Alter verzeichnet wird. Enthält eine Hauptabtheilung mehrere Unterabtheilungen, dann ist das vorgeschriebene Verfahren auf jeder derselben anzuwenden.

Wo eine wesentliche Verschiedenheit im Alter und Schluß des Holzes in einer Abtheilung vorkommt, ohne daß die einzelnen Flächen als Unterabtheilungen ausgeschieden worden sind, ist sich durch Ausschätzung dieser Flächen zu helfen, wenn eine flüchtige geometrische Bestimmung derselben nicht gelegentlich geschehen könnte, und jede derselben gleich einer Unterabtheilung zu behandeln, nur mit dem Unterschiede, daß der gefundene Holzvorrath zuletzt zusammengezogen und mit dem mittleren Alter verzeichnet wird, z. B.

12 Morgen	75jährig mit 50 Klafter	600 Klafter.
4    "	50    "    " 26    "	104    "
2    "	30    "    " 10    "	20    "
<hr/>		
18 Morgen	50 — 70jährig mit . . . .	724 Klafter.

Eine ähnliche vorgängige Flächenausschätzung ist bei Fennelbeständen in Anwendung zu bringen.

Bei jeder Haupt- und Unterabtheilung ist die Holzart anzumerken, und wenn mehrere derselben vorkommen, das beliebige Mischungsverhältniß z. B.

$\frac{3}{4}$  Buchen,  
 $\frac{1}{4}$  Weißtannen.

Eine Trennung der Klaftermasse nach Holzarten darf nicht Statt finden.

§. 34. Die Resultate der Holzaufnahme werden in die Materialtabelle (Muster 2) in der Art verzeichnet, daß im Fall auf einer Hauptabtheilung oder Unterabtheilung verschiedenalterige Hölzer vorkommen, die erhobenen Massen in verschiedene Altersfächer eingelegt werden, wenn das Alter der Hölzer so

sehr verschieden ist, daß dieselben in verschiedenen Perioden zur Nutzung kommen müssen, und dies von den Taxatoren für nöthig erkannt worden ist. Hierher gehören hauptsächlich die Nachhiebe des Oberbaumholzes in bereits ganz oder theilweise verjüngten Beständen.

## VI. A b s c h n i t t.

### Von der Erforschung des Holzzuwachses und der Zwischennutzungserträge.

§. 35. Hierbei ist die Ertragsfähigkeit oder der Normalzuwachs wohl zu unterscheiden, welchen eine Abtheilung nach dem natürlichen Verhalten ihres Standorts, nämlich nach Klima, Boden und Lage bei einer angemessenen Holzart, oder bei der Vermischung mehrerer derselben, ferner bei einer angenommenen Betriebsweise und Umtriebszeit, unter der Voraussetzung einer geeigneten Behandlung, und mit Berücksichtigung der den Ertrag herabstellenden Nebennutzungen und sonstigen ungünstigen Verhältnisse mit bleibendem Nachtheil, z. B. bedeutende Waldfrevel — alles dies abgesehen von seinem dermaligen Zustand — erwarten läßt. Dieser sonach dem möglichst vortheilhaften Stande eines Waldes entsprechende Zuwachs, dessen Herbeiführung das Ziel ist, nach welchem der Forstwirth zu streben hat, wird nach den bei der vorangegangenen Holzaufnahme gefundenen Resultaten in vollkommenen Beständen und nach den für die Hauptlokalitäten des Landes zu entwerfenden Erfahrungstabellen angesprochen, und für jede Bestandesabtheilung in einer annähernden Bruchzahl in der Materialtabelle ausgesetzt, welche den jährlich und durchschnittlich zu erwartenden Zuwachs auf einem Morgen der Fläche dem Klasternach ausdrückt, z. B. auf einem Morgen ließen sich bei 100jährigem Umtriebe 50 Klastern erwarten, dann wäre der Normalzuwachs  $\frac{1}{2}$  Klastern. Der erleichterten Berechnung und Uebersicht wegen, ist es vortheilhaft, dieses Verhältniß in Dezimalbrüchen anzusetzen.

Wegen der Sammlung und Anwendung von Erfahrungsflächen wird den Taxatoren eine besondere Anweisung zukommen.



§. 36. Der zeitliche Zuwachs eines Waldbestandes kann aber vermöge seines dermaligen Zustandes von dem Normalzuwachs mehr und weniger abweichen, wenn die Bestockung und in Folge derselben der Schluß unvollständig, der Boden entweder dadurch, oder durch frühere schädliche Benützung der Laubstreu zc. in seiner Ertragsfähigkeit geschwächt worden ist, wenn bei einem lichten Stand des Holzes die klimatischen und Witterungsverhältnisse ungünstig einwirken können; wenn ferner die Holzart dem Standort nicht angemessen, oder bei derselben die geeignete Betriebsweise und Hiebzeit nicht angewendet worden ist, wenn endlich der Holzbestand unter Weide und Wildfraß aufgewachsen und das Holz dadurch oder durch vernachlässigte Trockenlegung, fehlerhafte Hiebsführung zc. verkümmert oder in einen krankhaften Zustand versetzt, oder die Entwicklung des Längenzuwachses gehemmt worden ist; kurz, weil der Waldbestand nicht zweck- und regelmäßig bisher behandelt wurde. Dieser zeitliche Zuwachs wird nach vorhergegangener Untersuchung und gehöriger Würdigung der Ursache und Wirkung, und wo möglich nach Vergleichung des betreffenden Waldbestandes mit Normalbeständen in dessen Nähe mit der entsprechenden Ermäßigung angesetzt und dabei zugleich der muthmaßliche Zeitpunkt vorgemerkt, in welchem sich derselbe etwa nach eingetretenem Schluß in vorgerücktem Alter, durch schonlichere Benützung der Laubdecke, durch Entwässerung zc. dem Normalzuwachs, und zwar in welchem Verhältniß, wesentlich nähern, oder denselben durch die Verjüngung erreichen wird, wobei ebenfalls die Vergleichung mit vorhandenen Beständen eines höhern Alters, welche unter ähnlichen Widerwärtigkeiten aufgewachsen seyn mögen, und die bei der Holzaufnahme erworbenen Erfahrungen stets zu Rathe zu ziehen sind.

§. 37. Bei diesem Ansprechen des zeitlichen Zuwachses ist das Alter und der Zustand der Hölzer an den zum Behufe der Altersforschung gefällten Probestämmen wohl in Obacht zu nehmen, und mit den sich darbietenden äußerlichen Erscheinungen zu vergleichen, ehe Schlüsse auf den künftigen Zuwachs

gezogen werden, bei dessen Ansaß überhaupt in Zweifelsfällen eher zurückzubleiben ist; dagegen ist aber auch nicht außer Acht zu lassen, daß lichtstehende Bestände an den einzelnen Stämmen oft einen sehr ansehnlichen Zuwachs zeigen werden, und daß bei einem nicht unvortheilhaften Längenwuchs derselben die Vergleichen ihres Zuwachses mit dem in geschlossenen, früher aber nicht gehörig durchforsteten Beständen die abweichenden Resultate für längere Zeiträume nicht liefern werden, welche man auf den ersten Blick anzunehmen sich berechtigt glaubt; besonders wird dies der Fall sein, wenn die geschlossenen Bestände durch vernachlässigte Räumungen in der Jugend längere Zeit im Unterdruck gestanden haben, während die lichtern Bestände auf kahlen Abtriebsstellen aufgewachsen sein mögen, zumal da bei den letztern das Holzalter, keineswegs der Verzug, welcher durch ein oft langes Nedeliegen solcher Kahlsiebe bis zu ihrem Aufkommen Statt gefunden hat, in Rechnung kommt. Es ist ferner bei den stark gelichteten und schon theilweise mit Unterwuchs besetzten Schlägen in Betracht zu ziehen, daß hier die Holzzulage an Ober- und Unterholz zugleich, und an den einzelnen Stämmen und Unterwuchsgruppen gewöhnlich in vortheilhafterem Maße als bei geschlossenen gleichalterigen Beständen vor sich geht, den Ausfall auf kleinen Blößen abgleicht, und ein immer noch vortheilhaftes Zuwachsverhältniß für die ganze Fläche herstellt.

Auch die günstige Einwirkung der Durchforstungen auf den künftigen Zuwachs, im Vergleich des frühern, da wo sie vernachlässigt worden sind, ist nicht zu übersehen.

§. 38. Der zeitliche Zuwachs (welcher nach den gegebenen Begriffen dem normalen jetzt schon gleich stehen kann) wird ebenfalls durch einen Dezimalbruch in der Materialtabelle bei jeder Haupt- und Unterabtheilung bezeichnet, welcher den mittlern jährlichen Naturalertrag auf einem Durchschnittsmorgen dem Klasten nach angibt, und zugleich wird, wenn er von dem normalen abweicht, die muthmaßliche Dauer dieser Abweichung, so wie die einer später zu erwartenden Erhöhung angemerkt, wo-

bei zu beobachten ist, daß rücksichtlich der Zeitbestimmung dieser Uebergänge eines zeitlich geringeren Zuwachses zu einem höhern oder zu dem normalen, bei der Berechnung die Mitte der Perioden auch in dem Fall eingehalten werden muß, wenn der höhere Zuwachs früher zu erwarten ist.

Bei den Zuwachsanfängen für Bestände mit gemischten Holzarten sind verglichene Mittelzahlen anzuwenden, so wie überhaupt die Zuwachsangaben für die Haupt- und Unterabtheilungen nach Durchschnittserträgen anzunehmen sind.

§. 39. Bei größeren Blöcken, welche eine eigene Hauptabtheilung bilden, oder als Unterabtheilung ausgeschieden sind, wird der nach Maßgabe des Standorts und der anzubauenden Holzart zu erwartende Normalzuwachs gleichfalls von der Mitte der Periode oder des Jahrzehnts, in welchem ihr Anbau nach dem allgemeinen Kulturplan angeordnet ist, in Rechnung genommen, nachdem jedoch wegen zufälligen Gefährden außerdem noch fünf Jahre in Abzug gebracht worden sind.

§. 40. Die Zwischennutzungs- oder Durchforstungserträge werden auf dem sichersten Weg durch Probehiebe in noch nicht durchforsteten Beständen des betreffenden oder eines nahen Wirthschaftsbezirks ausgemittelt, welche ohne Störung der Ordnung in jeder Jahreszeit und mit geringem Zeitaufwand zweckdienlich ausgeführt werden können. Bei Anwendung der Resultate ist jedoch besondere Vorsicht wegen den beinahe in jedem Bestand vorkommenden Stellen nöthig, welche wenigstens bei der ersten Durchforstung übergangen werden müssen, oder ganz unverhältnißmäßig geringen Ertrag liefern werden, und daher wird man wohl daran thun, bei der Berechnung dieser Erträge derartige undurchforstbare Stellen auszuschätzen, und außer Berechnung zu lassen. Auch ist die nähere Betrachtung nothwendig: ob die künftigen Durchforstungen einen ähnlichen Ertrag abwerfen werden, wie ihn die Probehiebe dargelegt haben, indem bei der frühern Nichtbeachtung der Zwischennutzungen sich nicht selten die Erträge von zwei nothwendig gewesenenen Durchforstungen angehäuft finden, und daher die

Probehiebe in noch nicht durchforsteten 30 — 50jährigen Beständen immer einen weit höhern Ertrag gewähren, als verhältnißmäßig für die spätere, und überhaupt bei regelmäßig eingelegten Durchforstungen in verjüngten Orten angenommen werden darf.

Die Durchforstungserträge einer Haupt- oder Unterabtheilung werden übrigens für jede Periode in einer Summe ausgesetzt, wenn sie auch in verschiedenen Jahren derselben erfolgen könnten.

§. 41. Die Erträge an Stockholz werden nur da berücksichtigt, wo mit Sicherheit auf deren Nutzung gerechnet werden kann, und sind sodann sowohl bei dem normalen, als bei dem zeitlichen Ertrag mit der nöthigen Vorsicht in Rechnung zu nehmen.

## VII. A b s c h n i t t.

### Von der Wirthschaftseinrichtung.

§. 42. Wenn in einem Wirthschaftsbezirk der zeitliche Zuwachs in allen Abtheilungen der normalen oder der Ertragsfähigkeit gleich, folglich die Hauptbestände vollkommen bestockt, dabei im vortheilhaftesten Zuwachs begriffen, und die Holz- und Betriebsarten den örtlichen Verhältnissen angemessen; wenn ferner ein verhältnißmäßiger Holzvorrath von jeder Altersklasse der Umtriebszeit vorhanden wäre, dann würde der ermittelte jährliche Normalzuwachs auf der ganzen Fläche den jährlichen Holzabgabesaß zugleich darstellen, wenn der Wald nachhaltig bewirthschaftet werden soll.

Diese Voraussetzungen werden aber sehr selten vereint vorkommen, sondern es wird eine kürzere oder längere Zeit erforderlich sein, um die Waldungen durch eine zweckmäßige Wirthschaftsführung in den Zustand zu bringen, daß die Ertragsfähigkeit und der wirkliche Ertrag sich nahe kommen und ein richtiges Verhältniß bei dem Holzvorrath hergestellt ist.

§. 43. Zur Erreichung dieses Endzweckes und zur Feststellung der Nachhaltigkeit wird für die Dauer der Einrichtung

zeitraumes, in welchem nach den vorausgegangenen Bestimmungen alle Wirthschaftstheile wenigstens einmal zur Nutzung kommen, ein allgemeiner Wirthschaftsplan nach folgenden Grundsätzen entworfen:

Durch die Hülfsmittel der Bestandesabtheilung und Vermessung, durch die Ermittlung des gegenwärtigen Holzvorraths, endlich durch die Erforschung der Zuwachsverhältnisse, ist man in den Stand gesetzt worden, sämtliche Columnen der Materialtabelle auszufüllen. Wenn nun diese Resultate der Vermessung und Abschätzung in das Fachwerk des Einrichtungszeitraumes in der Art eingelegt werden, daß sowohl der Hauptertrag jeder Abtheilung und Unterabtheilung, bestehend aus dem gegenwärtigen Holzvorrath und dem Zuwachs bis zum Hiebssalter, als auch die Zwischennutzungserträge in die dem vorläufig angenommenen Hiebssalter entsprechende Periode zu stehen kommen, dann kann man mit einem Ueberblick ersehen, ob sämtliche Perioden des Einrichtungszeitraumes verhältnißmäßig zu der oben in der Columnne der Nutzung ausgesetzten Ertragsfähigkeit mit disponibeln Holzmassen erfüllt sind, oder ob ein bedeutender Ausfall oder ein Ueberschuß in ein oder der andern Periode Statt findet.

§. 44. Zur Erläuterung wird bemerkt, daß der Normalzuwachs, welcher für jede Abtheilung durch eine Bruchzahl in der Materialtabelle angegeben ist, durch Multiplikation mit den betreffenden Flächen und durch Zusammenschlagung der Einzelsummen, die ganze jährliche Ertragsfähigkeit des Wirthschaftsbezirks in folgender Art darstellen wird:

I.	2. a.	36 Morgen	0,75 Klafter	=	27 Klafter.
	2. b.	8        "	0,50     "	=	4       "
II.	1.	28       "	0,40     "	=	11,2   "
	2c.				2c.

---

642,2 Klafter.

Diese unveränderliche Summe des jährlichen Normalzuwachses wird im zwanzigfachen Betrage einer jeden Periode und folglich im zehnfachen dem Jahrzehnt in der Nutzungscolumne

des Wirthschaftsplanes (Muster 3) vorangestellt und von den nachfolgenden Einzelposten durch eine Querlinie getrennt. Hier auf werden die Distrikte, Abtheilungen und Unterabtheilungen nach ihrer Ordnungsfolge aufgeführt und der in denselben gefundene Holzvorrath und Zuwachs, so wie die Durchforstungserträge in das Fachwerk eingelegt, wobei der zeitliche Zuwachs, gleich wie dieß oben bei dem normalen gezeigt worden ist, berechnet, und mit der Zahl von Jahren bis zur Mitte der entsprechenden Periode multipliziert wird.

Da, wo der zeitliche Zuwachs stufenweise ansteigt, wird derselbe bis zu der Periode der Hauptnutzung aus den verschiedenen Gliedern der Zuwachsreihe zusammen und im Ganzen ausgesetzt. Z. B. auf 50 Morgen beträgt der jährliche Zuwachs in den ersten 20 Jahren 0,50 Klafter = 500 Klafter; in den folgenden 10 Jahren 0,75 Klafter = 375 Klafter, folglich in 30 Jahren zusammen 875 Klafter.

Der gefundene Holzvorrath und der zeitliche Zuwachs ergeben zusammen die Nutzungsmasse.

Die Durchforstungserträge werden unmittelbar in der Nutzungsfolumne ausgesetzt.

§. 45. Da bei der Nutzung in der Regel das Nachhaltigkeitsverhältniß, wenigstens in Annäherungszahlen, beachtet werden muß, so ist es gewöhnlich nöthig, die Erträge nach Thunlichkeit in die Perioden so zu vertheilen, daß eine Periode gegen die andere nicht zu sehr verkürzt wird, was dadurch oft bezweckt werden kann, wenn das Hiebssalter dieser oder jener Bestandesabtheilung hinauf- oder herabgesetzt, und dadurch der Hauptertrag derselben von der einen Periode in die andere verschoben wird. Behufs dieser Verschiebungen, überhaupt auch wegen erkannter Nothwendigkeit, das Hiebssalter mancher Abtheilung über oder unter die allgemeine Umtriebszeit zu setzen, werden die Taxatoren bereits bei den Vorarbeiten und bei der Abschätzung die nöthigen Vormerkungen gemacht haben, so daß, wenn nicht bedeutende Anstände bei der Abgleichung obwalten,

sich leicht zu helfen und die annähernde Gleichstellung zu bewirken sein wird.

Bei dieser Gelegenheit kann auch durch Ab- und Zuschneiden an den Abtheilungsflächen, denselben nöthigenfalls eine schicklichere Gestalt und Eintheilung gegeben, überhaupt das Geeignete zu einer zweckmäßigen Forsteinrichtung vorgezeichnet werden, wobei eine ängstliche Rücksichtnahme auf geringe zeitliche Vortheile dem allgemeinen Zweck das Feld räumen muß.

§. 46. Es können jedoch Fälle eintreten, bei welchen ein oder mehrere auf einander folgende Perioden so sehr von Erträgen entblößt sind, daß die thunlichsten Verschiebungen nicht ausreichen, oder durch ihre ausgedehntere Anwendung große Verluste herbeigeführt, und insbesondere der Geldertrag eines Waldes wesentlich beeinträchtigt, überhaupt mehr Schaden angerichtet, als durch eine regelrechte Einrichtung auf der andern Seite Nutzen gestiftet würde, wenn z. B. hoffnungsvolle mittelhäbrige Bestände weit unter dem vortheilhaftesten Hiebalter angegriffen oder bereits theilweise überständige Hölzer noch längere Zeit aufgehalten werden wollten. In solchen Fällen, und wenn eine Ausbülfe in andern benachbarten Wirthschaftsbezirken nicht Statt finden kann, bleiben gewöhnlich nur zwei Mittel übrig, nämlich:

1) In Laubwaldungen und in klimatisch begünstigten Lokalitäten, ein oder mehrere unvollkommene Bestandesabtheilungen nach Bedürfniß sogleich oder nach ihrer baldigen Verjüngung auf den Stock zu setzen, und so lange als Ausschlagwald zu behandeln, bis der Mißstand gehoben ist, dann aber wiederum zum Hochwaldbetrieb einzulernen; oder

2) das Nachhaltigkeitsprinzip eine Zeitlang anzugeben und mit dem Hieb nach Nothdurst zurückzuhalten, bis derselbe ohne großen Verlust wiederum verstärkt werden kann, was in vielen Fällen nicht nur thunlich, sondern auch rätlich ist.

§. 47. Einer solchen ausseßenden Nutzung geht gewöhnlich ein stärkerer Angriff von angehäuften ältern Hölzern voran, oder es wird später ein verstärkter Hieb folgen müssen,

um den Normalstand herzustellen, in welchen Fällen im Interesse des Waldeigenthümers und der Waldwirthschaft der periodische Abgabebesatz sogar über den Normalertrag von den Taxatoren verstärkt werden kann; dagegen muß da, wo durch frühern allgemeinen und allzustarken Zugriff die Holzvorräthe unter den Normalstand, hauptsächlich in den ersten Perioden herabgebracht worden sind, und eine Ausbülse aus spätern Perioden nicht möglich ist, ohne diese zu schwächen, die Einleitung zur Herstellung des Normalstandes durch Rückhalt getroffen werden.

Sollte ein gänzliches Aussetzen mit dem Hieb in einigen hiezu erforderlichen Jahren, wie bei manchen Gemeindswaldungen nicht ausführbar sein, so muß wenigstens durch Herabsetzung der jährlichen Holzabgabe in dem ersten Jahrzehnt — in schwierigen Fällen in der ersten Periode — vorgesorgt werden, um durch diesen allmählichen Abzug den Normalstand wiederum herzustellen.

§. 48. Aus dem allgemeinen Wirthschaftsplan und nach den näheren Bestimmungen in der besondern Waldbeschreibung über die Bewirthschaftung der Hauptabtheilungen (Abschnitt VIII.) werden die Materialien zur Aufstellung des jährlichen Wirthschaftsplans ausgehoben und demselben der zehnte Theil der ausgeworfenen Gesamtnutzung für das nächstliegende Jahrzehnt als Abgabebesatz zu Grunde gelegt.

§. 49. Bei der Einrichtung und Benutzung der Niederwaldungen hat eine in manchen Stücken abweichende Behandlung einzutreten, wenn nicht der Waldeigenthümer die Ausdehnung der für den Hochwaldbetrieb vorgeschriebenen Einrichtung nach Maßgabe des Holzvorraths und des zeitlichen Zuwachses in Verbindung mit einer denselben proportionirten Flächeneintheilung wünscht, und auf Vernehmung durch den Bezirksförster deßfalls eine schriftliche Erklärung abgegeben hat.

Ehe jedoch weiter gegangen wird, ist es nöthig, vorerst die Verhältnisse zu betrachten, unter welchen der Niederwaldbetrieb im Allgemeinen vorkommen kann; nämlich:



- a) In dem ganzen Wirthschaftsbezirk besteht nur Niederwaldbetrieb, welcher auch für die Folge beibehalten werden soll.
- b) Diese Betriebsart ist vorherrschend und nur einzelne Abtheilungen des Bezirks werden als Hochwald behandelt.
- c) Der Niederwald kommt untergeordnet vor, während der Hochwald dominirt.
- d) Zur Zeit waltet das eine oder das andere der beiden letzten Verhältnisse ob, allein es wird im Laufe des Einrichtungszeitraumes in kürzerer oder längerer Zeit ein Wechsel oder Uebergang beabsichtigt.

§. 50. In dem ersten Falle, also bei dem allgemeinen Niederwaldbetrieb, findet jedesmal zwar die Distrikts-, Abtheilungs- und Unterabtheilungsauscheidung, mit Rücksichtnahme auf zehn- und fünfjährige Altersverschiedenheiten, je nach einem höherem oder niederem Umtrieb, dergleichen die Ermittlung des Holzvorraths, so wie des normalen und zeitlichen Zuwachses, gleich wie bei den Waldungen im Hochwaldbetriebe Statt, aber die Einrichtung und jährliche Nutzung des Unterholzes soll — wenn nicht von dem Waldeigenthümer die dem Holzvorrath und Zuwachs entsprechende Flächeneintheilung ausnahmsweise verlangt wird — auf die Fläche beschränkt werden, welche sich durch Theilung des ganzen bestockten Waldbodens mit den Jahren der angenommenen Umtriebszeit herausstellt; und da, wo diese Einrichtung bereits besteht, wie dies in vielen Niederwaldungen des Landes der Fall ist, soll sie beibehalten werden, wenn die Umtriebszeit nicht unter das forstpolizeilich zulässige niedrigste Alter herabgestellt ist.

Die Auswahl der jährlichen Schlagflächen aus den zehn- und beziehungsweise fünfjährigen Periodenflächen bleibt auch hier dem Ermessen des Wirthschaftsbeamten überlassen, welcher dabei jedoch stets eine schickliche Anreihung der Schläge für die Folgezeit beachten wird.

Dem Willen des Waldeigenthümers bleibt es ferner anheimgestellt, ob derselbe bei einer arrondirten und völlig be-

stodten Niederwaldfläche der festen Flächeneintheilung in Jahresschläge den Vorzug geben, oder den Schlag jährlich abmessen lassen will, wobei nur bedingt wird, daß die erstere durch Steine, Gräben, bleibende Wege und Richtstätten oder durch weitläufige Bepflanzung mit Baumreihen einer in dem Bestande nicht vorkommenden Holzart sicher bezeichnet, die Abmessung des jährlichen Schlags hingegen stets in Gegenwart des Bezirksförsters, je nach der Größe der Schlagfläche, von einem lizenzierten Geometer oder Feldmesser auf Kosten des Waldeigentümers vorgenommen werden muß.

Die älteren festen Schlagflächenabtheilungen sind bei Gelegenheit der Abschätzung durch den Geometer gehörig prüfen und nöthigenfalls verbessern zu lassen.

§. 51. Bei Niederwaldungen mit Oberholz (Mittelwaldungen) hat die Benutzung desselben auf der festgesetzten Schlagfläche zwar nach den allgemeinen Regeln der Hiebshührung zu geschehen, allein der Bezirksförster hat sich bei einem bemerklichen Ausfall in den folgenden Jahresschlägen, wegen geringem Ertrag des Unter- oder Oberholzes mit einer Reserve an letztem durch etwas dunklere Stellung der Schläge vorzusehen, damit ergänzende Nachhiebe in den unmittelbar folgenden Jahren Statt finden können, für später eintretende Fälle aber durch Schonung des Oberholzes am Waldrande und an den bleibenden Wegen, wo der unschädliche Hieb desselben auch nach längerer Zeit noch thunlich ist.

Würde eine Verlegenheit in dieser Hinsicht schon in den ersten Jahresschlägen eintreten, so ist dem Bezirksförster selbst ein Vorgriff in das Oberholz der nächsten noch unangebauenen Schläge erlaubt, wenn der Hieb desselben ohne besonderen Nachtheil zu bewerkstelligen ist; alle diese Ausgleichungen dürfen jedoch nur in dem Maße geschehen, daß auf der ganzen Waldfläche immer noch so viel Oberholz übrig bleibt, als regelrecht vorhanden sein sollte, auch müssen sie jedesmal in dem jährlichen Wirthschaftsplane bemerflich gemacht werden, damit sie das Forstamt bei der Schlagrevision prüfen kann.

§. 52. Größere und zusammenhängende Blößen werden in den Niederwaldungen nur dann zur Verstärkung der jährlichen Schlagfläche in Rechnung gezogen, wenn ihr Anbau mit Erfolg wirklich geschehen ist, und zwar erst nach Ablauf des Jahrzehnts und in Folge der Einrichtungsbrevision.

§. 53. Sowohl die Flächen, als das beiläufige Erträgniß derselben im normalen und zeitlichen Zustand werden bei dem allgemeinen Niederwaldbetrieb in den besonders konstruirten Wirthschaftsplan (Muster 4) eingesetzt, und die etwaige Ergänzung der Flächen durch Beizug eines Theils der für das folgende Jahrzehnt bestimmten Abtheilung bewirkt, oder der Rest derselben in die spätere Periode übergesetzt.

Wenn gleich die Benützung an die Fläche gebunden ist, so kann der normale und zeitliche Holzerntrag der wirthschaftlichen Vergleichung wegen nicht entbehrt werden.

§. 54. In dem zweiten (§. 49.) angegebenen Falle, wenn nämlich nur einige gegen die Gesamtfläche des Bezirks unverhältnißmäßige Abtheilungen desselben zum Hochwald bestimmt sind, der größere Theil aber als Niederwald behandelt wird, ist das für den Niederwaldbetrieb vorgeschriebene Verfahren beizubehalten, und derselbe nach gleichen Jahresschlägen abzutheilen, für die Hochwaldabtheilungen aber, eine mit den Ertragskräften und mit dem Holzvorrathe übereinstimmende Einrichtung zur nachhaltigen Benützung mit möglichster Berücksichtigung aller Perioden zu treffen und um diese Einrichtung darzustellen und einhalten zu können, ist es nöthig den Einrichtungszeitraum bis auf das angenommene Hiebssalter des Hochwaldes zu verlängern, und dessen Ertrag neben dem des Niederwaldes in das Fachwerk mit zehnjähriger Periodeneintheilung einzulegen, die Benützung mag dann den einzelnen Jahren nach immerhin ungleich und aussetzend sein, wie dies bei manchen Gemeindswaldungen der Fall ist, wo solche Hochwaldbestände das nöthige Nutz- und Bauholz nach dem zufälligen Bedürfniß liefern sollen.

Wo möglich muß in diesem Falle dahin getrachtet werden, für jede Altersklasse — wenn auch kleine — periodische Schlag-

flächen zu gewinnen, von welchen im Laufe der Periode der Holzbedarf bezogen werden kann, um sonach auch bei dem Hochwalde die Benutzung nach Flächen mit der des Niederwaldes in Verbindung zu bringen.

§. 55. In dem dritten Falle, wenn nämlich der Niederwald in einem Wirthschaftsbezirke eine untergeordnete Rolle spielt, ist dessen Ertrag gleich dem Hochwalde, ohne Rücksicht auf die Fläche, in das Periodenfachwerk des Hochwaldes einzulegen, und dem Wirthschaftsbeamten zu überlassen, ob er denselben in größern oder kleinern Schlägen innerhalb der angewiesenen Perioden abholzen, oder gleichsam als Ausbühlfsmittel zur Deckung seines Abgabesages für Fälle vorbehalten will, wo wegen lange aussetzenden Samenjahren eine Verlegenheit bei Auslichtung der Hochwaldbestände eintreten könnte.

§. 56. Was endlich den zuletzt angenommenen Fall betrifft, bei dem ein Wechsel der Betriebsart eintreten soll, so werden die vorstehend erläuterten Fälle auch hier maßgebend sein und bei dem allgemeinen Uebergang von der Hochwaldwirthschaft zu dem Niederwaldbetrieb die künftige Benutzung nach Jahresflächen oder im umgekehrten Fall die künftige Nutzung nach Verhältniß des Ertrags angeordnet und die erforderlichen Einrichtungsmittel angewendet.

§. 57. Da, wo die Einrichtung und Benutzung der Niederwaldungen nach — dem zeitlichen Holzvorrath und Zuwachs entsprechenden — ungleichen Flächen gewünscht wird, oder sonstige Umstände diese Benutzungsart noch einige Zeit räthlich machen, sind unter Zugrundlegung des bei dem Hochwaldbetriebe vorgeschriebenen Verfahrens, Vorrath und Zuwachs zu ermitteln, und nach deren Verhältniß die jährlichen Schlagflächen für die vorliegende Umtriebszeit abzutheilen, im Walde selbst durch Steine oder Zeichenstangen, schmale Richtstätten u. zu sichern, auf der Karte aber, gleich den Unterabtheilungen mit Punktirlinien und mit Buchstaben zu bezeichnen, welche Flächen-eintheilung sodann für jede Umtriebszeit wiederholt werden muß,

wenn nicht ein Uebergang zu gleichen Schlagflächen nach Ablauf des ersten Termins vorgezogen wird.

§. 58. Die dem §. 94. des Forstgesetzes unterworfenen Waldungen sind von der Abschätzung und Einrichtung für den Zweck der Nutzungsregulirung ausgeschlossen, da sie bis zu einem gewissen Alter und in jeder Ausdehnung für den Bedarf der öffentlichen Uferbauten in Anspruch genommen werden können, folglich von einer geordneten nachhaltigen Benutzung keine Rede sein kann.

Sie werden übrigens gleich andern Niedermaldungen nach Verhältniß der Flächen in so lange benützt, als nicht größere Anforderungen der Flußbaubehörde diese Benutzung stören. Wo aber beträchtliche Faschinenwaldungen vorkommen, und der voraussichtliche Bedarf an Flußbaumaterialien unverhältnißmäßig geringer als der Ertrag derselben sein dürfte, ist auf die Ausscheidung der eigentlichen Faschinenwaldungen mit einem ganz kurzen Umtrieb von der übrigen Niedermaldfläche Rücksicht zu nehmen, um die letztere sodann regelmäßig einrichten zu können.

Bei den Hackwaldungen der Gemeinden ist die Flächen-eintheilung gleich wie bei den übrigen Niedermaldungen einzuführen.

§. 59. Da bei manchen ganz geringen Waldflächen im Besiß einer Gemeinde oder Körperschaft die vorgeschriebene allgemeine Einrichtung nicht anwendbar sein kann, so hat das Forstamt derartige Waldungen seines Amtsbezirks zu verzeichnen und eine Uebersicht derselben mit den nöthigen Erläuterungen der Forstpolizeidirektion vorzulegen, welche die Ausnahme derselben veranlassen wird.

§. 60. Mit dem Wirthschaftsplane steht der allgemeine Kulturplan in nächster Beziehung, indem in dem erstern die künftigen erhöhten Erträge von holzleeren und versumpften Orten eingetragen sind, welche nur dann erfolgen können, wenn deren Anbau oder Trockenlegung in der festgesetzten Zeit wirklich vollzogen worden ist. Durch einen mit Berücksichtigung der Flächen- und Zeitverhältnisse entworfenen und mit den sonsti-

gen wirthschaftlichen Anordnungen in Einklang gebrachten Kulturplan (Master 5) soll daher eine Uebersicht über die Art und Ausdehnung der in dem Einrichtungszeitraume und seinen einzelnen Perioden vorzunehmenden Kulturarbeiten gewonnen werden, wobei gleichfalls die nächstliegende Periode bei den Hochwaldungen in zwei gleiche Hälften oder Jahrzehnte getheilt und näher gewürdigt wird, weil im Allgemeinen angenommen werden kann, daß die meisten dieser Arbeiten, wenn nicht im ersten Jahrzehnt, doch in der ersten Periode besorgt werden müssen, da die besondere Sorge des Wirthschaftsbeamten darauf gerichtet sein wird, mehr und minder oder völlig ertraglose Flächen sobald als möglich in Aufnahme zu bringen.

Gleichwohl können Fälle eintreten, wo der Anbau solcher Flächen aus wirthschaftlichen Gründen bis in eine spätere Zeit verschoben werden muß, um sie dem Zwecke der Einrichtung gemäß gelegenheitlich der Verjüngung von anstoßenden Beständen zu kultiviren und dadurch mit denselben für die Zukunft zu vereinigen, wie dies bereits in verschiedenen Abschnitten gezeigt worden ist, und aus diesem Grunde ist die nöthige Vorsehung zu treffen, und das Fachwerk des Kulturplans nach Bedürfnis zu erweitern.

Während in demselben die betreffenden Haupt- und Unterabtheilungen nur bezeichnet sind, muß in dem besondern Theile der Waldbeschreibung die nähere Anweisung über die Art der Ausführung erteilt werden.

Da bei Schlagausbesserungen und Trockenlegungsarbeiten gewöhnlich mehr Unbestimmtheit als bei dem Anbau zusammenhängender Blößen Statt findet, so ist die vorsorgliche Aufnahme derselben nicht weiter als auf das erste Jahrzehnt auszudehnen und nach Ablauf desselben für das vorgeschobene zweite Jahrzehnt ein Gleiches zu wiederholen.

§. 61. Nachdem der allgemeine Wirthschaftsplan mit Hülfe der nöthig fallenden Verschiebungen oder durch sonstige wirthschaftliche Bestimmungen berichtigt worden ist, wird derselbe nebst dem Kulturplane mit schriftlichen Erläuterungen dem Forst-

amte vorgelegt, welches dessen Prüfung an Ort und Stelle vorzunehmen, die Genehmigung zu ertheilen oder Abänderungen zu veranlassen, die Gründe zu diesen aber gleichfalls schriftlich beizufügen hat.

Nach erfolgter Genehmigung werden die zur Distriktsabscheidung nothwendigen Richtstätten aufgebauten, so wie die Grenzen an den Bestandesabtheilungen stärker ausgelichtet, damit eine 2—3 Fuß breite Wisirlinie geöffnet ist. Zur Versicherung und Kenntlichmachung der Hauptabtheilungsgrenzen werden an den Endpunkten, so wie zwischen denselben nach Erforderniß entweder rauh zugerichtete Steine eingesetzt, oder Gräben gezogen oder Bäume und Stangen auf einer der Abtheilung zugewendeten Platte mit den Ziffern derselben versehen, indem die Distriktsnummer aufgerissen und die Zahl der Abtheilung mit schwarzer Oelfarbe in gehöriger Größe darunter geschrieben wird.

Bei der Bezeichnung mit Steinen können, außer den Ziffern auf den Seitenflächen, auf den Kopf die fortlaufenden Buchstaben des größeren römischen Alphabets eingehauen werden, damit ein etwaiger Abgang derselben sogleich bemerflich ist.

Der Geometer vervollständigt die Forstkarten nach der in dem Abschnitt VIII. enthaltenen nähern Vorschrift.

## VIII. A b s c h n i t t.

### Von der Waldbeschreibung.

§. 62. Zur schriftlichen Niederlegung und nähern Auseinandersehung des Abschätzungs- und Einrichtungswerks, ferner zur Anweisung der Forstbeamten und zur Sicherung der für jeden Waldbestand gegebenen wirthschaftlichen Vorschriften, muß über einen jeden Wirthschaftsbezirk eine Beschreibung gefertigt werden. Diese Beschreibung soll mit Ausschluß des topographischen Sachbestandes, welcher dem ganzen Verwaltungs- (Forst-) Bezirke angehört, von welchem der Wirthschaftsbezirk nur einen Theil ausmacht, sich auf die Darstellung dessen beschränken, was

unmittelbar Bezug auf die Waldwirthschaft und Einrichtung hat. Sie theilt sich ab: in die allgemeine Beschreibung des ganzen Wirthschaftsbezirks und in die besondere der Abtheilungen desselben.

Die einzelnen Kapitel der allgemeinen Beschreibung (Muster 6) sollen in nachstehenden Paragraphen näher erläutert werden.

§. 63. Der Flächeninhalt wird aus dem Flächenverzeichnis ausgehoben und zuerst der Betrag der ertragsfähigen, sodann der ertraglosen Fläche summarisch untereinander gestellt und endlich der Inhalt der ganzen Waldfläche zusammengezogen, im übrigen aber auf das angehängte Flächenverzeichnis verwiesen.

§. 64. Bei der Begrenzung wird die Art des nach den vier Weltgegenden anstoßenden Geländes (Wald, Acker, Wiesen) oder sonstiger Begrenzungen (Wege, Gewässer) unter Beifügung des allgemeinen Besizes der ersteren angegeben, z. B. Gemeinds- oder Privatwald, Wiesen in der Gemarkung von N., Staatswald N. im Forstbezirk N. 2c.

Ueber den Grenzzustand wird bemerkt, ob derselbe gesetzlich hergestellt ist, mit Angabe des Jahres, in welchem die letzte allgemeine Berichtigung vor sich ging, oder ob derselbe in so fern noch mangelhaft ist, als die Grenzzeichen die vorschriftmäßige Beschaffenheit zur Zeit noch nicht besitzen, oder eine legale Grenzbeschreibung fehlt, oder über einzelne Punkte und Strecken zur Zeit noch Streitigkeiten obwalten. Wenn gleich diese Mängel, wo möglich noch vor der Einrichtung beseitigt werden sollen, so können dennoch Hindernisse im Wege stehen, deren Hinwegräumung weder von dem Willen des Waldeigenthümers, noch von der Thätigkeit des Wirthschaftsbeamten abhängt, der Einfluß der angeführten Umstände auf die Einrichtung ist jedoch gewöhnlich nicht von der Bedeutung, daß diese wegen geringfügigen Grenzstreitigkeiten verschoben werden darf.

§. 65. Da wo ein Wirthschaftsbetrieb einer oder mehreren Orts- oder Hofgemarkungen unbeanstandet ange-



hört, ist dies kurz zu bemerken, dergleichen, wenn er eine eigene Waldgemarkung bilden sollte; bei den Orten, welche zwar eine abgesonderte Gemarkung, aber keinen eigenen Gemeinderath besitzen, so wie bei den Hof- und Waldgemarkungen, ist jedesmal das Ortsgericht anzuführen, welchem die Gemarkung in politischer und rechtspolizeilicher Beziehung zugetheilt ist.

Obwaltende Anstände über das Gemarkungsverhältniß sind gleichfalls anzumerken.

§. 66. Bei den Dienstbarkeiten ist der Rechtstitel anzugeben und eine ausführliche Darstellung des Umfangs und der bisherigen Übung, so wie ihres Einflusses auf die Waldwirthschaft nebst Vorschlägen zu ihrer gesetzlichen Beschränkung oder Ablösung beizufügen.

Unter den aufzuführenden Nutzungsrechten werden die Abgaben an Holz oder andern Waldprodukten verstanden, welche weder in die Klasse der eigentlichen Dienstbarkeiten gehören, noch für den eigenen Bedarf des Waldeigenthümers und seiner Diener verwendet werden. Z. B. die Besoldungshölzer der Pfarreien und Schuldienste aus Gemeindswaldungen, mit Ausfluß des Gabholzes, welches ein Pfarrer oder Schullehrer als Ehrenbürger beziehen kann, und des Holzes, welches zur Heizung der Schulstuben abgegeben wird.

Bei den Vergünstigungen ist jedesmal anzumerken, wenn sie an eine zeitliche und örtliche Beschränkung geknüpft sind.

§. 67. Was die Lage betrifft, ist zu erörtern: ob der Wirthschaftsbezirk flache Niederung, Hügel- oder Gebirgsland enthält, und in den letztern Fällen, ob derselbe zu dem Vor-, Mittel- oder Hochgebirge zu zählen ist, ob sanfte ( $1^{\circ}$  —  $5^{\circ}$ ), mittelmäßig starke ( $5^{\circ}$  —  $10^{\circ}$ ), starke ( $10^{\circ}$  —  $20^{\circ}$ ), steile ( $20^{\circ}$  —  $30^{\circ}$ ), schroffe ( $30^{\circ}$  und mehr) Abfälle; oder-mehr und minder gedehnte Hochebenen hauptsächlich vorkommen; ob sich das Land im Allgemeinen nach ein oder der andern Himmelsgegend hin öffnet oder neigt.

Wo möglich ist auch die Erhebung der niedrigsten und höchsten Punkte über den Meeresspiegel, so wie die mittlere

Höhe des größern Theils des Bezirks, wenigstens in Näherungszahlen anzugeben.

Auch sind die besonders bemerkbaren Einflüsse der Lage, als: der Ueberschwemmung, dem Windschaden, dem Schnee- und Dufdrucke, den Spätfrösten *ic.* ausgesetzt, oder ein mehr und minder geschützter Zustand zu schildern.

§. 68. Bei dem Boden ist nicht nur die Beschaffenheit und die Eigenschaft der Bodenkruste, sondern auch die beiläufige Mächtigkeit der Dammerd- (Humus) schichte über derselben anzugeben, *z. B.* ein tiefgründiger sehr bindender Thonboden mit einer starken Dammerdschichte, zu sauerem Grasswuchs und zur Versumpfung geneigt, — ferner die etwa vorhandene Bedeckung des Bodens mit Forstunkräutern, mit Gesteintrümmern *ic.*; endlich das Unterlagegestein (Felsart) und sein oberflächliches Verhalten, *z. B.* mürber Granit, dichte Kalksteinlager, lockeres Gerölle *ic.*

Bei der besondern Beschreibung des Bodens der Abtheilungen kann sich der Bonitätsgrade: „sehr gut“, „gut“, „mittelmäßig“, „gering“ und „schlecht“ bedient werden, wobei ein besonders tiefgründiger, humusreicher, dabei frischer Boden, dagegen ein sehr flachgründiger mit dichter Unterlage, oder ein mooriger oder ein ganz magerer Sandboden die beiden Extreme bilden.

§. 69. Das Klima wird nach allgemeinen Charakteren, als: „sehr rauh“, „rauh“, „gemäßigt“, „mild“ und „sehr mild“ mit Beisehung auffallender Einflüsse desselben auf das Wachsthum und die Fruchtbarkeit der Holzgewächse geschildert, und die Zeit der Wiederkehr von guten Samenjahren bei den herrschenden Holzarten beiläufig angegeben.

§. 70. Die herrschenden Holzarten, deren ungefähre Verbreitung und ungefähres Mischungsverhältniß, ihr mehr und minder gutes Gedeihen und ihr Zurückbleiben, sind vorzugsweise abzuhandeln, während die untergeordnet und einzeln vorkommenden nur bemerkt werden.

**§. 71.** Die bisherige Waldbehandlung wird in Grundzügen und hauptsächlich mit Angabe des hervortretenden günstigen oder ungünstigen Erfolgs dargestellt.

Bei den Grundsätzen der künftigen Wirthschaft haben die Taxatoren in den untergeordneten Rubriken die Resultate ihrer vor und bei dem Abschätzungs- und Einrichtungsgeschäft gemachten Beobachtungen unter Auseinandersetzung der Gründe niederzulegen, welche sie bei der Anordnung des künftigen Wirthschaftsbetriebs im Allgemeinen geleitet haben.

**§. 72.** Den Forstschutz betreffend ist anzugeben, ob und welchen Freveln der Wirthschaftsbezirk hauptsächlich ausgesetzt, ob für die Begegnung und Verminderung derselben gehörig gesorgt ist, nebst Angabe der Zahl der Waldhüter.

**§. 73.** Rücksichtlich der Jagd ist zu bemerken, wem solche zusteht, welche Wildgattungen noch vorkommen, ob eine Waldbeschädigung durch den Wildstand bemerklich, ferner ob die Jagd verpachtet ist, oder von den Jagdberechtigten selbst verwaltet wird.

**§. 74.** In dem Kapitel „Flächenabtheilung“ werden die Distrikte mit ihren Haupt- und Unterabtheilungen unter Angabe der Benennung, Bezeichnung und des Flächeninhaltes zur leichtern Uebersicht aufgezeichnet.

**§. 75.** Dieser allgemeinen Beschreibung folgt die besondere der einzelnen Abtheilungen und Unterabtheilungen auf einem Blatt nach der anliegenden Form (Muster 7) mit kurzen und bündigen Angaben, wie überhaupt bei der Waldbeschreibung eine einfache und verständliche, alles Außerwesentliche entfernt haltende Darstellung zu beobachten ist.

Für Nachträge und Veränderungen, bezüglich des allgemeinen Theils der Beschreibung, wird durch einen **Anhang** vorgesorgt.

**§. 76.** Als Beilagen zu der Waldbeschreibung dienen:

- a) das Flächenverzeichnis;
- b) die Materialientabelle mit der Uebersicht der Betriebsflächen, des Holzvorraths und der Zuwachsverhältnisse;

- c) der allgemeine Wirthschafts- und  
d) Kulturplan.

Die Waldbeschreibung wird nebst ihren Beilagen doppelt ausgefertigt, von den Taxatoren unterzeichnet, und, mit dem forstamtlichen Vidit versehen, der betreffenden Forstdirection vorgelegt.

Nach ihrer Zurückkunft ist das eine Exemplar bei der Bezirksforstrei, das andere — bei dem Forstamt niederzulegen.

Dem Waldeigenthümer wird auf Verlangen eine Abschrift ausgefertigt.

## IX. Abschnitt.

### Von der Forstkartenbezeichnung.

§. 77. Die auf den Forstkarten theils im allgemeinen Interesse des Eigenthümers, theils im besondern der Waldwirtschaft darzustellenden Gegenstände sind nach der Vorschrift des anliegenden Zeichenblattes und der Musterforstkarte (Muster 8) von dem Geometer aufzutragen. Die nachfolgenden Paragraphen werden den Gebrauch desselben näher erläutern.

§. 78. Die Unebenheiten des Geländes mit den Hügel- und Bergzügen werden durch schwach punktirte Horizontalkurven mit etwas blasser Tuschfarbe angegeben, welche bei der Verflächung des Terrains weiter auseinandertreten und bei dem Aufsteigen näher zusammengezogen werden können, um dadurch schon bei dem ersten Ueberblick die Gestalt des Reliefs kenntlich zu machen. Der Neigungs- (Böschung-) Winkel wird mit kleinen Zahlen zwischen die Kurven da eingeschrieben, wo starke Abweichungen vorkommen, jedoch mit Vermeidung des Ueberflüssigen, um die Karte nicht zu überladen.

Bei älteren Karten, deren Brauchbarkeit anerkannt wird, ist die vorgeschriebene Bergbezeichnung mittelst der Kurvenlinien nachzutragen, wenn sie dadurch nicht überladen oder undeutlich werden.

Diese Kurvenzeichnung ist überhaupt mit Hülfe der auf dem gemessenen Abtheilungslinien, Wegen ac. bemerkten Anhalt-

punkte von freier Hand auszuführen, und an den bemerkenswerthen Punkten, wo der Böschungswinkel nicht gelegentlich der Aufstellung des Instrumentes zu einer sonstigen Beobachtung mit diesem abgenommen werden kann, ist derselbe mit dem Handsextanten zu erkundigen.

§. 79. Den Grenzzeichen werden die Nummern beigelegt, welche sie wirklich führen; die nicht nummerirten Zwischensteine erhalten daher keine Nummern. Das Einschreiben der Winkel und Entfernungen darf nicht Statt finden.

Streitige Grenzstrecken werden durch punktirte Linien angedeutet, in so fern es gewöhnliche Eigenthumsgrenzen sind, bei Landes-, Gemarkungs- und Berechtigungsgrenzen hingegen wird der streitige Zustand mit Schrift bemerkt, welche auch ohnedies bei diesen letzteren Grenzen zur Hervorhebung angewendet wird.

Projicirte Wege werden durch doppelte Punktirklinten angezeigt, welche später ausgezogen werden können, wenn die Wege wirklich angelegt sind.

§. 80. Die Holz- und Betriebsarten werden im Allgemeinen durch die angegebene Farbenbandirung bezeichnet, wobei der Stand maßgeblich ist, welcher durch die Einrichtung bezweckt werden soll.

Bei gemischten Laub- und Nadelholzbeständen des Hochwaldes und bei hartem und weichem Holz des Niederwaldes ist bloß die vorherrschende Holzart zu berücksichtigen. Zu den harten Hölzern sind übrigens die Eiche, Roth- und Weißbuche, Ahorne, Ulme und Esche zu rechnen, zu den weichen die übrigen Baum- und Straucharten.

Das Verhältniß des Oberholzes, welches nur da bemerkt wird, wo Bau- und Nutzholzer durch dasselbe erzogen werden sollen, ist durch die Zahl der Blättchen von jeder Hauptholzart beiläufig anzudeuten, z. B.  $\frac{2}{3}$  Eichen und  $\frac{1}{3}$  Buchen mit 2 Eichen- und 1 Buchenblättchen.

§. 81. Die im Umfang und ganz in der Nähe des Waldes befindlichen und auf die Waldwirthschaft unmittelbar oder

und einzutragen, und auch da, wo das Reis und die Holzabfälle nicht benutzt werden können, sondern der Fäulniß überlassen werden müssen, darf deren Abschätzung und Eintragung niemals unterbleiben.

§. 85. Wenn die angegriffenen und zur Ausnutzung bestimmten Bestände wegen dem längern Ausbleiben von Samenjahren und andern Zufällen vor dem Ablauf des Jahrzehnts bei dem Hochwaldbetrieb nicht geräumt werden können, oder wo eine Ueberschätzung ihres Ertrags Statt gefunden hat, und derselbe also zur Deckung des Abgabebetrags nicht ausreichend sein sollte, da ist sich durch Uebergriffe in die Flächen des folgenden Jahrzehnts zu helfen. Im ersteren Falle ist dieser Ueber- oder Vorgriff als bloße Entlehnung anzusehen, und kann in kurzer Zeit durch die Nachhiebe auf der Fläche des früheren Jahrzehnts wieder rückerstattet werden, bei den wirklichen Ausfällen aber, welche sich gewöhnlich erst gegen Ende des Jahrzehnts herausstellen, wird die bald nachfolgende Revision den Fehler verbessern, ehe derselbe die ganze Einrichtung alteriren kann.

§. 86. Das Wirthschaftsbuch ist nur für ein Jahrzehnt anzulegen, dasselbe wird nach dessen Verlauf abgeschlossen und in der Registratur des Bezirksförsters aufbewahrt, für das beginnende Jahrzehnt aber ein neues Wirthschaftsbuch angefangen.

## XI. A b s c h n i t t.

### Von der periodischen Revision der Einrichtung.

§. 87. Nach Verfluß eines Decenniums des Einrichtungszeitraumes, folglich alle zehn Jahre, hat in jedem Wirthschaftsbezirk eine Revision der Einrichtung durch das Forstamt zu geschehen, wobei der Bezirksförster das abgeschlossene Wirthschaftsbuch vorlegt, auf die Veränderungen an der Waldfläche durch Zuwachs oder Abgang, ferner auf die nöthig werdenden Abweichungen von den frühern Anordnungen aufmerksam macht,

## X. A b ſ c h n i t t.

### Von den wirthschaftlichen Kontrolmaßregeln.

§. 83. Die Forsteinrichtung würde in kurzer Zeit ihren Zweck und Werth wiederum verlieren, wenn die Ausführung und gemessene Einhaltung der Wirthschaftsanordnungen nicht gehörig gesichert wäre, was durch folgende Kontrolmaßregeln bewirkt wird.

Die Kontrolle muß bezüglich auf den jährlichen und periodischen Abgabesaß eine allgemeine, und rücksichtlich der Bestandsflächen eine besondere sein. Die erstere ist durch die instruktionsmäßige Einrichtung der jährlichen Hiebssplane und Hiebsnachweisungen gegeben und es bedarf der leichten Uebersicht wegen, nur der Zusammenstellung, wie sie in dem Wirthschaftsbuch (Muster 9) voransteht, in welcher das jährliche Soll und Hat der Hiebssmasse eingetragen wird. Die besondere Kontrolle geht auf die einzelnen Wirthschaftsflächen ein, und zu dem Ende erhält jede Hauptabtheilung zwei Blätter dieses Buchs eingeräumt, eines zur Gegenüberstellung der geschätzten und erfolgten Hiebssmasse mit kurzer Angabe der Hiebssart und des zufälligen Ergebnisses durch Windschaden, Schneeeindruck, Trockniß, Frevel ic., das Andere zur Aufzeichnung der Notizen über den Erfolg, über Störungen der Wirthschaft durch verderbliche Naturereignisse, andere unvorhergesehene Zufälle und dadurch nöthig gewordene Abweichungen von dem anfänglichen Plane.

§. 84. Das Wirthschaftsbuch hat aber nicht allein den Zweck, die Einrichtung zu sichern, sondern auch brauchbare Materialien über die Ertragsfähigkeit des Waldbodens und seiner Holzbestände zur spätern Verbesserung und Vervollkommnung der Forsteinrichtung zu liefern, weshalb der Bezirksförster dasselbe mit aller Sorgfalt führen, und der Forstmeister sich dessen bei Gelegenheit verlässigen wird. Auch die Erträge des Niederwaldes, selbst wenn er der Fläche nach benugt, und das Holz den Bezugsberechtigten auf dem Stod und in Masse abgegeben wird, sind so genau als möglich aufzunehmen oder abzuschätzen

und einzutragen, und auch da, wo das Reis und die Holzabfälle nicht benutzt werden können, sondern der Fäulniß überlassen werden müssen, darf deren Abschätzung und Eintragung niemals unterbleiben.

§. 85. Wenn die angegriffenen und zur Ausnutzung bestimmten Bestände wegen dem längern Ausbleiben von Samenjahre und andern Zufällen vor dem Ablauf des Jahrzehnts bei dem Hochwaldbetrieb nicht geräumt werden können, oder wo eine Ueberschätzung ihres Ertrags Statt gefunden hat, und derselbe also zur Deckung des Abgabesatzes nicht zureichend sein sollte, da ist sich durch Uebergriffe in die Flächen des folgenden Jahrzehnts zu helfen. Im ersteren Falle ist dieser Uebergriff als bloße Entlehnung anzusehen, und kann in kurzer Zeit durch die Nachhiebe auf der Fläche des früheren Jahrzehnts wieder rückerstattet werden, bei den wirklichen Ausfällen aber, welche sich gewöhnlich erst gegen Ende des Jahrzehnts herausstellen, wird die bald nachfolgende Revision den Fehler verbessern, ehe derselbe die ganze Einrichtung alteriren kann.

§. 86. Das Wirthschaftsbuch ist nur für ein Jahrzehnt anzulegen, dasselbe wird nach dessen Verlauf abgeschlossen und in der Registratur des Bezirksförsters aufbewahrt, für das beginnende Jahrzehnt aber ein neues Wirthschaftsbuch angefangen.

## XI. A b s c h n i t t.

### Von der periodischen Revision der Einrichtung.

§. 87. Nach Verfluß eines Decenniums des Einrichtungszeitraumes, folglich alle zehn Jahre, hat in jedem Wirthschaftsbezirk eine Revision der Einrichtung durch das Forstamt zu geschehen, wobei der Bezirksförster das abgeschlossene Wirthschaftsbuch vorlegt, auf die Veränderungen an der Waldfläche durch Zuwachs oder Abgang, ferner auf die nöthig werdenden Abweichungen von den frühern Anordnungen aufmerksam macht,



und seine Beobachtungen und Erfahrungen bei der Waldwirtschaft im abgewichenen Jahrzehnt vorträgt. Zugleich übergibt derselbe ein Verzeichniß über den auf den angegriffenen Abtheilungen noch vorhandenen und aufgenommenen Massenvorrath, und über die Vorausbezüge aus Abtheilungen, welche dem beginnenden Jahrzehnt zugewiesen sind.

Durch Vergleichung der Bucheinträge mit den jährlichen Wirtschaftsplänen und Diebsnachweisungen wird sich das Forstamt über deren Richtigkeit verlässigen, und aus dem Wirtschaftsbuch zugleich ersehen, in wie weit die erfolgten Erträge sich den geschätzten nähern, ob sich die Abschätzung bewährt hat, oder ob durch Ueberschätzung ein Ausfall, oder durch Geringschätzung ein Ueberschuß sich ergeben hat, folglich Abänderungen in dem Wirtschaftsplane für das nächste Jahrzehnt nöthig werden.

In den letztern Fällen sind nach einer örtlichen Prüfung und Durchsicht diese Abänderungen zu verfügen, jedesmal aber muß gelegentlich der Revision eine überschlägliche Nachschätzung in den verschiedenen Abtheilungen nach Probeflächen vorgenommen werden, um sich vom Stande der Vorräthe zu überzeugen, und nach Maßgabe desselben den Wirtschaftsplan für das zur Benutzung eingetretene Jahrzehnt berichtigen und den neuen Abgabefuß bestimmen zu können.

§. 88. Nachdem die durch Zu- oder Abgang an der Waldfläche im Laufe des abgewichenen Jahrzehnts Statt gehabten Veränderungen auf der Forstkarte eingezeichnet, so wie die durch neue und abweichende Anordnungen nöthig gewordene Korrektur oder Umarbeitung in der Waldbeschreibung besorgt worden sind, werden die im letzten Jahrzehnt vorgenommenen Kulturen mit dem allgemeinen Plane verglichen und die nöthigen Schlagausbesserungs- und Trockenlegungsarbeiten, desgleichen die durch zufällige Beschädigung, als: Windfall, Schneedruck u. s. w. vermehrten Kulturen für das folgende Jahrzehnt verzeichnet.

Bei einer einfachen und gedrängten Abfassung der Waldbeschreibung wird selbst eine theilweise Umschreibung dieser

Schrift in manchen Fällen nicht unumgänglich sein, jedenfalls aber muß dies bei dem Wirthschafts- und Kulturplane geschehen, da das Fachwerk vorgeschoben wird.

Eine Abänderung in der Waldabtheilung darf nur in ganz unumgänglichen Fällen Statt finden, wozu hauptsächlich ein wichtiger Flächenzu- oder Abgang in Folge von Kauf oder Verkauf, Tausch oder Abtretung von Waldboden gehört.

§. 89. Nach erfolgter Revision muß der Wirthschafts- und Kulturplan und bei bedeutenden Abänderungen das ganze schriftliche Operat jedesmal der betreffenden Oberforstbehörde zur Prüfung vorgelegt werden, mit ausführlicher Darstellung: ob und wie sich die frühere Schätzung bewährt hat.

Bei den jährlichen Revisions- und sonstigen Waldbesuchen wird das Forstamt seine Aufmerksamkeit auch darauf richten, ob die Grenzen der Abtheilungen stets offen und die Zeichenbäume in gehörigem Stand erhalten werden, deren Bezeichnung von Zeit zu Zeit, und ehe sie unkenntlich wird, zu erneuern ist.

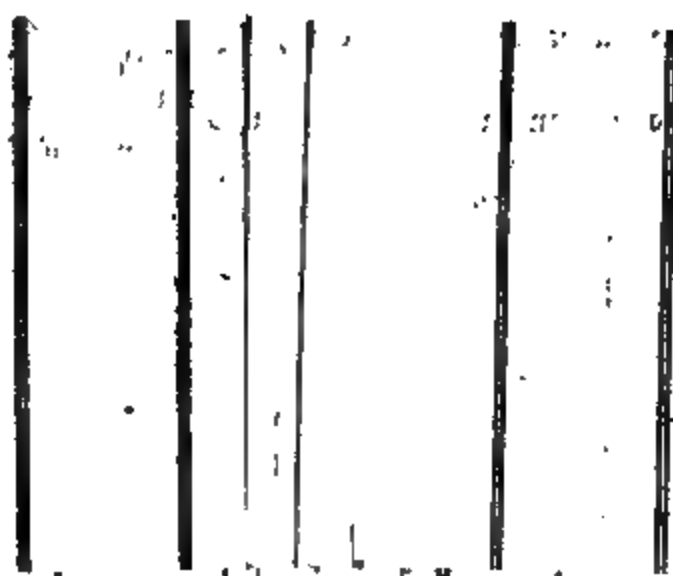


(Muster 2.) folgt nach Seite 56.

Gemeinde

Wasserhältnisse.

1 2 3 4 5





Gemein

18 18.

Distrikt, Abtheilung und Unterabtheilung.		IV. Periode von 18.. bis 18..			Bemerkungen.
Benennung.	Bezeichnung.	Fläche.	Zuwachs.	Stufung.	

Bei der Berechnung der Fläche sind die Grenzen der Gemeinden zu berücksichtigen.

18. bis 18.11.

[illegible]

(Muster 6.)

Forstbezirk . . . . .

Gemeindswald von . . . . .

## B e s c h r e i b u n g

des denselben umfassenden Wirthschaftsbezirks und seiner  
einzelnen Theile,

abgeschätzt und eingerichtet im Jahr 18 . .

durch . . . . .

. . . . .

### I. Allgemeine Beschreibung.

1. Flächeninhalt.
2. Begrenzung und Grenzzustand.
3. Gemarkungsverhältniß.
4. Dienstbarkeits- und Nutzungsrechte, Vergünstigungen.
5. Lage.
6. Boden.
7. Klima.
8. Holzarten.
9. Bisherige Waldbehandlung.
10. Grundsätze der künftigen Wirthschaft,  
und zwar in Betreff der
  - a) Holz- und Betriebsarten.
  - b) Umtriebszeit.
  - c) Schlagführung.
  - d) Holzanbau.
  - e) Haupt- oder Holznutzung.
  - f) Nebennutzung.
  - g) Holzausbringung.
11. Forstschuß.
12. Jagd.
13. Eintheilung.

### II. Besondere Beschreibung (siehe die Anlage.)

### III. A n h a n g.



(Muster 7.)

Distrikt . . . . .

Abtheilung . . . . .

grenzt:

gegen Morgen

an

„ Mittag

„

„ Abend

„

„ Mitternacht

„

Flächeninhalt:

Lage:

Boden:

Bestand:

Holzvorrath:

Zuwachs:





## **B e i l a g e.**

---

**Anleitung zu der Sammlung und dem Gebrauche von Erfahrungstafeln über die Zuwachsverhältnisse der Hauptholzarten bei der Waldabschätzung im Großherzogthum Baden.**

In §. 35. der Instruktion zur Waldabschätzung und Einrichtung ist auf eine besondere Anleitung für die Taxatoren verwiesen, nach welcher bei jenem Geschäfte Erfahrungen über die Holzzuwachsverhältnisse in den verschiedenen Landesgegenden und Lokalitäten gesammelt und zur Entwerfung von Ertragstafeln benutzt werden sollen. Diese Anleitung folgt in den nachstehenden Abschnitten, welche

- I. Von dem allgemeinen und
  - II. Von dem besondern Standorte,
  - III. Von der Auswahl der Bestände zu den Erfahrungsf lächen,
  - IV. Von dem Abstecken der Erfahrungsf lächen und der Ausmessung des darauf befindlichen Holzes,
  - V. Von dem Gebrauche der Erfahrungstafeln
- handeln, und zu deren genauer Beobachtung die Taxatoren angewiesen werden.

### **I. Von dem allgemeinen Standorte.**

Nach den klimatischen Verhältnissen und ihrer Einwirkung auf das Wachsthum der Holzarten, welche bei der Forstwirtschaft in besondern Betracht kommen, läßt sich unser Vaterland in folgende Regionen abtheilen und hiernach der allgemeine Standort bestimmen:

**Erste Region. Das Flachland der Rheinthalebene und das Vorgebirg.**

**Von 300 bis 1200 Fuß Erhebung über die Meeresfläche.**

Da bis zu der angenommenen Höhe Weinreben noch mit Vortheil gebaut werden, so ist anzunehmen, daß die in dieser

Strecken fehlt, findet sich auf dem sandigen Boden des Mittelgebirges wieder ein, und entwickelt bis zur der Grenze desselben ein Wachsthum, das mit dem der Ebene nicht selten wettsifert.

In dieser Region übt der besondere Standort in der Regel einen größern Einfluß aus, als in der vorübergehenden, denn während auf gutem Boden und in geschützten Lagen die wichtigeren Holzarten, welche uns auf das Mittelgebirge begleiten, ein vortreffliches Gedeihen zeigen, kann bei gleicher Höhe und ganz in der Nähe, in einer exponirten Lage schon ein beträchtliches Nachlassen der Zuwachsverhältnisse bemerkt werden. Die örtliche Lage ist also hier schon sehr einflußreich, und ihre Einwirkung steigert sich mit zunehmender Erhebung des Landes.

In den östlichen freien Expositionen schaden die Spätfröste, in den nördlichen der Schnee- und Austdruck, bei einer unvorsichtigen oder nachlässigen Waldbehandlung, nämlich bei zu früher Bloßstellung der Schläge und bei unterlassener Durchforstung im frühen Alter.

Der Untergrund (Gebirgsart) wirkt in dieser Region gleichfalls mit auffallender Verschiedenheit in der Art, daß manche Holzarten auf gewissen Gebirgsarten gedeiblich bis an die äußerste Grenze hinauf gehen, während sie auf andern auffallend zurückbleiben. Die Buche z. B. verschwindet auf dem bunten Sandsteine und Muschelfalke, obgleich diese Gebirgsarten sich über die Region hinaus erstrecken, bereits bei 1600 Fuß und geht mit der Molasse und Nagelfluhe bis auf 2200 Fuß Höhe freudig gedeihend hinauf. Es ist schon erwähnt worden, daß die Kiefer, die, einen mehr thonigen Boden abgebende Gebirgsarten, darunter auch das Grundgebirge, verschmäheth, dagegen auf dem Sandsteine der Höhen wiederum sich heimisch zeigt.

Wegen dieser Mannigfaltigkeit der Erscheinungen mußte die Region des Mittelgebirges für unsern Zweck bis auf 2500 Fuß ausgedehnt werden, während sie nach allgemeinen Regeln bei 2000 und mit dem Nachlaß des Obstbaues ihre Grenze finden sollte.

### Dritte Region. Das Hochgebirge bis zur Grenze der Waldwirthschaft.

Von 2500 bis 4000 Fuß Erhebung.

Hier spricht sich der entschiedene Charakter des rauhen Klima's aus, welches in den angrenzenden Gegenden der vorhergehenden Region von mancherlei Lokalverhältnissen modificirt wird, nämlich von einem plötzlichen oder allmählichen Aufsteigen des Gebirges, von der Gebirgsbildung selbst und von der Ausdehnung desselben in die Breite.

Die Holzarten des Forstbetriebes beschränken sich bald nach dem Beginn des Hochgebirges auf wenige, indem das Aufsteigen der Buche über 2500 Fuß Höhe allzu lokal und ihr weiteres Vorkommen über 3000 Fuß wirthschaftlich nicht in Betracht zu ziehen ist. Selbst die Weißtanne zeigt in höherem Gebirge als 3500 Fuß Höhe eine starke Abnahme, und die Kiefer bleibt auf dem Sandstein schon bei 2500 Fuß zurück und erreicht dessen äußerste Grenze (3600 Fuß) nur als Legforle. Die Rothtanne behauptet dagegen bis zur Grenze der Alpenregion ein nach Umständen noch vortheilhaftes Fortkommen und beurfundet in günstigen Lagen des Hochgebirges, und in geschlossenen Beständen erwachsen, daß der allgemeine Standort den Einfluß auf ihre Wachsthumsverhältnisse durchaus nicht in der Art wie bei den übrigen Holzarten ausübt.

Wie bereits gesagt worden ist, entscheidet hier hauptsächlich die örtliche Lage, welche nicht allein die Wirkungen der Witterungseinflüsse wesentlich verstärkt oder schwächt, sondern dieselbe wirkt auch auf den Boden in so fern ein, als derselbe an den meist stark geneigten Abhängen des Hochgebirges, bei exponirter Lage, nach einer unvorsichtigen Entblösung bald so sehr sich verschlechtert, daß die Holzproduktion nur schwer und sehr langsam auf ihm wieder Platz greifen kann.

Stete Bedeckung des Bodens und möglichste Erhaltung des Schlusses, sind also hier unerläßliche Bedingungen der Wald-

Behlen, Archiv. VII. Bd. 16 Hest.

wirthschaft; ohne ihre Erfüllung wird der Boden immer schlechter, der Höhenwuchs des Holzes geringer.

Je nachdem die Lage, werden die Zuwachsverhältnisse hier mehr als bei den voranstehenden Regionen schwanken und bei der Anwendung der deßfalligen Erfahrungen ist die größte Vorsicht nöthig, um von Trugschlüssen entfernt zu bleiben.

## II. Von dem besondern Standorte.

Schon bei dem allgemeinen Standort ist des besondern, durch Boden und örtliche Lage konstituirt, mehrfach gedacht worden, welcher hier nur in seinem wesentlichen Verhalten betrachtet werden kann, da eine gründliche Kenntniß dieses wichtigen Gegenstandes bei den Taxatoren vorausgesetzt werden muß. Boden und Lage sind schon deßhalb einflußreicher auf die Holzproduktion als das Klima, weil dessen Wechsel in den gemäßigten Zonen selten so auffallend hervortritt, als dieß bei den beiden Erstern der Fall ist, wo häufig die Extreme, als: sehr guter und ganz schlechter Boden, geschützte und exponirte, nördliche und südliche, stark und schwach abhängige Lage neben der Niederung in nächster Berührung vorkommen.

Über auch abgesehen von diesem Umstande, dürfte sich zwischen den nächstliegenden Bonitätsgraden des Bodens z. B. zwischen gut und mittelmäßig, schon ein Unterschied der Zuwachsverhältnisse herausstellen, welcher auf ganz gleichem (besonderen) Standorte sich bei 1000 Fuß Höhendifferenz bis an die Grenze der zweiten Region bei manchen Holzarten nicht ergeben wird. Noch größer kann der Unterschied bei der örtlichen Lage unter sich im Verhältniß zu der Höhendifferenz sein, und daher nimmt der besondere Standort das Interesse des Forstmannes mehr in Anspruch als der allgemeine, dessen größere Abstufungen nur in Betracht kommen, wie wir gesehen haben.

Bei dem Boden wirkt das Unterlagegestein (Gebirgsfelsart) allerdings wesentlich auf das Wachstum der Holzarten ein, aber eben so wichtig ist der Umstand: ob demselben mehr oder minder Zuflüsse an vegetabilischen Ueberresten zu

Theil werden, ohne welche der Wachstumsprozeß der stärkern Holzwüchse auf jeder Gebirgsart kümmerlich bleiben wird.

Eben so einflußreich ist die Stellung der Bäume unter sich, denn bei einem lichten Stand wird der Boden in der Regel immer schlechter, während er sich in einem dunkeln verbessert. Diese Bedeckung trägt nicht allein zur Erhaltung der nöthigen Feuchtigkeit des Bodens bei, sondern sie kann auch umgekehrt unter veränderten Umständen eine wünschenswerthe entgegengesetzte Wirkung hervorbringen, wie dieß bei einem schweren und durch Entblösung theilweise versumpften Thonboden der Fall ist, wo der eingetretene Holzschluß den Graswuchs verdrängt, und dadurch die Hauptursache der Versumpfung aufhebt. Auch durch die Verdrängung der sich auf ausgemagertem Boden so häufig ansiedelnden Forstunkräuter verbessert sie den Boden auf indirekte Weise, indem durch den Schluß des Holzes diese Schmarözer wiederum vertrieben werden, welche ihm viele Nahrungsstoffe entziehen.

Die Abnahme der Bodenkraft erfolgt bei einem lichten Stande in südlicher Lage und an stärkern Abhängen rascher, als in nördlicher und bei ebener oder sanft geneigter Lage oder in muldenförmigen Thälern, welche überhaupt, so wie der Fuß der Gebirge, einen tiefgründigeren Boden als die Abhänge besitzen; weil ihnen die meisten Nahrungsstoffe durch den Regen zugeführt, während sie jenen dadurch sowohl, als durch die stärkere Einwirkung der Winde geraubt werden, wenn nicht lose Felstrümmer dieses hindern, welche nur bei allzudichter Ueberschüttung nachtheilig werden können, sonst aber den Boden gegen eine schädliche Austrocknung und gegen das Wegspülen der Dammerde schützen.

Der oberflächliche Zustand des Unterlagegesteins ist insbesondere von wesentlichem Einfluß, denn ein dichtes, der Verwitterung schwer zugängliches Gestein wird bei der mächtigsten Dammerdeschichte den Holzwuchs nur bis zu einem gewissen Alter der Bäume gestatten, alsdann aber deren baldigen Abgang veranlassen. Auf den Plattformen der Gebirge ist ein dichtes



**Unterlagegestein die gewöhnliche Ursache der Versumpfung.** Dagegen ist eine zerflüftete und zur Verwitterung geneigte Gebirgsart der Wurzelaußbreitung sowohl, als der Erhaltung eines angemessenen Wärme- und Feuchtigkeitszustandes und der dadurch beförderten Zersetzung der mineralischen und vegetabilischen Nahrungstoffe günstig.

Es ist nicht außer Acht zu lassen, ob das Unterlagegestein mit seinen gewöhnlichen Einflüssen unmittelbar auf den Holzwuchs einwirken kann, oder ob dasselbe mit Mergel- oder Lehm-schichten so ansehnlich überlagert ist, daß ganz verschiedene Erscheinungen hervorgerufen werden und auf dem sonst mageren und flachgründigen Kalkgebirge ein tiefgründiger und fruchtbarer Thonboden auftreten kann; es ist ferner nicht zu übersehen, wenn im Sandsteingebirge das thonige Bindemittel in den oberen Schichten bald allgemein, bald nur stellenweise angehäuft ist, und dadurch der sonst aus der Verwitterung dieser Gebirgsart hervorgehende Sandboden in einen mehr oder minder bindenden Thonboden übergeht.

In den Niederungen können in einiger Tiefe dichte Geröll- und Kieselager vorkommen, bei deren Erreichung durch den Wurzelbau der Bäume, nach einem vorangegangenen sehr kräftigen Wuchse, zuerst ein starker Nachlaß des Wachstums und bald ein allmähliges Absterben des Stammes vor der Zeit eintritt; auch Horizontalwasser bei geringer Tiefe oder temporäre, aber öfter wiederkehrende Ueberschwemmungen können gleiche Wirkungen erzeugen.

Die sandige Niederung erfordert eine eben so sorgfältige Erhaltung des Schutzes durch den Holzbestand, wie die südlichen Abhänge der Gebirge, wenn gewisse Holzarten erzogen oder erhalten werden wollen, welche auf einem ganz mageren Boden nur kümmerlich gedeihen.

Bei der Einsammlung der Erfahrungen über die Zuwachsverhältnisse ist die Gebirgsart besonders zu beachten und jedesmal in der Tabelle anzugeben, auch deren oberflächliches Verhalten in der Spalte „Beschaffenheit des Bodens“ zu schil-

bern, wobei die Ausdehnung, sonach die Wichtigkeit einer Gebirgsformation, wegen der Zahl der Erfahrungsflächen maßgeblich ist; allein nichts desto weniger, sollen die Erfahrungen auch auf ganz untergeordnet vorkommende Gebirgsformationen ausgedehnt und deren Einfluß erhoben werden, weil ein und der andere Wald durchaus nur auf einer solchen liegen kann und schon deshalb die Erfahrungen nöthig sind. Bei Anständen über eine Gebirgsformation sind die Zweifel beizufügen und das Vorkommen in einer, der Erfahrungstafel beizufügenden Bemerkung zu beschreiben.

Was die in der Instruktion zur Waldbeschätzung vorgezeichneten Bonitätsgrade des Bodens betrifft, müssen diese allgemein festgehalten und hiernach der Boden auf den Erfahrungsflächen angesprochen werden; aus diesem Grunde kann z. B. ein guter Sandboden des Flachlandes nicht als ein guter, sondern als ein mittelmäßiger Boden bezeichnet werden. Zur Bestimmung der Bodengüte muß auf den Erfahrungsflächen jedesmal eine Untersuchung des Zustandes der obern Erdschichten nach Substanz, Feuchtigkeit und Humusgehalt vorangehen, und ist zur Beurtheilung hauptsächlich auch die Vegetation im Allgemeinen in Betracht zu ziehen.

Auch bei der Beschreibung der Lage ist sich an die in der Instruktion gegebene Bestimmung zu halten, und dieselbe hiernach in der Kolumne der Erfahrungstafel „Beschaffenheit der Lage“ zu charakterisiren. Die beigefügte Höhentafel (a) mit Angabe der Gebirgsarten ist bestimmt, den Taxatoren zur vergleichenden Höhenbestimmung und Orientirung rücksichtlich des Unterlagegesteins zu dienen.

### III. Von der Auswahl der Bestände zu den Erfahrungsflächen.

Wenn gleich die Erfahrungen vorzugsweise für die in ganzen Beständen vorkommenden Holzarten gewonnen werden sollen, also für die Rothbuche, Kiefer, Weiß- und Rothtanne, Eiche, Erle, Birke und Weide, so dürfen doch die Erfahrungen bei

den übrigen für den Forstbetrieb interessanten Holzarten, welche gewöhnlich nur eingemischt erscheinen, nämlich bei der Weißbuche, Esche, Alhorn, Ulme, Aspe, Lärche nicht vernachlässigt werden, sobald die Taxatoren reine Normalbestände dieser Holzarten antreffen, um auch deren Wachstumsverhältnisse kennen zu lernen, weil diese häufig bei gemischten Beständen in Betracht kommen. Manche der genannten Holzarten werden rücksichtlich des allgemeinen und besondern Standortes beschränkter vorkommen, als andere, und ein solches gleichsam exotisches Erscheinen in einer Region oder auf einem Boden, welche ihrer Natur fremd sind, wie z. B. die Erle, die Weide im höhern Gebirge und auf trockenem Boden, oder die Roth- und Weißtanne in der Rheinthalebene, die Eiche im Hochgebirge, verdient hier keine Beachtung, wogegen den Holzarten, welche in allen Regionen und bis zu einer Höhe von 3000 Fuß noch immerhin gedeihlich vorkommen, wie die Kiefer, Buche, Birke, überall gleiche Aufmerksamkeit zu widmen ist.

Zu den Erfahrungsflächen dürfen nur normal bestockte Bestände, d. h. solche ausgewählt werden, bei welchen nicht nur die gehörige Anzahl von möglichst gleichalterigen und im Längenwuchs nicht sehr abweichenden Stämmen oder Stangen vorhanden ist, sondern in denen auch eine ziemlich gleiche Vertheilung derselben Statt findet. Unter einem Normalbestand wird überhaupt ein solcher verstanden, wie er auf größern Flächen bei einer pfleglichen Waldbehandlung und den verschiedenen örtlichen Standorten erwartet werden kann. Derselbe unterscheidet sich von dem Idealbestand dadurch, daß auf diesem der höchst mögliche Grad von Vollkommenheit verlangt wird, während man sich bei dem Erstern mit einem, zwar immer vollkommenen, aber dem Mittel der Bonitätsklasse des Standortes entsprechenden Bestand begnügt, indem von einem gewöhnlich nur auf kleine Flächen beschränkten Idealbestand, welcher einer oft zufälligen Anhäufung der Dammerde und einer sehr begünstigten Lage sein Dasein verdanken mag, keineswegs auf den Zuwachs bei größern Flächen geschlossen werden kann, mit denen man es bei dem

Forstbetrieb zu thun hat und auf welchen selten der Boden aller Orten so gleichartig ist, wie auf ausgesuchten kleinen Flächen, folglich Durchschnittserfahrungen angewendet werden müssen, wenn man sich nicht zu Mißgriffen führen lassen will.

Berücksichtigt man überdieß die mancherlei Unfälle, welchen ein Wald in der langen Zeit seines Aufwachsens ausgesetzt ist, so wird dies ein weiterer Grund sein, dem überspannten Maßstabe der Idealität zu entsagen und auf die Anwendung eines ermäßigten zurückzukehren.

Jedoch ist es nöthig, daß der Taxator bei Auswahl der Normalflächen sehr vorsichtig zu Werke geht und sich auf der andern Seite nicht zu weit von der nöthigen Vollkommenheit derselben entfernt, wozu er sich leicht verleiten lassen könnte, wenn er lange und vergeblich nach Normalbeständen geforscht hat. In diesem Fall thut er weit besser daran, Erfahrungen aus benachbarten, selbst entfernten Gegenden, bei der Abschätzung anzuwenden, als in unvollkommenen Beständen Erfahrungsfächen abzunehmen.

Wenn sich in den jüngern und mittlern Altersklassen nicht selten normale Bestände finden lassen, so werden sie dagegen im ältern Holze schwerer aufzufinden sein, indem Bestände von mehr als 60 bis 70jährigem Alter häufig unter vielen Widerwärtigkeiten aufgewachsen oder bereits durchsehmelt worden sind. Bei dem Zustand der Forstwirthschaft vor jener Zeit ist dies leicht erklärlich, aber auch später noch hat mancher Bestand durch eine schonungslose Behandlung mehr oder weniger gelitten, sich aber mit zunehmendem Alter wieder ziemlich erholt, ohne daß die Folgen der frühern Mißhandlung bei einiger Aufmerksamkeit zu verkennen sind. Solche Bestände eignen sich nicht zu Erfahrungsfächen, welche überhaupt da vermieden werden müssen, wo früher eine starke Beweidung oder ein anhaltendes Streurechen ausgeübt worden ist, oder ein starker Wildstand vorhanden war, oder wo durch geschichtliche Notizen erfahren oder aus den Jahresringen der Probestämme ersehen wird, daß der Bestand in der Jugend lange Zeit unter älterm Holze ge-

standen, oder wo ferner nach der örtlichen Lage Spätfröste, Hagelschlag, Insektenschaden öfter vorkommen.

Auch ist sich bei den Erfahrungen für den Hochwaldbetrieb genau zu überzeugen, ob das Holz durchaus vom Samen oder etwa theilweise vom Stock erwachsen ist. Der dem Schluß entsprechende Längenwuchs, die äußerlichen Zeichen der Gesundheit, so wie die innerlichen an den Probestämmen ersiehene, die Beschaffenheit und Farbe der Rinde, der Triebe, des Laubs und der Nadeln werden den Taxator nach einer nähern Prüfung über eine nachtheilige Einwirkung äußerer Verhältnisse belehren, welche der Bestand erlitten haben mag, und welche ihn für den beabsichtigten Zweck unbrauchbar macht.

Was das Alter der Bestände zu den Erfahrungsflächen betrifft, genügt es, dieses im Allgemeinen bis an die Grenze der Umtriebszeiten zu verfolgen, welche nach den allgemeinen Regeln als die vortheilhaftesten für die verschiedenen Betriebsweisen angenommen werden, daher im Hochwaldbetriebe bei der Eiche nicht über 150, bei der Rothbuche, Kiefer, Weiß- und Rothtanne nicht über 120 Jahre, bei der Birke und Erle nicht über 60 Jahre; im Niedermwaldbetrieb: bei der Buche, Eiche, Esche, Ulme, Ahorn nicht über 40 Jahre, bei den übrigen Holzarten nicht über 25 bis 30 Jahre, sodann bei den Oberhölzern im Mittelwald nicht über das für den Hochwaldbetrieb bezeichnete Alter. Diese Bestimmung schließt jedoch keineswegs die Sammlung von Erfahrungen bei höherem Alter des Hochwaldes und der Oberhölzer im Mittelwalde aus, wenn normale Bestände angetroffen werden, und durch deren Aufnahme die Erfahrungen über die Zuwachsverhältnisse überhaupt bereichert werden können.

An ein periodisches Alter z. B. von 10 zu 10 oder 20 zu 20 Jahren, sind die Erfahrungen nicht gebunden, sondern die Taxatoren nehmen Erfahrungsflächen in jedem Alter bis zu den gegebenen Grenzlinien auf; wie sich ihnen gerade Normalbestände darbieten und verzeichnen das erhobene Alter ohne Interpolirung, welche erst bei dem vorläufigen Gebrauche der

im ersten Jahre gewonnenen Erfahrungen und bei der mittelst dieser Materialien beabsichtigten Aufstellung allgemeiner Erfahrungstafeln ihre Anwendung findet.

#### IV. Von der Absteckung der Erfahrungsflächen und der Ausmessung des darauf befindlichen Holzes.

Bei der Absteckung ist darauf zu achten, daß die Flächen so wenig als möglich von der regelmäßigen Figur des Quadrats abweichen, und in Fällen, wo dieß nicht thunlich ist, dürfen die kürzern Seitenlinien des Rechtecks nicht unter die Hälfte der größern betragen. Es sollen ferner diese Linien nicht allzu nahe an den Stämmen hingezogen werden, damit nicht mehr Stämme in die Fläche fallen, als im Verhältniß zu der allgemeinen Stellung auf derselben stehen; dagegen sind aber auch leere Stellen von einigem Belang zu vermeiden, welche dem Normalstand nicht entsprechen. Die Erfahrungsflächen dürfen nicht unter einem halben Morgen betragen, weil geringere Flächen sehr leicht unsichere Resultate gewähren; wo es geschehen kann, ist den Flächen von 1 — 2 Morgen der Vorzug zu geben. Zum Behufe der Absteckung dieser Flächen muß jeder Taxator mit einer kleinen Kreuzscheibe von Messing und einer gehörig zubereiteten Meßschnur von 100 — 150 Fuß Länge versehen sein.

Sobald die Fläche abgesteckt und ausgeplattet ist, was an den nächststehenden, über die Grenzlinien fallenden Randbäumen geschieht, werden zuerst die etwa vorhandenen unterdrückten Stämme oder Stangen von einer Seite her ausgeplattet, damit sie in das Gesicht fallen und bei der Aufnahme der übrigen oder des bleibenden Bestandes übergangen werden können, sodann werden die Höhenklassen durch Vergleichung der Stämme unter sich nach dem Augenmaß bestimmt, wobei ein kleinliches Verfahren zu vermeiden ist, indem geringe Unterschiede wegen dem starken Abfallen der Stämme dem Gipfel zu, keinen beachtenswerthen Einfluß ausüben und zudem in Normalbeständen sich selten mehr als drei Klassen von Baumhöhen ergeben werden. Hierauf beginnt die Abmessung der Stammkreisflächen

bei Brusthöhe mit dem Kreisflächenband, womit jeder Taxator versehen sein muß, in der Art, daß ein Taxator die Stämme mißt und dem andern die Kreisflächen angibt, welcher die Zahlen nach Betrachtung und Vergleichung des Stammes in die Kolonne der entsprechenden Höhenklasse einschreibt.

Ein Holzhauer folgt den Taxatoren auf dem Fuße nach und pikt oder reißt die gemessenen Stämme auf der Seite an, welche im Gesicht liegt, wobei er auch zugleich aufmerksam ist, damit kein Stamm übergangen wird.

Bei Abmessung der Kreisflächen wird die Rinde an der Stelle, wo gemessen werden soll, vorher mit der Hand von Moos, losen Rindenresten u. so gut als möglich gereinigt und bei der Abmessung selbst das Band schraff angezogen, bei sehr rauher Rinde aber ein verhältnißmäßiger Abstand der Enden des Bandes von einander zugegeben, damit nicht eine größere Holzmasse bei der Berechnung sich ergibt, als wirklich vorhanden ist, denn obgleich die Borke mit in das Kaster gesetzt wird, so fällt doch ein Theil derselben bei dem Aufspalten und sonstigen Bearbeiten hinweg, manche Unebenheiten füllen sich ferner in dem Kaster wechselseitig aus, kurz, das rücksichtslos auf der rauhen Rinde erhobene Maß wird immer größer ausfallen, als es wirklich in dem Kaster erscheint, da das Meßband nie so stark angezogen werden kann, wie es nöthig wäre. Bei nassem Wetter oder bei harzigen Stämmen, wo die Anwendung des Pergamentbandes nicht rathsam ist, kann sich zur Messung auch das Gabelmaßeß und der auf demselben verzeichneten Peripherien ausnahmsweise bedient werden, doch ist dabei wohl in Obacht zu nehmen, daß bei einer unregelmäßigen Form der Stämme nur verglichene Peripherien verzeichnet werden und eher längere Zeit mit der Aufnahme zugebracht, als diese übereilt wird. Das Abgreifen des Durchmessers oder der Peripherie fordert die nochmalige Berechnung der Kreisfläche, hält deshalb die Arbeit auf und kann leicht Fehler erzeugen, abgesehen auch davon, daß das Ergebnis gewöhnlich unsicherer ist, als die an-

mittelbare Abmessung der Kreisfläche, weshalb dieser — wo möglich — der Vorzug gegeben werden muß.

Nach bewirkter Aufnahme und Summierung der Stämme, werden diese zur Kontrolle noch einmal nachgezählt und mit der verzeichneten Zahl verglichen, wobei sie von der entgegengesetzten Seite angepickt oder gerissen werden können.

Nach Summierung der Kreisflächen von jeder Höhenklasse, und berechneten mittlern (durchschnittlichen) Kreisflächen, wobei die Kreisflächensumme jeder Klasse durch die Zahl der Stämme in derselben getheilt wird, sucht man für jede Höhenklasse einen Musterstamm aus, dessen Kreisfläche der gefundenen mittlern gleichsteht, zudem im Wuchs und in der Länge der Klasse entspricht, läßt hierauf diese Musterstämme fällen und nimmt bei jedem seine Kreisflächen in der Mitte der Sektionen von 5 zu 5 Fuß Länge entweder mit dem Kreisflächenband, oder bei stärkeren Stämmen, welche nicht wohl gelegt werden können, die Peripherie mit dem Gabelmaß ab, womit an dem Stamm bis in den Gipfel und auf 2 Zoll Stärke desselben fortgeföhrt wird; hierauf werden die verzeichneten Kreisflächen der Walzenstücke eines jeden Musterstammes summiert und durch Multiplikation mit der Sektionslänge (5) der körperliche Inhalt des Baumstammes gefunden; sodann geschieht die einzelne Abmessung und Berechnung der stärkeren Nester über 2 Zoll mittlern Durchmesser und zuletzt die Veranschlagung der schwächeren Nester und des Reisens nach Werten, wobei für eine so fest als möglich aufgebundene Welle von 1 Fuß Durchmesser und vollen 4 Fuß Länge, oder für eine locker gebundene, dagegen gewöhnlich  $1\frac{1}{4}$  bis  $1\frac{1}{2}$  Fuß Dicke besitzende Welle, 1 Kubikfuß Holzmasse gerechnet wird.

Da, wo ohne Beschädigung des Bestandes auf der Erforungsfläche oder in deren Nähe mehrere Musterstämme für jede Höhenklasse gefällt, berechnet und Durchschnittszahlen gewonnen werden können, ist dieß nicht zu unterlassen.

Der auf die angegebene Weise gemessene und berechnete Schaft, die stärkeren Nester, die schwächeren und das Reis, er-



geben zusammen den Holzmassegehalt der Musterstämme, und zugleich erhält man die Länge der verschiedenen auf der Erfahrungsfläche angenommenen Höhenklassen. Mit dieser Länge ist nun die Summe der Kreisflächen in jeder Klasse zu multiplizieren und dadurch der Idealwalzengehalt der in ihr befindlichen Stämme zu erheben. Dieser Idealwalzengehalt wird nun bei jeder Klasse auf den wirklichen Holzmassegehalt dadurch reduziert, daß zuerst die gefundene Holzmasse des Musterstamms durch dessen Idealwalzengehalt dividirt wird, um dadurch die Reduktions- (Vollholzigkeits-) Zahl zu finden und sodann durch Multiplikation des Idealwalzengehaltes sämtlicher Stämme der Klasse mit dieser Bruchzahl, deren wirkliche Holzmasse ausgemittelt wird.

Nachdem diese Verwandlung des Idealwalzeninhaltes in den wirklichen Holzmasseninhalt mit sämtlichen Klassen vorgenommen, und der Letztere zusammengezogen worden ist, erhält man die auf der Erfahrungsfläche befindliche Gesamtholzmasse in Kubikfuß, welche nun dadurch in Masselastern verwandelt werden, daß bei ganz glatten und mehrspältigen Stämmen 100 Kubikfuß, bei etwas rauhen oder schwächern 90 Kubikfuß, bei Stämmen mit einer sehr rauhen Rinde und vielem Astholz, so wie bei Stangenhölzern bis 2 Zoll Stärke 70 bis 80 Kubikfuß, bei schwächern Stangenhölzern, wie bei dem Reisholz überhaupt aber 100 fest aufgebundene Wellen, gleich einem Klasten angenommen werden. Bei den Nadelhölzern muß schon bei Berechnung der Musterstämme wegen den Nadeln ein verhältnißmäßiger Abzug an dem Reisholz Statt finden, welcher bis zu einem Drittel ansteigen kann.

Was diese Veranschlagung der schwächern Nefte und des Reishes betrifft, ist zu bemerken, daß in geschlossenen Beständen, zumal des höhern Alters, dieses Gehölze gewöhnlich geringfügig ausfallen und einen unbedeutenden Einfluß ausüben wird. Im höchsten Fall kann dieses Sortiment in 100 bis 120jährigen Normalbeständen, selbst bei Laubhölzern, 300 bis 350 Wellen per Morgen betragen, folglich 3 bis  $3\frac{1}{2}$  Klasten

und eine Differenz wird daher höchstens zwischen  $\frac{1}{2}$  bis 1 Klafter schwanken, was keiner Beachtung werth ist.

Die Anwendung von allgemeinen Volkholzigkeitszahlen zur Abkürzung der Holzmassenberechnung auf den Erfahrungsflächen ist den Taxatoren untersagt.

An den gefällten Musterstämmen sind die Jahresringe sorgfältig zu zählen und zu vergleichen, um das Alter der Bestände zu erforschen; da jedoch gewöhnlich die Jahresringe der ersten Lebenszeit schwer von einander zu unterscheiden sind, so ist es nöthig, der gefundenen Zahl von Jahresringen immer noch 5 bis 6, selbst mehr Jahre beizuzählen.

Das vorstehende Verfahren der Holzmassenberechnung auf den Erfahrungsflächen ist bei den zum Hochwaldbetrieb bestimmten Beständen bis auf Stangenhölzer von 2 Zoll Stärke herab anzuwenden, bei Beständen unter dieser Stärke findet eine Messung und Schätzung der Stangen und des Reises, nach — mehrere Quadratruthen haltenden — Probeplätzen Statt, deren einige an verschiedenen Stellen der 1 bis 2 Morgen großen Erfahrungsfläche aufgenommen werden, um Durchschnittszahlen sowohl für die Anzahlen der vorhandenen Stangen, so wie für deren Holzhaltigkeit zu gewinnen.

Bei Dickichten wird nur die Schätzung des Reisholzes nach Quadratruthen angewendet. In den Niedermaldungen sollen die Erfahrungsflächen auf den Schlägen gleichfalls mittelst Absteckung, jedoch größerer Flächen und durch den Hieb und die Aufarbeitung des Holzes, in der geeigneten Jahreszeit gesammelt und die Abmessung in der vorgeschriebenen Art nur bei den Laßreisern angewendet werden; in Mittelwaldungen sind diese Erfahrungsflächen nach einer sehr sorgfältigen Auswahl der regelmäßig mit Laßreisern und den verschiedenen Oberhölzern besetzten Stellen, durch Aufarbeitung des Unterholzes und durch Messung und Vergleichung der Oberhölzer mit Modellstämmen, gleich wie bei dem Hochwald zu sammeln.

Der Ertrag der Zwischennutzungen des Hochwaldes in den verschiedenen Altersperioden wird durch ausgeführte Durch-

forstungen im größern Maßstabe und mit Beachtung der in der Instruktion zur Waldabschätzung angedeuteten Korrekturen geschöpft.

Die Ergebnisse der Erfahrungsflächen, so wie die Charakteristik des Standortes sind in eine Tafel nach dem anliegenden Muster (b) zu verzeichnen, damit auf der Vorderseite das Resultat auf einem badischen Morgen, auf der Rückseite aber die verschiedenen Ergebnisse nach der wirklichen Größe der Probefläche, so wie die Analyse der Musterstämme ersehen werden können.

In der Kolumne „Bemerkungen“ wird bei den haubaren und zunächst an der Haubarkeit stehenden Beständen das Verhältnis des Bau- und Nutz-, so wie des Scheiterholzes zu der ganzen Derbholzmasse in Näherungszahlen angegeben, z. B.  
0,6 Nutz- und Bauholz,  
0,4 Scheiterholz.

Das Prügelholz wird nicht besonders ausgeschieden, sondern unter das Reisholz aufgenommen.

In dieser Kolumne wird ferner bemerkt, ob der Bestand bereits durchforstet worden ist oder nicht, und wie viele unterdrückte Stämme oder Stangen im letztern Falle darin zur Zeit stehen und bei der Ausmessung übergangen worden sind.

Von den Tafeln haben die Taxatoren genaue Abschriften, so wie die Resultate der in den verschiedenen Altersperioden und Standorten angestellten Untersuchungen über die Zwischenutzungserträge der wichtigeren Holzarten, mit den schriftlichen Abschätzungsarbeiten an die Forstämter einzuschicken, welche sie den Oberbehörden vorlegen werden, um daselbst mit Hülfe der speziellen Erfahrungen, allgemeine Ertragstafeln aufstellen zu können, welche bei der fortgesetzten Waldabschätzung angewendet werden sollen.

Auß diesem Grunde müssen sich die Taxatoren vor dem Beginn der eigentlichen Abschätzung, mit der Einsammlung dieser Erfahrungen vorzugsweise beschäftigen, diese aber auch im Verlaufe des Geschäftes fortsetzen, und so oft sie auf einen

beachtenswerthen Normalbestand stoßen, dessen Holzmasse erheben, um sich dadurch das Bild desselben einzuprägen und nach diesem die Holzhaltigkeit der ihnen in der Folge vorkommenden Waldbestände mit einer gewissen Zuversicht ansprechen zu können.

Bei dieser Vorarbeit sind sie durchaus nicht an die ihnen zur Abschätzung zugewiesenen Forstbezirke und Forstämter gebunden, sondern es bleibt ihnen überlassen, auch in deren Nachbarschaft Normalbestände aufzusuchen, sich hierüber mit den Forstbeamten und andern Taxatoren in der Nähe zu benehmen und die Erfahrungen wechselseitig auszutauschen.

Wo möglich sind die Erfahrungen in dem abzuschätzenden Walde selbst, gelegentlich der wirthschaftlichen Flächenabtheilung, zu sammeln, um dadurch in manchen Fällen die Abmessung besonderer Probestflächen unterlassen und Kosten ersparen zu können.

## V. Von dem Gebrauche der Erfahrungstafeln.

Vor der Hand und bis die Taxatoren im Besitze der erwähnten allgemeinen Erfahrungstafeln sich befinden, ist eine besondere Vorsicht bei der Anwendung der Einzelerfahrungen nöthig, und diese können erst dann mit einiger Sicherheit angewendet werden, wenn wenigstens drei Erfahrungsflächen aus jeder Altersperiode abgemessen worden sind, deren durchschnittliche Holzhaltigkeit maßgeblich ist.

Bei der Abschätzung wird nach diesen, oder den in den allgemeinen Erfahrungstafeln verzeichneten Mittelenerträgen und mit Hülfe des durch die Abmessungen in Normalbeständen geschärften Blicks des Taxators, zuerst der durchschnittliche Normalzuwachs jeder Wirthschaftsabtheilung des zu taxirenden Waldes nach Maßgabe des Standortes bestimmt, sodann wird der gewöhnlich abweichende, zeitliche Zuwachs, mit der nöthigen Ermäßigung des Normalzuwachses angesprochen, wobei die auf der Abtheilung oder Unterabtheilung vorhandene Holzmasse im Vergleich zu dem Normalbestand in den meisten Fällen entscheiden

wird. Da diese aber jeden Falls erhoben werden muß, so haben die Taxatoren anfänglich und bis zur Erlangung eines geschärften Augenmaßeß, die Hülfsmittel der Probestflächen anzuwenden, bis sie die Holzmasse auf einem Durchschnittsmorgen ziemlich genau, mit Hülfe der Ertragstafeln und der Einübung zu schätzen und dadurch zu beurtheilen vermögen, welche Differenz zwischen dem normalen und dem wirklichen Bestand Statt findet, wodurch die Abweichung des zeitlichen vor dem normalen Zuwachse in der Regel leicht ermittelt werden kann. Diese Differenz drückt der Taxator dadurch aus, indem er sagt: der Bestand ist 0,6, 0,8 u. normal. Allein es ist möglich, daß ein Bestand dormalen die normale Holzmasse seines Alters und Standortes enthält, dagegen läßt sich ein baldiges ungewöhnliches Nachlassen des Zuwachses aus der Vertlichkeit oder der Beschaffenheit des Holzes erwarten, ohne daß die Verjüngung immer in der Zeit geschehen kann, wo sie am vortheilhaftesten vorzunehmen wäre, der zeitliche Zuwachs muß daher für eine gewisse Zeit im Verhältniß zu dem normalen ermäßigt werden, wie dieß bei flachgründigem, sonst guten Boden, bei stockaus schlägigen, in den Hochwaldbetrieb übergeführten Hölzern und bei Beständen nicht selten der Fall ist, welche in der Jugend durch Weide und Wildfraß oder durch Unterdruck gelitten, sich aber wieder erholt und im mittlern Alter starke Fortschritte gemacht haben, ohne daß diese von anhaltender Dauer sind.

Im Gegentheil wird der Fall noch häufiger vorkommen; daß dormalen ein Bestand weder die erforderliche Stammzahl noch Holzmasse enthält, und in Folge dessen bisher im durchschnittlichen Zuwachs ansehnlich gegen den normalen zurückgeblieben ist, allein sein äußerliches Ansehen und die an den gefällten Probestämmen ersene Zunahme der Jahresringe beurfunden, daß er in einer gewissen Zeit den Normalstand erreichen kann, und folglich der zeitlich geringere Zuwachs nur ein periodischer ist, und hiernach bemessen werden muß. Eine gleiche Berücksichtigung kann bei nassem Boden in der Voraussetzung eintreten, daß die Nässe bald beseitigt wird.

Da, wo Oberholz vorkommt, welches durch seine Anzahl, Stellung und Beschaffenheit dem Unterholze nachtheilig ist, ohne daß dasselbe in Bälde ausgenutzt werden kann, werden die Taxatoren wohl daran thun, beide rücksichtlich des Zuwachses zuerst getrennt zu betrachten, bei dem Unterholze die nöthige Ermäßigung bestimmen und dem ausgeschägten Oberholze einen seiner Beschaffenheit entsprechenden Zuwachs nach Prozenten zu geben, welcher sich durch Vergleichung der Masse mit dem Alter annähernd bemessen läßt, beide aber vereinigt dem Bestande bis zu seiner Verjüngung als mittlern Zuwachs zulegen, wenn nicht inzwischen durch die stärkere Ausbreitung des Oberholzes und dessen voraussichtliche physische Abnahme eine nochmalige Herabsetzung des Zuwachsverhältnisses für eine gewisse Zeit vor dem Fieße nöthig erachtet werden sollte.

Auch kann da, wo in Mittelwäldungen vieles Oberholz vorkommt, und vor dem Fieße des Unterholzes nicht vermindert werden kann, das Erstere als im Schlusse stehend sich gedacht und demselben für die hiernach reduzirte Fläche ein nach Beschaffenheit des Oberholzes und seines freiern Standes mehr und minder günstiger Zuwachs, gleich wie bei dem Hochwalde, beigelegt werden, während der Zuwachs des Unterholzes nach dem Verhältnisse seines Zustandes angesprochen wird.

Forstamt Forstheim,  
Forstbezirk Bergbausen.  
Distrikt Forstberg.  
(Breitfeld).

# b. U e r s a h r u n g s t a f e l über die Beschaffenheit der Bäume

Storachbäume (circa 5000 St. B.)

## Besondere Beschaffenheit

des Forstl.	des Bodens.	der						
23	Das Unterlagengebiet ist mit Leben ist grundig aber Abgleich bis wurde, so bagegen nur Flüsse ersetzt Gläße am Bup wie wengig liegt.	Eine ziemlich flache und geschützte Fläche.	260	6518,7	68,6	3,4	72	Der Stamm ist noch und es befinden sich 22 unterbrückte, schwache Stämme per Morgen.

nur die Oberböcker in den Stämmen „Stammholz“ und „Polzmaße in Subst.“ die bei den gewöhnlichen Zieherabgaben, nur in Stämmen abgegeben, und der erster ist das Verhältnis der Zieherabgabe der Stämme durch das Oberholz

## **6. Vollzugs-Verordnung, die Bewirthschaftung der Gemeinds- und Körperschaftswaldungen betreffend.**

Vom 26. Februar 1836.

Zum Vollzug der §§. 73—85 des Forstgesetzes wird verordnet, wie folgt:

1. Für jede Gemeinde wird durch den nach §. 31. des Forstgesetzes zu bewirkenden summarischen Aufschlag des nachhaltigen Ertrags ihrer Waldungen der diesem Ertrag entsprechende jährliche Holzabgabesatz, welcher bei Niederwaldungen in einer bestimmten jährlichen Schlagfläche besteht, ermittelt, und von den Forstbehörden dem Gemeinderath bekannt gemacht.

Wurden Waldausstockungen vorgenommen, einzelne Waldungen veräußert oder neu erworben, oder wurde der nachhaltige Ertrag der Waldungen durch außerordentliche Holzbrüche oder Naturereignisse gemindert, so wird der jährliche Abgabesatz, sofern nicht ohnehin die periodische Revision desselben eintritt, im besondern Wege neu bestimmt und dem Gemeinderath mitgetheilt.

2. Die Gemeindebehörden (Gemeinderath und Ausschuss) können je nach den Bedürfnissen der Gemeinde in einzelnen Jahren, sofern es sich nicht um forstwirtschaftlich wegzuschaffendes Holz handelt, wohl ein geringeres Quantum fällen lassen, als der Abgabesatz gestatten würde, aber kein größeres; es sei denn, daß in einem einzelnen Jahre ein besonderes Bedürfnis vorhanden sei und der dazu nöthige Vorhieb durch eine Beschränkung im nächstfolgenden oder doch in den zwei nächstfolgenden Jahren wieder eingebracht werden könne, und daß, wo dessfalls eine Beschränkung des Bürgergebölzes nöthig würde, zwei Drittel der Bürger und anderer Genußberechtigten dazu einwilligen. — Ist hiernach ein Vorhieb geschehen, so kann ein solcher nicht wieder aufs Neue Statt finden, ehe der einmalige Vorhieb wieder eingebracht ist.



Im Uebrigen wird in Hochwaldungen der nach §. 1. bestimmte Abgabesaß für jedes Jahr nach dem Ergebnisse des Hiebs vom vorigen Jahr berichtigt. Es wird nämlich, wenn in einem Jahre nach der Wirthschaftsordnung (§. 21.) weniger Holz gefällt wurde, als wozu die Gemeinde nach dem Abgabesaß befugt gewesen wäre, der Mehrbetrag des letztern dem Abgabesaß des nächstfolgenden Jahrs beige schlagen, und eben so bei einer Ueberschreitung des Abgabesaßes vom vorigen Jahre der Betrag dieser Ueberschreitung als ein Vorhieb vom neuen Abgabesaß in Abzug gebracht.

Bei Niederwaldungen findet eine solche Berichtigung, ohne Rücksicht auf das Quantum des gefällten Holzes, nur in so fern statt, als im vorhergegangenen Jahre eine größere oder geringere als die festgesetzte Schlagfläche zum Hieb gekommen ist.

3. Jedes Jahr im Monat April stellt der Gemeinderath unter Mitwirkung des Ausschusses und nach Vernehmung der Nutzungsberechtigten die Holzbedarfsliste unter Berücksichtigung des Abgabesaßes nach dem unter Nr. 1. angeschlossenen Muster \*) auf, und theilt sie doppelt ausgefertigt dem Bezirksförster mit.

Dieselbe enthält das Holz, welches im nächsten (vom 1. Juni bis wieder 1. Juni laufenden) Wirthschaftsjahr gefällt werden soll, in folgender Ordnung:

- a) das erforderliche Holz zur Befriedigung der auf dem Walde lastenden Beholzungsrechte;
- b) das Pfarr-, Schul- und sonstige Besoldungsholz;
- c) das geordnete Gabholz der Bürger;
- d) das gemeinheitliche Bedürfnis an Holz jeder Art;
- e) das zum Verkauf bestimmte Holz einschließlich der Gerberinden.

4. Die unentgeltliche Abgabe von Bau- und Nutzholz nach dem besondern Bedürfnisse einzelner Bürger findet nicht Statt;

---

\*) Da das hier, so wie die weitem beigelegten Muster, durchaus kein allgemeines Interesse haben, so werden dieselben, um Raum zu ersparen, weggelassen.  
H. v. H.

wahl aber kann die Gemeinde beschließen, aus der zum Verkauf bestimmten Holzmasse den Bürgern das Bauholz zu ihrem eigenen Bedarf außer der Steigerung um eine mäßige Taxe, die jedoch wenigstens die Hälfte des im Tarife (Forstgesetz S. 158.) angenommenen Werths betragen soll, zu verabreichen.

5. Das Bürgergabbholz ist nach §. 90. der Gemeindeordnung und nach der Vollzugsverordnung vom 22. Jan. 1833 (Reg. Bl. Nr. VI.) vorzugsweise für das eigene Feuerungsbedürfniß der Bürger bestimmt; es ist also in Brennholz zu verabreichen und kann nur unter den Voraussetzungen des §. 81. des Forstgesetzes, nämlich in

„Orten, welchen der Bezug von Rebpfählen für ihren Weinbau unentbehrlich ist, und da, wo der steilen Lage wegen das Holz nicht ohne große Schwierigkeit abzufahren, sondern nur in ganzen Stämmen aus dem Walde zu verbringen ist,“

in ganzen Stämmen oder Klößen zur freien Verwendung vertheilt werden.

6. Wenn zu Bau- und Nutzholz geeignete Holzsorten, um das erforderliche Gabbholz herauszubringen, zu Brennholz aufgehauen werden müßten, diese Holzsorten aber als Bau- und Nutzhölzer zu höhern Preisen, denn als Brennholz abgesetzt werden könnten, und in der Umgegend Gelegenheit zum Ankauf von Brennholz oder Brennholz-Surrogaten vorhanden ist, — so werden auf Rechnung der Gemeindeskasse die gedachten Holzsorten zu Bau- und Nutzholz verwerthet, und das noch erforderliche Gabbholz oder dessen Surrogat zur Vertheilung angeschafft.

Eine gleiche Anschaffung und Vertheilung von Gabbholz geschieht aus dem Erlöse von Gehölz und Gesträuch, welches nach dem §. 94. des Forstgesetzes zum Flußbau verwendet wurde, sofern durch diese Verwendung zum Flußbau das Gabbholz der Bürger beschränkt wurde.

7. Nach dem Empfange der Holzbedarfsliste sucht der Bezirksförster nach Maßgabe des gemäß dem §. 2. berichtigten

Abgabefähig, und nach den örtlichen und wirtschaftlichen Waldverhältnissen, unter Benehmen mit dem Gemeinderath die Schlüge für das nächste Wirtschaftsjahr, mit thunlichster Berücksichtigung der nach der Holzbedarfsliste verlangten Bau-, Nutz- und Brennholzsorten, aus, und entwirft darnach den Wirtschaftsplan nach dem Muster Nr. 2.

Er theilt denselben sofort dem Gemeinderathe zur Mitunterschrift und Beifügung seiner Erinnerungen mit, und legt ihn hierauf, unter Anschluß der Holzbedarfsliste, mit erläuterndem Berichte längstens bis zum 1. Juli dem Forstamte vor.

8. Vom Forstamte wird die Holzbedarfsliste mit Rücksicht auf die Bestimmungen des §. 2. nach dem Abgabesatz nöthigenfalls ermäßigt, und nach §. 4, 5 und 6. hinsichtlich des Gebolzes etwa sonst berichtigt, sofort der Hiebplan mit der berichtigten Bedarfsliste, so wie mit den Vorschriften der Forstpolizeigesetze und mit den Grundsätzen der Waldwirtschaft in Einklang gebracht.

Sind die Holzbedarfsliste und der Wirtschaftsplan, von dem sich das Forstamt eine Abschrift zu seinen Akten nehmen läßt, mit oder ohne Abänderung genehmigt, so werden dieselben sammt etwaigen Beilagen spätestens bis Ende August dem Förster zum Vollzug zurückgeschickt, welcher dem Gemeinderath ein Exemplar der Bedarfsliste und eine Abschrift des Wirtschaftsplanes zur Nachricht zufließt.

9. Der Bezirksförster besorgt nunmehr nach §. 75. des Forstgesetzes unverzüglich und spätestens bis Ende Oktobers die Holzauszeichnung. In Niederwaldungen läßt er zugleich die zum Hieb bestimmten Flächen abmessen, wenn nicht eine feste Abtheilung in jährlichen Schlagflächen besteht. Bei der Auszeichnung hat er sich, was sowohl die Walddistrikte als die Hiebart, als auch die ganze Holzmasse und die einzelnen Sorten betrifft, an die Bestimmungen des Wirtschaftsplans zu halten.

10. Holzabgaben, welche in dem Wirtschaftsplan nicht aufgeführt sind, dürfen nur in folgenden Ausnahmefällen Statt finden:

- a) nach §. 21. des Forstgesetzes bei Roth- und dringenden Bedarfsfällen. Von diesen hat der Bezirksförster dem Forstamte Anzeige zu erstatten und die besondere Abgabslgitimation einzuholen, und nur, wenn Gefahr auf dem Verzug haftet, die Abgabe unverweilt zu bewirken, und gleichzeitig die Anzeige zu machen. Eben so,
- b) wenn die Wasserbaubehörden nach §. 24. des Forstgesetzes Gehölz und Gesträuch zur unverzüglichen Verwendung zum Flußbau in Anspruch nehmen, und dies nicht mehr in den Wirtschaftsplän aufgenommen werden konnte;
- c) bei Windfällen, Schneedrücken und andern durch Naturereignisse herbeigeführten Waldbeschädigungen, ferner bei Holzfällungen wegen Insektenschaden und bei einzelnen dürre gewordenen Stämmen. In solchen Fällen hat der Bezirksförster mit dem Fieb in den Jahresschlägen wo möglich verhältnißmäßig zurückzubleiben, wenn dasselbe noch nicht vollendet sein sollte.

Im Uebrigen ist in allen, unter a. — c. angeführten Fällen, wenn durch diese außergewöhnlichen Holzfällungen der Abgabesatz überschritten wurde, dieser Vorrath in dem nächsten Wirtschaftsjahre oder nach Umständen in den zwei nächstfolgenden Jahren wieder einzubringen.

Die Fällung und Aufarbeitung des Holzes findet in allen Fällen erst Statt, wenn dasselbe vom Bezirksförster vorerst ausgezeichnet ist.

Sie geschieht in der Regel von hiezu aufgestellten Holzhauern um den Lohn, es sei denn, daß die Gemeinde

- a) nach den §§. 21 und 22. des Gesetzes vom 28. August 1835 (Reg.-Bl. S. 285) für diese Arbeiten entgeltliche oder unentgeltliche Leistungen von Gemeindediensten der Bürger angemessen habe, oder daß sie
- b) nach §. 79. des Forstgesetzes beschleße, die Wadhölzer vor ihrer Vertheilung durch die Bezugsberechtigten selbst in Gemeinschaft aufmachen zu lassen, in welchem letzterem Falle jedoch bei dem jüngern Durchforstungsholz, welches

noch nicht angeschlagen, sondern nur durch Anplatten oder Anreißen bezeichnet werden kann, die Fällung jedenfalls durch aufgestellte Holzhauer oder durch einzelne Bürger im Gemeindedienste vorzunehmen und der Gesamtheit der Bezugsberechtigten nur das Aufmachen oder Aufarbeiten der bereits bestellten Stangen zu überlassen ist.

b) die Gabholzberechtigten, welchen nach §. 15. im Falle des §. 82. des Forstgesetzes Gabholz auf dem Stode zugetheilt ist, so wie jene, welche ein Beholzungsrecht in einem Gemeindewald besitzen und das Holz auf eigene Kosten fällen zu lassen haben, oder welche Holz auf dem Stod gekauft haben, können dasselbe, wenn nichts anderes verabredet oder bestimmt ist, selbst fällen und aufarbeiten, oder durch Andere fällen und aufarbeiten zu lassen.

12. Sowohl die Holzhauer, als alle sonstigen Personen, welche zur Fällung und Aufarbeitung des Holzes verwendet werden, müssen durch eine besondere von jedem Forstamt für seinen Amtsbezirk entworfene Instruktion, welche die in dem Forstgesetz vorgeschriebenen Schonungsmaßregeln und sonstige hierher bezügliche allgemeine Polizeivorschriften enthält, gehörig belehrt werden.

Wird das Holz von der Bürgerschaft selbst aufgemacht, so ist jene Instruktion vorher jedesmal in der Gemeindeversammlung zu verlesen und vom Gemeinderath darüber, daß und wann dieß geschehen, dem Bezirksförster schriftlich Nachricht zu geben.

13. Das zur Vertheilung bestimmte Gabholz ist in der Regel vor der Vertheilung im Walde aufzuklastern.

Ausnahmsweise findet

- a) in den Fällen des §. 81. des Forstgesetzes eine Vertheilung und Verloosung desselben in gefällten und ausgeästeten Stämmen und Klößen,
- b) oder unter den Voraussetzungen des §. 82. des Forstgesetzes eine Vertheilung und Verloosung auf dem Stode selbst Statt.

14. Zu a. Wenn, in den Fällen des §. 81. des Forstgesetzes, — entweder weil den Bürgern der Bezug von Rebspfählen für ihren Weinbau unentbehrlich ist, oder weil der stellen Lage wegen das Holz nur in ganzen Stämmen aus dem Wald verbracht werden kann, — das Gabholz in Stämmen oder Klößen vermessen, in Loose abgesondert und mit dem aufgemachten Abholz unter die Bürger vertheilt werden soll, so ist dies auf der Holzbedarfsliste vom Gemeinderath zu bemerken, und der Bezirksförster hat dabei in dem nach §. 7. an das Forstamt zu erstattenden Berichte sich über das angegebene Verhältniß zu erklären, damit das Forstamt ermessen kann, ob der Fall des §. 81. des Forstgesetzes wirklich vorhanden oder auf der Aufarbeitung des Holzes vor der Vertheilung zu bestehen sei.

15. Zu b. Soll nach einem von der Gemeinde mit wenigstens zwei Dritteln aller Stimmen gefaßten Beschlusse das Gabholz nicht nur in gefällten und ausgeästeten Stämmen oder Klößen, sondern nach §. 82. des Forstgesetzes auf dem Stod selbst vertheilt und verloost werden, so ist dies ebenfalls auf der Bedarfsliste vom Gemeinderath zu bemerken, und das Protokoll über den beschlossenen Gemeindebeschluss, nebst der im §. 82. b des Forstgesetzes bezeichneten Bürgerschaftsurkunde für allen dabei aus unerlaubten Holzschlägungen entstehenden Schaden, der Bedarfsliste beizulegen, sofort vom Bezirksförster Ables, wie im Fall des vorhergehenden §. 14., dem Forstamte zur Verfügung berichtlich vorzulegen.

Das vom Bezirksförster ausgezeichnete Gabholz wird vom Gemeinderath auf dem Stod in gleiche Theile getheilt und verloost, sofort von allen Bezugsberechtigten gleichzeitig und unter Aufsicht gefällt und heimgeführt, letzteres jedoch in Hochwaldungen mit Vorbehalt der nach §. 16. erforderlichen vorgängigen Aufnahme des gefällten Holzes.

16. Alles in Gemeindewaldungen gehauene Holz muß sogleich nach Beendigung des Hiebs von dem Bezirksförster im Beisein eines Bevollmächtigten des Gemeinderaths und mit

Inzug des Waldhüters aufgenommen, abgezählt und verzeichnet werden.

Bei dem Bau- und Nutzholz, so wie überhaupt bei Stämmen und Rößen, wenn solche in den Fällen des §. 81. des Forstgesetzes als Gabholz vertheilt wurden oder sich in Hochwaldungen nach §. 82. bei einer Gabholzvertheilung auf dem Stocke ergeben haben, geschieht zugleich die Vermessung zum Behufe der kubischen Berechnung.

Die bloße Materialabschätzung genügt nur, wenn nach §. 82. des Forstgesetzes eine Gabholzvertheilung auf dem Stocke in Niederwaldungen geschieht, oder nach §. 77. Holz auf dem Stocke verkauft wird, und nur in diesen beiden Fällen unterbleibt alsdann die sonst nach dem Fiebe Statt findende Aufnahme mittelst Vermessung, Abzählung und Verzeichnung.

17. Die Stämme und Röße erhalten bei der nach Vorschrift des vorbergehenden Paragraphen Statt findenden Aufnahme fortlaufende Nummern, und werden zugleich mit dem Waldhammer bezeichnet. — Das Kastenholz wird gleichfalls numerirt und mit dem gesetzlichen Maß verglichen, und eben so findet bei dem Reisholz eine Nummerirung nach Loosen, welche aus einer gewissen Anzahl von Büscheln bestehen, Statt. — Die Gerberinden, welche entweder in das Kastenmaß gesetzt, oder in Büscheln aufgehoben werden, sind in gleicher Art aufzunehmen und zu nummeriren.

Die Aufnahmehüten werden nach anliegendem Muster Nr. 2. gefertigt, von den bei der Aufnahme anwesend Gewesenen unterzeichnet und durch Uebergabe derselben an den Gemeinderath diesem das aufgenommene und vermessene Holz zur weiteren Verfügung überwiesen.

Den zum Verkauf bestimmten Hölzern und Rinden hat der Bezirksförster jedesmal den Geldanschlag nach örtlichen Preisen beizufügen.

18. In dem oben im §. 15. gedachten Falle, da das Gabholz nach §. 82. des Forstgesetzes auf dem Stocke vertheilt wird, wo also die Gesamtheit der Begünstigten oder ein

zahlungsfähiger Theil derselben zum Erfolge des Werts und Schadens von allem gefällt; nicht angewiesenen Holze sich verbindlich gemacht haben muß, hat der Bezirksförster mit einem Bevollmächtigten des Gemeinderaths und mit dem Waldhüter

1) in den Niederwaldungen sowohl die Zahl der zum Stehenbleiben bezeichneten Standbäume und Sagreiser, als auch die Stärke derselben nach den drei im §. 161. I. des Forstgesetzes angenommenen Klassen auszu zählen und urkundlich zu verzeichnen, nach dem Dieb aber eine Nachzählung derselben vorzunehmen, über die unerlaubte Fällung der schlenden Stämme und Stangen ein Protokoll aufzunehmen und den Frevel unter dessen Anschluß in das Register einzutragen;

2) in Hochwaldungen aber jedenfalls nach dem Diebe den Schlag zu durchgehen, die sich etwa vorfindenden unangezeichneten Stöcke nach ihrer Stärke und Stellung (§. 161. II. des Forstgesetzes) einzeln aufzunehmen, und diesen Frevel unter Anschluß des darüber besonders aufzunehmenden Protokolls in das Register einzuschreiben.

19. Ist das gehauene Holz nach Maßgabe der §§. 16 und 17. aufgenommen und dem Gemeinderath zur Verfügung überwiesen, so wird es von diesem nach Maßgabe der nach §. 8. etwa berichtigten Holzbedarfsliste an die Bezugsberechtigten, und zwar das Eabholz nach vorgängiger Verlosung, verabfolgt, das zum Verkauf bestimmte aber, vorbehaltlich der Bestimmungen des §. 118. der Gemeindeordnung und mit fernern Vorbehalt des nach der oben im §. 4. enthaltenen Bestimmung um eine Tare an Bürger abzugebenden Bauholzes, öffentlich versteigert, wobei nach §. 78. des Forstgesetzes die forstpolizeilichen Erinnerungen des Bezirksförsters gegen die ihm mitzutheilenden Versteigerungsbedingungen zu beachten und die von ihm mitgetheilten Anschläge zu Grund zu legen, nach der Versteigerung ihm aber die Protokolle zur Anerkennung des zum Verkauf bewilligten Holzquantums und Befestigung seiner Beurkundung zu übersenden sind.



20. Auch denjenigen, welche als Berechtigtenhaber vermöge des Titels ihrer Berechtigung das Holz selbst heimzuführen zu lassen haben, gestattet der Gemeinderath erst nach erfolgter Aufnahme und Ueberweisung (§. 16 und 17) die Abfuhr des Holzes.

Im Uebrigen ist darauf zu wachen, daß alles Holz, einschließlich desjenigen, was zum gemeinheitlichen Bedarfe selbst verwendet werden soll, innerhalb der nach §. 28. des Forstgesetzes vorgeschriebenen Frist aus dem Walde gebracht wird.

21. Alle Holzabgaben aus Gemeindewaldungen hat der Bezirksförster in ein Tagebuch nach dem Muster Nr. 4. so zu verzeichnen, daß die Abgaben aus einem und demselben Gemeindswald beisammenstehen, weshalb bei Anlegung des Buchs auf den hiezu erforderlichen Raum Rücksicht zu nehmen, oder für jede Gemeinde ein besonderes Tagebuch anzulegen ist.

Dieses Tagebuch, in welchem auch die Steigerumserlöse vorzumerken sind, wird mit dem letzten Mai jedes Jahrs abgeschlossen und auf den Grund desselben nach dem Muster Nr. 5. die Wirthschaftsnachweisung gefertigt.

22. Die in dem Tagebuch No. 4. und in der Wirthschaftsnachweisung Nr. 5., so wie in dem Wirthschaftsplane Nr. 2. vorkommende Spalte „Masseklaster“ hat der Bezirksförster mittelst Reduktion der verschiedenen Holzsorten auf das Normalklaster auszufüllen.

Bei der Reduktion sind von glattem Bau- und Nutzholz 100, von rauherem Bau- und Nutzholz, so wie von den nach §. 31. des Forstgesetzes zu gemischtem Nutz- und Brennholz abzugebenden Stämmen und Klößen 90 Kubikfuß feste Holzmasse, und von dem Reisholz 100 normalmäßige Reisküschel einem Klaster Holz gleichzusetzen.

Die Stangen und Gerberinden werden nach Klastern geschätzt.

23. Eine Abschrift der im §. 21. erwähnten Wirthschaftsnachweisung theilt der Bezirksförster unverweilt dem Gemeinderath mit der Berechnung mit, wie nach Vergleichung der wirt-

Ich abgegebenen Holzmasse mit dem Abgabesaß des verfloßenen Wirthschaftsjahrs der Abgabesaß des beginnenden Wirthschaftsjahrs nach der oben im §. 2. enthaltenen Bestimmung zu berichtigen und festzusetzen sei.

Auch wird alsdann die Wirthschaftsanachweisung nebst dieser Berechnung des Bezirksförsters mit dem neuen Wirthschaftsplane und der Bedarfsliste dem Forstamte vorgelegt, damit dieselbe bei Genehmigung des neuen Wirthschaftsplans (§. 8.) prüfe, dabei jene Berechnung etwa berichtige, und zugleich, wenn bei den Holzanweisungen vom vorjährigen Wirthschaftsplan auffallend abgewichen wurde, den Bezirksförster deshalb zur Verantwortung ziehe, im Uebrigen aber die Nachweisung bei den forstamtlichen Akten behalte.

24. Beschließt die Gemeinde eine Waldausstodung oder einen außerordentlichen Holztrieb, der nicht bloß als ein durch Beschränkungen im nächstfolgenden oder doch in den zwei nächstfolgenden Jahren wieder einzubringender Vortrieb im Sinne des §. 2. erscheint, so sind dem deßfalligen Gemeindebeschlusse die Gründe, aus welchen die Ausstodung oder der außerordentliche Holztrieb für die Gemeinde nöthig sein soll, beizufügen.

Der so motivirte Gemeindebeschluß wird alsdann dem Bezirksamt zur Erwirkung der Staatsgenehmigung vorgelegt und von diesem mit seiner Ansicht über die Zulässigkeit und Rathslichkeit des Triebes in Beziehung auf die Bedürfnisse und den Haushalt der Gemeinde dem Forstamt mitgetheilt, worauf das Letztere nach Vernehmung des Bezirksförsters die Sache der Forstpolizeidirektion zum Erkenntnisse gutächtlich vorlegt.

Die Forstpolizeidirektion wird das Gesuch, wenn es aus forstpolizeilichen Gründen unstatthaft ist, nach §. 84. des Forstgesetzes sofort zurückweisen, andernfalls aber die Sache der Kreisregierung unter dem Anfügen mittheilen, daß dem Gesuche in forstpolizeilicher Hinsicht nichts im Wege stehe, worauf die Kreisregierung, je nachdem das Gesuch nach den Bedürfnissen und nach dem Haushalte der Gemeinde überhaupt dem Interesse der letztern entspricht, nach §. 154. der Gemeindeordnung und

§. 3. k der Verordnung vom 17. Juli 1888, Reg. M. Nr. XXXII. die Staatsgenehmigung erteilt oder versagt, und davon die Forstpolizeidirektion in Kenntniß setzt.

25. Ist eine Waldausstockung oder ein außerordentlicher Holzhieb genehmigt, so ist der dießfallige Hieb in den Wirthschaftsplan des Jahres, in welchem der Hieb Statt finden soll, aufzunehmen.

26. Die Nebennutzungen, welche die Gemeindeglieder für sich gewinnen wollen, oder welche für die Gemeindefasse verwerthet werden sollen, sind vom Gemeinderath zugleich mit der Uebergabe der Holzbedarfsliste (§. 3.) in einer besondern Eingabe namhaft zu machen. Namentlich gehören hierher: das Weiden, Grasen, Streurechen, Parzen, die Mastnuzung, Gewinnung von Steinen u.

So weit der Bezirksförster die verlangten Nebennutzungen nach den Bestimmungen des Forstgesetzes §. 32 — 56. für zulässig hält, gestattet er sie einstweilen, weist dazu die Walddistrikte an, verhängt die Schläge, bezeichnet die mit der Parzenbenutzung zu verschonenden Stämme u. s. w. und macht hiervon dem Forstamt in dem Berichte, womit er nach §. 7. den Wirthschaftsplan vorlegt, zu allenfälliger abändernder Anordnung die anständliche Anzeige.

Wenn im Laufe des Jahres noch eine unvorhergesehene Nebennutzung, z. B. eine Mastnuzung, sich darbietet, so ist hiezu die besondere Anweisung nachzusuchen, und der Bezirksförster berichtet darüber an das Forstamt, indem er die zulässig erachtete Anweisung vorläufig vornimmt, oder damit, wenn die Sache keine Eile hat, bis zum Einlangen der Entschließung des Forstamts zuwartet.

27. Bei Nebennutzungen, welche für die Gemeindefasse verwerthet werden sollen, finden die oben im §. 19. enthaltenen Vorschriften für Holzveräußerungen ebenfalls Anwendung.

28. Die Statt gehaltenen Nebennutzungen hat der Bezirksförster gleich den Holzabgaben in das Tagebuch (Anlage Nr. 4.), und zwar bei verwertheten Nuzungen mit Verfüzung des Orts

Wes, einzutragen, und auch in die Wirtschaftsnachweisung (Anlage Nr. 5.) aufzunehmen.

Das Maß oder der Umfang der Statt gehaltenen Pflanzungen wird dabei nach Flächen, Bügen, Traglasten, nach der Zahl des Viehviehes u. f. w. summarisch überschlagen und bezeichnet.

29. Bei Gelegenheit der Entwerfung des Wirtschaftsplans an Ort und Stelle wird der Bezirksförster den Gemeinderath über die Nothwendigkeit oder Zweckmäßigkeit dieser oder jener Kulturarbeit verständigen und zugleich sich mit demselben über die Art der Ausführung und über die Anschaffung der Mittel besprechen.

Den hierauf nach Muster Nr. 6. entworfenen Kulturplan theilt der Bezirksförster dem Gemeinderath zur Mitunterschrift oder zur Befügung seiner etwaigen Anstände mit, und legt ihn dann vor dem 1. Juli dem Forstamt mit Begleitungsbericht vor, welches den Plan prüft, Abschrift zu den Akten nehmen läßt, und spätestens bis zum 1. Sept. hierüber das Geeignete unter Rückgabe desselben verfügt, wovon der Bezirksförster den Gemeinderath benachrichtigt, indem er ihn zugleich auf die zeitige Anschaffung des nöthigen Materials an Samen und Pflanzen, wenn letztere in dem Gemeindewalde während der Pflanzung selbst nicht ausgehoben werden können, aufmerksam macht.

Ehe und bevor der Gemeinderath einen Lieferungscontract auf Samen abschließt, hat die Prüfung des Musters durch den Bezirksförster zu geschehen, welcher auch über die beste Aufbewahrungsart bis zu dem Gebrauch Belehrung ertheilt.

30. Der Bezirksförster wird zur gehörigen Zeit den Gemeinderath zur Stellung der zur Ausführung der Kulturen nöthigen Arbeiter auffordern, dieselben an Ort und Stelle über die Arbeit belehren und durch Nachsicht wachen, damit sie zweckmäßig ausgeführt und die erforderliche probemäßige Samenmenge verwendet wird.

Ein Mitglied des Gemeinderaths oder ein Anderer, der von dem Forsten dazu beauftragt wird, hat bei den Arbeiten

stets die Aufsicht zu führen, damit die Anordnungen des Bezirksförsters gehörig befolgt werden.

In der nach Muster Nr. 7. gefertigten Kulturnachweisung hat der Bezirksförster dem Forstamt zugleich mit der Vorlage des Kulturplans für das nächste Wirthschaftsjahr den Vollzug der angeordneten Kulturarbeiten im verwichenen Jahr darzulegen.

31. Aus den einzelnen Wirthschafts- und Kulturnachweisungen hat das Forstamt eine allgemeine Uebersicht nach Muster Nr. 8. zusammenstellen, jährlich im Monat September bei der Forstpolizeidirektion vorzulegen, und berichtlich zu erläutern.

32. Von dem gehörigen Vollzug der genehmigten Wirthschafts- und Kulturvorschläge, so wie von der Zweckmäßigkeit der im begonnenen Wirthschaftsjahr beantragten Hiebe und Kulturen hat sich das Forstamt durch eine jährliche Bereisung sämtlicher Gemeindewaldungen zu verlässigen, so wie bei dieser Gelegenheit von dem allgemeinen Zustand der Waldungen, ihrer Bewirthschaftung und von der Pflichterfüllung des Forstpersonals zu unterrichten.

Bei dieser Revisionsreise sind mündliche Belehrungen und schriftliche Weisungen sogleich zu ertheilen, über den Befund aber ist jedesmal ein fortlaufendes Protokoll zu führen, und jährlich nach Beendigung der Reisen an die Forstpolizeidirektion zur Einsichtnahme einzusenden. Gelegentlich dieser Revisionsreisen wird das Forstamt die Tagebücher der Bezirksförster über Holz- und Nebennutzungsabgaben einsehen und sich von der vorschriftsmäßigen Buchführung überzeugen.

33. Bei besondern Veranlassungen, und namentlich wo eine Kontrolirung der Hiebmassen nöthig scheint, hat das Forstamt auch außergewöhnliche Visitationen vorzunehmen und wo nöthig über den Erfund Anzeige bei der Forstpolizeidirektion zu machen.

Der Forstamtsvorstand hat diese Visitationen, so wie die Revisionsreisen stets persönlich vorzunehmen.

34. Die zeitige Benachrichtigung des Gemeinderaths hat nicht nur in den Fällen des §. 83. des Forstgesetzes, nämlich

bei allen Holzanweisungen, Aufnahmen, Vermessungen, bei Kulturcn und andern, nicht in bloßem Beaufsichtigen bestehenden Geschäften des Bezirksförsters, sondern auch bei den Revisionen der Forstämter zu geschehen.

Der Gemeinde ist überdies überlassen, ein eigenes Kontrolzeichen zu führen und dasselbe bei der Auszeichnung und Abzählung des Holzes der Waldart des Bezirksförsters beizulegen.

35. Wenn dem Bezirksförster oder dem Forstamt Uebertretungen dieser Verordnung und anderer forstpolizeilicher Vorschriften von Seiten der die Eigenthumsrechte der Gemeinden ausübenden Beamten zur Kenntniß kommen, so haben sie darüber besondere Protokolle aufzunehmen, und diese dem Frevelregister, in welches der Fall bezüglich auf den §. 177. des Forstgesetzes eingetragen wird, beizulegen, beziehungsweise beilegen zu lassen.

36. Alle Bestimmungen dieser Verordnung sind auch bei den Waldungen der Körperschaften mit den Modifikationen, welche in der Natur der Sache liegen und mit dem im §. 85. des Forstgesetzes gegebenen Unterschied, was die Vertretung der Körperschaften betrifft, in Anwendung zu bringen.

## II.

### **Großherzogl. Mecklenburg-Strelitzische Forst- und Jagdgesetze, Verordnungen und all- gemeine Verfügungen.**

---

#### **1. Das unbefugte Entrinden der Bäume in den Herrschaft- lichen Forsten.**

**Vom 28. September 1833.**

So unzulässig auch an sich schon das, aus Muthwillen, oder andern Absichten vorgenommene Entrinden der Bäume in den Herrschaftlichen Forsten ist, so hat doch bis jetzt, in Ermangelung eines bestimmten desfallsigen Strafgesetzes, einem solchem Unfuge nicht mit dem, zum Schutze der Forsten erforderlichen Nachdrucke begegnet werden können. Dieserhalb, und da in neuerer Zeit der erwähnte Baumsfrevel detgestalt häufiger geworden ist, daß das Absterben vieler Bäume dadurch veranlaßt worden, wird verordnet wie folgt:

1) Alles Entrinden der Bäume in den Herrschaftlichen Forsten, d. h. ein jedes Ablösen der Rinde von stehenden Bäumen in denselben, es sei in welcher Absicht, und zu welchem Zwecke, auch in welcher Quantität es wolle, welches ohne besondere Erlaubniß des betreffenden Forst-Beamten vorgenommen ist, oder wird, ist unerlaubt und verboten.

2) Wer demungeachtet einen solchen Frevel unternimmt, und dem ausdrücklichen Verbote des Entrindens der Bäume ohne spezielle Erlaubniß des Forstbeamten entgegenhandelt, ist

einem Holzdefraudanten völlig gleich zu stellen, und somit gehalten, den dreifachen Taxwerth jedes einzelnen, an der Rinde von ihm beschädigten Baumes als Strafe zu erlegen.

3) Nach erlegter Strafe des dreifachen Werthes, steht es dem Contravenienten frei, den beschädigten Baum für sich zu nehmen.

4) Erklärt dagegen der Contravenient, daß er den einzelnen, von ihm beschädigten Baum nicht an sich nehmen, selbigen vielmehr der Forst überlassen wolle; so hat er nur den doppelten Taxwerth des Baumes zu erlegen.

## 2. Den Schutz der Herrschaftlichen Forste gegen Beschädigungen durch Vieh ic., und, vorkommenden Falls, die Bestrafung der Eigenthümer desselben betreffend.

Vom 21. März 1834.

Seit der Erlassung der Verordnung vom 24ten März 1832, betreffend das Verbot des Hütens in den Herrschaftlichen Holzschonungen ic. hat man durch Erfahrung sich überzeugt, daß solche theils einer Erläuterung, theils einer Abänderung bedürfte, wenn der Zweck derselben, die Abwendung von Beschädigungen in den Forsten durch Vieh, in genügender Weise erreicht werden solle.

Die gedachte Verordnung wird demnach gänzlich zurückgenommen und anderweitig verordnet, wie folgt:

Wenn in den Forsten Pferde, Rindvieh oder Schaafe an Stellen angetroffen werden, die den Eigenthümern solchen Viehes nicht zur Weide angewiesen oder überlassen sind, so haben die gedachten Eigenthümer ein Pfandgeld zu erlegen, und zwar

- 1) für jedes Pferd mit 24 (Vier und zwanzig) Schillingen Pr. Cour.
- 2) für jedes Haupt Rindvieh mit 16 (sechzehn) Schillingen Pr. Cour.
- 3) für jedes Schaafe, bis zur Anzahl von 50 (fünfzig) Schaafe, mit 4 (Vier) Schillingen Pr. Cour.



für jedes Schaaf über die Anzahl von Fünffzig mit 1  
(Einem) Schillinge Pr. Cour.

dergestalt jedoch, daß, in Wiederholungsfällen der Contravenienten, das Pfandgeld zu erhöhen, und resp. das Zweifache und Dreifache der obenstehenden Ansätze von dem Eigenthümer des Viehes zu erlegen ist.

Von dem Pfandgelde ist dem Denuncianten der dritte Theil zuzubilligen.

So wie sämtliche Einwohner in den Landesherrlichen Domainen hiernach sich zu achten, und, bei Vermeidung der unerläßlichen Erlegung der hier festgestellten Straf gelder, darauf zu halten haben, daß keine andere, als die ihnen zur Weide überlassenen Stellen in den Forsten von ihrem Viehe betreten werden; so werden auch sämtliche Forstbedienten besonders andurch befehligt, auf etwaige Contravenienten jederzeit eifrigst zu vigiliren und die betreffenden Gerichte angewiesen, in vorkommenden Denunciationsfällen nach den obstehenden Bestimmungen zu aller Zeit strenge und nachdrücklich zu erkennen und zu verfahren.

---

### 3. Das Verbot des Verkaufs von Deputat-Holz und Deputat-Torf in den Domanial-Forsten und Torf-Mooren betreffend.

Vom 29. März 1837.

Zur Verhütung von Unordnungen und Defraudationen, welche bisher durch die Ueberlassung von Deputat-Holz und Deputat-Torf an Andere, als die dazu Berechtigten, in den Domanialforsten und Torfmooren hin und wieder veranlaßt worden sind, wird, unter ausdrücklicher Aufhebung der, dieserhalb unterm 15. August 1781 und 13. und 28. April 1797 erlassenen Verfügungen verordnet, wie folgt:

1) Allen Deputat-Holz-Empfängern, d. h. im Gegensatze der Holzkäufer, allen Denjenigen, welche als Dienst-Emolumente, aus einem contractlichen Verhältnisse, oder aus einer dinglichen Berechtigung ihrer Grundbesitzungen, Holz aus den

Herrschaftlichen Forsten, ohne dafür den Forstpreis zu erlegen, empfangen, ist verboten ihr Deputat-Holz zu verkaufen, um die Hälfte anfahren zu lassen, zu verschenken, oder auf eine sonstige Art an Jemanden zu überlassen.

2) Wer seines Deputat-Holzes zum eigenen Gebrauche, oder zur contractlich bestimmten Verwendung ganz oder theilweise nicht bedarf, erhält den Forstpreis für das der Forst verbliebene Holz vergütet.

3) Zu diesem Ende haben die Deputatisten die ihnen möglich gewordene Ersparung, Pächter und Bauern aber außerdem nachzuweisen, daß sie ihrer contractlichen Verpflichtung genügt, und allen Leuten, welchen sie Brennmaterial geben müssen, das nöthige Feuerungsmaterial verabreicht haben.

4) Die Quantität des der Forst verbliebenen Holzes haben sich die Deputatisten von dem betreffenden Forstbeamten bescheinigen zu lassen.

5) Die Vergütung des Forstpreises für das erübrigte Holz geschieht alljährlich, nach Beendigung des mit jedem Johannistermine ablaufenden Etats-Jahres, und haben sich die Deputatisten desfalls, unter Vorlegung der §§. 3. und 4. vorgeschriebenen Nachweisung und Bescheinigung, bei dem Cammer- und Forst-Collegio zu melden.

6) Wer der Bestimmung des §. 1. zuwider handelt, hat den dreifachen Forstpreis des darnach gesetzwidrig verwendeten Deputat-Holzes als Strafe zu erlegen.

7) Rücksichtlich der Deputat-Holz-Empfänger in Neustrelitz behält es bei der jetzigen Einrichtung das Bewenden, wonach sie Vons auf ihr Deputat-Holz bekommen, und gegen Zureichung derjenigen Vons, worauf sie kein Holz anweisen lassen, den Forstpreis ausbezahlt erhalten.

8) Der Deputat-Torf muß von den Deputatisten jedesmal tempestive aus den Mooren abgefahren werden, und der Verkauf desselben wird, bei Strafe von 2 (zwei) Thalern Pr. Cour. für jedes verkaufte Tausend, verboten.

So wie die Empfänger von Deputat-Holz oder Torf aus den Domänialforsten und Torfmooren nach den vorstehenden Bestimmungen, bei Vermeidung der angedrohten Strafen, sich zu richten haben, so werden insbesondere auch die Forstbedienten und Torfsaufseher in den Domainen angewiesen, auf etwaige Contraventionen genau zu achten und selbige bei den competenten Gerichten zur Anzeige zu bringen, letztere aber angewiesen, in vorkommenden Denunciationsfällen nach den Vorschriften dieser Verordnung jederzeit zu verfahren und zu erkennen.

#### 4. Das Raff- und Leseholz-Sammeln in den Domänialforsten betreffend.

Vom 5. April 1837.

Da über die Gültigkeit und Anwendbarkeit der bisherigen Vorschriften, wegen des Raff- und Leseholz-Sammelns in den Domänialforsten, Zweifel vorgekommen sind, die zu Weiterungen geführt und zum Nachtheil der Forsten gereicht haben; so wird unter Aufhebung der diesbezüglich resp. von dem vormaligen Cammer- und Forst-Collegio, und von der Cammer unterm 12. August und 5. November 1816, und 24. November 1818 erlassenen Vorschriften verordnet, wie folgt:

1) Die Erlaubniß zum Raff- und Leseholzsammeln in den Domänialforsten wird einstweilen, wie bisher, allen Einwohnern in den Domainen, welche zu ihrem eigenen Bedarfe sich das Raff- und Leseholz auf Schiebkarren holen, zugestanden, vorausgesetzt, daß es keine Leute sind, die selbst Wagen und Pferde haben. Ausnahmsweise nur wird das Cammer- und Forst-Collegium, nach Umständen, das Sammeln von Raff- und Leseholz auch auf Wagen einzelnen Individuen oder Ortschaften gestatten, und zwar mittelst schriftlicher Erlaubniß, welche den betreffenden Forstbeamten vorzuzeigen ist.

2) Nur an zwei Tagen in der Woche darf das Raff- und Leseholz-Sammeln Statt finden. Die Bestimmung der Tage muß durch eine Vereinbarung zwischen dem Domänial-

und Forstbeamten, mit Rücksicht auf die übrigen Geschäfte der letzteren, festgesetzt werden.

3) Nur an denen, von den Forstbeamten dazu angewiesenen Orten darf das Sammeln von Raff- und Leseholz Statt finden.

4) Wer an anderen, als den festgesetzten Holztagen, oder in anderen, als den dazu bestimmten Revieren und Orten, beim Raff- und Leseholz-Sammeln, oder beim Roden von Stämmen in den Forsten sich betheiligen läßt, oder auch nur mit der Absicht sie betritt, wird bei der competenten Gerichtsbehörde angezeigt, und für jeden Contraventionsfall zu einer, an den Denuncianten zu erlegenden Strafe von 16 (sechzehn) Schillingen Pr. Cour. verurtheilt. Dieselbe Strafe wird im Betretungsfalle von Denjenigen wahrgenommen, welche nach §. 1. zum Sammeln von Raff- und Leseholz überhaupt nicht berechtigt sind.

5) Wer beim Raff- und Leseholz-Sammeln mit einem Wagen in der Forst betroffen wird, ohne dazu eine besondere Erlaubniß des Cammer- und Forst-Collegii zu haben, muß, wenn die Contravention an einem Holztage geschieht, 32 (zwei und dreißig) Schillinge Pr. Cour., und, falls er an einem anderen, als an einem Holztage betroffen wird, 1 (Einen) Thaler Pr. Cour. Strafe erlegen. Von dieser Strafe erhält der Denunciant die Hälfte.

6) Werden außer vorstehenden Contraventionsfällen etwa noch andere Holzfrevel verübt, so werden solche, nach den darüber bestehenden Gesetzen, besonders bestraft.

---

5. Die Ausübung des Pfändungs-Rechts durch die Forst-Praktikanten, Jäger und Jägerburschen der Forstbedienten wider die in den Herrschaftlichen Forsten betroffenen Forst- und Jagdfreyler betreffend.

Vom 6. December 1837.

Zur Beseitigung der Zweifel, welche darüber erhoben sind, ob den Forst-Praktikanten, den Jägern und Jägerburschen, welche

den zur Ausübung des herrschaftlichen Forst- und Jagdschusses angestellten Officianten zur Hülfsleistung bei ihren Dienstgeschäften resp. beigegeben, und von denselben in ihren Privatdienst genommen sind, die Ausübung des Pfändungs-Rechts wider die von ihnen betroffenen Forst- und Jagdfrevler zu-  
sehe, wird verordnet:

daß die den Forst- und Jagdbedienten zur Hülfe beigegebenen Forst-Praktikanten, und die in Privatdiensten der Förster und Holzwärter stehenden Jäger und Jägerburschen so verpflichtet als berechtigt sind, Namens der Forst- und Jagdbedienten, und ihrer resp. Dienstherrn, das Pfändungs-Recht wider die in den Forsten betroffenen Forst- und Jagdfrevler auszuüben.

---

**6. Das Verbot und die Bestrafung des Nessel-, Distel-,  
Gras- und Rohr-Schneidens in den Domaniel-Forsten  
betreffend.**

**Vom 30. December 1837.**

Da es bisher an einer allgemeinen und bestimmten gesetzlichen Vorschrift über das Verbot und die Bestrafung derjenigen Forstfrevel, welche durch Abschneiden von Nesseln, Disteln, Gras, Rohr oder Schilf in den Domaniel-Forsten verübt werden, gänzlich ermangelt hat, diese Frevel aber, zum Schaden der Forste, in neuerer Zeit häufiger vorgekommen sind; so wird unter Aufhebung der für die s.g. Kalkhorst bei Strelitz dieserhalb unterm 12. April d. J. ergangenen Verordnung festgesetzt und verordnet:

daß hinfüro alles und jedes Nessel-, Distel-, Gras-, Rohr- und Schilfschneiden, es sei so gering wie es wolle, in den Domanielforsten allgemein gänzlich verboten sein soll, dergestalt, daß ein jeder Contravenient, ohne Unterschied, welcher sich in Domanielforsten dergleichen hat zu Schulden kommen lassen, neben der Erstattung des erweislich angerichteten Schadens, mit einer Geldstrafe von 32 zwei und

dreißig) Schillingen bis 2 (zwei) Thalern Pr. Cour., nach Ermessen des Gerichts, und, im Falle des Unvermögens, mit verhältnißmäßiger Gefängnißstrafe zu belegen ist.

---

**7. Uebereinkunft der Großherzogl. Mecklenburg-Strelitz'schen und der Königl. Preuß. Regierung, die Verhütung der Forst-Frevel in den Grenzwaldungen betreffend.**

**Vom 13. Januar 1838.**

1) Es verpflichtet sich sowohl die Königl. Preussische, als die Großherzogl. Mecklenburg-Strelitz'sche Regierung, die Forstfrevel, welche ihre Unterthanen in den Waldungen des andern Gebiets verübt haben möchten, sobald sie davon Kenntniß erhält, nach denselben Gesetzen zu untersuchen und zu bestrafen, nach welchen sie untersucht und bestraft werden würden, wenn sie in inländischen Forsten begangen worden wären.

2) Von den beiderseitigen Behörden soll zur Entdeckung der Frevel alle mögliche Hülfe geleistet werden, und namentlich wird gestattet, daß die Spur der Frevel durch die Förster oder Waldwärter u. bis auf eine Meile Entfernung von der Grenze verfolgt und Hausfuchungen, ohne vorherige Anfrage bei den Landrätblichen Behörden und Aemtern, auf der Stelle, jedoch nur in Gegenwart und nach den Anordnungen des zu diesem Behufe mündlich zu requirirenden Bürgermeisters oder Orts-Schultheissen, vorgenommen werden.

3) Bei diesen Hausfuchungen muß der Orts-Vorstand sogleich ein Protokoll aufnehmen und ein Exemplar dem requirirenden Angeber einhändigen, ein zweites Exemplar aber seiner vorgesetzten Behörde (Landrath oder Beamten) übersenden, bei Vermeidung einer Polizeistrafе von 1 bis 5 Thalern für denjenigen Orts-Vorstand, welcher der Requisition nicht Genüge leistet. Wenn der Orts-Vorsteher nicht im Stande sein sollte, das Protokoll gehörig aufzunehmen, und kein Forst-Officiant daselbst befindlich ist, so hat der Orts-Vorsteher die betreffenden Umstände doch so genau zu untersuchen und zu beobachten, daß

er nöthigenfalls ein genügendes Zeugniß darüber ablegen könne, weshalb er auch eine sofortige mündliche Anzeige bei der vorgesetzten Behörde zu machen hat. Auch kann der Angeber verlangen, daß, wenn in dem Orte, worin die Haussuchung vorgenommen werden soll, ein Förster, Holzwärter, Holzvogt u. wohnhaft oder gerade anwesend ist, ein solcher Officiant gezogen werde.

4) Für die Contastirung eines Forstfrevels, welcher von einem Angehörigen des einen Staats in dem Gebiete des andern begangen worden, soll den officiellen Angaben und Abschätzungen, welche von den competenten und gerichtlich verpflichteten Forst- und Polizeibeamten des Orts des begangenen Frevels aufgenommen werden, von der zur Aburtheilung geeigneten Gerichtsstelle jener Glaube beigemessen werden, welchen die Gesetze den officiellen Angaben den inländischen Beamten beilegen.

5) Die Einziehung des Betrages der Strafe und der etwa Statt gehabten Gerichtskosten soll demjenigen Staate verbleiben, in welchem der verurtheilte Freveler wohnt, und in welchem das Erkenntniß Statt gefunden hat, und nur der Betrag des Schadenersatzes und der Pfandgebühren in die betreffende Casse desjenigen Staats abgeführt werden, in welchem der Frevel verübt worden ist.

6) Den untersuchenden und bestrafenden Behörden in den Königlich Preussischen und in den Großherzoglich Mecklenburg-Strelitzischen Staaten wird zur Pflicht gemacht, die Untersuchung und Bestrafung der Forstfrevel in jedem einzelnen Falle so schleunig vorzunehmen, als es nach der Verfassung des Landes nur immer möglich sein wird.

---

### III.

## Großherzoglich Oldenburgische Forst- und Jagdgesetze, Verordnungen und allgemeine Verfügungen.

### 1. Jagd-Ordnung für das Herzogthum Oldenburg.

Vom 30. März 1839.

Bei der Verschiedenheit der Jagdgesetzgebung in den alten und in den neuen Theilen des Herzogthums Oldenburg und in der Erbherrschaft Lever, so wie bei den Mängeln dieser Gesetzgebung, insbesondere der Jagdgesetzgebung, wurde nöthig gefunden, über das gesammte Jagdwesen eine sich auf jene Landestheile gleichförmig erstreckende Jagdordnung zu erlassen, und demnach verordnet, wie folgt:

#### Erste Abtheilung.

Von der Jagd, den Jagdberechtigungen, deren Begriff und Ausübung.

§. 1. Die Jagd gehört zu den Regalien, in so fern und in so weit als nicht Dritte die Jagdgerechtigkeit rechtmäßig erworben, oder deren Besitz aus unordenflicher Zeit hergebracht haben. Vom Jagdrecht überhaupt.

§. 2. Neben der Verwaltung der Großherzogl. Jagden gehört die Oberaufsicht über das gesammte Jagdwesen, insonderheit auch über die Befolgung der Jagdordnung in den Privat-Jagden, so wie die Regulirung der Grenzen derselben und der Ausübung der besonderen Jagdberechtigung bei entstandenen Streitigkeiten, zum Ressort der G. Cammer. Beaufsichtigung des Jagdwesens u. Entscheidung d. d. desselben Streitigkeiten.



Die Entscheidung der Frage, ob jemand ein Jagdrecht hat, und ob er zur hohen oder zur niedern Jagd berechtigt ist, gehört hingegen vor die Civilgerichte.

Zur Führung der Aufsicht über das Jagdwesen ist der Cammer der Landjägermeister des Herzogthums Oldenburg untergeordnet, welchem hiezu die übrigen Jagd- und Forstbediente, letztere rücksichtlich ihrer Dienstobliegenheiten für die Jagd, wiederum untergeben sind.

Wo u. wie  
die Jagd  
auszuüben  
ist.

§. 3. Jede besondere Jagdberechtigung ist auf dem Distrikt, welcher für deren Ausübung bestimmt oder rechtlich hergebracht ist, beschränkt, und begreift in der Regel nur das Recht zur niederen Jagd mittelst Schießgewehr und Vorstehhund.

Wer das Recht zur hohen Jagd, oder das Recht zur Ausübung der Jagd auf andere, als die angegebene Weise, nämlich mittelst Windhunde, Bracken, Neße, Treibjagen u. s. w. in Anspruch nimmt, muß die auf eine rechtsgültige Art geschehene Erwerbung eines solchen Rechts besonders nachweisen, in so fern dasselbe nicht in anerkannter Uebung ist.

Wild, zur  
hohen oder  
zur niedern  
Jagd ge-  
hörig.

§. 4. Zum Wilde, als Gegenstand der Jagd, sind zu rechnen: Hirsche, Rehe, wilde Schweine, Hasen, Füchse, Marder, Dachs, Fischottern, Birkhühner, Feldhühner, Schnepfen, Becassinen, wilde Schwäne, wilde Gänse, wilde Enten und wilde Tauben.

Die ersten drei Thierarten gehören zur hohen, die übrigen zur niederen Jagd.

Jagdzeit.

§. 5. Die Ausübung der Jagdberechtigung ist nur während der Monate September, October, November, December und Januar erlaubt, jedoch mit nachstehenden Ausnahmen:

- a) auf Raubwild, als Füchse, Marder und Fischottern, ist die Jagd jederzeit erlaubt, ebenfalls auf wilde Schweine; auch darf in den Monaten Juni, Juli und August auf Hirsche und Rehböcke gejagt werden, und von der Mitte des April bis zum Ende des Mai auf Birkhühner bei der Balze;

b) die jagdbaren Zugvögel, als Schnepfen, Becassinen, wilde Schwäne und wilde Gänse, können auf ihren Durchzügen ohne Rücksicht auf sonstige Jagdschonungszeit geschossen werden.

c) Die Schonungszeit für wilde Gaten dauert nur vom Anfange des Monats Februar bis zum Ende des Monats Juni.

d) In den Großherzoglichen privaten Jagdbezirken, §. 15., darf, nach dazu von dem Landjägermeister ertheilter Anweisung, auch während der Schonungszeit auf Hasen und Feldhühner geschossen werden.

Dasselbe ist dem Gutsjagdberechtigten, §. 8., auf denjenigen Gutsgründen gestattet, welche in einer durch Privatgrundstücke Anderer nicht unterbrochenen Verbindung mit dem Gutshause liegen und für den Verbrauch des erlegten Wildes in letzterem.

Die Eröffnung und der Schluß der Jagd nach jener allgemeinen Vorschrift werden von der Cammer fernerhin nicht mehr wie seither geschehen, jedesmal, sondern nur dann bekannt gemacht werden, wenn eingetretene besondere Umstände eine Abänderung derselben ausnahmsweise erheischen.

§. 6. Die Verfolgung eines aufgetriebenen, oder selbst Verbot der Jagdfolge.  
angeschossenen Wildes über die Grenze des eigenen Jagdbezirkes hinaus ist gänzlich verboten.

§. 7. Die Jagd darf von den Berechtigten nur nachhal- pflegliche  
tig auf der andern Seite aber auch die Wildheege nicht so weit Benutzung  
ausgedehnt werden, daß sie der Forst- oder Landwirthschaft bei mäßi-  
erhebliche und wesentliche Nachtheile verursacht. gem Wild-  
stande.

Ergibt eine darüber von der Cammer veranlaßte Untersuchung, daß ein Jagdberechtigter sich hiegegen auf die eine oder andere Weise vergangen habe, so hat dieselbe den daraus für die Jagd oder Forst- oder Landwirthschaft entstehenden Nachtheilen für die Folge durch angemessene Verfügungen, wozu namentlich auch die einstweilige Suspension der Ausübung

der Jagd von Seiten des Berechtigten gehört, kräftigst entgegen zu wirken.

Die Jagd-  
berechtigung  
als Real-  
recht.

§. 8. Ist die Jagdberechtigung nicht einer Person verliehen, sondern, wie es gewöhnlich der Fall ist, für ein Gut, einen Hof, oder ein Haus, als Realrecht erworben oder im Besitze hergebracht; so steht die Ausübung der Jagd dem Civilbesitzer des berechtigten Grundstücks zu, mit der Befugniß, selbige dem auf dem Grundstücke wohnenden Verwalter oder Pächter desselben, oder auch demjenigen zu übertragen, welcher den größten Theil des dazu gehörenden Landes in Feuer hat.

Durch wen  
sie auszu-  
üben ist.

§. 9. Derjenige, welcher vermöge eines solchen Realrechts die Jagd ausüben darf, kann solche auch für sich durch die bei ihm im Hause wohnenden oder sich aufhaltenden Glieder seiner Familie ausüben lassen und ferner auch dann und wann Fremde mit sich auf die Jagd nehmen, oder mit jenen Angehörigen gehen lassen. Es dürfen solche Fremde aber nicht Personen sein, welche sich von ihrer Handarbeit nähren.

Ob und unter welchen Bedingungen der Jagdberechtigte außerdem noch Jäger zur Ausübung der Jagd halten oder ermächtigen könne, hängt von den besonderen Erwerbsbestimmungen und dem örtlich Hergebrachten oder Angeordneten ab; es ist für einen solchen Jäger aber immer die Ausstellung eines Jagderlaubnißscheins, welche von dem Amte, in dessen Distrikte das jagdberechtigte Grundstück liegt, kostenfrei geschieht, zu bewirken und hat der Jäger denselben bei Ausübung der Jagd stets bei sich zu führen.

Verbot der  
Trennung  
der Jagd  
von dem  
dazu be-  
rechtigten  
Grund-  
stücke.

§. 10. Die Jagdberechtigung kann von dem dazu berechtigten Gute, Hofe oder Hause nicht veräußert auch nicht abgesondert verpachtet werden, §. 8. am Schlusse.

Eben so wenig ist die Jagdberechtigung einer Theilung fähig und soll sie bei Zerstückung eines jagdberechtigten Gutes oder Hofes bei dem Stumpfe desselben bleiben.

Von dem Verbote der Verpachtung der Jagd, getrennt vom berechtigten Gute, Hofe oder Hause, kann die Gämmer wegen außerordentlicher Umstände auf bestimmte Zeit Ausnahmen gestatten.

§. 11. Stehet die Jagdberechtigung nicht einem Grundstücke, sondern einer Person zu, so darf sie nur durch diese Person ausgeübt werden. Die Jagdberechtigung als persönliches Recht.

§. 12. Zu solchen Personal-Jagdberechtigten sind auch, als denselben in der Ausübungsbefugniß gleichstehend, zu zählen: Ausdehnung des Begriffs derselben.

a) diejenigen, die von der Cammer landesherrschaftliche Jagden gepachtet haben;

b) diejenigen, die mit Genehmigung der Cammer eine Real-Jagdberechtigung, getrennt vom berechtigten Gute, Hofe oder Hause gepachtet haben, und

c) die Besitzer von Jagdberechtigungen, welche ursprünglich einem Gute, Hofe oder Hause zugestanden haben, davon aber mit oberlicher Genehmigung veräußert sind, ohne auf ein anderes Grundstück übertragen zu sein.

Diesen letzten Jagdberechtigungs-Besitzern steht außerdem die Befugniß zu, ihre Jagdberechtigung zu vererben oder im Leben einem Andern eigenthümlich zu übertragen, oder zu verpachten, jedoch darf diese Uebertragung oder Verpachtung nur an geeignete Personen und demnach nur mit Genehmigung der Cammer geschehen.

§. 13. Jeder Jagdpächter hat auf den Grund seines Pachtcontracts beim Amte, in dessen Districte der Bezirk der gepachteten Jagd, oder, wenn die Jagd von einem Gute, Hofe oder Hause herrührt, dieses belegen ist, einen, kostenfrei zu ertheilenden Jagderlaubnißschein auszunehmen, und denselben bei Ausübung der Jagd stets bei sich zu führen. Erforderniß eines amtlichen Jagderlaubnißscheins für den Jagdpächter.

§. 14. Neben diesen Real- und Personal-Jagdberechtigten steht in deren Jagdbezirken der Landesherrschaft die Mitjagd zu, wo selbige nicht ausgeschlossen ist. Landesherrschaftliche Mitjagd.

§. 15. Die Art und Weise der Ausübung der landesherrschaftlichen Mitjagd, so wie auch der Ausübung der Jagd in denjenigen Bezirken, in welchen der Landesherrschaft das Jagdrecht ausschließlich zusteht, ist in den den G. Jagdbedienten ertheilten Instructionen vorgeschrieben. Ausübung der Landesherrschaftlichen Jagd.

**Jagddienste.** **Treibjagen.** §. 16. Die herkömmlich zu leistenden Jagddienste bleiben bei behalten. Treibjagen mit Anwendung derselben dürfen nur auf besondere Anordnung der Cammer abgehalten werden.

### **Zweite Abtheilung.**

**Von den rücksichtlich der Jagd strafbaren Handlungen und deren Anzeige, Untersuchung und Bestrafung.**

**Eintheilung der strafbaren Handlungen.** §. 17. Die rücksichtlich der Jagd strafbaren Handlungen sind das ausgezeichnete Jagdvergehen und das einfache Jagdvergehen.

**Vom ausgezeichneten Jagdvergehen** §. 18. Des ausgezeichneten Jagdvergehens ist schuldig:  
derjenige, welcher, zur Jagd nicht berechtigt, auf Wild schießt: und  
derjenige, welcher, zur Jagd berechtigt, auf Wild außer seinem Jagdbezirke schießt.

**Strafe des selben.** §. 19. Das ausgezeichnete Jagdvergehen wird mit Gefängniß oder Festungsarrest von 16 — 32 Tagen oder mit 20 — 40 Rthlr. Geldbuße bestraft.

Diese Strafe wird auf das Doppelte erhöht, wenn die That in einem umzäunten Thiergarten oder zur Schonungszeit begangen ist.

Bei Rückfällen kommen die neuen Bestimmungen zu den Art. 116 — 120 des Strafgesetzbuchs zur Anwendung.

**Strafe des Versuchs desselben.** §. 20. Der bloße Versuch des ausgezeichneten Jagdvergehens wird mit den im Art. 45 flgde. des Strafgesetzbuchs und in den neuen Bestimmungen zum Art. 102, 4. desselben vorgeschriebenen verhältnißmäßigen Strafen belegt.

Wer sich da, wo er kein Recht zur Ausübung der Jagd hat, in der Absicht des Wildschießens mit Schießgewehr befunden hat, ist immer des nächsten Versuchs für schuldig zu achten, und es soll, wenn er in der Wildbahn betroffen worden ist, die Absicht des Wildschießens angenommen werden,

sofern nicht aus den besondern Umständen die Gewißheit oder Wahrscheinlichkeit des Gegentheils sich ergibt.

§. 21. Zur Wildbahn gehört alles Land, außer den öffentlichen Wegen, den Gehöften, Straßen, Plätzen und Kirchhöfen in Städten, Flecken und Dörfern und den eingefriedigten Gärten, so wie auch alle Gewässer, welche nicht dem Obigen nach ausgenommen sind. Begriff der Wildbahn.

§. 22. Neben Erleidung der in den §§. 19 und 20. bestimmten Strafen hat der Schuldige das erlegte Wild nach der unter Litt. A. beigefügten Taxe zu bezahlen, auch den sonst etwa verursachten Schaden zu ersetzen und dem Angeber fünf Rthlr. Gold Angebegebühr zu entrichten, so wie das Gewehr, mit welchem das ausgezeichnete Jagdvergehen begangen oder versucht ist, zum Eigenthum zu überlassen. Schadens-Ersatz, Angebegebühr und Abgabe des Gewehrs.

Im Fall aber das Gewehr Eigenthum eines Dritten ist, und dieser nicht nur sein Eigenthum daran, sondern auch den Umstand, daß solches ohne sein Wissen oder wider seinen Willen in den Besitz des Uebertreters gekommen ist, glaubhaft nachweist, fällt die Confiscation des Gewehrs weg und hat dann der Uebertreter dem Angeber den Taxationswerth des Gewehrs zu bezahlen.

§. 23. Alle übrigen Jagdbeschädigungen, so wie die Jagd- polizeiübertretungen, gehören zu den einfachen Jagdvergehen, und es erlegt, neben dem Schadenersatz, Strafe: Von einfachen Jagdvergehen.

a) Wer, nur zur niedern Jagd berechtigt, auf ein zur hohen Jagd gehörendes Wild in seinem Jagdbezirke schießt . . . . . 15

b) Wer, zur Jagd berechtigt, dem Wilde Schlingen legt oder die Jagd sonst auf eine Weise ausübt, zu welcher er die Befugniß nicht hat . . . 1 1/2—5

c) Wer sich, erweislich ohne die Absicht des Wildschießens, jedoch unerlaubter Weise und ohne einen Grund der Nothwendigkeit, in einer fremden Wildbahn mit einem zur Ausübung der Jagd brauchbaren Schießgewehr befand . . . . . 1—2 1/2

d) Wer da, wo er nicht zur Jagd berechtigt ist, Rthlr.  
dem Wilde Fangeisen oder Schlingen legt, dieses  
auf andere Art als durch Schießen tödtet, oder  
beschädigt, oder auch lebendig in seine Gewalt  
bringt, oder gefundenes behält, oder Eier von  
Federwild aushebt . . . . . 2½—10

e) Wer, zur Jagd berechtigt, die Jagd auf ein Stück  
Wild während der dafür geschlossenen Zeit ausübt. 2½—5

f) Wer bei Ausübung der Jagd Befriedigungen oder  
Holzbesaamungen oder Anpflanzungen oder Feld-  
früchte beschädigt oder durch seine Hunde beschä-  
digen läßt . . . . . 1¼—5

Ist in den vorstehenden Straffällen der Thäter  
bereits wegen eines Jagdvergehens bestraft, so  
wird die Strafe doppelt erlegt.

g) Der Besitzer eines Hundes, der in einer Wildbahn,  
wo jener nicht jagen darf, jagt, oder eines  
Jagdhundes, der ohne seinen Herrn daselbst an-  
getroffen wird . . . . . 1—2½

Der Jagdberechtigte ist überdem befugt, in  
seiner Wildbahn einen solchen Hund zu tödten;  
auch steht ihm diese Befugniß hinsichtlich der  
Rassen zu, welche in der Entfernung von mehr  
als 200 Schritten von Wohngebäuden in der  
Wildbahn angetroffen werden.

h) Wer getödtetes Wild während dafür offener Jagd-  
zeit und der dem Schlusse der Jagd folgenden  
sieben Tage zum Verkaufe im Hause hat oder  
umherträgt, ohne denjenigen, von dem er es  
erhalten, genügend nachweisen zu können, außer  
der Confiscation, für jedes Stück . . . . . 1¼

i) Wer vom Anfange des achten Tages nach dem Schlusse  
der Jagd bis zu deren Wiedereröffnung getödtet

tes Wild der Art, dessen Jagd geschlossen ist, zum öffentlichen Verkaufe im Hause hat oder überträgt, außer der Confiscation für jedes Stück . . . . 2 1/2

Kann derselbe demjenigen, von dem er das Wild erhalten hat, nicht genügend nachweisen, so hat er die Strafe doppelt zu erleiden.

Die Untersuchung und gesetzliche Bestrafung der etwaigen Uebertretung des Jagdverbots bleibt dabei vorbehalten.

k) Der Jäger oder Jagdpächter, der den in den §§. 9 und 13. für ihn vorgeschriebenen amtlichen Jagderlaubnißschein bei Ausübung der Jagd nicht bei sich führt . . . . . 1 1/2.

Diese Geldstrafen sind unter den Voraussetzungen des Art. 38. des Strafgesetzbuchs nach dem im Art. 39. daselbst bestimmten Verhältnisse in Gefängniß zu verwandeln.

In allen diesen Fällen soll der Angeber die Hälfte der rechtskräftig erkannten Geldstrafe und zwar, wenn die Geldstrafe wegen Zahlungsunfähigkeit des Schuldigen in Gefängnißstrafe verwandelt wird, aus der herrschaftlichen Cassa ausgezahlt erhalten.

§. 24. Die Untersuchung und Bestrafung der ausgezeichneten Jagdvergehen steht dem Civilstrafgerichte, die Untersuchung und Bestrafung der einfachen Jagdvergehen, auch da, wo letztere die im §. 8. der Beamten-Instruction bestimmte Competenz übersteigt, den Aemtern (für das Gebiet der Stadt Oldenburg dem Magistrate daselbst) nach den näheren Bestimmungen des Strafgesetzbuchs und der Beamteninstruction zu.

Von der Zuständigkeit für die Untersuchung und Erkennung über Jagdvergehen.

§. 25. Die förmlich zum Amtsprotokoll, auf den geleisteten Amtseid beruhende, auf eigener Wahrnehmung beruhende Anzeige und Aussage eines Jagd-, Forst-, Amts- oder Polizeibedienten soll bei allen Jagdvergehen einen vollständigen Beweis des Thatbestandes wie des Thäters begründen, in sofern nicht aus besondern Umständen ein Verdacht gegen ihre Glaub-

Von d. Beweisraft der Dienstanzeigen.



würdigkeit hervorgeht, oder der Beweis durch einen Gegenbeweis geschwächt oder aufgehoben wird.

Auf eine solche von allen anderen Beweismitteln entblöste Anzeige und Aussage kann höchstens Gefängniß oder Festungsarrest von 16 Tagen oder eine Geldstrafe von 20 Rthlr. erkannt werden, auch soll in solchem Falle die in den §§. 22 und 23. verordnete Belohnung des Angebers wegfallen, dieselbe vielmehr mit dem Erlöse aus dem Verkaufe des dem Thäter abgenommenen Gewehrs bei den Jagdbruchgeldern für die herrschaftliche Cassa vereinnahmt werden.

Von d. Aus-  
forschung  
der Jagd-  
vergehen u.  
dem desfäl-  
ligen Ber-  
fahren.

§. 26. Alle Forst-, Jagd-, Amts- und Polizeibediente haben pflichtmäßig auf Jagdvergehen, welcher Art sie auch sein mögen, genau zu achten, den etwa betroffenen Verdächtigen anzuhalten, ihm, wenn er sich nicht zu legitimiren vermag, das Jagdzeug, das er etwa bei sich führt, abzunehmen, auch ihn, falls er den Offizialen unbekannt sein sollte, selbst zum Amte zu führen.

Was den Offizialen solchergestalt Pflicht ist, steht allen Jagdberechtigten, §§. 9, 11, 12., in ihren Jagdbezirken als Recht zu. Die Abgabe des Jagdgeräths an den dem Betroffenen unbekannten Berechtigten braucht indessen nicht zu geschehen, wenn jener sofort mit diesem zum nächsten Amte geht.

Strafe der  
Weigerung,  
Rede zu  
stehen u.

§. 27. Wer in der Wildbahn mit Gewehr versehen, betroffen wird, und auf die Anforderung eines Jagd-, Forst-, Amts- oder Polizeioffizialen oder des zur Jagd oder Mitjagd Berechtigten sich weigert Rede zu stehen, oder das Jagdzeug abzugeben oder mit zu Amte zu gehen, wird bloß deswegen mit einer Gefängnißstrafe bis zu drei Tagen oder einer Geldbuße bis zu 5 Rthlr. Gold polizeilich bestraft, welche Strafe mit der etwa wegen Jagdvergehens zu erkennen, verbunden wird.

Von d. An-  
zeige des  
Jagdverge-  
hens bei'm  
Amte und  
dessen wei-  
terem Ber-  
fahren.

§. 28. Die Anzeige über das entdeckte Jagdvergehen ist unter Ablieferung der etwa arretirten Sachen oder Person unverweilt bei dem Amte (für das Gebiet der Stadt Oldenburg bei dem Magistrate daselbst) zu machen, von welchem dann, je nachdem ein einfaches oder ausgezeichnetes Jagdvergehen vor-

liegt, mit der Untersuchung selbst zu verfahren, oder nach eigener Verfügung des, den Umständen nach, etwa unverzüglich Erforderlichen, die Anzeige an das Civilstrafgericht einzusenden ist.

§. 29. Mit der Promulgation der gegenwärtigen Jagdordnung treten alle sich auf das Jagdwesen, Jagdpolizei und Bestrafung von Jagdvergehen und Wilddiebstählen beziehende bisherige Verordnungen in dem Herzogthume Oldenburg einschließlich der Erbherrschaft Jever, insbesondere auch die Vorschrift des Art. 223. II. 3. des Strafgesetzbuchs außer Kraft, jedoch mit Ausnahme der Bekanntmachung der Cammer vom 3. Mai 1828, betreffend die Vertilgung der Fuchsbrut in ihrem Bau, welche bis weiter zu befolgen bleibt.

Schlus.  
Unter Aufhebung der  
seitherigen  
Jagdgesetze

### Anlage A. zu §. 22.

#### Wild-Taxe für das Herzogthum Oldenburg.

Wild-Arten,	T a x e.	
	Rthlr.	Gold. gr.
a) Edel- oder Rothwild.		
1) Ein Kapital-Hirsch (nach dem 8n Jahre)	10	—
2) " jagdbarer Hirsch . . . . .	8	—
3) " Achteader . . . . .	7	—
4) " Sechsender . . . . .	6	36
5) " Gabler und Spießler . . . . .	6	—
6) " Althier oder Gelthier . . . . .	7	—
7) " Schmalthier . . . . .	5	—
8) " Kalb . . . . .	4	—
b) Dam- oder Schaufelwild.		
9) Ein Kapittalschaufler . . . . .	7	—
10) " fünfjähriger Schaufler . . . . .	6	—
11) " dreijähriger . . . . .	5	36

W i l d - A r t e n .	P r e i s .	
	fl.	gr.
12) Ein angebender Schauler . . . . .	5	—
13) „ Spießer . . . . .	5	—
14) „ Althier oder Gelthier . . . . .	5	—
15) „ zweijährig Thier . . . . .	4	38
16) „ Schmalthier . . . . .	4	—
17) „ Kalb . . . . .	3	—
c) R e h w i l d .		
18) Ein starker Rehbock . . . . .	6	—
19) „ geringer Rehbock . . . . .	5	—
20) „ Gabelbock, Spießbock . . . . .	4	—
21) „ Altreh, Geltreh . . . . .	5	—
22) „ Schmalreh . . . . .	4	—
23) „ Kalb . . . . .	2	—
d) S c h w a r z w i l d .		
24) Ein Hauptschwein . . . . .	10	—
25) „ hauernd Schwein (im 5ten Jahre)	8	—
26) „ vierjähriger Keuler . . . . .	7	—
27) „ dreijähriger Keuler . . . . .	6	—
28) „ Ueberläufer (im 2ten Jahre) . . . . .	5	—
29) „ Alte grobe Sau oder Bache . . . . .	8	—
30) „ geringe Bache (3 — 4 Jahr alt) . . . . .	6	—
31) „ Frischling . . . . .	5	—
e) F a s e n .		
32) Ein alter Rammler oder Häsfn . . . . .	—	30
33) „ Dreiläufer . . . . .	—	24
34) „ halbgewachsener junger Fase . . . . .	—	18
f) P e l z - W i l d .		
35) Ein Fuchs . . . . .	1	—
36) „ Baum- od. Edel-Marder (Mustela martes) . . . . .	1	60

W i l d - A r t e n .	T a r e .	
	Stblr.	gr.
37) Ein Stein-Marder ( <i>Mustela foina</i> ) .	—	60
38) " Dachß . . . . .	1	—
39) " Fischotter: 2 Fuß lang . . .	1	—
40) " " 3 " " . . . . .	3	—
41) " " 4 " " . . . . .	4	—
42) " " 5 " " . . . . .	5	—
43) " " 6 " " . . . . .	6	—
g) F e d e r - W i l d .		
44) Ein Vorkuhn . . . . .	—	36
45) " Feldhuhn . . . . .	—	10
46) " große wilde Taube, Ringeltaube	—	10
47) " kleine wilde Taube, Furteltaube	—	6
48) " Waldschneppse . . . . .	—	24
49) " doppelte Beccasine . . . . .	—	12
50) " einfache Beccasine . . . . .	—	6
51) " wilder Schwan . . . . .	2	—
52) " große wilde Gans . . . . .	—	36
53) " kleine wilde Gans . . . . .	—	18
54) " große wilde Ente, Stod-Ente, Tafel-Ente u. . . . .	—	12
55) " kleine wilde Ente, Fried-Ente u.	—	8

#### IV.

### Herzogl. Nassauische Forst- und Jagdgesetze, Verordnungen und allgemeine Ver- fügungen.

---

1. Die von Herzogl. Oberförstern in Auftrag der Herzgl. Recepturbeamten besorgte Geld-Einnahme aus Domainen-  
Waldungen betreffend.

Vom 1. August 1835.

Es ist zur Kenntniß der Herzogl. Regierung gekommen, daß Herzogl. Oberförster Untererhebungen für die H. Recepturbeamten besorgen, und namentlich die von Forstnebennutzungen, oder den aus der Hand abgegebenen Holzgattungen erfallenen Einnahmen einfassiren und an die Recepturen abgeliefert haben.

Da nun dieses Verfahren ganz gegen die bestehenden Vorschriften ist, wonach die H. Oberförster mit den Geldeinnahmen sich nicht befassen, und sie lediglich den Recepturen oder Gemeinderrechnern überlassen sollen; so werden die Oberforstbeamten angewiesen, sämtliche in dem Inspections-Distrikt angestellten Oberförstern zu eröffnen: daß jede Uebertretung jenes Verbotes als Dienstvergehen angesehen und streng bestraft werden soll.

---

## 2. Die Aufstellung der Tabelle, die Wirthschafts-Controle betreffend.

Vom 10. December 1836.

Da zugleich mit dem Holzfällungsplane pro 1838 die neu aufgestellte Beschreibung der Waldungen und die periodische Ertragsberechnung vorgelegt werden müssen, und die Oberforstbeamten, und vorzüglich die Oberförster, Gelegenheit gehabt haben, die Resultate der Abschätzungen sowohl, als auch die Grundsätze zu prüfen, welche bei Aufstellung des ersten Wirthschaftsplans, bei Bestimmung der Bewirthschaftung eines jeden Distrikts angewendet wurden, und daher im Stande sind zu beurtheilen, ob bei Anfertigung des Wirthschaftsplans für die folgende Periode davon abgewichen werden muß, oder derselbe beibehalten werden kann, so wurden die Oberforstbeamten angewiesen, damit die Taxation mit der gehörigen Umsicht vorgenommen werde, die Oberförster zur Vornahme der Abschätzungen und Distrikts-Beschreibungen anzuhalten, und sobald die Arbeiten einer Gemarkung beendigt sind, sich solche in Concept vorlegen zu lassen, um gelegentlich der Bereisung der Waldungen die Arbeiten an Ort und Stelle prüfen zu können, welches zur besonderen Pflicht gemacht wird, und auch eben so die Oberförster anzuweisen, alle Taxationen bis zum Anfange des Jahres 1838 zu beendigen.

Die Taxation ist in der Art vorzunehmen, daß bloß bei geschlossenen Waldungen, und höchstens in Dunkelschlägen und bei Stangenhölzern, der gegenwärtige Bestand durch Probe-Morgen ermittelt wird, wo hingegen alle lichte, unegale Bestände, so wie die Licht- und Abtriebsschläge durch Auszählen der Stämme taxirt werden müssen. Um sich auch zu überzeugen, daß diese Verfügung befolgt wird, haben die Oberforstbeamten sich jedesmal bei Vorlage des Conceptes eines Wirthschaftsplans über einen abgesonderten Wald das Taxations-Manual mit vorlegen zu lassen.

Ferner wird nöthig gefunden, daß die nach Vorschrift des General-Rescriptes vom 7. Januar 1829 sub Reg. 580. zu führende Wirthschafts-Controle nach dem anliegenden Formular entworfen werde, und daß jeder Oberförster ein eingebundenes Manual anlege, in welchem alle Distrikte einzutragen sind, in denen nach dem Wirthschaftsplan in dem Decennium die Fällungen vorgenommen werden, und zwar so, daß in jedem Forstverwaltungs-Bezirk zuerst die Gemeinds-, Stiftungs-, Pfarr- u. Waldungen, dann die Domainen-Waldungen, diese jedoch ohne Berücksichtigung der Gemarkungen, worin sie liegen, eingetragen werden. Für jeden Waldeigenthümer ist wenigstens eine Seite anzunehmen.

Nachdem sämtliche, zur zehnjährigen Wirthschaft bestimmten Distrikte eingetragen sind, werden diejenigen Distrikte jährlich eingetragen, in welchen nach Bestimmung des Wirthschaftsplans eigentlich keine Fällungen hätten vorgenommen werden sollen, jedoch aus der in der Anmerkung ganz kurz beschriebenen Ursache ein Ertrag erfolgt ist, wesswegen, um dafür Raum zu behalten, die Summe ganz unten gezogen wird. Dieses Manual haben die Oberförster jährlich bei Einsendung der nach der bisherigen Vorschrift zu entwerfenden Controle-Tabelle mit vorzulegen, wo nun dasselbe mit dem Controle-Manual, den periodischen Ertragstabellen und der Taxation zu vergleichen, nöthigenfalls zu verbessern und den Oberförstern zu remittiren, damit solches am Ende der Wirthschaftsperiode oder im Forstjahre 1847 der Landesregierung im Original vorgelegt werden kann. Es versteht sich von selbst, daß dasjenige Holzquantum, welches in die Rubrik „Holzvorrath“ am Schlusse der zehnjährigen Fällung gesetzt wird, ganz speciell taxirt werden muß, da es zugleich einen Theil des für die künftige Periode zum Stich bestimmten Holzquantums ausmacht. Auch werden in der Rubrik „Anmerkung“ diejenigen Notizen eingetragen, welche nicht aus der Tabelle selbst hervorgehen, folglich, wenn bei einem oder dem andern Distrikt die Oberforstbeamten oder der

sterei  
t s p e r i o d e

etrag im Jah

A n m e r k u n g e n.

1844  
45

1845  
46

Klafter. Klafter. Kl



1871

No.	Name of the Institution	No. of the Institution	Name of the Institution
12			

Forstamt Waldburg.

der aus der Thätigungsperiode der  
nebst Anz

Bezirksamt, in welchem die Frevel verübt worden sind.	Waldungen, verübt
Waldburg.	Staatswaldun Gemeindswalt ditto
Friedberg.	Gemeindswall Hochdorfer S Grundherrlich Privatwaldung
	Z u s a m Im Amtsbezi Im Amtsbezi

Forstbezirk Eichenthal.

U e b e r s i c h t

Monate September und October 1834 übergebenen Frevelregister  
zahl der in denselben enthaltenen Frevel.

In welchen die Frevel ort worden sind.	Anzahl der angezeigten Frevel aus Wal- dungen.						
	Des Staats.	Der Ge- meinden.	Der För- stlichen.	Der Ständes- herren.	Der Grund- herren.	Der Pri- vaten.	Zu- sammen.
gen . . . . .	36	—	—	—	—	—	36
dungen von Hilsbach .	—	18	—	—	—	—	18
von Kräbfeld .	—	20	—	—	—	—	20
Zusammen . . . .	36	38	—	—	—	—	74
dungen von Hochdorf .	—	32	—	—	—	—	32
pitalwald . . . . .	—	—	19	—	—	—	19
von N. Waldungen .	—	—	—	—	5	—	5
gen des N. zu N. . .	—	—	—	—	—	16	16
Zusammen . . . . .	—	32	19	—	5	16	72
amenstellung.							
rf Waldburg . . . . .	36	38	—	—	—	—	74
rf Friedberg . . . . .	—	32	19	—	5	16	72
Im Ganzen .	36	70	19	—	5	16	146

. October 1834.

Förster N.

betreffende Oberförster es nöthig findet, viel zu bemerken, solches auf ein besonderes einzulegendes Blatt zu schreiben ist.

Die periodische Ertrags-Berechnungs-Tabelle ist zu Ersparrung des Papiers von einem ganzen Forstverwaltungsbezirke zusammenzuheften, und sind ebenfalls zuletzt die Domainen-Waldungen aufzuführen.

---

### 3. Die Zahlung der Besoldung an die Herzoglichen Förster aus den Gemeinde-Cassen betreffend.

Vom 23. März 1836.

Diesenigen Förster, welchen durch besondere Decrete eine Zulage von einem oder zwei Kreuzer über die von Gemeinde- und Stiftungswaldungen gewöhnliche Besoldung von vier Kreuzern per Morgen bewilligt worden ist, haben solche so lange fortzubeziehen, bis eine ausdrückliche Abänderung dieser Verfügung erscheint, oder der Förster versetzt wird. Bei der alle fünf Jahre erfolgenden neuen Berechnung der Forstbesoldungs-Beiträge für die Förster werden zwar nur vier Kreuzer per Morgen angenommen, dieses hat aber auf die oben bemerkten persönlichen Zulagen keinen Einfluß.

---

### 4. Die Erhebung der Schadenersatzgelder aus Erkenntnissen Herzogl. Gerichte über, von Herzogl. Unterthanen im Großherzogthum Hessen begangene Forstfrevel betreffend.

Vom 21. Juni 1836.

Durch die Ministerial-Resolution vom 11. März 1836 ist verfügt worden, daß die bei Thäuidigung der durch Herzoglich-Rassauische Unterthanen im Großherzogthume Hessen verübten Forstfrevel in den Straferkenntnissen der Herzoglichen Behörden angesetzten Schadenersatzgelder, von den Herzogl. Receptionen nach den ihnen von den Herzogl. Aemtern zukommenden

Ueberträgen *ex officio* erhoben, und ohne Abzug von Hebegebühren an die berechtigten Waldeigenthümer abgeliefert werden sollen, wie solches auch in gleichen Fällen von den Großherzoglich Hessischen Recepturbeamten nach, von den dortigen Oberbehörden erlassenen Vorschriften bisher geschehen ist.

Ein gleiches Verfahren soll hinsichtlich der Erhebung der vom Königl. Preussischen Fiscus, Königl. Preussischen Communen oder Privaten zu beziehenden Forstschadensersatzgelder eingehalten werden, so lange die betreffenden Königl. Preussischen Behörden das Reciprocum beobachten.

Wo Inerigibilität vorliegt, muß den Waldeigenthümern eine desßhalbige Bescheinigung übersendet werden.

---

### 5. Die Aufstellung der Tabelle Nr. V. in specie, die vorzunehmenden Taxationen betreffend.

Vom 1. August 1836

Da nicht zu verkennen ist, daß in denjenigen Waldungen, in welchen sich viele Bestände vorfinden, welche nach den Bestimmungen des General-Rescripts vom 10. December vorigen Jahrs durch Auszählungen taxirt werden müssen, es nicht wohl möglich sein wird, diese allein durch die betreffenden Oberförster, wenn solche auch ohne Nachtheil für den Dienst die Förster mit beziehen wollen, taxirt werden können, und überdies die richtige Taxation derselben einen sehr bedeutenden Einfluß auf den Ertrag der nächsten Wirthschaftsperiode hat, so wird genehmigt, erfahrene Holzbauer hierzu zu verwenden, sowie daß denselben eine Vergütung als Tagelöhne, in dem in der Gegend üblichen Lohn, dafür bezahlt werde, worüber bescheinigte Rechnungen, abgesondert für jeden Waldeigenthümer, dann vorzulegen sind, wenn die Taxation in einer Oberförsterei beendigt ist, damit solche auf die betreffenden Cassen angewiesen werden.

Zugleich werden die Oberforstbeamten persönlich dafür verantwortlich gemacht, daß nur bedeutend große Bestände mit Hülfe obiger Leute taxirt und die Kosten nicht aus Bequemlichkeit der H. Oberförster vergrößert werden, wesswegen jedesmal speciell diejenigen Distrikte zu bezeichnen sind, welche von dem Oberförster allein, oder mit bezahlter Hülfe taxirt werden sollen.

---

## 6. Die Aufstellung des Wirthschaftsplans betreffend.

Vom 18. Juni 1837.

Da es nöthig ist, die sämtlichen Domainen-Waldungen eines Inspections-Distrikts als ein für sich bestehendes Ganze zu behandeln, und, wenn deren periodische Erträge bloß nach den einzelnen Verwaltungsbezirken berechnet werden, wahrscheinlich der Ertrag sich vermindert, indem wegen Ungleichheit der Holzalters-Classen, Distrikte überhalten werden müßten, welche, wenn die ganze Domainial-Waldfläche berücksichtigt wird, früher zur Benutzung kommen können, so ist aus sämtlichen, von den Oberförstern entworfenen periodischen Ertragstabellen eine Zusammenstellung der Herzogl. Domainen-Waldungen zu machen, hierdurch der Ertrag, ohne Rücksicht auf die Berechnung resp. Vertheilung der Distrikte in die verschiedenen Perioden, durch die Oberförster neu festzusetzen, und solche mit den übrigen Tabellen an die Landesregierung in einem besondern Heft einzusenden.

---

## 7. Die Zerstörung der Nadelholz-Waldungen durch mehrere Raupenarten betreffend.

Vom 14. August 1837.

Nach eingelaufenen Anzeigen haben in der Gegend von Cronberg die Nadelholzbestände theils durch die sogenannte Tangelmotte, *Phalaena Dodecolla*, theils durch den Großkopfs spinner, *Phalaena bombix dispar*, (welche nicht allein

Nadelholz, sondern auch Laubholzbestände anfällt) und die Feh-  
ren-Gule, *Phalaena noctua piniperda*, bedeutenden Schaden  
gelitten; auch haben sich in dem jenseits des Mainß gelegenen  
Flörsbeter Gemeindewald nicht allein *Phalaena Dodecella*,  
und die *Noctua piniperda*, sondern auch die *Bombix Mo-  
nacha* und *Bombix pini* gezeigt, weswegen durch Anordnung  
von Schweinen-Eintrieb und Ablesen der Raupenpuppen und  
Tödten der Schmetterlinge bereits Vorkehrungen zu deren Ver-  
tilgung getroffen worden sind.

Die Oberforstbeamten werden daher auf diese Insecten  
aufmerksam gemacht und beauftragt, die sämtlichen Oberförster  
dahin zu instruiren, sobald sich Raupen in den Nadelholzbe-  
ständen zeigen sollten, die alsbaldige Anzeige zu machen, wor-  
auf die Oberforstbeamten sich sogleich an Ort und Stelle zu  
verfügen, die Sache zu untersuchen und an die Landesregierung  
Bericht zu erstatten haben, welchem, wo möglich, Schmetter-  
linge, Raupen und Puppen, in einer Schachtel wohl verpackt,  
beizufügen sind.

Zugleich werden die Oberforstbeamten angewiesen, sich mit  
den Beamten zu benehmen, daß dem Auffangen der Vögel und  
Ausheben der Nester von solchen Vögeln, die sich in der Regel  
von Insecten nähren, wozu beinahe alle kleine, im Wald sich  
aufhaltende Vögel gehören, Gehalt gethan und die Uebertreter  
dieses Verbotes nachdrücklich bestraft werden, indem es scheint,  
daß die Vermehrung der Raupen in diesem Jahre der Vermin-  
derung dieser Vögel durch den spät erfolgten Schnee zuzuschrei-  
ben ist, da deren viele allenthalben todt gefunden worden sind,  
und daher verhindert werden muß, daß deren Verminderung  
auch noch durch Menschen bewirkt wird.

---

## 8. Die Aufstellung der Wirthschaftspläne pro 18<sup>38</sup>/<sub>48</sub> betreffend.

Wom 12. September 1837.

Es sind Zweifel darüber entstanden, ob diejenigen Wal-  
dungen, welche eine Gemeinde in einem andern Gemeinde-

Bezirke beſitzt, auch in derjenigen Beſchreibung des Gemeinde-Bezirks, worin die Waldungen liegen, ganz ſpeciell aufgeführt werden müſſen oder ganz wegbleiben können. Damit nun allenthalben auf gleiche Art verfahren werde, wird beſtimmt, daß in dem Gemeinde-Bezirk, in welchem die Waldungen liegen, bloß ſolche auf der hierzu beſtimmten Stelle in der Beſchreibung mit ihrem Eigenthümer und ihrer Größe angemerkt werden ſollen, die ausführliche Beſchreibung aber mit der Bemerkung, daß dieſe Waldung in der N. N. Gemarkung liege, zu derjenigen Gemarkung aufzunehmen iſt, deren Gemeinde Eigenthümerin des Diſtrictes iſt.

Ein ähnliches Verfahren iſt bei den Domainen-Waldungen eines jeden Forſtverwaltungs-Bezirks zu beobachten, und, wie ſchon früher vorgeschrieben war, eine eigene Beſchreibung für dieſelben zu entwerfen.

Was die periodiſchen Ertragstabellen und Tabelle Nr. V. betrifft; ſo verſteht es ſich von ſelbſt, daß für jeden Waldeigenthümer eine beſondere entworfen werden muß, und wird hiñſichtlich des Eintragens in das Formular der Tabelle Nr. V. bemerkt, daß es genügt, wenn in der Rubrik „wird erſt zur Fällung kommen“ bloß der Ertrag der erſten Periode bemerkt iſt, da der des erſten Decenniums in der Rubrik „muß gefällt werden“ erſcheint, und alle Erträge, welche ſpäter erfolgen, wegbleiben.

---

## 9. Die Aufſtellung der Vergleichungstabellen über das gefällte Holz betreffend.

V o m 18. D e c e m b e r 1837.

Aus den vorgelegten Vergleichungs-Tabellen pro 18 $\frac{37}{38}$  hat man erſehen, daß mehrere Oberforſtbeamten, die theils durch die General-Reſcripte vom 17. Februar 1819 ſub Reg. 4417 und 20. December 1820; theils durch die Feſtſetzung der Fällungspläne ſchon erlaſſenen Verfügun-gen, wegen Eintragens des nach dem Fällungsplan zum Hieb beſtimmten Holzes nicht be-



folgen und Extrafällungen in dieselben Rubriken eintragen, wo die gewöhnlichen, nach dem Wirthschaftsplan bestimmten Fällungen stehen sollen. Die Landesregierung findet sich daher veranlaßt, Nachfolgendes ein- für allemal zu bestimmen:

Einzig diejenigen Fällungen, welche nach dem Wirthschaftsplan ausgeführt werden sollen und in dem Holzfällungsplane bestimmt daselbst in den Rubriken eingetragen sind, dürfen in den Rubriken „Es sollte nach dem Fällungsplan gefällt werden“ eingetragen werden; bei allen übrigen Fällungen aber ist lediglich der Name der Distrikte in die hierzu bestimmte Columne einzutragen, jedoch kein Holz auszuwerfen, weil dieses unter die Rubrik „Ist gefällt worden“ gehört. Es versteht sich von selbst, daß, wenn durch den Holzfällungsplan Extrafällungen verfügt werden, diese so zu behandeln sind, als ob solche durch besondere Verfügungen bestimmt worden wären, der Distrikt, aus welchem sie erfolgen, mag zur Benutzung nach dem Wirthschaftsplan kommen oder nicht, sie dürfen also in keinem Falle in der Rubrik „Es sollte nach dem Fällungsplan gefällt werden“ erscheinen.

---

nachdem in dem Gesetz bestimmt ist, dass die Strafe für die Verletzung der Jagdgesetze, Verordnungen und allgemeinen Verfügungen

in der Regel 50 Thaler ist.

Es ist jedoch zu bemerken, dass die Strafe für die Verletzung der Jagdgesetze, Verordnungen und allgemeinen Verfügungen in der Regel 50 Thaler ist, wenn die Verletzung nicht in einem der Fälle, in denen die Strafe 25 Thaler beträgt, besteht.

Es ist jedoch zu bemerken, dass die Strafe für die Verletzung der Jagdgesetze, Verordnungen und allgemeinen Verfügungen in der Regel 50 Thaler ist, wenn die Verletzung nicht in einem der Fälle, in denen die Strafe 25 Thaler beträgt, besteht.

## **Herzoglich-Anhalt-Bernburgische Forst- und Jagdgesetze, Verordnungen und allgemeine Verfügungen.**

### **1. Authentische Interpretation des §. 45. der Jagd-Ordnung.**

**Vom 14. September 1828.**

Die authentische Interpretation des 45ten Paragraphen wird dahin gegeben, daß Derjenige, welcher sich an einem erlegten Wildpret vergreift, nur mit 50 Thalern bei Hochwild, und mit 25 Thalern bei Hasen und Feldhühnern bestraft werden soll.

### **2. Die Feststellung der Strafe des Wilddiebstahls betreffend.**

**Vom 12. März 1829.**

In einem vorgekommenen Falle erging die Herzogl. Resolution, daß die zuerkannte Strafe von 25 Thalern bestätigt sei, und die Anfrage bei der Regierung dahin beschieden werde, daß die in dem Decrete vom 14. Sept. festgesetzte Strafe des Wilddiebstahls nur für den Fall in 25 Thalern bestehe, wo nur Hasen oder Rebhühner, und kein Hochwildpret entwendet worden ist.

### 3. Das Einsammeln des trockenen Holzes unter den Weidenplantagen des Amtes Hoym betreffend.

Vom 6. April 1830.

- 1) Das Holzlesen in den Weidenplantagen und Alleen des Amtes Hoym soll, wo solches bisher üblich gewesen, auch ferner den ärmern Untertbanen gestattet sein, jedoch
  - 2) nur in den Monaten October bis incl. April jeden Jahres Statt haben, und
  - 3) auf die Nachmittage des Mittwoch und Sonnabends beschränkt sein.
  - 4) Tritt in Uebertretungsfällen die Strafe des unerlaubten Holzlesens *ic.* nach den Bestimmungen der Forstordnung ein, und sind die deßfalligen Anzeigen durch den Einwohner und Plantagenaufseher bei dem Herzogl. Forstamte zu machen.
- 

### 4. Die Wiedereinführung der Baummessung nach Spann und Ellen in den Elbforsten betreffend.

Vom 30. October 1830.

Der vorgetragenen dringenden Umstände wegen wird genehmigt, daß die cubische Berechnung der Nußhölzer in den Forsten über der Elbe so lange cessire, und anstatt derselben die Messung nach Spann und Ellen wieder eingeführt werde, als die bedeutenden außerordentlichen Holzschläge in der Umgegend des Amtes Goswig fortdauern.

---

### 5. Das Absägen der Bäume dicht an der Erde betreffend.

Vom 15. November 1831.

Laut höchster Genehmigung vom 14. November 1831 soll das Absägen der Bäume dicht an der Erde auf die zu Nußholz tauglichen Bäume beschränkt; die zu Brennholz tauglichen Bäume sollen dagegen bis zu 5 Spann Stärke oder  $12\frac{8}{11}$  Zoll Durch-

messen möglichst tief aus der Erde gehalten, die stärksten Brennholzbäume aber 2' 4" über der Erde abgesägt und die Stämme tief aus der Erde ausgespalten werden.

---

## 6. Reglement, das Hasentreiben im Herzogl. Feldbreviere Ballenstedt betreffend.

Vom 21. November 1831.

1. Der Hegereiter hat am Tage vor der Jagd die Gemeinden zu bestellen, welche den Jagddienst verrichten sollen, unter Bestimmung von Zeit und Ort der Zusammenkunft.

2. Werden zu großen Treiben mehrere Gemeinden bestellt, so soll jede Gemeinde durch einen Jäger zu Pferde, welcher das Treiben mit zu führen hat, aus dem Dorfe abgeholt und geräuschlos auf dem passendsten Wege nach dem Orte der Zusammenkunft hingeführt werden.

3. Sind alle Gemeinden angelangt, so soll von den mitanwesenden Dorfrichtern jeder Gemeinde die Jagdrolle von dem Hegereiter, oder einem dazu bestimmten Jäger, abgefordert, und danach jede Gemeinde verlesen werden.

4. Sollten sich die Treiber nicht alle eingefunden haben, so sind solche mit Vor- und Zunamen aufzuschreiben und dem Forstamte zur gesetzlichen Bestrafung einzureichen.

5. In die Kategorie der Ausbleibenden gehören auch alle Schulkinder, welche gar nicht bei der Jagd erscheinen sollen, was auch vorher bei jeder Jagdbestellung dem Richter zu erinnern ist.

6. Gleichzeitig sind auch alle Schützen den Tag vor der Jagd, am zweckmäßigsten durch eine Karte, worauf der Tag der Jagd, und Ort und Stunde der Zusammenkunft bemerkt sein muß, einzuladen.

7. Die sämtliche Jägerei wird ebenfalls am Tage vor der Jagd mit dem Plane derselben bekannt gemacht, und Jeder genau instruiert werden, was ihm bei und nach der Jagd zu thun obliegt.

8. Sind nun die Treiber verlesen, und haben sich die eingeladenen Schützen alle eingefunden, so werden

I. bei einem Kesseltreiben die Treiber und Schützen nach Erforderniß der örtlichen Verhältnisse getheilt und auf beiden Flügeln in angemessener Entfernung angestellt. Dieß soll geschehen

9. auf jedem Flügel durch zwei Jäger, wovon der Eine die Treiber in Masse auf der Grenze des Treibens vorausführt, der Zweite aber die Treiber und Schützen anstellt.

10. Sollte das Treiben ein zu großes Terrain in sich fassen, so können auch von der entgegengesetzten Seite die Schützen und Treiber, welche dieser Seite am nächsten wohnen, in gleicher Ordnung angestellt werden, bis sie mit den übrigen Flügeln zusammenstoßen.

11. Ist nun das Treiben geschlossen, so geht zuerst der sogenannte Sack im Treiben vorwärts, und man bemüht sich, im Fortrücken immer eine bogenförmige Gestalt des Treibens beizubehalten; gleichzeitig werden aber die sich durch diese Bewegung anhäufenden Treiber und Schützen in möglichst gerader Linie auf den beiden Flügeln heruntergezogen, und dadurch die Lücken gefüllt, welche gewöhnlich zu Anfang des Treibens entstehen.

12. Ist der Sack, so viel als nöthig scheint, vorgegangen, so soll derselbe Halt machen, und die Seitenflügel die Krümmungen, welche die Feldgrenze häufig macht, ausgeben, die Treiber und Schützen werden dabei wieder auf den Flügeln heruntergezogen und gerade gestellt.

13. In ähnlichen Bewegungen soll nun das Treiben abwechselnd fortgehen, bis es die Stelle erreicht hat, wo der Schluß der Jagd angeordnet ist.

14. Sind Netze gestellt, so ist der Schluß des Treibens jederzeit vor den Netzen; sind keine Netze da, so muß auch dieser Theil des Treibens, wie S. 11. vorschreibt, abwechselnd bis zu der Stelle vorgehen, wo der Schluß bestimmt ist.

15. Dieser Punkt soll vor dem Beginne des Treibens bestimmt und darauf Rücksicht genommen werden, daß auf dieser Stelle keine bestellten Acker sich befinden.

16. Der Herzogl. Jägerei wird zur besondern Pflicht gemacht, auf den ihnen angewiesenen Posten gute Ordnung im Treiben zu erhalten, und alles dasjenige genau auszuführen, was ihnen vor dem Treiben anbefohlen ist.

17. Sollte sich aber ein Jäger nachlässig oder wohl gar widersetzlich gegen einen Vorgesetzten bezeigen, so wird derselbe mit Arrest, oder nach Umständen noch härter bestraft.

18. Gegen die anwesenden Schützen haben sich die Jäger bescheiden zu betragen, und wenn es beim Treiben einer Inrechtfertigung bedarf, so hat das auf eine höfliche Art und mit Hinweisung der anbefohlenen eigenen Pflichterfüllung zu geschehen.

19. Eben so haben sich die Jäger gegen die Treiber ruhig und ernst zu benehmen und nicht etwa durch ansichthliches Schimpfen und Fluchen dieselben zu Gegenreden zu reizen, sondern, wenn ein Treiber sich widersetzlich oder grob benimmt, dessen Namen aufzuzeichnen und zur Anzeige zu bringen.

20. Jeder Jäger hat vorsichtig mit seinem Gewehr umzugehen, nur in schußmäßiger Entfernung, und niemals in der Treiberlinie, noch weniger aber in die Ecken des Treibens, zu schießen, bei angemessener Strafe.

21. Zu ähnlicher Vorsicht sind von den Jägern auch die anwesenden Schützen zu ermahnen, und ist nicht zu dulden, daß sie vor die Treiber gehen oder dem Hasen im Treiben vorlaufen wollen, weil dadurch mancherlei Unordnung entsteht.

22. Wenn endlich das Treiben so enge zusammengerückt ist, daß die Schützen nicht mehr ohne Gefahr in den Kreis schießen können, so hat der das Treiben Commandirende in den Kreis zu reiten und das Schießen zu verbieten; die noch nicht erlegten Hasen sollen dann bloß außerhalb des Kreises geschossen werden.

23. Da bei großen Kesseltreiben öfter vorkommt, daß von den erlegten Hasen vor beendigtem Treiben abgelegt werden

müssen, die von den Treibern nicht fortgebracht werden konnten, so soll dies zwar ferner geschehen, doch sind die Hasen vorher von einem Jäger zu zählen, und ist ein Treiber als Wache dabei zu stellen.

24. Ist die Jagd beendet, so sollen die geschossenen Hasen auf einer passenden Stelle hingestreckt und vom Commandirenden der Jagd und dem Hegereiter gezählt werden.

25. Jedem zu der Jagd eingeladenen Schützen ist vor der Jagd dasjenige mitzutheilen, was für dieselbe angeordnet ist, und muß Jeder ersucht werden, zur Aufrechterhaltung der Ordnung im Treiben mit beizutragen, auch vorsichtig zu schießen und nie aus der Treiberlinie vorzugehen.

26. Auch muß jeder Schütz erinnert werden, daß er den Anordnungen derer, die das Treiben führen, Folge leiste, weil sonst keine Ordnung erhalten werden kann.

27. Es ist darauf zu halten, daß nur gute und sichere Schützen eingeladen werden.

28. II. Bei einem Halbenmondtreiben werden die Treiber und Schützen, wie unter S. 9. angegeben, angestellt, jedoch nur so, daß das Treiben in halber Mondform sich Anfangs bilde, beide Flügel sich alsdann im Fortrücken mit Beibehaltung der halbrunden Form zu schließen suchen müssen.

29. Zur Erhaltung der Ordnung ist alles zu beobachten, was bei dem Kesseltreiben angeordnet ist.

30. III. Sollen die Schützen in Schießlöcher vorgelegt werden, so sind vor dem Beginne der Jagd die Felder in passendes Treiben einzutheilen und die zur Jagd erforderlichen Löcher in einer Entfernung von 80 Schritten auszugraben.

31. Das Aufertigen der Löcher kann durch jagddienstpflichtige Männer, nach Anweisung des Hegereiters, geschehen, und müssen dieselbe so eingerichtet werden, daß von den Enden der Fronte auch auf beiden Seiten Flankenlöcher vor und hinter dem Treiben gemacht, weil letztere gebraucht werden, wenn die Schützen beim nächsten Treiben viellleicht in den Front-

höhern bleiben, die Plankenhöcher aber nun auf der entgegen-  
gesetzten Seite mit Schützen auch besetzt werden müssen.

32. Die Schießlöcher dürfen aber niemals auf bestellten  
Ackerstücken gemacht werden.

33. Für die Anfertigung von 8 guten Löchern soll ein  
Jagdttag abgerechnet werden.

34. An dem Orte der Zusammenkunft haben vor dem An-  
fange der Jagd die Schützen, welche in die Schießlöcher postirt  
werden sollen, zu loosen, damit das Anstellen, welches durch  
den Hegevorsteher geschieht, ohne Begünstigung des einen oder  
anderen Schützen vor sich gehe.

35. Wenn mehrere Treiben an einem Tage Statt finden,  
so kann nach dem zweiten oder dritten eine neue Verlosung  
vorgenommen werden.

36. Die Treiber werden in einem Halbkreis mit Seiten-  
flügeln nach den Löchern zu angestellt, unter ihnen die Jäger  
und die übrigen Schützen vertheilt.

37. Von hier aus geht das Treiben in ähnlicher Form,  
wie bei dem Kesseltreiben, und nach denselben Regeln, wie im  
§. 12. angegeben ist, vorwärts, bis das ganze Treiben in die  
Stöße der Löcher kommt. Hier wird ebenfalls angeordnet, was  
durch §. 22. bestimmt ist. Sollte, während das Treiben geht,  
in den Löchern häufig geschossen werden, so muß das Treiben  
zuweilen anhalten, damit die Schützen zum Laden der Gewehre  
Zeit gewinnen.

38. Jeder Schütze soll seine erlegten Hasen neben dem  
Loche ausgestreckt liegen lassen.

39. Hierauf sind die geschossenen Hasen, wie in §. 24. be-  
stimmt ist, zu zählen.

40. Zum Transporte der Hasen sind Stangen, einen Fuß  
länger als die Wagenbreite ist, auf jedem Wagen mitzunehmen,  
um die eingehakten Hasen daran aufzuhängen, wodurch sie be-  
sser erhalten werden.



41. Jeder Schütze soll an seinem Gewehre einen Sicherheitsdeckel oder ein Steinsfutteral haben, außerdem kann derselbe nicht zur Jagd zugelassen werden.

42. Kein Schütze soll in die Linie der Löcher schießen, auch bei dem Durchlaufen der Hasen nicht mit dem Gewehre am Kopfe durchziehen, sondern das Gewehr absetzen und dann außer der Linie schießen.

43. Ferner darf kein Schütze einen Hund mit in das Loch nehmen noch auch denselben während der Jagd an einem angeschossenen Hasen lassen.

44. Die angeschossenen Hasen sind, wie bisher, nach der Jagd, oder den folgenden Tag durch die Jäger zu fassen.

## 7. Die Aufsicht der Forstbedienten auf Steuerbefraudationen betreffend.

Vom 8. August 1831.

Da es Sache der Grenzaufseher ist, fremde steuerbare Waaren ohne Erlegung der Steuer nicht über die Grenze zu lassen, so werden die betreffenden Forstbedienten nur angewiesen, darauf zu sehen, daß zu den Holzwaaren in den Herzogl. Forsten keine auswärtigen unversteuerten Holzwaaren gebracht werden.

## 8. Jagdregulativ für das Unterherzogthum Anhalt-Bernburg.

Vom 8. October 1833.

1. An den Herrschaftlichen Jagden dürfen nur Schützen Theil nehmen, welche ausdrücklich dazu eingeladen worden sind; uneingeladene haben es sich selbst zuzuschreiben, wenn sie zugewiesen werden.

2. Die Schützen versammeln sich an dem von dem Forstbedienten namhaft gemachten Orte, und erhalten von denselben, oder durch dessen Hülfspersonal, in jedem Kreise ihren

Stand angewiesen. Willkürliche Auswahl der Stände, oder das sogenannte Belegen derselben, ist eben so, wie das Verlassen eines angewiesenen Standes vor der Beendigung des Treibens, gänzlich unstatthaft, und wird, als mit der Jagdordnung durchaus unvereinbar, mit Einem Thaler bestraft.

3. Es dürfen nur Gewehre gebraucht werden, welche mit zuverlässigen Versicherungen gegen unbeabsichtigtes Abgehen versehen sind. Mangelnde Versicherung zieht das Zurückweisen von der Jagd sofort nach sich.

4. Versicherungsvorrichtungen bei Percussionsgewehren, wie sie auch beschaffen sein mögen, werden auf den Treibjagden für sich allein nicht für ausreichend gehalten, sondern die Zündhütchen müssen vor dem Verlassen des Standes abgenommen werden. Die Unterlassung dieser Abnahme, oder des Nachlagens der Steinsutterale bei den Feuerschlössern, wird mit Einem Thaler bestraft.

5. Obgleich unter §. 3 und 4 erwähnten Vorsichtsmaßregeln müssen die Schützen, oder deren Leute, nach beendigtem Treiben die Gewehre so tragen, daß die Mündung nach Oben gerichtet ist. Ob das Gewehr geladen ist oder nicht, ob es versichert ist oder nicht, macht keinen Unterschied, und die Uebertretungen werden mit zwölf Groschen bestraft.

6. Während des Ladens eines Laufes, wenn der andere nicht abgeschossen ist, muß der letztere versichert werden.

7. Wer überführt wird, in die Schützen- oder Treiblinie geschossen zu haben, hat drei Thaler Strafe zu erlegen.

8. Ebenso verfällt Derjenige in eine Strafe von Einem Thaler und zwölf Groschen, wer mit angelegtem Gewehre durch die Schützen- oder Treiberlinie zielt; das Gewehr muß vielmehr so lange abgesetzt werden, bis das Wild über die Linie hinaus ist.

9. Auf ein gegebenes Zeichen darf nicht mehr in den Kreis geschossen werden, bei Vermeidung einer Strafe von Einem Thaler zwölf Groschen.

10. Die Schützen, welche mit durch das Treiben gehen, haben nicht allein ihre Aufmerksamkeit darauf zu richten, daß sie selbst immer die gehörige Linie halten und weder vorgehen noch zurückbleiben, sondern sind auch befugt, ihre Nachbarn an die Beobachtung der Ordnung zu erinnern.

11. Unruhige Hunde dürfen nicht mitgebracht werden, auch ist nicht gestattet, die Hunde ganz nahe erlegtes Wild apportiren zu lassen, oder in den Jagdkreis und nahe liegende, noch nicht abgejagte Distrikte zu heizen.

12. Die nach dem gegenwärtigen Regulativ verurtheilten Strafen werden sofort von einem dazu beauftragten Holzförster einkassirt, an die Herzogl. Forstverwaltung abgeliefert, und beim Schlusse der Jagdzeit der Armenkasse zu Bernburg überwiesen.

## 9. Die Uebertragung der Justizgewalt des Herzogl. Forst-Amtes an die Justizämter betreffend.

Vom 30. März 1834.

1) Es verbleibt in Hinsicht der Jurisdiction über die Forst- und Jagdbedienten und was zu dieser Kategorie gehört, zwar in Dienstfachen bei der Bestimmung des §. 36. der Forstordnung, in den übrigen persönlichen Angelegenheiten werden dieselben aber der ordentlichen Civilgerichtsbarkeit unterworfen, so daß die Forstbedienten, die Forstsreiber und Forstausscher als zu den Honoratioren zu rechnen und der Jurisdiction der Regierung in erster Instanz; die Holzförster, Jägerbursche, Wegebetter aber der Jurisdiction der Aemter untergeordnet werden.

2) Wegen sämtlicher Grenzsachen, auch in Hinsicht der vorkommenden Beschädigungen der Grenzen, verbleibt es ferner bei der Untersuchung und Bestrafung von Seiten des Herzogl. Forstamts; da nach §. 34. der Forstordnung die Erhaltung der Landes-, Forst- und Feldgrenzen besonders dem Herzogl. Forstamte übertragen und der Oberjägermeister, und an dessen Stelle der jederzeitige Vorsteher des Herzogl. Forstamts, beständiger Grenzkommissarius ist.

### 3) Dagegen werden die Justizämter

- a. zur Untersuchung und Bestrafung aller geringern, in der Forstordnung genannten Contraventionen in Forst- und Jagdsachen, auch der Berg- und Hüttenleute, nach den Bestimmungen des §. 45. der Forstordnung ausdrücklich angewiesen; nicht minder
- b. mit der Instruction und Untersuchung wichtiger Contraventionen in Forst- und Jagdsachen, auch gegen die Wildschützen und Wildpretsdiebe, ein- für allemal beauftragt, wogegen die Acten in solchen wichtigen Contraventionsfällen ad b., so wie in solchen Fällen, wo auf das Verbrechen keine bestimmte Strafe in der Forstordnung vorgeschrieben ist, vom Justizamte an Herzogliches Forstamt zur weiteren Verfügung nach §. 29 und 131 der Forstordnung einzusenden sind.

4) Zur Untersuchung und Bestrafung der nach dem Obigen den Justizämtern überwiesenen Forst- und Jagdverbrechen sind in Zeiträumen von 14 zu 14 Tagen Forstrügetage, und zwar den ersten und dritten Donnerstag eines jeden Monats, anzusetzen und abzuhalten.

5) In diesem Ende sind die Forst- und Jagdbedienten vom Herzoglichen Forstamte angewiesen, von den betreffenden Forst- und Jagdcontraventionen dreifache Strafzettel an die betreffenden Justizämter einzureichen.

In Hinsicht der angezeigten Forst- und Jagdcontraventionen hat alsdann das Justizamt, wegen deren Vorladung, jedesmaligem Verhöre im Beisein des Forstbedienten, Bestrafung etc. nach den Vorschriften des §. 178 bis 186. des Cap. VI. und §. 23 und 24. Cap. II. der Forst- und Jagdordnung zu verfahren, die Strafe auf der vom Forstbedienten eingereichten Anzeige und Strafzetteln zu bemerken, von denen einen der Forstbediente und einen Herzogl. Forstamt erhält, der dritte aber bei den Acten des Justizamts verbleibt.

6) Da im Uebrigen nach §. 106. der Forstordnung in den gewöhnlichen Denunciationsfällen keine Gerichtskosten und Ge-

bühren, und nur in wichtigen Fällen nach §. 121. der Forstordnung ordnungsmäßige Gebühren entrichtet werden, so bleibt es hierbei auch für die Zukunft; es sollen jedoch die im letztern Falle zu liquidirenden Gebühren dem Justizamte als Commissionsgebühren zum Ersatze für die Mühe und Arbeit verbleiben; es kann aber dabei in jedem Falle nur nach Artikel 267 der Spotteltaxe für die Untergerichte liquidirt werden.

## 10. Die Beitreibung der Forststrafen betreffend.

Vom 3. Mai 1834.

Damit in Zukunft wegen Beitreibung der etwa verbleibenden Forststrafreste von den Justizämtern, denen die Forstrücker Gerichtsbarkeit übertragen ist, ein gleichmäßiges Verfahren Statt finde, so wird dieserhalb Folgendes bestimmt:

Nachdem von den resp. Forstbedienten den Justizämtern das Verzeichniß der seit 4 Wochen erkannten und noch nicht eingezahlten Geldstrafen, so wie der auf zweimalige Bestellung zur Strafarbeit noch nicht erschienenen Forstverbrecher eingereicht ist, so ist durch den Amtsdienner den Restanten mündlich die Auflage zu geben, binnen 14 Tagen die Geldreste abzuliefern, resp. die Strafarbeit zu verrichten. Sollte nach Ablauf dieser Frist annoch Geldstrafe in Rest oder Strafarbeit nicht abgeleistet sein, so haben die resp. Forstbediente hiervon die Justizämter nochmals schriftlich zu benachrichtigen, worauf den Restanten durch den Amtsdienner die wiederholte mündliche Auflage gegeben wird, binnen 3 Tagen zu zahlen oder die Strafarbeit zu verrichten, mit der ausdrücklichen Androhung, daß nach Ablauf dieser Frist sofort die Hülfe vollstreckt werden würde. Nach Ablauf dieser Frist wird dann die sofortige Auspfändung wegen der etwa noch immer restirenden Geldstrafreste und resp. die Transportirung des Forstverbrechers zur Ableistung der Strafarbeit durch den Diener von den Justizämtern verfügt.

Der Amtsdienet empfängt für die jedesmalige Annäherung von jedem Monirten 1 Gr., so wie bei Vollstreckung der Hülfe die tarmäßigen Gebühren, während von Seiten der Aemter für die ertheilten Auflagen und erlassenen Verfügungen keine Gebühren, nach Analogie der Beitreibung herrschaftlicher Abgaben, zu liquidiren sind.

---

## 11. Die Bestrafung der Forstverbrecher betreffend.

Vom 25. October 1834.

Die Justizämter des Untern Herzogthums werden angewiesen, in vorkommenden Fällen, wo in Forstdenunciationsachen die Denunciaten die erkannten Geldstrafen nicht erlegen können, auf Gefängniß, jeden Tag des zu erleidenden Gefängnisses auf 12 Gr. Geldstrafe gerechnet, zu erkennen, den inländischen unvermögenden Denunciaten nach §. 175. der Forstordnung aber nachzulassen, die von ihnen verwirkten Strafen durch Arbeit, zu 4 Gr. pro Tag gerechnet, abzuverdienen, auch dieselben in dieser Hinsicht an die Forstverwaltung oder die Bauinspektion zu verweisen.

---

## 12. Die Ablassung der Hölzer an die Unterthanen zu geringeren Preisen aus den Elbforsten betreffend.

Vom 19. December 1834.

Es sind in dem Amte Coswig häufig Fälle vorgekommen, daß Einwohner die Hölzer, welche ihnen aus den Herrschaftlichen Forsten zu einem geringern als dem gewöhnlichen Verkaufspreise, oder dem sogenannten Unterthanenpreise, verkauft worden, zu andern Zwecken als zu ihrem eigenen Consume und Bedarf verwendet, bei den wider sie wegen solcher Ungebühnisse verhängten Untersuchungen aber sich damit zu entschuldigen gesucht haben, daß ein besonderes Strafgesetz dawider nicht vorhanden sei.

Um nun diesem ungebührlichen Verfahren künftighin vorzubeugen und den Contravenienten einen solchen Vorwand abzuschneiden, sollen künftighin folgende Strafbestimmungen hievon zur Anwendung kommen:

1) Wenn in den Forsten solche Hölzer, die den Untertanen oder gewissen Klassen der Holzconsumenten zu niedrigeren Preisen verkauft werden, durch falsche Angaben entweder der Namen der Empfänger, für welche die Hölzer bestimmt sind, oder des Zweckes, wozu sie dienen sollen, an sich bringt, auch wohl die zu den Untertanenpreisen empfangene Hölzer verkauft, oder überall sie zu andern Zwecken als zu seinem eigenen Bedarf an Brennholz verwendet, wird, außer Entschädigung der Forstkasse, für den zu niedrig bezahlten Preis, noch mit einer Strafe von zwei Thalern für die Klafter belegt, wovon die Hälfte Anzeigegebühr ist.

2) Jeder Fuhrmann, der bei Abfuhrung solcher Hölzer aus den Schlägen zur Begünstigung Anderer dergleichen falsche Angaben, wie in 1) enthalten, macht, wird mit zwei Thalern Strafe für die Klafter Holz belegt, von welcher die Hälfte Anzeigegebühr ist.

### 13. Die Interpretation des §. 308. der Forstordnung betreffend.

Wom 4. April 1835.

Da neuerlich der Fall vorgekommen, daß mehrere Personen, die sich zusammen eines gemeinschaftlichen Forstvergehens schuldig gemacht, indem sie einen Vorländer umgehauen haben, ein jeder in die durch §. 308. der Forstordnung angedrohte Strafe genommen sind, diese Strafe aber nach einer richtigen Interpretation obigen Gesetzes dahin hat ermäßigt werden müssen, daß die Contravenienten für diesen einfachen Straffall zusammen in die einfache Strafe mit solidarischer Haftung genommen sind, so wird dies zur künftigen gleichmäßigen Anwendung des Gesetzes sämmtlichen Justizämtern und Gerichten mit der

Ausweisung eröffnet, künftighin nach der zuletzt angegebenen Entscheidung sich zu richten.

---

#### 14. Den Handel mit Brennholz Betreffend.

Vom 2. Mai 1835.

1) Der Handel mit Brennholz hieselbst ist von jetzt an Privatpersonen gegen deßfalls bei Herzogl. Cammer nachzufindende Concessionen gestellt.

2) Im Interesse des Publikums jedoch soll die hiesige Herrschaftliche Holzniederlage in einem dem Bedürfnisse angemessenen Umfange auch zum allgemeinen Verkauf für jetzt noch fortbestehen.

---

#### 15. Die Abänderung der §§. 9, 11 und 12. der Jagd-Ordnung vom 15. Juni 1801 betreffend.

Vom 29. November 1835.

1) Der §. 9. der Jagd-Ordnung wird hiermit gänzlich aufgehoben und dagegen für sämtliche Landestheile festgesetzt, daß Schwarzwild außerhalb eingezäunter Wildbahnen zu keiner Jahresfrist zu schonen ist.

2) Die §§. 11 und 12. der Jagd-Ordnung sollen zwar in ihrer Allgemeinheit auch ferner in Kraft bleiben, es wird jedoch die Schonungszeit hinsichtlich der wilden Kaninchen aufgehoben, und soll es jedem Berechtigten freistehen, solche zu jeder Jahreszeit, und ohne Berücksichtigung der gewöhnlichen Schonungszeit für das niedere Waidwerk, wegzuschießen und sonst auf jede erlaubte Art zu verfolgen.

---

#### 16. Reglement, die Anstellung und weitere Versorgung des Jagd- und Forstpersonals betreffend.

Vom 7. December 1835.

1) Nachdem für nöthig erachtet worden, die Verhältnisse des Forst- und Jagdpersonals, insoweit dieselben auf Kenntnisse



und dereinstige wirkliche Anstellung bei dem Forst- und Jagdwesen Bezug haben, einer nähern Prüfung zu unterwerfen, so wurde nun nachstehendes Reglement erlassen:

1) Diejenigen, welche sich von jetzt an dem Forst- und Jagdfache widmen wollen, haben sich frühestens nach zurückgelegtem vierzehnten Lebensjahre bei dem Forstamte zu melden und sich einer Prüfung zu unterwerfen, in welcher sie wenigstens darthun müssen, daß sie guten, natürlichen Verstand besitzen, eine gute leserliche Hand schreiben, einen kleinen Aufsatz orthographisch und stylistisch richtig abzufassen, eine arithmetische Aufgabe mit Brüchen nach der Regel de tri aufzulösen wissen und die Anfangsgründe der Geometrie begriffen haben. Wer diese Prüfung nicht gut besteht, wird von dem Forstamte ohne Weiteres zurückgewiesen.

2) Nach bestandener Prüfung hat das Forstamt den Eltern oder Vormündern des Examinanden diejenigen Forstbedienten namhaft zu machen, welchen vermöge ihrer Reviere, ihrer Kenntnisse und ihres sonstigen Verhaltens gestattet werden kann, Lehrlinge anzunehmen, und denselben die Auswahl zu überlassen. Die Zahl der von einem Forstbedienten anzunehmenden Lehrlinge hängt von dem Ermessen des Forstamtes ab.

3) Die Lehrzeit soll in der Regel drei Jahre dauern. Das Forstamt kann jedoch in einzelnen Fällen, namentlich wenn der Lehrling früher die erforderlichen Kenntnisse erlangt hat, oder wenn er noch eine Forst-Academie beziehen will, Ausnahmen machen.

4) Die Entlassung aus der Lehre kann nur nach einer nochmaligen angemessenen Prüfung erfolgen, und wenn diese genügend ausgefallen ist, so wird von dem Lehrherrn ein Lehrbrief, oder wenn der Lehrling noch eine Academie besuchen will, ein Attest ausgestellt, dessen Inhalt jedoch von dem Forstamte mit Beziehung auf die vorgenommene Prüfung der Wahrheit gemäß attestirt werden muß.

5. Bei der Annahme von Revierjägern sollen die Eingehornen, sobald sie die erforderlichen Kenntnisse besitzen und

rücksichtlich ihres moralischen Betragens gute Zeugnisse für sich haben, vorzugsweise berücksichtigt werden. Bei gleichen Qualifikationen entscheidet in der Regel unter mehreren Bewerbern das frühere Datum des Lehrbriefes, und ohne triftige Gründe ist davon nicht abzugehen.

6. Die Forstbedienten dürfen ohne ausdrückliche Genehmigung des Forstamtes, wie bisher schon vorgeschrieben, keine Revierjäger annehmen, weshalb die letztern demselben vorgestellt und bei Anshändigung der Instruction und Verweisung auf die Forst- und Jagdordnung in Pflicht genommen werden müssen.

Sollten keine qualificirten Inländer vorhanden sein, und Ausländer angenommen werden müssen, so kann dieß nur nach einer angemessenen Prüfung durch das Forstamt, und nach Beibringung guter Atteste über ihr früheres Verhalten, geschehen.

Auch die Entlassung des Revierjägers von Seiten der Forstbedienten kann nicht anders, als mit Vorwissen des Forstamtes und nach Angabe der Gründe erfolgen.

Was die persönlichen Verhältnisse zwischen den Revierjägern und den Forstbedienten betrifft, so müssen jene sich anlegen sein lassen, die Zufriedenheit ihrer Dienstherren durch pflichtmäßigen Gehorsam, schuldige Ehrerbietung und geistetes Betragen zu gewinnen und zu erhalten, wogegen aber auch von diesen erwartet wird, daß sie den Revierjägern eine schonende Behandlung, auf welche sie vermöge der höhern Bildung, welche künftig von ihnen gefordert wird, Anspruch haben, angedeihen lassen werden.

7. Die Herzoglichen Corpshäger und die Revierjäger sollen für jezt und bis auf Weiteres alljährlich gegen Ostern oder Michaelis im Ober- oder Unterherzogthume von dem Forstamte, im Amte Goshwig aber von einem Deputirten desselben und der Forst-Commission, rücksichtlich ihrer Kenntnisse einer angemessenen schriftlichen und mündlichen Prüfung unterworfen, und nach Maßgabe derselben in eine Liste gebracht werden, welche unter Beifügung der schriftlichen Ausarbeitungen und der Protokolle

mittelt Bericht vorzulegen ist. Bei dieser Gelegenheit sind jedesmal zwei Individuen namhaft zu machen, welche sich besonders vortheilhaft ausgezeichnet haben, worauf denselben nach den Vorschlägen des Forstamtes, aus forstwissenschaftlichen Hülfsmitteln bestehende Prämien zur fernern Aufmunterung bewilliget werden.

8) Wenn eine Stelle vacant wird, auf welche nicht ein bereits angestellter Forstbediente befördert werden kann, so hat das Forstamt die drei ältesten Individuen im Dienste aus der Zahl der Corps- und Revierjäger einer Prüfung zu unterwerfen, durch welche gründlich zu ermitteln ist,

- a) welche Kenntnisse die Examinanden in den erforderlichen Hülfswissenschaften und
- b) welche Kenntnisse sie im eigentlichen Forst- und Jagdsache besitzen.

Rücksichtlich der erstern wird verlangt, daß der Examinand in der Mathematik, ingleichen im Feldmessen, ferner in der Forstbotanik, Bodenkunde, Naturgeschichte der jagdbaren Thiere und schädlichen Forstinsecten und endlich im Geschäftsstyl die gegenwärtig für unentbehrlich zu achtende Kenntnisse besitze.

Im eigentlichen Forstfache muß sich der Examinand im Waldbau, im Forstschutze und in den Forstnutzungsarbeiten, und nächstdem auch in der Jagdkunde genügende Kenntnisse zu Eigen gemacht haben.

9) Ergibt sich durch diese Prüfungen, daß einer unter den Examinanden die erforderlichen Kenntnisse und moralischen Eigenschaften zur Verwaltung der erledigten Stelle besitzt, so ist derselbe bei Einsendung der Prüfungsprotocolle und der schriftlichen Ausarbeitungen dazu vorzuschlagen. Ist dies aber nicht der Fall, so ist dieselbe Prüfung mit den drei im Dienstalter zunächstfolgenden Individuen vorzunehmen und sodann über das Ergebnis gutachtlicher Bericht zu erstatten.

10) Auch für diejenigen, welche sich dem höhern Forstwesen widmen wollen, gelten die Bestimmungen der §§. 1 — 5. Nach zurückgelegter Lehrzeit, welche in Gemäßheit des §. 3 ab-

geführt werden kann, müssen aber in der Regel noch dieselben eine Forstacademie besuchen.

11) Nachdem sie von derselben zurückgekehrt sind, haben sie sich unter Beifügung der erforderlichen Zeugnisse bei dem Forstamte zu melden, welches berichtlich anzuzeigen hat, ob der Candidat zur Prüfung zugelassen werden könne.. Dieselbe soll jedoch durch eine besondere Commission, welche zu diesem Behufe höchsten Ortes ernannt werden wird, vorgenommen und sowohl auf die nach dem jetzigen Stande der Forstwissenschaft erforderlichen Hülfswissenschaften, als auch auf die Gegenstände der niedern und höhern Forstwissenschaft im engern Sinn und des Jagdwesens gerichtet werden.

Ueber das Ergebnis ist mit Beifügung der Protocolle und der schriftlichen Ausarbeitungen, denen auch die von der Prüfungscommission signirten Concepte angeschlossen sein müssen, gutachtlicher Bericht zu erstatten.

12) Die erfolgte und bestandene Prüfung begründet indessen noch keine Ansprüche auf wirkliche Anstellung, sondern bloß die Befugniß, zu seiner Zeit um Uebertragung erledigter Stellen nachsuchen zu dürfen, welches jedoch erst dann geschehen kann, wenn sich der Candidat die erforderliche praktische Ausbildung auf einem Forste und als Auscultator beim Forstamte verschafft hat.

13) Schließlich wird noch bestimmt, daß bei dem Herzoglichen Forstwesen überhaupt Niemand förmlich angestellt werden soll, der die vorschriftsmäßigen Prüfungen nicht gut bestanden hat, und daß kein bereits Angestellter auf eine höhere Stelle befördert werden wird, der seine Fähigkeiten nicht schon im Dienste nachgewiesen hat. Weder das Dienstalter allein, noch Stand und Geburt können Ansprüche auf Beförderung gründen, sondern lediglich tüchtige Kenntnisse und tadelloses Verhalten.

**17. Interpretation des Edicts vom 14. November 1825  
in Bezug auf die Ausübung der Jagd an Sonn-  
und Festtagen.**

Vom 8. Dezember 1835.

Nachdem darüber Zweifel entstanden, ob nach §. 1. des höchsten Edicts vom 14. November 1825, die Feier der Sonn- und Festtage betreffend, die Ausübung der Jagd an Sonn- und Festtagen nur dann verboten sei, wenn die Jagd in eigentlichen Treibjagden bestehe, oder ob dieses Verbot auch auf andere Jagden, als z. B. Revierjagden, sich erstreckt, so wurde jene gesetzliche Bestimmung höchsten Ortes dahin authentisch interpretirt, daß die Ausübung der Jagd an Sonn- und Festtagen, wenn gleich dieselbe auch in feinen eigentlichen Treibjagden besteht, im Allgemeinen verboten sein soll.

**18. Das Einsammeln der Waldstreu in den Harzforsten  
betreffend.**

Vom 28. März 1836.

Nachdem den bisher für die Harzforste bestandenen Verordnungen wegen des Laubholens einer genauen Durchsicht und Prüfung unterworfen und hierbei nicht allein das forstliche Interesse, sondern auch die Nothdurft der armen Untertanen, welche die Waldstreu nicht gänzlich entbehren können, nach Möglichkeit berücksichtigt werden sind, so wird unter Aufhebung der bisher bestehenden gesetzlichen Bestimmungen, folgendes verordnet:

- 1) Unter Waldstreu wird verstanden:
  - a) im gewöhnlichen Sinne: das abgefallene Laub von den Bäumen und Sträuchen, so wie die abgefallenen Nadeln und
  - b) im weitem Sinne: Moose, Heide und andere ähnliche Pflanzen, Farrenkräuter und verwelkte Gräser.

2) Die unter a (1) genannte Streu, so wie die Moose, dürfen nur mit hölzernen Forken, zusammengebracht, Heide und andere ähnliche Pflanzen; sowie die Farrenkräuter, nur ausgerauft, verwelte Gräser hingegen können mit Sichel als geschnitten werden.

Diesfällige Uebertretungen werden mit der doppelten Strafe belegt, welche auf verbotenem Streusammeln steht und überdies mit Confiscation der angewendeten Instrumente und Transportgeräthschaften.

3) Die gewöhnliche Laub- und Nadelstreu (a 1) darf gesammelt werden von Denjenigen, welche nach Vorschrift der Forstordnung und der Verordnung vom 5. Juli 1811 einen Holzzettel ohne weitere Bemerkung erhalten haben. Dagegen bedarf es für das Einsammeln der unter 1 b genannten Streu eines ausdrücklichen Erlaubnißscheines. — Die Holzzettel sind als Laubzettel nur für die gesetzliche Zeit im Herbst und Frühjahr innerhalb eines Jahres und die ausdrücklichen Erlaubnißscheine zur Einsammlung der 1 und b genannten Streu nur auf die darin namhaft gemachte Zeit gültig.

4) Wer ohne Holzzettel oder Erlaubnißschein Waldstreu sammelt, verfällt in eine Strafe von zwölf Groschen. Im ersten Wiederholungsfall steigt dieselbe auf achtzehn Groschen, im zweiten auf einen Thaler und Confiscation der gebrauchten Instrumente und Transportgeräthschaften; sollte aber innerhalb eines Jahres sogar ein dritter Wiederholungsfall vorkommen, so wird der Thäter als unverbesserlicher Walddarbrecher angesehen und mit ein- bis dreimonatlicher Zuchthausstrafe belegt.

5) Die Auswahl der Forstorte wo Streu, und die Bestimmung, welche Art von Streu gesammelt werden darf, hängt lediglich von dem sachverständigen und pflichtmäßigen Ermessen des Forstamtes ab und hat dasselbe einer Seite ebenso darauf zu sehen, daß keine Distrikte hierzu eingeräumt werden, wo erheblicher Schaden verursacht wird, als anderer Seite in den zuweilen vorkommenden Fällen, wo das Abbringen der einen oder der andern Gattung von Streu der Forstkultur Leben

Nachtheil zufügen oder sogar Ruhen bringen kann, die Erlaubnis hierzu nicht zu versagen.

6) Streusammler, welche einen Holzzettel oder einen andern Erlaubnißschein besitzen, aber denselben auf nicht erlaubte Orte, oder auf nicht erlaubte Streu, oder während der verbotenen Zeit anwenden, verfallen auch rücksichtlich der Wiederholungen in die doppelten Strafen, welche in 4 festgesetzt sind.

7) Was die Zeit des Einsammelns betrifft, so wird hiermit festgesetzt, daß, obgleich dasselbe im Frühjahr mit ungleich größern Nachtheilen für die Waldungen verknüpft ist, als im Herbst, dessen ungeachtet im Herbst und Frühjahr jedesmal vierzehn Tage dazu verstattet sein sollen. Dem Forstamte bleibt es überlassen, diese Zeit nach Maßgabe der Bitterung, oder sonstiger im Betracht kommender Verhältnisse genauer zu bestimmen, und in den betreffenden Orten zur öffentlichen Kenntniß zu bringen. Auch ist dasselbe ermächtigt, für den Fall, wenn während der verstatteten Zeit ungünstige Bitterung eintreten sollte, noch einige Tage zuzugeben.

7) Da das Sammeln der Waldstreu in der Regel nur eine Vergünstigung für ganz arme Untertanen zur Bestreitung ihres eigenen Bedürfnisses sein soll, so ist bei Anfertigung der Holz- und Laubträger-Listen (Conf. Forstordnung S. 275, 276 und 277 und Circularverfügung Seite 251 der Gesetzsammlung Band III.) mit der größten Gewissenhaftigkeit darauf zu sehen, daß keine andere Personen darin aufgenommen werden; und den Armen die Waldstreu von den Wohlhabenden nicht entzogen wird.

Damit aber hierbei mit der möglichsten Genauigkeit verfahren werden kann, wird verordnet, daß künftig auch einige Mitglieder der Orts-Armen-Kommissionen, wo dergleichen bestehen, zur Anfertigung der fraglichen Listen zugezogen werden sollen.

8) Ausnahmen von dieser Regel (7) sind nur zulässig in wirklich dringenden Nothfällen und in der Voraussetzung, daß das Streubedürfniß der ganz armen befriedigt werden kann.

In solchen Fällen ist es dem Forstamte nach gehöriger Prüfung nachgelassen, auch nicht ganz armen Personen die Erlaubniß einige Streu zu sammeln, jedoch nur gegen eine zur Forstkasse zu zahlende angemessene Taxe, zu ertheilen.

9) Diejenigen, welche zum Streusammeln befugt sind, müssen den Erlaubnißschein bei sich führen, um denselben dem zur Aufsicht bestellten Personal auf Verlangen vorzeigen zu können. Vermögen sie dieses nicht, so werden sie als solche angesehen und bestraft, welche ohne Erlaubniß Streu holen.

10) Sollte mit den ausgestellten Laubzetteln oder Erlaubnißscheiden dergestalt Mißbrauch getrieben werden, daß der Eigenthümer einen solchen an einen Nichtbefugten abtritt, so verfallen beide in die Strafe, welche auf unerlaubtem Streusammeln steht, und der Eigenthümer erhält überdies für das nächstfolgende Jahr keine Erlaubniß zum Streuholen.

11) Aus jeder Familie, welche einen Erlaubnißschein oder Streuzettel erhalten hat, darf niemals mehr als ein Mitglied Waldstreu sammeln, wobei ausdrücklich bemerkt wird, daß das Sammeln und Transportiren der Streu nur von einer und derselben Person verrichtet werden darf, und daß die Schiebkarren wie bisher ausgeschlossen sind. Ausnahmen sind nur in den unter 8 vorgesehenen Fällen statthast und auch dann nur in soweit, als die Anzahl der Personen in dem Erlaubnißschieine ausgedrückt ist.

12) Der Transport der Waldstreu mittelst Wagen ist in der Regel nicht gestattet, kann aber in den unter 8 vorgesehenen Fällen ausnahmsweise, jedoch auch nur mit ausdrücklicher Erlaubniß des Forstamtes, vorgenommen werden.

Sollte Jemand, der diese Erlaubniß nicht erlangt hat, die gesammelte Streu dessen ungeachtet mit Wagen abfahren, so tritt die dreifache Strafe ein, welche auf unerlaubtem Streuholen steht.

13) Jeder weitere Verkehr mit der eingesammelten Waldstreu, er möge durch Verkauf, Vertauschung oder auf irgend eine andere Weise betrieben werden, ist gänzlich verboten.



Übertretungen von Seiten der Sammler werden mit den in § 4 festgesetzten Strafen belegt, und dieselben erhalten überdies für das nächste Jahr keinen Strenzettel, die Requirenten hingegen verfallen in die dreifache Strafe.

14) In allen Fällen, wo die in dieser Verordnung verbotenen Handlungen an Sonn- und Festtagen oder zur Nachtzeit begangen werden, wird die Strafe verdoppelt.

15) Von allen eingegangenen Waldstrafen erhält der Denunciant die Hälfte; die Confiscate hingegen werden an den Meistbietenden verkauft und der Erlös dafür nach Abzug der dem Denuncianten gebührenden Hälfte an die Ortsverwaltungen abgeliefert. Endlich

16) wird verordnet, daß alle erkannten Strafen schnell und längstens binnen vier Wochen, nach deren Ablauf keine Provocation mehr Statt findet, um soviel ohne alle Rücksicht executirt werden sollen, als dieselben nicht allein gegen die frühern Geldbußen bedeutend ermäßigt worden sind, sondern auch den armen Untertanen größerer Spielraum gegeben worden ist, ihr eigenes Bedürfniß an Waldstreu zu befriedigen.

## 19. Die Entwendung geschlagener Hölzer aus Hauungen betreffend.

Rom. 3. Mai 1826.

Um die Strafbestimmungen in §. 357 der Forstordnung vom 15. Juni 1801, die Entwendung von Hölzern aus Hauungen betreffend, mit den sonst in der Forstordnung enthaltenen Straffsätzen in ein angemesseneres Verhältniß zu bringen, wurde beschlossen, den gedachten §. 357 der Forstordnung, abzuändern und zu dem Ende verordnet:

Daß, wenn Jemand diebischer Weise aus einer Hauung geschlagene Hölzer entwenden würde, derselbe, falls der Werth des Gestohlenen die Summe von zehn Thalern nicht übersteigt, nach Befinden der Umstände, mit einer Geldbuße von einem

bis zu zehn Thalern bestraft, und überdies zur Erlegung des Werthes der entwandten Hölzer angehalten werden, es hingegen, im Falle dieses Werth mehr als die Summe von zehn Thalern beträgt, bei der Bestimmung des §. 357 der Forstordnung, nach welcher alsdann eine verhältnißmäßige Gefängniß- oder Zuchthausstrafe eintritt, verbleiben soll.

---

## 20. Die Beitreibung der Forststrafen betreffend.

Vom 3. September 1836.

Nachdem in der unterm 28. März d. J. erlassenen landesherrlichen Verordnung, das Einsammeln der Waldrenten betreffend, rücksichtlich der Beitreibung und Vollziehung der erkannten Contraventionsstrafen in 16 bestimmt ist, daß diese Strafen längstens binnen 4 Wochen beigetrieben werden sollen, so wird nunmehr, um in Betreff der Vollziehung der übrigen Forststrafen ein gleichmäßiges Verfahren herzustellen, verordnet, daß die in der Circularverordnung vom 3. Mai 1834 deshalb festgesetzten Fristen wegen Beitreibung der verbleibenden Forststrafen in eine einzige Frist von 4 Wochen zusammengezogen und den Contravenienten bei Publikation des Strafbescheldes ausdrücklich eröffnet und verständigt werden soll, daß nach Ablauf dieser 4wöchentlichen Frist, vom Tage der Publikation an gerechnet, ohne Weiteres das Erkenntniß vollstreckt werde. Die Justizämter haben auch nach Ablauf der bezeichneten Frist auf eine einfache Anzeige des betreffenden Forstbedienten die sofortige Auspfändung wegen der noch immer restirenden Geldstrafreste und resp. die Transportirung des Forstverbrechers zur Ableistung der Strafarbeit durch den Gerichtsdiener zu verfügen.

---

## 21. Die authentische Interpretation des §. 308 der Forstordnung betreffend.

Vom 21. März 1837.

Da der §. 308 der Forstordnung hinsichtlich der Anzeigengebühren und des Holzersasses zeither nicht gleichmäßig aus-

gelegt worden, so wird den Justizämtern zur Nachachtung eröffnet,

daß in Gemäßheit des §. 308 der Forstordnung jeder Forstfrevler, außer der in diesem Paragraphen bestimmten Strafe, wegen eines jeden umgehauenen Baumes noch einen Thaler Anzeigegebühr zu erlegen hat, und nur bei starken Bäumen, nicht aber bei Kastreibern und Borständern, der Holzwerth zu ersetzen ist.

---

## 22. Die Vollziehung der Forststrafen betreffend.

Vom 8. August 1837.

Da die Verordnung vom 25. October 1834, Bl. 24 der Gesetzsammlung, die Abbüßung der wegen Forstfrevel erkannten Geldstrafen durch Strafarbeit betreffend, in mehreren Fällen nicht richtig ausgelegt und angewandt ist, so wird dieshalb Folgendes besonders bestimmt:

1) Es müssen nämlich, wie auch die angezogene Verordnung mit klaren Worten vorschreibt, bei inländischen armen Forstfrevlern Geldstrafen regelmäßig erkannt werden, und nur dann, wenn die Inerigibilität der Geldstrafen sich klar herausgestellt hat, darf eine Abbüßung durch Strafarbeit Statt finden.

2) Was die Bestrafung der Schulkinder bei Forstfreveln angeht, so ist die Untersuchung bei den Rügeverhandlungen auf den Punkt stets mit zu erstrecken, ob die Eltern, Vormünder oder Pfleger als intellektuelle Urheber der Vergehungen anzusehen sind, und haben die Gerichte sodann gegen diese das Weitere zu erkennen;

3) die Schulkinder werden übrigens bei Forstfreveln wie bisher mit körperlicher Züchtigung bestraft, jedoch soll diese Strafe nicht wie bisher vom Gerichtsdiener vor Gericht, sondern auf Requisition des Schulinspectors vom betreffenden Classenlehrer vollzogen werden.

---

## 23. Das Fällen der Hölzer in den Privatholzungen betreffend.

Vom 6. April 1838.

Hinsichtlich des Zeitraums, binnen welchem die Besitzer von Privatholzungen die ihnen zu schlagen bewilligte Quantität Holz zu fällen haben, wird Folgendes bestimmt:

1) Die vom Forstamte genehmigten regelmäßigen Behauungen in den Privatholzungen dürfen frühestens mit dem 2. October ihren Anfang nehmen.

2) Das Niederfällen und Aufarbeiten der Hölzer in diesen regelmäßigen Holzschlägen soll

1) in den Harzforsten bis zum 1. Mai,

2) in den Elbforsten aber, sowohl in den Nadel- als auch in den Laubhölzern, bis zum 1. April des folgenden Jahres beendigt sein.

3) Ausgenommen hiervon sind nur diejenigen Privatholzungen, in welchen Borke zur Bereitung der Gerberlöhe gerissen werden soll. Die Besitzer derselben haben jedoch dieses dem Forstamte in ihren Anbauungsgesuchen besonders anzuzeigen und um Verlängerung der angegebenen Frist nachzusuchen.

4) In Ansehung des Anfangs und der Beendigung der außerordentlichen Holzfällungen, über deren Zulässigkeit der §. 144. der Forst- und Jagdordnung de 1801 das Nähere bestimmt, müssen die Privatholzbesitzer sich genau nach den Anordnungen richten, welche von dem Forstamte verfügt und den Holzbesitzern eröffnet werden.

5) Contraventionen gegen die Bestimmungen sub 1 und 2, so wie gegen die jedesmaligen Forstamtlichen Verfügungen ad 3 und 4 werden mit einer Geldstrafe von 2 bis 20 Rthlr., wovon die Hälfte Anzeigegebühr, geahndet.

---

## 24. Die Strafen wiederholter Forstverbrechen betreffend.

Vom 29. April 1838.

In Erwägung, daß über die Bestrafung wiederholter Forstverbrechen jetzt keine festen gesetzlichen Bestimmungen vorhanden gewesen sind, wird Folgendes verordnet:

1) Der §. 176. der Forstordnung, wonach unverbesserliche Forstverbrecher höchsten Ortes angezeigt werden sollen, ist aufgehoben. Dagegen sollen

2) Diejenigen Personen, welche bereits dreimal wegen Forstverbrechen bestraft sind, wenn sie dennoch ein solches Verbrechen wiederholen, außer der zu erkennenden Geldstrafe mit einer Zuchthausstrafe von vier Wochen bis drei Monate belegt werden.

3) Bei dennoch eintretenden Wiederholungsfällen kann diese Strafe selbst bis auf mehrjährige Zuchthausstrafe erhöht werden.

---

## 25. Das Verbot des Führens von Haken beim Holz sammeln in den Forsten betreffend.

Vom 27. Sept. 1838.

Nach §. 284. der Forstordnung darf kein Holzträger ein Beil, Barte, Keil zum Zerspalten des Holzes, oder sonstige schneidende Werkzeuge bei sich führen. Da jetzt häufig Fälle vorkommen, daß die Leseholzsammler, ohne gerade jene verbotenen Instrumente zu haben, Haken bei sich führen, mit denen sie durch Herunterreißen des Holzes von den Bäumen den Forsten nicht unbeträchtlichen Schaden zufügen, so wird bestimmt, daß kein Holzsammler, bei Strafe von 12 Gr. und 5 Gr. Anzeigegebühr und mit Vorbehalt der bereits durch die Forstordnung §. 273. auf das Abreißen des Holzes gesetzten Strafen, einen solchen Haken bei sich führen darf.

---

**A r c h i v**

der

**Forst- und Jagd-Gesetzgebung**

der

**deutschen Bundesstaaten.**

**Herausgegeben**

von

**St. B e h l e n,**  
Königl. Bayerischem Forstmeister.

**Siebenten Bandes zweites Heft.**

---

**Freiburg im Breisgau,**  
**Verlag der Fr. Wagner'schen Buchhandlung.**

**1 8 4 0.**



# Inhaltsverzeichnis.

## I.

### Kön. Bayerische Forst- und Jagdgesetze, Verordnungen, allgemeine Verfügungen und Instructionen.

Von 1836.

Seite

1. Die Reisebläten der Forstamtsverweser betreffend . . . . .	1
2. Die Verwendung des R. Forstpersonals zur Steuer-Bonitt- rung u. Klassification, resp. die Verwesungskosten betreffend . . . . .	1
3. Den Material-Etat betreffend . . . . .	2
4. Die Anzeigengebühren der Forstgehülfen für arme Forstfrev- ler betreffend . . . . .	2
5. Die Behandlung der Staatswald-Inventare betreffend . . . . .	3
6. Die Promotionslisten für den Dienstgrad eines Revierförstlers betreffend . . . . .	3
7. Die Anstellungstaren betreffend . . . . .	5
8. Die Anzeigengebühren der Forstgehülfen für arme Frevler betreffend . . . . .	5
9. Der Material-Etat für die IV. Finanzperiode und dessen An- wendung auf das Etatsjahr 18 <sup>36</sup> betreffend . . . . .	5
10. Die Promotionslisten in specie für den Dienstgrad eines Forstamts-Aktuars betreffend . . . . .	8
11. Die Umzugsgebühren des R. Forstpersonals betreffend . . . . .	9
12. Besuch eines Forstmeisters um Dispensation von Unterhal- tung eines Dienstpferdes betreffend . . . . .	10
13. Die Diäten der Forstkommissäre bei Forstamtsverwesungen betreffend . . . . .	10
14. Den Verpflegungsbeitrag für die Forstamtsaktuare betreffend . . . . .	10
15. Die förderliche Behandlung des Waldrügewesens betreffend . . . . .	11
16. Die Ausübung der Forstrechts-servituten betreffend . . . . .	11
17. Die Abhibirung des Stempels bei Holzhauerlohns- und Forstkultur-Arbeiten-Quittungen betreffend . . . . .	12

Von 1837.

18. Den sogenannten Forst-Realitäten-Status betreffend . . . . .	12
19. Die Vormerkungen und Uebersichten über den Stand des Forst-Einrichtungsgeschäfts betreffend . . . . .	14
20. Die forstwirthschaftlichen Etats für die IV. Finanzperiode betreffend . . . . .	17
21. Die Verwendung des Königl. Forstpersonals bei dem Boni- tirungsgeschäfte betreffend . . . . .	20
22. Die Holzverwerthung aus den R. Staatswäldungen betreffend . . . . .	21
23. Holzverwerthung aus den R. Staatswäldungen betreffend . . . . .	23
24. Die Besolungshölzer betreffend . . . . .	24
25. Die Promotionslisten für Stationsgehülfen betreffend . . . . .	26



Vom 1838.

	Seite
26. Den Forstverwaltungsausgaben-Etat für die IV. Finanzperiode betreffend . . . . .	27
27. Die Diäten für Forstamts-Altuare bei auswärtigen Dienstverrichtungen betreffend . . . . .	29
28. Die Ausgaben bei dem Kreis-Forst-Bureau betreffend. . .	30
29. Den überhandnehmenden Wilddiebstahl und die dagegen zu ergreifenden Maßregeln betreffend . . . . .	31
30. Die Wildbeschädigungen betreffend . . . . .	36
31. Die Kultur der Eiche betreffend . . . . .	37
32. Die specielle Betriebs-Regulirung, resp. die Grundlagen derselben betreffend . . . . .	39
33. Die Ausscheidung des Standesgehaltes bei den Revierförstern betreffend . . . . .	40
34. Das Streusammeln mit eisernen Rechen betreffend . . .	41

Vom 1839.

35. Die Kultur der Eiche betreffend . . . . .	41
36. Die Erwerbung von Realitäten betreffend . . . . .	42
37. Die Umzugsgebühren für Forstgehülfen betreffend . . .	42
38. Die Bauholzabgabe an Forstberechtigte betreffend . . .	43
39. Die Perception und Verrechnung der Forstrechts-Gegenrechnisse betreffend . . . . .	43
40. Die Diäten der K. Kreis-Forst-Commissäre betreffend . .	45
41. Die Beschädigung der Dienstwiese eines Revierförsters betreff. .	46

Vom 1840.

42. Die Benutzung der Steinbrüche und Kiesgruben auf k. k. Forstgründen betreffend . . . . .	49
--	----

## II.

### Instruktion für Forstwirtschafts-Einrichtung und Herstellung der Forstbeschreibung.

Vom 30. Juni 1830.

---

## I.

# Königl. Bayerische Forst- und Jagdgesetze, Verordnungen, allgemeine Verfügungen und Instructionen.

---

### 1. Die Reisediäten der Forstamtsverweser betreffend.

Vom 14. Januar 1836.

Ein Revierförster, welchem eine Forstamts-Verwesung übertragen wird, kann nach den im General-Rescripte vom 4. April 1829 gegebenen klaren Normen, ausser seinem Gesamtgehalt als Revierförster, und dem nach der Klasse des zu verwesenden Forstamtes zu bemessenden Geldzuschusse, nur die Diäten und Reisegelder von seiner Wohnung zum Verwesungsorte und zurück, aber keine besondere Vergütung an Geld oder Natural für die Dienstreisen inner dem Amtsbezirke in Anspruch nehmen, indem deren Betrag schon unter dem normalmäßigen Tagegelde begriffen ist.

---

### 2. Die Verwendung des Königl. Forstpersonals zur Steuer- Bonitirung und Klassification, resp. die Verwesungskosten betreffend.

Vom 30. Januar 1836.

Vom 1. October des laufenden Etatsjahres anfangend finden die Verwesungskosten für das, bei dem Steuer-Bonitirungs- und Klassificationsgeschäfte verwendete Forstpersonal auf Kosten der Staatsverwaltung nicht mehr Statt, und dürfen somit auch

in der rentamtlichen Forstrechnung nicht mehr aufgenommen werden, sondern es ist sich, wenn die Verwendung des Forstpersonals von der K. Steuerkataster-Commission für nöthig erachtet wird, hinsichtlich der betreffenden Verwefungskosten in allen Fällen mit dieser Stelle ins Benehmen zu setzen, da dieselbe angewiesen wurde, diese außerordentliche Ausgabe von dem bemerkten Termine an auf ihre Rechnung zu übernehmen.

Im Uebrigen hat es hinsichtlich der Verwendung des Forstpersonals für das bemerkte Steuergeschäft bei den im Rescpt. vom 22. Jänner 1833 erlassenen Bestimmung sein Verbleiben.

### 3. Den Material-Etat betreffend.

Vom 21. März 1836.

Um die Uebereinstimmung der betreffenden Vormerkungen im Ministerial-Forstbureau mit dem Stande der Sache und den Vorlagen der K. Regierungen zu erhalten, ist es unerläßlich, daß jede Modification des festgesetzten Abgabesaßes, welche in Folge der Bestimmung der Instruction vom 30. Juni 1830 über Forstwirthschafts-Einrichtung pag. 56 ad 5 eintritt, alsbald dahier zur Anzeige gebracht, und darauf hin die Erhöhung oder Abminderung des Material-Etats vorläufig genehmiget werde, indem sonst unnöthige Schreibereien durch umständliche Revisions-Erinnerungen und deren Erledigung verlastet werden.

### 4. Die Anzeigegebühren der Forstgehülfen für arme Forst-Frevler betreffend.

Vom 16. Mai 1836.

Die ex aerario an die Forstgehülfen zu vergütenden Anzeigegebühren für arme Forstfrevler sind nach der rentamtlichen Rechnungs-Instruction vom 18. Sept. 1826 Art. XIII. §. 2. fol. 16. lediglich aus den Forststrafen zu bestreiten, und insom-

ferne der Unfall hieran zureicht, in der daselbst angeordneten Weise auch ferner zu behandeln.

Wenn jedoch die Einnahme an Forststrafen die Vergütung von Anzeigengebühren nicht erreicht, so ist der Mehrbetrag der letzteren in der Forstrechnung unter den übrigen Forstregie-Ausgaben in Ausgabe zu stellen, und deshalb bei diesen von 18 $\frac{3}{5}$  an ein eigener Titel einzuschalten.

## 5. Die Behandlung der Staatswald-Inventare betreffend.

Vom 18. Mai 1836.

Es ist vorgekommen, daß bei der nach §. 62. der Vorschriften für Kartirung u. von den R. Kreisregierungen vorzunehmenden Revision der Staatswald-Inventare von den R. Forstämtern eingefetzte Flächenansätze mit zwei Decimalstellen auf drei Decimalstellen abgeändert, dadurch vielfache Correcturen herbeigeführt, und die Deutlichkeit der Ziffer gefährdet wurde.

Um dies in Zukunft zu vermeiden, wird hienit ausgesprochen, daß in den Inventaren ein Flächenansatz mit zwei Dezimalstellen genüge, daß jedoch bei dem Uebertrag aus den Grundlisten, in welchen die Berechnung bis auf 3 Decimalstellen auszudehnen ist, die dritte Dezimalstelle, wenn sie den Werth von 5 erreicht oder übersteigt, als eine Ganze zur zweiten gezählt, wenn sie aber unter diesem Werthe, selbe außer Rechnung gelassen werden soll.

## 6. Die Promotionslisten für den Dienstgrad eines Revierförsters betreffend.

Vom 3. Juni 1836.

Nachdem die im Jahre 1832 hergestellte erste Promotionsliste zur Vorrückung in den Dienstgrad als Revier- oder Forstförster nahezu erschöpft ist, so erhalten die R. Kreisregierungen die Weisung, alsbald eine zweite gutachtlich vorzu-

legen, in welche, wie sich von selbst versteht, auch diejenigen Individuen aufzunehmen sind, welche von der ersten noch übrig, resp. noch nicht befördert sind, vorausgesetzt, daß sie nicht deshalb unberücksichtigt geblieben, weil Mangel an Qualifikation bei ihnen näher hervorgetreten ist. Im Ganzen soll jedoch der neuen Promotionsliste kein größerer Umfang gegeben werden, als nach dem bisherigen Durchschnitte der Erledigungsfälle, auf drei bis vier Jahre hinaus, muthmaßlich erforderlich erscheint.

Daß bei Anfertigung der Promotionsliste zu beobachtende Verfahren ist bereits durch die Bestimmungen ad A und C der Entschließung vom 28. Februar 1830 genau vorgezeichnet, an welche sich um so strenger zu halten ist, als es im Interesse des Dienstes ein dringendes Bedürfnis ist, daß nur solche Individuen zu Revier-Försterstellen in Vorschlag kommen, welche in ihren bisherigen Dienstes-Verhältnissen in jeder Hinsicht unzweifelhaft beurfundet haben, daß sie die Befähigung zu einer vollkommen entsprechenden Dienstleistung in der Revierverwaltung besitzen. — Nur solchen ist, den erwähnten Bestimmungen gemäß, die Hauptqualifikations-Note I. in ihrem dermaligen Dienstgrade zu erteilen, und unter denjenigen Forstamts-Aktuaren und Forstwärtern, welche sie hiernach erworben, dabei hinsichtlich ihrer Qualifikation und Dienstzeit unter Anwendung der deshalb ausgesprochenen Grundsätze die meisten Ansprüche haben, ist die erforderliche Anzahl auszuwählen, und auf die Promotionsliste zu bringen.

Soferne in dieser andere Qualifikations-Noten-Ziffer im Detail vorzutragen sein sollten, als früher angegeben worden sind, ist sofort die nöthige Erläuterung zu geben.

Auch diejenigen Bestimmungen der Entschließungen vom 28. Februar 1830, dann vom 26. April 1832, welche auf unverzügliche Anzeige der sich ergebenden Erledigungsfälle und auf die Nachtheile häufiger Versetzungen Beziehung haben, werden hiemit zur genauen Darnachachtung in Erinnerung gebracht.

## 7. Die Anstellungstaren betreffend.

Vom 20. August 1836.

Bei neuen Anstellungen, Besoldungs-Mehrungen und Versetzungen von Staatsdienern unterliegen neben der 10procentigen Anstellungstare, der Ausschreib- und Botengebühr-, dann dem Gradations-Stempel von dem Gehalte oder der Gehalts-Mehrung, allerdings auch die von den betreffenden Stellen an die betheiligten Individuen zu erlassenden Notifikationen der Taxe von dreißig Kreuzer, dem Stempel von drei Kreuzer und der Botengebühr, dagegen sind die Besoldungsanweisungen an die treffenden Rassen selbst, als Official-Sachen zu betrachten, also tax- und stempelfrei auszufertigen.

## 8. Die Anzeigegebühren der Forstgehülfsen für arme Frevler betreffend.

Vom 22. Aug. 1836.

Die Verfügung vom 16. Mai d. J. findet auch auf jene Fälle Anwendung, in welchen gegen die Forstfrevler von den Rügegerichten Arreststrafen erkannt werden.

## 9. Der Material-Etat für die IV. Finanzperiode und dessen Anwendung auf das Etatsjahr 18 $\frac{36}{37}$ betreffend.

Vom 20. September 1836.

Bei der generellen Ertrags-Ermittelung, welche in Gemäßheit der Entschließung vom 27. May 1834 zum Behufe des Etats für die IV. Finanzperiode statt gehabt hat, ist auf zweierlei Weise verfahren worden, indem man entweder ohne weiters den Waldstand annahm, wie er sich zur Zeit der Ermittlung ergab, oder ihn auf das reduzirte, was derselbe nach dem Vollzuge der in Gemäßheit des Etats für die laufende Finanzperiode, bis zum Schlusse derselben noch zu bewirkenden Fällungen seyn wird.

In dem ersten Falle ist in Gemäßheit dessen, was in dem Rescripte vom 26. Dezember v. J. über die sofortige Anwendung des periodischen Betriebsplanes gesagt worden, der für die IV. Finanzperiode begutachtete Abgabensatz, hinsichtlich der Fällung für das Etatsjahr 18 $\frac{36}{37}$  in den betreffenden Revieren sofort in Anwendung zu bringen.

In dem anderen Falle tritt derselbe mit dem ersten Jahre der nächsten Finanzperiode ein, und die Fällung vom 18 $\frac{36}{37}$  ist nach den Voraussetzungen, von welchen bei der Ertragsermittelung ausgegangen worden ist, zu vollziehen.

Mit dem Eintritte des neuen Abgabensatzes kann, in dem einen und dem anderen Falle von Einsparung früherer Ueberschreitungen des dormaligen Material-Etats nicht mehr die Rede sein, sobald jener auf den jetzigen Waldstand basirt worden ist, sohin auf Material-Vorräthe und Altersklassen Verhältnisse, welche die Folgen der stattgehabten Uebergriffe bereits in sich schließen, und in die Ertrags-Berechnung übertragen haben. Ebenso verhält es sich mit denjenigen Waldungen, für welche der neue Abgabensatz, mittelst der im Werke begriffenen Forst-Einrichtungs-Arbeiten bis zum Anfange der IV. Finanzperiode noch näher ermittelt werden wird.

In allen Wirthschaftskomplexen hingegen, wo nach frühern oder neueren, speziellen oder generellen Betriebs-Regulirungen fortgewirthschaftet wird, ist die Einsparung bisheriger Uebergriffe strenge durchzuführen, soweit sie nicht etwa durch Bestandsrevision mit diesseltiger Genehmigung eine Modifikation erleidet.

Der Entschließung vom 26. Dezember v. J. entsprechend gelte von jetzt an, für alle Reviere, deren periodischer Betriebsplan bereits hergestellt ist, die jährliche spezielle Fällungs-Vorschläge, und es tritt an deren Stelle die Diebsrepartition nach Formular Litt. A zur Anleitung für Fällungs-Nachweisung vom 19. July 1831.

Die Anwendung des neuen Abgabensatzes nach obigen Bestimmungen ist nur als eine provisorische zu betrachten.

Die definitive Festsetzung desselben beruht noch auf der, in der mehrerwähnten Entschliessung vom 26. Dezember vorigen Jahres vorbehaltenen technischen Prüfung der periodischen Betriebspläne und der Behelfe, worauf sie sich stützen (Ertrags-Ermittelungen) an Ort und Stelle, mit demnächstiger Berathung in dem gewöhnlichen Betriebscomité. Die K. Kreisregierungen haben daher diese Prüfung im Laufe des nächsten Etatsjahres, so weit sie nicht etwa durch den königlichen Kreisforst-Referenten selbst vorgenommen wird, durch die ihr beigegebenen Forst-Inspektionsbeamten (Kreis-Forstinspektoren und Kreis-Forstkommissäre) im möglichst ausgedehnten Maße bewirken zu lassen, für diejenigen Forstämter, in welchen sie vollzogen seyn wird, sofort das vorschristmäßige Comité am Sitze der königlichen Kreisregierung anzuberäumen, und die Resultate unter Anfügung der Comité-Protokolle unverzüglich zur Superrevision vorzulegen.

Für diejenigen Forstamts-Bezirke oder Wirthschafts-Komplexe, wo die technische Prüfung an Ort und Stelle im Laufe des nächsten Etatsjahres aller in dieser Hinsicht zu entwickelten Thätigkeit ungeachtet, nicht sollte erledigt werden können, ist dieselbe, sowie die Comité-Berathung und Vorlage der Resultate, so frühzeitig als möglich im ersten Jahre der künftigen Finanz-Periode zu bewirken.

Sofern Prüfungen der neuen Materialetats-Ermittelungen an Ort und Stelle bereits statt gehabt haben, sind die Comités ohne Verzug abzuhalten, und die Resultate vorzulegen.

Die königliche Kreisregierungs-Finanzkammern, welche hiernach das weiter Erforderliche anzuordnen haben, werden von selbst ermessen, von welcher Wichtigkeit eine gründliche Prüfung der Ertrags-Ermittelungen und Betriebspläne mit umsichtiger Erwägung aller dabei in das Auge zu fassender Verhältnisse und allseitiger freier Erörterung und Berathung in dem Betriebs-Comité sei, und man vertraut zu dem



selben, daß sie diesem Gegenstande eine ganz besondere Aufmerksamkeit widmen, und dem Inspektionsdienste in der nächsten Zeit seine vorzügliche Richtung dem Zwecke entsprechend, dahin geben werde.

#### 10. Die Promotionslisten in specio für den Dienstgrad eines Forstamts-Aktuars betreffend.

Vom 21. September 1836.

Durch das Ausschreiben vom 28. Februar 1830, Promotionslisten für das K. Forstpersonal betreffend, wurde festgesetzt, daß bei der Auswahl der Forstamts-Aktuare aus den Revier- und Stationsgehülfen vorzüglich die Resultate der bestandenen Konfursprüfung für die Verwaltungs-Dienstgrade in Betracht gezogen werden sollen, wornach sich die Priorität zum Einrücken in die Funktion eines Aktuars nicht sowohl nach der Anciennetät in den Dienstgraden des Forstschusses, als vielmehr nach dem Vorrang der bei der Konfursprüfung erworbenen Klassennote bestimme.

Dieser Grundsatz wurde in den weitem Rescripten vom 23. Mai 1833 und 3. April 1835 festgehalten; es wurde in letzterem wiederholt, daß den Bestimmungen vom 28. Februar 1830, gemäß die vorzüglich befähigten Individuen immerhin in der Promotionsliste voranstellen sollen; obgleich auch gestattet worden ist, Subjekte, welche bei der Konfursprüfung nur die III. Note erhalten hatten, seitdem aber durch mehrjährige Dienstzeit, insbesondere bei Bewesung eines Aktuars-Postens eine ausgezeichnete Befähigung zu diesem Dienstgrade praktisch bewiesen haben, nicht auszuschließen, sondern solche nachträglich in die Promotionsliste aufzunehmen, und geeignet zu berücksichtigen.

Dieser letzten Bestimmung ist in einigen Kreisen zum Nachtheile der besser befähigten Individuen und des Dienstes eine Ausdehnung gegeben worden, welche keineswegs in der

Abſicht der zuletzt erwähnten Reſcripte liegt, indem die meiſten derjenigen, welche nur die Note III. erhalten hatten, in den Promotionsliſten vorangeſtellt worden ſind, um hiernach zu Forſtamtſactuaren befördert zu werden, wodurch gleichſam die Ausnahme zur Regel erhoben werden will.

Man ſieht ſich hiedurch veranlaßt, wiederholt in Erinnerung zu bringen, daß, bezüglich auf den Actuarſdienſt, vorzüglich die Konkursprüfung entſcheiden ſolle, und daß die Ausnahme lediglich auf jene beſonderen Fälle zu beſchränken ſey, wo eine ausgezeichnete Befähigung durch längere Functionirung resp. Dienſtleiſtung als Actuar, der ungünſtigen Prüfungs-Note ungeachtet unzweifelhaft nachgewieſen worden iſt.

Uebrigens bleibt es allen Individuen, welche in der Konkursprüfung nur die Note III. erhalten, inzwiſchen aber in ihrer wiſſenſchaftlichen Bildung durch fortgeſetztes Studium Fortſchritte gemacht haben, unbenommen, die Konkursprüfung noch einmal zu beſtehen, wenn ſie glauben, eine beſſere Note erwerben, und ſich dadurch unter die beſſer Befähigten einreihen zu können.

## 11. Die Umzugsgebühren des R. Forſtpersonals betreffend.

Vom 29. September 1836.

Nachdem die Verordnung vom 16. Auguſt 1817 in Betreff der Umzugsgebühren bei bloßen Dienſtes-Verweſungen in keinem Falle Anwendung finden kann, wird nach Inhalt der Entſchließung vom 18. Mai d. J. den Forſtamtſ-Verweſern die Verrechnung der gewöhnlichen Gefährtgelder für die Hin- und Herreiſe zwiſchen dem Wohnſitze und dem Orte der Amtsverweſung geſtattet. Für Verweſer der untern Forſtdienſt-Posten — vom Revierförſter abwärts — finden jedoch Gefährte-Gelder nicht ſtatt, indem die R. Regierungen ohnedieß ſolche Verweſer zu wählen haben, welche nicht weit entfernt ſind.

Für Fälle dagegen, wo wirklich Abordnungen aus einer größeren Entfernung unausweichlich werden ſollten, wird ge-

stattet, diesen Verwesern eine verhältnißmäßige, Reisekosten-Vergütung anzuweisen, welche aber den Betrag der Diäten für die Reisetage nicht übersteigen darf, wonach einem solchen Individuum für diese Reisetage höchstens der doppelte Betrag der normalmäßigen Verwesungs-Tagegebühr zu bewilligen wäre.

---

**12. Gesuch eines Forstmeisters um Dispensation von Unterhaltung eines Dienstpferdes betreffend.**

**Vom 29. October 1836.**

Auf das Gesuch eines R. Forstmeisters um Dispensation von Unterhaltung eines Dienstpferdes kann nicht eingegangen werden, und es sind von nun an ähnliche Gesuche, welche etwa noch angebracht werden möchten, ohne weiteres abschlägig zu verbescheiden.

---

**13. Die Diäten der Forstkommissaire bei Forstamtsverwesungen betreffend.**

**Vom 31 October 1836.**

Da billig erscheint, daß ein Forst-Commissair bei Verwesung eines Forstamtes keine geringeren Diäten als ein Revierförster erhalte, so wird genehmiget, daß das unterm 4. April 1829 in Betreff der Dienstesverwesungen erlassene Generale auch für die Forst-Commissaire Anwendung finde, daß sonach diesen bei Belassung ihres Gesamtgebaltess, dieselben Diäten, nach der Klasse der Amtsbezirke, wie einem verwesenden Revierförster zukommen.

---

**14. Den Verpflegungsbeitrag für die Forstamtsaktuare betreffend.**

**Vom 5. November 1836.**

Was durch Entschließung vom 3. Dezbr. vorigen Jahres bezüglich der Entschädigung für einen zweiten Reviergehilfen

aufgesprochen wurde, findet auf Forstamtsaktuare bei dem bedeutend größeren Verköstigungsbeitrage, welcher für diese ausgeworfen worden ist, keine Anwendung.

---

## 15. Die förderliche Behandlung des Waldrügewesens betreffend.

Vom 15. November 1836.

Da vorgekommen ist, daß die Forst-Rüge-Verhandlungen nicht allenthalben in den vorschristsmäßigen Terminen abgehalten, oder der Vollzug der erfolgten Forst-Straf-Erkenntnisse nicht rechtzeitig und mit dem erforderlichen Nachdrucke gehandhabt wird, wodurch nachtheilige Rückwirkungen für den Forstschutz und die Forstpolizei entstehen, so wird die R. Regierung angewiesen, darüber ihres Ortes zu wachen, und dahin zu wirken, daß Rückstände nicht erwachsen, vielmehr Erkenntniß und Vollzug desselben jederzeit sobald als möglich auf den Forstfrevel erfolgen, weil die Strafe dann am wirksamsten ist, und dadurch wesentlich zur Verminderung der Waldfrevel beigetragen wird.

---

## 16. Die Ausübung der Forstrechts-servituten betreffend.

Vom 22. November 1836.

In allen Fällen ist darauf zu sehen, daß durch privatrechtliche Vergleichs-Akten des Fiskus den gesetzlichen Kompetenz-Verhältnissen keine Grenze gesetzt werde, welchen gemäß den R. Forstkulturs- und resp. Forstpolizeibehörden, mit Ausschluß aller Einmischung der Civilgerichte insbesondere zusteht, über den *modus exercendi* bei allen Forstrechts-Servituten die geeigneten Beschränkungen anzuordnen.

---

**17. Die Adhibirung des Stempels bei Holzhauerlohn- und Forstkultur-Arbeiten-Quittungen betreffend.**

**Vom 21. Dezember 1836.**

Auf den Bericht vom 4. Dezember d. J. wird erwiedert, daß zu den Quittungen über Holzhauerlöhne und Kultur-Arbeiten keine Stempel auch für den Fall adhibriert werden dürfen, wenn solche Arbeiten im Auftrage gegeben, und Aversal-Zahlungen hiefür geleistet werden, insofern nur die Quittungen von den Arbeitern selbst, und nicht von Unternehmern ausgestellt, und an die Arbeiter die Zahlungen unmittelbar geleistet werden.

**18. Den sogenannten Forst-Realitäten-Status betreffend.**

**Vom 24. Januar 1837.**

Der sogenannte Forst-Realitäten-Status, dessen Zweck im §. 68. der Instruction vom 23. Juni 1833 über Kartirung näher angegeben ist, wurde bei der neuen Forst-Bezirks-Eintheilung 1822 nicht gleichförmig hergestellt. Abgesehen hiervon haben die vielen seitdem eingetretenen Berichtigungen und Veränderungen die desfalligen Conspecte größtentheils unbrauchbar gemacht und das Bedürfniß herbeigeführt, neue Exemplare zu fertigen. Die Fortschritte in den Forst-Einrichtungs-Arbeiten aber gestatten es, dieses auf die einfachste Weise zu bewerkstelligen, und es wird zu dem Ende Folgendes angeordnet:

1) Die Königl. Forstämter sind sofort anzuweisen, daß sie längstens bis Ende Juli d. J. einen Realitäten-Status, genau nach Formular No. 6, zur erwähnten Instruction in duplo herstellen und der Königl. Regierung-Finanz-Kammer vorlegen, welche nach geschehener Revision das eine Exemplar sogleich an die Königl. Forstämter zurückgeben, das andere aber noch vor Ablauf des Etats-Jahres an das Königl. Staats-Ministerium der Finanzen einsenden wird, dasselbe wird dieses Exemplar remittiren, sobald dahier eine Abschrift davon genommen worden.

2) Für diejenigen Wald-Komplexe, worüber die Staats-Wald-Inventare instructionsmäßig hergestellt sind, hat die Anfertigung des Realitäten-Status, den desfalligen Vorschriften entsprechend, durchaus auf dem Grunde jener Inventare zu geschehen. — Für die übrigen Waldungen ergibt sich die summarisch einzusetzende Fläche jedes Distrikts aus den Staats-Arbeiten für die vierte Finanzperiode und der ihnen vorangegangenen Definitiven, oder auch nur provisorischen Distrikts- und Bestands-Abtheilung, mit Rücksicht auf die inzwischen etwa eingetretenen Veränderungen oder Rectifikationen. — Sobald das Inventar nach den Bestimmungen der Instruktion auch für diese Waldungen wird haben hergestellt werden können, sind dann mit gleichzeitiger Angabe der Nr. des Wald-Complexes in der — einstweilen unausgefüllt — bleibenden ersten Spalte des Formulars, die hieraus sich ergebenden Berichtigungen auf die im §. 70. für Veränderungsfälle vorgeschriebene einfache Weise im Realitäten-Status zu bewirken.

3) Bis dahin sind die Vormerkungen der Veränderungen, wie es die §§. 63, 64, 67 und 81, der Instruktion für die Inventare bestimmen, bezüglich auf den einstweilen als Inventar geltenden Realitäten-Status alsbald nach Anfertigung dieses letzten zu führen, und im Auszuge vorzulegen. — Wo bereits wirkliche Inventare im Sinne der Instruktion bestehen, versteht sich die genaue Einhaltung der in diesen §§. erteilten Vorschriften ohnehin von selbst. —

4) Der Realitäten-Status, von welchem die Rede ist, hat das gesammte Staatswald-Areal zu begreifen. Auch diejenigen Distrikte, welche ein ungetheiltes Eigenthum des Staats mit Korporationen oder Privaten u. bilden, sind mit ihrer ganzen Fläche vorzutragen, in der Kolumne der Bemerkungen aber ist das Verhältniß des aerarialischen Mit-Eigenthums mit der entsprechenden Flächen-Rate anzugeben.

In welcher Form neue Conspekte über Forstdienst-Wohnungen und Gründe, dann über die K. Jagden hergestellt wer-

den sollen, nachdem deren Renovation ebenfalls nöthig ist, wird durch besondere Entschließung bestimmt werden.

## 19. Die Vormerkungen und Uebersichten über den Stand des Forst-Einrichtungsgeschäfts betreffend.

Vom 27. Januar 1837.

Es erscheint als nothwendig, daß die Vormerkungs-Bücher über den Stand des Forst-Einrichtungsgeschäfts, welche durch dießseitige Entschließung vom 16. Juli 1831 eingeführt worden sind, am Ende der gegenwärtigen Finanz-Periode miteinander verglichen und genau revidirt werden, damit ihr Abschluß übereinstimmend sei und für jede der drei Abtheilungen, in welche der Vormerkungsbogen der einzelnen Reviere zerfällt, den Standpunkt richtig und klar angebe, auf welchem die Forst-Einrichtung derselben in die vierte Finanz-Periode eintritt. — Zu dem Zwecke wird Folgendes angeordnet:

1) Die K. Forstämter sind anzuweisen, daß sie die Nachweisungen für 18 $\frac{36}{37}$  in der angegebenen Beziehung mit besonderer Sorgfalt anfertigen und ergänzen, was an den Anträgen mangelhaft geblieben ist; deren Vorlage an die K. Kreis-Regierung aber rechtzeitig bewirken.

2) Ebenso hat die K. Kreis-Regierung selbst resp. deren Forst-Bureau das bei letzterem geführt werdende Vormerkungs-Buch auf den Grund der forstamtlichen Nachweisungen, auf eine Weise zu reassumiren und für die dritte Finanz-Periode zu vervollständigen, welche dem beabsichtigten Zwecke vollkommen entspreche und keinen Zweifel über die Fortschritte lasse, welche in jedem einzelnen Arbeitstheile während derselben geschehen sind.

3) Mit den Nachweisungen der K. Forstämter ist sodann das Vormerkungs-Buch des Kreisforst-Bureau zur Einsicht und Vergleichung mit dem dießseitigen vorzulegen. Der vorschriftsmäßige Termin (Mitte Oktober) ist einzuhalten und

man erwartet daher, daß die bezeichneten Gegenstände längstens bis zum 1. November d. J. anher gelangt sein werden. — Sollte es nicht möglich sein die Arbeits-Anträge für das erste Jahr der nächsten Finanz-Periode gleichzeitig einzusenden, so ist deren Vorlage nachträglich zu bewirken. Ueberhaupt aber ist dafür Sorge zu tragen, daß von nun an die Forst-Einrichtungs-Anträge und Nachweisungen nicht so verspätet werden, als in den letzten Jahren verschiedentlich geschehen ist.

4) In den Anträgen ist künftig, zur Vermeidung von Wiederholungen und Vielschreiberei, die allgemeine Erörterung über den Zustand für alle diejenigen Arbeits-Theile wegzulassen, welche bereits instruktionsmäßig in einem Reviere vollständig erledigt und wofür daher die Revierfläche in diejenigen Columnen der betreffenden Tabell'chen des Vormerkungs-Buchs übertragen worden sind, welche diese Erledigung bezeichnen (vollständig vermarkt, beschrieben, durchgeführte Bestands-Abtheilung, verificirte und vollständige Detail-Messung und Flächen-Berechnung, Kartirung) wo es sich demnach nur noch von gewöhnlicher Unterhaltung von Nachträgen in Folge eingetretener Veränderungen u. dgl. handeln kann.

5) Hinsichtlich der Vermarkung und Bestands-Abtheilung hat bereits die Entschließung vom 8. März 1834 umständlich erläutert, wie es mit dem Vortrage der Flächen in die betreffenden Columnen zu halten sei. Die Anträge und Nachweisungen haben aber seitdem zu erkennen gegeben, daß hier und da auch in Ansehung der Vermessung, Flächenberechnung und Kartirung, Verschiedenheit der Ansichten resp. Zweifel obwalten und man sieht sich daher veranlaßt Folgendes zu bemerken:

a) Unter Detail-Messung und Flächen-Berechnung sind lediglich diejenigen zu verstehen, welche auf die bleibenden Bestands-Abtheilungen Beziehung haben.

b) Sobald die Flächen-Grundlisten berichtigt sind, darauf hin das Staats-Wald-Inventar hergestellt und revidirt ist,



sollen die entsprechenden Flächenbeträge vorläufig mit rother Tinte in die Kolonne verificirte und vollständige Detail-Messung und Flächen-Berechnung eingetragen werden.

c) Wenn späterhin die Flächen-Berechnung der bleibenden Bestands-Abtheilungen vorgenommen wird, so geschieht der Nachtrag mit schwarzer Tinte, auf der Linie des betreffenden Jahres. Hat aber diese Berechnung gleichzeitig mit der Berichtigung der Flächen-Grundlisten und der Herstellung des Wald-Inventars statt gehabt, und ist alles gehörig verificirt, so werden die Flächen-Beträge sofort schwarz eingeschrieben und dieser Arbeits-Theil ist dann als vollständig erledigt zu betrachten, gleichviel ob auch schon die Aufnahme des veränderlichen Unter-Abtheilungs-Details und dessen Flächenberechnung gleichzeitig vorgenommen worden oder nachzuholen sei.

Im letzten Falle ist bei Stellung der betreffenden Anträge das Nöthige in der Abtheilung „Vermessung“ kurz zu erläutern; denn obgleich das Unter-Abtheilungs-Detail, dessen Ausscheidung und Aufnahme der Anfertigung der Bestands-Übersichts- oder Wirthschafts-Karten vorangehen muß, eigentlich Sache der Forstbeschreibung ist, so sollen doch, in Folge der Einrichtung, welche den Vormerkungs-Büchern gegeben ist und zur Vermeidung von Weitläufigkeiten oder schwierigen Ausscheidungen nicht anders hat gegeben werden können, sämtliche Flächen-Berechnungs- und Kartirungs-Kosten in jener Abtheilung zum Vortrage gebracht werden, daher auch die betreffenden Anträge in derselben und nicht in der Abtheilung für Betriebs-Regulirung (wie neuerdings verschiedentlich geschehen ist) erörtert werden müssen.

6) Die Vormerkung der Kartirungs-Arbeiten hat, mittelst Eintragung der Anzahl der Exemplare in die entsprechenden Columnen, nur nach Maßgabe des systematischen Fortgangs dieses Geschäftstheils statt zu finden. — Vor-

läufige Kartirungen, welche nicht auf die Steuer-Messung, auf die in Folge dieser vervollständigten Forst-Haupt-Karten und die im 10theiligen Maßstabe lithographirten Blätter begründet sind, werden einstweilen mit rother Tinte angegeben, in dem Kontexte des Vortrags im Vormerkungs-Buche aber, zur Evidenthaltung des Standes bei den betreffenden Abtheilungen jedenfalls angegeben, in wie fern auch vorläufige Vermessung und Flächen-Berechnung — vielleicht selbst Betriebs-Regulirung — damit verbunden ist, und ausnahmsweise, vorbehaltlich nachheriger Rektifikation und systematischer Durchführung nach der Kataster-Messung, wegen dringender Verhältnisse im Voraus beschäftigt worden seien.

Hiernach haben die R. Kreis-Regierungen das Weitere zu verfügen und dafür zu sorgen, daß das zur festgesetzten Zeit vorzulegende Vormerkungs-Buch in allen Beziehungen, welche instruktionsmäßig und nach dem oben Gesagten in das Auge zu fassen sind, den vollständigsten Aufschluß über den Stand des Forst-Einrichtungsgeschäftes am Ende dieser Finanz-Periode gewähre. —

## 20. Die forstwirthschaftlichen Etats für die IV. Finanzperiode betreffend.

Vom 11. Februar 1837.

Die Bestimmungen vom 27. Mai 1834 (die Vorarbeiten für die Anfertigung der speziellen Forst-Wirthschafts-Etats der vierten Finanzperiode betreffend) haben durch jene von 26. Dezember 1835. eine Ausdehnung erhalten, indem letztere die Herstellung eines periodischen Betriebsplanes auf zehn bis zwölf Jahre angeordnet hat. In so ferne nun Nachhiebe vorkommen, welche nicht bloß in den nächsten sechs, sondern in späteren Jahren des Zeitraums, welchen der Betriebs-Plan begreift, zur Ausführung gebracht werden müssen, sind sie allerdings, wenn auch nicht mehr in der Ertrags-Ermittlung, doch im periodischen Wirthschafts-Plane, speziell anzugeben, obgleich in den er-

läuternden Bemerkungen, Beilage der Entschliessung vom 27. Mai 1834, 2. Seite, zweiter Absatz, hiefür nur diejenigen Nachhiebe bezeichnet worden sind, welche bis Ende der vierten Finanzperiode voraussichtlich zur Ausführung kommen werden. — Später, d. h. ausser dem Bereiche des periodischen Betriebs-Planes anfallende Nachhiebe in bereits angehauenen und der Jungholz-Klasse beigezählten Beständen, können summarisch vorgetragen bleiben.

Eben so ist es mit den Anszugshauungen, Durchforstungen und Reinigungen zu halten. Wo jedoch der periodische Betriebs-Plan nur für den kürzeren Zeitraum bis Ende der vierten Finanzperiode bemessen seyn sollte, mag es hierbei zur Vermeidung von Umarbeitungen, das Bewenden behalten.

Ganz unabhängig von dem Umstande, ob die Nachhiebe für einen kürzeren oder längeren Zeitraum speziell vorgetragen worden sind, oder nicht, ist die Frage: in wie weit der Material-Anfall mit welchem sie veranschlagt sind, bei Ermittlung des normalen (durchschnittlichen) nachhaltigen Ertrags in der angenommenen Berechnungs-Zeit, zu berücksichtigen sey? — Sie kann nur nach Maaßgabe der hierher bezüglichen Verhältnisse jedes Wirthschafts-Complexes, oder jeder Betriebsklasse in einem Complex beurtheilt werden, indem es eben sowohl der Fall seyn kann, daß jetzt viel mehr Nachhiebshölzer vorhanden sind, als der Durchschnitt bei geregelter Wirthschaft mit sich bringt, und sich am Ende des Turnus mutmaßlich vorfinden werden (z. B. bei Umwandlungen aus einer Betriebsart in die andere, oder wenn in der letzten Zeit zu große Flächen angehauen und dabei sehr dunkel gestellt worden sind) als umgekehrt. In dieser Hinsicht ist daher lediglich nach der Instruction vom 30. Juni 1830, pag. 30 dritter Absatz zu verfahren.

Ueber Abzug der hiernach, als in den folgenden Turnus übergehend, auszuscheidenden und mittelst gutachtlicher Beurtheilung festzusetzenden Holzmasse an Nachhiebs-Hölzern, so wie ohne alle Zurechnung der obnehin nicht (oder nur pro nota)

in Ansaß kommenden Reserven und in den künftigen Turnus überzubaltenden Hölzer, an einzelnen Stämmen, Horsten, oder in ganzen Abtheilungen und Unter-Abtheilungen, ermittelt sich der durchschnittliche nachhaltige Ertrag aus der Summe des ganzen Material-Anfalles während der angenommenen Umtriebs- oder Berechnungs-Zeit an Saubarkeits-Erträgen und übrigen Saungen.

Von letzteren sind die eigentlichen Zwischen-Nutzungen (Durchforstungen) wie hier im Allgemeinen bemerkt wird, vielfältig offenbar zu niedrig veranschlagt worden, wobei noch zu erwähnen ist, daß bald die eine, bald die andere Altersklasse ganz außer Ansaß geblieben, während zwar allerdings die Bestands-Beschaffenheit und andere örtliche Verhältnisse, keineswegs aber die Alters-Klassen an und für sich, einen stärkeren oder minderen Anfall an Zwischen-Nutzungen nach sich ziehen können, vielmehr eine jede Alters-Klasse, unter übrigens ganz gleichen Umständen, gerade so viel Durchforstungs-Ertrag im Laufe des Turnus abwerfen würde, als die anderen.

Bei der Wichtigkeit, welche einer wohl verstandenen Anwendung der Zwischen-Nutzung in den meisten Lokalitäten beizulegen ist, indem damit eine pflegliche Entwicklung der Bestände zu ihrem höchstmöglichen Massen-Ertrage erzielt wird und in manchen Fällen in ihr hauptsächlich die Mittel liegen, um allmählig auf höhern Umtrieb wieder einzulenken, wenn man fälschlich bereits auf einen zu niedrigen herabgekommen, oder eben im Uebergang aus der Mittels in die Hoch-Wald-Wirthschaft begriffen ist, verdient eine möglichst genaue Ermittlung der Zwischen-Nutzungen volle Beachtung.

Diese Direktiven sind bei der angeordneten Revision der Forstwirthschafts-Stats resp. Ertrags-Ermittelungen vierter Finanzperiode und der Betriebs-Pläne für die nächste Zeit wohl im Auge zu behalten.

## 21. Die Verwendung des Königl. Forstpersonals bei dem Bonitirungsgeschäfte betreffend.

Vom 28. März 1837.

Was unterm Heutigen an die Königl. Steuerkataster-Commission ergangen, zeigt Folgendes zur Wissenschaft und Nachachtung, mit der Bemerkung, daß die in unausweichlichen Fällen anzuordnenden Verwesungen nur auf die nöthigste Zeit zu beschränken seien, dann daß die Kosten jeder nicht zu rechtfertigenden Ueberschreitung dieser Zeit, dem veranlassenden Theile zur Last fallen solle:

„Die Ansicht — als wäre die bei Verwendung des Forstpersonals zum Steuer- und Bonitirungsgeschäfte (über die nach §. 48. des Steuergesetzes vom 15. Aug. 1828 den Taxatoren zugestandene Gebühr von täglichen drei Gulden) noch weiters zu leistende Vergütung für Verwesungskosten, sowohl mit dem angezogenen Paragraphen, als mit der Zahlung der Taxatoren unvereinbarlich, und resp. eine Anomalie — erscheint keineswegs gegründet, weil nach §. 38. ebendesselben Gesetzes, welcher auf die §§. 44 — 47 des Edikts X der Verfassungs-Urkunde sich bezieht, die Wahl der Forstbediensteten zu diesem Geschäfte von der Genehmigung ihrer vorgesetzten Stellen abhängt, und diese nur in jenen Fällen ertheilt werden kann, in welchen dem Aerar, und resp. der Forstverwaltung, hiedurch nicht allzugroße Kosten und Nachtheile im Dienste erwachsen, obnehin auch dem Personale selbst nicht besondere Lasten aufgebürdet werden können.

Durch die Ministerial-Entschließung vom 24. Aug. 1830 wurden die Königl. Regierungen allerdings ermächtigt, das Bonitirungs- und Klassifikationsgeschäft der K. Steuer-Kataster-Commission durch ungehinderte Abordnung der zu Taxatoren gewählten Forstbediensteten möglichst befördern zu helfen; und durch die weitere Ministerial-Verfügung vom 22. Juni 1833 wurde auch zugegeben, daß die Kosten für die nöthigen Verwesungen der Dienstposten solcher Taxatoren auf die Forstverwaltung übernommen werden. — Da jedoch die Erfahrung

gezeigt hat, daß diese Kosten für jene Verwaltung sehr hoch sich beliefen, und daher für nothwendig erachtet wurde, entweder die Bewilligungs-Ertheilung zu Verwendung des Forstpersonals bei jenem Geschäfte möglichst zu beschränken, oder aber die hiedurch erwachsenden Kosten, gleichwohl dem diese Kosten veranlassenden Katasterfonds zuzuwenden; — so führte diese die weitere Ministerial-Verfügung vom 30. Jänner v. J. herbei, in welcher die Bestreitung der Verwesungskosten vom 1. Octobr. v. J. anfangend, dem Katasterfonde zugewiesen wurde,

Von dieser letzten Verfügung kann nun auch fortan nicht wohl abgegangen werden, jedoch mag

1) die Kataster-Commission den zum Bonitirungs- und Klassifikationsgeschäften beigezogenen Forstbediensteten, eben so wie den übrigen Taxatoren, die Taggebühren nur für jene Tage bezahlen, welche dieselben mit jenem Geschäfte wirklich zu brachten, dann daß

2) auch bei nöthig gewordenen Verwesungen der Posten jener Forstbediensteten die erlaufenen Verwesungskosten, nicht für mehr Tage, als die Tagezahl der für jeden berechneten Diäten betragen hat, ersetzen. —

Dagegen sollen

3) die Kosten der aus welcher immer für Ursachen entstandenen Verwesungs-Verlängerungen, sofern sie in dienstlicher Beziehung gerechtfertigt erscheinen, so wie die Kosten der hiedurch auch veranlaßten Doppelverwesungen vom 1. Octbr. 1836 anfangend, wieder auf die Forstverwaltung übernommen werden, und deren auszahlige Verrechnung in der rentamtlichen Forst-Rechnung nach den bestehenden Normen stattfinden."

## 22. Die Holzverwerthung aus den Königl. Staatswaldungen betreffend.

Vom 9. Juni 1837.

In Betreff der Holzverwerthung wird folgende Entschliessung ertheilt:

a) Die Holzpreise (Taxen) für die verschiedenen Absatz-

lagen müssen auf den Grund der Versteigerungserlöse der schon bezeichneten letzten drei Jahre oder der ersten fünf Jahre der laufenden Finanzperiode neu regulirt werden. Das Jahr 1837 bleibt aber ausgeschlossen. Bei den anzulegenden Durchschnitts-Berechnungen sind ebenso diejenigen partiellen Versteigerungserlöse nicht in Ansatz zu bringen, welche etwa wegen besonderer Umstände in einzelnen Vertichkeiten eine nicht in den allgemeinen und natürlichen Verhältnissen begründete auffallende Höhe erreicht haben möchten. —

b) Den ersten Anspruch auf den Brennholz-Abgabesaß in den hiefür angemessenen Sortimenten behauptet der Haus- und ökonomische Bedarf der K. Unterthanen, der Staats- und öffentlichen Anstalten, und der kleinen Gewerbe, derselbe möge nun, was die minder bemittelte Klasse betrifft, nach den deshalb gegebenen Verschriften durch Abgabe gegen Taxe, oder im Uebrigen im Wege der öffentlichen Konkurrenz befriedigt werden. Im letzten Falle sind, so lange sich hiezu Kaufliebhaber finden, ganz kleine Lose auszubieten, und die Aufwurfspreise sind vorschriftsmäßig in entsprechendem Verhältnisse unter der Taxe, wie sie neu regulirt wurden, zu halten.

c) Nach dem Hausbedarf der Einwohnerschaft, öffentlichen Anstalten und kleinen Gewerbe ist den größern Holzverbrauchenden Gewerken und Fabriken, deren größter Theil bisher mittels Alfforde aus den Staatswaldungen einen Theil des nöthigen Feuerungs- und Kohlen-Materials erhielt, der Vorzug vor dem Handel einzuräumen, demnach wo beide collidiren, unbedingt auf die inländische Industrie der erste Bedacht zu nehmen.

d) Dem Holzhandel in das Ausland soll zunächst nur derjenige Theil selbst von den bessern Brennholz-Sortimenten im Wege der Versteigerung zugewiesen werden, welcher nach obigen Bestimmungen noch disponibel bleiben mag.

e) Die hohen Holzpreise fordern übrigens zur größten Voracht bei allen zu treffenden Anordnungen auf, um Unter-

**Schleifen, welche mit dem ganzen Taxe abgegebenen Materiale getrieben werden könnten, vorzubeugen.**

### **23. Holzverwerthung aus den R. Staatswäldungen betreffend.**

Vom 17. August 1837.

In weiterer Ausführung der Bestimmungen vom 9. Juni dieses Jahres wird noch Folgendes bemerkt:

Den Holzabgaben gegen Taxe an die ärmere und Mittelflasse scheint diejenige entsprechende Anwendung bis jetzt nicht gegeben worden zu sein, welche durch die Entschlüsse vom 18. Dezember 1831 und 23. Dezember 1835 bezweckt wurde. Da gerade in solchen Abgaben unter Mitwirkung der Orts- und Polizeibehörden das wirksamste Mittel zur Erleichterung im Bezuge des Holzbedarfes für Haus-Nothdurft und kleine Gewerbe liegt, so ist hierauf besonders die größte Aufmerksamkeit, zugleich Fürsorge gegen Mißbräuche, wie sie bereits zur Sprache gekommen sind, zu wenden.

Ortsmagazine auf dem Lande, in den Märkten und Städten anzulegen, wo es für nothwendig erachtet wird, muß den Lokalverwaltungen überlassen werden, und es ist hiebei mitzuwirken, dergleichen Anstalten durch direkte Holzabgaben aus den Staatswäldungen, um die nach der Bestimmung ad a vom 9. Juni ermittelten Taxen möglichst zu unterstützen, vorausgesetzt, daß sie keine eigenen Wäldungen besitzen, oder daß der Ertrag solcher ergänzt werden müßte, und daß sie nicht durch die obwaltenden Verhältnisse, vorzugsweise auf Standes- und Gutsherrliche u. Wäldungen hingewiesen seien. Diese Voraussetzungen verstehen sich auch von den Abgaben an Einzelne, oder an Ortsbehörden für die Einwohnerschaft.

Da wo weitere Berücksichtigungen für nöthig erachtet werden, ist unverzüglich motivirter Antrag zu erstatten.



Die Vervielfältigung von Materialholzhöfen würde die Administration und das Rechnungswesen sehr komplizieren und die Forstverwaltung ihrem eigentlichen Berufe entziehen. Lokalverwaltungen sind am besten im Stande für Ortsmagazine mit den geringsten Kosten Fürsorge zu treffen.

Als weitere Maßregeln, wodurch augenblicklichen Verlegenheiten und den eigennützigen Spekulationen, welche sie zu benützen trachten, vorgebeugt werden kann, bezeichnet man: Frühzeitige Holzfällungen in den Beständen, wo sie unschädlich stattfinden können; allmähliche Versteigerungen und gleichzeitige Veranstaltung derselben in einer Gegend, um zu großen Andrang auf einzelne zu vermeiden; endlich auch die Reservierung von Material-Resten aus einem Etatsjahr in das andere.

## 24. Die Besoldungshölzer betreffend.

Vom 23. Sept. 1837.

Nachdem entnommen worden ist, daß ungeeignete Verkäufe von Besoldungsholz stattgehabt haben, ertheilt man folgende Entschließung:

1) Es ist strenge darüber zu wachen, daß den bestehenden Vorschriften gemäß, die aus den Staatsforsten abzugebenden Besoldungshölzer aller Art in der Regel nicht im Voraus besonders ausgezeichnet und aufgemacht werden, sondern erst bei der Abzählung des Materials bestimmt werde, welche Kastennummern der betreffenden Sortimente der Reihe nach hierzu zu verwenden seien. Eine Ausnahme erscheint nur dann als zulässig, wenn das Besoldungs- oder Deputatholz in einem andern als dem Normal-Maße abgegeben werden muß, oder wenn die erforderlichen Sortimente in den Schlägen nicht anfallen und ergänzende spezielle Anweisungen ohne allen Nachtheil eintreten können. In solchen Fällen darf jedoch das Holz nicht von vorzüglicher Qualität ausgesucht, oder in stärkere Scheiter als das

obige Material aufgemacht werden, und es ist das Maß jederzeit genau einzuhalten. — Das ausübende Königl. Forstpersonal ist streng verantwortlich dafür, zu erklären, daß die Besoldungshölzer, bezüglich auf Güte und Werth des Holzes, Aufspalten, Aufrichten der Klasten und Einhaltung des Maßes, ohne allen Vorzug, allenthalben so und nicht anders abgegeben werde, wie das zum Verfaufe kommende Material des betreffenden Sortimentes.

2) Da das Besoldungsholz im Allgemeinen sowohl als insbesondere beim Königl. Forstpersonal als ein Natural-Bezug zur Deckung des eigenen Hausbedarfs oder zur Beheizung der Amtslokalitäten zu betrachten ist, so erscheint der Verkauf desselben, den Fall einer Grübrigung, resp. eines geringeren Verbrauchs als das festgesetzte Quantum, oder einer Versetzung des betreffenden Bediensteten ausgenommen, als ganz ungeeignet, namentlich aber der Verkauf im Walde, um sich statt der erhaltenen Dekrete oder verordnungsmäßigen Sortimente geringere anzuschaffen, und hieraus Vortheil zu ziehen, durchaus als unstatthaft. Die Königl. Regierungskammer der Finanzen hat daher sämmtlichen zu ihrem Ressort gehörigen K. Staatsdienern und Angestellten, welche Besoldungsholz beziehen, ein solches Verfahren auf das Bestimmteste zu untersagen.

Hiernach werden Besoldungsholz-Empfänger nur noch insoweit mit anderweitigen Holzabgaben gegen Taxe zu berücksichtigen, oder zu den öffentlichen Versteigerungen zuzulassen sein, als sie mit ihrem Besoldungsholze nicht auskommen und das Fehlende ergänzt wird; nach Umständen auch im Falle eines Dienstes-Antritts, wenn das Besoldungsholz für das laufende Jahr bereits an den Vorgänger abgegeben worden ist.

3) Im Falle einer Grübrigung am Besoldungsholze von Seite der Angestellten, welche von der Finanzverwaltung ressortiren, soll zwar, wie ad 2 vorgekommen ist, der Verkauf des Ueberschusses gestattet sein, jedoch nur mit Genehmigung der K. Kreisregierung, welche in der Regel das betreffende Quantum im Walde zu anderweitiger Verwendung übernehmen, den

Geldwerth desselben um die Taxe oder den Durchschnitts-Versteigerungspreis vergüten, und um soviel weniger Besoldungsholz in natura anweisen und verrechnen lassen wird.

In solchem Falle ist das übernommene Quantum in der betreffenden Verkaufs- oder Abgabesignation zum Behuf der einnahmlichen Verrechnung des Ertrages, die Vergütung dafür aber in der Geld-Rechnung unter dem Titel „Besoldungsholz in Geld“ ausgablich vorzutragen, so daß nur das geringere Materialquantum, welches als Besoldungsholz in natura wirklich verabfolgt worden ist, Gegenstand der Material-Ausgabe in der Besoldungsholz-Signation und des Geldanschlags resp. der ausgablichen Verrechnung hiefür verbleibe.

4) Dem K. Forstpersonal aller Dienstgrade ist streng zu untersagen, daß dasselbe für Dritte Holz ersteigere oder übernehme. Noch viel weniger hat dasselbe, dem Alles, was nur entfernt einem Holzhandel ähnlich sieht, durchaus fremd zu bleiben hat, unter dem Vorwande, daß einzelne Loose oder Sortimente keinen Abnehmer finden, oder nicht an Preis kommen, solche für seine Rechnung zu übernehmen, um sie nachher an Andere abzulassen.

Hiernach hat die K. Kreisregierung das Weitere zu verfügen und gegen Zuwiderhandlungen nach ihrer Kompetenz mit Ordnungs- und Disciplinarstrafen nach Befinden der Umstände noch strenger einzuschreiten.

---

## 25. Die Promotionslisten für Stationsgehülfen betreffend.

Vom 9. October 1837.

In Erwägung, daß die Stationsgehülfen keinen eigenen Dienstgrad bilden, im Grunde nur exponirte Reviergehülfen sind, und sogar die zweiten Reviergehülfen am Wohnsitz des Revierförsters, wenn sie nicht bei diesen wohnen und verköstigt werden können, die Bezüge, wie auf einer Station erhalten, nimmt man Umgang von Herstellung eigener Promotionslisten für Stationsgehülfen.

---

## 26. Den Forstverwaltungsausgaben-Etat für die IV. Finanzperiode betreffend.

Vom 22. Februar 1838.

Mit Beziehung auf den Abschnitt V. der Entschliessung mittelst welcher der Finanz-Verwaltungs-Etat für ein Jahr der IV. Finanzperiode 18 $\frac{37}{43}$  der R. Regierung zugeschlossen worden ist, wird derselben hinsichtlich der in jenem Etat vorkommenden Forst-Verwaltungs-Ausgabspositionen Folgendes eröffnet:

§. 2. Titel 3. für Bureau-Exigenz-Aversen. Die Repartition der creditirten Summe bleibt nach Maaßgabe der, einen größeren oder kleineren Bedarf bestimmenden Verhältnisse der einzelnen Bezirke (Entschliessung vom 20. September 1826) zu vierzig, fünfzig oder sechzig Gulden für ein Forstamt, — dann zehn, fünfzehn oder zwanzig Gulden für ein Revier, res eine Forstei, der R. Regierung, überlassen. Bei den Forstwarteien und Stationen findet der gleichmäßige Ansaß von fünf Gulden statt. — Buchbinderlöhne für Schlagregister, Designationen, Material-Rechnungen, Vormerkungsbücher und andere Ausfertigungen des laufenden Dienstes, dürfen nicht mehr besonders aufgerechnet werden, sondern sind aus den Aversen zu bestreiten.

§. 7. Titel 1. Auf außerordentliche Ereignisse und Bestimmungen: und zwar für besondere temporäre Aushilfe im Forstschutze etc. Wenn die Verwendung, wie bisher, der R. Regierung überlassen bleibt, so erscheint es dagegen als unstatthaft, daß außerdem noch besondere Anträge gestellt werden, welche bezwecken, Schutzpersonal außer dem Status auf kürzere oder längere Zeit aufzustellen, und die Kosten für dasselbe mittels spezieller Genehmigungs-Einholung noch über den für temporäre Aushilfe eröffneten Credit hinaus bewilligt zu erhalten. Es wird daher ausdrücklich festgesetzt, daß alle bisher bezügliche Ausgaben, also auch diejenigen, welche auf be-

sonderen Anträgen und deren Genehmigung beruhen, ohne Rücksicht darauf, ob die temporär, außer dem Status verwendete Individuen, Tagegebühren oder fixe Funktionsbezüge erhalten, ferner, daß auch die Kosten für außerordentliche Ausbülfe in forstamtlichen Kanzleien auf die obenangegebene Summe für den Titel 1 angewiesen werden sollen. Ein Antrag auf Erhöhung darf nur im Falle unabweißlicher Nothwendigkeit, diese wohl motivirend gestellt und es muß demselben ein Nachweis über die bisherige, den Kredit erschöpft habende, Verwendung beigelegt werden.

In Betreff der Repartition des Forstetats, der Unstatthaftigkeit jeder Ueberschreitung desselben ohne vorherige Ermächtigung oder der Transferirung von einem S. auf den andern wegen möglichster Ersparniß in der Verwendung u. wird an die allgemeinen Bestimmungen der Entschließung vom 3. October 1831 und vom 26. März 1832 erinnert, welchen auch für die IV. Finanzperiode volle Geltung zu verschaffen ist. Dabei wird zu dem, was ad II. des zuerst bezeichneten Rescripts bezüglich auf Forstkulturen erwähnt worden, noch bemerkt, daß, wenn auch die K. Regierung, K. d. F. sich die freie Disposition über einen angemessenen Theil der creditirten Summe vorbehält, um die jährlich eintretenden verschiedenen Verhältnisse und Umstände gehörig berücksichtigen zu können, doch jedenfalls den K. Forstämtern, ohne vorherige jährliche spezielle Anträge, diejenigen Beträge ein für allemal, d. h. ständig für die ganze Finanzperiode, zur Verfügung zu stellen seien, deren sie bedürfen, um die nöthigen Nachbesserungen in den Schlägen oder Jungbölzern und früheren Kulturen; die Reinigung derselben von schädlichen Weichbölzern; die Unterhaltung der Schonungsgräben und Entwässerungs-Anstalten; der Plantagen und andere jedes Jahr wiederkehrende vorzugsweise zu berücksichtigende Kulturen; und Verbesserungsarbeiten ohne weiters bewirken zu können. Ebenso ist es mit der gewöhnlichen Unterhaltung der Holz-Abfuhrwege zu halten. Eine genaue rech-

nungs- und vorschriftmäßige jährliche Nachweisung von Seite der K. Forstämter versteht sich von selbst.

## 27. Die Diäten für Forstamts-Aktuare bei auswärtigen Dienstverrichtungen betreffend.

Vom 27. Februar 1838.

Es liegt in dem Sinne und der Fassung der Entschlie-  
ßung vom 13. April 1835 in dem angegebenen Betreffe, daß  
die K. Forstamts-Aktuare, welchen eine controllirende Mitwir-  
kung bei der Verwerthung der Forstprodukte verordnungsmäßig  
zugewiesen ist, die festgesetzten Diäten auch dann in Anspruch  
zu nehmen haben, wenn sie den Amtsvorstand in äußere Dienste  
begleiten, oder gleichzeitig mit ihm in einem und demselben  
Reviere ein besonderes Geschäft erledigen. Es kann daher in  
solchen Fällen ein Diäten-Abstrich nicht wohl verfügt werden.

Wenn die K. Regierung es für zweckmäßig erachtet, daß  
Diäten-Maximum für jeden Forstamtsbezirk nicht sowohl nach  
der Anzahl der Aktuare, nämlich zu 75 fl. oder 100 fl. als  
vielmehr nach der Anzahl der Reviere und deren Entfernung  
vom Amtssitze, oder andern Lokalverhältnissen zu bemessen,  
und festzusetzen, so bleibt dieses derselben anheimgestellt. Jedoch  
darf im Allgemeinen die Etats-Position für unständige Bezüge  
des äußern Forstpersonals dadurch in keinem Falle überschrit-  
ten werden.

Die Verrichtung äußerer Geschäfte in Revieren, welche so  
entlegen sind, daß die Rückkehr an den Amtssitz nicht mehr statt  
findet, kann den Diäten-Ansatz von 1 fl. 45 fr., welcher unter  
erschwerenden Umständen durch die Entschlie-ßung vom 13. April  
1835 festgesetzt worden ist, motiviren. Daß Dienstverrichtun-  
gen außerhalb des Amtsbezirkes mit dem Amtsvorstande eben-  
dahin zu subsummiren seien, versteht sich wohl von selbst.

Die Bestimmungen aus Serets Sammlung Band XII.  
Anhang pag. 26 betrafen einzelne besondere Fälle, und finden  
keine allgemeine Anwendung.

## 28. Die Ausgaben bei dem Kreis-Forst-Bureau betreffend.

Vom 30. April 1838.

Mit Beziehung auf die Entschliebung, mittelst welcher der Staats-Aufwands-Stat für ein Jahr der IV. Finanz-Periode hinausgeschlossen wurde, wird hinsichtlich der darin vorkommenden Ausgaben bei dem Kreis-Forst-Bureau Folgendes erläuternd bemerkt:

1) Die Ausschcheidung der Diäten für die der K. Kreis-Regierung beigegebenen Forstbeamten nach dem Dienstgrade gibt keinem derselben einen ausschließlichen Anspruch auf das eventuell für ihn, oder für die betreffende Dienstes-Kategorien in Voranschlag gebrachte Quantum, vielmehr hat die K. Regierung jederzeit die Forstbereisungen resp. den inspizirenden Dienst so anzuordnen, und das betreffende Personal hiezu zu verwenden, wie es die Umstände und Verhältnisse mit sich bringen, und es nach Maßgabe derselben angemessen erscheint. Es können demnach Transferirungen von einer der besagten Diäten-Positionen auf die andere Statt finden, wenn nur die Totalsumme derselben nicht überschritten wird.

Unter derselben Bedingung wird gestattet, aus dem Gesamtbetrage der für das betreffende Personal etatirten Diäten die Tagegebühren für die Funktionäre beim Kreis-Forst-Bureau zu schöpfen, wenn der Fall eintreten sollte, daß ein solcher dem im äußeren Dienste verwendeten Kreis-Forstbeamten als Commissions-Aktuar beigegeben werden müßte.

Da es ein wesentliches Erforderniß ist, daß die Lokal-Forst-Visitationen, ihrem Zwecke auch entsprechend, thätig betrieben, und zu ersehen gewesen ist, daß es in den letzten Jahren in einigen Kreisen hieran ermangelt habe, so wird die K. Regierung aufgefordert, diesem wichtigen Gegenstande ihre besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden.

2) Die Exigenz des Ausbülfs-Personals für den Forstdienst ist so bemessen, daß dem ersten oder ältesten Funktionär

im Kreis-Forst-Bureau eine Tagegebühr von 1 fl. 20 fr. — dem zweiten von 1 fl. 12 fr. — dem dritten von 1 fl. — zugewiesen werden kann.

Hierdurch sind die Mittel gegeben, um die brauchbarsten, ausgezeichnet befähigten Subjekte unter den Forstamts-Aktuaren oder Gehülfen in das Kreis-Forst-Bureau zu ziehen, ohne daß sie sich in ökonomischer Hinsicht verkürzt sehen.

3) Hinsichtlich der Anschaffung von Forstschriften zc. für das Kreis-Forstbureau behält es bei den Bestimmungen der der Entschliefungen vom 7. März 1829 und 13. März 1832 sein Bewenden.

---

## 29. Den überhandnehmenden Wilddiebstahl und die dagegen zu ergreifenden Maßregeln betreffend.

Vom 13. Mai 1838.

Den R. Regierungsfinanzkammern wird hiemit eine Abschrift derjenigen allgemeinen Entschliebung mitgetheilt, welche unterm 4. d. M. von dem R. Staatsministerium des Innern in Betreff des überhandnehmenden Wilddiebstahls, und der dagegen zu ergreifenden Maßregeln an sämtliche R. Regierungen, Kammern des Innern, diesseits des Rheins, erlassen wurde, und denselben aufgetragen, hiernach das ihr untergeordnete Forstpersonal geeignet anzuweisen. — Es sind demnach den ihrer Respizienz untergeordneten Forstämtern nicht nur Abschriften von der gedachten Entschliebung des R. Staatsministeriums des Innern vom 4. d. M. vordersamst mitzutheilen, sondern denselben ist insbesondere auch aufzutragen, daß sie das ihrer unmittelbaren Aufsicht unterstellte Forst- und Jagdpersonal vollständig und genau über den Inhalt und Sinn derselben zu verständigen und hiernach zu instruiren haben, um den Erfolg der angeordneten Maßregeln, insoweit es an der Mitwirkung des R. Forst- und Jagdpersonals gelegen ist — möglichst zu fördern.

„Seit geraumer Zeit macht der Wilddiebstahl immer bedenklichere Fortschritte, und es geben die fortwährend sich meh-



renden Tödtungen und gefährlichen Verwundungen von Jägern und Wildschützen die dringendste Aufforderung, durch ernstes Einschreiten einen Zustand der Dinge zu beenden, bei welchem gesetzliche Ordnung und Rechtssicherheit aufgehoben erscheinen, und der durch die damit untrennbar verbundene Verwilderung der Gemüther immer gefährlicher zu werden droht.

Die Regierung hat, um dem immer mehr um sich greifenden Uebel Einhalt zu thun, bei dem jüngsten Landtage einen Gesetzes-Entwurf über die Wildfrevel und den Wildddiebstahl an die Stände des Reiches bringen lassen. Derselbe ist indessen nicht zur Berathung gelangt, und es haben daher die weisen allerhöchsten Absichten auf diesem Wege nicht zur Erfüllung gebracht werden können.

Um so mehr erscheint es jetzt als eine unabweißliche Pflicht, dem bestehenden verderblichen Unwesen mit allen Mitteln, welche die geltenden Gesetze und Verordnungen darbieten, auf das Kräftigste entgegen zu wirken, und dem überhandnehmenden Frevel durch die nachdrücklichsten Einschreitungen zu begegnen.

Das K. Finanz-Ministerium sieht sich daher veranlaßt, zu verfügen, was folgt:

### I.

Das Strafgesetzbuch Th. I. Art. 78 verpflichtet jeden Untertban, Verbrechen oder Vergehen, welche in seiner Gegenwart vorbereitet oder angefangen werden, oder von welchen er sonst weiß, daß sie geschehen sollen, entweder durch schleunige Anzeige bei der nächsten Obrigkeit, oder durch Warnung der gefährdeten Personen, oder im Falle der Unthunlichkeit des Vorigen, durch jedes sonstige in seiner Macht habende Mittel, so weit es ohne Gefahr für ihn selbst oder einen Dritten geschehen kann, zu verhindern.

Die Nichterfüllung dieser Bürgerpflicht ist mit Strafe bedroht. Ebenso ist nach Art. 88. Th. I. die unterlassene Anzeige begangener Verbrechen, welche die Todes-, Ketten- oder Zuchthausstrafe nach sich ziehen, mit Strafe bedroht, wenn die

Untersuchung und Bestrafung des Verbrechens durch die Verheimlichung erschwert oder vereitelt wird.

Zu diesem Verbrechen aber gehört jeder vollbrachte, gefährliche Wilddiebstahl, da derselbe nach der Verordnung vom 9. August 1806 unbedingt mit Zuchthausstrafe bedroht ist.

Endlich steht überdies auch noch diesen gesetzlich ausgesprochenen allgemeinen Bürgerpflichten der Einzelnen, die durch das Gemeinde-Edikt in den S. S. 107 und folg. vorgeschriebene besondere Verpflichtung der Gemeinden zur Obsorge für Erhaltung der öffentlichen Ruhe, Sicherheit und Ordnung in der Gemeinde zur Seite.

Den öffentlichen Behörden liegt ob, die Erfüllung der ebenermähnten Bürger- und Gemeindepflichten durch Zwangsmaßregeln zu bewirken, wenn sich einzelne Individuen oder ganze Gemeinden denselben fortwährend entziehen.

Es steht nun aber ausser allem Zweifel, daß der Wilddiebstahl in jener gefährlichen und bedenklichen Weise, welche die Aufmerksamkeit der Polizeigewalt in der neuern Zeit so sehr in Anspruch nimmt, zumeist nur von Landbewohnern getrieben werde, und daß die Wildschützen dieser Klasse ihrem verbrecherischen Gewerbe unmöglich nachgehen können, ohne daß nicht nur ihre Hausgenossen, sondern auch die übrigen Bewohner der Ortschaft oder der Gemeinde genaue Kenntniß davon erlangen, da die Bewohner einer und derselben Ortschaft auf dem Lande, und die Mitglieder einer und derselben Landgemeinde einander viel zu nahe gerückt, und vermöge der Einfachheit und der eigenthümlichen Natur ihrer Verhältnisse und Beschäftigungen gegenseitig mit ihrem Thun und Treiben viel zu genau bekannt sind, als daß der Einzelne sein Beginnen und Treiben den Augen der Uebrigen auch nur kurze Zeit hindurch zu entziehen vermöchte.

Wenn daher die Hausgenossen, die Mitbewohner der Ortschaft, und die Mitglieder der Gemeinde, ihrer gesetzlichen Pflicht der Verhinderung angefangener und der Anzeige entgangener Verbrechen gewissenhaft nachkommen, und die Gemeinde-Verwaltungen ihre gesetzlichen Obliegenheiten bezüglich der Polizei-Verwaltung treulich erfüllen, so ist die Ueberhandnahme des Wildddiebstahls sofort unmöglich gemacht.

Zwar lehrt die Erfahrung, daß der Wildschütze im Umherstreifen sich nicht selten weit von seiner Heimath entfernt, und daß daher sein Betreten in irgend einer Gegend nicht sofort zu dem Schlusse berechtigt, es gehöre derselbe der nächsten Gemeinde an.

Dieser Umstand hebt indessen die Möglichkeit keineswegs auf, in den meisten Fällen diejenigen, welche die obenerwähnten Verpflichtungen unbeachtet lassen, mit zureichender Sicherheit zu ermitteln.

Die gewerbsmäßigen Schützen sind überall dem Jagd-Personal und den thätigen und wach samen Polizei-Beamten genau bekannt.

Wenn daher die bei Amtspflicht abgelegten Anzeigen des beeidigten Jagdpersonals, und die sonstigen polizeilichen Erfahrungen gehörig berücksichtigt werden, so wird die Gefahr sofort verschwinden, daß die Anwendung von Zwangsmaßregeln Unschuldige anstatt der Schuldigen treffen könnte.

Die R. Kreis-Regierungen, Rammern des Innern, werden daher angewiesen, sämmtlichen in ihrem Bezirke befindlichen Gemeinden auf geeignete Weise durch die treffenden Behörden die Bestimmungen des Strafgesetzbuches Th. I. Art. 78 und 88, sowie des Gemeinde-Ediktes S. S. 107 und folg. in Bezug auf den Wildddiebstahl in ernste Erinnerung zu bringen, und

denselben zu bemerken, daß überall, wo dem Wilddiebstahle durch die gewöhnlichen polizeilichen Präventivmittel nicht Einhalt gethan werden kann, jene Ortschaften und Gemeinden, welchen die Nichterfüllung der obliegenden gesetzlichen Verbindlichkeiten zur Last fällt, durch sofortige Einlegung militärischer Exekution auf ihre Kosten zur Erfüllung derselben unnachlässiglich werden genöthiget werden.

Dieser Androhung ist bei glaubhaften Anzeigungen der Nichtbeachtung noch eine spezielle Warnung nachzusenden, sodann aber nach gehöriger Contastirung des fortgesetzten Ungehorsams alsbald zum Vollzuge zu schreiten.

## II.

Der Wildpretthandel soll unter die besondere Aufsicht der Polizeibehörden gestellt, zu diesem Ende das Geeignete angeordnet, und wo immer Wildpret, Wilddecken, Bälge 2c. u. s. w. durch Personen, welche sich über den rechtmäßigen Erwerb nicht auszuweisen vermögen, zum Verkaufe gebracht werden, sowohl gegen den Verkäufer als gegen den Käufer mit strenger polizeilicher Bestrafung eingeschritten werden.

## III.

Sämmtlichen Vorständen der Distrikts-Polizei-Behörden ist wiederholt unter Hinweisung auf die durch die allerhöchste Verordnung vom 28. November 1816 über Zwangs-Arbeitshäuser gegen gefährliche Wildschützen, denselben an die Hand gegebenen Mittel, die geschärfteste Aufmerksamkeit auf Wilderer und Wildfrevel im Allgemeinen — insbesondere aber die strengste und wachsamste Handhabung vorstehender Vorschriften mit dem Anhange zu empfehlen, daß allerhöchst mit Vertrauen erwartet werde, es werden dieselben auch in dieser Beziehung ihren Obliegenheiten mit Ernst und thätigem Eifer nachzukommen sich bestreben, und zu den allerhöchst beschlossenen nachsichtlosen Ein-

schreitungen gegen alle in Erfüllung ihrer desfallsigen Pflichten nachlässige Beamten keine Veranlassung geben. —

---

### 30. Die Wildbeschädigungen betreffend.

Vom 11. u. 12. Mai 1838.

Den Königl. Regierungs-Kammern der Finanzen wird hie- mit eine Abschrift der Entschließung, welche von dem R. Staats- Ministerium des Innern unter dem 11. dieses an die R. Re- gierungs-Kammer des Innern diesseits des Rheins erlassen wurde, mit dem Auftrage mitgetheilt, hiervon die ihrer Direktion un- mittelbar untergeordneten R. Forst- und Jagdämter mittelst vollständiger Abschriften zu ihrer und ihres subordinirten Forst- und Jagdpersonals Nachachtung, in geeignete Kenntniß zu setzen.

Die R. Regierung erhält in den anliegenden Abschriften zwei Vorstellungen mit dem Anhange, dem Gesuchsteller im Hinblick auf den von demselben bezüglich jedes Wildschaden- Ersatzes unbedingt ausgesprochenen Verzicht die Abweisung er- öffnen zu lassen.

Nachdem übrigens in den gedachten Vorstellungen für die Grundbesitzer die förmliche gesetzliche Befugniß in Anspruch ge- nommen werden will, auf eigenen Grund und Boden das ein- gedrungene Wild mittelst Schlingen oder sonstiger künstlicher Vorrichtungen einzufangen, und da ähnliche Behauptungen auch sonst schon hin und wieder laut geworden, so erscheint hier der Fall einer besonderen des- fallsigen Berichtigung gegeben.

Im §. 2 des Allerhöchsten Mandats vom 9. August 1806, das Verbrechen des Wilddiebstahls betreffend — ist einer Be- richtigung von Seite des Grundbesizers zur Anwendung künst- licher Vorrichtungen beim Einfangen des Wildes mit fet-

ner Silbe erwähnt, und da der gedachte §. in der angeregten Beziehung lediglich eine Ausnahme-Bestimmung gegenüber der Gerechtsame des Jagdeigenthümers enthält, so ist derselbe auch nach bekannten Interpretationsregeln der strengsten Auslegung unterworfen.

Ueberdies würde aber auch ein Zugeständniß im entgegengesetzten Sinne das Gesetz mit sich selbst in Widerspruch stellen, da dasselbe das Jagdrecht gegen den Wildfrevel zu schützen beabsichtigt, mit der Einräumung der Befugniß an die Grundeigenthümer aber, auf jedem Grundstücke und in jedem Hoize u. mittelst Schlingen und anderen künstlichen Vorrichtungen das Wild einzufangen, sofort die Möglichkeit des Bestehens eines Jagdrechtes aufgehoben wäre.

Hiernach wird die R. Regierung pflichtmäßig sich angelegen sein lassen, einer etwaigen Verwirklichung der oben erwähnten, dem Buchstaben wie dem Geiste des Gesetzes zuwiderlaufenden Ansichten, mit allen ressortmäßig verfügbaren Mitteln ernstlichst zu begegnen.

---

### 31. Die Kultur der Eiche betreffend.

Vom 7. Sept. 1838.

Die jungen Eichenpflanzungen, welche bezüglich der Gewinnung des so sehr nothwendigen Gerbestoffes, und wegen der sich hieran knüpfenden Interessen der Industrie und Landwirtschaft die ganz besondere Aufmerksamkeit der Verwaltungs-Behörden in Anspruch nehmen, deren Beförderung daher auch den letzteren durch Ausschreiben vom 7. Juli 1832 angelegentlichst empfohlen wurde, versprechen nicht allenthalben das gewünschte Gedeihen, und zwar in einigen Gegenden besonders deshalb, weil sie häufig aus böser Absicht und aus Muthwillen, vorzüglich aber auch wegen des Mißbrauches zum Korbflechten sehr vielen Beschädigungen und Entwendungen ausgesetzt sind.

Die eifrigsten Bemühungen um die Eichenzucht werden hiedurch vielfältig erschwert und theilweise wieder vernichtet.

Um daher diesen Freveln, welche geräuschlos und meistens in den jungen Dickungen begangen werden und schwer zu entdecken sind, möglichst entgegen zu wirken, hat die R. Regierung die Gendarmerie, so wie das gesammte für die Stiftungs- und Gemeinde-Waldungen aufgestellte Schutzpersonal geeignet zu beauftragen, die bezüglich der Holzfrevel zu führende Aufsicht besonders auch auf diese Pflanzungen auszudehnen. Insbesondere aber sind die Distrikts-Polizei-Behörden anzuweisen, die zur Anzeige kommenden derartigen Frevel unter Anwendung der bestehenden Verordnungen mit aller Strenge unnachsichtlich zu bestrafen, und den Verkauf von Korbgeflechten aus Eichenholz, wozu nur junge Stämmchen verwendet werden können, als mißbräuchlich um so mehr zu verbieten, als dieses kostbare Material für den bezeichneten Zweck gleichwohl nicht nothwendig ist, vielmehr nur zum Luxus verbraucht wird, und von diesem Verbote nur dann eine Ausnahme zu gestatten, wenn sich der Verfertiger oder Verkäufer über den rechtlichen Erwerb des dazu benöthigten Eichenholzes durch das Zeichen des Waldes, den Abfuhrschein oder andere Zeugnisse ausweisen kann.

Die R. Regierung wird dabei wiederholt aufgefordert, dem so wichtigen Zwecke der jungen Eichenpflanzungen und ihrer möglichsten Beförderung allenthalben die geeignete Sorgfalt zuzuwenden, sich bei ergebenden Gelegenheiten von dem Vollzuge der deshalb erlassenen Anordnungen zu versichern, gegen die entdeckten Zuwiderhandlungen und Vernachlässigungen geeignet einzuschreiten, und überhaupt der Kultur der Eichen auf jede mögliche Weise Vorschub zu leisten.

## 32. Die specielle Betriebs-Regulirung, resp. die Grundlagen derselben betreffend.

Vom 2. Juni 1838.

Der §. 12. des Normativs vom 1. Mai 1819 enthielt die Bestimmung, daß, nach Beendigung der hierzu nöthigen Vorarbeiten, eine Berathung über die Wald- und Betriebsart, die angemessene Complex-Eintheilung, die Umtriebszeit ic. gepflogen werden und der eigentlichen Betriebs-Regulirung vorangehen solle.

Es erscheint allerdings als sehr wesentlich, daß die Hauptansichten und Grundsätze, von welchen bei der Forsteinrichtung, mit Rücksicht auf die mehr oder weniger bedingenden oder Einfluß übenden innern und äußeren Verhältnisse, auszugehen ist, schon vor der vollständigen Ausführung der Operate und Berechnung des Material-Anfalls besprochen und festgesetzt, den Operaten damit, hinsichtlich der Bildung der Wirthschafts-Complexe, der anzunehmenden Umtriebs- oder Berechnungszeit, der Betriebsarten und Klassen, der Hauptrichtung, welche die Wirthschaft zu nehmen hat ic. Anhalt und Grundlage gegeben werden, um die weitere Ausführung eben sowohl auf den besten Weg zu leiten, als auch sie und demnächst die Revision zu erleichtern, manche Beanstandungen und Umarbeitungen zu vermeiden.

In analoger Anwendung des erwähnten §. des Normativs von 1819 sollen daher die betreffenden Besprechungen von Seite des K. Kreis-Forstraths oder eines der Inspections-Beamten des Kreises mit dem Lokalpersonal, bei Gelegenheit der Lokal-Visitationen, jedesmal stattfinden, wenn die Vorarbeiten für ein Revier, oder eine größere Waldmasse, die geeignet ist ein Wirthschaftsganzes zu bilden, weit genug vorgeschritten sein werden. — Zu diesen Vorarbeiten sind ausser der Vermarkung, Bestandsabtheilung, Vermessung und Flächenberechnung, dann



einer wenigstens approximativen und summarischen Uebersicht der Alters- und Bestandsverhältnisse, insbesondere auch die Aufnahme der Holzvorräthe und die damit in Verbindung stehende möglichst gründliche Recherchen über die vortheilhaftesten Umtriebszeiten (Nr. 15 des Normativs von 1819 und pag. 18 der Instruktion von 1830) zu rechnen.

Auf den Grund des über dergleichen Besprechungen aufzunehmenden Protokolls, ist sodann bei Gelegenheit der vorchriftsmäßigen Betriebs-Comités die Sache einer nochmaligen allseitigen Erörterung und Beschlußfassung zu unterwerfen.

Die Besprechungs-Protokolle und Comité-Beschlüsse sind jedesmal mit den betreffenden, die weitere Ausführung bezielenden Arbeits-Anträgen dem R. Staatsministerium der Finanzen vorzulegen und als integrirende Theile der Forsteinrichtungs-Operate zu betrachten.

---

### 33. Die Ausscheidung des Standesgehaltes bei den Revierförstern betreffend.

Vom 8. September 1838.

Es ist Allerhöchst genehmigt worden, daß den vom 31. Decbr. 1829 bis zum 3. März 1832 ernannten Revierförstern, bei welchen der Standesgehalt, ohne eine fernere Steigerung nach dem Alter, auf 350 Gulden festgesetzt wurde, die Versicherung gegeben werde, daß sie, gleich den später ernannten Revierförstern, nach vollendeten 15 Dienstjahren, und für die ganze folgende Dienstzeit auch 400 Gulden als Standesgehalt sollen erworben haben.

---

### 34. Das Streusammeln mit eisernen Rechen betreffend.

Vom 22. December 1838.

Im bezeichneten Betreffe wird folgende Entschließung ertheilt:

1) Der Gebrauch eiserner Rechen beim Streusammeln ist wegen dessen anerkannter Schädlichkeit gemäß der bestehenden forstpolizeilichen Verordnungen für alle, sowohl Staats- als Gemeinde-, Stiftungs- und Privat-Waldungen verboten.

2) Die Benützung schneidender Instrumente beim Streusammeln kann unter gehöriger Aufsicht nur bei der Gewinnung der s. g. Streusurrogate, nämlich der Heide, des Ginster, der Heidelbeeren, der Wald-, Sumpf- und Moosgräser und einiger Moospflanzen, die auf nassem, sumpfigen Boden wachsen, stattfinden, weil sich diese Gewächse mit dem Rechen von ihren Wurzeln nicht trennen, und auf andere Weise, ohne gewaltsames Ausreißen mit dem Wurzelstocke, nicht sammeln lassen, wodurch die Holzpflanzen beschädigt oder mit herausgerissen werden.

Das in den geschlossenen Nadelholzwaldungen vorkommende Moos, welches unter seiner grünen Decke die Bodenfeuchtigkeit erhält, und höchst wohlthätig auf die Vegetation einwirkt, fällt in die Kategorie der s. g. Rechstreu und pflegt, wie das Laub und die Nadeln mit hölzernen Rechen gesammelt zu werden.

---

### 35. Die Kultur der Eiche betreffend.

Vom 25. Januar 1839.

Das in der Entschließung vom 7. Septbr. v. J. ausgesprochene Verbot der Verwendung jungen Eichenholzes zu Korbgeflechtem ist bei der Gleichheit des Grundes und Zweckes auch auf die Benützung junger Eichenstämmchen zu Peitschen und sogenannten Geißelstöcken um so mehr zu erstrecken, als für

diesen, im Verhältniß zu den wichtigen Interessen der Eichen-  
kultur unbedeutenden Industrie-Gegenstand durch Verwendung  
anderer Holzarten leicht Vorsorge getroffen werden kann.

---

### 36. Die Erwerbung von Realitäten betreffend.

Vom 8. März 1839.

Durch die Entschließung vom 13. Octbr. 1832 ist, um  
die Rauffschillinge ungeschmälert zu erhalten, verfügt worden,  
daß die Kosten bei Staatsrealitäten-Verkäufen von den Käufern  
zu tragen seien, und nach der weiteren Anordnung vom 21. Dec.  
1837 sind die Erhebungskosten von Gefällablösungsschillingen  
nicht mehr hieraus, sondern à Conto des Finanzadministrations-  
Stats zu bestreiten und zu verrechnen.

Nachdem die Gründe, welche die Entfernung dieser Aus-  
gaben aus den Staatsgüterkauffschillings-Rechnungen veranlaßt  
haben, auch auf die Kosten wegen Realitäten-, Renten-  
und Rechte-Erwerbungen des Staatsärars in vol-  
lem Maße Anwendung finden, so wird verfügt, daß deren Ver-  
rechnung von jetzt an ebenfalls auf den einschlägigen Verwal-  
tungs-Stat zu geschehen habe, und daher die Kosten nicht mehr  
der Central-Staats-Kasse in Zurechnung zu bringen, sondern  
nach vorgängiger genauer Prüfung und Festsetzung mit Vorbe-  
halt der Superrevision in diejenige Rechnung, in welcher die  
Rente der erworbenen Realität vereinnahmt wird, zu veraus-  
gaben seien.

---

### 37. Die Umzugsgebühren für Forstgehülfen betreffend.

Vom 8. Mai 1839.

Es wird gestattet, wenn Forstgehülfen zu einer temporä-  
ren Anshülfe an entferntern Orten auf längere Zeit verwendet

werden — deren unerläßliche Nothwendigkeit vorausgesetzt wird — hinsichtlich solcher eine Reisekosten=Entschädigung aus momentanen Bestimmungen in einem dem regulativmäßigen Umzugssatze sich annähernden Ubersal-Betrage auf Rechnung des Dispositionsfonds für temporäre Ausbülfe im Forstdienste anzuweisen.

---

### 38. Die Bauholzabgabe an Forstberechtigte betreffend.

Vom 9. November 1839.

Die Holzabgabe zu forstberechtigten Gebäuden kann in Fällen, wenn sich die Besitzer derselben bei Reparatur oder Neubauten zu einer massiven Bauführung verstehen, nach Vorschrift des untenstehenden an die R. Regierungs-Kammer der Finanzen des vormaligen Untermainkreises unterm 30. März 1825 erlassenen Rescriptes, geschehen, und somit das durch die massive Bauart entbehrlich werdende Holz, auf dessen Bezug die Besitzer der betreffenden Gebäude ausserdem ihre Ansprüche gebührend nachzuweisen vermögen, denselben unter den vorgezeichneten Modalitäten zur weiteren Disposition überlassen werden.

Was die bruchzinsfreie Verabreichung der Bausteine anbelangt, so kann dieselbe ebenfalls nur dann stattfinden, wenn hiezu eine Berechtigung vollständig dargethan werden kann.

---

### 39. Die Perception und Verrechnung der Forstrechts-Gegenrechnisse betreffend.

Vom 12. November 1839.

Es wird beschlossen, daß die in den Allerhöchsten Rescripten vom 30. Nov. 1808 (Geret Band I. pag. 46) und vom 12. Jan. 1822 §. 3. (Forstbezirks-Eintheilung betreffend) gegebenen Vorschriften bezüglich auf die Perception und Verrech-

nung aller Forstgefälle eines Reviers, folglich auch der Forstrechtsgegenrechnisse bei einem und demselben Rentamte fortzu-  
bestehen haben, und gegentheilige Verfügungen von nun an  
außer Wirkung zu setzen seien.

Damit jedoch der Kataster bei den Rentämtern, welche die  
Forstgefälle des betreffenden Reviers nicht zu perzipiren haben,  
in deren Bezirken aber forstberechtigte Güter liegen, stets  
evident erhalten werde, so ist anzuordnen:

1) Daß die betreffenden Rentämter den einschlägigen Forst-  
ämtern von den sich ergebenden Veränderungen an den kataste-  
rirten Forstrechten immer, und zwar rechtzeitig, Nachricht  
geben, und

2) die Forstämter dagegen von allenfalligen Abweichungen  
in der Gattung oder Qualität der katastrirten Forstrechte, die  
sich in Folge administrativer oder technischer Anordnung ereig-  
nen mögen, am Schlusse des Jahres die betreffenden Rentämter  
in Kenntniß setzen.

Hinsichtlich der Naturalforstzinsen wird die am Schlusse  
des Ministerial-Rescripts vom 26. März 1832 ausgesprochene  
Bestimmung, wonach dieselben (insbesondere Getraide) aus der  
Forstgeldrechnung wegfallen und der Staatsfonds-Rechnung zu-  
gehören, lediglich wiederholt. Alle übrigen Forstrechtsgegen-  
rechnisse, einschließig der Naturalfrohen, verbleiben Gegenstand  
der Forstrechnung; es sind allenfalls vorgefallene Abweichungen  
an diese einfache Bestimmung zurückzuführen.

---

#### 40. Die Diäten der R. Kreis-Forst-Commissäre betreffend.

Vom 15. Novemb. 1839.

Der Grundsatz, daß bei Commissionsgeschäften, welche an einem und demselben Orte über 14 Tage dauern, gemäß Art. 1. der Verordnung vom 23. Sept. 1817, nach Verlauf dieser 14 Tage nur noch zwei Drittel der gewöhnlichen Diäten zu vernehmen seien, — ohne Unterschied, ob das Geschäft mit oder ohne Unterbrechungen vollführt worden sei — ist bereits durch Ministerial-Rescript vom 19. Novbr. 1819 ausgesprochen worden. Hiernach hat sich eine allgemeine Praxis gebildet; bei eingeführten Refursen ist von Seite des R. Obersten-Rechnungshofes jederzeit an diesem Grundsatz festgehalten worden, und es behält auch für die Folge dabei sein Bewenden.

Indessen gibt es Commissionsgeschäfte ambulirender Natur, bei welchen allerdings ein gewisser Unterschied eintritt, und auch bisher beachtet wurde, z. B. wenn die inspizirenden Forstbeamten im Vollzuge ihres Geschäftes einen gewissen Ort öfter berühren, ohne jedoch daselbst einen bestimmten Wohn- oder Commissionssitz zu haben.

Anders ist es aber, wenn solche Bedienstete mit einem Geschäfte beauftragt sind, welches einen bestimmten Commissionssitz voraussetzt, von wo aus die zur Vollziehung des Geschäfts nöthigen Exkursionen vorgenommen werden, und an welchen dann gewöhnlich zurückgekehrt wird.

Wenn nun der eine oder der andere Fall vorhanden sei, läßt sich nur aus der Natur desselben entnehmen. Den Revisionsbehörden allein kann aber die Beurtheilung des einzelnen Falles nicht wohl überlassen bleiben; es ist vielmehr Sache der kommittirenden Behörden, sich darüber auszusprechen, und deßhalb Fürsorge zu treffen.

In dieser letzten Hinsicht wird auf den Art. 4. der erwähnten Verordnung vom 23. Septbr. 1817 hingewiesen, wonach den Commissären bestimmte Instruktionen zu ertheilen sind, welche nicht bloß den Gegenstand des Geschäftes im Allgemeinen, sondern auch nach allen seinen Bestandtheilen nebst Gang und Form der Ausführung in möglichster Vollständigkeit bezeichnen. Geschieht dieses, so wird auch schon von Seite der Revision gehörig ermessen werden können, ob der Commissär einen oder einige bestimmte Commissions-Sitze zu nehmen, und von diesen aus zu excurriren hatte, oder ob sein Geschäft lediglich ambulirender Natur war.

#### 41. Die Beschädigung der Dienstwiese eines Revierförsters betreffend.

Vom 30. November 1839.

Es wird gestattet, die Kosten zur Wiederherstellung des Wehrs und Ausbesserung der durch Elementar-Ereignisse herbeigeführten Beschädigungen an der Dienstwiese des Revierförsters etc. unter den Administrations-Ausgaben, in der Staatsfond-Rechnung des betreffenden Rentamts, in welcher der Nutzungs-Anschlag der Wiese in Einnahme steht, auf die Position der besondern Regiekosten für verpachtete Oekonomien, nach revisorischer Feststellung der Rechnungsziffer, verausgaben zu lassen.

Eine Entschädigung wegen Verlustes an der Heuerndte findet nicht statt.

#### 42. Die Benugung der Steinbrüche und Kiesgruben auf ärarial. Forstgründen betreffend.

Vom 2. Januar 1840.

Nachdem sich Bedenken ergeben haben, ob bei der für den Zweig der Staatsverwaltung gesetzlich bestehenden Staats-Aus-

scheidung, an die K. Bau-Inspektionen, zum Bau und Unterhaltung der Staatsstraßen, aus K. Waldungen und Forstgründen, Steine und Kieselmaterial, wenn solches vorhanden ist, und ohne wirthschaftliche Nachtheile gewonnen werden kann, wie es früher geschehen, auch forthin unentgeltlich abgegeben werden dürfe, so steht man sich veranlaßt, auf den Vorbehalt Lit. C. im Landtags-Abschiede vom 17. November 1837 (Gesetzblatt pag. 8) aufmerksam zu machen, nach welchem die hierüber erlassenen älteren Verordnungen, sowohl in formeller, wie auch in materieller Hinsicht noch wirksam erklärt sind.

In den ältern Gebietstheilen des Königreichs, wo die Verordnung vom 3. Juli 1812 (Regierungsbl. pag. 1353) promulgirt worden ist, unterliegt es daher keinem Anstande, daß nach §. 1. dieser Verordnung, die Material-Abgabe aus ärarialischen Steinbrüchen und Kieselgruben an die K. Baubehörden zu dem bezeichneten Zwecke unentgeltlich zu geschehen habe. Dagegen versteht es sich von selbst, daß bei diesen Abgaben die forstpolizeilichen Vorschriften und Bestimmungen zu beachten und namentlich bei Eröffnung neuer Kieselgruben und Steinbrüche, oder bei Erweiterung der bestehenden, die sich ergebenden forstwirtschaftlichen Fragen voraus zu erörtern sind; demnach können ohne Zustimmung der K. Regierung, Kammer der Finanzen und ohne Anweisung durch die Forstämter, weder neue Steinbrüche und Kieselgruben in Staatswaldungen und auf ärarialischen Forstgründen eröffnet, noch bestehende erweitert werden. Wo sich Anstände ergeben und in zweifelhaften Fällen ist Bericht zu erstatten. —

Alles Stein- und Kieselmaterial, welches aus Staatswaldungen auf solche Weise an die K. Baubehörde abgegeben werden wird, muß in den Forstnebennutzungs-Designationen vorschriftsmäßig mit dem vollen Geldwerthe, aber ohne wirklichen Erlös vorgetragen werden. Der Materialbetrag und der Geldwerth ist hiernach summarisch, sowohl von den K. Forst-



ämtern, wie auch von der R. Regierung in der Rubrik „Bemerkungen“ zu den Nebennutzungs-Nachweisungen vorzumerken, ohne deshalb in dem Kontexte dieser Konspelte eine nähere Auscheidung zu treffen.

In jenen Gebietstheilen des Königreiches, für welche die Verordnung vom 13. Juli 1812 keine bindende Kraft hat, behält es bei den anderweitigen verordneten Vorschriften sein Bestehen.

---

## II.

# Instruction für Forstwirthschafts-Einrichtung und Herstellung der Forstbeschreibung. \*)

Vom 30. Juni 1830.

---

### Zweck der Instruction.

Die Bestimmungen des Normativs vom 1. Mai 1819 für die Betriebs-Regulirung der Domainen-Waldungen sind bereits durch die instructive Entschließung vom 31. Mai 1827, mit Vorbehalt der weiteren Anordnungen, welche in der Folge als nothwendig würden erkannt werden, theils ergänzt, theils modificirt und vereinfacht worden. Wenn auch dadurch das Geschäft der Forst-Einrichtung wesentlich erleichtert worden ist und die Vorarbeiten seitdem bedeutend vorangerückt sind, so ermangelt es doch noch an den nähern Vorschriften über die Form, in welcher die Resultate der geschehenen Ausmittelungen dargestellt werden sollen, und es läßt sich das Bedürfniß an solchen dringend fühlen.

Der Zweck gegenwärtiger Instruction ist, ebensowohl diesem Bedarfe abzuheffen, indem sie diejenigen formellen Bestim-

---

Anmerk. Auf diese Instruction, in den Zusammenhang der seit 1830 erschienenen K. Bayer. Forst- und Jagd-Berordnungen gehörend, muß um so mehr zurückgegriffen werden, als dieselbe der dormaligen Forsteinrichtung und Betriebsregulirung im Wesentlichen Anhalt gibt.

Wahlen, Archiv. VII. Bd. 26 Heft.

mungen enthält, deren in dem letzten Absatz des Normativs von 1819 vorbehaltliche Erwähnung geschehen ist, als auch in Beziehung auf das anzuwendende Verfahren selbst einige vervollständigende Anordnungen zu treffen; überhaupt aber das, was bisher mehr in allgemeinen Grundzügen vorgezeichnet wurde, so umständlich auszuführen, daß viele noch obwaltende Zweifel beseitigt werden und allen daraus entstandenen Abweichungen von dem, was beabsichtigt wird, das Ziel gesteckt sein möge.

Diesem Zwecke gemäß und von der Voraussetzung ausgehend, daß diejenige f. Forstbedienstete, welche zu der Forst-Einrichtung mitzuwirken haben, der hierzu erforderlichen theoretischen und praktischen Kenntnisse nicht ermangeln, kann in gegenwärtiger Anleitung um so weniger eine ausführlichere Wiederholung dessen, was in den Forstlehrbüchern zu finden ist, erwartet werden, als es die Absicht ist, der freien Entwicklung und Anwendung jener Kenntnisse und der Erfahrung, in Bezug auf das Detail der Forst-Einrichtungs-Arbeiten, möglichst Spielraum zu lassen. Aber in der Darstellung der Resultate dieser Arbeiten muß, den Zwecken der obersten Aufsicht und Leitung entsprechend, Gleichförmigkeit herrschen, und diese kann öfters ohne eine gewisse Einheit des Verfahrens nicht erzielt werden. Nur in so weit, als hierzu nöthig ist, geht die Instruktion in belehrende Erörterungen ein, oder setzt individuellen Ansichten Schranken.

In formeller Beziehung hat sie vorzüglich die Forstbeschreibungen, die Wirthschafts-Pläne und die Wirthschafts-Control-Bücher zum Augenmerk, setzt also ebenfalls voraus, daß Vermarkung, Bestands-Abtheilung und Detail-Vermessung nach den bestehenden Vorschriften bereits ausgeführt seien.

Für nützlich wird jedoch erachtet, von diesen Vorschriften einiges hier zu wiederholen, ehe man zur nähern Anleitung wegen der Forstbeschreibung zc. zc. übergeht.

A.

## Grenzberichtigung und Vermarkung.

In dieser Hinsicht enthalten die Entschlüsse vom 31. Mai und 29. November 1827 folgende Bemerkungen:

Vor allem muß das Staats-Eigenthum, wo es noch nicht geschehen sein sollte, vor Eingriffen sicher gestellt, es muß der Umfang des Objekts, welches bewirthschaftet werden soll, genau regulirt und bezeichnet werden. Zu dem, was hierbei zu beobachten ist, gibt der §. 3. der Dienstes-Instruktion für die k. bayr. Oberförster (Forstämter) Anleitung, welche durch Nachstehendes vervollständigt wird:

### Regulirung der Grenzen.

a) Bei den Waldungen, welche noch gar nicht vermarktet sind, ist — so viel der Gebirgszug und die übrige Beschaffenheit des Terrains es erlauben, ein vorzüglicher Bedacht auf die Erzielung regelmäßiger, in möglichst langer Ausdehnung gerade fortlaufender Grenzlinien zu nehmen, indem diese am besten sichern und die Kosten der Vermarkung vermindern. — Es sind daher alle jene ausspringende Wald-Eden, welche der Anwendung des eben ausgesprochenen Prinzips als Hinderniß im Wege stehen, auszuscheiden, wenn sie mit Vortheil veräußert oder ausgetauscht werden können.

### Grenzzeichen.

b) In der Regel, soviel nämlich die Entfernung der Steinbrüche und die Beschaffenheit der Steinarten, oder des Terrains ohne eine zu bedeutende Mehrung des Kostenaufwandes, es gestatten, sollen die Staats-Waldungen, mit Steinen vermarktet und allen neu einzusetzenden Grenzsteinen, bei 3 Fuß Länge und 1 Fuß auf jeder Seite, eine viereckige, oben abgerundete Form gegeben werden. Die Hälfte der Länge kommt in die Erde; der über derselben stehende Theil muß reinlich

und glatt behauen sein. — Auf der Seite gegen den Wald hin werden die Anfangs-Buchstaben der Worte „Königl. Wald“ in großen lateinischen Lettern (K. W.) ungefähr 4 Zoll lang eingehauen; die Ordnungs-Nummer der Grenz-Marken aber, in arabischen Ziffern, ungefähr  $2\frac{1}{2}$  Zoll lang auf jener Seite derselben, welche sich dem Auge darstellt, wenn man, den Nummern folgend, von einem Grenzpunkte zum andern geht.

Bei einem weiten oder beschwerlichen Transport wird den Steinen, zur Vermeidung der Kosten, eine etwas schwächere Dimension gegeben. In Ermangelung von Steinen sind Löcher von einigen Fuß Tiefe, Grenz-Hügel und Pfähle, oder das Einhauen der Zeichen auf Felsplatten an den Winkelpunkten; Grenz-Graben, oder aufgesetzte Steintrüden an der äußern Grenzlinie, jedes nach Beschaffenheit des Terrains, anzuwenden. Letztere (Graben und Steintrüden), welche auch da von großem Nutzen sein können, wo mit Steinen vermarktet wird, lassen sich nach und nach mit Verwendung der Forststrasarbeiter herstellen.

Das Anpflanzen nützlicher und dauerhafter Holzarten an den Waldgrenzlinien ist überdies sehr zu empfehlen.

Wo die Grenzzeichen anzubringen sind.

c) Der Scheitelpunkt eines jeden ein- oder auspringenden Winkels der Grenzlinien, sowohl an dem äußern Umfange, als an den in dem Innern des Waldes inkorporirten, dem Staate oder zu seinem Forstgrunde nicht gehörigen Besitzungen, soll durch ein Grenzzeichen gesichert sein. Von jedem Grenzzeichen aus muß man auf das von jeder Seite zunächst stehende sehen können. Bei langen geraden Linien, oder wenn sich Hügel zwischen 2 Grenzpunkten befinden, sind daher Mittelsteine *ic.* (sogenannte Läufer) anzubringen.

Wenn natürliche Grenzen vorhanden sind, als Bäche, Straßen oder Haupt-Kommunikationswege *ic.*, ist es ausnahmsweise hinreichend, daß nur einige der Hauptgrenzpunkte mit Grenzzeichen (Grenzsteinen) versichert werden.

Wenn Wege oder Gräben gemeinschaftliches Eigenthum mit den Angrenzern sind, müssen die Steine so gesetzt werden, wie es herkömmlich ist, um eine solche Gemeinschaft zu bezeichnen. Ueberdies ist Bedacht zu nehmen, daß die Grenzsteine an Gräben fest und unverseht bleiben.

### Nummerirung der Grenzzeichen.

d) Jede besondere Haupt-Waldung erhält für die äußere Grenze, welche sie von anderem Eigenthume scheidet, eine eigene Nummerfolge. Eben so auch jeder kleinere Walddistrikt, welcher ringsum von anderem als Staatswald-Eigenthum umgeben und begrenzt ist. Es ist hierbei auf die bestehende Forstbezirks- und Wirthschafts-Complex-Eintheilung keine Rücksicht zu nehmen, sondern die Nummerfolge der Grenzsteine oder anderen Grenzzeichen hat eintretenden Falls von einer Revier (auch Forstamtsbezirk) in die andere, von Nr. 1. bis an das letzte Grenzzeichen fortzulaufen.

Jede Enclave anderen Eigenthums in dem Innern einer Waldung erhält wieder eine eigene Nummerfolge, von Nr. 1. anfangend.

(Wenn die Nummern auf den Grenzzeichen selbst nicht angebracht werden können, sind sie jedenfalls in den Forstplänen und, mit Beziehung auf diese, in den Grenzregistern anzugeben.)

Der Anfang mit Nr. 1. wird in der Regel zwischen Nord und Ost an einem solchen Grenzpunkte gemacht, wo die anstoßenden Feldgemarkungen zweier Gemeinden sich scheiden, oder ein Weg in den Wald zieht, oder sonst ein bleibendes Merkmal vorhanden ist, und es wird von da aus gegen Ost, Süd, West u. u. fort Nummerirt, bis wieder auf den Punkt, von welchem ausgegangen worden ist, so daß der Wald rechts bleibt, wenn von der äußern Umfangs-Grenze, und links, wenn von der Grenze an den im Innern des Waldes gelegenen Enclaven die Rede ist.

## Anstände über einzelne Grenzpunkte und Grenzstrecken.

Wenn sich über einzelne Grenzpunkte Anstände erheben, welche nicht sofort durch eine billige Ausgleichung beseitigt werden können, so ist darum das Hauptgrenzregulirungsgeschäft nicht aufzuhalten. Vergleichen streitige Grenzstrecken sind vielmehr besonders zu behandeln, wobei so viele Nummern zu überspringen sind, als muthmaßlich Steine für die betreffende Grenz-Strecke erforderlich sein werden. Zur weiteren Behandlung der Sache ist jedoch vorerst der wahre Werth des streitigen Gegenstandes jedesmal zu erheben und dieser mit den Kosten, welche eine gerichtliche Auseinandersetzung verursacht, zu vergleichen. Dieses wird in vielen Fällen doch wieder auf gütliche Ausgleichung hinweisen.

## Grenzlinien zwischen zwei Staatswaldungen werden nicht vermarkt.

Die Grenzlinien zwischen einer Staatswaldung und der andern werden nicht vermarkt. Das Setzen der Steine (s. a. Grenzzeichen) und die Nummerfolge werden nach einer solchen Grenzlinie da fortgesetzt, wo anderes Eigenthum wieder an den Wald anstößt.

## Ergänzung bereits vollzogener Vermarktungen.

b) Ist ein Wald zwar vermarkt, aber ohne daß die Steine mit Buchstaben, Wappen u. dgl. oder mit Nummern versehen wären, so wird das Fehlende nach obiger Anleitung ergänzt. Handelt es sich von der Ersetzung einzelner Grenzsteine an vermarkten Waldungen, wo die Steine alle, oder doch größtentheils anders als mit den Buchstaben K. W. bereits bezeichnet sind, so erhalten die Ergänzungssteine nicht die fraglichen Buchstaben, sondern dieselbe Bezeichnung, welche sich auf den andern Steinen befindet.

## Rektifikation bereits vermarkter Grenzstrecken.

f) Wird es zweckmäßig erachtet, bereits vermarkte und nummerirte, jedoch sehr irreguläre Grenzstrecken durch Ausschcheidung einiger Waldspitzen zu rektifiziren, oder treten wegen Tausch, Purifikation u. Veränderungen an der Grenzlinie in der Folge ein, so wird darum nicht die ganze Nummerfolge der Grenzsteine an einer Waldung geändert, sondern es erhalten die neuen Grenzpunkte die korrespondirenden der alten wieder, und sind der neuen Grenzpunkte mehr, so werden diese zwischen den andern mit  $\frac{1}{2}$ ,  $\frac{1}{3}$ ,  $\frac{1}{4}$  u. s. w. bezeichnet. Sind aber deren weniger, so läßt man die betreffenden Nummern entweder ganz fehlen, oder setzt Läufer, wenn es sich nur von wenigen Steinen handelt.

## Grenz-Vermessungs-Register.

g) Die Grenz-Vermessungsregister (deren Herstellung, so wie die Grenzregulirung und Vermarkung selbst, nach Maßgabe der in dieser Hinsicht bestehenden Verordnungen, contradictorisch mit den Besitzern der anstoßenden Grundstücke zu geschehen hat) sollen die Einrichtung erhalten, daß sie, außer der Bezeichnung des Distriktes und der Abtheilung, so wie der angrenzenden Grundstücke, folgendes ersichtlich machen:

Die fortlaufende Nummer der Grenzsteine oder andern Grenzzeichen.

Maß eines jeden Winkels.

Bezeichnung, ob es ein einspringender oder auspringender sei.

Die horizontale Entfernung von dem Scheitelpunkte eines jeden Winkels zu dem andern.

(Allenfalls auch) die natürliche Entfernung oder die Entfernung nach der schiefen Fläche.

Nach diesen Bestimmungen ist sich genau zu achten und wird hier nur noch Folgendes erinnert:



**Verfahren, wenn die Nummerfolge der Grenzzeichen über 1000 steigt.**

1) Obige Bestimmung ad d daß die Grenzlinien zwischen einer Staatswaldung und der andern nicht vermarkt werden sollen, deutet an, daß es die Absicht nicht sei (wie bereits hier und da vorausgesetzt worden ist), die Nummerfolge der Grenzsteine meilenweit und in viele Tausende fortlaufen zu lassen, wenn mehrere Waldungen mit besonderen Hauptnamen und verschiedenen Verhältnissen, deren jede als ein besonderes Ganzes zu betrachten ist, zufällig irgendwo an einander anstoßen und sich auf diese Weise eine gewisse Contiguität des Staatswaldareals über ausgedehnte Gegenden bildet, wie es z. B. in waldreichen Gebirgs-Massen öfters der Fall sein kann. Wo jedoch die Lokalverhältnisse von der Art sind, daß nicht vermieden werden könnte, die Nummerfolge bis in die Tausende fortzusetzen, da ist, um das Einhauen der Nummern zu erleichtern, bei jedem Tausend wieder mit Nr. 1. anzufangen und nur in den Plänen, so wie in den Grenzbeschreibungen und Registern zu bemerken, welches Tausend es sei, in welchem die Nummern fortlaufen. Nach dem Steine, welcher Nr. 1000 erhalten hat, würde also z. B. die Nummerfolge wieder mit 1 anfangen; eben so nach dem Steine Nr. 2000 u. s. w.

**Die Richtungslinie der Schenkel der Grenzwinkel wird auf die Grenzsteine nicht eingehauen.**

2) Die Richtung der Grenzlinien oder der Schenkel der Grenzwinkel soll oben auf die Grenzsteine nicht eingehauen werden, wie es neuerdings an einigen Orten geschehen ist, obgleich die wegen der Form und Bezeichnung der Grenzsteine ertheilten umständlichen Vorschriften keine desfallsige Anordnung enthielten.

---

**B.**

**B e s t a n d s - A b t h e i l u n g .**

Folgende Bestimmungen wurden in dieser Hinsicht am 31. Mai 1827 ertheilt:

**D i s t r i k t e .**

a) Unter Distrikt (S. 9. des Normativs von 1819) ist jeder abgesondert liegende Waldtheil (Parzelle) und in größeren Waldungen jeder Waldtheil zu verstehen, welcher von Natur als dauernd und selbstständig für sich bestehend zu betrachten ist, einen eigenen Namen führt, oder eine von seinen nächsten Umgebungen verschiedene Betriebsart erfordert.

(Erläuternde Bemerkung. Wo es jedoch der Fall ist, daß Vorsäume oder andere Theile eines Distrikts, von geringer Flächen-Ausdehnung im Verhältniß zum Ganzen, so daß sie nicht einen eignen Distrikt bilden können, einer andern Betriebsart unterliegen, z. B. als Niederwald benutzt werden müssen, währenddem der größere Theil die Bestimmung zu Hochwald hat, in solchem Falle findet eine Ausnahme statt und kann die Verschiedenheit der Betriebsart nicht als Bestimmungsgrund angenommen werden, um, im Widerspruch mit den übrigen, den Ausschlag gebenden, Lokalverhältnissen, zwei besondere Distrikte zu bilden. Vergleichene Theile werden in diesem Falle bloß als Abtheilung des betreffenden Distrikts behandelt).

**B e s t a n d s - A b t h e i l u n g e n .**

Jeder Theil eines Distrikts, welcher nach Maßgabe der Lage, des Bodens, des Bestandsalters und der Bestandsbeschaffenheit im Laufe des Umtriebes zu einem gleichartigen und regelmäßigen Ganzen gestaltet werden kann und soll, oder mit andern Worten: jede Bestandsverschiedenheit, welche nach Maßgabe der beabsichtigt werdenden künftigen Betriebsweise beibehalten oder erzielt werden soll, bildet eine Abtheilung. — Auch kann die zu große Aus-

dehnung eines gleichmäßig bestandenen Distrikts die Zerlegung desselben in einige Abtheilungen erfordern.

(Erläuternde Bemerkung. In Nadelhölzern, wo sich öfters der Fall ergibt, daß die Benutzung einer Abtheilung mittelst langer, schmaler, allmählig in den Bestand einrückender Angriffshiebe sich in verschiedene Wirthschafts-Perioden erstreckt, findet eine Ausnahme von der Regel statt, daß die bleibende Verschiedenheit des Bestandsalters eine besondere Abtheilung begründe.)

Diese Abtheilungen (gewissermaßen bleibende Waldgewannen) sind es, welche die Hauptbasis für den Wirthschaftsplan bilden, und sie erleichtern die Ertrags-Ausmittlung.

### **Bestands-Unterabtheilungen.**

Ungleichartige Theile einer Abtheilung (oder eines solchen Distrikts, welcher selbst nur eine Abtheilung bildet) insofern sie nur als vorübergehende Bestandsverschiedenheiten erscheinen, welche in der Bewirthschaftung nicht beibehalten, vielmehr ausgeglichen und künftig einer und derselben Behandlungsart und Benutzungsperiode unterzogen werden sollen, sind Unterabtheilungen.

**Bezeichnung der Distrikte, Abtheilungen und Unterabtheilungen, in den Plänen und Forstbeschreibungen.**

b) In jedem Wirthschafts-Komplexe werden die Distrikte (in den Plänen sowohl, als in den Forstbeschreibungen) außer ihrem Namen noch mit einer fortlaufenden Nummer in römischen Ziffern; die Abtheilungen in jedem Distrikte mit fortlaufenden Nummern in arabischen Ziffern; die Unterabtheilungen mit Buchstaben bezeichnet, z. B. I. Hirschberg A. C.

(Erläuternde Bemerkung. Die Nummerfolge der Distrikte läuft demnach durch einen ganzen Wirthschafts-Kom-

plex oder durch eine ganze Revier, wenn diese nur einen Wirtschaftskomplex bildet, fort. In jedem Distrikte wird für die Nummerfolge der Abtheilungen wieder mit Nr. 1. und in jeder Abtheilung für die Bezeichnung der Unterabtheilungen wieder mit Lit. a. angefangen).

### Bezeichnung der Abtheilungen auf dem Terrain.

c) Die Abtheilungen, als unveränderliches Detail, sollen in der Regel auf dem Terrain von einander stets kenntlich und daher abgefordert sein. Bergrücken und Thäler, auch tiefe Schluchten, sind natürliche Separationslinien; Chaussées und Hauptkommunikations-, Jagd-, Stell- oder Holzabfuhrwege können statt derselben dienen. Wo dergleichen nicht vorhanden, sind Schneusen (Geräunte) zwischen den Abtheilungen anzulegen. In engen Thälern bedarf es gewöhnlich keiner Schneusen, wohl aber auf den Bergrücken, wenn nicht bereits ein zweckdienlicher Weg über selbe hinzieht. In hoher Lage, wo Geräunte gefährlich werden könnten, zumal wenn ihre Richtung von W. nach O. geht, sind sie nicht anzuwenden, sondern die Waldabtheilungen sind auf andere Weise dauerhaft zu bezeichnen (z. B. durch einzelne Pfähle oder Steine; oder durch Abhauen einzelner Stämme in der Höhe von 8 bis 10 Fuß, deren Stöcke statt der Pfähle dienen; oder durch starkes Anplätten und Einfärbn an einzelnen Stämmen).

Vorläufig werden die Abtheilungs-Schneusen, wo deren anzulegen sind, nur durch Anplätten der Stämme, oder durch Aufräumung einer schmalen Wirtschaftslinie ersichtlich gemacht; nach geschehener Revision der Bestands-Eintheilung an Ort und Stelle durch den k. Kreisforst Rath oder Kreisforstinspektor (oder durch den etwa hierzu abgeordneten Forst-Commissär) aber werden die Bestands-Abtheilungs-Eintheilungen in der Breite von 10 bis 12 Fuß aufgebauet. Denselben ist überall die nach Beschaffenheit des Terrains möglichst gerade Richtung zu geben.

**Die Abtheilung bestimmt sich nach dem Terrain und der Bestandsbeschaffenheit.**

d) Bei dem Geschäft der Waldeintheilung ist ein vorzüglicher Bedacht auf Rectifikation der durch verkehrte Wirthschaft und Winkelhauungen oder Windsturm und Vorkenkäfer entstandenen Bestands-Unregelmäßigkeiten zu nehmen; es ist sich von zu großer Mengstlichkeit und kleinlichem Detail, aber auch von jenem System entfernt zu halten, welches die Bestände gewaltsam in eine reguläre rechtwinkelige Eintheilung einzwängen möchte, die dem Zwecke nicht entspricht.

Das Terrain und die Bestände sind es, welche bei der Eintheilung des Waldes zum Behufe der Wirthschafts-Einrichtung den Leitsaden an die Hand geben müssen, und es können sich nicht umgekehrt beide nach einer regelmäßigen planimetrischen Abtheilung richten, welche — auf dem Papier entworfen — sich auch nur auf demselben gut ausnimmt, und — in den Wald übertragen — nirgends paßt, die Bestände quer durchschneidet, die Separations-Linien über Berg und Thal ziehen läßt und Mißstand auf Mißstand häuft. Nur in ebenen oder schwach hügeligen Forsten mag eine regelmäßige planimetrische Eintheilung ohne Nachtheil erzielt werden können, wenn eine dormalige zu große Bestandsverschiedenheit nicht hindernd im Wege steht.

Auch versteht es sich von selbst, daß in den zu den königl. Leibgehegen oder Reservejagden gehörigen Staatswaldungen bei der Waldeintheilung zugleich auf das, was die Jagd erfordert, Rücksicht genommen und beide Zwecke zu vereinigen getrachtet werden müsse.

Ueberhaupt aber scheint die Zerlegung eines Waldes in diejenigen Abtheilungen, welche die künftig bleibenden Bestandsverschiedenheiten begründen sollen, und wodurch also das Hauptnetz für den Wirthschaftsplan bereits hergestellt wird, als eine Vorarbeit von besonderer Wichtigkeit, welche Umsicht, Ueberlegung, einen richtigen praktischen Blick und im Voraus schon stete Bedachtnahme auf die Grundregeln einer guten Forsteinrichtung erfordert.

**Die Abtheilung geht in der Regel der Vermessung voran.**

e) In der Regel, besonders in gebirgigen oder stark hügeligen Forsten, geht die Bestandsabtheilung der Vermessung voran, und ist unabhängig von letzterer zu erledigen, indem eigentlich durch sie das aufzunehmende forstliche Detail erst festgesetzt und ausgesondert werden soll. Sie kann daher selbst mehrere Jahre vorher statt finden, ehe die geometrische Aufnahme geschieht. — In ebenen Waldungen von größerem Umfange aber kann, besonders wenn bedeutende Flächen wenig Bestands-Verschiedenheit darbieten, ausnahmsweise der Fall eintreten, daß eine zweckmäßige Eintheilung in Wald-Gewannen erst auf den Grund eines, den Forst wenigstens in seinen Haupttheilen darstellenden, Planes auszuführen sein wird. In diesen und ähnlichen Fällen werden Vermessung und Bestands-Abtheilung geeignet mit einander in Verbindung gesetzt, so wie auch im andern Falle, wenn nämlich die Bestands-Abtheilung vor der Vermessung statt gehabt hat, die Einsicht des Planes, welcher das Resultat der letztern ist, zu Rectifikationen in der erstern die Veranlassung geben kann, die sich hernach leicht auf dem Plane nachtragen lassen.

#### **Nummerirung der Abtheilungslinien.**

f) Die Bestands-Abtheilungs-Linien erhalten in jedem Wirthschafts-Komplexe größere Waldmassen, oder in jeder isolirt gelegenen Parzelle, eine besondere Nummerfolge. Die Nummern können im Walde aus angeplätteten Stämmen mit Röthel, oder auf der Rinde mit einem Rißer bemerkbar gemacht werden. (Diese Nummern werden auch auf den Plänen angegeben).

Diese Bestimmungen bleiben in voller Kraft, indem eine zweckmäßige Bestands-Abtheilung als Haupt-Basis einer guten Forsteinrichtung betrachtet werden muß, und die dauerhafte Bezeichnung der Abtheilungen (nicht der Unterabtheilungen) als unveränderliches Detail, auf dem Terrain selbst, unerläßlich ist, um die Brauchbarkeit der Pläne auch für die

Folgezeit zu sichern und Ordnung in der Wirthschaft zu haben. Die Bestands-Abtheilungen, welche der Plan angibt, müssen jederzeit auch im Walde auf irgend eine Weise ersichtlich und leicht aufzufinden, insbesondere die Winkelpunkte derselben gesichert sein, wenn sie sich nicht durch Aufbaumung von Geräumten u. von selbst ergeben.

---

### C.

#### V e r m e s s u n g.

Auszug aus der Entschließung vom 31. Mai 1827.

---

Detail, dessen specielle Aufnahme dem Lokal-Forstpersonal überlassen bleibt.

a) Alles Detail der Forstbegangs- (Aufsichts-) Grenzen; der verschiedenen Holzgattungen, der Bundesverschiedenheiten, der Bestands-Unterabtheilungen, der Blößen und Räumden unter 3 Tagwerk in den Abtheilungen; kommt bei der Vermessung (sofern diese durch besondere Geometer, oder als solche funktionirende, aus andern Forstbezirken dazu berufene Forstbedienstete ausgeführt wird) nicht in Betracht, ist Sache der Forstbeschreibung, und es bleibt die nähere Aufnahme des Details dem Lokal-Forstpersonal überlassen.

Detail, welches bei der eigentlichen Waldvermessung aufzunehmen und anzugeben ist.

b) Dagegen müssen die Resultate der Vermessung außer dem Bilde des Ganzen sowohl als der einzelnen Theile, welche in ihrem Zusammenhange dasselbe ausmachen, Nachstehendes an die Hand geben, resp. auf den Plänen ersichtlich machen, so weit nämlich die bezeichneten Gegenstände in dem Innern der Waldungen oder an deren Grenzen gelegen sind;

Die Fläche jeder Abtheilung und insbesondere Lage und Fläche aller in der Abtheilung befindlichen Blößen oder Räumden, welche im Zusammenhange 3 Tagw. und darüber enthalten;

Die verschiedenen Grenzen darstellenden Zeichen und Farben neben einander angewendet werden, sondern nur jene, welche auf die Bezeichnung der vorzüglicheren unter den vorkommenden Grenzen auf die Grenze des Hauptbezirkes Beziehung haben.

4) Nicht bloß die Staatswaldungen, sondern auch alle übrigen, werden auf die Situationskarte, nach ihrer Lage und Figur, mit feinen Zuschlinien eingegrenzt und zur Bezeichnung des verschiedenen Besitzstandes folgendermaßen mit Farben angelegt (lavirt):

Staatswaldungen mit vollem Eigenthum: grünspangrün. Gemeinschaftliche Nutzwaldungen (im noch ungetheilten Besitz des Herrsch und anderer Miteigenthümer): fastgrün.

Zum Verkauf oder Purifikation ausgeschiedene Staatswald-  
distrikte: orange:

Standesherrliche Waldungen: blaugrün.

Waldungen der adelichen Gutsbesitzer: gummigelb.

Gemeindewaldungen; farminroth.

Stiftswaldungen; violett.

Waldungen der Staatsgrundholden oder im Lehnverband:  
tuschgrau.

Privatwaldungen: braun (gelb mit schwarz).

Die Nummern der Staatswaldungen oder ihrer Distrikte, mit Beziehung auf die Vermessungstabelle (§. 11.) werden schwarz eingeschrieben, so auch die Hauptnamen derselben, sofern es der Raum zuläßt. Eine Kolorirung nach den Betriebsarten und Altersklassen, oder eine Bezeichnung der Holzarten findet in der Situationskarte nicht statt. Auf dem Rande derselben werden der Maßstab und die Erklärung der Farben angegeben; auch muß sie orientirt sein.

5) Zur Bezeichnung der Chaussees, Wege, Gewässer etc. ist sich an das zu halten, was unter der Aufschrift: übrige Zeichen in dem Anhange zu §. 8. des Normativs angegeben ist.



**Haupt-Entwässerungsgräben ;  
natürliche Gräben und Vertiefungen ;  
Holzlagerplätze, Holzgärten.**

Die Flächen jener Gegenstände, welche nicht zu dem holztragenden Boden gezählt werden können, als Forstwohnungen und Dienstgründe, Hauptwege, Gewässer, Sumpfsplätze, welche nicht ausgetrocknet werden können, Steinbrüche, Felsen und Steingerölle zc., sind nicht in die Fläche der einzelnen Abtheilungen einzubegreifen, sondern für jede besonders zu berechnen und als unproduktiv anzugeben. Die Fläche der Bestands-Abtheilungs-Schneußen und Wege von 12 Fuß Breite und darunter (oder kleiner Bäche), wird jedoch in jeder Abtheilung in den tragbaren Holzboden mit eingerechnet.

Größere zusammenhängende Felsen-Parthien, Filze, Möser und Gebrüche, welche eigene Abtheilungen bilden, werden als unproduktiv vorgetragen, wenn auch von Zeit zu Zeit etwas Holz daselbst geschlagen werden kann.

#### **F o r s t p l ä n e.**

c) Die Karten werden folgendermaßen gefertigt:

##### **H a u p t k a r t e n.**

**Hauptkarten im 5000theiligen Maßstabe.** (Sie sind nach dem Normativ von 1819, die Grund- und speciellen Wirthschaftskarten, in welchen, mit dem fortschreitenden Betriebe, die Grenzen der geführten Angriffsschläge, die Bestandsveränderungen und die vollzogenen Kulturen akkurat eingetragen werden, zur steten genauen Uebersicht der zeitlichen innern Beschaffenheit der Waldungen und des fortrückenden Standes der Wirthschaft. Eben so muß jede Veränderung an den Umfangsgrenzen oder an den Abtheilungslinien, welche sich im Verlauf der Zeit ergeben möchte, auf das Genaueste in denselben nachgetragen werden).

##### **B e s t a n d s - U e b e r s i c h t s k a r t e n.**

**Reducirte Bestands-Uebersichtskarten im 10,000theiligen Maßstabe;** für größere Komplexe sollen sie aber auch im

20,000theiligen hergestellt werden dürfen. (Der Zweck dieser reducirten Pläne ist bereits durch ihre Bezeichnung angegeben. Sie sollen zunächst den Ueberblick der Bestandsverhältnisse und der wirtschaftlichen Einteilung gewähren, und es werden daher die Bestands- und Betriebsart, und die Altersklassen der einzelnen Distrikte und Abtheilungen durch verschiedene Farben und Farbengrade in denselben bemerklich gemacht, so wie sie auch die Gestaltung des Terrains darstellen sollen).

Von jeder ist ein Exemplar für den Revierförster, ein anderes für das Forstamt, ein drittes für die k. Regierung erforderlich; von den reducirten Bestands-Uebersichtskarten ein viertes Exemplar für das k. Staatsministerium der Finanzen. (Von dem Exemplar der Bestands-Uebersichtskarte, welches die ausübenden Forstbedienstete erhalten, und welches zunächst die dermalige Bestandsbeschaffenheit versinnlichen soll, können sie hernach mehrere Kopien fertigen und zu verschiedenen Zwecken benutzen; z. B. eine Kopie um die verschiedenen Bonitätsklassen des Bodens; eine andere, um den künftigen geregelten Zustand des Waldes, wie er durch die Forsteinrichtung, mit Beseitigung der dermaligen Unregelmäßigkeiten und vorübergehenden Bestandsverschiedenheiten erzielt werden soll, darzustellen; eine dritte, um sie zum täglichen Gebrauch mit in den Wald zu nehmen u. d. gl.

Bei den künftigen periodischen Waldstands-Revisionen werden jedesmal neue Bestands-Uebersichtskarten angelegt, resp. von den bisherigen abgetragen; diese letzten aber aufbewahrt, damit die ganze Sammlung derselben während des Turnus das Fortschreiten zum geregelten Zustande versinnliche).

### B l a n k e t t k a r t e n.

Außerdem soll vorläufig, sobald eine Waldung aufgenommen ist, dem einschläglichen k. Forstamte sofort durch den betreffenden Geometer eine Kopie der Tischblätter auf Del- oder anderes Papier zugestellt werden. Diese Kopie muß die Umrisse und das forstliche Detail zwar genau darstellen, es bedarf

Behlen, Archiv. VII. Bd. 28 Heft. 5

jedoch keiner zerknirschenden Sorgfalt hinsichtlich schöner Zeichnung derselben. Auf den Grund dieser Plankopien (Blankettarten), wovon die einzelnen Blätter zur bessern Uebersicht der Walddistrikte oder Komplexe nach Erforderniß zusammen zu setzen oder auf anderes Papier (auf Leinwand) aufzuziehen, nöthigenfalls zu reduciren sind, wird unverzüglich die Waldeintheilung durch das Forstamt nochmals revidirt und nach Befinden der Umstände vervollständigt. Die vorläufige Plankopie dient auch bei der Forstbeschreibung und um jenes Detail nachträglich bemerklich zu machen, dessen Ausnahme nach dem Vorhergesagten dem Lokal-Forstpersonal überlassen bleibt.

### **Die Hauptarten werden in Sektionsblättern gezeichnet.**

Das Normativ von 1819 enthält bereits die Bestimmung, daß die Hauptarten im 5000theiligen Maßstabe in einzelnen Sektionsblättern von bequemer Größe gezeichnet werden sollen. Es ist demnach hierzu ein entsprechendes Papierformat zu wählen; auf jedes einzelne Blatt dieser Plankopien ist ein möglichst großer Theil des betreffenden Waldes zu bringen, ohne jedoch einzelne Bestandsabtheilungen in verschiedene Blätter zu trennen; sämtliche Blätter einer Revier oder eines Wirthschafts-Komplexes werden sodann eingebunden und es wird denselben eine reducirte Uebersichtskarte vorgeheftet, welche mittelst Einfassungslinien und großer römischer Lettern die verschiedenen Sektionen bezeichne und auf die Blätter der Hauptkarte hinweise. Zwei Exemplare der Hauptarten (für den Revierförster und das k. Forstamt) sind auf diese Weise herzustellen. Das dritte, für die k. Regierung u. der Finanzen bestimmte Exemplar sind die Original-Tischblätter.

## Generelle Revier-Beschreibung.

Sie steht mit der speciellen Forst-Beschreibung in innigem Verbande.

Die Forstbeschreibung zerfällt in die generelle und specielle. Von ersterer ist zwar zunächst die Rede; allein es ist bereits in der Entschliebung vom 31. Mai 1827 darauf aufmerksam gemacht worden, daß mehrere der Ausarbeitungen und Ausmittelungen, welche zusammengenommen die Betriebs-Regulirung bilden, dergestalt in einander greifen, daß sie in der Wirklichkeit kaum von einander getrennt werden können, ob sie gleich in dem Normativ von 1819 sowohl, als in der erwähnten Entschliebung und in gegenwärtiger Instruktion, in einer gewissen Ordnung auf einander folgend haben erörtert, so wie auch die verschiedenen Resultate gleichzeitiger Arbeiten nach eben der Ordnung gesondert vorgetragen und übersichtlich dargestellt werden müssen. Schon mit der Bestands-Abtheilung wird die Forstwirtschafts-Einrichtung angefangen, oder der erste Grund zu derselben gelegt, da bei dieser Abtheilung der zu erzielende geregelte Waldzustand und die künftige Betriebsart für jeden Distrikt und jeden besonderen Theil eines Distriktes in vorläufige Erwägung kommen. — Aufnahme der Bestände zum Behuf der Forstbeschreibung; Erforschung der vortheilhaftesten Umtriebszeiten; Festsetzung des ökonomischen Haubarkeitsalters für jede Abtheilung; Einschätzung des dormaligen Holzvorrathes und des Haubarkeits-Ertrags; Bestimmung der Reibefolge; Entwurf der allgemeinen und besondern Wirtschaftregeln u. s. sind mehr oder weniger, zum Theil sehr enge, mit einander verbunden, obgleich der Vortrag hierüber in verschiedene S. S. zerfällt. Der Taxator oder Forstbetriebs-Regulator darf daher nie einen Gegenstand einseitig behandeln; sondern er muß stets alle zu berücksichtigenden Verhältnisse bei der Bearbeitung des Einzelnen vor Augen haben und mit Con-

sequenz den Hauptbewirthschaftungs-Plan auch im Detail vorherrschen und erkennen lassen.

Was die Forstbeschreibungen insbesondere anbetrifft, so müssen die Materialien zur generellen zum Theil aus der speziellen, aus den Notizen, welche über jede einzelne Abtheilung erhoben worden sind, geschöpft werden. Je gründlicher und umfassender aber (wie bereits in der Entschließung vom 31. Mai 1827 bemerkt wurde) die generelle Beschreibung hergestellt wird, desto kürzer und einfacher wird sich dagegen in der speziellen gefaßt, und sie wird, mit Vermeidung aller Wiederholungen oder Weitwendigkeiten und zweckloser Subtilitäten, auf dasjenige beschränkt werden können, was jeder Abtheilung insbesondere eigenthümlich ist.

#### Schema Nr. 1. zur generellen Revier-Beschreibung.

Die generelle Revier-Beschreibung ist genau nach dem Schema No. 1. zu fertigen. Die 45 S. S., in welche dasselbe zerfällt, bieten ein Fachwerk dar, in welches alle zu erörternden Verhältnisse, sie mögen in verschiedenen Lokalitäten noch so sehr von einander abweichen, sich einschalten lassen. Daher soll die Ordnung der Abtheilungen, Abschnitte, Kapitel, S. S. und der Unterabtheilungen einzelner S. S. nach Litt., wie das Schema dieses alles angibt, zur unabänderlichen Norm für sämtliche Revier-Beschreibungen dienen. Ergibt sich der Fall, daß in einem oder dem andern S. nichts zu erörtern wäre, z. B. wenn in einer Revier keine Forstrechte bestehen; oder keine Merkwürdigkeiten anzuführen sind u. u., so bleibt der betreffende S., nichts desto weniger in seiner Ordnungsfolge, mit einer kurzen erläuternden Bemerkung; z. B. daß in dieser Beziehung nichts vorzutragen sei; oder daß keine Servituten auf den Staatswaldungen gelastet haben und lasten; oder die kurze geschichtliche Nachricht, wann und wie sie purifizirt worden sind u. u.

Für die Revierbeschreibung selbst kann kein lithographirtes Formular gegeben und sie muß durchaus geschrieben werden, da sich nicht im Voraus bestimmen läßt, wie viel oder wenig Raum der Vortrag für jeden S. in den verschiedenen Revieren erfordern wird. Dagegen wird für Lithographirung der Tabellen, welche zur Beschreibung gehören, gesorgt werden. An die in dieser Beziehung durch gegenwärtige Instruktion gegebenen Formulare ist sich ebenfalls genau zu halten, und es darf davon, ohne vorgängige Genehmigung des Staats-Ministeriums nicht abgewichen werden.

Die generelle Revierbeschreibung wird, mit allen dazu gehörigen Uebersichten, besonders eingebunden. Die Tabellen werden entweder bei dem betreffenden S. ein- oder am Schlusse beigeheftet. Die Beschreibung ist zu paginiren und mittelst eines vorzubezogenen Index ist auf die Seite hinzuweisen, auf welcher jeder S. zu finden ist.

Das Schema Nr. 1. gibt bereits im Wesentlichen an, was in jedem Kapitel und S. zu erörtern ist. Dem Zwecke der Gründlichkeit unbeschadet ist sich von jeder unnöthigen Weitläufigkeit entfernt zu halten, vielmehr möglichst kurz zu fassen und vor Wiederholungen zu hüten. Zu dem Ende wird sich öfters auf das, was in einem S. bereits vorgetragen worden ist, späterhin bezogen und darauf hingewiesen werden können.

Mit Beziehung auf das Schema wird noch folgende ausführlichere Anleitung zur Herstellung der generellen Revierbeschreibung gegeben.

## Ad Cap. I. Allgemeine topographische Verhältnisse.

### Revier-Situationskarte.

Zur Erleichterung und Abkürzung des Vortrags in diesem Kapitel sowohl, als in den S. S. 11, 12, 17 und etwa 32 ist der Revierbeschreibung, abgesehen von den vorhin ad C erwähnten Vermessungs-Plänen, eine Revier-Situations-Karte dergestalt beizufügen, daß sie bequem ausge schlagen werden könne.

Mit Hinweisung auf den §. 8. des Normativs von 1819, so wie des Anhangs zu demselben, welche von diesen Revier-Situations-Karten handeln, und mit einiger Modifikation der dort gegebenen Bestimmungen, wird folgendes bemerkt:

1) Zur Anfertigung dieser Karten ist sich der zur Zeit bestehenden besten Quellen zu bedienen. Diese sind:

a) Vorzugsweise die Steuer-Kataster-Blätter, welche zu reduciren sind. Auf den verjüngten Situationskarten ist das Quadrat-Netz dieser Steuerblätter sichtbar ausziehen und am Rande mit dem Buchstaben der Orientirung, dann den Schichten- und Blatt-Nummern zu versehen.

b) Im Fall die Steuer-Vermessungs-Operate für die betreffende Gegend noch nicht vollendet sind, oder zur Benutzung noch nicht erhalten werden können, — die in Kupfer-  
- sich erschienenen Karten des K. Militärisch-topographischen Bureau.

c) In Ermangelung auch dieser sind die besten andern Landes- oder Provinzial-Karten und alle sonst noch vorfindliche Materialien zu benutzen.

2) Der Maßstab ist innerhalb dem 200,000theiligen und dem 50,000theiligen, als den beiden Extremen beim vorliegenden Zwecke, nach Maßgabe des kleineren oder größeren Umfangs des ganzen Revierbezirks, so zu wählen, wie es einer deutlichen Darstellung der verschiedenen Gegenstände, welche die Situationskarte nach dem Normativ ersichtlich machen soll, am besten entspricht. In keinem Falle dürfen diese Karten eine unbequeme Größe erreichen. Sie müssen in das Aftenformat der Beschreibung leicht zusammengelegt werden können.

3) Die Gerichts- und Verwaltungs-Bezirksgrenzen werden nach der Vorschrift des obenerwähnten Anhangs zu §. 8. des Normativs von 1819 eingezeichnet. — Wenn irgend eine Grenzlinie in verschiedenen Beziehungen (z. B. zugleich Kreis-, Gerichts-, Forstamts- u.) Grenze bildet, so dürfen nicht alle,

Die verschiedenen Grenzen darstellenden Zeichen und Farben neben einander angewendet werden, sondern nur jene, welche auf die Bezeichnung der vorzüglicheren unter den vorkommenden Grenzen auf die Grenze des Hauptbezirkes Beziehung haben.

4) Nicht bloß die Staatswaldungen, sondern auch alle übrigen, werden auf die Situationskarte, nach ihrer Lage und Figur, mit feinen Zucklinien eingegrenzt und zur Bezeichnung des verschiedenen Besitzstandes folgendermaßen mit Farben angelegt (lavirt):

Staatswaldungen mit vollem Eigenthum: grünspan-  
grün. Gemeinschaftliche Nutzwaldungen (im noch ungetheilten  
Besitz des Herrars und anderer Miteigenthümer): saftgrün.

Zum Verkauf oder Purifikation ausgeschiedene Staatswald-  
distrikte: orange:

Ständesherrliche Waldungen: blaugrün.

Waldungen der adelichen Gutsbesitzer: gummigelb.

Gemeindewaldungen; farminroth.

Stiftswaldungen; violett.

Waldungen der Staatsgrundholden oder im Lehnverband:  
tuschgrau.

Privatwaldungen: braun (gelb mit schwarz).

Die Nummern der Staatswaldungen oder ihrer Distrikte, mit Beziehung auf die Vermessungstabelle (§. 11.) werden schwarz eingeschrieben, so auch die Hauptnamen derselben, sofern es der Raum zuläßt. Eine Colorirung nach den Betriebsarten und Altersklassen, oder eine Bezeichnung der Holzarten findet in der Situationskarte nicht statt. Auf dem Rande derselben werden der Maßstab und die Erklärung der Farben angegeben; auch muß sie orientirt sein.

5) Zur Bezeichnung der Chaufföen, Wege, Gewässer etc. ist sich an das zu halten, was unter der Aufschrift: übrige Zeichen in dem Anhange zu §. 8. des Normativs angegeben ist.



## **Zu Cap. II. Allgemeine statistische Verhältnisse.**

### **Tabellarische Uebersicht hierzu.**

Es wird zweckmäßig seyn, das Detail in einer anzufügenden tabellarischen Uebersicht darzustellen und sich im Vortrage selbst auf die außerdem noch nöthigen Erläuterungen und Erweiterungen zu beschränken. — Die k. Landgerichte werden von Seiten der k. Regierungen angewiesen werden, den k. Forstämtern diejenigen statistischen Nachrichten mitzutheilen, deren sie außer jenen, die sie bereits aus der ihnen beimohnenden Lokalkenntniß, oder aus ihren eigenen Akten schöpfen können, zur Bearbeitung dieses Kapitels etwa noch bedürfen möchten.

## **Zu Cap. III. Allgemeiner Wald- und Jagd-Stand.**

### **Erläuterung zu dem Schema.**

Ad §§. 7 und 10. Es ist nicht die Absicht, daß die bestehenden Forst- und Jagdordnungen ihrem Inhalte nach auszugswise in die generellen Beschreibungen aufgenommen werden sollen. Sie sind bloß nach ihrem Datum und wesentlichsten Betreffe zu bezeichnen, dabei kurz anzudeuten, ob sie noch in voller Wirksamkeit und dem Zwecke entsprechend, oder veraltet sind.

Ad §. 9. Der Bedarf innerhalb des Revierbezirks ist bereits aus §§. 4 und 5. zu entnehmen; vielmehr die ganze Erweiterung in dieser Beziehung wird erleichtert sein, wenn in der zu Cap. II. zu fertigenden Uebersicht sogleich eine Columne angelegt wird, um den approximativen Holzbedarf der innerhalb des Revierbezirks befindlichen Bevölkerung und Gewerbe auszuwerfen.

## II. A b s c h n i t t.

### Von den I. Staatswaldungen und Jagden insbesondere.

---

#### Zu Cap. I. Von der Realität der Staatswaldungen etc.

##### Vermessungs-Tabelle nach Formular Nr. 2. und tabellarische Uebersicht der Forstberechtigungen.

Das Schema selbst deutet hinlänglich an, was in den verschiedenen SS. dieses Kapitels, immer so kurz als möglich, vorgetragen werden soll, und man beschränkt sich daher hier auf die Bemerkung: daß es zweckmäßig sein wird, jenes Detail, wovon S. 15. die Rede ist und nicht Umgang genommen werden kann, in einer beizufügenden tabellarischen Uebersicht darzustellen, in sofern verschiedenartige Berechtigungen in der betreffenden Revier vorkommen und durch eine solche Darstellung die Bearbeitung erleichtert wird.

Der Vortrag in der Vermessungstabelle (Formular Nr. 2.) geschieht für jeden Wirthschafts-Complex nach der Ordnungsnummerfolge der Distrikte und Abtheilungen, welche auf den Plänen und in den Tabellen mit einander übereinstimmen muß. In das Detail der Unterabtheilungen wird sich hier nicht eingelassen.

#### Zu Cap. II. Von der äußeren und inneren Beschaffenheit der Staatswaldungen.

##### Erläuterungen zu dem Schema.

Dieses Kapitel gehört zu denjenigen, durch deren entsprechende Behandlung die specielle Forstbeschreibung wesentlich erleichtert werden kann und erläutert werden muß. Wenn in dieser letzten, für die Angabe der Lage, der Beschaffenheit des Bodens etc., ohne alle Umschreibung, nur kurze, bezeichnende Ausdrücke angewendet werden sollen und diesen keine absolute

oder allgemeine Bedeutung, sondern nur eine relative, beigelegt werden kann, so müssen auch die Begriffe, welche in Beziehung auf die betreffende Lokalität mit jenen Ausdrücken in der speciellen Beschreibung zu verbinden sind, hier in der generellen in das Klare gesetzt und festgestellt werden, wenn die specielle Beschreibung verständlich sein und keinem Zweifel Raum lassen soll.

3. B. die örtliche Lage soll dort nach fünf Abstufungen als sehr niedrig, oder niedrig, oder mittelmäßig hoch, oder hoch, oder sehr hoch angegeben werden. Allein was in einer Gegend als das Extrem, sehr hoch, erscheint, wird in der andern kaum als mittelmäßig hoch angesprochen werden können, und es ist daher nöthig, daß erläutert werde, was man in der betreffenden Revier unter den fraglichen Bezeichnungen zu verstehen habe und welche die ungefähre relative oder örtliche Höhe jeder Abstufung sei. — Eben so wenig würde man darüber im Reinen seyn, was 3. B. in der speciellen Beschreibung des Bodens unter sehr tiefgründig, tiefgründig, hinlänglich tief &c. eigentlich verstanden werden müsse, wenn eine Erklärung darüber in dem §. 19. der generellen Beschreibung nach einem bestimmten Maße nicht gegeben würde; denn was in einer Revier als hinlänglich tief erscheint, kann in der andern für flachgründig gelten u. s. w.

Ad §. 17. ist nicht gemeint, daß die absolute Höhe, wenn sie nicht bereits bekannt ist, erst durch barometrische Höhenmessungen erforscht werden solle. In diesem Fall wird nur beiläufig und im Allgemeinen angegeben werden können, ob die Elevation der Gegend bedeutend sei oder nicht. — Eine approximatede Ausmittlung und Angabe der relativen Höhen aber unterliegt keinen großen Schwierigkeiten. — Je deutlicher der Gebirgszug bereits in der Situationskarte verstantlicht wird, desto kürzer wird man sich in dieser Hinsicht in dem §. 17. fassen können.

Sofern ad §. 18. auch der mittlere Barometer- und Thermometer-Stand angegeben werden können, wird dieses erwünscht sein.

### **Ad Cap. III. Von der Holznutzung.**

#### **Tabellarische Uebersicht der Sortimente, Holzpreise, Fabrications- und Transportkosten.**

Es wird zweckmäßig sein, die verschiedenen Sortimente und deren Preisverhältnisse (ad §. 23.), so wie auch die dormalen üblichen Hauer-, Seher-, Rücker- und Fuhrlöhne ic. (ad §§. 24 u. 25.) in einer beizufügenden tabellarischen Uebersicht zu specificiren.

#### **A b s a t z l a g e n.**

Unter Absatzlagen (§. 23.) sind diejenigen Abtheilungen einer Revier zu verstehen, welche, unabhängig von der wirtschaftlichen Einteilung, deßhalb von einander unterschieden werden müssen, weil Schwierigkeit oder Leichtigkeit der Verbringung und des Absatzes einen solchen Einfluß auf die Lokalpreise äußern, daß für jede derlei Abtheilung besondere Taxen bestehen müssen. In dem Vortrage ist anzugeben, welche Distrikte unter jeder Absatzlage subsummirt werden.

#### **Massengehalt der Raumlasten und Wellen.**

Ad §. 24. sind die Resultate bisher angestellter, oder bei Gelegenheit der Forsteinrichtung noch anzustellender Versuche über den Holzmassengehalt der Raumlasten und Wellen, nach den verschiedenen Maßen und Hauptsortimenten anzuführen, auch anzugeben, wie bei den Versuchen und Ausmittlungen verfahren worden sei. — Was ad §§. 7 u. 10. in Beziehung auf Forst- und Jagd-Ordnungen bemerkt worden ist, ist auch hier von der Holzhauer-Instruktion zu verstehen.

### **Zu Cap. IV. Von den Forst-Nebennutzungen.**

„ Cap. V. Von den Verhältnissen des Waldschutzes.

„ Cap. VI. Von den f. Jagden.

#### **Tabellarische Uebersicht der Nebennutzungen.**

Hinsichtlich dieser Kapitel bedarf das Schema keiner besonderen Erläuterung, und es wird daher nur zu §. 28. bemerkt,

daß, wo mannigfache Nebennutzungen in einer Revier vorkommen, eine tabellarische Uebersicht derselben, ihres bisherigen Materialertrags, ihrer Preis- und Kostenverhältnisse zur Erleichterung gereichen dürfte, so wie auch vielleicht die Eintheilung in Jagdbogen, wovon im S. 32. die Rede ist, auf der Situationskarte wird dargestellt werden können.

### **Zu Cap. VII. Von der bisherigen Bewirthschaftung.**

Die Darstellung derselben erfordert eine sorgfältige Bearbeitung.

Die Ableitung des dermaligen Zustandes der Bestände aus dem, was sie bisher betroffen hat; die Erforschung der Ursachen, welche diesen Zustand herbeigeführt und die vor Augen liegenden Wirkungen hervorgebracht haben, ist für den ausübenden Forstwirth von einer um so größeren Wichtigkeit, als sich daraus Warnungen gegen Mißgriffe und Regeln für entsprechende Behandlung schöpfen lassen. Die in dieses Kapitel aufzunehmenden geschichtlichen Notizen über die bisherige Bewirthschaftung und die Umstände und Verhältnisse, welche auf dieselbe eingewirkt haben, so wie die daraus zu ziehenden Folgerungen, erfordern und verdienen daher eine besonders umsichtige, auf sorgfältiges Beobachten und reifliches Nachdenken gestützte Bearbeitung.

#### **Tabellarische Uebersicht der bisherigen Ergebnisse nach Formular No. 3.**

Vermittelt der tabellarischen Darstellung nach Formular Nr. 3. bleibt der Vortrag im S. 36. auf die außerdem noch zu gebenden Erläuterungen; auf Abgleichung der Einnahmen und Ausgaben, und Ermittlung des Procent-Verhältnisses zwischen beiden, so wie des Betrags per Tagwerk beschränkt. — Die Besoldungen des Lokalpersonals sind in der Uebersicht Nr. 3. in der Art auszuwerfen, daß sie, außer den Geldbezügen, auch die Naturalwohnungen, Fruchtdeputate und Dienstgründe nach

den Normalanschlagsbeträgen, so wie auch das Besoldungsholz nach dem Lokalwerthe, begreifen.

### **Zu Cap. VIII. Von der künftigen Bewirthschaftung und dem allgemeinen Wirthschaftsplane.**

#### **Besondere Wichtigkeit dieses Kapitels.**

Unter allen Kapiteln der generellen Revierbeschreibung ist dieses unstreitig das wichtigste, da in demselben die Resultate der Ertrags-Ausmittlung zusammengestellt; die bisher erörterten Verhältnisse sowohl, als die bei der speciellen Beschreibung gesammelten und in derselben ersichtlich gemachten Notizen zur Rußanwendung gebracht; — die Anhaltspunkte für einen künftigen, rationellen und in jeder Hinsicht entsprechenden, Betrieb gegeben werden sollen. — Die verschiedenen §§. dieses Kapitels erfordern daher eine besondere Ausführlichkeit und die gründlichste, umsichtigste Behandlung.

Daß sich bei der Forsteinrichtung an die Bestimmungen des §. 13. des Normativs von 1819 strenge zu halten sei, wurde bereits in der Entschließung vom 31. Mai 1827 ausgesprochen. Dieser §. lautet folgendermaßen:

„In Ansehung der als Wirthschaftsbasis zu wählenden Wald- und Betriebsart ist in der Regel die bestehende Waldgattung und die deren Natur und der Beschaffenheit der Lokalbedürfnisse entsprechende Betriebsweise zum Anhalt zu nehmen, Auf eine totale Umwandlung der bestehenden Wald- und Holzgattung, auf eine gewaltsame Umänderung der bisherigen Betriebsart darf nur, wo die triftigsten Gründe unvermeidlicher Nothwendigkeit und evidente Beweise zu Gewährleistung der sich daraus versprochenen Vortheile vorhanden sind, der Antrag gestellt werden. Wo diese fehlen oder zweifelhaft sind, wo die als wünschenswerth sich darstellende Umänderung, so groß auch die Vortheile seien, die sich für die Folgezeit daraus versprochen werden, mit einer zu tief eingreifenden Rückwirkung auf die

Befriedigung der zeitlichen Bedürfnisse der Gegend, oder mit allzubedeutenden Kosten-Auslagen für das Herabverbunden wäre, ist die bestehende Waldgattung und Betriebsart als Basis zu belassen, auch wenn dabei noch mehr oder weniger hinter dem Ideale zurückgeblieben würde, welches die bisherigen Theorien der Forst-Wissenschaft von der vollkommensten und vortheilhaftesten Wald- und Betriebsart aufstellen.“

„Diese Regel schließt jedoch nicht aus, was zur Entfernung der bestehenden Gebrechen; zur Emporbringung der Waldungen aus ihrem (etwaigen) dermaligen herabgekommenen und verwilderten Zustande; zur Wiederbelebung und Verjüngung ihrer Produktionskräfte; zur Veredlung ihrer Bestände; zur nachhaltigen Deckung der mannigfaltigen Holzbedürfnisse des Landes, und zum Flor der Gewerbe sich als wesentliches Erforderniß darstellt, und daß bei der wirthschaftlichen Einrichtung der Domainen-Waldungen sowohl auf die Nachzucht der in den Privatwaldungen immer seltener werdenden stärkeren Bau- und Werkholz-Sortimente, und insbesondere der immer mehr verschwindenden Eiche ein vorzügliches Augenmerk gerichtet, als auch im Allgemeinen dahin getrachtet werde, diese Waldungen überall zu Musterbildern der regelmäßigen Forstwirtschaft zu erziehen. Eine allseitige reife Erwägung aller aus der Natur des Waldbestandes, aus allen Lokalverhältnissen der Waldungen und aus der Gegenwart und Zukunft sich darbietende Bestimmungsgründe muß daher diese Verathung leiten, und es muß sich dabei von aller Vorliebe für die eine oder andere Wald- und Betriebsart entfernt gehalten werden.“

#### Ad §. 37. Wirthschafts-Complexe.

Ueber die Einteilung in Wirthschafts-Complexe enthielt bereits das Normativ von 1819 im §. 14. folgende Bestimmungen:

„Die Complex-Einteilung der Domainen-Waldungen bestimmt sich hauptsächlich nach der Situation und dem Bedürfnisse der Ortschaften, und nach der Lage und Waldart der

Waldungen. In der Regel soll der Revier-Complex zugleich als Wirthschafts-Complex gelten. Nur da, wo die Lage der Ortschaften besondere bezirksweise Zusammen-Ordnungen der Waldungen zur nachhaltigen und möglichst erleichterten Deckung ihrer Bedürfnisse nöthig macht, oder wo die Revier nach Verschiedenheit der Waldart in Complexe zerfällt, die für sich so groß sind, daß sie eine Separat-Bewirthschaftung erheischen, findet ausnahmsweise eine Unterabtheilung der Revier in Wirthschafts-Complexe statt. Die Zahl dieser besondern Wirthschafts-Complexe im Innern der Revier ist aber auf alle Weise zu beschränken, sowohl zu so viel möglicher Vereinfachung der Wirthschaft (und des Rechnungswesens), als insonderheit da, je größer die räumliche Ausdehnung der Wirthschafts-Complexe ist, sich um so früher und leichter ein richtiges Klassenverhältniß und eine regelmäßige Hauungsordnung einrichten läßt. Häufig können daher selbst Waldungen von verschiedener Waldart, Umtriebszeit und Behandlungsweise zu gegenseitiger Unterstützung in der nachhaltigen Deckung der örtlichen Holzbedürfnisse und zu Ausgleichung des Klassen-Ertrags in einen und denselben Wirthschafts-Complex verbunden werden."

Diese Bestimmungen des Normativs wurden in der Entschließung vom 31. Mai 1827 in Erinnerung gebracht; es wurde gerügt, daß, denselben zuwider, die meisten Reviere in mehrere kleine Wirthschafts-Complexe zersplittert worden seien, und angeordnet, daß dieser Mißgriff bei der Forst-Einrichtung redressirt werden solle, und daß sich von der Regel: der Revier-Complex habe zugleich als Wirthschafts-Complex zu gelten, nur dann entfernt werden dürfe, wenn die Verhältnisse es durchaus nicht anders gestatten.

Die genaue Einhaltung dieser Vorschriften wird wiederholt und auf das Nachdrücklichste um so mehr anempfohlen, als noch immer Mißverständnisse und Verwechslungen zwischen Wirthschafts-Complexen und Betriebsarten oder Betriebsklassen hier und da obzuwalten scheinen, und eine Zusammenstellung letzterer,



wenn deren verschiedene in einer Revier vorkommen, ohne Rücksicht auf bezirksweise Zusammenlage, unter dem Namen von Wirthschafts-Complexen hat bezeichnet und behandelt werden wollen, welches dem normativmäßigen Grundbegriff eines solchen Complexes geradezu entgegen ist.

#### Ad §. 38. Wirthschaftsregeln und Umtriebszeit.

In der Entschliebung vom 31. Mai 1827 ist bereits ausgesprochen worden, daß ein allgemeiner Fällungsplan für den ganzen Zeitraum des ersten Umtriebs, in der Art, wie die §§. 18 und 19. des Normativs von 1819 es bestimmt hatten, nicht entworfen werden solle. Daß in demselben Normativ angeordnete und beizubehaltende System periodischer Betriebspläne für den nächsten Zeitabschnitt, auf den Grund vorzunehmender Waldstands-Revisionen, macht es unnöthig, in ein solches Detail einzugehen, welches nur auf Voraussetzungen basirt werden könnte, die im Verlaufe der Zeit mancherlei Modifikationen zu erleiden haben würden. Da nun hiernach der allgemeine Wirthschaftsplan eigentlich nur in den Darstellungen und in der Entwicklung der Grundzüge, wofür das Kapitel VIII. die Bestimmung hat, in der Art zu finden sein soll, daß der Vortrag in demselben es klar anschaulich mache, was der Forst-Regulator, nach dem Bedarf der damaligen Zeit und der gegenwärtigen Verhältnisse, für zweckmäßig erkannt und beabsichtigt habe, ohne sich die Vorausbestimmung eines unabänderlichen Etats, einer über Menschenalter hinausreichenden Einrichtung anmaßen und damit dem, was die Verhältnisse und der Bedarf der kommenden Zeit und der künftigen Generationen erheischen werden, Schranken setzen zu wollen; — da ferner für jetzt bloß die Aufgabe zu lösen ist: wie dem Walde der höchstmögliche Ertrag abgewonnen werden könne? welches Maß der Nutzung für die nächste Zeit einzuhalten sei, ohne den Nachhalt zu beeinträchtigen, vielmehr um auf den aus einer regelmäßigen Bewirthschaftung zu erwartenden Normal-Ertrag einzulernen? — zu bestimmen, auf welche Weise dieses Maß für den nächsten

Zeitabschnitt zu erfüllen sei und einen Zeitfaden an die Hand zu geben, wie die Nutzung auch in der Folgezeit zu gewinnen, der Betrieb, consequent mit dem, was zunächst geschehen soll, auch in spätern Perioden zu ordnen sein möchte; — so ist von diesen Ansichten und Grundsätzen bei der Bearbeitung des gegenwärtigen Kapitels, und namentlich des S. 38., stets auszugehen.

### **Erforschung der vortheilhaftesten Umtriebszeiten.**

Bei Erforschung der vortheilhaftesten Umtriebszeiten kommen wesentlich in Betracht:

a) Das Alter, mit welchem der Wiedermuchß durch Selbstbesamung, oder (bei Niederwaldungen) durch gesunden, kräftigen Ausschlag, am sichersten und mit den geringsten Kosten hinsichtlich künstlicher Nachhülfe zu erwarten ist.

b) Die Gewinnung der größten Holzmasse.

c) Der Zeitpunkt, mit welchem das Material, für seine Bestimmung, die höchste Brauchbarkeit erlangt (Zeitpunkt der besten technischen Benützung).

d) Das höchste Geldeinkommen.

e) Etwaige Ansprüche eines Dritten an gewisse Sortimente.

Beobachtung und Erfahrung müssen den Zeitpunkt der vortheilhaftesten Verjüngung an die Hand geben; die Ausmittlung des höchsten Massenergebnisses hängt mit der Ertragsbestimmung, welche im S. 41. erörtert wird, genau zusammen; — der Zeitpunkt der besten technischen Benützung bestimmt sich nach Maßgabe des Lokal- oder Handelsbedarfs, und das höchste Geldeinkommen wird durch Berechnung, mit Rücksicht auf die für die verschiedenen Sortimente bestehenden oder zu erwartenden Holzpreise, erforscht. — Wenn gewisse geringere Sortimente, z. B. Reisig, schwache Prügel etc., ihrem ganzen Material-Anfalle nach an Dritte abgegeben werden müssen, wird dieses Bestimmungsgrund sein, um die Umtriebszeit nicht zu kurz anzuberaumen.

Unterschied zwischen den besonderen Umtriebszeiten und der allgemeinen Umtriebs- oder Berechnungszeit.

Die allgemeine Umtriebszeit oder der Zeitraum, welchen man zur Begründung der Forst-Einrichtung und Ermittlung des nachhaltigen Ertrags als Anhalt annimmt (die Berechnungszeit), wird noch öfters mit der besonderen Umtriebszeit verwechselt. Man glaubt, daß für jeden Wirthschafts-Complex, oder für jede der Haupt-Betriebsarten, Hochwald und Niederwald, wenn beide vorkommen, einerlei Umtriebszeit bestehen müsse. Diese Ansicht ist ganz unrichtig. — Es können für jede Bestands- und Betriebsart verschiedene besondere Umtriebszeiten (Betriebsklassen) angenommen werden, je nachdem Bedarf oder Beschaffenheit des Bodens dieses rathlich machen. Wenn z. B. ein Theil der Kiefernbestände einer Revier sehr mageren Boden hätte, für welche die geschehenen Zuwachsberechnungen und Ertrags-Ausmittlungen das Alter von 60 bis 70 Jahren als den Zeitpunkt der höchsten Massen-Produktion angeben, während diese in dem anderen, auf besserem Boden stehenden Theile der Bestände von derselben Holzart zwischen 80 und 90 Jahren gefunden worden wäre, so würde ein bedeutender Verlust an Material- und Geld-Ertrag damit verbunden sein, sobald man für beide Theile einerlei Umtriebszeit annehmen wollte. — Oder es sei ein Wirthschafts-Complex von Kiefern und Fichten, in welchem die höchste Brennholzmasse zwischen 70 und 80 Jahren erzeugt wird; der Bedarf nehme zwar vorzüglich Brenn- und Kochholz in Anspruch, doch müsse auch für starkes Bau- und Werthholz gesorgt werden, und zur Erziehung von solchem seien wenigstens 120 Jahre nöthig. — In diesem Falle würde der Verlust noch weit größer sein, als in dem vorigen Beispiele, wenn dem ganzen Complexe eine 120jährige Umtriebszeit gegeben werden wollte, und man wird daher das einfache Auskunftsmittel anwenden, nur einen, mit dem Bedarfe an stärkerem Holze in Verhältniß stehenden, zur Deckung desselben hinreichenden Theil der Fläche, und zwar gerade diejenigen Distrikte, welche sich

hingn am besten eignen, als eine besondere Betriebsklasse in den höheren Umtrieb einzureihen, während man dem größeren Theil der Fläche diejenige Umtriebszeit läßt, bei welcher sie die höchste Brenn- und Rohholzmasse liefert.

Es können auch besondere Verhältnisse dazu nöthigen, von den Haupt-Motiven abzugehen, welche eigentlich bei der Bestimmung der vortheilhaftesten Umtriebszeit leiten sollen, z. B. momentaner unabwieslicher Bedarf kann es veranlassen, daß für solche Wirthschafts-Complexe, in welchen bereits Mangel an stärkerem Holze ist, vor der Hand noch für einen Theil der Fläche ein kürzerer Umtrieb, selbst eine andere Betriebsart, als diejenigen angewendet werden, welche den übrigen Lokal-Verhältnissen am besten entsprechen würden. In solchem Falle muß aber der Forst-Regulator alle sich nur immer darbietenden Mittel aufsuchen und in Anwendung bringen, um den Verlust möglichst zu vermindern und ihm, mittelst allmählicher Einlenkung auf die an und für sich zweckgemäße Bewirthschaftung, eine nur temporäre Eigenschaft beizulegen.

Nur dann, wenn alle diese und andere etwa noch einwirkende Verhältnisse und Umstände in das Auge gefaßt und ihre Wechselwirkungen, so wie die Vortheile und Nachtheile, welche daraus hervorgehen, gehörig combinirt und sorgsam gegeneinander erwogen werden; — wenn die vortheilhafteste besondere Umtriebszeit für jede Holz- oder Bestandsart, Betriebsart und Betriebsklasse erforscht und, so weit es die Reihensfolgen in der Hieb-Ordnung gestatten, für jede Bestands-Abtheilung die für sie angemessenste unter denselben angenommen wird, nur dann wird der höchst mögliche Ertrag aus einem Walde gezogen werden.

#### Durchforstungszeit.

Eben so ist eine genaue Erforschung der verschiedenen Altersepochen erforderlich, in welchen die Bestände jeder Betriebsart und Klasse durchforstet werden sollten, damit diese Operation ihren Zwecken auf das vollständigste entspreche. Bisher wurden sie an vielen Orten versäumt oder ist kaum

dem Namen nach gekannt, während sie den Zuwachs vermehrt, den Ertrag erhöht und die Verjüngung, selbst bei kürzerem Turnus, befördert. Daher wird erwartet: daß auf die Zwischen-Nutzungen, bei der Forsteinrichtung, überall, wo sich Absatz für das durch sie zur Verwerthung kommende geringere Material darbietet, der geeignete Bedacht werde genommen werden. Dabei soll es für die K. Bayer. Staats-Waldungen, ungeachtet alles dessen, was in neuerer Zeit zu Gunsten eines andern Verfahrens vorgebracht worden ist, Regel bleiben, daß die erste reguläre Durchforschung nicht zu frühe, — nicht in Beständen, welche noch der Jungholz-Klasse angehören oder erst kürzlich in die Mittellasse übergetreten sind, unternommen, und daß die hernach öfters zu wiederholenden Zwischen-Nutzungen stets mit der größten Vorsicht ausgeführt werden, damit der Längen-Wuchs nicht gestört, der Schluß nie unterbrochen, und dennoch die bereits übergipfelten Stämmchen von Zeit zu Zeit genutzt werden, ehe sie absterben und nur noch ein schlechtes Material liefern.

Wie die besonderen Umtriebszeiten zu bestimmen sind, um sie mit den Wirthschafts- und Finanzperioden in annähernde Uebereinstimmung zu bringen.

Es ist bereits in der Entschließung vom 31. Mai 1827 aufmerksam darauf gemacht worden, daß es, nachdem die Wirthschafts-Perioden mit den verfassungsmäßigen Finanz-Perioden in Einklang gebracht werden sollen, zur Erleichterung bei der Forst-Einrichtung gereichen werde, wenn hierauf sofort bei Festsetzung der Umtriebszeiten in der Art Rücksicht genommen wird, daß man einer von 3 zu 3 oder von 6 zu 6 Jahren fortschreitenden Skale folge, und demnach:

- für Busch-Hölzer: 6, 9 oder 12 Jahre;
  - für Niedermaldungen: 15, 18, 21, 24, 27, 30 Jahre u. s. w.
  - für Hochwaldungen: 54, 60, 66, 72, 78, 84, 90 Jahre u. s. w.
- annehme, je nachdem das ausgemittelte vortheilhafteste besondere Haubarkeits-Alter für eine Betriebs-Art oder Betriebs-Klasse der einen oder der andern dieser Zahlen am nächsten steht.

**Ad §. 39. Altersklassen. Formular Nr. 4.**

In Uebereinstimmung mit der Bestands-Uebersichts-Karte soll die Tabelle Nr. 4. das dermalige Alters-Klassen-Verhältniß genau darstellen. Welches auch die Umtriebszeit sei, ob eine längere oder kürzere, so werden die Abtheilungen und Unterabtheilungen der bestockten Fläche bloß nach Maßgabe ihres, aus der speciellen Beschreibung ersichtlichen vorherrschenden Alters, unabhängig von der Einteilung in Wirthschafts-Perioden, in eine der vier Klassen eingereiht, deren jede den vierten Theil der Umtriebszeit begreift. Buchhölzer in niedrigem Umtriebe können ausnahmsweise bloß in die zwei Klassen haubar und Mittelholz eingetragen werden. — Alle Besamungs- und Lichtschläge, in Ansehung, welcher es sich nur noch von Nachbauung oder Räumung handelt, werden, ohne Rücksicht auf das Mehr oder Weniger der noch vorhandenen haubaren Holzmasse, noch darauf, ob die Besamung bereits ganz, oder theilweise, oder noch gar nicht erfolgt sei, zu der Jungholz-Klasse gerechnet, in sofern sie als eine eigene Unterabtheilung bezeichnet worden sind. Ist dieses wegen Unbedeutenheit der Fläche nicht der Fall, so werden sie mit der Unterabtheilung, zu der sie gehören, in der für diese treffenden Klasse vorgetragen. Dagegen sind diejenigen Bestands-Abtheilungen, in welchen zwar die Vorbauung oder der Vorbereitungshieb statt gehabt hat, der eigentliche Angriffshieb oder Besamungshieb jedoch noch nicht erfolgt ist, in die haubare Klasse einzureihen.

Waldungen oder einzelne Distrikte derselben, welche bisher noch mehr dem Fehmelbetriebe, als einer regelmäßigen Schlagwirthschaft unterworfen gewesen sind, und in welchen sich daher die verschiedenen Alters-Abstufungen mehr unter einander auf der ganzen Fläche, als in gesonderten Bestands-Unterabtheilungen vorfinden, müssen, unter Beifügung der geeigneten erläuternden Bemerkung, nach Maßgabe der in jedem Distrikte oder in jeder Hauptabtheilung vorherrschenden Alters-Klasse, und je nachdem sie bereits stark durchplántert und von haubarem

Holze entblößt, dagegen mit Nachwuchs zwischen demselben versehen sind, oder vom ersteren noch mehr oder weniger Vorrath haben (nach Befinden der Umstände auch im Verhältniß der Altersklassen pro rata) angesprochen und eingereiht werden. Sind aber die verschiedenen Alters-Abstufungen in einem solchen Distrikte in beinahe gleichem Verhältnisse vorfindlich, so wird die ganze Fläche gleichmäßig (jedoch mit Vermeidung von Bruchtheilen) in die vier Altersklassen vertheilt.

Nadelholz-Abtheilungen, welche nach Maßgabe der in demselben geführten Angriffsschiebe verschiedene Altersklassen haben, werden nach dem Verhältniß der Fläche, welche jede Klasse einnimmt, eingereiht.

Der Vortrag in der Tabelle geschieht für jeden Wirthschafts-Complex nach Betriebsarten und Betriebsklassen dergestalt, daß mit der längsten Umtriebszeit angefangen und alle Abtheilungen, welche der betreffenden Betriebsklasse angehören, nach der Nummersfolge der betreffenden Distrikte zusammengeordnet, das heißt nach einander aufgeführt und summiert werden, ehe zu der nächstfolgenden Betriebsklasse übergegangen wird. Z. B.

- 1) Buchen-Hochwald im 120jährigen Umtriebe.
- 2) Kiefern- und Fichten-Hochwald im 96jährigen.
- 3) Niederwald im 36jährigen.
- 4) idem im 24jährigen.
- 5) Buschhölzer im 9jährigen Umtriebe.

Vermittelt einer Refapitulation wird am Ende jedes Wirthschafts-Complexes (und zuletzt für die ganze Revier, wenn sie in verschiedene Complexe eingetheilt ist) das Gesamt-Altersklassen-Verhältniß dargestellt.

In dem Contexte der generellen Revier-Beschreibung selbst wird nur in diejenigen Erörterungen und Erläuterungen eingegangen, zu welchen die Resultate der tabellarischen Uebersicht, in Beziehung auf die für die Bewirthschaftung sich ergebenden Folgerungen, veranlassen, oder deren sie noch bedürfen möchten.

## Ad §. 40. Berechnungszeit und Wirthschafts-Perioden.

Es ist vorhin, ad §. 38., bereits erinnert worden, daß die allgemeine Umtriebszeit, oder der Zeitraum, über welchen die Berechnung sich erstreckt, von besonderen Umtriebszeiten der verschiedenen Bestandarten und Bewirthschaftungs-Methoden unabhängig sei und damit nicht verwechselt werden dürfe. Die Berechnungszeit fällt zwar mit der Umtriebszeit zusammen, wenn die Verhältnisse von der Art sind, daß für alle Bestände eines Wirthschafts-Complexes einerlei Umtriebszeit angenommen wird; im entgegengesetzten Falle aber ist sie, nach Maßgabe der besonderen Umtriebszeit für die Mehrheit der verschiedenen Bestände zu bestimmen. Es sei z. B. ein Wirthschafts-Complex mit:

1200 Tagw. Hochwald à 120 Jahren,

3000 Tagw. Hochwald à 96 "

800 Tagw. Niederwald à 30 "

so wird es am geeignetsten sein, 96 Jahre für die Berechnungszeit anzunehmen.

Wenn ein Wirthschafts-Complex nur Nieder- und Mittelwaldungen hat, wird die längste besondere Umtriebszeit als Berechnungszeit angenommen.

Wie die Wirthschafts- mit den Finanz-Perioden in Einklang zu bringen sind.

Diese letzte ist in gewisse Abschnitte (Wirthschafts-Perioden) zu zerlegen, welche, wie bereits in der Entschließung vom 31. Mai 1827 angeordnet worden ist, mit den Finanz-Perioden in Einklang zu bringen sind. Zu dem Ende dürfen die Wirthschafts-Perioden nicht in der Art gebildet werden, daß man die kürzere oder längere Berechnungszeit in eine gewisse Anzahl gleicher Abschnitte eitheile, wonach diese Perioden bald mehr, bald weniger Jahre begreifen würden; sondern die Wirthschafts-Perioden sollen für Hochwaldungen durchaus nach Maßgabe von 24 Jahren, für Niederwaldungen kön-



nen sie zu 12, für Buschhölzer allenfalls zu 6 Jahren gebildet werden, wobei die letzte Periode öfters unvollständig bleibt. Denn wenn in dem vorhin angenommenen Falle einer 84jährigen Berechnungszeit diese gerade vier Perioden begreift, so würden z. B. bei einer nach Maßgabe der besonderen Umtriebszeit für die Mehrheit der Bestände gewählten Berechnungszeit von 108 Jahren zwar 5 Zeitabschnitte gebildet werden müssen, der letzte derselben aber nur eine halbe Wirthschafts-Periode oder 12 Jahre (bei 102 Jahren nur  $\frac{1}{4}$  oder 6 Jahre) begreifen. Dieses hat nichts zu sagen, indem man bei der Zusammenstellung des Material-Anfalls nach Perioden, wovon im folgenden S. die Rede ist, entweder den muthmaßlichen Ertrag des letzten, obnehin noch entfernt liegenden Zeitabschnitts, nach dem gefundenen Durchschnittsertrag für jede Betriebs-Klasse ergänzen kann, oder auch nur die Raten, welche diesen Zeitabschnitt, nach Maßgabe seines Verhältnisses zu einer ganzen Periode treffen würden, auszumitteln, und mit dem für denselben sich wirklich darstellenden Flächen-Angriffs- und Material-Betrag in Vergleichung zu setzen braucht, um so viel es für jetzt nothwendig ist, das periodische Ertrags-Verhältniß beurtheilen und darauf hin den Bewirthschaftungs-Plan im Allgemeinen sowohl, als den speziellen Betriebsplan für die nächste Zeit, wovon das Kapitel IX. handelt, begründen zu können.

Verfahren, damit die erste Wirthschafts-Periode immer mit irgend einer Finanz-Periode ihren Anfang nehme.

Die erste Wirthschafts-Periode soll immer mit irgend einer Finanz-Periode anfangen. Wenn die Forst-Einrichtung einer Revier in dem letzten Jahre einer Finanz-Periode ausgeführt wird, so daß der neue Wirthschafts-Plan sofort in dem nächsten, das heißt dem ersten Jahre der folgenden Finanz-Periode in Anwendung kommen kann, so erfüllt sich diese Bestimmung von selbst. Im andern Falle bietet sie einige Verwickelung dar, die jedoch leicht zu lösen ist, und durch den Vortheil weit überwogen wird, daß für die Zukunft

die ganze Staats-Forst-Wirthschaft mit den Erfordernissen des Finanz-Haushalts und seiner verfassungsmäßigen Perioden in Uebereinstimmung gebracht sein wird, und daß die Forstetats oder Voranschläge für jede einzelne Finanz-Periode bereits in den Wirthschafts-Plänen dergestalt begründet sein werden, daß sie auf die einfachste Weise aus denselben geschöpft werden können.

Folgendes Verfahren ist zu beobachten, um dahin zu gelangen:

a) Wenn die Forsteinrichtung im 4ten oder 5ten Jahre einer Finanz-Periode vorgenommen wird, so ist der Rest derselben als ein ganz besonderer Zeitabschnitt zu behandeln; es ist für denselben ein eigener spezieller Betriebsplan zu entwerfen, und der Forst-Regulator hat sich nun in Beziehung auf Beschreibung, Ertrags-Ausmittlung, überhaupt auf das ganze Forsteinrichtungs-Operat den Wald so zu denken, als ob dieser Betriebs-Plan bereits ausgeführt und das Ende der Finanz-Periode schon erreicht wäre. Er läßt demnach die Berechnungszeit und die erste Wirthschafts-Periode mit der nächsten Finanz-Periode ihren Anfang nehmen.

b) Wenn hingegen die Forst-Einrichtung in einem der ersten drei Jahre einer Finanz-Periode beschäftigt wird, so muß vor allem aus den Betriebsnachweisungen zusammengestellt werden, welche Betriebs-Operationen innerhalb des, von der je laufenden Finanz-Periode bereits verflossenen Zeitraums statt gehabt und welchen Ertrag sie geliefert haben; und der Wald ist sich dann umgekehrt so zu denken, als ob sie erst noch ausgeführt werden sollten. Der Forstbetriebs-Regulator läßt demnach die Berechnungszeit und die erste Wirthschafts-Periode mit dem ersten Jahre der eben laufenden Finanz-Periode ihren Anfang nehmen.

In beiden Fällen wird das beobachtete Verfahren in der generellen Beschreibung angegeben, in der speziellen Beschreibung aber wird durch geeignete kurze Bemerkung bei den betreffenden Bestands-Abtheilungen die nöthige Erläuterung beigefügt, um jedem Mißverständnisse vorzubeugen. Z. B. in dem

Falle ad a: daß die Abtheilung oder Unterabtheilung N. eine haubare, aber deshalb in die Jungholz-Klasse und in die letzte Wirthschafts-Periode eingereiht worden sei, weil sie noch im Laufe der Finanz-Periode vor Anfang der Berechnungszeit zum Hiebe kommen soll; oder umgekehrt im Falle ad b: daß die Unterabtheilung N. zwar eigentlich schon nach ihrem wirklichen Zustande der Jungholz-Klasse angehöre, aber deshalb noch als haubar vorgetragen und in die erste Wirthschafts-Periode eingereiht worden sei, weil sie bereits im Laufe der Finanz-Periode und der auf den Anfang derselben zurückdatirten Berechnungszeit in Angriff gekommen. — Diese Bemerkungen übertragen sich denn auch in die Uebersichten Nr. 4, 6 und 7 zur generellen Revierbeschreibung, resp. es wird das Nöthige in denselben kurz angedeutet.

In der Entschließung vom 31. Mai 1827 war zwar anheimgestellt worden, die Ausgleichung mit den Finanz-Perioden auch in der Art zu bewirken, daß der ersten Wirthschafts-Periode so viele Jahre zugesetzt würden, als von der laufenden Finanz-Periode noch übrig seien; allein dieses wird hiermit zurückgenommen, indem größere Schwierigkeiten damit verbunden sind, als mit dem oben auseinandergesetzten Verfahren.

#### Ad §. 41. Ertrags-Bestimmung. Ad a. Allgemeine Erläuterung.

In der oft erwähnten Entschließung vom 31. Mai 1827 wurde die specielle Forst-Ertrags-Bestimmung nach gutachtlicher Beurtheilung als Haupt-Regel angegeben, „welche um so mehr genüge, da der Etat nicht etwa bloß auf Ertrags- oder Zuwachs-Berechnungen allein, sondern auch mit Rücksicht auf nachhaltigen Flächen-Angriff zu ermitteln sei. — Die Einschätzung durch das einzelne Auszählen der vorhandenen Stämme sei demnach auf die Fälle zu beschränken, in welchen die Aufnahme des in jüngern Beständen zerstreut stehenden alten Holzes am füglichsten auf diese Weise bewirkt werden könne, und es müsse namentlich dieses Verfahren angewendet werden,

wenn der Haupt-Vorrath an Bau- und Werkholz (auch Commercial-Holz) in dergleichen Stämmen bestehe, und auf dessen möglichst gleiche Vertheilung in die verschiedenen Wirthschafts-Perioden Bedacht genommen werden müsse, zumal wenn es sich von dem in vielen Gegenden immer seltener werdenden Eichenholze oder einer andern nicht häufig vorkommenden, aber für den Bedarf wesentlich nöthigen Holzart handele. (Auch im Falle einer großen Unregelmäßigkeit und Klassen-Verschiedenheit in haubaren Beständen wird das Auszählen angemessen sein). — Was endlich umständliche Zuwachs-Berechnungen anbetreffe, so werde man sich dazu nur in so weit veranlaßt sehen, als es zur Erforschung der vortheilhaftesten Umtriebszeit notwendig sei, oder als dergleichen durch den Umstand herbeigeführt werden möchten, daß es in einer Revier an eigentlich haubaren Beständen ermangeln sollte, und der Maßstab zur Ertrags-Bestimmung aus den sich der Haubarkeit nähernden geschöpft (oder an einzelnen Stämmen gesucht) werden müßte. — Uebrigens solle es dem betreffenden Forstpersonal unbenommen sein, auch in der Hauptsache ein anderes Verfahren als die gutachtliche Einschätzung zu beobachten, in welchem es Übung und Fertigkeit erworben haben möchte, wenn nur das Forst-Einrichtungs-Geschäft dadurch nicht aufgehalten würde.“

**Specielle Forst-Ertrags-Bestimmung nach gutachtlicher Schätzung. — Normal-Probe-Flächen und Erfahrungstafeln.**

Zum Beduf der speziellen Forst-Ertrags-Bestimmung nach gutachtlicher Schätzung müssen Erfahrungstafeln ausgemittelt werden, um jeden Bestand nach Maßgabe seines Alters, Standorts und seiner Bestockung damit vergleichen und nach diesen Maßstäben ansprechen zu können. Die hierzu nöthigen Normal-Probe-Flächen müssen, diesem Zwecke entsprechend, mit vieler Umsicht, in Beständen von verschiedenem Alter, aber von gleicher Lage, Boden, Ertragsfähigkeit und Ertrags-Vermögen, wo die Bestockung am-vollkommensten

ist oder sich der Vollkommenheit am meisten nähert, — und sie dürfen nicht zu klein, je größer desto besser, — ausgewählt, sie sollen sorgfältig abgemessen und es muß ferner das auf jeder derselben vorhandene Holz mit aller möglichen Genauigkeit aufgenommen werden. Die Probeflächen sind im Walde durch Anplätten oder auf eine andere Weise dauerhaft zu bezeichnen und zu nummeriren, damit sie bei der Revision leicht wieder aufgefunden werden können, und die Resultate der Aufnahme sind immer auf das Tagwerk zu reduciren, wenn die genommenen Probeflächen größer oder kleiner sind als ein Tagwerk.

Erlangt man durch diese Probeflächen-Aufnahme die Ueberzeugung, daß die Bestands-Zuwachs-Verhältnisse von der Art sind, daß sie die Anwendung schon bestehender und bekannter Erfahrungstafeln gestatten (z. B. der Cotta'schen u. u. oder der für eine benachbarte Revier oder für mehrere Reviere, welche ziemlich gleichmäßige Bodens- und Wachstums-Verhältnisse haben, bereits gebildeten), so mag diese Anwendung ohne weiteres geschehen. Wo nicht, so müssen aus den Resultaten der Probeflächen eigne Erfahrungstafeln oder Bestands-Zuwachs-Skalen für die betreffende Revier hergestellt werden, wobei es sich von selbst versteht, daß für jede Bestandsart, welche selbstständig einer besondern Betriebsart unterliegt, und für jede Bonitäts-Klasse derselben ein solcher Maßstab vorhanden sein müsse, welcher von dem jüngern bis zum höchsten Alter den Holzmassen-Gehalt und Zuwachs per Tagwerk für die verschiedenen Altersstufen (etwa von 5 zu 5 Jahren, oder in Uebereinstimmung mit den Wirthschafts-Perioden von 6 zu 6 Jahren) darstelle, der sich bei vollkommener Bestockung ergibt oder erwarten läßt. Zur großen Erleichterung bei der Einschätzung wird es dienen, wenn, außer dieser Gesamt-Produktion, in einer besonderen Columne für die höheren Alters-Stufen noch ersichtlich gemacht wird, welches die wirklich vorhandenen Vorräthe und die Haubarkeits-Erträge, nach Abzug der bis dahin bereits angefallenen Zwischen-Nutzungen, seien.

### Specielle Probe-Flächen.

Außer den Normal-Probeflächen zur Bildung oder Erforschung der anzuwendenden Erfahrungstafeln können auch spezielle Schätzungs-Probeflächen zu dem Zwecke aufgenommen werden, um den Holz-Vorrath und Ertrag einzelner bedeutender Bestands-Abtheilungen, deren gutachtliche Beurtheilung nach jenen Maßstäben besondere Schwierigkeiten darbieten möchte, verlässiger auszumitteln. Bei der Auswahl solcher speziellen Probeflächen ist darauf zu sehen, daß sie in Beziehung auf die Holzhaltigkeit der betreffenden Abtheilung als Durchschnitt gelten können; oder wenn der Boden und die Bestands-Beschaffenheit in der Abtheilung verschieden sind, so müssen verschiedene Probeflächen in derselben genommen, und ein Durchschnitts-Resultat, nach dem Verhältnisse der zu jeder Bodenklasse und Bestandsbeschaffenheit gehörigen Fläche der ganzen Abtheilung, gesucht werden.

### Ausmittlung des Material-Anfalls an Zwischen-Nutzungen.

Um den Material-Anfall an Zwischen-Nutzungen in den Hochwaldungen und dessen Verhältniß zur Haupt-Nutzung zu ermitteln kann auf verschiedene Weise verfahren werden. Man untersucht und beurtheilt entweder wie groß ungefähr die verschiedenen Zwischen-Nutzungen einer Abtheilung von mittlerer Güte jeder Bestands-Art per Tagewerk durch den ganzen Umtrieb sein mögen, wenn die Durchforstungen so gemacht werden, wie es die wirthschaftlichen Vorschriften für die betreffende Revier mit sich bringen, und schließt davon auf das Ganze; oder man geht in das Detail der einzelnen Abtheilungen und Altersklassen ein, und berechnet hiernach den ganzen Betrag der Zwischen-Nutzungen sowohl, als das Verhältniß ihres Anfalls in den verschiedenen Wirthschafts-Perioden, mittelst einer besonderen Hülfs-Tabelle. Bei diesen Untersuchungen wird es, sofern nicht die bisherigen Schlag-Register und Betriebs-Nachweisungen (deren Resultate überhaupt zum Behuf der Ertrags-Bestimmung

und der Herstellung der Erfahrungstafeln geeignet anzuwenden sind, und namentlich für die Ertrags-Bestimmung in Niederwaldungen öfters die besten Behelfe an die Hand geben können), guten Aufschluß über den Ertrag an Zwischen-Nutzungen geben, zweckmäßig sein, größere Probe-Flächen zu dem Ende wirklich durchforsten zu lassen.

#### Ad §. 41. b. Darstellung und Aufbewahrung der Resultate der Probeflächen-Aufnahmen.

Die Aufnahme-Blätter von sämtlichen Probeflächen, die daraus gezogenen Resultate und die auf den Grund derselben hergestellten Erfahrungstafeln werden in ein eigenes Heft vereinigt, welches der generellen Revierbeschreibung als eine besondere Beilage zu dienen hat. In mehreren Forstamtsbezirken sind in dieser Hinsicht die Sub. Litt. A. B. und C. — hier angefügten Formulare als zweckmäßig befunden worden, welche übrigens bloß nachrichtlich mitgetheilt werden, und nach Erforderniß abgeändert werden mögen. — Dem fraglichen Beilage-Hefte können auch noch die übrigen wesentlicheren Hülfspapiere, zu welchen die Ausarbeitung der Forstbeschreibungen die Veranlassung gibt und deren Aufbewahrung von Nutzen sein möchte, angefügt werden.

#### Bonitäts-Klassen.

Um den Grad der Ertrags-Fähigkeit des Bodens jeder Abtheilung gehörig bestimmen zu können, sollen, für jede der in einer Revier vorkommenden Haupt-, Holz- oder Bestands- und resp. Betriebsarten, in der Regel V. Bonitäts-Klassen angenommen werden. Es ist jedoch gestattet, noch Zwischen-Klassen zu bilden, wenn die Differenz von einer der fünf Klassen zur anderen zu groß werden sollte, so wie auch einzelne ausgezeichnet gute, oder besonders schlechte Standorte, — welche unter die Normal-Klassen so wenig subsumirt werden können, als dergleichen Bestände zur Bildung der Ertrags-Tafeln zu wählen sind, — als besondere höhere oder niedrigere Klassen behandelt werden.

Die Boden-Klassen werden nach dem Zuwachs-Verhältnisse des auf demselben stockenden Holzes bestimmt und ausgeschieden, so daß der Boden, auf welchem das Holz in gleichem Alter den stärksten Längenzuwachs und die stärkste Massen-Anlage erhält, auf die erste und jener, auf welchem dieses Zuwachs-Verhältniß das geringste ist, auf die letzte Stufe der Bonitäts-Skale geordnet werde, mit Ausnahme, wie bereits erwähnt worden ist, jener einzelnen Abtheilungen, welche etwa, wegen zu großer Abweichung von dem bei weitem größten Theil der Fläche für die betreffende Revier, als abnorm zu betrachten sind und als Extreme entweder über die Normal-Skale hinausreichen, oder unter derselben verbleiben. Die Zwischenglieder dieser letzten lassen sich leicht bestimmen.

#### Tabellarische Uebersicht der Bonitäts-Klassen nach Formular Nr. 5.

Die Uebersicht nach Formular Nr. 5. zeigt, wie sich die Gesamt-Fläche des zur Holzproduktion bestimmten Bodens in die verschiedenen Bonitäts-Klassen einreihet. Sie wird auf den Grundj der speziellen Forstbeschreibung zusammengestellt, und dabei eben die Ordnung des Vortrages befolgt, welche ad S. 39. hinsichtlich der Uebersicht Nr. 4. (Zusammenstellung der Alters-Klassen) angegeben worden ist. Die produktiven aber dermalen noch unbestockten Unter-Abtheilungen werden zwar in die betreffenden Columnen mit eingereiht, jedoch zur Unterscheidung roth geschrieben, oder unterstrichen.

#### Höchster periodischer und durchschnittlicher Zuwachs.

Die genaue Ausmittlung des höchsten periodischen und des höchsten durchschnittlichen Zuwachses, auf den Grund der Erfahrungstafeln, ist für die Erforschung der vortheilhaftesten Umtriebszeit von großer Wichtigkeit und verdient daher eine besondere Erörterung in der generellen Revierbeschreibung.



**Ad §. 41. c. Uebersicht des Material-Ertrags in den verschiedenen Wirthschafts-Perioden, nach Formular Nr. 6.**

Die Zusammenstellung des Material-Ertrags in den verschiedenen Wirthschafts-Perioden (Formular Nr. 6.), welche den Zweck hat, um zu der Uebersicht des periodisch wahrscheinlichen Ertrags, wie er aus der dermaligen Bestands-Beschaffenheit und aus dem dermaligen allgemeinen Wirthschaftsplan (vide E spezielle Forstbeschreibung, ad 4. Bewirthschaftung b. Abtriebszeit) hervorgeht, — so wie des normalen nachhaltigen Ertrags für die ganze Berechnungszeit zu gelangen, — wird nach folgender Anleitung gefertigt:

**Verfahren, wenn ein Wirthschafts-Complex Hoch- und Niederwaldungen begreift.**

1) Das Formular ist für den Hochwalds-Betrieb mit Perioden à 24 Jahren bemessen. Nachdem aber bereits ad §. 40. bemerkt worden ist, daß für Nieder- (oder Mittel-) Waldungen zur Erleichterung, die Eintheilung in 12jährige Perioden gewählt werden könne, so muß das Formular demgemäß modificirt werden, wenn es sich von einem Wirthschafts-Complex handelt, welcher auf Stockausschlag betrieben wird. Begreift der Wirthschafts-Complex Hochwald und Niederwald zugleich, so kann zwar der Material-Anfall der von letzterem, während der ganzen Berechnungs-Zeit für die Hochwaldungen zu erwarten ist, sofort in die 24jährigen Perioden eingereiht werden, zumal wenn die Niederwalds-Abtheilungen nur einen kleinen Theil der ganzen Fläche einnehmen. In den meisten Fällen aber wird es zur Erleichterung und zur klaren Uebersicht gereichen, wenn zwei Tabellen nach dem Formular Nr. 6. gefertigt werden, die eine für die Hochwaldungen mit 24jährigen Perioden, die andere für die Niederwaldungen mit 12jährigen.

**Ordnung des Vortrags.**

2) In beiden wird dieselbe Ordnung des Vortrags befolgt, wie für die Tabelle Nr. 4. ad §. 39. angegeben worden ist.

Daß für jede Unterabtheilung in die verschiedenen Columnen einzusetzende Detail ergibt sich aus der speziellen Forstbeschreibung. Die Columnen der ersten Seite des Formulars, bis zur Columnne „Haubarkeits-Ertrag per Tagwerk“ und inclusive derselben, werden für sämtliche Abtheilungen, gleichviel welcher Periode sie angehören, ausgefüllt, wobei in der Columnne „vorherrschende Holzart“ außer dieser auch noch die etwa bei der Verjüngung zu begünstigende angegeben und (hier wie in dem speziellen Wirthschafts-Plane) durch Unterstreichung näher bezeichnet werden kann; die übrigen Columnen werden nur ausgefüllt, je nachdem die Unterabtheilungen sich in die verschiedenen Wirthschafts-Perioden einreihen. — Wenn es zu mühsam sein sollte, den dermaligen Holz-Vorrath auch bei der Jungholz- und Mittelholz-Klasse speziell für jede einzelne Position auszuwerfen, so kann derselbe für diese beiden Alters-Klassen summarisch ermittelt und bei jeder Betriebs-Klasse beigefügt werden.

Vortrag der Abtheilungen, welche im Laufe der Berechnungszeit entweder gar nicht, oder mehr als einmal mit Angriffshieben vorkommen.

3) Abtheilungen, welche im Laufe der Berechnungszeit gar nicht in Angriff kommen, (z. B. ein junger Schlag in einer haubaren Abtheilung, welcher mit derselben, nachdem sie verjüngt worden, im Anfange des nächsten Turnus in einer Reihenfolge erst wieder zum Hieb gezogen werden soll; — oder eine Blöße, welche, wegen ihrer Umgebungen u., so spät erst aufgefórstet werden kann, daß sie im Laufe des gegenwärtigen Turnus ihre Haubarkeit nicht mehr erreicht; — oder Abtheilungen mit jungen und mittelwüchsigem Eichen, welche, um für den Nachhalt an starkem Holze zu sorgen, ganz und gar für den nächsten Turnus reservirt werden sollen) werden mit ihrem Flächenbetrag nur auf der ersten Seite vorgetragen und durch ein \* daselbst besonders bezeichnet; eine Einreihung dieses Flächenbetrags in eine der Perioden findet aber nicht statt.

Abtheilungen hingegen, welche in verschiedenen Perioden mit Angriffshieben doppelt zum Vortrage kommen (z. B. ein haubarer Forst in jungen Schlägen, welcher in der nächsten Zeit abgetrieben und dann mit dem übrigen Theil der Abtheilung in der letzten Periode in einer Reihenfolge wieder in Angriff kommen soll; — oder auch ganze Abtheilungen, welche zur Erzielung besserer Hiebs-Ordnung, oder aus Rücksicht auf ihre individuelle ökonomische Haubarkeit im Laufe der für die betreffende Betriebs-Klasse festgesetzten Umtriebszeit zweimal verjüngt werden sollen u.) werden auf die Weise besonders bezeichnet, daß ihre Flächen- und Material-Beträge sowohl auf der ersten Seite, als in den Perioden, in welche sie sich zu zwei verschiedenen Malen einreihen, unterstrichen werden. Eben dasselbe ist zu beobachten, wenn in gewissen Distrikten die Schlagwirthschaft gar nicht eingeführt werden könnte, sie ausnahmsweise einem geregelten Fehmelbetriebe unterworfen bleiben müßten, und die Abtheilungen derselben mehrere Male, in verschiedenen Perioden, mit Plänterhieben in Anspruch genommen werden sollen; oder wenn Plänterhiebe, um auf die Schlagwirthschaft gegen Ende des Turnus einzulassen, in den ersten Perioden desselben wiederholt vorgenommen werden müßten.

Nur für die erste Periode findet ein spezieller Vortrag der verschiedenen Hiebarten statt.

4) Aus dem Formular ergibt sich, daß nur für die erste Periode ein spezieller Vortrag der verschiedenen Hiebarten, also auch der Durchforstungen, welche innerhalb dieses ersten Zeitraums zur Ausführung kommen sollen, bei den einzelnen Abtheilungen und Unterabtheilungen statt finde. Für die übrigen Wirthschafts-Perioden beschränkt sich der spezielle Vortrag auf die betreffenden Flächenbeträge mit ihren Haubarkeits-Erträgen, und der mutmaßliche Anfall an Zwischen-Ruhungen wird bei jeder Betriebsklasse nur noch summarisch für jede Periode, nach seinem Verhältniß zur Haupt-Ruhung, auf dem Grund der besonderen Ausmittlung, wovon ad §. 41. a. die

Nede gewesen ist, aufgeworfen, wobei jedoch im Falle die Ausmittelung nur summarisch geschah, darauf Rücksicht zu nehmen und der Zwischen-Nutzungs-Anfall für die folgenden Perioden verhältnißmäßig geringer zu bemessen ist, wenn Motive vorhanden gewesen sind, um der ersten Periode mehr Zwischen-Nutzungen zuzurechnen, als das Durchschnitts-Verhältniß es mit sich bringt.

Der ganze Material-Anfall wird, ohne weitere Ausscheidung, nur in Klaftern und Wellen angegeben.

5) Es ergibt sich ferner aus dem Formular, daß der ganze Material-Anfall nur in Klaftern und Wellenhundertern angegeben, demnach von einer Ausscheidung des Bau- und Nutzholzes, deren in der Entschließung vom 31. Mai 1827 noch Erwähnung geschehen ist, Umgang genommen werden soll. Die Einschätzung und der Vortrag geschehen nach Normal-Klaftern à 128 Cub. Fuß Raum (im Rheinkreise 144); für die Wellen aber nach dem üblichen Lokalmasse. Indem man hierdurch wieder eine große Vereinfachung in der Aufstellung des allgemeinen Wirthschafts-Plans gewährt, erwartet man, daß nichts destoweniger die nachhaltige Deckung des Bau- und Werkholz-Bedürfnisses bei der Forsteinrichtung stets im Auge behalten und in dem, §. 38. die Art und Weise, zwar summarisch, doch klar und deutlich erörtert werden wird, wie dafür gesorgt worden ist, so wie auch, so viel die Umstände es gestatten, darauf Bedacht zu nehmen ist, daß ein möglichst gleicher periodischer Ertrag an verschiedenen Holzgattungen und von jeder Betriebsart erzielt werde.

Vortrag der Abtheilungen, deren Abholzung sich in verschiedene Perioden erstreckt.

6) Abtheilungen, welche nach dem, was ad §. 38. angeführt worden ist, die spezielle Bestimmung zur Erziehung von stärkerem Bau- und Werk- oder Commercial-Holze erhalten haben, und deren Angriff oder Abholzung sich in mehrere Per-

rioden erstrecken möchte, werden nach Massgabe der muthmasslichen Flächen- und Material-Beträge, welche jeder dieser verschiedenen Perioden angehören werden, in dieselben vertheilt und eingereiht.

Eben so die größeren Abtheilungen, deren Verjüngung mehr als eine Periode in Anspruch nehmen möchte, und wovon Sub. Litt. B. (Bestands-Abtheilung) und ad §. 39. die Rede gewesen ist.

Vortrag des etwaigen Material-Anfalls von dem als improductiv classificirten Boden, oder von Abtheilungen, welche für jetzt noch als unbestockt angesprochen werden.

7) Fllze und Möser, welche nur Krüppelholz erzeugen, so wie auch hohe Gebirgs-Lagen und Felsen-Parthien, woselbst nur noch eine geringe und kümmerliche Holz-Vegetation statt findet, werden zwar zum productiven Waldboden nicht gerechnet; da sie aber doch von Zeit zu Zeit einigen Material-Anfall gewähren, so ist dieser, eintretenden Falls, gleich den Zwischen-Nutzungen, nur summarisch in die entsprechenden Perioden einzureihen, ohne eine Angriffs-Fläche in den betreffenden Columnen dafür auszuwerfen; in der Columne der Anmerkungen wird das Nöthige kurz erläutert.

Bei jenen Abtheilungen, welche wegen der ganz schlechten Beschaffenheit ihres dermaligen Bestandes fürs erste noch als unbestockt angesprochen worden sind, findet zwar der spezielle Vortrag des aus diesem Bestande zu erwartenden geringen Material-Ergebnisses in der betreffenden Periode statt, jedoch ebenfalls ohne Angabe einer Angriffsfläche daselbst.

Verfahren, wenn einzelne Betriebsklassen eine kürzere oder längere Umtriebszeit haben, als die Berechnungszeit.

8) Nach dem, was ad §. 40. gesagt worden ist, wird öfters der Fall eintreten, daß, bezüglich auf einzelne Betriebs-Klassen von längerem Umtriebe, die Uebersicht No. 6. für Hochwaldungen auf eine größere Zahl von Wirthschafts-Perioden

ausgedehnt werden müsse, als die Berechnungszeit es an und für sich mit sich bringt, so wie umgekehrt Betriebsklassen von kürzerer besonderer Umtriebszeit in Hoch- und Niedermaldungen weniger Perioden begreifen können, als die Berechnungszeit. Da nun die Uebersicht sich, mit Berücksichtigung dessen, was in demselben §. 40. hinsichtlich der Bruchtheile einer Periode ( $\frac{1}{4}$ ,  $\frac{1}{2}$  oder  $\frac{3}{4}$ ), welche zuletzt vorkommen können, erwähnt wurde, — auf die eigentliche Berechnungszeit in der Haupt-Zusammenstellung des periodischen Ertrags beschränken soll, so wird in beiden Fällen folgendermaßen verfahren:

a) Für die Betriebsklassen mit längerer Umtriebszeit werden zwar die weiter nöthigen Perioden ebenfalls angelegt und die betreffenden Beträge in dieselben eingereiht, jedoch gewissermaßen nur pro Nota, und ohne die Ertrags-Ausmittlung für die übrigen Betriebsklassen so weit, das heißt über die Berechnungszeit hinaus, auszuführen.

b) Für die Betriebsklassen mit kürzerer Umtriebszeit hingegen, wird das Fehlende, zur Vervollständigung der Berechnungszeit, nach Maßgabe des sich für jede dieser Betriebsklassen ergebenden jährlichen Durchschnitts-Ertrags während ihrer ganzen Umtriebszeit, ergänzt, resp. die betreffende Rate des in diesen letzten Jahren der Berechnungszeit mutmaßlich aus den fraglichen Betriebsklassen zu erwartenden Material-Anfalls hinzugesetzt, wobei man jedoch keine Angriffsfläche mehr auszuwerfen braucht. Dieses Verfahren erscheint um so mehr als genügend zu dem vorliegenden Zwecke, als angenommen werden darf, daß man sich, gegen diese spätere Zeit hin, bereits einem regelmäßigen Alters-Klassen-Verhältnisse, und damit dem normalen nachhaltigen Ertrage sehr genähert haben wird, und als die Resultate des Wirthschafts-Controlebuchs mit der Zeit mehr sichere Anhaltspunkte bei den Ertrags-Revisionen gewähren werden, als dormalen zu Gebote stehen oder bei der jetzigen Ertrags-Bestimmung gesucht werden können.

**Verfahren, um die Resultate der besondern Uebersicht für Niederwaldungen in jene für Hochwaldungen zu übertragen.**

9) Wenn in dem sub. Nr. 1. erwähnten Falle eine besondere Uebersicht A. für Hochwaldungen und eine andere B. für Niederwaldungen angefertigt werden, so müssen die Resultate letzterer, nachdem die verschiedenen Betriebsklassen der Uebersicht A. recapitulirt und die Summen derselben für jede Periode gezogen worden, summarisch dahin übertragen werden, um die Total-Summen für den ganzen Wirthschafts-Complex zu erhalten. Die Beträge von zwei Niederwalds-Perioden à 12 Jahren werden bei diesem Uebertrag für eine Hochwalds-Periode zusammengeworfen. Da aber die Berechnungszeit für Niederwaldungen kaum mehr als  $1\frac{1}{2}$ , höchstens 2 Hochwalds-Perioden ausfüllen wird, so hat der Taxator zu beurtheilen, ob die zweite Umtriebszeit des Niederwaldes denselben Durchschnitts-Ertrag, oder mehr oder weniger, als dessen erste, erwarten lasse, und hiernach berechnet er den Material-Anfall für die Folgezeit, um die übrigen Hochwalds-Perioden in dieser Hinsicht zu ergänzen, indem er diesen muthmaßlichen künftigen Ertrag des Niederwaldes ebenfalls pro rata in dieselben einreihet.

Hat man es für angemessen erachtet, Buschbölzer in 6jährige Perioden einzureihen, so fertigt man dafür eine besondere dritte Uebersicht C., und verfährt damit auf ähnliche Weise, indem man die Resultate derselben zuerst in die Uebersicht B. überträgt und erst, nachdem die 12jährigen Perioden dieser ergänzt sind, den Gesamt-Uebertrag der Niederwaldungen in die Uebersicht A. bewirkt.

So wie dormalen ein gewisser Holz-Vorrath an Samenbäumen auf jungen Schlägen oder bereits angebauneten Abtheilungen, in welchen die Nachbauung im Laufe der ersten Periode bewirkt werden soll, vorhanden ist, so wird es auch am Schlusse der letzten Wirthschafts-Periode der Fall sein, daß ein größerer oder kleinerer Vorrath auf den angegriffenen Fließflächen übrig,

und für die erste Periode des nächsten Turnus disponibel bleiben wird. Es ist zu beurtheilen, welches der ungefähre Betrag dieses Vorraths alsdann sein könne, und derselbe kommt summarisch von dem Material-Anfall der letzten Periode in Abzug.

Es finden keine anderen Verschiebungen statt, als jene, welche bei Herstellung des Wirthschafts-Plans für den nächsten Zeit-Abschnitt unvermeidlich sein möchten.

Damit ist die Zusammenstellung des Ertrags nach den verschiedenen Wirthschafts-Perioden beendigt. Mag sich dieser von einer dieser Perioden zur andern noch so ungleich ergeben, so sollen Verschiebungen und die davon unzertrennlichen mühsamen neuen Ertrags-Berechnungen für jetzt nur auf jene beschränkt bleiben, welche etwa bei der Festsetzung des Wirthschafts-Plans für den nächsten Zeitabschnitt von 12 Jahren (wovon in dem folgenden Kapitel die Rede ist) unvermeidlich sein möchten, und alles Uebrige bleibt für die künftigen Waldstands-Revisionen und die Betriebspläne folgender Zeitabschnitte vorbehalten. Denn es handelt sich dermalen nicht davon, eine Gleichstellung der Perioden im Voraus auszumitteln, die ohnehin in vielen Fällen mit dem, was das Einlenken auf den Normal-Ertrag erfordert, collidiren würde, sondern nur von einer Basis, um den Etat für die nächste Zeit zweckgemäß festzusetzen.

### Durchschnitts-Zuwachs und normaler nachhaltiger Ertrag.

In der Abtheilung c. des S. 41. sollen noch, außer den nöthigen Erläuterungen zur Uebersicht Nr. 6., die geeigneten Erörterungen über Durchschnitts-Zuwachs oder jährlichen Durchschnitts-Ertrag per Tagwerk und normalen nachhaltigen Ertrag beigelegt werden.

Wollte man den jährlichen Durchschnitts-Zuwachs in der Art ausmitteln, daß derselbe als die Verhältnißzahl der gesamm-



ten Ertrags-Fähigkeit oder Massen-Produktion während der Berechnungszeit anzusehen wäre, so müßte man sich in ein schwieriges Detail einlassen und die Frage eingehen: welchen Zuwachs jede Abtheilung nach ihrer im Laufe des Turnus vorzunehmenden Verjüngung, durch welche ihr dermaliges Ertrags-Vermögen mehr oder weniger modificirt werden wird, bis an das Ende der Berechnungszeit noch erwarten lasse? Eine so mühsame Berechnung abgesehen davon, daß sie dennoch unsicher wäre, würde ohne wesentlichen Nutzen bleiben, und es ist daher unter dem normalen nachhaltigen Ertrag jener zu verstehen, welcher sich für die einzelnen Betriebsklassen und resp. für jeden Wirthschafts-Complex aus der Summe des ganzen in der Uebersicht Nr. 6. dargestellten Material-Anfalls für die Berechnungszeit, dividirt durch die Anzahl Jahre, ergibt; — unter jährlichem Durchschnitts-Zuwachs per Tagwerk aber jener, welcher für jede Betriebsklasse aus dem Betrage ihres Durchschnitts-Ertrags für den ganzen Turnus per Tagwerk des produktiven Bodens (also exclusive des zufälligen Material-Anfalls vom unproduktiven), dividirt durch die Anzahl Jahre (oder auch aus dem normalen nachhaltigen Ertrag nach Abzug des Anfalls vom unproduktiven Boden, dividirt durch die Anzahl Tagwerke des produktiven Bodens), gefunden wird. — Außer diesem Durchschnitts-Zuwachs für jede Betriebsklasse läßt sich auf ähnliche Weise der Durchschnitts-Zuwachs für den ganzen Complex, oder die Revier, ebenfalls leicht ermitteln und angeben.

Ad §. 41. d. Dermaliger Holz-Vorrath und normaler. —  
Ausmittlung des Material-Stats für die nächste Zeit.

Nur dann wird der normale nachhaltige Ertrag ohne weiteres auch als Material-Stat für die nächste Zeit angenommen werden können, wenn der Wald bereits geregelt ist, in demselben eine dem geregelten Zustande entsprechende Alters-Abstufung schon vorherrscht und sich demnach in der Uebersicht Nr. 6. der Material-Anfall in den verschiedenen Perioden von

selbst ziemlich gleichgestellt hat. Ist dieses der Fall nicht, wie es sich bei den meisten Wirthschafts-Complexen ergeben wird, so muß der Material-Stat für die nächste Zeit hauptsächlich aus dem Verhältnisse des dermaligen Holz-Vorrathes zu dem, welcher vorhanden sein müßte, wenn der Wald schon geregelt wäre (zu dem normalen Holz-Vorrathe), ermittelt werden. Denn der aus dem wirklichen Zustand eines Waldes sich ergebende Holz-Vorrath ist eigentlich als das Material-Kapital zu betrachten, von welchem zunächst die Zinsen genutzt werden sollen. Ist derselbe größer oder kleiner als der normale, so wird auch in der Regel die jährliche Nutzung für's erste über oder unter dem normalen nachhaltigen Ertrage gegriffen werden müssen, um allmählig zu diesem, und damit zu der geregelten Alters-Abstufung, die er voraussetzt, zu gelangen, wobei es sich öfters ergeben wird, daß manche Bestände über oder unter ihrem rechten Umtriebs-Alter abgeholzt werden müssen, abgesehen davon, daß die Nothwendigkeit hierzu auch durch das, was die Einführung der Reihesolge und Fiebs-Ordnung erheischt, bedingt wird.

Der dermalige Holz-Vorrath ergibt sich bereits aus der Uebersicht No. 6,, und es bedarf daher nur noch der Ausmittelung des normalen. Wer sich mit Hundeshagen's Forst-Abschätzung auf neuen wissenschaftlichen Grundlagen und den dadurch veranlaßten Erörterungen vertraut macht, wird den Normal-Vorrath und das aus demselben sich ergebende, hernach auf den wirklichen Vorrath anzuwendende Nutzungs-Procent, auf den Grund der für jede Betriebs- und Bonitäts-Klasse angewendeten Erfahrungstafeln, berechnen. — Für diejenigen, welchen ein solches Verfahren fremd ist und bleibt, wird Folgendes bemerkt:

Der Normal-Vorrath ergibt sich annäherungsweise durch das Produkt des für jede Betriebsklasse ausgemittelten Durchschnitts-Zuwachses per Tagewerk multiplicirt mit dem halben Umtriebs-Alter und dem ganzen Flächen-Inhalte.

Wenn die Wachstums-Verhältnisse in Hochwäldungen ungefähr so sind, wie die Gotta'schen Tafeln es angeben, so erhält man ein richtigeres Resultat, indem man jenes Produkt um 10 pCt. vermindert. — Für Niederwäldungen findet diese Verminderung nicht statt.

Der Etat für die nächste Zeit ergibt sich annäherungsweise aus dem Verhältnisse des normalen Vorraths, des diesem entsprechenden Normal-Etats und des wirklich gegenwärtigen Holz-Vorraths.

Es seien z. B. im 120jährigen Umtriebe mit geregelter Alters-Abstufung 1200 Tagewerk Buchen, und zwar:

100 Tagw. mit einer Massen-Produktion von	2932 (IIIr Klasse)
300 — — — — — — — —	13170 (Vr — )
800 — — — — — — — —	52568 (VIIIr — )

Summa 68670.

Der normale nachhaltige Ertrag wäre demnach 572 Klafter. Der Durchschnitts-Ertrag per Tagewerk 57,22 Klafter und der jährliche Durchschnitts-Zuwachs per Tagewerk 0,4768.

Durch das Annäherungs-Verfahren würde man als Normal-Vorrath erhalten: 0,4768 multiplicirt mit 60 oder der halben Umtriebszeit, und mit 1200 oder der ganzen Fläche (oder sogleich mit  $60 \times 1200 = 72000$ ) = . . . . 34330  
Verminderung um 10 pCt. . . . . 3433

Verbleiben 30897 Klafter.

Der Normal-Vorrath (in diesem Beispiel zugleich der wirkliche) ist aber 29970 Klafter und man hätte sich ihm also durch das angegebene Verfahren sehr genähert.

Den Etat für die nächste Zeit würde man dann nach folgendem Verhältnisse ausmitteln:  $30897 : 572 = 29970 : 558$  Klafter, und man hätte also annäherungsweise den Etat bis auf 16 Klafter richtig ermittelt.

In diesem Beispiele wurde regelmäßige Alters-Abstufung vorausgesetzt. Daß übrigens bei Festsetzung der Nutzungsgröße für die nächste Zeit ein wesentlicher Bedacht auf das wirklich

bestehende Altersklassen-Verhältniß stets genommen werden müsse, versteht sich von selbst, indem es öfters der Fall sein kann, daß der dormalige Holz-Vorrath dem normalen zufällig nahe steht, und dennoch der, diesem letzten entsprechende, nachhaltige Ertrag, aus Mangel an harbarem Holze, noch nicht erreicht werden kann.

Da in Hochwäldungen die Wollen nur als Abfall von Stammholze zu betrachten sind, so kommen sie bei solchen Ausmittelungen wenig in Betracht, und für diese Betriebsart ist daher hauptsächlich der Material-Anfall in Klästern in Berechnung zu nehmen.

Besondere Umstände, welche noch bei Festsetzung des Etats für die nächste Zeit in Betracht kommen können.

Noch andere Umstände, als das Verhältniß der Altersklassen und des wirklichen Holz-Vorraths zu dem normalen, können auf die Festsetzung des Etats für die nächste Zeit wesentlichen Einfluß üben.

Unabweislicher momentaner Bedarf wird, wie bereits in der Anleitung zur Anfertigung der Forstwirtschafts-Etats für die dritte Finanz-Periode bemerkt worden ist, selbst bei vorhandenem Minus des Holz-Vorraths im Verhältniß zum Nachhalt, zu einem höheren Ansätze, zu einem temporären Vorgehens die Veranlassung geben, wie denn ad S. 38. schon angeführt worden ist, daß man sich dadurch sogar in die Nothwendigkeit versetzt sehen könne, einen Theil der Bestände für's erste einer kürzern Umtriebszeit oder einer im Allgemeinen weniger vortheilhaften und angemessenen Betriebsart zu unterwerfen.

Umgekehrt wird Mangel an Absatz, selbst bei starkem Ueberschusse im Holzvorrathe, es mit sich bringen, daß man mit dem Etat für's erste unter der aus diesem Ueberschusse sich abbleitenden Abzugs-Größe, vielleicht sogar unter dem normalen nachhaltigen Ertrage zurückbleibe.

Es können zwei benachbarte Reviere oder Wirthschafts-Complexe hinsichtlich des Holz-Vorraths und der Altersklassen in entgegengesetzten Verhältnissen stehen; daß eine mit starkem Ueberschusse an haubarem Holze, während in dem andern die Mißverhältnisse in den Altersklassen, die überwiegende Zahl der jüngeren und die Beschaffenheit der zunächst zum Fieb disponiblen Bestände von der Art sind, daß man selbst die aus dem vorhandenen Holz-Vorrathe sich ergebende geringere Nutzungs-Größe, auch mit Zuhülfenahme aller, möglicher Weise noch früher als die eigentlichen Durchforstungs-Epochen es mit sich bringen, zu realisirenden Zwischen-Nutzungen, dennoch nicht beibehalten könnte, ohne Bestände vor der Zeit, in ihrem besten Zuwachse, in Angriff zu nehmen und dadurch einen zu bedeutenden Verlust an der Massen-Produktion herbeizuführen. — Wenn nun in solchem Falle die übrigen Lokal-Verhältnisse, namentlich jene der Holz-Verbringung, von der Art sind, daß ein Complex dem andern ausbelfen, temporär und mit Vorbehalt demnächstiger Ausgleichung einen Theil des Abgabefasses für den andern übernehmen könne, so ist hierauf ein vorzüglicher Bedacht zu nehmen und es sind die Etats beider für die nächste Zeit so zu combiniren, daß der mit Ueberschuß versehene über seine individuelle Nutzungs-Größe, der andere hingegen unter derselben angegriffen werden, wogegen umgekehrt, in späteren Zeit-Abschnitten, der jüngere Complex jenem Ersatz zu leisten und hinwiederum einen Theil seines Abgabefasses zu übernehmen haben wird.

Starke Hauungen in anderen Waldungen, welche voraussichtlich einige Jahre hintereinander fortgesetzt werden sollen, können es nothwendig machen, daß in einer Revier vor der Hand zurückgehalten werde, und es kann hiernach der Fall eintreten, daß für die ersten Jahre sofort ein geringerer Abgabefass ausgemittelt werde, als für den Rest des nächsten Zeitabschnitts, welchen der im Kap. IX. zu erörternde Wirthschaftsplan zu begreifen hat.

Beschränkung und Erweiterung des Stats für einzelne Zeit-Abtheilungen des nächsten Zeitabschnitts kann sich ferner daraus ergeben, wenn die Holz-Verbringung wegen kostspieliger Trift- und anderer Anstalten, oder wegen besonderer Absatz-Verhältnisse, in großen Massen geschehen muß, es daher räthlich ist, einige Jahre hintereinander das Material, welches mehrere Complexe hierzu zu liefern haben, nur aus einem zu entnehmen, und dann in den folgenden Jahren in den übrigen Revieren oder Complexen eben so zu verfahren.

Alle diese und andere einwirkende Verhältnisse sind in sorgfältige Erwägung zu ziehen und in dem §. 41. ad d zu erörtern. Der Forstbetriebs-Regulator darf sie jedoch nicht jetzt erst in das Auge fassen; sie müssen ihm bei der ganzen Forst-Einrichtung, namentlich bei der speciellen Forst-Beschreibung und bei der Bearbeitung des ganzen VIII. Kapitels der generalen Revier-Beschreibung vorschweben, wie denn schon früher angedeutet worden ist, daß sämtliche Betriebs-Regulierungs-Arbeiten im Zusammenhange, in inniger Beziehung mit einander stehen.

Das ausgemittelte Stats-Quantum soll in runden Summen für jeden Wirthschafts-Complex dergestalt ausgedrückt werden, daß keine Einheiten von Klaftern oder Wellenhundertern, sondern nur Zehner vorkommen. Für etwa zur Veräußerung oder Purifikation ausgeschiedene Walddistrikte wird der beiläufige jährliche Ertrag, welchen sie, so lange sie noch nicht veräußert sind, erwarten lassen, dem Haupt-Stat beigelegt, welcher nach der Veräußerung sodann wieder um eben so viel vermindert wird.

Mit der Festsetzung des periodischen Material-Stats oder Abgabesazes für den nächsten Zeit-Abschnitt schließt sich das Kapitel VIII. und die Erörterungen des allgemeinen Wirthschaftsplans.

## **Zu Cap. IX. Von dem Wirthschaftsplane für den nächsten Zeit-Abschnitt.**

**Ad §. 42. Holz-Nutzung. — Specieller Wirthschaftsplan für den nächsten Zeit-Abschnitt nach Formular Nr. 7.**

Wie nun der für die nächsten 12 Jahre oder zwei Finanz-Perioden festgesetzte Material-Etat während dieses Zeitraums zu realisiren und welche Geld-Einnahme aproximativ davon zu erwarten sei, ist Gegenstand der Erörterung im §. 42. und in der Uebersicht Nr. 7., oder dem speciellen Wirthschaftsplane für den fraglichen Zeit-Abschnitt. Ohne sich in die specielle Bestimmung der einzelnen Jahre einzulassen, in welchen die verschiedenen Hiebe geführt werden sollen, indem diese dem ausübenden Forstbeamten überlassen und Sache der jährlichen Fällungs-Vorschläge bleibt, hat der Forst-Regulator sich darauf zu beschränken, daß er die Abtheilungen und Unterabtheilungen bezeichne, in welchen während der nächsten 12 Jahre irgend eine Fällung vorgenommen werden und dabei in der Columne der Bemerkungen zur Tabelle, oder in dem Vortrage in der generellen Revier-Beschreibung, die Hiebß-Ordnungsfolge ungefähr andeute, welche nach seinem Ermessen die zweckmäßigste sein dürfte.

Da die erste Wirthschafts-Periode für Hochwaldungen 24 Jahre begreift, so wird sich die Auswahl für die erste Hälfte derselben, aus den in die ganze Periode eingereihten Bestands-Abtheilungen, ohne alle Verschiebung treffen lassen, den seltenen Fall ausgenommen, wenn in einem Complexe ein solcher Mangel an haubarem Holze vorherrschend sein sollte, daß sogar alle in die erste Periode treffende Haupt- und Zwischen-Nutzungen nicht einmal für die erste Hälfte derselben ausreichen sollten und dennoch ein momentaner unabweislicher Bedarf es nicht gestattet hätte, den periodischen Etat geringer zu setzen. — Hinsichtlich der Niederwaldungen hingegen können Verschiebungen öfters nothwendig werden, wenn für diese die erste Periode, wie der nächste Zeit-Abschnitt, nur 12 Jahre

begreift, und man sich daher in dem Falle befinden wird, entweder einzelne Abtheilungen, welche in der Uebersicht Nr. 6. in die erste Wirthschafts-Periode eingereiht wurden, in den speciellen Wirthschafts-Plan nicht aufzunehmen, sondern in die zweite Periode zurückzuversetzen; oder umgekehrt einzelne, dort der zweiten Periode zugerechnete, Abtheilungen in die erste herüberzuziehen.

Bei dieser Auswahl der, während der nächsten 12 Jahre mit irgend einer Fällung in Anspruch zu nehmenden Abtheilungen ist mit einer um so größerer Vorsicht zu verfahren, als die periodischen Wirthschafts-Pläne, sobald sie demnächst die Genehmigung des Staats-Ministeriums erhalten haben, genau eingehalten werden und die Schranken bezeichnen sollen, innerhalb welchen sich der ausübende Forstbeamte zu bewegen hat, und welche er ohne höhere Ermächtigung nicht mehr soll überschreiten dürfen.

#### Unterscheidung der Hiebarten.

Zum Behuf des speciellen Wirthschafts-Plans findet folgende Eintheilung der verschiedenen Hiebarten für Hochwäldungen statt:

**I. Haupt-Nutzungen.** Jeder Material-Anfall, welcher sich in einer Bestands-Abtheilung ergibt, nachdem sie durch die Uebersicht Nr. 6. oder durch den speciellen Wirthschafts-Plan Nr. 7. mit ihrer Angriffsfläche und ihrem Haubarkeits-Ertrage in die nächste Wirthschafts-Periode eingereiht worden ist, wird unter den Begriff der Haupt-Nutzung subsummirt; oder mit andern Worten: mit dem Eintritt eines Bestandes in die jedesmalige nächste Wirthschafts-Periode nehmen alle Holz-Nutzungen in demselben den Charakter der Haupt-Nutzung an. Diese zerfällt, nach Maßgabe der speciellen Betriebs-Manipulation, vermittelst welcher der Material-Anfall gewonnen werden soll, in:

##### A. Angriffs- oder Besamungshiebe.

**N. Nachbauungen.** Diese kommen bei Anfertigung des speciellen Betriebsplans nur in so weit abgesondert zum



Vertrage, als es sich von Abtheilungen handelt, die bereits früher angehauen wurden, und woselbst die Samenbäume im Laufe des nächsten Zeit-Abschnitts abgetrieben werden sollen. Für jene Abtheilungen hingegen, welche erst noch anzugreifen sind, wird der Ertrag der Nachhiebe, sofern sie im Laufe der nächsten 12 Jahre vorgenommen werden sollen, ohne Ausscheldung sogleich in den Material-Anfall der Angriffshiebe einbezogen; können aber die Nachhiebe erst später zur Ausführung kommen, so wird sub A. nur der Ertrag des Besamungshiebs vorgetragen.

V. Vorbereitungshiebe (oder letzte Durchforstung), insofern die betreffenden Abtheilungen nicht sofort, im Laufe des nächsten Zeit-Abschnitts, auch in Angriff genommen werden sollen. Ist dieses letzte aber der Fall, so werden die Vorbereitungshiebe in dem speciellen Wirthschafts-Plan nicht ausgeschieden, sondern ihr Ertrag wird ebenfalls sogleich unter die Angriffshiebe oder Besamungshiebe eingerechnet und in den Anmerkungen kurz angedeutet: daß in den ersten Jahren vorerst nur ein Vorbereitungshieb mit N. Klafter per Tagwerk zu führen sei.

P. Plänterhiebe. In diese Rubrik reihen sich diejenigen Abtheilungen ein, welche wegen ihrer unregelmäßigen Bestands-Beschaffenheit dem Fehmel-Betriebe unterworfen werden und mittelst desselben während des nächsten Zeit-Abschnitts einen Theil ihres Haupt-Ertrags abwerfen sollen. Es gehören dahin ebensowohl diejenigen Distrikte, welche nicht wohl anders als nach einer, in jedem Falle auf möglichst langen Intervallen zu regulirenden, periodischen Plänterwirthschaft benutzt werden können (z. B. die höhern Lagen im Hochgebirge; — sehr steile und felsige Einhänge, wo die Verjüngung mittelst regelmäßiger Schläge besonders schwierig wäre u. dgl.), sondern auch solche Distrikte, in welchen die noch vorzunehmenden Plänter- oder bedeutenderen Auszugshiebe eigentlich nur den Uebergang zur regelmäßigen Schlag-Wirthschaft bilden und diese vorbereiten sollen.

## II. Zwischen-Nutzungen der laufenden Periode.

Sie begreifen:

D. (1. 2. 3. etc.) Die 1ste, 2te, 3te u. s. w. regulären Durchforstungen, welche im Laufe des nächsten Zeit-Abschnitts in solchen Abtheilungen vorgenommen werden sollen, deren Angriff späteren Perioden angehört, und

R. Einzelne Auszüge; Reinigung von einzelinem abständigem Holze; vom Weichholze in den jüngeren Beständen und andere dergleichen Auspußungen, welche ebenfalls in den Abtheilungen der späteren Perioden während des nächsten Zeit-Abschnitts zur Ausführung kommen sollen; und weder unter die regulären Durchforstungen, noch unter die eigentlichen Fehmel- oder Plänterbiebe subsumirt werden können.

III. Zufällige Material-Ergebnisse aus den späteren Perioden. Außer den zur Deckung des Material-Etats bezeichneten Haupt- und Zwischen-Nutzungen wird sich, im Verlaufe des nächsten Zeit-Abschnitts, an einzelnen Windwürfen, Borkenkäfer- und anderem Dürholze etc. aus denjenigen Abtheilungen, welche bei Anfertigung des speciellen Wirthschaftsplans gar nicht in Betracht gezogen worden sind, eine zufällige Material-Einnahme ergeben, welche nach Maßgabe der örtlichen Verhältnisse bald von größerem, bald nur von unbedeutendem Umfange sein kann. Der auszumittelnde ungefähre Durchschnitts-Betrag dieser zufälligen Material-Anfälle für 12 Jahre ist, ganz summarisch, in den Columnen des Material-Anfalls im Ganzen, im speciellen Wirthschaftsplane auszuwerfen, nur pro nota und ohne darum weniger an Haupt- und Zwischen-Nutzungen vorzutragen, als zur Deckung des zwölffachen Betrags des periodischen Etats erforderlich ist, wodurch einiger Spielraum für die Ausführung gewonnen wird.

Für Nieder- und Mittel-Waldungen kommen nur in Vortrag:

IV. A. Angriffsbiebe oder Haupt-Nutzungen,  
 Sehlen, Archiv. VII. Bd. 28 Heft. 8

worunter der Gesamt-Ertrag der für den nächsten Zeit-Abschnitt in Angriff zu nehmenden Abtheilungen verstanden wird; dieser Ertrag mag mit einemmale sogleich beim Stockhiebe, oder, in den besonderen Fällen, wo dieses durch die Regeln der Holzzucht angezeigt ist, zum Theil mittelst nachheriger Nachhauungen erfolgen.

V. Zufällige Material-Ergebnisse aus den späteren Perioden, welche, wie bei den Hochwaldungen, bloß summarisch und pro nota vorgemerkt werden.

Die vorgesezten Buchstaben dienen dazu, um die betreffenden speciellen Betriebs-Operationen in den hierzu bestimmten Columnen der Uebersicht Nr. 6. erste Wirthschafts-Periode, und in der speciellen Forst-Beschreibung (Formular Nr. 9.), so wie auch demnächst in dem Wirthschafts-Controlebuch, wovon weiterhin die Rede sein wird, kurz zu bezeichnen.

In dem speciellen Wirthschaftsplan wird, für jeden Wirthschafts-Complex die Ordnung des Vortrags befolgt, wie sie so eben von I. bis V. angegeben worden ist. Sowohl diese Haupt-Abtheilungen oder Rubriken, als die Unter-Abtheilungen nach den specielleren Betriebs-Manipulationen werden in demselben durch Aufschrift bezeichnet. — Jede Unterabtheilung oder Spezial-Rubrik wird, nachdem die betreffenden Bestands-Abtheilungen, nach der Ordnungs-Folge der Distrikte und ohne in eine Ausscheidung nach den verschiedenen Betriebs-Klassen, in welche etwa jede der beiden Hauptbetriebs-Arten (Hochwald und Niederwald) zerfällt, einzugehen, aufgeführt worden sind, für sich summirt; sodann auch die Summe für jede Haupt-Rubrik ausgeworfen und am Ende, durch Recapitulation, die Totalsumme gezogen.

Die Columnen auf der ersten Hälfte des Formulars Nr. 7. bis zum Alter des Holzes inclusive füllen sich von selbst durch Uebertrag aus der Uebersicht Nr. 6. aus. — Auch der Bauwerks-Ertrag ist dort zu entnehmen; jedoch wird der Fall

öfters eintreten, daß ein geringerer Ertrag per Tagwerk angesetzt werden muß; z. B. wenn Abtheilungen, welche mit ihrem vollen Haubarkeits-Ertrage in die erste Periode eingereiht sind, nur wegen des Vorbereitungshiebs, oder wegen des Besamungshiebs während des nächsten Zeit-Abschnitts in dem speciellen Wirthschafts-Plan zum Vortrage kommen. — Eben so kann es der Fall sein, daß nur ein Theil einer Unter-Abtheilung in denselben aufgenommen wird, mit dem Bemerken, daß der übrige Theil erst in der zweiten Hälfte der Periode zum Hiebe kommen werde. Der Ertrag per Tagwerk der Nachbauungen, Vorbereitungshiebe, Durchforstungen und Reinigungen ergibt sich aus der speciellen Forstbeschreibung, sofern er auf diese Weise aufgenommen und dort angegeben worden ist. Geschieht aber die Aufnahme im Ganzen, so bleiben die Columnen des Ertrags per Tagwerk in der Uebersicht Nr. 7. unausgefüllt.

In den übrigen Columnen des Formulars Nr. 7. findet diejenige Aufschreibung des Material-Anfalls wenigstens nach einigen Haupt-Sortimenten und ihrem durchschnittlichen Geldwerthe statt, welche erforderlich ist, um den Geld-Etat begründen zu können. (Man sehe sub Litt. E. ad 6, zur Anleitung der speciellen Forst-Beschreibung, nach welcher zu diesem Behuf eine besondere Aufnahme statt finden soll). Für die bloß pro nota vorgetragenen zufälligen Material-Ergebnisse bleiben indessen diese Columnen unausgefüllt, und es wird hinsichtlich ihrer weder in irgend ein Sortimenten-Detail eingegangen, noch ein Geldbetrag ausgeworfen. — Nach geschehener Ausführung jeder in dem Wirthschafts-Plane vorgetragenen Fällung, wird das Jahr, in welchem sie statt gehabt hat, in der Column „Namen der Distrikte“ nachträglich angemerkt.

#### Ad §. 43. Neben-Nutzungen.

Der §. 43., in welchem der specielle Betriebs-Plan bezüglich auf Nebennutzungen zu erörtern ist, bedarf keiner weiteren Erläuterung.

**Ad §. 44. Kulturen und andere Verbesserungen. —  
Formular Nr. 8.**

**Ad §. 44.** Die Uebersicht der im nächsten Zeit-Abschnitte auszuführenden Kulturen wird nach Formular Nr. 8. gefertigt, wovon die beiden letzten Columnen die Bestimmung haben, um in der Folge das Jahr der Ausführung und den Erfolg oder das Befommen (Gedeihen) nachträglich vorzumerken.

**Normal-Kosten-Anschläge.**

In der Entschließung vom 23. April 1827 (den äußeren Forst-Dienst und die Verminderung der Schreiberei in demselben betreffend) ist bereits aufmerksam darauf gemacht worden, wie sehr es zur Erleichterung gereichen würde, wenn, auf den Grund der bisherigen Erfahrungen und Rechnungs-Resultate, ein Normal-Preis-Detail für die in jedem Forstbezirk am häufigsten vorkommenden Kultur-Gegenstände hergestellt werden wollte, auf welches sich hernach, um die beständige Wiederholungen in den Anschlägen zu vermeiden, nur kurz bezogen werden könnte.

Es lassen sich nämlich die gewöhnlichen Kulturen jeder Revier leicht in gewisse Kategorien oder Klassen eintheilen; z. B.

1. Streifenfat mit Kiefern, I. Klasse, wenn die Vorbereitung des Bodens besonders beschwerlich ist.
2. Desgleichen, II. Klasse bei gewöhnlicher Arbeit.
3. Fichtenfat in Forsten oder platzweise, I. Klasse.
4. Breitsfat (Vollfat) mit Fichten, II. Klasse.
5. Fichtenpflanzung mit 3 bis 6jährigen Pflänzlingen in der Entfernung von 4 Fuß.
6. Desgleichen in der Entfernung von 5 Fuß.
7. Graben-Arbeiten im Sandboden, 45° Böschung, 1 Fuß untere, 4 Fuß obere Weite.
8. Desgleichen mit 5 Fuß oberer Weite.
9. Graben-Arbeiten für gemischten Boden u. s. w.

Wird nun für jede solche Num. ein Normal-Kosten-Anschlag auf bisherige Durchschnitte in der Art begründet, daß derselbe ersichtlich mache, wie viel Tagesstunden und in welchem Geldbetrage; desgleichen wie viel Pflanzen oder Samen; — Führen zc. zc. die Kultur-Manipulation erfordert und wie sich demnach der ganze Kostenbetrag für jede Num. des Normal-Preis-Detail per Tagwerk, Ruthe zc. veranschlage, so darf sich hernach, für alle Kultur-Gegenstände, welche nicht als Ausnahmen betrachtet, und daher besonders spezifizirt werden müssen, in dem Kultur-Plan nach Nr. 8. sowohl als in den jährlichen oder periodischen Kulturs-Vorschlägen zur allmählichen Ausführung desselben während des nächsten Zeit-Abschnittes, nur, ohne alles weitere Detail, auf den Normal-Anschlag bezogen werden, z. B. Kiefern, Streifensat Nr. 2.; oder Fichtenpflanzung Nr. 5.; oder Schonungs-Graben Nr. 8. zc. zc. — und es ist dann nicht allein der Vorschlag in technischer Hinsicht vollkommen verständlich, sondern auch die Revision in den Stand gesetzt, die Ansätze per Tagwerk, Ruthe zc. und den Calcul im Ganzen zu beurtheilen, indem sie dabei den ihr ein für allemal zuzustellenden Normal-Anschlag zur Hand nimmt. — Daß der wirkliche Kostenbetrag der Ausführung demnächst mit dem erforderlichen Detail rechnungsmäßig nachgewiesen werden müsse, und es hierbei nicht mehr genügen könne, den aus dem Normal-Preis-Detail sich ergebenden Kostenbetrag summarisch einzusehen, versteht sich von selbst.

Sofern dergleichen Normal-Anschläge nicht bereits auf den Grund früherer Bestimmung hergestellt worden sein sollten (sie bestehen in einem Kreise seit 1823 mit Erfolg; man sehe Hartig's Anleitung zur wohlfeilen Kultur der Waldblößen, Berlin, 1826), so hat dieses bei der Forst-Einrichtung zu geschehen, und es ist, abgesehen von den verschiedenen, zum gewöhnlichen Gebrauch für den Revier-Förster, das Forstamt und die R. Regierung erforderlichen Ausfertigungen, eine Abschrift derselben der generellen Revier-Beschreibung beizufügen.

**Wichtigkeit des Kultur-Plans. — Warnung vor Fehlern, welche bisher verschiedentlich begangen wurden.**

Für manche Revlere, welche sehr herabgekommen sind, und denen größtentheils im Wege der künstlichen Holzzucht wieder aufgeholfen werden muß, ist der Kultur-Plan von größter Wichtigkeit beinahe, als der Fällungs-Plan. In jedem Falle verdient derselbe alle Sorgfalt. — Viele in der letzten Zeit ausgeführte Kulturen haben den Erwartungen und dem Kosten-Aufwande nicht entsprochen, und es hat sich ergeben, daß öfters die Ursache hiervon in einem oder dem andern der nachbemerkten Mängel zu finden gewesen sei:

- a) nicht angemessene Auswahl der, den Verhältnissen des Bodens und Standorts entsprechenden Holzart;
- b) unzulängliche Quantität des Samens oder der Pflänzlinge;
- c) mangelhafte Qualität des einen oder der andern;
- d) fehlerhafte Manipulation bei der Ausführung;
- e) versäumte Nachbesserung;
- f) versäumte Entwässerung;
- g) zu große, jährlich sich wiederholende, Zersplitterung der Kulturen auf mehrere Plätze.

Wenn sich bei der Forst-Einrichtung zeigen sollte, daß ein solcher oder jeder andere Fehler früher begangen worden sei, so ist in den Kultur-Regeln für die Folge dagegen zu warnen. Ueberhaupt aber sind diese Regeln mit Umsicht und Ausführlichkeit zu behandeln.

#### **Nachzucht der Eiche.**

Schon in dem §. 13. des Normativs von 1819 wurde empfohlen, ein vorzügliches Augenmerk auf die Nachzucht der in vielen Gegenden immer verschwindenden Eiche zu richten, und seitdem ist durch specielle Entschliefungen dasselbe beabsichtigt worden. Nachdem S. R. M. wiederholt zu befehlen geruht haben, daß die Anzucht dieser edeln, für mannigfache Bedürfnisse unentbehrlichen Holzart eine ganz besondere Sorgfalt gewidmet werden solle, so wird in dieser Beziehung hier Folgendes bemerkt:

1) Auf die natürliche Verjüngung der Eichen in allen hierzu geeigneten Lokalitäten ist sofort bei Anlage und Stellung der Besamungshiebe, wie auch bei den Nachbaumungen in den betreffenden Bestands-Abtheilungen der Bedacht zu nehmen, und es sind für den Antrieb derselben, in sofern die Eiche in den haubaren Beständen schon hinlänglich beigemischt ist, vorzüglich die Jahre zu wählen, in welchen sich eine Eichelmast ergibt.

2) Wo die alten Eichen zu einzeln eingesprengt sind, um diese Regel anwenden zu können, ist wenigstens dafür zu sorgen, daß unter denselben Eichen-Ausschlag erzielt werde, und daß demnächst die in den Schlägen sich ergebenden kleinen Eichtungen mittelst Einstufungen von Eichen nachgebessert und in Bestand gesetzt werden. Hierbei ist darauf zu sehen, daß die Eichen immer horstweise zusammen kommen, indem einzeln stehende Pflänzchen meistens wieder von den dominirenden Holzarten, unter welchen sie sich befinden, überwachsen und unterdrückt werden, zumal im Nadelholze.

3) Größere Blößen, deren Lage und Bodenbeschaffenheit der Eiche zusagt, sollen vorzugsweise mit dieser Holzart aufgeforstet werden.

4) Bei den Bestands-Vermehrungen in den Schlägen der Nieder- und Mittel-Waldungen ist ebenfalls die Eiche, unter Voraussetzung der zu einem entsprechenden Erfolge erforderlichen Lokal-Verhältnisse, besonders zu berücksichtigen, sei es mittelst Vorfaat im Herbst vor dem Abtriebe, oder mittelst horstweiser Einstufungen im Herbst nach demselben, oder mittelst Pflanzung, zu welchem Ende in der Nähe im Voraus kleine Eichel-Pflanzkämpfe anzulegen sind, in welchen die jungen, demnächst einzeln zu vorsehenden Eichen wenigstens bis zu solcher Stärke herangezogen werden, daß sie von den Stok- oder Wurzelstöcken keine Verdrängung mehr zu befürchten haben. Namentlich ist auf die Anziehung von Eichen-Schäl-Waldungen, in



hierzu geeigneten Lokalitäten, besonders in der Nähe der Ortschaften, in welchen die Lohgerbereien bestehen, ein vorzüglicher Bedacht zu nehmen. — Nicht minder ist die Nachzucht der Eiche bei der Auswahl der Laßreiser und des Oberholzes in Nieder- und Mittelwaldungen zu begünstigen.

5) In manchen Jungholz-Parteien finden sich dergleichen junge Eichen einzeln oder horstweise eingesprengt, welche zwar noch in freudigem Wuchse stehen, aber voraussichtlich bald von dem sie umgebenden Hauptbestande, zumal wenn es Nadelholz ist, werden überwachsen und unterdrückt werden. Durch Entgipfelung der nächsten Bestockung, welche ihnen mit diesem Verderben droht, können viele davon erhalten werden.

6) Es ist in Hoch- und Niederwaldungen öfter der Fall, daß größere oder kleinere Horste von jungen oder mittelwüchsigem Eichen im Schluß beisammen stehen. Dergleichen sind bei den Verjüngungen ohne Rücksicht auf Gleichförmigkeit der Stellung als Bau- und Rußholz für spätere Zeiten zu reserviren, und in den nächsten Turnus übergeben zu lassen. Dasselbe hat mit einzelnen solchen Stämmen auf den Hochwaldschlägen, oder mit ganzen Bestands-Abtheilungen, in welchen die Eichen der jüngern Alters-Klassen vorherrschend und in gutem Wuchse sind, zu geschehen.

7) In denjenigen Revieren, in welchen die Verhältnisse von der Art sind, daß die Nachzucht der Eiche zwar nicht mittelst natürlicher Verjüngung, oder durch Ansaat und Einstufung, oder durch Nachpflanzung in den Niederwald-Schlägen, in größerer Ausdehnung angewendet werden kann, dennoch aber einzelne Parteien vortheilhafter mit Eichen zu bepflanzen sein möchten, oder auch wo, außer jenen größeren Kulturmitteln, die Nachzucht mit bereits hinlänglich erstarkten, daher der Beschädigung durch den Wildstand oder andern widrigen Zufällen weniger ausgesetzten Pflänzlingen, als zweckmäßig erscheint, sollen größere Eichelgärten oder Plantagen in der Art angelegt werden, daß sie nach und

nach erweitert werden können. In solchen, hinsichtlich auf Boden und Lage sorgfältig auszuwählenden Eichen- und Buchengärten sind gute, stufige Pflänzlinge durch pflegliche Behandlung und wenigstens einmalige Umpflanzung zur Besehung in das Freie gehörig vorzubereiten. Bei dem Auspflanzen bleibt eine hinlängliche Anzahl Stämmchen auf den betreffenden Feldern oder Abtheilungen der Baumschule stehen, um durch die allmähliche Erweiterungen derselben an Ort und Stelle selbst einen kleinen Eichenbestand zu bilden. Wenn z. B. diese Erweiterung in einer Revier jährlich im Durchschnitte nur  $\frac{1}{4}$  Tagw. betragen sollte, so hätte man doch nach 40 Jahren, außer dem Zweck der Umpflanzung, durch die Baumschule allein einen Eichenbestand von 10 Tagwerken, von verschiedenem Alter und gutem Gedeihen, erzielt. — Was die Umpflanzungen in das Freie betrifft, so ist auch in Ansehung derselben, zumal wenn hierzu junge Nadelholzschläge gewählt werden, zu empfehlen, daß sie auf die vorzüglich dazu geeigneten Plätze möglichst concentrirt werden, um kleine Beständchen, sogar nur einzelne Horste, zu erziehen, welche beim nächsten Fieße des sie umgebenden Hauptbestandes, als selbstständig reservirt werden können.

Selbst in denjenigen Revieren, welche in den Staatswaldungen wenig Gelegenheit zu einer, guten Erfolg versprechenden, Eichen-Auspflanzung darbieten, wo aber dieses in den Privat-Waldungen oder anderen Gründen der K. Unterthanen der Fall wäre, z. B. auf Feldrainen, am Rande der Wiesen, in lebendigen Hecken, an den Bauerhöfen u. d. gl. sollen auf dem Staatsforstgrund, sofern eine geeignete Lokalität dazu aufzufinden ist, auf Kosten des Forstkulturfonds, solche Eichen-Baumschulen angelegt werden. Die Bedingungen, unter welchen Pflänzlinge aus demselben an die K. Unterthanen abgegeben werden dürfen, werden demnächst noch näher festgesetzt werden.

## Rücksichtnahme auf andere vorzügliche Laubholz-Arten und auf die Lärche.

Es ist nicht bloß die Eiche, welche in einigen Gegenden des Königreichs nach und nach zu verschwinden droht; auch andere zur Deckung der Werkholzbedürfnisse wichtige Holzarten vermindern sich, und namentlich werden die Buchenbestände durch das Nadelholz verdrängt, welchem nur zu oft, durch ungeeignete und unzeitige Fiebsführung, Vorschub geleistet worden ist.

Der Forstbetriebs-Regulator hat daher nicht allein auf die Nachzucht der Eiche nach den vorgegebenen Andeutungen oder auf jede andere sich nach den Lokal-Verhältnissen als zweckmäßig darstellende Art und Weise, bei der Forsteinrichtung einen vorzüglichen Bedacht zu nehmen, sondern auch auf die Erhaltung der übrigen vorkommenden besseren Laubholz-Arten, so weit dieses noch möglich oder zur Befriedigung des Bedarfes, selbst unter Anwendung der künstlichen Holzzucht, nothwendig ist; und derselbe hat in dieser doppelten Beziehung die geeigneten besonderen Wirthschafts- und Kultur-Regeln, in dem Kapitel IX. der generellen Revier-Beschreibung, für den nächsten Zeit-Abschnitt ausführlich zu ertheilen, sofern nicht bereits im Kapitel VIII. im Allgemeinen die Rede davon gewesen ist; — so wie auch das Speciellere, mehr nur einzelne Abtheilungen Betreffende, in der speciellen Forstbeschreibung mit kurzen Worten anzugeben ist. — Da die Lärche in mancher Hinsicht unter den Nadelhölzern ist, was die Eiche unter den Laubhölzern, so ist auf deren Anzucht, an geeigneten Orten, ebenfalls der Bedacht zu nehmen.

## K r ü p p e l b e s t ä n d e.

Die in manchen Gegenden überhand nehmenden Krüppelbestände müssen auch bei der Forst-Einrichtung Gegenstand besonderer Beachtung sein. Ist die Ursache hiervon bloß in einer durch übermäßiges Streurechen, Mangel an Beschattung &c. herbeigeführten Verschlechterung des Bodens und Verflüchtigung

des Humus zu finden, wie denn meistens einzelne, aus früherer Zeit übergebaltene Stämme davon zeugen, daß es an der mineralischen Bodenkraft weniger fehle, als an der vegetabilischen, — so müssen alle Mittel aufgesucht und angegeben werden, um durch künstliche Holzzucht wieder zu besseren Beständen zu gelangen. Dahin gehört vor Allem, außer der Beschränkung des Streurechens *ic.*, tüchtiger Samen, aus Gegenden bezogen, wo das Holz in voller Kraft steht, und gehörige Vorbereitung des Bodens. Denn Krüppelbestände selbst können keinen guten Samen liefern und meistens ist die obere Schichte des Bodens so erschöpft, daß auch der beste Same, noch so reichlich ausgesäet, ohne Erfolg verwendet werden würde, wenn nicht der Boden auf den Saatplätzen umgearbeitet wird. Die Wiederbestellung durch Pflanzung mit Ballen, wenn die Pflänzlinge in der Nähe auf besserem Boden erzogen werden können, ist auch sehr zu empfehlen. (Man findet in Cotta's Waldbau, 4. Auflage, ausführliche Anleitung.)

#### Ad §. 45. Geld-Stat.

Die aproximative Einnahme aus der Holz-Nutzung kann bereits aus der Uebersicht Nr. 7. oder dem speciellen Wirthschafts-Plane entnommen und zusammengestellt werden. Hierzu kommen die mutmaßlichen Einnahmen aus Neben-Nutzungen (§. 43.) Jagden *ic.* — Der ungefähre Entgang vom vollen Geldwerthe läßt sich aus dem bisherigen Durchschnitte (Uebersicht Nr. 3.) ermessen, um den künftigen wirklichen Erlös berechnen zu können. Werden endlich auch die künftigen Ausgaben zusammengestellt, — wovon jene für Kulturen und Forst-Verbesserungen aus der Uebersicht Nr. 8. hervorgehen, die übrigen leicht zu ermessen sind, — so sind alle Materialien vorhanden, um den Vortrag in dem §. 45 der generellen Revier-Beschreibung nach der Anleitung zu bewirken, welche das Formular derselben enthält, und damit diese generelle Beschreibung zu schließen.

## **Zu der IIten Abtheilung.**

### **Nachträge und Veränderungen.**

---

#### **Erläuterungen zum Schema.**

Für diese in zwei Abschnitte zerfallende Abtheilung bedarf es, wie sich schon aus ihrer Aufschrift ergibt, für jetzt nur der Anheftung einer hinlänglichen Anzahl Bogen weißes Papier, um die mit der Zeit sich ergebenden Vormerkungen u. eintragen zu können.

Der erste Abschnitt hat die Bestimmung, um die Erörterungen und Resultate in Beziehung auf die künftigen Revisionen des Waldstandes und der dermaligen Ertrags-Ausmittlung, so wie auf die dereinstigen Wirthschafts-Pläne für die folgenden Zeit-Abschnitte, mit Hinweisung auf die besonderen Ueber-sichten und andere Specialbehelfe, welche alsdann werden aufgestellt werden, seiner Zeit aufzunehmen.

In dem zweiten Abschnitte sollen die übrigen, den gegenwärtig beschriebenen Stand modificirende Veränderungen und Nachträge zur Vormerkung kommen, zu welchen sich, nach der Forst-Einrichtung, die Veranlassung ergeben möchte und deren Darstellung zur Vervollständigung der generellen Revier-Beschreibung, und um dieselbe mit dem jedesmaligen wirklichen Stand der allgemeinen Verhältnisse stets im Einklange zu erhalten, als wesentlich erscheint. Diese Vormerkungen werden mit einer fortlaufenden Nummer versehen, auf welche in der generellen Beschreibung in margine des betreffenden §. oder Absatzes jedesmal hinzuweisen ist.

---

E.

## Specielle Forst-Beschreibung.

### Allgemeine Erläuterung. Formular Nr. 9.

Sie befaßt sich bloß mit dem, was die einzelnen Bestands-Abtheilungen und deren Unter-Abtheilungen insbesondere betrifft; — soll dieses so kurz und bündig als möglich darstellen und wird nach dem Schema Nr. 9. gefertigt, welchem zufolge zwar die Flächen und Ertrags-Verhältnisse jeder Abtheilung in tabellarische Uebersichten gebracht werden, das Uebrige aber durch erörternden Vortrag anzugeben ist. Da die Beschreibung der Lage, des Bodens ic. bei einzelnen Abtheilungen bald mehr, bald weniger Raum in Anspruch nehmen wird, so werden bloß die beiden Tabellen-Formulare an den durch das Schema bezeichneten Stellen und nach der zweiten Tabelle nur noch am Rande die Worte: „nachträgliche Vorkerkungen“ lithographirt; alles andere muß geschrieben werden. — Bei der Lithographirung ist darauf zu sehen, daß das Formular auf die zweite und dritte und auf die vierte und erste Seite jedes Bogens eingetheilt werde, damit man beim Aufschlagen der speciel-  
len Forst-Beschreibung stets alles, was eine Bestands-Abtheilung betrifft, auf den für sie bestimmten beiden Seiten vor Augen habe und nicht erst umzuschlagen brauche.

In der Regel soll für jede Bestands-Abtheilung nur ein Formular oder ein halber Bogen (die beiden betreffenden Seiten der lithographirten Bögen) verwendet werden, wie aus der Exemplifikation in den beiden Tabellen des Schemas zu entnehmen ist. Nur in dem Falle, wenn besondere Schwierigkeiten es durchaus nothwendig machen sollten, von dieser Regel abzugehen, soll es ausnahmsweise gestattet sein, für diejenigen einzelnen Unter-Abtheilungen, bei welchen sich diese, einen ausführlicheren Vortrag und daher auch mehr Raum in Anspruch nehmenden, Schwierigkeiten darstellen, zwei andere Seiten des Formulars zu nehmen, auf welche, wie in dem

Schema beispielsweise angegeben ist, bei der Beschreibung des übrigen Theils der Bestands-Abtheilung sofort hingewiesen wird.

Für jeden Wirthschafts-Complex wird die specielle Forst-Beschreibung nach der Nummerfolge der Distrikte (wie in der Uebersicht Nr. 2.), und für jeden Distrikt nach den Nummern der Abtheilungen geordnet.

Bei Ausschcheidung der Unter-Abtheilungen zum Behuf der speciellen Forst-Beschreibung ist sich von dem Kleinlichen entfernt zu halten, in welches man gerathen würde, wenn man jede Nuance in der Bestands-Ver-schiedenheit, oder jede an Fläche noch so unbedeutende Ungleich-artigkeit, als eine besondere Unterabtheilung behandeln wollte. Dieses wäre zwecklos und hinderlich. Nur was hierbei als wesentlich und nothwendig erscheint, ist zu berücksichtigen.

#### Ad 1. und 2. Lage und Boden.

Was unter den Rubriken Lage und Boden anzugeben sey, ist in dem Schema durch unterstrichene Worte angedeutet, welche in der Beschreibung selbst nicht wiederholt werden. Vermittelt der aus dem Schema ebenfalls zu entnehmenden be-zeichnenden Ausdrücke, deren nähere Erklärung, wie bereits ge-sagt worden ist, in der generellen Beschreibung statt finden soll, kann die specielle Beschreibung selbst dann kurz gefaßt werden, wenn eine Abtheilung verschiedene Wechsel in ihren Verhältniß-en darbietet. Z. B.:

(Lage.) „Südwestlicher Abhang, oben steil, hernach sanft; — mit dem Fuße niedrig, mit dem Gipfel hoch. — Einige Einbeugungen gegen SO. und NW., welche sehr steil sind. — Unten circa 10 Tagwerke eben. — Etwas geschützt.“

(Boden.) „Sand mit Thon und Dammerde, in ziemlich vortheilhafter Mischung. Ziemlich fest, etwas steinig. Hin-länglich tief, gegen die Höhe jedoch flachgründiger mit Unter-lage von Sandstein und Kiesel; in der Ebene tiefgründiger,

etwas moorartig, mit Unterlage von Thon. Am oberen Theile des Einhangs trocken, mit Heide überzogen; nach unten frisch, in der Ebene feucht und zum Graswuchse sehr geneigt, theilweise naß und versumpft. — Ungefähr  $\frac{1}{10}$  der bestodten Fläche oder 27 Tagewerk, welche den unteren Theil des Einhangs und etwas von der Ebene einnehmen, gehören der zweiten, die übrigen 61, 14 Tagewerk der dritten und 3 Tagewerk zu entwässernder sumpfiger Nedungen der vierten Klasse für Fichten an."

### Bonitätsklassen.

Wegen der Bonitätsklassen wird hier im Allgemeinen noch Folgendes bemerkt: Die Bestimmung derselben geschieht immer mit Beziehung auf die vorherrschende Holz- und Betriebsart, auf welche die künftige Wirthschaft vorzugsweise gerichtet, oder welche mittelst Kultur der Blößen, wenn von diesen die Rede ist, erzielt werden soll. Wenn in der, die Flächen-Verhältnisse der Abtheilung darstellenden, Tabelle die Auscheidung der verschiedenen Bonitätsklassen bereits (wie in der Exemplifikation des Schemas angenommen worden ist) hinlänglich hat ersichtlich gemacht werden können, so wäre es eine unnöthige Wiederholung, dieses unter der Rubrik Boden nochmals zu erörtern. Wenn eine Abtheilung Boden von verschiedenen Klassen enthält, so wird die zu jeder Klasse gehörige Fläche beiläufig und mit Vermeidung von Bruchtheilen angegeben. Es enthalte z. B. eine Abtheilung von 70,25 Tagewerk  $\frac{1}{4}$  erster und  $\frac{3}{4}$  zweiter Klasse, so wären in Ansatz zu bringen, 18 Tagewerk erster und 52,25 Tagewerk zweiter Klasse. Ueberhaupt aber ist sich auch bei Bestimmung der Bodenklassen von allem Kleinlichen entfernt zu halten, wodurch für die gutachtliche Schätzung des Ertrags doch nichts gewonnen wird.

### Ad B. Holz-Bestand. Holzarten und deren Mischungs-Verhältniß.

Bei der Beschreibung der Holzarten und ihres Mischungs-Verhältnisses genügt es, daß die vorherrschende



Holzart zuerst und sodann die andern in einigem Belange beigemischten, benannt werden, wobei das ungefähre quantitative Verhältniß der Mischung der Haupt-Holzarten anzugeben ist; auch ob dieselbe allgemein sey, oder nur in einzelnen Theilen und in welchen (dem oberen, unteren, östlichen, westlichen, in der Mitte &c., in dieser oder jener der mit Lettern bezeichneten Unter-Abtheilungen &c.) bestehe? ob einzeln oder horstweise? Jede in zu großes Detail übergehende Bezeichnung aller vorkommenden, jedoch nur in unbedeutendem Verhältnisse beigemischten Holzarten, ist zu umgehen.

### Alter des Holzes.

Hinsichtlich des Alters des Holzes wäre es ebenfalls eine nutzlose Arbeit, alle Nuancen desselben in regelmäßigen Beständen angeben, oder jeden kleinen, durch die Verschiedenheit des Alters sich auszeichnenden Theil des Ganzen, jeden einzelnen Horst, besonders beschreiben zu wollen. In solchem Falle genügt, neben Angabe des Durchschnitts-Alters der dominirenden Klasse, nach welcher sich der Betrieb richtet, die Bemerkung, im Alter ungleich, oder sehr ungleich, — mit etwaiger nur summarischer näherer Andeutung dieser Ungleichheit. Sind dagegen die Abstände groß und es findet sich die jüngste Klasse dergestalt beigemischt, daß auf sie bei der Bewirthschaftung besondere Rücksicht genommen werden muß, so sind die Haupt-Verschiedenheiten des Alters, mit beiläufiger Bestimmung des quantitativen Verhältnisses jeder Klasse, anzugeben. — Die Alters-Verschiedenheiten sind auch in Beziehung auf das Mischungsverhältniß einzelner Holzarten ersichtlich zu machen, wenn dieses zur besseren Verständlichkeit der wirthschaftlichen Bestimmungen nothwendig wird, so wie auch das Alter, der aus früheren Umtriebszeiten übergehaltenen Stämme besonders anzugeben ist.

In Nieder- und Mittelwaldungen sind, außer dem Alter des Unterholzes, die vorhandenen verschiedenen Klassen des Oberholzes anzugeben.

## Stand des Holzes.

Wie bei der Beschreibung des Alters, so ist bei jener des Standes des Holzes eine genau detaillierte Angabe aller in einer Abtheilung sich darstellenden Verschiedenheiten entbehrlich; es genügen die kurzen Bezeichnungen: in vollkommenem Schlusse (oder gedrungen, geschlossen); ziemlich vollkommen; mittelmäßig; unvollkommen (lückig); sehr unvollkommen (oder licht, vereinzelt). Bei abwechselndem Stande wird das Wort *horstweise* beigelegt, z. B. *horstweise vollkommen und mittelmäßig*, — wobei auch das ungefähre quantitative Verhältniß angegeben werden kann (z. B.  $\frac{2}{3}$  vollkommen,  $\frac{1}{3}$  mittelmäßig in einzelnen Parthien). — Ob demnächst noch ein besserer Schluß zu erwarten sei und bis wann er eintreten dürfte, ist bei den betreffenden Abtheilungen ebenfalls anzudeuten.

## Wachsthum.

Hinsichtlich der Wachstums-Verhältnisse wird sich hier auf die Bezeichnungen: vom besten Wuchse; von gesundem oder gedeiblichem; mittelmäßigem; sehr mittelmäßigem; fränklichem oder kümmerlichem Wuchse und verhältnißmäßiger Zunahme und Langsamkeit zc. beschränkt. — Ist der Bestand oder sind einzelne Holzarten desselben im Abnehmen, so wird dieses mit den Worten: *abständig*, *gipfeldürr* zc. angedeutet. — Krüppelbestände sind als solche besonders zu bezeichnen.

## Ad 4. Bewirthschaftung. Betriebs-Art und Klasse. Abtriebszeit.

Die Haupt-Momente für die Rubrik: „Bewirthschaftung“ sind: a) die Betriebsart und Betriebsklasse, welche in zwei Worten angegeben werden können, z. B. *Hochwald à 96 Jahre*. b) Die Abtriebszeit. Wenn nämlich auch die betreffende Abtheilung, nach dem, was die Bodens- und Bestands-Verhältnisse, oder die Erzielung einer geregelten Fiebsfolge erheischen, der entsprechenden Betriebsklasse zugewiesen worden ist, so folgt daraus noch keineswegs, daß die-

Behlen, Archiv. VII. Bd. 28 Heft. 9

selbe genau das Alter erreichen müsse, welches durch die Anzahl Jahre der für diese Betriebsklasse festgesetzten besondern Umtriebszeit bezeichnet wird. Schon nach dem Grundsatz, daß die unvollkommensten Bestände, welche einen unter der Ertragsfähigkeit des Bodens verbleibenden Zuwachs haben, sobald als möglich in Verjüngung kommen müssen, um den vollen Zuwachs für die betreffende Fläche zu erhalten, werden manche zum Angriffe bestimmt werden, bevor sie das Ende des Turnus erreicht haben. Die besonders wichtige Einführung einer guten Hiebs-Ordnung; die Beseitigung der Folgen von Plad- und Winkelhieben; eine gewisse, öfters durch besondere Lokal-Verhältnisse bedingte, Reihenfolge, durch welche die Schläge möglichst so an einander geordnet werden sollen, daß gleiche Altersklassen in der Folge eine zusammenhängende, geschlossene Fläche einnehmen, werden es ferner veranlassen, daß einzelne Unter- oder ganze Abtheilungen, um eine Periode früher oder später, als die besondere Umtriebszeit es mit sich bringt, sogar mit momentanem Verlust an Massen-Produktion, zum Abtriebe eingereiht werden müssen, um doch endlich einmal, aus der Durchlöcherung der Bestände, oder aus den Mißverhältnissen der Altersklassen herauszukommen und den Wald, wenn nicht schon vollständig in diesem, doch wenigstens für den künftigen Turnus in geregelten Zustand zu bringen. Der Forst-Regulator hat also für jede Abtheilung oder Unter-Abtheilung die specielle Abtriebs-Epoche anzugeben, welche er für dieselbe, nach Maßgabe ihrer ökonomischen Haubarkeit oder der übrigen den Ausschlag gebenden Motive, angenommen hat. Dieses geschieht durch Bemerkung der Wirthschafts-Periode, welcher hiernach der Haupt-Ertrag anfallen dürfte, und des Alters, welches der Bestand bis dahin erreichen wird, unter kurzer Andeutung der Bestimmungsgründe. c) Auf ähnliche Weise werden die Durchforstungen und übrigen Betriebs-Operationen angegeben, welche bis zum Eintritt jener Wirthschafts-Periode, in welche der Angriffshieb mit dem Haubarkeits-Ertrag eingereiht wird, noch vorgenommen werden sollen, z. B. Auszugs-Haungen,

reguläre Durchforstungen etc. d) Sollten außerdem noch spezielle Wirthschaftsregeln für die betreffende Abtheilung anzugeben sein, so werden auch diese kurz angeführt.

Erläuterung in Beziehung auf die Bestimmung des speciellen Abtriebs- oder Durchforstungs-Alters.

Bei der Bestimmung des speciellen Abtriebs-Alters wird immer angenommen, daß der Abtrieb in der Mitte der betreffenden Wirthschafts-Periode erfolgen werde, da sich nach dem, was ad §§. 38 und 42. der generellen Revier-Beschreibung gesagt worden ist, in die Voransbestimmung der einzelnen Jahre nicht eingelassen werden soll. Hinsichtlich jener Abtheilungen, welche nach dem Wirthschaftsplane, den der Forst-Regulator stets im Sinne haben muß, muthmaßlich in die erste Hälfte der ersten Wirthschafts-Periode werden eingereiht, oder für die zweite Hälfte derselben werden reservirt werden, kann sofort das Betriebs-Alter für Hochwaldungen auf das sechste oder achtzehnte, für Niederwaldungen auf das dritte oder neunte Jahr der ersten Wirthschafts-Periode berechnet und bestimmt werden. — Für das Durchforstungs-Alter wird jenes angenommen, in welchem diese Betriebs-Manipulation am Vortheilhaftesten vorgenommen oder wiederholt werden kann.

#### Ad 5. Verbesserungen.

Was unter der Rubrik Verbesserungen vorzutragen sei, ist bereits aus dem Schema zu entnehmen und bedarf keiner weiteren Ausführung.

#### Ad 6. Ertragsbestimmung. Verhältniß der Bestockung zur Vollkommenheit.

Zum Behuf der Ertrags-Bestimmung muß, nachdem das etwa für die einzelne Abtheilung ausnahmsweise angewendete besondere oder eigenthümliche Verfahren kurz angedeutet worden, beurtheilt und angegeben werden, in welchem Verhältniß sich die Bestockung zur Vollkommenheit,

oder das Ertrags-Vermögen zur Ertrags-Fähigkeit der Bonitätsklasse, in welche die Abtheilung eingereiht worden ist, befinde. Dieses geschieht mittelst eines, dieses Verhältniß ausdrückenden Decimalbruches. Es sei z. B. eine Abtheilung in die zweite Bonitätsklasse eingereiht, für welche die Erfahrungstafel, in dem Alter, welches als das specielle Abtriebs-Alter der Abtheilung angenommen worden ist, einen Haubarkeits-Ertrag von 50 Klafter per Tagewerk nachweise; die dermalige Bestands-Beschaffenheit sei aber von der Art, daß sie für den nächsten Abtrieb nur  $\frac{4}{5}$  hiervon, oder 40 Klafter erwarten lasse, obgleich, nach geschעהener Verjüngung, für den folgenden Turnus eine Produktion von 50 Klaftern zu erwarten ist; — so wird jenes Verhältniß durch 0,8 ausgedrückt. /

#### Der maliger Holz-Vorrath.

Hierauf wird der dermalige Holz-Vorrath per Tagewerk (wie er durch gutachtliche Schätzung; Vergleichung mit den Erfahrungstafeln oder Maßstäben; Resultate specieller Probeflächen; Auszählung oder irgend ein anderes Verfahren ermittelt worden ist) angegeben. Eine sorgfältigere Ausmittlung und Angabe in dieser Hinsicht ist unerläßlich für diejenigen Abtheilungen, welche den beiden ältesten Altersklassen angehören. In Betreff der beiden jüngeren Altersklassen wird gestattet, daß man es bei folgendem annähernden Verfahren bewenden lasse, wenn eine genauere Ausmittlung als zu mühsam oder schwierig erscheinen sollte.

Der dermalige Holz-Vorrath ergibt sich nämlich annäherungsweise für die beiden jüngsten Klassen der meisten Holzarten, wenn man den jährlichen Durchschnitts-Zuwachs per Tagewerk für die halbe Umtriebszeit mit dem gegenwärtigen Alter und Flächen-Inhalt der einzelnen, im Alter abweichenden Bestände derselben Betriebsklasse multiplicirt. Für Hochwaldungen, deren Wachstums-Verhältnisse ungefähr so sind, wie die Cotta'schen Tafeln es angeben, ist so-

dann noch die für jede Betriebsklasse gefundene Summe des Vorraths der fraglichen beiden Altersklassen um 20 pCt. zu vermindern. — Bei Niedermaldungen findet eine solche Verminderung nicht statt. Ueberhaupt aber wird für diese das Annäherungs-Verfahren zur Ausmittlung des gesammten Normal-Vorraths sowohl, als des wirklichen Vorraths der beiden jüngern Klassen weniger in Anschlag kommen dürfen, da der Betrieb in denselben schon mehr nach den Angriffsflächen regulirt werden kann.

Der jährliche Zuwachs per Tagewerk für die halbe Umtriebszeit ergibt sich durch Division mit der Anzahl Jahre in die producirte Holzmasse. Z. B. der Umtrieb sei 120 Jahre und die Massen-Produktion bis zum 60sten Jahre betrage 26,52 Klafter. Diese dividirt durch 60 Jahre geben 0,442 Klafter als Durchschnitts-Zuwachs. Man habe nun 100 Tagewerk vierzigjähriges Holz; so multiplicirt man 0,442 mit  $(40 \times 100 =) 4000$  und man erhält annäherungsweise 1768 Klafter als den dermaligen Holz-Vorrath auf diesen 100 Tagewerk. — Nachdem man auf ähnliche Weise für alle im Alter verschiedene Flächen der beiden jüngsten Altersklassen verfahren hat, kommen, wie gesagt, von der gefundenen Summe für die ganze betreffende Betriebsklasse 20 pCt. in Abzug.

In dem vorhin ad §. 41. d. angenommenen Beispiele ist der wirkliche Vorrath für die beiden ältesten Altersklassen 24015 Klafter und dieser wird als bekannt vorausgesetzt, da er durch Schätzung in Erfahrung gebracht werden soll. — Der Vorrath für die beiden jüngsten Klassen ergibt sich annäherungsweise mit 7700 und nach Abzug von 20 pCt. mit 6160 Klaftern. Der ganze Vorrath für die vier Altersklassen wäre also nach der approximativen Berechnung 30175 Klafter und bei Ausmittlung des Etats für die nächste Zeit erhielte man  $(30897 : 572 = 30175 : 558)$  nur 14 Klafter weniger durch das Annäherungs-Verfahren, als der Normal-Ertrag wirklich ausmacht.

### **Material-Anfall an Zwischen-Nutzungen.**

Auf die Angabe des dermaligen Holz-Vorraths folgt jene des Material-Anfalls an Zwischen-Nutzungen, welcher, nach dem, was unter der Rubrik „Bewirtschaftung“ in der speciellen Forst-Beschreibung selbst bereits erörtert worden ist, aus der betreffenden Abtheilung bis zum Eintritt derjenigen Wirthschafts-Periode, in welche sie mit ihrer Haupt-Nutzung oder ihrem Haubarkeitsertrag eingereiht wird, zu erwarten ist. Die specielle Ausmittelung und Angabe dieses Material-Anfalls ist jedoch nur in so weit unerlässlich, als die Betriebs-Operationen zur Realisirung desselben muthmaßlich in der ersten Wirthschafts-Periode vorgenommen werden sollen; oder wenn man, nach dem, was ad §. 41. a. zur generellen Revier-Beschreibung gesagt worden ist, zum Behuf der Ausmittelung des Verhältnisses der Zwischen-Nutzungen zu der Haupt-Nutzung, es für angemessen erachtet, in dieses Detail einzugehen. Ist letzteres der Fall nicht und wird zu diesem Behuf das ad §. 41. a. ebenfalls erwähnte summarische Verfahren angewendet, so beschränkt sich die Specialität in der Forst-Beschreibung auf jene Zwischen-Nutzungen deren Ausführung der ersten Wirthschafts-Periode zugewiesen wird. In jedem Falle werden nur diese und keine anderen in die Ertrags-Tabelle für die betreffende Abtheilung aufgenommen, daher sich hinsichtlich ihrer mit Beziehung auf diese Specification in dem Contexte des übrigen Vortrages sehr kurz gesagt werden kann.

### **Haubarkeits-Ertrag. I. Abtheilung der Special-Ertrags-Tabelle „nach erstmaliger Bestimmung.“**

Der Ertrag der Haupt-Nutzung oder Haubarkeits-Ertrag selbst wird ebenfalls in der ersten Abtheilung der Tabelle vorgetragen, daher es keiner besonderen Erörterung deshalb in der Forst-Beschreibung bedarf. Bloß für die Haubarkeits-Erträge, welche in die erste Periode eingereiht werden, sind die specielleren Betriebs-Mani-

pulationen, welche im Laufe dieser Periode dem eigentlichen Angriffshiebe noch vorangehen sollen, im Contexte des Vortrags unter der Rubrik „Ertrag-Bestimmung“ anzudeuten und von dem eigentlichen Angriffshiebe auszuscheiden. Z. B.:

V. (Vorbereitungshieb) im Anfange der ersten Periode mit 5 Klastern per Tagwerk.

A. (Angriffshieb) gegen die Mitte derselben mit 40 Klastern.

In der Special-Ertragstabelle selbst aber findet diese Ausscheidung nicht statt.

Nachhauungen werden nur insofern besonders bezeichnet, als es sich von der Rääumung früherer Angriffshiebe während der ersten Periode handelt. Die Nachhiebe in solchen Abtheilungen hingegen, welche erst noch in Angriff genommen werden sollen, werden, wie bereits ad S. 42. (N. Nachhauungen) zur generellen Forst-Beschreibung erläutert worden ist, in den Ertrag der Angriffshiebe eingerechnet.

Die Ertrags-Specifikation in der speciellen Ertragstabelle der Abtheilung geschieht nach der Ordnungsfolge der verschiedenen Unter-Abtheilungen und Betriebs-Manipulationen, wie aus der Exemplifikation im Schema zu entnehmen ist. Dieselbe zeigt zugleich, wie der etwaige Material-Anfall vom unproduktiven Boden hier vorgetragen werden mag, um denselben demnächst summarisch in die Uebersicht Nr. 6 aufnehmen zu können (vid. ad S. 41. c. zur generellen Revier-Beschreibung Nr. 7). Der Ertrag der Nachhauung der einzelnen Stämme in der Unter-Abtheilung g wurde in dieser Exemplifikation nur im Ganzen angesetzt, weil vorausgesetzt wurde, daß er im Ganzen und nicht per Tagwerk aufgenommen worden sei. Durchforstungen kamen nicht zum Vortrage, weil sie nach der angenommenen Exemplifikation nicht in die erste Periode fallen, sondern erst späterhin ausgeführt werden sollen; dagegen eine in der ersten Periode in Litt. g. zu bewirkende Reinigung vom Weichholze, deren Ertrag sofort mit jenem der Nachhauung zusammengeworfen wurde, welches in ähnlichen Fällen geschehen mag, um doppelten Vortrag zu vermeiden.



**Hinweisung auf einige ad §. 41. c. der generellen Revier-Beschreibung bereits gegebene Bestimmungen.**

Was ad §. 41. c. der generellen Forst-Beschreibung sub Nr. 3., 5. und 6. erläutert worden ist, ist auch auf die Ertrags-Einreihung in die Specialtabelle jeder Abtheilung anwendbar, wie sich zum Theil bereits aus dem, was bisher über die specielle Forst-Beschreibung gesagt worden ist, und aus der Exemplifikation in der Ertragstabelle derselben ergibt. Da jedoch der specielle Wirthschaftsplan für den nächsten Zeit-Abschnitt zum Behuf des Pecunial-Stats in eine *Ausscheidung der Haupt-Sortimente* eingehen soll, so muß in dieser Beziehung eine genauere Aufnahme bei denjenigen Abtheilungen statt finden, welche muthmaßlich in jenen Wirthschafts-Plan werden gezogen werden, und es müssen die Resultate derselben in einem besonderen Hülfspapier vorgemerkt werden.

**Nähere Erläuterung in Beziehung auf die Bestimmung des Haubarkeits-Ertrags.**

Bei der Bestimmung des Haubarkeits-Ertrags ist derjenige Material-Anfall in das Auge zu fassen und unter jenem Ertrage oder als Haupt-Nutzung zu verstehen, welcher sich, mit Rücksicht auf das specielle Abtriebs-Alter für die betreffende Abtheilung und auf das Verhältniß ihrer Bestockung zur Vollkommenheit, in der Wirthschafts-Periode, in welche sie mit dem Angriffs- (oder auch Plänter-) Hieb eingereiht wird, nach Abzug aller bis dahin noch aus derselben zu ziehenden Zwischen-Nutzungen, wirklich erwarten läßt. Um dabei nicht in eine Detail-Berechnung nach Bonitätsklassen zu gerathen, welche eine Abtheilung begreifen mag, kann sofort ein Ertrags-Ansatz für das Ganze gebildet werden. Z. B. es sei der Ertrag auf  $\frac{1}{3}$  der Fläche 58 Klafter und auf den übrigen  $\frac{2}{3}$  nur 43 Klafter, so wäre der Durchschnitts-Ansatz für die ganze Fläche

48 Klafter per Tagewerk (denn  $43 \times 2 = 86$ ; und  $\frac{86 + 58}{3}$

= 48). — Daß bei der gutachtlichen Einschätzung der Hau-  
barkeits-Erträge in Niederwaldungen die Resultate der zeitheri-  
gen Hauungen oft die sichersten Behelfe an die Hand geben,  
und daß diese Resultate auch in Hochwaldungen bei Herstellung  
der Erfahrungstafeln oder Maßstäbe zu Rathe zu ziehen seien,  
ist bereits ad §. 41. c. der generellen Revier-Beschreibung be-  
merkt worden. Mit besonderer Umsicht ist bei der Beurthei-  
lung der demnächstigen Erträge der jüngeren Abtheilungen zu  
verfahren, in welchen die dermalige Bestands-Beschaffenheit noch  
keinen so verlässigen Anhaltspunkt, als in den der Haubarkeit  
sich nähernden Altersklassen gewährt, und welche daher mehr  
durch bloße Vergleichung mit jenen Maßstäben, unter Berück-  
sichtigung der vorkommenden Abweichungen von dem Normal-  
stande, angeschätzt werden müssen.

Bei der Ertrags-Bestimmung kommt im Allgemeinen nur das  
Material in Ansatz, welches wirklich genutzt werden kann.

Im Allgemeinen kommt bei der Ertrags-Bes-  
timmung nur derjenige Material-Anfall in Be-  
tracht, welcher wirklich genutzt und verwertbet,  
daher Gegenstand der Material-Rechnung werden kann. Wo  
demnach Stockholz oder Reifig nicht zu nutzen sind, bleiben sie  
bei der Ertrags-Bestimmung außer Ansatz. Eben so diejenigen  
Zwischen-Nutzungen, welche nicht realisiert werden können, wie  
dieses z. B. im Hochgebirge vielfältig der Fall ist. — Dabei  
wird sich ergeben, daß in einzelnen Distrikten eines Wirthschafts-  
Complexes in Ansatz gebracht werden muß, was in anderen  
außer Acht bleibt, je nachdem die Absatzlage vortheilhaft ist  
oder nicht. Hierauf ist bei Ertrags-Bestimmung um so mehr  
der Bedacht zu nehmen, als die Controlebücher über  
Taxations-Soll und Haben durchaus nur auf den  
realisirbaren Material-Anfall, keineswegs aber auf

eine Ausmittelung der Gesamt-Massenproduktion und auf eine Vereinnahmung des jährlichen Zuwachses, um hernach wieder das Nichtrealisierbare in Ausgabe zu schreiben, begründet werden sollen. — Einzelne Stämme, Forste oder ganze Abtheilungen, welche für den nächsten Turnus reservirt werden sollen, werden daher auch bei der Ertrags-Bestimmung für den gegenwärtigen mit ihrer Haupt-Nutzung nicht berücksichtigt, sondern nur pro Nota das Nöthige angemerkt, ob sie gleich mit ihrer vorhandenen Holzmasse in den dermaligen Holz-Vorrath einzubegreifen sind.

#### Verfahren zur Erleichterung der Detail-Berechnungen und Zusammenstellungen.

Bei der Berechnung des Ertrags im Ganzen nach dem Ertrage per Tagewerk wird das Verfahren abgefüßt, wenn man die Decimalen vom Tagewerk außer Ansaß läßt und hernach der Summe so viel beischlägt, als auf den Flächenbruch beiläufig trifft. In den Material-Beträgen im Ganzen aber sollen immer möglichst runde Zahlen genommen, daher in der Regel bei den Einheiten der Wellenhunderte und Kläster 1 bis 4 für 5, 6 bis 9 aber für 10 angesetzt werden, z. B. 365 statt 363 oder 470 statt 467.

#### Zweite Abtheilung der Special-Ertragstabelle „Rectifikation.“

Die zweite Abtheilung der speciellen Ertragstabelle mit der Aufschrift Rectifikation ist dazu bestimmt, um die Verschiebungen oder Abänderungen an der erstmaligen Bestimmung vorzutragen, welche sich ergeben werden. Da aber solche Verschiebungen für jetzt nur in dem ad §§. 41. c und 42. zur generellen Revier-Beschreibung bezeichneten Falle vorgenommen werden sollen, so bleibt auch, jenen Fall ausgenommen, diese Abtheilung der Tabelle bis dahin unausgefüllt, daß bei Gelegenheit der Herstellung der Betriebspläne für folgende Zeitabschnitte die Rectifikationen nach und nach wirklich eintreten.

Diese letzten selbst werden folgendermaßen angedeutet: wird eine Unter-Abtheilung, welche nach erstmaliger Bestimmung in die erste Periode eingereiht war, in die zweite zurückgesetzt, so wird auf derselben Zeile, in der zweiten Abtheilung der Tabelle, die Ziffer II. vorgetragen und der alsdann zu erwartende höhere Ertrag ausgeworfen; umgekehrt wird die Ziffer I. mit dem verhältnißmäßig geringeren Ertrage in die zweite Abtheilung eingetragen, wenn die zuerst der zweiten Periode zugetheilte Abtheilung in die erste gezogen werden müßte u. s. f.

**Nachträgliche Bezeichnung in der Special-Ertragstabelle der  
in den speciellen Wirthschaftsplan aufgenommenen  
Abtheilungen.**

Sobald der specielle Wirthschaftsplan für den nächsten Zeit-Abschnitt nach Formular Nr. 7. genehmigt ist, werden alle in denselben aufgenommenen Abtheilungen in den betreffenden Special-Ertragstabellen der Forstbeschreibung dadurch bezeichnet, daß man die arabische Ziffer 1 der römischen, welche die Periode bezeichnet, noch beisetzt. In der Folge wird für den zweiten Abschnitt der Periode die Ziffer 2 angewendet werden. In Niederwald-Complexen, wo der nächste Zeit-Abschnitt mit der Wirthschafts-Periode zusammenfällt, bedarf es dieser besonderen Bezeichnung nicht, weil vermittelt bereits geschehener Eintragung der etwa statt habenden Rectificationen die Special-tabellen schon deutlicher ersichtlich machen, was in den nächsten Wirthschaftsplan aufgenommen worden ist.

**Dritte Abtheilung der Special-Ertragstabelle.  
„Ergebniß.“**

Die dritte Abtheilung der Special-Ertragstabelle mit der Aufschrift: **Ergebniß** hat die Bestimmung, um demnächst, wenn die betreffende Fällung in einer der vorkommenden Unter-Abtheilungen ganz beendigt seyn wird, das wirkliche Material-Ergebniß, im Gegenhalt zum eingeschätzten Betrage, mit Angabe des Zeitraums der Fällung (z. B. 1832 bis 1836),

aus dem Wirthschafts-Controlebuch übertragen zu können. Sie bleibt daher vor der Hand unausgefüllt.

#### **Ad 7. Nachträgliche Vormerkungen.**

Die Rubrik nachträgliche Vormerkungen unter der Special-Ertragstabelle bedarf keiner weiteren Erläuterung, nachdem das Nöthige bereits in dem Schema angegeben ist.

---

### **F.**

## **W i r t h s c h a f t s b ü c h e r.**

---

### **Allgemeine Erläuterung.**

Vermittelt der eingeführten Betriebs-Nachweisungen bestehen bereits specielle Wirthschaftsbücher, welche das ganze Detail der jährlichen Fällungs-Operationen so umständlich darstellen, daß aus ihnen alle Materialien geschöpft werden können, um die verschiedenen Conti, Vormerkungen und Zusammenstellungen zu führen und resp. zu fertigen, welche außerdem noch erforderlich sind, um die Einhaltung des periodischen Stats bewachen, die Ertrags-Einschätzung controliren und die perioden Waldstands-Revisionen an die Resultate dessen, was bis dahin zur Ausführung gekommen ist, knüpfen zu können. In dieser Hinsicht wird folgende Anleitung ertheilt:

Summarische Zusammenstellung der jährlichen Material-Ergebnisse. Formular Nr. 10. Den Betriebs-Nachweisungen ist künftig in Beziehung auf Ausschcidung der Fiebsarten, eine mit den Vorschriften dieser Instruktion übereinstimmende Einrichtung zu geben.

1) Zur Bewachung der Einhaltung des periodischen Stats genügt eine summarische Zusammenstellung der jährlichen Material-Ergebnisse nach Formular Nr. 10.

Die am Schlusse eines jeden Wirthschafts-Jahres in dieselbe zu übertragenden summarischen Beträge ergeben sich schon von selbst aus den Betriebs-Nachweisungen und deren generellen Uebersichten. Für jeden Wirthschafts-Complex und für jede Revier im Ganzen wird eine solche Zusammenstellung angelegt. Hinsichtlich der Ausscheidung der verschiedenen Hiebarten ist den Betriebs-Nachweisungen, vom Anfange der nächsten Finanz-Periode an, eine solche Einrichtung zu geben, daß die generelle Uebersicht zu derselben, statt der bisherigen Unterscheidung in:

- a) neue Schläge in Hochwaldungen;
- b) Nachbauungen;
- c) reguläre Durchforstungen;
- d) Auszugs- und Reinigungsbauungen;  
    Sa. in Hochwaldungen;
- e) in Niederwaldungen;  
    Sa. der neuen Fällung;

folgende erhalte, wie sie vorhin ad §. 42. der generellen Revier-Beschreibung vorgeschrieben worden ist:

in Hochwaldungen:

- I. Haupt-Nutzungen (der laufenden Periode).
- II. Zwischen-Nutzungen (desgleichen).
- III. Zufällige Material-Ergebnisse (aus den späteren Perioden).

Sa. für Hochwaldungen.

In Nieder- und Mittelwaldungen:

- IV. Haupt-Nutzungen.
- V. Zufällige Material-Ergebnisse.

Sa. der neuen Fällung.

In den speciellen Betriebs-Nachweisungen (mit dem Fällungs-Vorschlage) wird dann der Vortrag eben so geordnet und summirt, und es werden die besonderen Betriebs-Manipulationen, als Besamungshieb, Nachbauung, erste, zweite u. Durchforstung, Auszugsbauung, Reinigung u. innerhalb jener Haupt-Rubriken in dem speciellen Vorschlag und Nachweisung angege-

ben, ohne zu einer besondern Summirung zu veranlassen. Bei Anlegung der speciellen Betriebs-Vorschläge und Nachweisungen wird nur darauf Bedacht zu nehmen seyn, daß, nach dem Vortrage der für das betreffende Jahr in Antrag kommenden Haupt-Nutzungen, etwas Raum gelassen werde, ehe zur folgenden Haupt-Rubrik (II oder V) übergegangen wird, um daselbst diejenigen unvorhergesehenen Material-Anfälle an Windfällen oder einzelnen speciellen Anweisungen vorzumerken, vielmehr in Rechnung zu stellen, welche sich aus solchen Abtheilungen ergeben könnten, die mit ihrem Haubarkeits-Ertrage zwar in die erste Periode eingereiht sind, aber in dem jährlichen Vorschlage nicht zur Sprache kommen; denn in diesem Falle soll, nach der erwähnten Vorschrift, jeder Material-Anfall, gleichviel wie er sich ergibt, der Haupt-Nutzung gutgeschrieben und dergleichen könnten daher weder unter die Zwischen-Nutzungen der laufenden Periode, noch unter die zufälligen Material-Ergebnisse aus späteren Perioden, im Sinne der neuen Ausscheidung subsummirt werden.

Sofern noch im Laufe dieser Finanz-Periode demnach ehe die Betriebs-Nachweisungen eine mit den Vorschriften ad S. 42, übereinstimmende Einrichtung erhalten, die Forst-Einrichtung in einer Revier beendigt wird, demnach die verschiedenen Wirthschafts- und Ertrags-Controle-Vormerkungen angefangen werden müssen, wird es nicht schwer fallen, die nach dem bisherigen System in der Betriebs-Nachweisung vorgetragenen Material-Ergebnisse, nach dem was das Neue erheischt, zusammen zu ordnen.

Die summarische Zusammenstellung nach Formular Nr. 10. soll in jedem Falle, die Forst-Einrichtung mag bereits statt gehabt haben oder nicht, vom Anfange der dritten Finanz-Periode an zu rechnen, angelegt und geführt werden, in einem besondern Hefte, so lange das Wirthschafts-Controlebuch in seiner ganzen Vollständigkeit noch nicht hergestellt wird.

2) Zum Behuf der Controle der Ertrags-Einschätzung sind folgende Conti anzulegen und zu führen:

**Specielle Conti für die Haubarkeits- oder Haupt-Nutzungs-  
Erträge nach Formular Nr. 11.**

a) Nach Formular Nr. 11. ein besonderes Conto für jede Abtheilung oder Unter-Abtheilung, welche mit ihrem Haubarkeits- oder Haupt-Nutzungs-Ertrage (wozu nach den gegebenen Vorschriften auch die Plänterbiebe gehören) in die nächste Periode eingereiht ist. Was in einer solchen Abtheilung durch Vorbereitungsbiebe, Besamungsbiebe, Nachbauungen, oder durch Windfälle, specielle Nachweisungen ic., an Material anfällt, wird alles auf Haupt-Nutzung imputirt. — Wird das Ende des nächsten Zeit-Abschnitts, oder der betreffenden Periode erreicht, ohne daß der Abtrieb beendet wäre, so wird zwar das Conto zum Behuf der periodischen Revision abgeschlossen, hernach aber wieder fortgesetzt. — Wenn im Laufe einer Periode wegen unvorhergesehener Ereignisse, oder gegen Ende derselben zur Deckung des Etats und aus wirtschaftlichen Gründen, Abtheilungen, welche mit ihrem Haubarkeits-Ertrage nicht in diese Periode eingereiht waren, in Folge höherer Ermächtigung in Angriff genommen oder auch nur Vorbereitungsbiebe in denselben geführt werden (deren Ertrag, nach dem Vorhergesagten, nicht den Zwischen-Nutzungen, sondern der Haupt-Nutzung angehört), so wird für jede derselben sofort auch ein eigenes Conto eröffnet. So wie der Abtrieb in einer Abtheilung beendet und damit der Haubarkeits-Ertrag erschöpft ist, wird das betreffende Conto definitiv abgeschlossen, und dann erst wird die betreffende Position in der Abtheilung „Ergebnis“ der einschläglichen Special-Ertragstabelle in der Forst-Beschreibung ausgefüllt. — Von der räumlichen Ausdehnung der Abtheilungen und von der Länge der Zeit, welche muthmaßlich bis zu ihrem gänzlichen Abtriebe verstreichen wird, hängt es ab, ob drei oder nur zwei solcher Conti auf eine Seite des Formulars gebracht, oder ob eine ganze Seite, vielleicht zwei, zu einem Conto verwendet werden müssen. — In der Columnne „Summa Kaster“ werden



**Massen- und Raumkloster zusammengefaßt. In den Bemerkungen kann unter andern etwa das beiläufige Verhältniß der vorherrschenden Holzarten, in welchen der Material-Anfall statt gehabt hat, angegeben werden; z. B.  $3\frac{1}{4}$  Fichten,  $\frac{1}{4}$  Kiefern.**

**Allgemeines Conto für alle Nachhauungen der ersten Periode nach Formular Nr. 12.**

b) Nach Formular Nr. 12. ein allgemeines Conto für alle in die erste Wirthschafts-Periode eingereichten Nachhauungen in solchen Abtheilungen oder Unterabtheilungen, in welchen zur Zeit der Forst-Einrichtung, der Besamungs- oder Angriffschrieb bereits geführt war. Da anzunehmen ist, daß alle dergleichen Nachhauungen im Laufe der ersten Periode werden beendet werden, für die noch nicht angegriffenen Abtheilungen aber der ganze Material-Anfall inclusive Vorbereitungschrieb, folglich auch die demnächstigen Nachhauungen, dem Haubarkeits-Ertrage in den Conto ad a. zugerechnet werden sollen, so wird das Hauungs-Conto ad b. in den folgenden Perioden nicht mehr statt finden. Sobald die Nachhauung einer Abtheilung für die erste Periode beendet ist, geschieht der Abschluß und das Ergebnis wird in die betreffende Special-Ertragstabelle übertragen.

**Allgemeines Conto für alle Zwischen-Nutzungen der nächsten Periode nach demselben Formular Nr. 12.**

c) Nach demselben Formular Nr. 12. ein allgemeines Conto für alle in die nächste Periode eingereichten Zwischen-Nutzungen (reguläre Durchforstungen, oder Reinigungs-Hauungen) in Abtheilungen, deren Haubarkeit in spätere Perioden fällt. — Sobald eine dieser Betriebs-Operationen in einer Abtheilung oder Unter-Abtheilung beendet ist, wird das Ergebnis aus dem Conto extrahirt, zusammengestellt, und sofort in die betreffende Special-Ertragstabelle der Forstbeschreibung übertragen; das Conto selbst wird, wie alle übrigen, am Ende des ersten Zeit-Abschnitts

und am Ende der Periode abgeschlossen. Die regulären Durchforschungen werden in diesem Conto durch ein \* in der Flächen-Columne besonders bezeichnet.

Allgemeines Conto für die zufälligen Material-Ergebnisse aus den späteren Perioden nach eben dem Formular 12.

d) Nach eben dem Formular Nr. 12. ein allgemeines Conto für die zufälligen Material-Ergebnisse aus den späteren Perioden. In Ansehung dieser findet kein Uebertrag in die Special-Ertragstabelle in der Forst-Beschreibung statt. Auch können sie summarisch in einer Zeile für jedes Jahr, nach Klastern und Wellen, ohne in das Detail der Abtheilungen und der Haupt-Sortimente, welche das Formular angibt, einzugehen, in das Conto eingetragen werden, es sei denn, daß der zufällige Material-Anfall in einzelnen Abtheilungen so bedeutend wäre, daß dadurch ein namhafter Entgang an dem demnächstigen Haubarkeits-Ertrag veranlaßt würde. Für dergleichen Abtheilungen wäre der Vortrag zu detailliren und in der speziellen Forst-Beschreibung, Rubrik „nachträgliche Bemerkungen,“ mit Hinweisung auf das Conto, dieser unvorhergesehenen Veränderung in dem Waldbestande der Abtheilung zu erwähnen.

Wenn Hoch- und Niederwaldungen in einem Wirthschafts-Complex vorkommen, werden die Conti ad b und d. für diese beiden Betriebs-Arten getrennt.

Diese verschiedenen Conti bilden das Wirthschafts-Controlebuch.

Der Eintrag in sämtliche sub 2. erwähnten Conti geschieht auf den Grund der speciellen Betriebs-Nachweisung am Schlusse des Jahres. Die Formulare hierzu, so wie zu der ad 1. erwähnten Zusammenstellung, sollen lithographirt und alle diese verschiedenen Bemerkungen in einem Band vereinigt werden, welcher in der Art anzulegen ist, daß er von jedem Formular eine hinlängliche Anzahl Bogen enthalte, um damit, wo

nicht für den ganzen Turnus, doch wenigstens für die erste Hälfte desselben ausreichen zu können. Der Band erhält die Aufschrift **Wirtschafts-Controlebuch der Revier N.** (oder des Complexes N. der Revier N.)

Eine jährliche specielle Abgleichung des Taxations-Solls mit dem wirklichen Ergebnis, für die zum Hieb gezogenen Flächen findet nicht statt.

Vermittelt desselben ist hinlänglich dafür gesorgt, daß das wirkliche Ergebnis mit den Schätzungsbeträgen zu jeder beliebigen Zeit in Vergleichung gestellt, ein Abschluß vorgenommen und, mit Berücksichtigung der etwa in andern Zeit-Abschnitten oder Perioden statt gehabten Vorgriffe, oder der (zu dem Ende alsdann aufzunehmenden) noch vorhandenen Material-Vorräthe des abgelaufenen Zeit-Abschnitts, ermittelt werden könne, ob man Ueberschuß oder ein Deficit habe. Es entspricht dem ganzen in gegenwärtiger Instruction aufgestellten Systeme der Forst-Einrichtung, daß dergleichen Ausmittelungen periodisch statt finden, in der Regel alle 12 Jahre, wenn besondere Verhältnisse es erfordern sollten, ausnahmsweise nach 6 Jahren, und es soll daher durchaus von einer, nach Maßgabe der zum Hieb gekommenen Fläche, jährlich zu bewirkenden Abgleichung des Schätzungsbetrags (Taxations-Soll) mit dem wirklichen Ergebnis (Haben) Umgang genommen werden, durch welche man sich durch ein schwer zu übersehendes, mühselig durchzuführendes und zeitraubendes Detail verliert. — Indessen kann für die periodischen Abschlüsse und Waldstands-Revisionen vorgearbeitet und sie können dadurch erleichtert werden, wenn unter der Hand:

**Summarische Zusammenstellung des Taxations-Solls und Habens nach Formular Nr. 13.**

**B) eine summarische Zusammenstellung des Taxations-Solls und Habens nach Formular Nr. 13**

in einem besonderen Hefte angelegt und geführt wird, wozu die Tabellenbogen ebenfalls zu lithographiren sind. So wird der Abtrieb in einer der Abtheilungen, welche in dem Wirthschafts-Controlebuch ein eigenes Conto nach Litt. a. haben, ganz beendigt und das specielle Conto abgeschlossen ist, wird das Ergebniß in diese Zusammenstellung übertragen und mit der Schätzung abgeglichen, wie die Exemplifikation es angibt. Für die übrigen sub Litt. b., c. und d. erwähnten allgemeinen Conti geschieht der Uebertrag nur dann und summarisch, wenn diese Conti bei Gelegenheit der periodischen Revision und zum Behuf derselben, mit dem speciellen Conti ad a. derjenigen Abtheilungen, in welchen der Abtrieb zu der Zeit noch nicht beendigt ist, und wovon die Revision alsdann, unter Berücksichtigung der noch stochenden Vorräthe, ebenfalls in die Zusammenstellung des Soll und Habens und aus den übrigen Resultaten der Baldstands-Revision wird es sich sodann ergeben: ob Material-Ueberschuß oder Deficit vorhanden sei; ersterer wird dem periodischen Etat für den nächsten Zeit-Abschnitt zugelegt, resp. dieser Etat demnächst darnach bemessen; im Falle eines Deficits aber wird dasselbe im umgekehrten Sinne berücksichtigt, und durch Minderung des Etats für den nächsten Zeit-Abschnitt die zur Sicherstellung des Nachhalts nöthige Ausgleichung bewirkt.

Die Wirthschafts-Controle-Vormerkungen werden doppelt, durch das Forstamt und den Revierförster, geführt.

Das Wirthschaftsbuch und die Zusammenstellung ad 3. werden doppelt geführt, bei dem Forstamte sowohl, als durch den Revierförster. Letzterer verbucht auf den Grund seiner Schlagregister (nöthigenfalls kann ihm aber auch das Forstamt die Betriebs-Nachweisungen zu dem Ende mittheilen), und die beiderseitigen Vormerkungen werden sodann mit einander collationirt.

Die summarische Zusammenstellung nach Formular Nr. 13. ist überdies, vom Anfange der dritten Finanz-Periode an, in jedem Kreis-Forstbureau anzulegen und refterweise fortzuführen.

Bei dem Uebertrag der Betriebs-Nachweisungen (oder Schlag-Registern) in die verschiedenen Abtheilungen des Wirthschafts-Controlebuchs wird sich auf die, in ersteren vorkommenden, Brüche von Klastern oder Hunderten von Wellen nicht eingelassen, sondern  $\frac{1}{2}$  Klastern oder 50 Wellen werden für ein Ganzes, geringere Beträge hingegen werden gar nicht aufgerechnet.

---

### Schluss-Bestimmungen.

Das Forst-Einrichtungs-Geschäft liegt dem Local-  
Personal ob.

1) Die Vermarkung, Bestands-Abtheilung, generelle und specielle Forst-Beschreibung nach deren erteilten Vorschriften liegen in der Regel den K. Forstämtern, unter der oberen Leitung der K. Regierungskammer der Finanzen und resp. ihres Kreis-Forst-Referenten, dann unter geeigneter Mitwirkung und Beihülfe der Forstamts-Aktuare, so wie der K. Reviersförster und des unteren Personals ob. Zur Förderung dieser Arbeiten wird nöthigenfalls den K. Forstämtern ein besonderer Gehülfe für die Schreibereien und Berechnungen zeitweise beigegeben werden, welcher unter den am besten hierzu qualificirten Forst-Praktikanten, und nur in Ermangelung solcher unter den Revier-Gehülfen zu wählen ist. — Die Forstamts-Aktuare werden, sofern sie an den äußeren Forst-Einrichtungs-Arbeiten im Walde selbst Theil nehmen, hierfür besonders remunerirt. Ueberdies ist gestattet, die etwa unumgänglich nöthigen Tagelöhner zu verwenden. Jedoch soll bei diesen verschiedenen Ausgaben die möglichste Ersparniß beobachtet werden, so wie sich deren rechnungsmäßige Nachweisung und vorschriftsmäßige Verrechnung von selbst versteht.

Hinsicht derjenigen Forstamts- oder Revier-Bezirke, in welchen, wegen besonderer Verhältnisse, die oben ausgesprochene Regel nicht sollte in Ausübung gesetzt werden können, bleiben die nach Befinden der Umstände als geeignet erscheinenden Anordnungen vorbehalten.

## **Prüfung und Berathung durch ein größeres Forst- Betriebs-Comité.**

2) Der §. 42. des Normativs von 1819 enthielt die Bestimmung, daß der festgesetzte periodische Betriebsplan in einem besonderen Forstbetriebs-Comité, entweder am Regierungssitze, oder an Ort und Stelle nochmals erörtert werden solle. Diese Bestimmung wird hierdurch folgendermaßen modificirt:

a) Für diejenige Revier eines jeden Forstamts-Bezirktes, in welcher die Forst-Einrichtung zuerst statt findet, wird eine Comité an Ort und Stelle zusammentreten, welche aus dem R. Forstmeister und Revierförster, einem der benachbarten Forstmeister und noch einem Revierförster, welche die R. Regierungskammer der Finanzen bezeichnen wird, zu bestehen hat. Dasselbe bestimmt auch den Tag des Zusammentritts.

Sofern der R. Kreisforstrath verhindert seyn sollte, wird die R. Regierungskammer der Finanzen den R. Kreis-Forst-Inspektor oder einen R. Kreis-Forst-Commissair abordnen, und nur in dem ganz besonderen Falle, daß auch dieses nicht geschehen könnte, einen dritten R. Forstmeister zur Comité einberufen. In diesem möglichst zu vermeidenden Ausnahmefalle, wenn nämlich ein Regierungs-Commissair derselben nicht beimohnen könnte, übernimmt der im Dienstgrade älteste R. Forstmeister die Leitung der Verhandlungen. Der betreffende Forst-Amts-Aktuar führt das Protokoll.

b) Diese Comité, welche erst dann zusammenberufen wird, wenn die Forst-Einrichtungs-Arbeiten beendet und die schriftlichen Elaborate derselben vollständig concipirt sind, nimmt summarische Einsicht von den Lokal- und Bestands-Verhältnissen des Forstes; — prüft die Forst-Einrichtung, wie sie von dem Lokal-Personal entworfen worden ist, in ihren wichtigsten Momenten, namentlich die Haupt-Gegenstände, welche in den Capiteln VII., VIII. und IX. der generellen Revier-Beschreibung erörtert sind, und schreitet zur Berathung; ob der allgemeine Wirthschaftsplan sowohl, als der specielle für den nächsten Zeit-Abschnitt, für zweckmäßig anzuerkennen, oder welchen Modifica-

tionen sie zu unterwerfen seyen? — Die gutachtlichen Beschlüsse in Folge dieser Prüfung und Berathung werden nach der Stimmen-Mehrheit in das Protokoll aufgenommen, in welchem auch die abweichenden Ansichten der Minorität motivirt anzuführen sind, wenn sie es verlangt, oder wenn der Gegenstand, von dem es sich handelt, von besonderer Wichtigkeit ist.

Die Verhandlungen der Comité sollen längstens in acht Tagen für die betreffende Revier beendigt seyn.

c) Für alle übrigen Reviere eines Forstamts-Bezirks findet die Prüfung des Forst-Einrichtungs-Operats und die Berathung über dasselbe, zur Verminderung der Kosten, in der Regel in der gewöhnlichen jährlichen Betriebs-Comité am Sitze der R. Kreis-Regierung statt, nachdem vorher der R. Kreis-forstrath, im Verhinderungsfalle der R. Kreis-Forst-Inspektor oder ein R. Kreis-Forst-Commissair, an Ort und Stelle summarische Einsicht von den Lokal- und Bestands-Verhältnissen der betreffenden Revier, in specieller Hinsicht auf Forst-Einrichtung, genommen hat. Zu diesem Comité kann auch der betreffende Revierförster einberufen und in jedem Falle sollen noch einer oder zwei R. Forstmeister, von jenen, welche sich ohnehin um dieselbe Zeit wegen der gewöhnlichen Betriebs-Comité am Regierungssitze einzufinden hätten, oder welche in dessen Nähe ihren Wohnsitz haben, zugezogen werden.

Nur ausnahmsweise, wenn ganz besondere Schwierigkeiten und Verwickelungen es durchaus erheischen sollten, darf auch für eine andere, als die zuerst in jedem Forstamts-Bezirk eingerichtete, Revier eine Comité an Ort und Stelle zusammenberufen werden.

Vortrag bei der R. Reg. Finanz-Kammer und Genehmigung des Ministeriums.

3) Auf den Grund der Comité-Berhandlung erstattet der R. Kreis-Forstrath, unter Beisohnung des R. Kreis-Forst-Inspektors und unter Zugiehung des R. Kreis-Forst-Commissärs im Falle dieser zur Lokal-Einsichtnahme abgeordnet wurde,

ohne Zeitverlust Vortrag in der K. Regierungs-Finanz-Kammer über das betreffende Forst-Einrichtungs-Operat, welches hernach sofort, mit dem gefaßten Collegial-Beschlusse, dem unterfertigten Staats-Ministerium zur Genehmigung oder anderweitigen Entschließung, noch immer im Concepte, vorgelegt wird.

Dasselbe wird eine Superrevision der Betriebsregulirung an Ort und Stelle eintreten lassen, ehe es seine Entschließung erteilt, sofern es dieses angemessen findet.

#### Rectifikation und Vervollständigung. — Reinschriften.

4) Wenn in Folge dieser Entschließung, auf den Grund der Comité-Protokolle, des Regierungs-Beschlusses oder der Superrevision, der erste Entwurf rectificirt und vervollständigt werden muß, so hat das betreffende K. Forstamt dieses alsbald zu bewerkstelligen und alsdann erst die Reinschriften zu besorgen, nämlich: Von der generellen sowohl, als der speciellen Forst-Beschreibung eine vollständige Abschrift für das Forstamt selbst, welches hernach die Concept-Exemplare dem K. Revierförster zuzustellen hat; für die K. Regierungskammer der Finanzen eine Abschrift der generellen Beschreibung mit ihren Beilagen (jedoch ohne die besonderen Hülfspapiere), und für das Ministerium vor der Hand nur eine Abschrift der Uebersichten Nr. 2., 7. und 8. und eine summarische Darstellung, nach Betriebsklassen, der Resultate aus den Uebersichten Nr. 4., 5. und 6. mit einer Kopie der Revier-Situationskarte (nebst der Bestands-Uebersichtskarte, welche das Ministerium erhalten soll, wie sub Litt. C. „Vermessung“ angegeben worden ist).

#### Provisorische Anwendung des neuen Betriebsplans.

5) Der bei der Forst-Einrichtung entworfene specielle Betriebsplan kommt jedesmal mit dem nächstfolgenden Etatsjahre provisorisch in Vollzug, selbst in dem Falle, wenn die vorgeschriebene Comité-Berathung noch nicht statt gehabt hätte. Das K. Forstamt hat daher eine vorläufige Abschrift des Kapitels IX. der generellen Beschreibung und der dazu gehörigen Uebersichten in Händen zu behalten.



**Allgemeine Durchführung des Forst-Einrichtungs-Geschäfts nach den Bestimmungen dieser Instruktion.**

6) Für alle Reviere, in welchen eine specielle Forst-Betriebs-Regulirung noch nicht statt gehabt hat, soll dieselbe nach den Bestimmungen gegenwärtiger Instruktion durchgeführt werden. Was diejenigen Reviere anbetrifft, welche bereits nach einem anderen Systeme und unter Anwendung anderer Formen taxirt und eingerichtet worden, oder in welchen die bereits ausgeführten und nach anderen Formen dargestellten Arbeiten weit gediehen und der (in solchem Falle auf die bisherige Weise zu bewirkenden) Beendigung nahe sind, wird späterhin noch das Nähere wegen deren Umarbeitung festgesetzt werden.

In welchen Revieren das Forsteinrichtungs-Geschäft zuerst vorgenommen und wie damit von Jahr zu Jahr fortgesetzt werden soll, wird zwar ebenfalls besonders bestimmt werden; unter der Hand können und sollen jedoch auch in den nicht bezeichneten Revieren vorläufig die nöthigen allgemeinen Notizen gesammelt, die Bestands-Abtheilungen projektirt, Probeflächen aufgenommen und andere Vorarbeiten erledigt werden.

**S c h l u ß.**

Die Forst-Einrichtung bietet dem gesammten Forst-Personal ein weites Feld dar, um seine Fähigkeiten und Kenntnisse an den Tag zu legen und Beweise seiner Geschicklichkeit und Thätigkeit zu geben. Man erwartet, daß ein jeder Forstbedienstete, welcher dazu mitzuwirken hat, insonderheit aber die R. Forstämter und Revierförster, nicht allein die Wichtigkeit und den großen, bleibenden Nutzen dieses Geschäftes, sondern auch den Fleiß und die Umsicht, welche dasselbe erfordert, erkennen, und daß Alle diese Gelegenheit gerne ergreifen werden, um ihren regen Dienstleister zu bethätigen, nachdem ihnen durch die gegenwärtige Instruktion ein sicherer Leitfaden gegeben ist, welcher manche Zweifel und Bedenken hebt, die bisher vielleicht allein ein thätigeres Vorschreiten in der Betriebs-Regulirung bei Vielen aufgehalten haben.

---

Archiv

der

Forst- und Jagd-Gesetzgebung

der

deutschen Bundesstaaten.

Herausgegeben

von

St. B e h l e n,  
Königl. Bayerischem Forstmeister.

---

Achten Bandes erstes Heft.

---

Freiburg im Breisgau,  
Verlag der Fr. Wagner'schen Buchhandlung.

1 8 4 0.



# **Inhaltsverzeichnis.**

## **I.**

**Königl. Preussische Forst- u. Jagdgesetze, Verordnungen,  
allgemeine Verfügungen und Instructionen.**

Seite

**Von 1838**

1. Die Auffertigung neuer Special-Domänen- und Forst-Etats  
betreffend . . . . . 1
2. Den Verkauf des Bau- und Nutzholzes aus R. Forsten aus  
freier Hand betreffend . . . . . 3
3. Die Bedingungen bei Verpachtung fisealischer Jagden betr. 4

**Von 1839.**

4. Instruction über die Verwaltung der Gemeinde- u. Institutens-  
Waldungen in den Regierungsbezirken Coblenz und Trier . 13

## **II.**

**Königl. Württembergische Forst- und Jagdgesetze,  
Verordnungen, allgemeine Verfügungen und  
Instructionen.**

**Von 1834.**

1. Die Wirksamkeit des Begnadigungsrechts in Beziehung auf  
die der Staatskasse nicht zustehenden Theile von Geldbußen  
betreffend . . . . . 25
2. Die bisherige Verpflichtung der Oberförster und Förster zum  
Erscheinen bei Brandfällen betreffend . . . . . 26

**Von 1835.**

3. Die Ablösung des dem Staate in Privat- und Gemeinde-  
Waldungen zustehenden Ackerich-Nutzungsrechtes betreffend 27
4. Das Verfahren bei dem Abverdienen öffentlicher Schuldig-  
keiten betreffend . . . . . 28
5. Den Verkauf der Eichenrinden betreffend . . . . . 30
6. Gesuche um Bau-Erlaubniß in der Nähe von Flosswassern  
betreffend . . . . . 31

**Von 1836.**

7. Die Ausübung der forstpolizeilichen Strafgewalt durch die  
Gemeinden betreffend . . . . . 31
8. Das Schießen auf Marder innerhalb der Ortschaften betr. 33
9. Den Holzverkauf in den Staatswaldungen betreffend . . 34

**Von 1837.**

10. Die Befugniß der R. Finanzkammern, Ortsvorsteher und  
Gemeinderäthe wegen verübter Forstfrevel mit Freiheits-  
strafen zu belegen, betreffend . . . . . 37
11. Die Verwendung unausgetrockneten Bauholzes betreffend . 39
12. Die Bestrafung der R. Württembergischen und Badenschen  
Forstfreveler betreffend . . . . . 40
13. Die Jagd-Ausübung betreffend . . . . . 41

Von 1838.

14. Die Aufbereitung der bürgerlichen Holzgaben betreffend . 42

Von 1839.

15. Die Gehalts-Verhältnisse des R. Forstpersonals betreffend . 43

16. Die Bestrafung der Verfehlungen gegen die Finanz- und  
Forstgesetze betreffend . . . . . 45

Von 1840.

17. Die Verhütung des unwillkürlichen Losgehens der Jagd-  
Gewehre betreffend . . . . . 45

## III.

Ältere Forst- und Jagdgesetze, Verordnungen, all-  
gemeine Verfügungen und Instructionen.

Von 1812.

1. Forst-Rugen-Ordnung für das Großherzogthum Frankfurt . 47

# I.

## Königl. Preussische Forst- und Jagdgesetze, Verordnungen und allgemeine Ver- fügungen.

---

### 1) Die Anfertigung neuer Special-Domainen- und Forst-Etats betreffend.

Vom 6. December 1838.

Da die zur Veräußerung bestimmten Domainen- und Forst-Grundstücke zum größten Theile bereits veräußert sind, und die Ablösungen von Domainen-Prästationen in den östlichen Provinzen, nachdem für letztere von 1838 ab, der Ablösungsfuß ebenfalls auf das 25fache, statt des bis dahin bestandenen Ablösungsfußes zum 20fachen Betrage, gesetzlich bestimmt worden, sich wahrscheinlich sehr vermindern, mithin dadurch zugleich eine bedeutende Verminderung der im Laufe der Verwaltung vorkommenden Etats-Veränderungen, welche bisher, wenigstens bei den Domainen-Etats, größtentheils in den Einnahme-Abgängen aus Veranlassung der Veräußerungen und Ablösungen bestanden, stattfindet, und da ferner hinsichtlich der Forst-Natural-Erträge bestimmungsmäßig alle 6 Jahre eine Taxations-Revision erfolgt, und zwar für jeden Regierungsbezirk jedesmal das Jahr vorher ehe die Fertigung neuer Etats eintritt; so wurde beschlossen, zur Verminderung der, sowohl die Königlichen Regierungen als die Central-Verwaltung sehr belästigenden Arbeiten, die bisher bei einer dreijährigen Periode mit der Aufstellung und Revision der Domainen- und Forst-Etats verbunden waren, künftig die Special-Domainen- und Forst-Etats in der Regel auf 6 Jahre auszufertigen, wobei der bisherige Etats-Turnus insofern beibehalten wird, als z. B. eine Regierung, welche nach der bisherigen dreijährigen Etatsperiode in den Jahren 1840 u. 1843

Stats zu fertigen haben würde, künftig solche in einem von diesen beiden Jahren und zwar auf 6 Jahre zu fertigen hat.

Es ist die Absicht, daß in der Regel für die letzten 3 Jahre der Gültigkeit der künftig auf 6 Jahre ausgefertigten Special-**Domainen-** und **Forst-Stats** neue desfallige **Verwaltungs-Stats** gefertigt werden sollen. Die nähere Bestimmung darüber bleibt jedoch noch vorbehalten. Vorläufig wird nur im Allgemeinen bemerkt, daß auch bei Aufstellung derjenigen **Verwaltungs-Stats**, die sich nicht auf neue **Special-Stats** gründen, sondern für die letzten 3 Jahre der Gültigkeit der früher auf 6 Jahre ausgefertigten **Special-Stats** dienen sollen, die seit der letzten Fertigung des **Special-Stats** entstandenen Veränderungen berücksichtigt werden müssen, ohne daß jedoch solche speciell nachgewiesen und justificirt werden dürfen, indem vielmehr bloß ein summarischer Nachweis darüber genügt. Die Justification der nächsten **Special-Stats** muß sich aber alsdann, wie sich von selbst versteht, auch auf die, in den für die Zwischenperiode auf 3 Jahre ausgefertigten **Verwaltungs-Stats** bereits berücksichtigten Veränderungen mit erstrecken.

Rücksichtlich der oben bemerkten, für jeden Regierungsbezirk alle 6 Jahre wiederkehrenden **Forst-Taxations-Revision**, ist bereits früher eine, den **Stats-Turnus** berücksichtigende Anordnung getroffen worden.

Bei der Verbindung, in welcher die **Domainen-Stats** mit den **Forst-Stats** stehen, insbesondere aber wegen der häufigen Uebertragungen aus den einen **Stats** in die andern, ist es angemessen befunden worden, auf die Fertigung der **Special-Domainen-Stats** dieselbe Enttheilung anzuwenden, welche sich für die **Forst-Stats** nach Maßgabe der getroffenen Anordnung über die vorzunehmenden **Taxations-Revisionen** ergibt. Der beifolgende Plan erhält hierüber das Nähere.

Besondere Verhältnisse können es nothwendig machen, rücksichtlich dieses Plans in dem einen, oder dem andern Jahre Modifikationen eintreten zu lassen, was daher vorbehalten bleiben muß.

---







— 3 —

2) Den Verkauf des Bau- und Nutzholzes aus K. Forsten  
aus freier Hand betreffend.

Vom 11. December 1838.

Nach den bestehenden Verwaltungs-Grundsätzen soll auch das, aus den Königl. Forsten zum freien Verkehr kommende Bau- und Nutzholz, so weit es möglich ist, im Wege der Licitation verwerthet werden. Es ist hierbei, - um einerseits die Bedürfnisse zu befriedigen und andererseits doch den Holzverkauf den bestehenden Vorschriften gemäß zu betreiben, zweckmäßig, das Bau- und Nutzholz für den Bedarf der Umgegend in den monatlich wiederkehrenden, im Voraus bekanntgemachten Licitations-Terminen mit auszubieten, indem dann auch diejenigen Bau- und Nutzholz-Quantitäten, welche die Bewohner der Umgegend zur Befriedigung ihres Bedarfs nachsuchen, mit zur Licitation gestellt und die Kauflustigen bei der Requisition gleich darauf verwiesen werden können, ohne daß besondere Termine dazu anberaumt werden müssen. Indessen können doch immer noch nicht vorherzusehende, plötzlich eintretende und sofort zu befriedigende Bedürfnisse an Bau- und Nutzholz es unvermeidlich machen, Bau- und Nutzholz in kleinen Quantitäten aus den Königl. Forsten, - soweit es wirthschaftlich disponibel, aus freier Hand für die Licitations-Durchschnittspreise, und wo diese die Taxe nicht erreichen, für die letztere verkaufen zu lassen. Wenn in diesen Fällen die Local-Beamten stets die Genehmigung der Königl. Regierung zu dem Holzverfaufe aus freier Hand vorher einholen müssen, so kann mitunter ein Verzug entstehen, welcher für den Betheiligten sehr nachtheilig wird, wie dies z. B. der Fall sein würde, wenn in einer Mühle plötzlich eine Reparatur nöthig wird und die Verabfolgung des dazu erforderlichen Holzes Verzögerung erlitte. Es wird daher angemessen befunden, daß bei einem plötzlich eintretenden und nicht vorherzusehenden Bedarfe kleiner Bau- und Nutzholz-Quantitäten, die Local-Beamten zur Verabreichung derselben aus freier Hand für die Licitations-Durchschnittspreise und, wo diese die Taxe nicht erreichen, für die letztere autorisirt werden.

### 3) Die Bedingungen bei Verpachtung fiscalischer Jagden betreffend.

Vom 17. December 1838.

Auf die Grundlage der von den Königlichen Regierungen eingebrachten Vorschläge werden die nachstehenden Jagdverpachtungs-Bedingungen festgesetzt, wobei von den, den Königl. Regierungen gemachten Andeutungen in einigen Punkten abgewichen werden mußte, namentlich in Betreff der Befugniß der Königl. Forstbeamten die verpachteten Jagddistrikte nur mit verbundenem Gewehr betreten zu dürfen, so wie in Betreff der dem Fiscus vorzubehaltenden Aufkündigung im Laufe der bedungenen Contraktszeit, weil einerseits das inzwischen erschienene Gesetz wegen des Waffengebrauchs der Forst- und Jagd-Beamten diese Abänderung nothwendig machte, anderntheils aber darauf Bedacht genommen werden mußte, dem Fiscus die möglichst freie Disposition in Betreff der eventuellen Zurücknahme einer verpachteten Jagd zu sichern, ohne befürchten zu dürfen, daß die desfallsige Bedingung auf die zu gewärtigenden Gebote einen zu nachtheiligen Einfluß ausüben werde, da sich nicht nur das Ministerium, sondern auch das jagdpachtlustige Publikum im Voraus vergewissert halten kann, daß dieser Vorbehalt nicht ohne die gegründetste Veranlassung und namentlich nur gegen solche Pächter von den Königlichen Regierungen in Ausführung gebracht werden wird, welche sich einer unpfleglichen Behandlung der ihnen verpachteten Jagd schuldig, oder doch dergestalt dringend verdächtig gemacht haben, daß der Regierung darüber kein Zweifel übrig bleibt, wenn es auch an den zulänglichen Beweismitteln zur gerichtlichen Ueberführung des Pächters fehlen möchte. Dieserhalb wird kein Pachtlustiger, dem die pflegliche Behandlung der Jagd und die Conservation eines angemessenen Wildstandes am Herzen liegt, an diesem Vorbehalt einen Anstoß finden, und wenn andere Pächter, welche eine Jagd in der Absicht pachten wollen, daraus durch übermäßigen Abschuss einen Gewinn zu ziehen, sich dadurch vom

Mitbieten abhalten lassen, kann dies nur den Zwecken der Verwaltung entsprechend erscheinen. —

Bei einer solchen eventuellen Kündigung ist dann auch zugleich darauf Bedacht zu nehmen, daß der Ablauf der dreimonatlichen Kündigungsfrist noch in die Schonzeit trifft, damit der Pächter nicht noch innerhalb dieser Frist den Wildstand durch übermäßigen Abschuß aufreißt. —

Einige Königliche Regierungen haben in Vorschlag gebracht, in gleicher Art, wie bei Domainen-Verpachtungen und Veräußerungen bestimmt worden, neben den allgemeinen Verpachtungsbedingungen auch noch besondere Licitationsbedingungen aufzustellen und den Versteigerungen zum Grunde zu legen. Zur Vermeidung der Schreiberei wird hiervon abgestanden werden können, zumal da in den meisten Fällen das Pachtgeld für die zur Licitation zu stellenden Jagden am unbedeutendsten ist, daherhalb die Bestimmung wegen der Auswahl des Pächters unter den drei Bestbietenden, welche sonst allerdings nicht hierher, sondern unter die Licitationsbedingungen gehört haben würde, in §. 11. aufgenommen worden.

Von der früher bestandenen Bestimmung, wonach außer dem baar zu erlegenden Pachtgelde eine nach der Höhe dieses Pachtgeldes abzumessende Anzahl Raubthier-Zeichen abgeliefert, oder eine im Voraus bestimmte Conventional-Strafe erlegt werden mußte, ist auf die Anträge mehrerer Königlichen Regierungen, in deren Bezirken wenig Raubzeug vorhanden, abstrahirt, und genehmigt worden, daß statt der in natura nicht mehr zu liefernden Raubthierzeichen eine baare Entschädigung von 2 1/2 Sgr. von jedem Thaler Pachtgeld besonders ausgeworfen und gezahlt werden solle.

Da die Jagden indessen in der Regel im Wege öffentlicher Versteigerung verpachtet werden sollen, und die Licitanten schon mit Rücksicht auf diese ihnen auferlegte besondere Verpflichtung ihr Gebot abgeben würden, in den seltenen Fällen der Heberlassung aus freier Hand aber die Verpachtung nur auf Grund zuvor aufgenommener Ertrags-Anschläge geschieht, welche An-

**Schlags-Summe** sonach die ganze Pacht ohne einen Zusatz für die Raubthierzeichen in sich begreift, so ist einerseits von dieser früher angeordneten besonderen Nachweisung der fraglichen baaren Entschädigung ganz Abstand genommen worden, so wie denn auch anderntheils den Königlichen Regierungen überlassen wird, in jedem einzelnen speciellen Fall nach den Local-Umständen zu erwägen, ob dem Pächter neben dem baaren Pachtgelde die Ablieferung von Raubthierzeichen zur Bedingung gemacht werden soll oder nicht, in welchem letzteren Falle der betreffende Passus des §. 13. ganz gestrichen werden kann. Nimmt aber die Königliche Regierung aus der Menge des vorhandenen Raubzeuges Veranlassung, auch diese Bedingung in den Contract mit aufzunehmen, so ist auf den Pächter nach Möglichkeit dahin einzuwirken, daß die Natural-Lieferung wirklich erfolge und solche nicht durch Erlegung der vorbedungenen Conventional-Strafe Genüge geleistet werde, weil dadurch der eigentliche Zweck vereitelt wird.

Eben so wird auf den Fall, daß die Local-Verhältnisse einzelner Jagdbezirke noch besondere Bedingungen nothwendig oder räthlich machen sollten, den Königlichen Regierungen die Hinzufügung derselben überlassen, wogegen eine Abweichung von den festgestellten allgemeinen Bedingungen, wie z. B. die von mehreren Regierungen beauftragte und durch den sonst besorglichen Mangel an aller Conkurrenz motivirte Dispensation von dem Verbote des Gebrauchs der Windhunde und Bracken nicht ohne vorgängige Ministerial-Genehmigung zulässig ist.

Indessen werden derartige Anträge überhaupt und in besonders dringenden Fällen gewärtiget, weil es vorzuziehen ist, die betreffenden Jagden allenfalls gegen ein, in der ersten Pacht-Periode etwas zurückbleibendes Pachtgeld zu nutzen, als durch fernere Gestattung dieser Jagdart dem bessern Gmporkommen der Jagden hindernd in den Weg zu treten.

Bisher sind zwar die Pacht-Contrakte meist von Trinitatis zu Trinitatis geschlossen worden; wo dies nicht der Fall, und wo entweder andere Termine, oder eine unbestimmte Ausdeh-

nung des Contractes auf Lebenszeit des Pächters oder auf andere Weise bisher bestanden, ist dieß bei der ersten neu eintretenden Verpachtung in der Art in die Wege zu leiten, daß die Dauer der Verpachtung bis ultimo Mai des letzten Pachtjahres, und von da ab, zur Herbeiführung eines ein für allemal feststehenden Termins vom 1. Juni bis ultimo Mai festgesetzt wird.

### Allgemeine Bedingungen bei Verpachtung fiscalischer Jagden.

§. 1. Die Jagd muß nach den bestehenden und etwa noch zu erlassenden Jagd-Polizei-Gesetzen und Verordnungen pfleglich behandelt und darf daher nur mäßig benutzt werden.

Die vorgeschriebene Schon-, Satz- und Brütezeit ist gehörig zu beobachten und dürfen in dieser Zeit nur Raubthiere, wilde Schweine, Dächse, Kraniche, Reiher, wilde Tauben, Krammetsvögel und Wasserhühner erlegt werden, widrigenfalls die in den bestehenden Jagd-Gesetzen festgesetzten Strafen eintreten.

§. 2. Mit Windhunden so wie mit laut jagenden Jagdhunden oder Bracken darf die Jagd niemals benutzt werden, bei Vermeidung einer Conventional-Strafe von 10 Thlr. für jeden einzelnen Contraventionsfall.

§. 3. Alles Roth- und Damwild, falls diese Jagd mit verpachtet ist, ist nur mit der Kugel, und darf daher weder mit Posten, noch mit Schrot geschossen werden. Es sind überhaupt nur waidmännische Jagdarten gestattet, und ist insbesondere das Schießen der Haasen auf der Kirre, das Fangen der Rebhühner in Laufdohnen oder Stricknezen, das Legen von Schlingen und Schleifen auf Feder- und anderes Wildpret, jedoch mit Ausschluß des Dohnensteiges, so wie auch das Anlegen von Vogelheerden verboten; alles bei 10 Thlr. Strafe für jeden Contraventions-Fall. Dohnensteige können an den vom betreffenden Oberförster zu bezeichnenden Orten angelegt werden, es muß aber aller Schaden, welcher durch das Einschlagen der Dohnen entstehen sollte, vertreten, und dürfen überhaupt in

jungen Hölzern und Dickigten nur Hängedornen gestellt werden. —

§. 4. Die Jagd darf bei Vermeidung der gesetzlichen Strafe der Jagd-Contravention weder auf andere, als die im Contracte bezeichnete Wildgattungen, noch auch über die Gränze des gepachteten Jagdbezirks ausgedehnt werden. Die Jagd- oder Wildfolge auf angränzenden Grundstücken kann indessen Pächter unter genauer Befolgung der über die Jagd- und Wildfolge bestehenden oder noch zu erlassenden Vorschriften ausüben. —

Wenn aber angeschossenes Hoch-, Dam-, Schwarz- oder Rehwild, sofern dem Pächter die Jagd darauf verpachtet ist, in angränzende Königliche unverpachtete Jagdbezirke übergeht, so ist der Pächter verpflichtet, davon dem nächsten Königlichen Forstbeamten bei 5 Thlr. Strafe binnen 12 Stunden Anzeige zu machen, und steht ihm sodann frei, dasselbe im Beisein dieses Forstbeamten oder desjenigen, welchen derselbe dazu mitsendet, nachdem sich dieser von der Richtigkeit der Verwundung und des Ueberganges über die Gränze überzeugt hat, mit zu verfolgen. Wird das angeschossene Wild alsdann erlegt, aber schon verendet gefunden, so wird es dem Pächter nach Folgegebrauch gegen Erlegung des taxmäßigen Schießgeldes verabsolgt.

Der Anstand darf innerhalb 300 Schritt von der Gränze der etwa anstoßenden Königlichen unverpachteten Jagddistrikte nicht ausgeübt werden, bei Vermeidung einer Conventional-Strafe von 5 bis 30 Thlr. für jeden Uebertretungs-Fall, deren Arbitrirung nach Maaßgabe der Lage des Jagddistriktes und des aus der Uebertretung zu besorgenden Schadens der Königlichen Regierung überlassen bleibt.

§. 5. Pächter darf die Jagd nur in eigener Person oder durch einen gelernten Jäger oder wenigstens einen qualificirten Schützen ausüben, und nur in seiner oder des Jägers oder Schützen Gegenwart andere Personen zur Jagd zulassen, bei Vermeidung einer Strafe von 10 Thalern für jeden Uebertretungs-Fall.

Der Jäger oder Schütze des Pächters, wozu kein Individuum zugelassen werden darf, welches schon wegen Wildddiebstahls- oder Jagd-Contraventionen in Untersuchung gewesen und nicht völlig freigesprochen worden ist, muß dem betreffenden Oberförster zur Genehmigung schriftlich angezeigt werden, und bei Ausübung der Jagd stets einen auf seine Person lautenden und vom Oberförster beglaubigten Legitimationschein bei sich führen, widrigenfalls der Pächter für jeden Uebertretungs-Fall eine Strafe von 15 Sgr. zu erlegen hat. — Auch haftet Pächter für alle Verletzungen des Contractes durch seine Jäger, Schützen oder Jagdgenossen.

§. 6. Ohne besondere Genehmigung der Königlichen Regierung darf der Pächter sein Jagdrecht weder ganz noch theilweis unterlassen, widrigenfalls der Regierung freisteht, die Jagd auf die Dauer des Contractes auf Gefahr und Kosten des Pächters anderweit zu verpachten. — Wird von dieser Befugniß kein Gebrauch gemacht, so erlegt der Pächter eine Conventional-Strafe von 10 Thaler.

§. 7. Alle Beschädigungen der Grundstücke, der Früchte und der Bewahrungen bei Ausübung der Jagd, so wie die Verletzung der Rechte etwaniger anderer Jagdberechtigten hat Pächter zu vermeiden und allein zu vertreten, auch die vorkommenden Wildschäden, so wie die aus der Ermittlung derselben entstehenden Kosten allein zu ersetzen, und zwar so, wie solches bei Entstehung gütlicher Einigung von der Verwaltungsbehörde, oder, sofern der beschädigte Grundbesitzer selbst den Weg Rechts ergreifen sollte, wie solches durch richterliches Erkenntniß festgesetzt wird.

§. 8. Besondere Jagd-Anstalten und Einrichtungen, als Salzlecken, Wildschneisen und dergleichen kann Pächter weder verlangen noch darf er dergleichen ohne Genehmigung der Königlichen Regierung anlegen. Auch muß er sich jede land- und forstwirtschaftliche Veränderung mit den in seinem Jagdbezirke belegenen Grundstücken, so wie Eintheilungen und Befriedigungen ohne alle Entschädigung wegen angeblicher Nachtheile der-



selben für den Wildstand gefallen lassen; doch bleibt ihm die Ausübung des Jagdrechts auf diesen befriedigten Grundstücken unbenommen, sofern nicht besondere Verhältnisse es mit sich bringen, dergleichen Grundstücke der Jagd gänzlich zu entziehen, und eventualiter so zu verfahren, wie es im §. 15. bestimmt ist.

§. 9. Verletzungen der dem Pächter überlassenen Jagdgerechtigkeit durch Andere, hat derselbe als Pächter in seinem Namen gerichtlich zu verfolgen. Sofern aber hierbei ein Anspruch auf die Jagdgerechtigkeit selbst, oder auf bisher nicht anerkannte Wildfolge erhoben werden sollte, hat er der Regierung davon sofort Anzeige zu machen, in welchem Falle dieselbe den Rechtsstreit selbst auszuführen sich vorbehält.

§. 10. Pächter kann die zur Ausübung der dem Königlichen Fiscus etwa vorbehaltenen Jagd, so wie zur Wahrnehmung der Forst- und Jagdpolizei verpflichteten Königlichen Forstbeamten nicht hindern, den ihm verpachteten Jagdbezirk mit Schießgewehr und mit Hunden, welche letztere jedoch, wenn sie nicht zur Ausübung der dem Fiscus etwa vorbehaltenen Jagd erforderlich sind, gekoppelt werden müssen, zu begehen. Er hat aber, wenn wider Erwarten dabei irgend eine Verletzung des Pacht-Verhältnisses stattfinden sollte, auf gehörige Anzeige und Untersuchung die angemessene Bestrafung des Schuldigen und Schadenersatz zu gewärtigen.

§. 11. Bei der öffentlich meistbietenden Verpachtung bleibt der Königlichen Regierung in jedem Falle die Ertheilung des Zuschlages, und die freie Auswahl unter den drei bestbietend gebliebenen Licitanten vorbehalten, welche hiernach so lange an ihr Gebot gebunden bleiben, bis entweder der Zuschlag erfolgt, oder die Gebote durch Anberaumung eines neuen Licitationstermins oder sonst verworfen sind.

§. 12. Für den Ertrag der verpachteten Jagd wird keine Gewähr geleistet, auch haftet Pächter für die richtige Bezahlung des Pachtgeldes mit seinem gesammten Vermögen, entsagt auch jedem Erlasse am Pachtgelde, aus welchem Grunde solchen auch

gefordert werden möchte, so wie der Befugniß zur Kündigung des Vertrages, wenn während der Dauer der Pachtzeit ein Krieg entstehen sollte.

§. 13. Das gebotene Pachtgeld muß zur Hälfte in Gold, soweit solches darin zahlbar ist, das übrige in Courant, und zwar nach dem Münz-Gesetze vom 30. September 1821 zum 1. Juni jedes Jahres an die betreffende Forst-Kasse, oder wohin die Zahlung sonst gewiesen wird, unerinnert und Kostenfrei voraus bezahlt werden, widrigenfalls dasselbe nebst den Verzugszinsen durch Execution eingezogen wird. Einzahlungen in Courant für das in natura zu entrichtende Gold finden nicht statt, wenn auch das zur Ausgleichung erforderliche Agio berichtigt werden will. —

Von jedem Thaler Jagdpacht ist der Pächter verpflichtet, ein Paar Raubvögel-Klauen alljährlich abzuliefern, oder für das fehlende Paar 2½ Sgr. zu zahlen, wobei jedoch keine Nachlieferung aus einem Jahre in das andere statt findet.

Mitte Dezember des laufenden Jahres muß diese Raubvögel-Klauen-Lieferung spätestens beendet sein, wobei aber Krähen-, Elstern-, Würger- und Eulenfänge nicht angenommen werden. Beim Mangel an Raubvögeln auf dem Jagddistrikt wird jedoch gestattet, statt der Fänge Fuchsnasen und zwar jede Fuchsnase zu Drei Paar Raubvögelfänge gerechnet, in der Art abzugeben, daß dem controllirenden Forstbeamten die Bälge vorgezeigt, und in seiner Gegenwart die abzuliefernden Nasen abgeschnitten werden.

§. 14. Bleibt Pächter 6 Monate mit der Pachtzahlung rückständig, oder wird er eines Jagdfrevels angeklagt und überführt, so steht es der Königl. Regierung frei, die Jagd auf die noch übrige Dauer des Contractes auf Gefahr und Kosten des Pächters, nach Maassgabe der Vorschriften im §. 11 anderweitig zu verpachten.

§. 15. Auch steht der Regierung frei, das Pachtverhältniß entweder ganz oder theilweis nach vorgängiger dreimonatlicher Ankündigung aufzulösen, wofür dem Pächter außer dem

Erlaß, oder der Zurückzahlung des etwa für längere Zeit vorausgezahlten Pachtgeldes keine weitere Entschädigung zusteht.

Bei einer solchergestalt eintretenden theilweisen Zurücknahme des verpachteten Jagd-Distrikts, wird das verhältnißmäßig abzusetzende Pachtgeld von dem betreffenden Königlichen Ober-Förster in einem besondern Anschlage ermittelt und vom Forst-Inspector festgestellt. Hält der Pächter diese festgestellte Ermäßigung des Pachtgeldes nicht für genügend, so steht ihm frei, auch den übrigen Theil des Jagdbezirks gleichzeitig zurückzugeben und aus der Pacht ganz auszutreten.

§. 17. Die Uebergabe der Jagd erfolgt mit dem Tag der beginnenden Pachtzeit oder spätestens 4 Wochen nach Vollziehung des etwa später geschlossenen Contrakts an den Pächter außergerichtlich durch den betreffenden Königlichen Oberförster und wird auf den Grund der, unter den Vertrag zu setzenden von beiden Theilen zu vollziehenden desfallsigen Bescheinigung als förmlich und gehörig vollzogen angenommen. Mit dem Ablauf der Pachtzeit hört der Vertrag ohne weitere Kündigung und Zurücknahme desselben auf und muß sich Pächter jeder ferneren Benutzung der Jagd enthalten. —

Sollte Pächter während der Pachtzeit sterben, so sind seine Erben verbunden, die Pacht noch ein Jahr nach Ablauf des Pachtjahres, in welchen der Todesfall eingetreten ist, fortzusetzen; jedoch kann nach dem Ermessen der Königlichen Regierung der Vertrag in diesem Falle auch mit dem Ablaufe des Pachtjahres, in welchem der Pächter stirbt, aufgehoben werden.

§. 18. Die in dem Contrakte vorbedungenen Strafen werden, sobald die Contravention erwiesen ist, von der Königlichen Regierung festgesetzt und in gleicher Art wie das Pachtgeld, von der Forstkasse eingezogen; der Pächter unterwirft sich in dieser Beziehung der fisciatischen Exekution. —

§. 19. Der Pächter trägt alle Kosten der Bekanntmachung des Licitations-Termins und der Ausfertigung und Vollziehung des Vertrages, mit Einschluß der gesetzlichen Sten-

pelgebühren, so wie des durch das Pachtgeschäft entstehenden Postporto's.

---

#### 4) Instruktion über die Verwaltung der Gemeinde- und Instituten-Waldungen in den Regierungsbezirken Coblenz und Trier.

V o m 31. A u g u s t 1 8 3 9.

##### I. Anstellung der Beamten.

###### a. Der Schußbeamten.

§. 1. Bei Erledigung eines Forstschußbezirks in Gemeinde- und Instituten-Waldungen haben die gesetzlichen Vertreter der Gemeinden und Institute der vorgesetzten Regierung ein qualificirtes Subject zur Anstellung zu präsentiren und zugleich die Bedingungen anzugeben, unter welchen die Anstellung erfolgen soll, wozin namentlich die Feststellung des Gehaltes und der übrigen Emolumente gehört.

§. 2. Wenn sich Versorgungsberechtigte und qualificirte Personen zu einer erledigten Stelle dieser Art melden, so gebührt ihnen nach §. 6. des Gesetzes vom 24. Dezember 1816 der Vorzug, weshalb die Gemeinden und Institute bei ihren Vorschlägen auf solche vorzugsweise zu rücksichtigen haben. Sofern sie dieses ohne zureichenden Grund versäumen, werden die Regierungen die Bestätigung der vorgeschlagenen Subjecte verweigern.

§. 3. Die vorgesetzte Regierung hat die Qualifikation des Vorgeschlagenen und die Bedingungen seiner Anstellung zu prüfen. Sie wird zu dem Ende nach Vorschrift des Gesetzes vom 24. Dezember 1816 §. 6. in Erwägung ziehen, ob mit Rücksicht auf die Vortlichkeit und Bedeutung der Communal- und Instituten-Waldungen, für welche die Präsentation erfolgt, die Anstellung eines ausgebildeten Forstbeamten nöthig sei oder nicht. — Bejahenden Falls muß die Präsentation auf Lebenszeit erfolgen und der Anzustellende die nämliche Qualifikation haben, wie ein Königl. Förster; wo aber jene Nothwendigkeit

nicht eintritt, da können minder qualifisirte Waldwärter auf Kündigung zugelassen werden.

Im Allgemeinen werden die Regierungen keine Bedingungen dulden, welche den Zweck der Anstellung und einen kräftigen Schuß der Waldungen vereiteln.

§. 4. Ist der Schußbezirk einer Gemeinde oder eines Instituts zu klein, um für solchen einen eigenen qualifisirten Förster anstellen und besolden zu können, so steht es den betreffenden Corporationen frei, den Schuß ihrer Waldungen einem bereits angestellten Gemeinde- oder Königl. Förster zu übertragen, wenn im ersteren Falle die Gemeinden, für welche er fungirt, im letzteren die Kön. Forstverwaltung in die Uebernahme des Nebenamtes willigt.

§. 5. Wollen mehrere Gemeinden oder Institute ihre Waldungen zu einem Schußbezirk dauernd vereinigen, so kann dies in derjenigen Form, worin ähnliche Verträge überhaupt Gültigkeit erlangen, unter Genehmigung der Regierung geschehen.

§. 6. In solchen Fällen, wo der Schußbezirk einer Gemeinde oder Corporation zu klein ist, um für solchen einen eigenen Beamten anzustellen, zugleich aber die isolirte Lage der Waldungen keine Combinirung mit andern Königl. oder Gemeinde-Schuß-Distrikten gestattet, sind die Regierungen befugt, von den Forderungen des §. 3. abzugehen und anderweitige Anordnungen zu treffen.

§. 7. Findet die Regierung an der Qualifikation des präsentirten Beamten und bei den Bedingungen seiner Anstellung nichts zu erinnern, so hat sie solche zu veranlassen. Die auf Lebenszeit anzustellenden Förster haben aber zunächst ein Probejahr zu bestehen; nach Ablauf desselben wird der Gemeinde- oder Corporations-Vorstand, welcher die Präsentation bewirkt hat, vernommen, ob gegen die Dienstführung des Angestellten etwas zu erinnern sei, und kann die Entlassung erfolgen, wenn von dieser Seite oder der vorgesetzten Behörde gegründete Klage erhoben wird.

Entgegengesetzten Falles erfolgt die definitive Ernennung und tritt der Angestellte dadurch in alle Rechte und Pflichten eines Gemeinde-Beamten, — namentlich rücksichtlich der Bedingungen, unter welchen er von seinem Posten entfernt werden kann.

§. 8. Wegen der Pensionirung können bei der Anstellung besondere Bestimmungen getroffen werden; in deren Ermangelung haben die auf Kündigung angestellten Beamten keinen Pensions-Anspruch, für die auf Lebenszeit angestellten Förster aber treten alsdann die Bestimmungen des Civil-Pensions-Reglements in Kraft.

§. 9. Findet die Regierung den Vorgeschlagenen unqualificirt oder die Bedingungen seiner Anstellung ungeeignet, so hat sie die Gemeinde oder Corporation zu einer neuen Wahl, resp. zur Abänderung der Bedingungen aufzufordern.

Nur im Weigerungsfalle, oder wenn zum drittenmal ein unqualificirtes Subject vorgeschlagen werden möchte, kann die Regierung die Anstellung in Gemäßheit ihres Ober-Aufsichts-Rechtes bewirken.

§. 10. Daß in den vorstehenden Paragraphen vorgeschriebene Verfahren ist auch da einzuleiten, wo bis jetzt keine qualificirten Forstschuß-Beamte angestellt sind und nicht etwa der im §. 8. vorgesehene Fall eintritt.

§. 11. Zur Verstärkung des Forstschusses können auf den Antrag der Gemeinden und Institute neben den Förstern Waldhüter auf beschränkte Zeit oder auf Kündigung von den Regierungen angestellt werden.

§. 12. Wo sich unbescholtene Eingeseffene bereit finden, das unbesoldete Amt von Ehren-Waldhütern anzunehmen, da ist deren Vereidung zu bewirken; es wird aber dadurch die Anstellung eines qualificirten Försters nicht entbehrlich gemacht.

#### b. Der verwaltenden Beamten.

§. 13. Die bisher zur Bewirthschaftung der Gemeinde- und Institute-Waldungen angestellten Beamten (Kreisförster

und Communal-Oberförster) bleiben nach der Allerhöchsten Cabinets-Ordre vom 18. August 1835 bis zu ihrer Abberufung zu einer anderen Stelle in Funktion.

§. 14. Wird eine solche Stelle vakant oder ist dieselbe seit dem Erlaß der im vorigen Paragraphen bezeichneten Allerhöchsten Cabinets-Ordre bereits erledigt, so treten diejenigen Gemeinden und Institute, welche bis dahin den Verwaltungs-Verband bildeten, zur Verathung der Frage zusammen, ob der Verband beizubehalten oder aufzulösen und in anderer Weise die ordnungsmäßige Bewirthschaftung der Waldungen zu sichern sei.

§. 15. Zu dem Ende hat jede betheiligte Gemeinde oder Corporation durch ihre gesetzliche Vertretung und aus deren Mitte einen oder mehrere Deputirte zu wählen und zwar von Waldungen unter 2000 Morgen Einen, von 2000 — 4000 Morgen, zwei u. s. w. für jede 2000 Morgen Einen mehr.

Die so gewählten Deputirten versammeln sich unter dem Vorß des von der Regierung zu committirenden Landraths und beschließen über jene Frage nach Stimmenmehrheit.

§. 16. Fällt der Beschluß für die Beibehaltung des seit-herigen Verbandes aus oder wird die Bildung neuer, mit besonderen verwaltenden Forstbeamten zu besetzenden Verbände beschlossen, so sind zugleich die Bedingungen, unter welchen die Anstellung eines oder mehrerer verwaltenden Beamten erfolgen soll, festzustellen und die nöthigen Personal-Vorschläge abzugeben.

§. 17. In den Fällen, wenn die Waldungen einer einzelnen Gemeinde nach ihrem Umfange, ihrer Lage und ihren Betriebs-Verhältnissen die Anstellung eines besonderen vollständig ausgebildeten verwaltenden Forstbeamten nöthig machen, oder eine freiwillige, oder von den Behörden für nothwendig erkannte, und auf den Grund der Allerhöchsten Cabinets-Ordre vom 18. August 1835 angeordnete Vereinigung mehrerer Gemeinden zur Anstellung eines verwaltenden Forstbedienten in dem Maße stattfindet, daß der betreffende Wald-Complex, mit Rücksicht auf seinen Flächen-Inhalt, seine Lage (und zwar sowohl aller Theile zusammengenommen, als der einzelnen Theile

zu einander) und Betriebs-Verhältnisse, dem Verwaltungs-Berichte eines Königl. Oberförsters ungefähr gleich zu achten ist, muß der anzustellende Verwaltungs-Beamte die Qualifikation eines Königl. Oberförsters besitzen.

Außerdem aber bleibt den Regierungen vorbehalten, auch sonstige, von den Communen zur Anstellung als verwaltende Forstbeamte präsentirte Individuen nach Maßgabe der ihnen zu übertragenden Geschäfte in Beziehung auf ihre Verwaltungs-Kenntnisse prüfen zu lassen.

§. 18. Der Gehalt eines solchen Beamten wird durch einen Beschluß der betheiligten Corporationen regulirt; dasselbe unterliegt aber der Genehmigung der vorgesetzten Regierung, welcher das Recht zusteht, solches mit Rücksicht auf das Interesse der Forst-Verwaltung festzusetzen.

§. 19. Die Regierung hat die Qualifikation des von der Versammlung präsentirten Candidaten und die Bedingungen seiner Anstellung nach vorstehenden Bestimmungen zu prüfen, und wenn sich dabei nichts zu erinnern findet, zunächst die Annahme auf ein Probejahr und nach dessen Ablauf die definitive Anstellung auf Lebenszeit zu verfügen, ganz wie in den §§. 7 u. 9. dieser Instruction für die auf Lebenszeit anzustellenden Forstschußbeamten vorgeschrieben ist. Auch finden auf deren Pensionirung die Vorschriften im §. 8. dieser Instruction gleichmäßige Anwendung.

§. 20. Findet die Regierung Bedenken, so ist in gleicher Weise zu verfahren, wie im §. 9. wegen der Forstschuß-Beamten vorgeschrieben.

§. 21. Fällt der Beschluß der Versammlung (§. 15.) dahin aus, daß besondere Verbindungen für die Anstellung verwaltender Forstbeamten nicht erforderlich seien, so müssen zugleich die Mittel angezeigt werden, wie die Administration der Waldungen in anderer Weise zu sichern sei.

Dies kann geschehen

a. dadurch, daß jede einzelne Gemeinde oder Corporation einen für die Verwaltung geeigneten Beamten, welcher

Wahlen, Archiv. VIII. Bd. 18. Heft.



gleichzeitig den Schutz besorgen kann, anstellt; derselbe muß aber seine Qualifikation nach Vorschrift des §. 17. nachweisen;

b. dadurch, daß die Verwaltung der Gemeinde- und Instituten-Waldungen einem bereits angestellten verwaltenden Gemeinde-Forst-Beamten (Kreisförster oder Communal-Oberförster) oder einem Königl. Oberförster aufgetragen wird; beides setzt indessen die Genehmigung der vorgesetzten Behörden dieses Beamten voraus.

§. 22. Hält die Regierung die Anträge der Versammlung (§. 12.) wegen Auflösung des bisherigen Verbandes und anderweitiger Organisation der Gemeinde-Forst-Verwaltung für ungerichtet zur Erhaltung einer geregelten Forstwirtschaft, so ist die Entscheidung des hohen Ministerii des Innern und der Polizei nachzusuchen, welchem solche durch die Allerhöchste Cabinets-Ordre vom 18. August 1835 übertragen ist.

§. 23. Entschidet das hohe Ministerium für die Beibehaltung des Verbandes, so erfolgt die Präsentation und Anstellung des verwaltenden Beamten nach Vorschrift der vorhergehenden Paragraphen dieser Instruction.

## II. Bewirtschaftung der Waldungen.

§. 24. Der Verwaltung der Gemeinden- und Instituten-Waldungen soll eine generelle Ertrags-Ermittelung und ein allgemeiner Wirtschafts- und Cultur-Plan zum Grunde gelegt werden,

§. 25. Die Aufstellung dieser Ermittelungen und Pläne, bei welchen die Kataster-Vermessungen zum Grunde zu legen sind, liegt, so weit sie nicht bereits erfolgt sind, den verwaltenden Forstbeamten unter Mitwirkung der Communal-Behörde und unter Controlle der Oberforst-Beamten der Regierungen ob.

§. 26. Der verwaltende Forstbeamte hat zu dem Ende die von ihm aufgestellten Ermittelungen und Pläne der Communal-Behörde, resp. dem Verstande des betreffenden Instituts

vorgulegen, solche mit demselben zu beraten, den Wirtschafts- und Cultur-Plan nach den Wünschen der Interessenten, so weit es mit einer forstwirtschaftlich geordneten Verwaltung vereinbar ist, abzuändern und demnächst die berechtigten Ermittlungen und Pläne nebst der über die Verathung mit der Gemeinde-Behörde aufgenommenen Verhandlung der Regierung einzureichen, welche solche durch ihren Oberforstbeamten so weit thunlich, an Ort und Stelle zu prüfen, resp. berichtigen und festzusetzen hat.

§. 27. Von dem ermittelten nachhaltigen Ertrag der Waldungen (welcher bei bedeutenden Culturen steigend angenommen werden kann) wird mindestens  $\frac{1}{6}$  als Reserve für außerordentliche Fälle (namentlich Brand, größere Communalbauten u. abgesetzt und der Rest als das jährliche Einschlags-Quantum angenommen, das nicht überschritten werden darf.

§. 28. Ist das Reserve-Quantum in zehn Jahren nicht benutzt und auch keine Wahrscheinlichkeit des nahen Bedarfs vorhanden, so kann der ursprüngliche jährliche Abzug dem jährlichen Einschlags-Quantum zugesetzt werden, so jedoch, daß das 10jährige Reserve-Quantum unangegriffen bleibt, ohne sich weiter zu verstärken.

§. 29. Treten Fälle ein, welche einen Angriff des Reserve-Quantums nöthig machen, so hat der Gemeinde-, resp. Instituten-Vorstand die entsprechenden Anträge an die Regierung zu richten und diese über die Zulässigkeit zu entscheiden.

§. 30. Vorgriffe auf den Ertrag künftiger Jahre sind möglichst zu vermeiden und nur in dringenden Nothfällen von der Regierung zu bewilligen; der Vorgriff muß dann in längstens 10 Jahren durch Abzüge an dem ermittelten nachhaltigen Einschlags-Quantum wieder gedeckt werden.

§. 31. Alljährlich spätestens bis zum 1. September ist der Holzfallungs-Plan für jede betheiligte Gemeinde und Corporation von dem verwaltenden Forstbeamten in Gemeinschaft mit dem Ortsvorstande zu beraten. Es muß derselbe den Wünschen und Bedürfnissen der Betheiligten in soweit entsprechen,

als es ohne wesentliche Verletzung des generellen Wirthschafts-Planes und ohne Verstoß gegen die Regeln der Holzzucht geschehen kann. — Der Holzfällungs-Plan wird der Regierung zur Festsetzung vorgelegt und müssen, wenn der verwaltende Forstbeamte und der Ortsvorstand sich nicht haben einigen können, die über die Berathung aufgenommenen Verhandlungen beigelegt werden.

Die Regierung stellt den Holzfällungs-Plan längstens bis zum 1. November fest.

§. 32. In gleicher Weise und zu derselben Zeit wird mit Aufstellung des Cultur-Planes verfahren, wobei als Regel gilt, daß die Gemeinden schuldig sind, ihre Waldungen, wo die natürliche Holzzucht nicht ausreicht, durch Culturen in solchem Stande zu erhalten, daß der ermittelte Ertrag gesichert bleibt.

Zur Cultur von Blößen, die zur Viehweide dienen, können sie gegen ihren Willen nur dann angehalten werden, wenn der vorhandene Waldbestand zur Befriedigung des eignen Bedürfnisses an Brand- und Bauholz, mit Rücksicht auf die mathematische Zunahme der Bevölkerung nicht ausreicht. — Rücksichtlich der Wahl der zu cultivirenden Holzsorten sind die Wünsche der Gemeinden und Corporationen, so weit es mit den Regeln der Holzzucht verträglich, zu berücksichtigen.

§. 33. Wo die Gemeinden das Fällen und Aufmachen des Holzes zur Ersparung des Hauer- und Seherlohns, sowie die mit den Culturen verbundenen Arbeiten selbst übernehmen wollen, da soll ihnen dieses durch die Fällungs- und Cultur-Plane gestattet werden; sie müssen sich aber alsdann auch in die für dergleichen Arbeiten erteilten Vorschriften fügen, solche ordnungsmäßig verrichten und sich der Aufsicht der Forstbeamten unterwerfen.

§. 34. Fällungen, welche nicht in dem Hauungs-Plane vorgesehen sind, dürfen nur in Nothfällen und dann nur auf den Antrag des Vorstandes nach Anhörung des verwaltenden Forstbeamten mit Erlaubniß der Regierung vorgenommen werden.

Das durch solche außerordentliche Fällungen auffommende Material ist genau zu notiren und auf das etatsmäßige Einschlags-Quantum des nächsten Jahres in Anrechnung zu bringen.

§. 35. Windfälle und Windbrüche sind, sofern sie nicht Servitut-Berechtigungen gehören, gehörig aufzuklastern, nach der Quantität zu constatiren, zu verwerthen und eben so auf das Einschlags-Quantum des nächsten Jahres anzurechnen, wie der Ertrag außerordentlicher Fällungen nach dem vorigen Paragraphen.

§. 36. Wegen der Nebennutzungen der Gemeinde- und Corporations-Glieder, namentlich der Weide, der Mast, des Streulaubes und des Raff- und des Leseholzes, sind, so weit es nicht bereits geschehen, für jede Gemeinde oder Corporation besondere Reglements zu entwerfen und von der Regierung zu bestätigen; worin die Bedürfnisse der Betheiligten nur insoweit eingeschränkt werden, als die Erhaltung der Waldungen und die Handhabung des Forstschutzes solches erfordert.

Als Regel gilt:

1. Hinsichtlich der Weide, daß alle Besamungs- und Abtriebsschläge und die jungen und Kern-Waldungen, als die Niederwaldschläge, so lange geschont werden müssen, bis das Holz dem Verderben durch das Vieh nicht mehr ausgesetzt ist, sowie, daß Ziegen gar nicht in den Wald kommen dürfen.
2. Hinsichtlich der Mast, daß die Besamungs- und Abtriebs-Schläge soweit verschont werden, als es zur Erhaltung einer vollkommenen Besamung erforderlich ist.
3. Daß das Einsammeln des Streulaubes nur an Ein oder Zwei Wochentagen und nur in denjenigen Districten stattfinden darf, in welchen solches wirthschaftlich zulässig ist. Eiserne Rechen dürfen bei Einsammlung desselben nicht gebraucht werden.
4. Die Einsammlung des Raff- und Lese-Holzes ist gleichfalls auf Ein oder Zwei Wochentage zu beschränken und

dürfen dabei keine schneidende Instrumente gebraucht werden.

Außerdem wird in diesem Special-Reglement festgesetzt: bis zu welchem Alter die jungen Bestände ganz mit der Streunung zu verschonen, in welchen Monaten solche ausgeübt werden dürfe u. s. w. und können auch wegen des Köhlerei-Betriebes die zum Schutz der Waldungen gegen Feuergefähr und Entwendungen nöthigen polizeilichen Vorschriften eingeschaltet werden.

§. 37. In Beziehung auf die Verwerthung des in den Waldungen aufkommenden Materials gilt es als Regel, daß so viel veräußert werden muß, als zur Deckung der Waldkosten (Steuern und Verwaltungs-Ausgaben) erforderlich ist.

Im Uebrigen hängt es von den Beschlüssen der Gemeinden ab, ob das Material zur Deckung anderweitiger Gemeinde-Bedürfnisse meistbietend veräußert werden soll, oder ob es unter die Gemeindeglieder ganz oder theilweise unentgeltlich oder gegen bestimmte Taxe zu vertheilen sei. Indessen gilt als Regel, daß das Brenn- und Geschirrholz in natura vertheilt, das Bauholz aber, so weit es nicht zu Gemeinde-Bauten oder zur Unterstützung einzelner Mitglieder bei Brandschäden u. s. w. zu verwenden, meistbietend verkauft werden.

Auch bei der Material-Vertheilung muß das Brennholz ordnungsmäßig aufgelastert, das Bau- und Geschirrholz aber vermessen und nach seinem cubischen Inhalt bestimmt werden.

### III. Pflichten der Forstbeamten.

§. 38. Der verwaltende Forstbeamte ist den Corporationen und Gemeinden für die ordnungsmäßige Ausführung der jährlichen Fällungs- und Cultur-Pläne verantwortlich. — Er muß zu dem Ende in den Hochwaldschlägen solche selbst auszeichnen oder wenigstens den Anfang machen, damit der Forstschutzbeamte genau nach dem gegebenen Muster fortfahren könne; eben so muß er in den Niedermaldschlägen hinsichtlich der Kapselvertheilung verfahren. Er muß ferner die Schläge während der

Arbeit und nach ihrer Vollenbung residiren und dafür sorgen, daß die Aufarbeitung des Materials ordnungsmäßig erfolge und kein Ueberhieb statfinde.

Rücksichtlich der Culturen hat derselbe gemeinschaftlich mit dem Ortsvorstand die Anschaffung des Samens oder der Pflänzlinge zu besorgen und wegen Ausführung der Arbeit die nöthigen Anleitungen dem Forstschuß-Beamten zu geben, auch die Ausführung der wichtigsten Culturen selbst zu leiten, die minder wichtigen dagegen aber bei und nach der Ausführung zu controlliren und die etwa erforderlichen Nacharbeiten anzuordnen.

§. 39. Derselbe hat im Uebrigen nicht nur auf seinen Vereisungen, so weit es ohne besonderen Aufenthalt möglich, den Forstschuß mit zu üben, sondern auch in dieser Beziehung die Forstschußbeamten streng zu controlliren und die vorkommenden Nachlässigkeiten der Ortsbehörde anzuzeigen, damit die nöthige Remedur getroffen werde. Nicht minder hat er dafür zu sorgen, daß die Verfolgung der constatirten Entwendungen und Frevel nach den gesetzlichen Bestimmungen ordnungsmäßig betrieben werde.

Wo er sich überzeugt, daß die angestellten Forstschußbeamten momentan oder dauernd nicht im Stande sind, den Schuß mit gehörigem Nachdruck zu üben, da hat er davon in gleicher Weise Anzeige zu machen, damit die nöthigen außerordentlichen Maßregeln getroffen werden können, um dem Ruine der Waldungen vorzubeugen.

§. 40. Die Forstschußbeamten sind vorzugsweise verpflichtet, Entwendungen und Frevel aller Art, welche in den Waldungen vorgenommen oder versucht werden, zu verhüten, die vorkommenden gehörig zu constatiren, die Thäter mit allem Nachdruck zu verfolgen, und, soweit sie entdeckt werden, ohne Ausnahme und ohne Ansehen der Person zur Bestrafung anzuzeigen.

Sie sind außerdem schuldig, die Befehle des vorgesetzten verwaltenden Forstbeamten rücksichtlich der Holzfällung und Cul-

tren mit allem Fleiß auszuführen und dabei nach bestem Wissen und Gewissen zu verfahren.

#### IV. Ober-Aufsicht der Regierung.

§. 41. Die Regierung hat die regelmäßige Bewirthschaftung und den gehörigen Schutz der Communal-Waldungen, nach den in dieser Instruction enthaltenen Vorschriften, durch die Oberforstbeamten und die Forst-Inspectoren, soweit Letzteres ohne Beeinträchtigung des Königl. Dienstes geschehen kann, genau überwachen und controlliren zu lassen.

---

## II.

# Königl. Württembergische Forst- u. Jagdgesetze, Verordnungen, allgemeine Verfügungen und Instructionen.

---

- 1) Die Wirksamkeit des Begnadigungsrechts in Beziehung auf die der Staatskasse nicht zustehenden Theile von Geldbußen betreffend.

Vom 11. März 1834.

In Absicht auf die Erlassung von Geldbußen wegen Vergehen gegen die Forst- und Wirthschafts-Abgabengesetze ist der Zweifel erhoben worden, ob die Wirkung der Königl. Begnadigung sich auch auf diejenigen Geldstrafanttheile erstrecke, zu deren Bezug die Anbringer, und beziehungsweise die Waldeigenthümer und Ortsarmenkassen gesetzlich berechtigt sind.

Da die Vollziehung einer Geldstrafe lediglich im Interesse der Strafrechtspflege erfolgt, und der Bezug derselben auch von Dritten hiezu Berechtigten nur im Namen der Staatsgewalt Statt finden kann, mithin an dieselben Voraussetzungen, wie wenn die Geldbuße für die Staatskasse erhoben würde, geknüpft ist; so konnten die Gesetze, welche Dritten den Bezug von Geld-Strafanttheilen zuweisen, in dieser Beziehung die Wirksamkeit des Königl. Begnadigungsrechts zu beschränken, um so weniger die Absicht haben, als hiedurch den Gestraften gegenüber eine Rechtsungleichheit eintreten würde, wie denn auch insbesondere hinsichtlich der Forststrafen das Recht zu Erlassung der Anbringgebühren im Gnadenwege in den ältern Gesetzen ausdrücklich anerkannt ist.



Es wird daher zu Verständigung über die in der angeführten Beziehung entstandenen Zweifel den Behörden Nachstehendes eröffnet:

1) die Wirkung der Begnadigung durch gänzliche oder theilweise Erlassung einer rechtskräftig erkannten Geldbuße erstreckt sich auch in gleichem Maße ganz oder theilweise auf die Rug- oder Delationsgebühren der Anbringer, insoferne nicht etwas Anderes ausdrücklich bestimmt ist, so wie auf die Strafantheils-Ansprüche Anderer, also insbesondere auch auf diejenigen Strafantheile, welche dem Wald-Eigenthümer oder der Ortsarmenkasse gesetzlich zugewiesen sind.

2) Wenn in einzelnen Fällen einer solchen Begnadigung die Erhaltung des Eifers für den Dienst die Berücksichtigung des Anbringers erfordern sollte, so wird sich, nach der Beschaffenheit der Umstände, eine besondere Belohnung desselben statt des ihm entgehenden Strafantheiles vorbehalten.

---

## 2) Die bisherige Verpflichtung der Oberförster und Förster zum Erscheinen bei Brandfällen betreffend.

Vom 30. September 1834.

Durch den §. 48. der Feuerlöschordnung vom 20. Mai 1808, ist den Oberförstern und Förstern, welche nicht mehr als 6 Stunden von einem Brandplatze entfernt sind, zur Pflicht gemacht, in ihrer Amtsfleidung auf derselben zu erscheinen, und an der Leitung der Brand-Anstalten thätigen Antheil zu nehmen.

Diese Bestimmung ist zwar größtentheils bereits von selbst außer Übung gekommen, wie denn auch keine hinreichende Gründe vorliegen, sie zu erneuern. Um jedoch eine Gleichförmigkeit des Verfahrens zu bewirken, und um die gedachten Diener hinsichtlich ihrer disziplinären Obliegenheit außer Zweifel zu setzen, werden dieselben in Gemäßheit R. Entschloßung vom 24. d. M. von jener Verpflichtung hiemit ausdrücklich entbunden; den Förstern wird jedoch zugleich aufgegeben, auch im

Zukunft, wenn innerhalb ihres Reviers ein Brand entsteht, nicht nur am Orte ihres Aufenthalts imaufgefordert auf dem Brandplaze sich einzufinden, den Orts- und Bezirks-Polizeibehörden ihre Unterstützung anzubieten, sondern auch dem Bezirks-Polizeibeamten, wenn dieser vermöge der gesetzlichen Befugniß, eine Magistratsperson, einen Förster 2c. auf Rechnung der Amtspflege zu seiner Assistenz mitzunehmen, sie entweder einmal für allemal, oder bei einem einzelnen Brande zur Begleitung auffordert, in andere Orte ihres Reviers zu dem Ende zu folgen.

### 3) Die Ablösung des dem Staate in Privat- und Gemeinde-Waldungen zustehenden Ackerich-Nutzungsrechtes betreffend.

Vom 9. Januar 1835.

Die Forstämter werden im Allgemeinen angewiesen, mit sämmtlichen betheiligten Gemeinden und Privaten über Ablösung des Ackerich-Nutzungsrechtes, unter Zugrundlegung billiger und den Umständen angemessener Ablösungssummen, bei deren Berechnung in der Regel vom sechszehnfachen Betrage auszugehen ist, zu unterhandeln, und dabei nur auf die gegenseitige Ausgleichung des hie und da den Gemeinden und Privaten in Staatswaldungen zustehenden Ackerich-Nutzungsrechtes, nicht aber anderer Waldberechtigungen, zu dringen.

Die Finanzkammern haben hienach den Forstämtern die erforderlichen Weisungen und zugleich die Ermächtigung zu erteilen, für die fraglichen Unterhandlungen mit den Gemeinden auch die Revierförster unter gehöriger Anleitung zu verwenden. Die Genehmigung der auf diese Weise zu Stande gekommenen Ablösungen, und beziehungsweise Ausgleichungen, bleibt der Finanzkammer überlassen.

#### **4) Das Verfahren bei dem Abverdienen öffentlicher Schuldigkeiten betreffend.**

Vom 15. Januar 1835.

In der Absicht, das Verfahren bei dem Abverdienen öffentlicher Schuldigkeiten, insbesondere bei der Absendung und dem Transport der Strassschuldner auf die Arbeitsplätze zu ordnen, wird Folgendes verfügt:

1) Schuldigkeiten an Geldstrafen und Untersuchungskosten in Strassachen werden, wenn sie auf andere Art uneinbringlich sind, durch Leistung von Arbeiten für Zwecke und Bedürfnisse der Staatsverwaltung abverdient.

In Absicht auf die Art und Weise und den Maßstab der Abverdienung werden die Behörden auf die darüber bestehenden Bestimmungen verwiesen.

2) Der zur Leitung einer öffentlichen Arbeit bestellte Aufseher hat über die an derselben theilnehmenden Strassschuldner besondere Aufsicht zu führen. Zu diesem Ende wird ihm ein namentliches Verzeichniß dieser Schuldner unter Angabe der von jedem abzuverdienenden Schuldigkeit und der dafür zu verwendenden Arbeitszeit zugestellt.

3) Die Aufforderung zum Abverdienen um die Einberufung der Arbeiter geschieht von der die Arbeit anordnenden Finanzstelle mittelst Schreiben an die betreffenden Ortsvorsteher, in welcher Zeit und Ort, an welcher die Arbeiter sich einstellen sollen, genau zu bestimmen sind. Auch muß in denselben der Aufseher benannt werden, bei welchem sich die Arbeiter zu melden haben.

4) Dem Ortsvorsteher liegt es ob, den Schuldnern die Einberufung zur Arbeit, und den Ort und die Zeit derselben sogleich zu eröffnen, und ihnen genaue Folgeleistung ernstlich aufzugeben. Auch hat er sich des Abgangs derselben an den Arbeitsort zu vergewissern. Diejenigen Schuldner, die wegen eingetretener statthafter Hindernisse zur bestimmten Zeit sich

nicht bei der Arbeit eintreffen können, hat der Ortsvorsteher dem Aufseher ohne Verzug anzuzeigen.

5) Der auf dem Arbeitsplatze anwesende Aufseher hat jeden Tag bei dem Anfang und dem Schluß der Arbeit auf den Grund des ihm zugestellten Verzeichnisses und der ihm von dem Ortsvorsteher etwa zugekommenen Anzeigen (Ziff. 2. u. 4.) zu untersuchen und zu verzeichnen, welche der berufenen Arbeiter erschienen, welche der Nicht-Anwesenden entschuldigt, und welche ohne Entschuldigung ganz ausgeblieben oder von der Arbeit entlaufen sind.

Diejenigen, die unentschuldigt ausgeblieben oder vor Ablauf der schuldigen Arbeitszeit ohne Vorwissen und Erlaubnis des Aufsehers weggelaufen sind, hat der Aufseher dem betreffenden Ortsvorsteher ohne Verzug mittelst Schreibens zu benennen, und insofern die Dauer der Arbeit es zuläßt, sie von Neuem zu derselben auf einen bestimmten Tag durch den Ortsvorsteher berufen zu lassen.

Diejenigen, welche durch Vollbringung der ihnen angewiesenen Arbeit ihre Schuldigkeit abverdient haben, werden von dem Aufseher mit einem Zeugnis versehen, das sie ihrem Ortsvorsteher vorzuzeigen gehalten sind.

6) Den Ungehorsam derjenigen Strassschuldner, welche ohne triftige Ursache entweder sich nicht auf dem Arbeitsplatze gestellt haben (Ziff. 4.) oder von demselben vorzeitig weggelaufen sind (Ziff. 5.) hat der Ortsvorsteher durch eine in seiner Zuständigkeit liegende Freiheitsstrafe ungesäumt zu rügen.

Bei wiederholter Absendung eines solchen Schuldners auf einen Arbeitsplatz hat der Ortsvorsteher denselben für den Fall eines fortgesetzten Ungehorsams mit der Anzeige an das Oberamt um mit empfindlicherer Strafe zu bedrohen.

Im Uebrigen haben sich hiebei sowohl der Ortsvorsteher als der Aufseher der Arbeit nach den oben (Ziff. 4. u. 5.) bemerkten Vorschriften zu benehmen.

7) Von dem Eintritte eines fortgesetzten Ungehorsams hat der Ortsvorsteher dem Oberamt sogleich Anzeige zu machen,

welches sodann gegen den Ungehorsamen eine verlängerte Freiheitsstrafe verfügen, geeigneten Falls ihn von Neuem und unter Bedrohung mit schärferer Strafe auf den Arbeitsplatz absenden und hiervon den Aufseher oder die Finanzstelle in Kenntniß setzen wird.

8) Ein Schuldner, gegen den die vorbenannten Strafen vergeblich angewendet worden sind, wird als unbotmäßig behandelt und auf Verfügung des Oberamts durch Landjäger, nach Maßgabe der Instruction für das Landjäger-Corps vom 25. Juni 1823 und mit Beobachtung des §. 21. dieser Instruction, auf den Arbeitsplatz transportirt, woselbst er zu Verhinderung des Weglaufens unter genauer Aufsicht zu halten ist. Nur wenn im Augenblicke, wo die Einlieferung geschehen soll, dem Oberamt wegen ihrer Verwendung für dringendere Zwecke der öffentlichen Sicherheit ein Landjäger nicht zur Verfügung steht, kann die Einlieferung ausnahmsweise durch bewaffnete Civil-Conducteurs auf Kosten der Finanzverwaltung vollzogen werden.

### 5) Den Verkauf der Eichenrinden betreffend.

Vom 20. Januar 1835.

Um einen gleichmäßigen Verkauf der für die Rothgärbereien erforderlichen Eichenrinden aus Staatswaldungen in billigen Preisen zu bewirken, sind die Königl. Forstbehörden, unter Erinnerung an die wegen Gewinnung dieser Rinden bestehenden Verordnungen (Reg.-Bl. von 1810 S. 94 und 1812 S. 441) angewiesen worden, die Rinden um  $1\frac{1}{10}$  des betreffenden Scheiterholzpreises (also bei dem Preis von 10 fl. für die Klafter Scheiterholz, die Klafter Rinde zu 11 fl.) ohne Aufschlag soviel möglich an die Gerber-Zunft-Vorsteher zur verhältnißmäßigen Austheilung an die einzelnen Zunft-Mitglieder abgeben zu lassen.

**6) Gesuche um Bauerlaubniß in der Nähe von Flosswassern betreffend.**

Vom 6. April 1835.

Nachträglich zu der gemeinschaftlichen Verfügung der Ministerien des Innern und der Finanzen vom 1. Nov. 1820, die künftige Behandlung der Bau-Concessions-Gesuche betreffend (Reg.-Bl. S. 585 ff.) wird den Bezirksämtern hiemit die Weisung erteilt:

In allen Fällen, wo es sich von der Aufführung neuer Gebäude auf Allmanden und Feldgütern in der Nähe von Flosswassern und Holzabstoß oder Lagerplätzen für die Flößerei, oder von der Einrichtung einer Feuerwerkstätte in solcher Nähe handelt, auch wenn sich die Baustelle nicht nahe bei Waldungen befindet, mit dem betreffenden Forstamt Rücksprache zu nehmen, und in Anstandsfällen Bericht darüber an die vorgesetzte Kreisregierung zu erstatten, welche je nach den Umständen die gutachtliche Aeußerung der Kreis-Finanzkammer darüber einzuholen hat, ehe sie das Gesuch erledigt.

---

**7) Die Ausübung der forstpolizeilichen Strafgewalt durch die Gemeinden betreffend.**

Vom 15. März 1836.

Aus den von den Kreis-Finanzkammern eingezogenen Berichten hat sich ergeben, daß in Beziehung auf die Ausübung der den Gemeinden gesetzlich eingeräumten forstpolizeilichen Strafgewalt in mehreren Forstbezirken noch eine bedeutende Verschiedenheit besteht, indem zwar die Mehrzahl der Gemeinden im Besitze des ihnen gesetzlich verliehenen Forst-Strafrechts hinsichtlich aller in Gemeinde-, Stiftungs- und Privatwaldungen, welche Theile der Ortsmarkung bilden, begangenen Forstvergehen sich befindet, andere aber dieses Strafrecht nur in den auf ihrer Markung gelegenen Gemeinde-Waldungen, und wieder

andere, außer in diesen, bald nur in Stiftungs-, bald nur in Privat-Waldungen ausüben.

In Gemäßheit der Bestimmungen der Forst-Ordnung von 1614 S. 87, der Commun-Ordnung Kap. VI. Abschnitt II. S. 1 und 2, so wie der auf diesen früheren Vorschriften beruhenden Bestimmungen des Verwaltungs-Edikts S. 3, 15 und 16, werden die Finanzkammern beauftragt, diejenigen Gemeinden, welche noch nicht die volle Ausübung der denselben gesetzlich zukommenden forstpolizeilichen Strafgewalt eingeräumt ist, in dieselbe einweisen zu lassen, somit die Aburteilung aller Forstvergehen, welche in der auf der Gemeinde-Markung gelegenen Gemeinde-, Stiftungs- und Privatwaldungen verübt worden sind, denselben nach dem, den Gemeinden gesetzlich eingeräumten Strafmaße überlassen.

Nur die, zwar einer Gemeinde-Markung zugetheilten, jedoch vom Gemeinde-Verbande befreiten Waldungen, welche grundeigenthümliche Bestandtheile einer Standesherrschaft oder eines Rittergutes bilden, bleiben nicht nur, wenn der Besitzer durch eigene Beamte die Forstgerichtsbarkeit darüber ausübt, sondern auch außerdem, sofern sie durch eigene Schutzdienere des Besitzers begangen werden, welche die Frevel bei dem Königl. Forstämte anbringen, nach Analogie der Staatswaldungen, von der Forst-Strafgewalt der Gemeinde-Räthe ausgenommen.

In den eigenthümlichen Waldungen der Standesherrn und Rittergutsbesitzer, welche eine eigene Markung bilden, und einer Gemeinde bloß in gerichtlicher und polizeilicher Beziehung zugetheilt sind, findet diese Forst-Strafgewalt der Gemeinde-Räthe vermöge des Vorbehalts in der Normal-Verfügung des Ministeriums des Innern vom 26. April 1828 von selbst nicht Statt.

Die Waldungen der K. Hof-Domänenkammer sind denen der Standesherrn, welche die Forstgerichtsbarkeit durch eigene Beamte ausüben, gleich zu behandeln.

Auch hat es in Ansehung solcher Forstfrevel, welche von königlichen, standesherrlichen oder ritterschaftlichen, in keinem

Dienstverhältnisse zu der Gemeinde stehenden Forstdienern, in Gemeinden, Stiftungs- und Privatwaldungen entdeckt worden sind, bei den bisherigen Bestimmungen (vergl. S. 8. die Instruktion für die K. Forstwärte und Waldschützen) sein Verbleiben, wonach sie bei dem betreffenden K. Forstamte, beziehungsweise bei dem betreffenden K. Hof-Cameralamte oder der betreffenden standesherrlichen oder ritterschaftlichen Forstgerichtsbarkeits-Beamtung, anzubringen, und von diesen ohne Unterschied des Strafmaßeß abzurügen sind.

Hinsichtlich der Staats-Waldungen ist sich fortwährend nach dem Inhalte des §. 3. der K. Verordnung vom 11. März 1822 und des §. 3. der Instruktion für die K. Oberförster zu achten, wodurch die Aburugung der in denselben begangenen Forst-Vergehen den K. Forstämtern übertragen ist, ohne Unterschied, ob sie einer Gemeinde-Markung angehören, oder einer Gemeinde bloß in gerichtlicher und polizeilicher Beziehung zugetheilt sind.

## 8) Das Schießen auf Marder innerhalb der Ortschaften betreffend.

Vom 30. Juni 1836.

Aus mehreren Strafnachlaßgesuchen ist zu entnehmen gewesen, daß das Jagdpersonal in der irrigen Meinung steht, die in der General-Verordnung vom 13. April 1808 Lit. C. No. XIII. (Reg.-Bl. S. 206) enthaltene Bestimmung, wonach bei Strafe von 10 fl. weder in Städten noch Dörfern, in Häusern, auf der Straße oder in Gärten geschossen werden darf, sei auf das Schießen von Mardern nicht anwendbar.

Wenn nun gleich dieses Verbot auf Fälle, wo es sich von dem Gebrauche von Feurergewehren von Seite der Polizeigewalt zum Schutze der Personen oder des Eigenthums handelt, nicht zu beziehen ist: so kann es doch nicht in das Ermessen des Jagdpersonals gestellt werden, jene polizeiliche Befugniß bei dem Schießen der Marder in Anwendung zu bringen, sondern es

Behlen, Archiv. VIII. Bd. 16 Heft. 3



ist dazu ein Auftrag oder eine ausdrückliche Erlaubniß der Orts-Polizeibehörde erforderlich,

Die Ortspolizei-Behörden aber haben nur auf Ansuchen der betheiligten Hausbesitzer zu handeln, und nur erfahrenen und besonnenen Schützen Auftrag oder Erlaubniß hiezu, und zwar nur unter der Bedingung des Gebrauchs nicht zündbarer Stoffe, z. B. von Reh- oder Ruhhaaren, Blasen und dergl. zum Laden des Gewehrs, so wie der Beobachtung aller Vorsicht, damit weder bei dem Austreiben des Widders aus dem Hause, noch bei dem Schießen nach demselben Jemand beschädigt werde, zu ertheilen, im Uebrigen aber Sorge dafür zu tragen, daß diese Bedingungen gehörig erfüllt werden.

Die Bezirks-Polizeiamter werden hiemit angewiesen, die Orts-Vorsteher nach Vorstehendem zu instruiren; die Bezirks-Forstbehörden aber erhalten den Auftrag, daß für die Ausübung der Jagd bestellte Personal hienach unter dem Anfügen zu befehlen, daß ein eigenmächtiges Schießen auf Waid an den bezeichneten Orten unnachsichtlich mit der gesetzlich angedrohten Strafe gerügt werden würde.

---

## 9) Den Holzverkauf in den Staats-Waldungen betreffend.

Vom 30. November 1836.

Um einestheils den Schwierigkeiten auszuweichen, welchen bei der bisherigen Verkaufsweise des Holzes aus Staatswaldungen nach regulirten oder sogenannten Revierpreisen die jeweilige Bestimmung dieser Preise nach den örtlichen und Verkehrs-Verhältnissen, so wie die durch die Forstbehörden stattfindende Vertheilung des Holzes selbst unterliegt, und anderntheils, unter Beseitigung jeder dießfälligen Willkührlichkeit, eine angemessene Verwerthung des Forstertrags zu erzielen, wird Folgendes verfügt:

1) In Zukunft geschehen die in Staatswaldungen vorkommenden Holzverkäufe in der Regel im öffentlichen Aufstrich, nach vorhergegangener Bekanntmachung desselben.

2) Neben dem eigenen Bedarf der Staats-Finanzverwaltung zu Gerechtigkeits-Abgaben und Besoldungen, so wie für die K. Eisenwerke, Salinen und Holzgärten, wird von der Versteigerung ausgenommen:

- a. dasjenige Brennholz, welches von dem verkäuflichen Erzeugniß aus benachbarten Staatswaldungen an Gemeinden, denen es an eigenen Waldungen oder an näherer Gelegenheit zur Beholzung fehlt, im Ganzen, gegen Zahlungshaftung der Gemeindepflege für den von der höheren Forstbehörde zu bestimmenden Preis, zur Vertheilung unter ihre unbemittelten Angehörigen überlassen wird;
- b. das Bauholz für den eigenen Bedarf von Revier-Inassen, wenn oder soweit sie denselben nicht aus eigenen oder Gemeindewaldungen erhalten können;
- c. das Werkholz oder Handwerksholz zur Selbstverarbeitung für Wagner, Rüfer, Drechsler, Siebmacher, Pfeiffenmacher u. dergl., insofern es nicht aus den Waldungen der Gemeinden, welchen die Handwerker angehören, bezogen werden kann;
- d. das Stock- oder Stumpen- und Wurzelholz, und geringere Reisach, dessen Aufbereitung auf Staatsrechnung nicht angemessen erscheint.

Auch bleibt es hinsichtlich der Abgabe der Gerberinde bei den bestehenden Bestimmungen.

3) Die Forstämter werden dafür sorgen, daß die Holzverkäufe bald nach der Aufnahme der Schläge im Frühjahr fortlaufend so vorgenommen werden, daß nicht mehrere Aufstriche, die einander stören könnten, auf einen Tag fallen, weshalb benachbarte Forstämter sich mit einander ins Einverständnis zu setzen haben.

4) Die Versteigerung wird von dem Förster und Cameral-Amts-Buchhalter des Bezirks auf dem Holzschlag selbst, oder in der Nähe desselben, damit der Gegenstand des Verkaufs beaugenscheinigt werden kann, unter Führung eines nach en forst-

amtlichen Holzaufnahme-Registern zuvor angelegten Protokolls vorgenommen.

5) Sowohl Nutz- als Brennholz ist in kleineren Mengen, welche bei letzterem bis auf eine halbe Klafter herabgehen können, zum Verkauf zu bringen, und den vorgegangenen Einzelverkäufen keine Gesamtversteigerung mehr nachfolgen zu lassen.

6) Wird, der, nach der Bestimmung der höheren Forstbehörde, bei dem Verkauf als Anbot zum Grunde gelegte Preis durch den Aufstrich erreicht oder überschritten, so erfolgt sogleich der Zuschlag an den Meistbietenden, ohne Genehmigungsvorbehalt. Im andern Falle ist das Ergebniß der höhern Behörde zur Verfügung vorzulegen.

7) Bei der Versteigerung erhält der Käufer über jede ihm zugeschlagene Parthie sogleich einen, die Nummer des Holzaufschlags-Registers, den Holzschlag, den Preis und den Tag und Ort des künftigen Geld-Einzugs bezeichnenden Kaufzettel, welchen er mit einem darin bereits ausgedrückten, etwa auf ein Zwanzigstel des Holzwerths zu bestimmenden baaren Aufgeld auszulösen hat.

8) Von dem Zeitpunkt der Einhändigung des Kaufzettels an steht das erkaufte Holz auf Rechnung und Gefahr des Käufers im Schlag; das K. Forstpersonal wird zwar die Hütung desselben fortsetzen, es ist aber auch den Holzkäufern freigestellt, bis zur Abfuhr des Holzes für die Hütung desselben durch vertraute Männer noch besonders zu sorgen.

9) In den ersten Wochen nach Vollziehung der Versteigerungen hat der Cameral-Verwalter an den vorausbestimmten Tagen und Orten den Geld-Einzug vorzunehmen, wobei sämtliche Holzkäufer mit ihren Kaufzetteln zu erscheinen, und nach Abrechnung des vorgeschossenen Aufgeldes entweder baare Zahlung zu leisten, oder für den Rest durch privat- oder gemeinderäthliche Bürgschafts-Urkunden Sicherheit zu geben haben, gegen welche, wenn sie der Cameral-Beamte genügend findet, längstens bis zu Ende des laufenden Kalenderjahrs Borgfrist ertheilt wird.

10) Die geleistete Bezahlung oder verwilligte Borgfrist wird auf dem Kaufzettel bemerkt, und es steht nun der Abfuhr des Holzes auf den festgesetzten Tag, gegen Abgabe deszettels an den aufgestellten Forstdiener, kein weiteres Hinderniß im Wege.

11) Wird hingegen die Leistung baarer Bezahlung oder genügender Sicherheit auf den bestimmten Tag versäumt oder nicht aufgebracht, so ist das bezahlte Aufgeld der Cameral-Kasse verfallen, und über das, mit der zugleich von selbst eintretenden Auflösung des Kaufs, dem Cameral-Amt zurückfallende Holz anderwärts zu verfügen, in welcher Beziehung jenes dem Revierförster ungefäumt Nachricht zu geben hat.

Die R. Forst- und Cameralämter haben in Absicht auf die Anordnung der Verkäufe, von welchen auch den Forstdienern die regulirten Diäten bewilligt werden, so wie wegen Einrichtung der Protokolle und Verrechnung von den Kreis-Finanz-Kammern noch nähere Vorschriften zu erwarten.

---

10) Die Befugniß der R. Finanzkammern, Ortsvorsteher und Gemeinderäthe wegen verübter Forstfrevel mit Freiheitsstrafen zu belegen, betreffend

Vom 9. März 1837.

Durch die in einem besonderen Falle von einer R. Kreis-Regierung gemachte Anfrage über die Befugniß der R. Finanz-Kammern, Mitglieder der Gemeinderäthe wegen verübter Forstfrevel mit Freiheitsstrafen zu belegen, hat sich das Ministerium des Innern veranlaßt gesehen, mit dem R. Justiz-Ministerium zu communiciren, welches die hierüber von dem Criminal-Senate des R. Ober-Tribunals, nach Vernehmung sämmtlicher Kreis-Gerichtshöfe und Bezirksgerichte, abgegebene Aeußerung mitgetheilt hat.

Auf den Grund dieser Aeußerung der höchsten Gerichtsstelle, womit sich das R. Justiz-Ministerium einverstanden er-

hört hat, und wobei auch das Ministerium des Innern keinen Anstand fand, wird Nachstehendes zu erkennen gegeben:

Seitdem die K. Finanzkammern eigene Justitiarien erhalten haben, steht denselben überhaupt das Recht zu, in den zu ihrem Wirkungskreise gehörigen Straf-Fällen auf Geldbußen bis zum Betrage von 20 Thalern und auf Gefängnißstrafe bis zur Dauer von 14 Tagen zu erkennen, ohne daß hierbei hinsichtlich der Personen der Straffälligen, insbesondere der Commundienner, eine Ausnahme bestimmt wäre (K. Verordnung vom 8. Mai 1813, Reg.-Bl. S. 218, pos. 4 und 5; Verordnung der Ministerien des Innern und der Finanzen vom 27. Nov. 1819, Reg.-Bl. S. 835; Dienst-Instruktion für die Kreis-Finanzkammern vom 17. Januar 1823 S. 19. Ziffer 1 und 4, Reg.-Bl. S. 132, 133). Denn die in S. 18, Ziffer 7, Abschnitt 2 der so eben angeführten Dienst-Instruktion für die Kreis-Finanzkammern ausgesprochene Beschränkung bezieht sich offenbar nur auf Dienstvergehen der den Finanzkammern untergeordneten Diener, und nach Art. 58 des Straf-Edikts vom 17. Juli 1824, Reg.-Bl. S. 598, hat es in Beziehung auf die Straf-Befugnisse der höheren Verwaltungs-Collegien bei den bisherigen Bestimmungen sein Verbleiben. Gegen dieses kann auch weder die Bestimmung des vierten Organisations-Edikts vom 31. December 1818, S. 196, wonach die Bezirksgerichte wegen Dienstverfehlungen der Staats- und Commundienner nur auf Geldstrafen erkennen durften, höhere Straffälle also dem Gerichtshofe vorlegen mußten, als durch Art. 55 — 60 des Straf-Edikts aufgehoben, noch die Bestimmung des S. 9. lit. f. der Instruktion für die Kreis-Regierungen (Reg.-Bl. 1819, S. 939), wonach diese Collegial-Stellen gegen Beamte, Orts-Vorsteher und Gemeinderäthe nur auf Geldstrafen erkennen sollen, da sich diese Vorschrift ebenfalls nur auf Amtsvergehen bezieht, einen Einwand begründen. Vielmehr ist es nach dem Bisherigen außer Zweifel gestellt, daß sowohl die Bezirksgerichte, als auch die Kreis-Regierungen und Kreis-Finanzkammern, letztere beide mit Ausnahme von Amtsvergehen, weil hiebei

gewöhnlich die Dienst-Entlassung in Frage steht, innerhalb der ihnen eingeräumten Strafgewalt auch gegen Staats- und Commun-Diener, somit auch gegen Ortsvorsteher und Gemeinderäthe, auf Freiheitsstrafen zu erkennen befugt seien. Zwar wird allerdings das Ansehen eines öffentlichen Beamten durch die Ertheilung einer Freiheitsstrafe Noth leiden. Da aber nach §. 6. 11 und 49 von dem Gemeinderathe und Bürger-Ausschusse, so wie von der Stelle eines Ortsvorstehers, nur Criminal-Verbrecher ausgeschlossen sind, nicht aber solche, welche sich einfacher, höchstens mit 14tägiger Gefängnißstrafe zu rügender Uebertretungen der Finanz- oder Forstgesetze schuldig gemacht haben, sofern nämlich nicht die Verletzung einer besonderen Dienstpflicht concurrirt, so kann hierin wenigstens kein Grund gefunden werden, die Zuständigkeit der Kreis-Finanzkammern zu Erkennung einer solchen Freiheitsstrafe auch gegen Ortsvorsteher und Gemeinderäthe zu beanstanden.

### 11) Die Verwendung unausgetrockneten Bauholzes betreffend.

Vom 28. April 1835.

Es ist von großer Wichtigkeit, daß zu den Bauten kein anderes, als vollkommen ausgetrocknetes Bauholz verwendet werde, weil die Feuchtigkeit, welche in dem verbauten Holze eingeschlossen bleibt, dasselbe zum großen Schaden der Gebäudebesitzer dem schnellen Verderben zuführt.

Da hierauf bisher nicht immer die erforderliche Rücksicht genommen worden ist, so wird den Staatsfinanzbehörden, besonders aber den für das Hochbauwesen angestellten Baubeamten, zur Pflicht gemacht, ihr Augenmerk darauf zu richten, daß zu den Bauten des Staats nur ausgetrocknetes, entweder gesägtes, oder in dem der Verwendung vorangegangenen Jahr gefälltes Holz verwendet werde.

In Ermangelung vollkommen ausgetrockneten Bauholzes ist das beabsichtigte Baumwesen auf das nächste Jahr aufzuschieben, wenn aber in besonders dringenden Fällen noch nicht vollkommen ausgetrocknetes Holz verwendet werden müßte, in dem neuen Gebäude wenigstens das Gypsen der Wandungen und Decken, so wie das Legen der Böden auf das nächste Jahr aufzusetzen.

Nicht minder ist darauf zu sehen, daß in den Staatsgebäuden nur wohl ausgetrocknete Schnittwaare zur Anwendung komme.

## 12) Die Bestrafung der K. Württembergischen und Badenschen Forstfrevler betreffend.

Vom 4. Juli 1837.

Mit der Großherzogl. Baden'schen Regierung ist nachträglich zu der im Jahr 1823 abgeschlossenen Uebereinkunft, wegen Bestrafung der Forstfrevler in den beiderseitigen Grenzwaldungen (Reg.-Bl. vom Jahr 1823 S. 932), über nachstehende Bestimmungen eine Vereinbarung getroffen worden:

1) Bei Waldfreveln, welche von württembergischen Viehhirten in den badischen Waldungen begangen werden, findet im Falle der Zahlungs-Unfähigkeit derselben die Haftbarkeit des Viehes Statt;

2) die badischen Waldeigenthümer werden mit den württembergischen gleich behandelt, und es ist denselben namentlich auch in allen Fällen der den letztern zukommende Strafantheil zuzuerkennen;

3) Vergehen, welche von den Großherzogl. Unterthanen gegen die Kön. W. forstpolizeilichen Vorschriften für Waldbewirthschaftung in den auf Königlichem Gebiete gelegenen Privat-Waldungen derselben begangen werden, sind von den königlichen Forstbehörden in Gemäßheit der dießseitigen gesetzlichen Bestimmungen abzurügen.

### 13) Die Jagd-Ausübung betreffend.

Vom 9. December 1837.

Zu Verhütung von Unglücksfällen auf Jagden, insbesondere bei der Theilnahme mehrerer Personen, werden im Einverständnisse mit dem K. Ministerium des Innern folgende Vorschriften ertheilt, welche die K. Forstdiener bei Ausübung der Jagd nicht nur selbst zu beobachten, sondern auf deren Beobachtung sie auch bei sämtlichen Jagd-Inhabern, Jagd-Pächtern und Jagd-Administratoren zu sehen haben.

1) Bei Ausübung der Jagd ist nur solchen Personen Theilnahme zu gestatten, welche als vorsichtig und nüchtern bekannt, mit gesundem Gesichts- und Gehörsinn begabt und in der Behandlung des Gewehrs erfahren sind, auch sich mit den wichtigsten Vorsichts-Maßregeln der Jagd die nöthige Bekanntschaft erworben haben.

2) Bei den Jagden, woran mehrere Personen Antheil nehmen, namentlich bei den sogenannten Treib-Jagden, haben sich die Schützen möglichst in einer Linie aufzustellen. Jeder Schütze hat sich den Stand seiner Nachbarn genau zu merken, und die einander zunächststehenden Schützen haben sich ein verabredetes Zeichen zu geben, um sich erforderlichen Falles wieder zu erkennen.

3) Niemand darf seinen Stand verlassen, bevor nicht von Dem, der die Jagd leitet, das Zeichen hiezu für sämtliche Schützen gegeben worden sein wird.

Auch ist es keinem Schützen gestattet, seinen Stand während des Triebes zu wechseln, d. h. sich von dem ihm angewiesenen Stande zu entfernen, um sich an einem andern Punkte aufzustellen. Das Abtreten vom Stande nach beendigtem Triebe hat jeder Schütze wieder durch ein besonderes Zeichen seinem Nachbar anzukündigen; bevor er jedoch seinen Stand verläßt, ist der Hahn des Gewehrs abzuspannen, die Sicherheits-Vorrichtung in Wirksamkeit zu setzen und das Gewehr möglichst



senkrecht, und zwar so anzuhängen, daß die Mündung desselben in die Höhe oder gegen den Boden gerichtet ist.

4) Sämmtlichen Schützen ist es untersagt, nachzuschießen, wenn das allgemeine Zeichen zum Abgehen vom Stande schon gegeben ist.

5) Da nicht selten vorkommt, daß einzelne Schützen während des Treibens still im Triebe herumgehen, um dadurch leichter zum Schuß zu kommen, wodurch sie aber nicht nur sich selbst der größten Gefahr aussetzen, sondern auch Andere in gleich hohem Grade gefährden, so wird dieses hiemit streng verboten.

6) Jedem Schützen wird hiemit zur strengen Pflicht gemacht, nie auf großen Entfernungen, nie gegen den Trieb, nie in der Richtung der Schußlinie und nie auf ein Thier zu schießen, daß er nicht nach dem ganzen Umfange des Körpers sehen und als ein jagdbares Thier mit Sicherheit unterscheiden kann.

---

#### 14) Die Aufbereitung der bürgerlichen Holzgaben betreffend.

Vom 3. Juli 1838.

Die aus Gemeinde-Waldungen abzureichenden bürgerlichen Holzabgaben sollen nach der Commun-Ordnung Cap. III. Abschnitt 7, S. 16, soviel es thunlich ist, nicht auf dem Stamm angewiesen, sondern auf gemeine Kosten aufbereitet werden, welche von den Holz-Empfängern zu ersetzen sind.

Diese forstpolizeiliche Vorschrift wird nun im Einverständniß mit dem R. Ministerium des Innern sowohl der Gemeinde als den Forstbehörden unter dem Anfügen in Erinnerung gebracht, daß Ausnahmen von der hienach gegebenen Regel, für die Holzfällungen in den Gemeindewaldungen verpflichtete Holzhauer aufzustellen, bei den R. Forstämtern nachzusuchen, und von diesen nur bei nachgewiesener wirklicher Unthunlichkeit der Aufstellung verpflichteter Holzhauer zu gestatten sind.

Namentlich kann eine solche Ausnahme weder durch die Absicht einer sorgfältigeren Ausnutzung des in den Brennholzfällungen vorkommenden Bau-, Nutz- und Werkholzes, noch durch das Vorgeben einer Erleichterung der Gemeindeglieder in Hinsicht des zu bezahlenden Holzhauerlohns begründet werden.

In der ersten Beziehung wird dem Zwecke besser entsprochen, wenn besondere Holzhauer angestellt werden, welche vor oder während der Holzfällungen alles für gewisse technische Zwecke taugliche Holz, dessen Veräußerung oder Verwendung zu Naturalabgaben den Gemeinden überlassen bleibt, auszusuchen und aufzubereiten haben.

In der zweiten Beziehung ist jede zulässige Kosten-Erleichterung der Gemeindeglieder dadurch zu bewirken, daß die Theilnahme an den gemeinschaftlichen Holzfällungen allen denjenigen Gemeinde-Angehörigen gestattet wird, welche die hiezu erforderliche Tüchtigkeit besitzen und sich für dieses Geschäft in Pflichten nehmen lassen. Die Forstämter haben daher die Zahl der Holzhauer nicht ohne Grund zu beschränken, übrigens hiervon diejenigen auszuschließen, welche ihre Zulassung zu Wald-Ercessen mißbrauchen.

Je wesentlicher die Beobachtung der erneuerten Vorschrift für die wirthschaftliche Behandlung der Waldungen, besonders bei dem dermaligen Werthe der Wald-Erzeugnisse, sich darstellt, um so mehr werden die Forstbehörden die Handhabung derselben sich angelegen sein lassen und die Gemeindebehörden hiefür mitzuwirken geneigt sein.

---

### 15) Die Gehalts-Verhältnisse des K. Forstpersonals betreffend.

Vom 3. September 1839.

Die bisherigen Aufwands-Entschädigungen des K. Forstpersonals (Verordnung vom 21. Januar 1822, Reg.-Bl. S. 24) wurden vom 1. Juli d. J. an folgendermaßen erhöht:

a) Die Oberförster erhalten, statt bisheriger zwei Pferde-Rationen, zu 264 fl. angeschlagen, als jährliche Aversal-Entschädigung, neben welcher sie, wie bisher, nur in besonderen Fällen Diäten anzusprechen haben (Verfügung vom 5. Sept. 1825, Reg.-Bl. S. 494), bei den Forstämtern

erster Classe . . . . . 500 fl.

zweiter und dritter Classe . . . . 475 fl.

woran bis auf Weiteres bei jedem Amt an der bisher für die Pferde-Rationen bestimmten Haberabgabe (Verfügung vom 10. August 1826, Reg.-Bl. S. 384) noch die Hälfte, zusammen im Betrage von 44 Scheffeln zur Haltung von zwei Pferden, um den Geldanschlag von 3 fl. p. Scheffel, also um 132 fl. in Natur abgereicht, der übrige Betrag aber vierteljährlich in Geld bezahlt wird.

b) Den Revierförstern wird unter der zu a) erwähnten Voraussetzung, statt der bisherigen Pferde-Ration à 132 fl., eine jährliche Entschädigung bei den Revieren

erster Classe von . . . . . 200 fl.

zweiter und dritter Classe von . . 180 fl.

unter Fortdauer der bisherigen Verpflichtung ausgesetzt, ein Dienstpferd wirklich zu halten, soweit nicht Einzelnen von der höheren Verwaltungsbehörde diese Verpflichtung erlassen wird. Außerdem haben mehrere Revierförster, welche die größeren und beschwerlicheren Reviere verwalten, besonders aber diejenigen, welche der Pferdehaltung nicht enthoben werden, jährliche Zulagen von je 50 fl. zu empfangen.

Auf Rechnung der vorgedachten Entschädigungen werden denjenigen Förstern, welche wirklich ein Pferd halten (Verfügung vom 3. Juni 1830, Reg.-Bl. S. 260), ebenfalls bis auf Weiteres 22 Scheffel Haber, im Preise von 3 fl. für den Scheffel, in Natur abgereicht, im Uebrigen aber dieselben vierteljährlich in Geld bezahlt.

Zugleich wird der Hausmiethe-Ersatz für die nicht mit Dienstwohnungen versehenen Revierförster von jährlichen 50 fl. durchgängig auf den Betrag von 80 fl. erhöht, und endlich

c) die Besoldung der Forstwarte von 240 fl. auf jährliche 300 fl. verbessert, einschließlich des Holzbezugs von zwei Klaf-tern, statt dessen bisheriger freier Beifuhr ihnen, so wie den Waldschützen ein jährlicher bestimmter Fuhrlohn-Ersatz angewiesen worden ist, welchen sie, nachdem die Abgabe mit freier Beifuhr von den Holzschlägen des gegenwärtigen Kalenderjahrs für das Etatsjahr 1839 — 40 bereits Statt gefunden hat, auf den 1. Juli 1840 für das künftige Etatsjahr erstmals zu empfangen haben.

---

16) Die Bestrafung der Verfehlungen gegen die Finanz- und Forstgesetze betreffend.

V o m 2. D e c e m b e r 1839.

In Beziehung auf die Bestrafung der Verfehlungen gegen die Finanz- und Forstgesetze wurde Folgendes gesetzlich beschlossen und verordnet:

Verfehlungen gegen die Finanz- und Forstgesetze, für welche die Strafgewalt der Finanzbehörden nicht mehr ausreicht, sind bis auf weitere gesetzliche Anordnungen von den Bezirksgerichten, in den die Strafbefugniß der letzteren übersteigenden Fällen aber (vergl.: Art. 8. des Gesetzes vom 1. März 1839 über die Competenz der Gerichte) von den Gerichtshöfen nach den von der Verkündigung des Strafgesetzbuches befolgten Normen, jedoch unter Anwendung der in jenen festgesetzten Strafarten, zu ahnden.

---

17) Die Verhütung des unwillkührlichen Losgehens der Jagd-Gewehre betreffend.

V o m 9. D e c e m b e r 1840.

Unter Beziehung auf die Verfügung vom 13. Jan. 1831 (Reg.-Bl. S. 48), wodurch zur Verhütung des unwillkührlichen Losgehens der mit Percussions-Schlössern versehenen Jagd-Gewehre der Gebrauch entweder eines metallenen Sicherheitsstel-

lers, oder wenigstens eines wohlfeileren, auch bei dem Königl. Landjäger-Corps eingeführten, ledernen Sicherheits-Rings bedienen, hiemit die Vorsicht empfohlen, daß dieser Ring nicht nur von Anfang an aus gehörig dickem und hartem Leder gefertigt sei, und sonach das Zündhütchen gehörig überrage, sondern auch, sobald er durch längern Gebrauch etwa zu niedrig geworden sein sollte, gegen einen frischen, dem Zwecke vollkommen entsprechenden, ausgewechselt werde.

Die Bezirks- und Forstämter haben dafür zu sorgen, daß die mit der Jagd sich beschäftigenden Personen hierin von den Orts-Vorstehern und dem Forstpersonal controlirt, und mangelhafte Vorrichtungen jener Art nicht geduldet werden.

---

### III.

## Ältere Forst- und Jagdgesetze, Verordnungen, allgemeine Verfügungen und Instructionen.

---

### 1) Forst-Nutzen-Ordnung für das Großherzogthum Frankfurt.

Vom 26. April 1812. \*)

#### I.

### Bestimmung der Forst-Polzeiwidrigen Handlungen.

1) Die Forst-Polzeiwidrigen Handlungen unterscheiden sich in Forst-Vergehungen und Forst-Verbrechen.

2) Forst-Vergehungen sind dann vorhanden, wenn Nachlässigkeit, Mangel an Achtsamkeit und Leichtsinns Forst-Beschädigungen veranlassen, Holzlesen bei Holz-Abfuhr, Eindringen des Viehes in junge Schläge, Beschädigung der Bäume unter dem Vorwande, auf Holz-Tagen dörres Holz zu sammeln, Gebrauch der Aerte an den Holz-Tagen, an welchen kein frisches Holz gehauen werden darf, sondern nur das Zusammenlesen des unschädlichen Holzes gestattet ist u. s. w.

---

\*) Diese Verordnung hat noch in jenen Gebietstheilen von Unterfranken und Aschaffenburg, welche vom ehemaligen Großherzogthume Frankfurt an die Krone Bayern übergegangen sind, mit wenigen, durch die Verfassungs- und Verwaltungsnormen bewirkten Abänderungen, so wie in dem Gebiete der freien Stadt Frankfurt Gesehkraft.

3) Forst-Verbrechen sind hauptsächlich die Handlungen, welche durch Ungehorsam, Widerseßlichkeit gegen die Förster, beträchtliche Holz-Diebstähle, arglistige Verabredung zu Holz-Entwendungen u. s. w. Statt haben.

## II.

Vorsorge gegen Holznoth überhaupt, besonders der Armen.

4) In den Departementen Aschaffenburg, Fulda und Hanau haben theils die Gemeinden selbst beträchtliche Waldungen, theils auch hat der Staat sehr ansehnliche Domänen-Wälder, in welchen jährlich eine hinlängliche Zahl an Kasten- und Wellenholz verkauft, und öffentlich versteigert wird, so daß jeder Hausvater hinlängliche Gelegenheit hat, sich in billigen Preisen das nöthige Bedürfnis anzuschaffen; auch nebst dem in mehreren Gemeinden die Einwohner eine gewisse Zahl an Kasten- oder Wellenholz aus Commun-Waldungen beziehen.

5) Zur Erleichterung der Einwohner in dieser Hinsicht ist Bedacht dahin genommen, daß der Werth des Holzes bei Versteigerungen, als erste Angabe, nach billigen Verhältnissen die Preise in benachbarten Gegenden nicht übersteige, auch daß sodann derjenige, welcher über solchen Preis der Meistbietende ist, das gestiegerte Holz zuverlässig erhalte, ohne daß hierüber eine weitere Genehmigung vorbehalten sei. Diese nämlichen Massregeln in dem Verkaufe des Brandholzes werden auch in Zukunft wie bisher zur Ausführung gebracht werden.

6) Die Holz-Schreibtage \*), welche bisher für die aschaffenburgischen Forstberechtigten in den Waldungen dieses Departements eingeführt waren, bestehen ferner, wie bisher, und

---

\*) Die Holzschreibtage wurden in dem von der Verordnung bezweckten Zweck und dem Umfang nicht eingeführt, und dadurch die Quelle von hier und da eintretender Nothfrevel nicht verstopft. Im Departement Aschaffenburg bestanden Holzschreibtage, aber nicht in der hier bemerkten Weise, sondern sie waren — eine Einrichtung neuerer Zeit — nur im Speßarte üblich, um den Bauholzbedarf der Eingeforsteten jährlich aufzu-

sind in allen Waldungen der übrigen Departemente einzuführen und zu beobachten. An Ort und Stelle und in Gegenwart der Sachkundigen und öffentlicher Anwesenheit lassen sich diese Gegenstände am verlässlichsten und ohne Unterschleife in Ordnung bringen.

7) Außer den Holz-Schreibtagen werden jährlich für das Bedürfnis der nicht zum Holz-Empfange Berechtigten nach volendetem Hiebe des Bau- und Brandholzes Forstweise Versteigerungen, wie bereits gesagt worden, gehalten, wo gegen baare Zahlung oder hinlängliche Sicherheit das Benötigte, selbst in kleinern Partien erstanden werden kann.

8) Außer den beiden angegebenen Zeitpunkten finden in der Regel weiters keine Anweisungen Statt.

9) Da jeder Holzbedürftige berechtigt ist, bei den Holz-Versteigerungen mitzusteigern, so hat er hinlängliche Gelegenheit, sich mit Holz zu versehen, und der Wald muß alsdann ohne Ausnahme und Rücksicht geschlossen bleiben, indem sonst zu Unterschleifen aller Art Anlaß gegeben wird.

10) Die mit einem Holz-Gesuche Einkommenden haben übrigens dasselbe mit Spezifikationen zu unterstützen, die den Art. 6 erwähnten Förmlichkeiten unterworfen sind.

11) In jeder Gemeinde, welche über vierzig Nachbarn enthält, soll, wo möglich, für die Einwohner ein kleines nach dem Bedarf der ärmern Klasse zu bemessendes Brandholz-Magazin angelegt werden, welches auf Kosten der Gemeinde gekauft, und unter die Aufsicht und Verrechnung des Maire's gestellt wird.

12) Dieses Holz muß der ärmern Klasse der Einwohner in einzelnen Schreihen und billigen Preisen abgegeben werden.

---

nehmen. Die k. Bayerische Regierung hat in der neuesten Zeit die Holzschreibtage, bezüglich des Brennholzes, durch die Anordnung von Holzausgeboten zum Lokalbedarf, mit Ausschließung der merkantilen Concurrenz, in's Leben gerufen. D. S.



### III.

#### **Künftige Forst-Ruge-Stelle.**

13) Die bisherigen Rugtage der Distrikts-Mairen setzen ihre Wirksamkeit fort, wie bisher; auch bestehen die Rugstrafen nach dem festgesetzten anliegenden Straf-Tarif. Die anzeigen- den Förster haben hierin die rechtliche Vermuthung für sich.

14) Die angelegte Strafe wird ohnfehlbar binnen acht Tagen vollstreckt, wobei nebst dem Werthe des Holzes auch nach Umständen des Frevels und dessen Wiederholung die Geldbuße bestimmt wird. Wenn der Gerügte glaubt, daß ihm hierin zu viel geschehe, so kann er sich an die Forst-Rugen-Kommission, oder resp. an die Präfektur des Departements beschwerend wenden, auch allenfalls unmittelbare Vorstellung an den Großherzog gelangen lassen, wo sodann die Entscheidung nach Ver- kommen, Recht und Billigkeit erfolgen wird.

15) Die Akten des Rug-Gerichts werden von den Distrikts- Mairen an die Forst-Rugen-Kommission des Departements in herrschaftlichen, und an die Departements-Präfektur in gemein- heitlichen, so wie Privat-Wald-Ruggegenständen eingeschickt.

### IV.

#### **Verhaltens-Regeln für das Forst-Personal rücksichtlich der Abfuhr und Begleitung des Holzes.**

16) Alles Bau-, Werk- und Geschirr-Holz ist, sobald solches angewiesen worden, mit dem Wald-Eisen des Försters, welcher die Anweisung besorgt, zu bezeichnen, und zugleich dem Eigenthümer ein Passir-Schein auszustellen, welcher die genaue Beschreibung des Holzes nebst dem Namen des Fuhrmanns enthält.

17) Fehlen beide Erfordernisse, so ist das Holz als ent- wendet zu betrachten, und unterliegt der Konfiskation.

18) Das Brandholz wird, sobald es schlagweis in Masse gefällt und aufgearbeitet ist, im Walde in fortlaufenden Nummern

nach der Klastersahl notirt, und hiernach an die Empfänger überwiesen. Ist diese Ueberweisung geschehen, so liegt es auf Gefahr der Eigenthümer, und werden zwar die Passirscheine \*) darüber aufgestellt, jedoch ohne daß hierdurch ein Recht auf Entschädigung im Falle der Entwendung entstünde.

19) Das aus dem Walde geführte Holz, welches bloß mit dem Wald-Eisen bezeichnet, aber mit keinem Passirschein versehen ist, unterliegt der Arrestation, und es bleibt dem angeblichen Eigenthümer eine Frist von drei Tagen, um durch Beibringung des Passirscheines sein Eigenthum zu rechtfertigen. Erfolgt diese Rechtfertigung nicht, so ist das Holz confiscirt, aber auch im Falle sie erfolgt, findet die in dem anliegenden Straf-Tarif auf fehlende Passirscheine festgesetzte Strafe statt.

Holz, das zwar mit dem Passirscheine, aber nicht mit dem Wald-Eisen bezeichnet ist, wird gleichfalls arretirt, und dem angeblichen Eigenthümer steht ein ebenmäßiger Termin von drei Tagen zu, um das Eigenthum darzuthun. Läuft der Termin fruchtlos ab, so tritt die Confiscation ein; im Falle aber der Beweis nachgebracht wird, so hört der Arrest zwar auf, aber die nach dem Tarif festgesetzte Strafe der Abfuhr ungeschlagenen Holzes findet statt.

21) Findet sich bei Schneide-Müllern ein ungeschlagenes Holz, welches anzunehmen durchaus verboten bleibt, so haben sie denselben Strafbetrag zu bezahlen, der dem Ueberbringen des Holzes angesetzt wird, und fallen überdem bei der Wiederholung in die unten berührte Gradationsstrafe.

22) Bei demjenigen Holze, welches zugleich beschlagen und mit einem Passirscheine versehen sein muß, fällt die Strafe wegen unterlassener Bezeichnung mit dem Wald-Eisen auf den Revier-Förster.

---

\*) In den R. Bayerischen Waldungen des vormaligen Großherzogthums Frankfurt sind Holzabfolgescheine eingeführt, Legitimation der Holzsteigerer und Käufer, die Bedingungen der freien und ungehinderten Abfuhr des Holzes erfüllt zu haben. D. F.

23) Wird beschlagenes Holz ohne Passirschein verführt, so bleibt der Eigenthümer rücksichtlich der Strafe verhaftet, und hat derselbe bloß den Regreß gegen den Fuhrmann, wenn er erweisen kann, daß derselbe keine Vollmacht hatte ohne Passirschein abzufahren.

24) Alle Passirscheine verlieren drei Tage nach der Ausstellung ihre Gültigkeit \*), und es verfällt der mit der Abholung zögernde Eigenthümer in die Strafe desselben Holzwerthes, wenn die Verspätung der Waldung, insbesondere den jungen Schlägen Nachtheil bringt. Dauert die Verspätung ein ganzes Jahr, so muß er den doppelten Werth des Holzes erlegen, und versteht es sich übrigens von selbst, daß im Falle der Entwendung von Seiten der Staats- oder Kommunkasse keine Entschädigung stattfinden könne.

25) Rüksichtlich der Anschlagung des Wald-Eisens bestehen folgende Vorschriften für die Forst-Beamten zur Beurtheilung der vorkommenden Fälle.

26) Alles Brand-Holz, so wie die Weingarten-Pfähle, die Hopfen- und Bohnen-Stangen, und diese ähnliche Hölzer, werden mit dem Wald-Eisen nicht bezeichnet, und sind darüber bloß Passir-Scheine auszustellen.

27) Alles übrige Holz, es sei nun Bau-, Werk- oder Geschirr-Holz, und bestehe in ganzen Stämmen, oder sei bereits verarbeitet, ist Stück für Stück mit dem Wald-Eisen zu bezeichnen.

28) Der Eigenthümer ist gehalten, diese Bezeichnung sechs Tage vor der Abfahrt von dem betreffenden Forst-Bedienten mündlich oder schriftlich zu verlangen.

29) Geschieht innerhalb sechs Tagen die Bezeichnung nicht, so darf demobngeachtet die Abführung nicht stattfinden, jedoch

---

\*) Diese Vorschrift blieb, in Anbetracht der Schwierigkeiten ihrer Ausführung, und daß daran auch nicht jene Consequenzen sich knüpfen, welche der Gesetzgeber im Auge gehabt zu haben scheint, unvollzogen.

bleibt der Forst-Bediente wegen allenfalligem Schaden verantwortlich, und es hat desfalls der Eigenthümer gegen ihn den Regreß.

## V.

**Verhaltens-Regeln für das Forst-Personal bei dem Betreten der Freyer, und Aufzeichnung derselben in die Register.**

30) Der Forst-Bediente, welcher einen Freyer auf der That oder unmittelbar nach derselben entdeckt, ist angewiesen, denselben zu pfänden, und wenn er ihn nicht kennt, seinen Vor- und Zunamen, so wie den Wohn-Ort zu erfragen, sodann den gefrevelten Gegenstand zu untersuchen, und hiernach den Schadens-Ersatz nach der Taxe zu bestimmen, auch alle übrigen begleitenden Umstände in seine Schreib-Tafel zu notiren.

31) Gibt der Freyer einen falschen Namen an, und wird nachher entdeckt, so tritt nebst Zahlung der tarismäßigen Strafe noch besonders zu erkennendes dreiwöchiges Gefängniß gegen ihn ein.

32) Hat der Freyer kein Pfand, so ist das gesetzmäßige Pfand-Geld von ihm zu fordern, und wenn er auch dieses nicht hat, hiernach eine Note in die Schreib-Tafel einzutragen.

33) Mit Gewalt ist kein Pfand oder Pfand-Geld zu nehmen, und wenn sich der Freyer der Pfändung widersetzt, die Widerseßlichkeit besonders anzumerken.

34) Am nämlichen Tage, wo die Betretung des Freyers geschehen, muß von dem Forst-Bedienten nach seinen in die Schreib-Tafel gemachten Anmerkungen der Eintrag in das Register-Manual, dessen Muster in der Anlage Lit. A. enthalten ist, geschehen.

35) Aus diesem Manual geschieht die Uebertragung in die Monat-Register nach dem gleichfalls in der Anlage Lit. B. enthaltenen Muster.

36) Der Forst-Bediente muß dem Vergeber oder Verbrecher auf der Stelle bekannt machen, daß er mit dem nächsttretenden 15., als dem ersten Rug-Gerichts-Tag, vor der einschlägigen Distrikts-Mairie zu erscheinen habe, welche Bekanntmachung die Stelle einer gerichtlichen Citation vertritt. Nebstdem hat der Forst-Bediente pflichtmäßig zu wachen, daß die nach der Vorschrift gefertigten Manual-Auszüge dem einschlägigen Ober- oder Revier-Förster zur Fertigung des monatlichen Haupt-Rug-Registers unfehlbar 3 Tage vor dem 15. eines jeden Monats zu Handen kommen. Die Distrikts-Maires vollstrecken sodann auf die ihnen von den Ober- oder Revier-Förstern überreicht werdenden Rug-Register die regulirte Strafe, und übersenden zwei Exemplare der Register resp. an die Forst-Rugen-Kommission und an die Präfektur des Departements.

37) Den Ober- und Revier-Förstern wird hiermit ausdrücklich untersagt, an den solchergestalt an sie geschickten Frevel-Listen etwas zu ändern, oder auszulassen, und es ist ihnen nur erlaubt, in den zu fertigenden Uebersichten ihre Bemerkungen beizufügen.

38) In den Fällen, wo eine besondere Untersuchung notwendig wird, sind die Unter-Förster oder Forst-Läufer als unmittelbare Betreter von dem Distrikts-Maire vorzuladen, um in zweifelhaften Fällen der Wahrheit auf den Grund zu sehen.

39) Wenn ein Revier in zwei verschiedenen Mairie-Distrikten liegt, so hat der Förster für einen derselben einen Substituten in der Person des Unter-Försters, und in dessen Ermangelung des Forst-Läufers oder Kreisers, nachdem er ihm die gehörige Instruktion gegeben, zu bestellen.

## VI.

### Instruktion des Distrikts-Maires hinsichtlich der Untersuchung.

40) Sobald die Rug-Register von dem Ober- oder Revierförster eingeschickt sind, werden den 15. jedes Monats die Rug-Verzeich-

über den vorübergehenden Monat angefangen, und bis zur Beendigung ununterbrochen fortgesetzt, wobei eigene Protokolle über die herrschaftlichen — und eigene Protokolle über die gemeinheitlichen Waldungen zu führen sind.

41) Die Untersuchung und das Verfahren gegen den Forst-Frevler ist in der Regel summarisch.

42) Sobald daher die vorgeladenen Frevler erscheinen, und auf die Behauptung des Forst-Bedienten oder Orts-Maires als Kläger unter Vorzeigung des Pfandes oder Angabe des Pfand-Geldes der Anklage geständig sind: so hat alsbald nach dem Tarif das Schaden-Ersatz — und Straf-Erkenntniß Statt.

43) Längnet der Angeklagte: so muß er auf der Stelle durch zwei vollgiltige Zeugen das Gegentheil dathun. Kann er dieses nicht, so wird die pflichtmäßige Aussage oder Annotirung des hiezu verpflichteten Forst-Bedienten zum Grunde der Entscheidung genommen.

44) Wenn der Angeschuldigte sich zu der Zeit anderwärts befand, oder sonstige Unmöglichkeit des Angebens durch unwerfliche Zeugen beweisen kann, so wird in geringfügigen Gegenständen die Sache zu näherer Prüfung von dem Distrikts-Maire ausgesetzt. Wenn aber der Gegenstand von solcher Erheblichkeit ist, daß er nach Art. 62 dieser Verordnung als ein wirkliches Verbrechen anzusehen wäre, so wird die Sache von dem Distrikts-Maire an die gerichtliche Stelle des Departements zur Untersuchung und Entscheidung eingesendet.

45) Ist der Frevler ein Forst-Bedienter selbst, so tritt sein unmittelbarer Vorgesetzter als Kläger gegen ihn auf, und gelten übrigens durchaus die Bestimmungen der frühern §§. hinsichtlich des formellen richterlichen Verfahrens gegen ihn; die Bestrafung bestimmt Art. 63.

46) Erscheint auf vorgängige Ladung der Frevler nicht, so wird gegen ihn in Abwesenheit (in Contumaciam) erkannt, er mag nun aus demselben oder einem andern Distrikte sein.

47) Ist er ein Ausländer, so wird die Ladung dreimal wiederholt, und im Nichtstellungsfalle bei der nächsten Betretung mit Verhaft gegen ihn vorgeschritten, welche dauert, bis Ersatz und die Strafe nebst den Gerichts-Kosten geleistet sind.

48) Gegen Erkenntnisse der Distrikts-Maires und Bestätigung der betreffenden Forst-Rugen-Kommission in herrschaftlichen — und der Departements-Präfectur in gemeinheitlichen Rug-Gegenständen, können wie bisher die Beschwerden an den Großherzog gelangen, welcher nach den sammt Vorlagen der sämtlichen Akten von der Forst-Rugen-Kommission oder Präfectur eingezogenen gutachtlichen Berichten erachtender Fälle besondere Revision anordnen wird.

49) In Gegenständen der Forst-Frevel kommt die Sache darauf an, 1) daß die Anzeige des verpflichteten Försters rechtliche Vermuthung für sich hat, daß 2) der Distrikts-Maire das gesetzmäßige Straf-Tarif durch Entscheidung auf die vorliegende Thatsache anwendet, und daß 3) die Forst-Rugen-Kommissionen und Präfecturen aus Großherzoglichem Auftrage die Vollstreckung der Strafe zur Ausführung ernstlich befördern.

## VII.

### Vorschriften für Schadens-Ersatz und Strafe.

50) Der Schadens-Ersatz fließt in diejenige Kasse, in welche die Revenue von dem entwendeten Holze oder der Forst-Nutzung gekommen wäre.

51) Das Quantum wird durch den angefügten Straf-Tarif bestimmt.

52) Der Ersatz wird jederzeit in Geld geleistet, und es haften dafür, wenn der Freveler unzahlbar ist, sämtliche Gemeinde-Glieder solidarisch \*) salvo regressu gegen denselben,

---

\*) Diese Bestimmung kam nie zur Ausführung, da die Gemeinden darin eine rechtswidrige Verletzung zu erkennen glaubend, dagegen remonstrirten, was vorerst die Sistirung des Vollzugs dieser Anordnung zur Folge hatte, wobei es bis jetzt sein Verweilen behielt.

welcher der Gemeinde zur Abverdienung der Strafe zur Disposition gestellt wird. Die Gemeinde hat das Recht, einen solchen vermögenslosen Wald-Frevler so lang zur Arbeit in ihren Kommungütern, oder Wegmachen und Graben zu verwenden, bis er dasjenige vergütet hat, was die Gemeinheit, deren Mitglied er ist, für ihn bezahlen mußte.

53) Ist der Frevler ein Ausländer, so wird derselbe nach erfolgter Auslieferung bis zu vollendeter Arbeit in gefänglicher Haft gehalten und auf Kosten des Eigenthümers der Waldungen nothdürftig gepflegt, insofern er dazu selbst keine Mittel hat.

54) Bei konfisziirtem Holze hat in der Regel kein Schadens-Ersatz Statt, und es tritt derselbe nur dann ein, wenn der Holz-Eigenthümer durch dessen Zuwendung nicht hinlänglich entschädigt ist. In diesem Falle hat der Frevler den durch den Forst-Bedienten erkannten Nachtrag zu leisten.

55) Der angefügte, und für jedes Departement besonders bestimmte Tarif enthält diejenigen einzelnen Ansätze, die hiermit hinsichtlich der Bestrafung der Forst-Frevelfälle für gesetzlich erklärt werden.

56) Auf die Strafgeelder, als eine Folge des Hoheits-Rechts oder Regals, hat kein Wald-Eigenthümer Anspruch, sondern es werden solche für Rechnung des Staats erhoben und vereinnahmt \*).

57) Auf die Strafen und deren Abverdienung sind übrigens durchaus die in den Art. 51, 52 und 63 enthaltenen Bestimmungen anwendbar.

---

\*) Da die Gemeinden von jeher die Rugstrafen, als Municipal-gefälle betrachtend, bezogen hatten, was auch noch durch die Rugen-Verordnung vom 1803 bestätigt ward, so wurde von denselben gegen diese gesetzliche Bestimmung mit dem Erfolge remonstrirt, daß dieselbe, mindestens im vormaligen Fürstenthume Aschaffenburg, im ungeschmälernten Bezuge der Forst-Rugstrafen blieben.



58) Für die Strafe besteht eine Stufenfolge dergestalt, daß der Frevler oder bei dessen Unzahlbarkeit die Gemeinde bei dem ersten Falle das Einfache, bei dem zweiten das Zweifache, bei dem dritten das Dreifache, bei dem vierten endlich das Vierfache des Tarifs zahlt.

59) Es wird der Frevler bei diesem letzten Grade aller Wahl-Rechte und der Stimmen bei den Gemeinde-Versammlungen verlustigt.

60) Die Gradations-Strafe hat ihre Bestimmung nach dem Schadens-Ansaße des zu bestrafenden jedesmaligen Frevels zu erhalten.

61) Alle diejenigen, welche den Wald wirklich beschädigen, wenn es auch nicht aus Arglist, sondern aus sträflicher Nachlässigkeit geschieht, sind diesen stufenweisen Strafen unterworfen, so z. B. der Hirt, welcher seine Viehherde nicht von Betretung der zugehängten Schläge abhält.

62) Wald-Frevel, die mit bewaffneter Hand begangen werden, oder Widerseßlichkeit gegen die Forst-Bedienten bei der Pfändung oder Arretirung des Holzes, so wie die geschwärtzten oder verummten Frevler, endlich die Laub-Aschen-Brenner, und die, welche einzelne Bäume in oder an dem Walde anzünden, werden peinlich nach den Landesgesetzen behandelt, und sind nach summarischer Vernehmung bei dem Distrikts-Maire, und nach genommener Einsicht der Forst-Rugen-Kommissionen und Departements-Präfecturen der Kriminal-Gerichtsstelle zur Entscheidung zu überliefern, welche dergleichen Vorgänge, wobei arglistige Absichten vorliegen, nach der Strenge peinlicher Gesetze gerechtest bestrafen wird.

63) Frevel der Forst-Bedienten selbst werden das Erstmal mit dem höchsten Grade der Stufen-Strafe, und bei der Wiederholung mit Dienst-Verlust bestraft.

64) Das Ringeln der Bäume im Wald wird nach dem Tarif an den entdeckten Frevlern bestraft. An den Feldern hat der angrenzende Boden-Eigenthümer, wenn der Thäter nicht entdeckt wird, die Vermuthung gegen sich, und wird nach dem

Tarif bestraft, es sei dann, daß er das Gegentheil ausdrücklich beweise \*).

### VIII.

#### Vorschriften für die Beitreibung des Ersazes und der Strafen, so wie deren Verwendung.

65) Sobald von den Distrikts-Maires die Rug-Register in Duplo resp. an die Forst-Rugen-Kommission und Departements-Präfectur einbefördert, und solche die Revision davon besonders durch die einschlagenden herrschaftlichen und gemeinbeitlichen Forstmeister erlediget haben wird, hat jene Kommission und Präfectur die von ihr richtig befundenen Register den betreffenden Distrikts-Einnehmern und Gemeinde-Gelder-Erhebern zuzufertigen, welche schuldig sind, binnen 14 Tagen die Erhebung zu besorgen, weil wegen bestehender solidarischer Verbindlichkeit der Gemeinden kein Rückstand existiren kann.

66) Mit dieser Erhebung gehet zugleich die Betreibung des noch nicht gezahlten Pfandgeldes an die Forst-Bedienten vor sich, und sind von solchen deshalb die Spezifikationen an den Einwohner einzureichen.

67) Da wegen dem Ersaz und der Strafe die Gemeinden bei vermögenslosen Frevlern solidarisch verhaftet sind, so unterliegt auch die Beitreibung des Ersazes und der Strafe keiner besondern Schwierigkeit, und wird in dieser Hinsicht verordnet:

Bei den zahlbaren Frevlern die Auspfändung drei Tage nach der ersten Mahnung;

Bei den unzahlbaren die alsbaldige Anweisung des Orts-Maires zur Herbeischaffung der schuldigen Summe mittelst Konfurrenz der Gemeinde-Glieder. Drei Tage nach fruchtloser Requisition erhält der Orts-Maire Exekution Salvo regressu gegen die saumsetzige Gemeinde.

\*) Diese Verfügung wurde schon beim Erscheinen der Verordnung unvollzogen gelassen. D. P.

68) Ist die Strafe und Ersassumme des Monats nach den eingegangenen Listen gehörig erhoben, so wird der Ersatz, wenn der Frevel in den herrschaftlichen Waldungen geschehen, in die Domanial-Rechnung vereinnahmt.

69) Wenn hingegen der Frevel in einer Gemeinde oder Standesherrlichen oder Privatwaldung verübt worden, so erhält solchen der resp. Eigenthümer gegen Ausstellung einer Quittung.

70) Alle diese Posten laufen durch die Distrikts- und Gemeinde-Rechnung in Einnahme, werden aber sogleich wieder verausgabt unter Anlegung der Quittung.

71) Von den Strafen erhält der denunzirende Forst-Bediente  $\frac{1}{3}$ , welches Dritttheil von der im Folle in Einnahme genommenen Summe in Rechnungs-Ausgabe verführt wird.

72) Der Ueberrest soll nach der schon getroffenen oder noch zu treffenden Anordnung zum Besten der Waldungen verwendet werden \*).

## IX.

### Allgemeine Verfügungen.

73) Der landesväterliche Wille des Großherzogs wird dahin ausgesprochen, daß diese auf Erhaltung des Eigenthums und eines für die bürgerliche Gesellschaft so wichtigen Bedürfnisses abzielende Verordnung von den Unterthanen genau gefasst und beherzigt werden soll.

---

\*) Im vormaligen Fürstenthume Aschaffenburg bestand eine, von dem höchstseel. Großherzoge von Frankfurt bei seinem Regierungsantritte gegründete Prämienkasse, dotirt durch ein Zehnthel des Domanial-Forst-Reinertrages und die gesammten Forst-Ruggefälle, nach Abzug des denunciantlichen Strafantheils. Diese Kasse hatte die Bestimmung, nicht nur für die im Innern der Waldungen und wegen denselben bewerkstelligten Verbesserungen die Geldmittel zu verschaffen, sondern auch im Allgemeinen die Industrie und den Kunstfleiß zu beleben, und nützliche Unternehmungen zu fördern und zu unterstützen. Diese Prämienkasse erlosch indessen im Laufe der Zeit und die Forst-Rugengefälle verschmolzen noch während der Großherzogl. Frankfurtschen Regierung mit den allgemeinen Staatsrevenueen. D. S.

74) Die Art. 52 enthaltene Verfügung der solidarischen Verbindlichkeit dient den Wohlgesinnten zum sichern Mittel, so wie zur Aufforderung, die in jeder Gemeinde leicht kennbaren Frevler selbst zum Vortheil des Ganzen und ihrem eigenen im Wege der Ordnung zu erhalten, und gründet sich auf wechselseitige Gewährleistung für ein allumfassendes Interesse. — Auch wird in solchen Fällen der Orts-Maire befugt, mit Zuziehung zweier unpartheiiſcher Männer und des Geld-Einnehmers der Gemeinheit bei dem verurtheilten Waldfrevler (mit Vorwissen des Distrikts-Maires jedoch) Haus-Untersuchung anzustellen, ob das gefrevelte Holz sich etwa in dessen Wohnung annoch befindet.

75) Diese erneuerte, vollständigere Forst-Rugen-Verordnung soll in alle Departements- und sonstige Bürger- und Nachrichten-Blätter eingerückt werden.

76) Die Orts-Maires sind gehalten, solche alsogleich drei Sonntage nach einander, und künftig alle Viertel-Jahr ihren Gemeinden vorzulesen.

77) Mit Anfange eines jeden Jahres ist diese Verordnung bei versammelter Gemeinde von neuem zu verlesen, damit deren Inhalt nicht in Vergessenheit komme.

**Formular des Stugs. Stenograph.**

[illegible]





# Schadens- und Straf-Tarif für das Departement Aschaffenburg. \*)

## I. Schaden durch Holz-Diebstähle.

1)	Von einer Trag-Last abständigen Eichen-, Birken- oder Nadel-Holz zum Verbrennen . . . . .	fl. fr.	— 8
2)	Von einer Trag-Last wäcßigen grünen Birken- oder Nadel-Holz zum Verbrennen . . . . .	—	16
3)	Von einer Trag-Last abständigen Büchen-Brandholz . . . . .	—	10
4)	Von einer Trag-Last grünem wäcßigen Brandholz . . . . .	—	20
5)	Von einem Schlitten oder Schubfarren voll abgängigem, zu Scheit untauglichen Eichen-, Birken- oder Nadel-Holz . . . . .	—	30
6)	Von einem Schlitten oder Schubfarren voll dergleichen gesundem Brandholz . . . . .	1	—
7)	Von einem Schlitten oder Schubfarren voll abgängigem zu Scheit untauglichen Büchen-Brandholz . . . . .	—	45
8)	Von einem Schlitten oder Schubfarren voll gesundem Büchen-Brandholz . . . . .	1	30
9)	Von einem Schlitten oder Schubfarren voll abgehauener grüner Aeste . . . . .	1	—
10)	Von einer Trag-Last Birken-Deck-Reißig . . . . .	—	30
11)	Für büchene oder Nadelholz-Erdstämmchen zu Bohrensteden p. Stück . . . . .	—	8
12)	Von einem birkenen Erdstämmchen zu Faß-Reiß, Flöß-Stangen u. d. gl. . . . .	—	10
13)	Von einem birkenen oder büchenen Erdstämmchen zu Kornwied . . . . .	—	4
14)	Von einem detto Zaungertendi . . . . .	—	8
15)	Von einem eichenen Erdstämmchen Zaungertendi . . . . .	—	30

\*) Dieser Tarif war für die Waldungen im Departement, nachherigem Fürstenthum Aschaffenburg aufgestellt, und besteht in demselben noch mit wenigen Aenderungen. H. d. P.



16)	Von einem eichenen Erdstämmchen über der Dicke einer Zaungerte bis zur Dicke eines Bindreitels . . . . .	fl. fr.	1 30
17)	Von einem detto über der Dicke eines Bindreitels bis zur Dicke einer Langwied . . . . .		2 —
18)	Von einer büchenen Stange in der Dicke eines Bindreitels . . . . .		— 12
19)	Von einer detto in der Dicke einer Latte . . . . .		— 15
20)	Von einer detto in der Dicke eines Leiterbaums . . . . .		— 18
21)	Von einer detto in der Dicke einer Deichsel . . . . .		— 24
22)	Von einer detto in der Dicke einer Langwied . . . . .		— 30
23)	Von einer detto in der Dicke einer Achse . . . . .		— 48
24)	Von einer eichenen Stange zwischen der Dicke einer Langwied und eines Sparrens . . . . .		3 —
25)	Von einer detto von der Dicke eines Sparrens bis auf 6 Zoll mittleren Durchmesser . . . . .		4 —
26)	Von allem rund und unbeschlagenem, von 6 bis 12 Zoll mittleren Durchmessers enthaltenden Eichen, Rüstern und Eschen, der laufende Schub . . . . .		— 12
27)	Von allen dergleichen Nadel- und weichen Laub-Hölzer p. laufenden Schub . . . . .		— 8
28)	Von allen rund und unbeschlagenen, von 12 bis 20 Zoll mittleren Durchmessers enthaltenden, und unter der Länge von 25 Schuh messenden, zu Bau- und Waarholz tauglichen Eichstämmen, Eschen und Rüstern, per Kubik-Schub . . . . .		— 12
29)	Von allen dergleichen Nadel- und weichen Laub-Hölzern per Kubik-Schub . . . . .		— 8
30)	Von allen stärkeren, zu Holländer-Holz anzusprechenden Bäumen per Kubik-Schub . . . . .		— 24
31)	Von dem zu Holländer-Stück-Holz bereits verarbeiteten Gehölz, und zwar:		
	vom Wagen-Schub . . . . .		19 —
	" Pfeiff-Holz . . . . .		9 30
	" Knapp-Holz . . . . .		6 20
	" Rangen . . . . .		3 10

	fl.	fr.
32) Vom Daub-Holz, von einer Stücksaß-Daube .	—	12
33) — — — einer 5schubigen . . .	—	10
34) — — — einer 4 1/2 schubigen . . .	—	6
35) — — — einer 4schubigen . . .	—	4
36) — — — einer 3schubigen . . .	—	2
37) — — — einem Stücksaß-Boden .	—	36
38) — — — einem 5schubigen .	—	24
39) — — — einem Zulast-Boden .	—	48
40) — — — einem 4schubigen . . .	—	12
41) — — — einem 3schubigen . . .	—	6
42) Für einen Zaun-Stickel zwischen 6 und 8 Schuh Länge . . . . .	—	6
43) Für ein Dach-Brett von 2 bis 5 Schuh Länge .	—	2
44) Von hundert eichenen Pfählen . . . . .	1	30
45) Von einer Last raube Eoh-Rinde . . . . .	—	30
46) Von einer detto Glanz-Eoh-Rinde . . . . .	1	—
47) Von einem zweispännigen Wagnervoll oder Stecken abgängigen, anstößigen, zu Scheit untauglichen bücheuen Brandholz . . . . .	1	30
NB. Von einem vierspännigen Wagen ist jedes- mal das Doppelte des zweispännigen zu ent- richten.		
48) Von dergleichen Eichen- und Nadelholz . . .	1	—
49) Von dergleichen Birken, Äspen 2c. 2c. . . .	—	50
50) Von einem Stecken oder zweispännigen Wagnervoll gesundem gespältigen Buchen-Brandholz . . .	4	—
51) Von dergleichen Eichen- und Nadelholz . . .	3	—
52) Von dergleichen Birkenholz, Äspen 2c. 2c. . .	2	—
53) Von einem zweispännigen Wagnervoll junger wach- baren Buchen . . . . .	5	30
54) Von einem detto Schindel-, Wagner- oder an- deres Nußholz, ausschließlich des Faßholzes . .	5	30

## II. Schaden durch Weiden, Grasen und Lauben.

**NB.** Vieh, welches dem Hirten oder einem Eigenthümer entlaufen sein sollte, muß von dem Hirten oder dem Eigenthümer selbst binnen 12 Stunden dem einschlagenden Ober- oder Revierförster angezeigt werden, wo im Gegentheil nachstehende Ansätze ohne weiteres Statt haben:

55)	Für ein Stück Pferd oder Rindvieh im zugehängten Buchen- oder Eichen-Distrikt . . . . .	fl. fr. 1 20
56)	Für dasselbe in einem zugehängten Birken- oder Nadelholz-Distrikt . . . . .	1 —
57)	Für eine Geise in einem zugehängten Buchen- oder Eichen-Distrikt . . . . .	1 40
58)	Für eine Geise in einem zugehängten Birken- oder Nadelholz-Distrikt . . . . .	— 50
59)	Für ein Schaaf in einem zugehängten Buchen- oder Eichen-Distrikt . . . . .	— 40
60)	Für dasselbe in einem zugehängten Birken- oder Nadelholz-Distrikt . . . . .	— 20
61)	Für ein Schwein in einem zugehängten Buchen- oder Eichen-Distrikt . . . . .	— 30
62)	Für dasselbe zur Weckerichszeit im nicht zugeh. Distrikt	— 15
63)	Für jedes Stück Vieh von jeder Gattung in einem zur Holzzucht eingezäunten Distrikt . . . . .	5 —
64)	Für einen Grasrupfer im eingeheegten Distrikt .	1 —
65)	Für einen Graser, oder für die Last Gras, welches mit der Sichel oder Sense abgemacht wurde . .	2 —
66)	Für eine Last dörres Laub auf einem von dem Forst- Personal nicht angewiesenen Distrikt . . . . .	— 20
67)	Für eine Fuhr dörres Laub auf einem nicht angewiesenen Distrikt . . . . .	2 —

- 68) Für eine Last an erwachsenen Eichen oder Buchen fl. fr.  
von den Ästen abgestrüpften grünen Laubes . . — 30
- 69) Für einen Laubstrüpper oder Laubschneider in Buchen-  
oder Eichen-Schlägen, wo sich der Wipfel des jungen  
Holzes noch erreichen läßt . . . . . 3 —

### III. Schaden durch Forst-Polizeiwidrige Hand- lungen und besondere Strafen.

	Schaden. fl. fr.	Strafe. fl. fr.
70) Von einem Holzer außer Holztag . .	— —	— 30
71) Von einem Holzer im Schlag, wo das ge- hauene Holz noch sitzt . . . . .	— —	1 30
72) Von einem büchenen Scheit, welches von einer aufgesetzten Arche im Wald oder an einem Flossbach, auch auf dem Ablad-Platz entwendet wird . . . . .	— —	3 —
73) Von einem allda entwendeten Eichen- oder Nadelholz-Scheit . . . . .	— —	1 30
74) Von einem büchenen Spähnmüßel aus dem herrschaftlichen Holzbieb . . . . .	— —	— 30
75) Von einem Stecken Holz, welchen der Unter- than aus dem im Walde zu seinem eignen Gebrauche aufgemachten Brandholz zum Verkaufe verführet . . . . .	— —	5 —
76) Von 100 Wellen aus dergleichen Hölzern	— —	1 —
77) Für das Eichel- und Buchel-Lesen in zu- gehängten Distrikten . . . . .	— 30	— 30
78) Für das Zusammenkehren der Bucheln oder Eicheln in zugehängten Distrikten . . .	1 30	1 30

	Schaden.	Strafe.
	fl. Kr.	fl. Kr.
79) Für das Butterschellen oder Abklopfen von den Bäumen in zugehängten Distrikten .	1 30	1 30
80) Für Abreißung eines Fleg-Wischs, Beschädigung eines Fleg-Grabens und Entwendung eines Einienstocks . . . . .	— —	3 —
81) Für eine nicht angewiesene Feuerplatte .	— —	3 —
82) Für eine nicht angewiesene neue Rohlplatte .	— —	5 —
83) Für das Fahren eines verbotenen Wald-Wegs . . . . .	— —	1 30
84) Für Steinbrechen oder Leimengraben im Walde ohne Anweisung des Forstpersonals .	— —	5 —
85) Für das Schleifen od. Abfahren des Scheit-, Stamm- oder Holländer-Holzes während dem Waldschluß für ein Paar Ochsen oder Pferde an einem Bauern-Wagen . . . . .	— —	5 —
86) Desgleichen für Letzteres an einem Holländer-Wagen . . . . .	— —	10 —
87) Für das Ausbauen oder Ausbrennen des Waldhammer-Anschlags an einem Baum wird die Strafe doppelt angesetzt, welche sich aus dem tarifmäßigen Werth desselben Baums bestimmt . . . . .	— —	— —
88) Für das Ausbauen der Kammer von den zum Verkauf ausgezeichneten Stämmen .	— —	5 —
89) Von Anlegung einer unangewiesenen Schneidfaute . . . . .	— —	5 —
90) Für Ausreißen eines Zaunstiftels an einer eingefriedigten Wald-Anlage . . . . .	— —	3 —
91) Beim Verkauf desjenigen Bau-, Waar- oder Geschirrhölzes, so gegen die Forst-Taxe zur Befriedigung des angegebenen		

	Schaden. fl. fr.	Strafe. fl. fr.
Bedürfnisse angewiesen wird, so viel an Strafe, als der wahre Werth des ange- wiesenen Gehölzes doppelt beträgt.		
92) Für das Widersehen gegen die Pfändung nebst dem Ersatz der regulirten 10fr. Pfand- geld an das Forstpersonal, das Doppelte der tarismäßigen Schadens- und Straf- bestimmungen.		
93) Für einen fehlenden Passirscheitn . . . — —	1	—
94) Für das auf dem verführt werdenden Ge- hölz fehlende Wald-Eisen . . . . . — —	1	—
95) Für das Ringeln der Bäume, welches ge- wöhnlich an den, an den Feldern stehenden Wald-Bäumen geschieht, wird der Schaden-Ersatz nach dem, im gegenwärtigen Tarif bestimmten Werth angesetzt, und nach diesem Werth des Baumes die Strafe doppelt bestimmt.		
96) Für das Anbrennen eines Baumes wird eben so verfahren.		
97) Wer in der Zeit, wo der Boden nicht mit Schnee bedeckt ist, ohne Erlaubniß der Forst-Behörde in dem Walde Feuer an- zündet . . . . . — —	5	—
98) Wer im Frühjahr oder Sommer bei trockener Witterung Feuer anmacht . . . — —	10	—
99) Der Forst-Bediente, welcher dies erlaubt — —	20	—
100) Alle Vergehen und Verbrechen, die auf Sonn- und Festtage oder bei Nachtzeiten begangen werden, sollen doppelt bestraft werden. Auch ist von jedem Nachtfrevler		

noch ein Reichsthaler Pfandgeld besonders zu entrichten.

Schaden.	Strafe.
fl. fr.	fl. fr.

101) Wer in angelegten Plantagen oder umzäunten Anlagen ein Verbrechen begehet, muß die tarismäßige Strafe dreifach entrichten.

102) Wer zu Forst-Vergehen oder Verbrechen aller Art Anleitung gibt, oder dabei behülflich ist, z. B. das entwendete Holz kauft, oder verkauft, für dessen Verheimlichung oder Wegbringung sorgt, wird eben so wie der Verbrecher selbst bestraft.

103) Wenn einer mit entwendetem Holz betreten wird und vorgibt, daß er es außer Landes geholt habe, so wird er eben so bestraft, als wenn er das Holz im Lande gefrevelt hätte.

104) Ausländer und Unberechte zahlen das Doppelte an Strafe von dem verursachten Schaden.

105) Inländer, die Holz im Frevel gebauen haben, und solches über die Grenze bringen, werden wie Ausländer betrachtet, und müssen daher die nämliche Strafe entrichten.

106) Wer in Gesellschaft mit andern sich eines Forst-Vergehens theilhaftig macht, ist, wenn seine Genossen nicht bekannt, oder nicht zahlbar sind, schuldig, die ganze Strafe zu entrichten.

107) Diejenigen, welche dem Forst-Personal beim Betreten entspringen, um durch die Flucht gegen die Strafe unentdeckt zu bleiben, fallen, wenn sie von dem Betreter durch Verfolgung oder Abspürung auf jede

andere Art entdeckt werden, nicht allein in die doppelte tarifmäßige Strafe des verübten Vergehens oder Verbrechens, sondern haben auch dem Betreter, alle Kosten zu ersetzen, welche derselbe zu ihrer Entdeckung erweislich nothwendig hatte.

Schaden. Strafe.  
fl. fr. fl. fr.

**Vom Vergehen und Verbrechen durch  
Spächeln oder Anhauen der  
Bäume.**

108) Für eine grüne Eiche, Esche, Buche, Ulm, Ahorn, Birke oder Nadelholzstamm	— —	3 —
109) Ist der Baum abgängig . . . . .	— —	1 —
110) Wenn solcher dörr ist . . . . .	— —	1 —

**Durch Entgipseln der Bäume.**

111) Alles Besteigen der Waldbäume ist verboten bei . . . . .	— —	— 30
Und wenn es mit Steig-Eisen geschieht, werden dieselben confiscirt.		
112) Wer einen grünen Laub- oder Nadelholzstamm entgipselt, bezahlt nebst dem Werth des Holzes . . . . .	— —	2 —
113) Wenn der Stamm abgängig ist, nebst dem Werth des Holzes . . . . .	— —	1 30
114) Wenn er dörr ist . . . . .	— —	1 —
115) Wenn eine Gemeinde den Termin zum Ein- und Austreiben der Mast-Schweine nicht einhält, bezahlt dieselbe für jedes Stück . . . . .	— —	— 10



- |  | Schaden.<br>fl. fr. | Strafe.<br>fl. fr. |
|--|---------------------|--------------------|
| 116) Wenn bei entstandenem Waldbrand nach angezogener Sturmglocke nicht aus jedem Hause, worin das Stürmen gehört werden kann, wenigstens eine Person mit den gewöhnlichen Löschwerkzeugen herbeieilet . | — —                 | 5 —                |
| 117) Wenn dieses dreimal geschieht, so verliert jene Familie die Beholzungs- und Waidgerechtigkeit.  |                     |                    |

# S c h e m a

zur

## generellen Revier-Beschreibung. \*)

### Erste Abtheilung.

#### Der maliger Stand.

#### Erster Abschnitt.

#### Allgemeine Verhältnisse.

#### Cap. I. Allgemeine topographische Verhältnisse.

##### §. 1.

Angabe dieser Bezirke, über welche die Revier sich erstreckt, oder welche sie ganz oder theilweise in sich faßt. — Einschläg-liches Forstamt; Rentamt; Landgericht (Friedensgericht; Land-Commissariat); Herrschafts- und Patrimonialgerichte; Bergamt; Steuer- und Gemeinde-Bezirke.

Gerichts-  
u. Verwal-  
tungs-Be-  
zirke.

##### §. 2.

Hauptzug der äußern Umgrenzung der ganzen Revier, mit Angabe der anstoßenden Gerichts-, Forst- und Verwaltungs-Bezirke. Territorial-Grenze mit benachbarten Staaten. Länge und Breite des ganzen Revierbezirks in Stunden Wegs. Flächen-Raum in Quadrat-Stunden oder Quadrat-Meilen. Seit wie lange in diesem Umfange.

Angrenzung  
u. Flächen-  
Raum.

##### §. 3.

Haupt- und Vizinal-Straßen in dem Revierbezirke. Flüsse, Seen, Teiche, Bäche 2c. Ob schiffbar, floß- oder triftbar? Zur Holzverbringung benutzt?

Straßen u.  
Gewässer.

#### Cap. II. Allgemeine statistische Verhältnisse.

##### §. 4.

Specielle Angabe der in dem Revierbezirke gelegenen Orts-schaften, mit Unterscheidung in Städte, Märkte, Ruralgemeinden

Bevölke-  
rung.

\*) Dieses Schema, integrierender Theil der im nächst vorhergehenden Hefte enthaltenen Instruktion für die Forstwirtschafts-Einrichtung, wurde durch ein Versehen nicht abgedruckt und wird daher nachgetragen.

D. R.

(Dörfer, Meiler, einzelne Höfe, Einöden). Familien- und Seelenzahl. Häuser- und Viehzahl (letzte nach den Haupt-Unterscheidungen in Pferden, Hornvieh, Schweine, Schafe und Ziegen. Art und Größe der Höfe; deren grundherrliches Verhältniß. Gewöhnlicher Holz- und Streubedarf.

Gewerbe.

§. 5.

Stand der Landwirthschaft im Allgemeinen (mit Angabe der Gewächse und Feldfrüchte, welche vorzüglich angebaut werden) und der wichtigsten Gewerbe, insonderheit jener, welche Holz- und andere Waldprodukte verbrauchen. Specielle Bezeichnung der Schmelz-, Hammer- und andern Hüttenwerke; der Glashütten, Holzschneide-Mühlen, Ziegelhütten, Bierbrauereien. Zahl der verschiedenen kleineren holzverbrauchenden Gewerbe. Beiläufige Angabe des Holzbedarfs für den Gewerbetrieb.

### Cap. III. Allgemeiner Wald- und Jagdstand.

Gesamte  
Waldfläche.

§. 6.

Summarische Angabe derselben nach dem verschiedenen Besitzstande. Staatswaldungen; Gemeindewaldungen; Stiftungswaldungen; Waldungen der Standesherrn, der adelichen Gutsherrscher, der Staats-Grundholden oder im Lehen-Verbande. Privatwaldungen; ungetheilte Waldungen. Verhältniß der Gesamt-Wald-Fläche zum ganzen Revier-Areal.

Ver-  
waltungs-  
Verhältnisse

§. 7.

In Betreff der nicht im Besitze des Alerars befindlichen Waldungen wird hier angegeben, welches Personal für die Verwaltung oder den Schutz derselben von Seite der Waldbesitzer aufgestellt sei (keine persönliche Benennung dieses Personals, sondern nur die erforderliche summarische Notiz hierüber). Ob und in welchem Maße sie unter forstpolizeilicher Aufsicht stehen, und durch welche Behörde diese gehandhabt wird. Bestehende Forst-Ordnungen.

Forst-  
Wirthschaft.

§. 8.

Vorherrschende Holz- und Betriebsarten. Stand der Forstpflanze und der Bewirthschaftung im Allgemeinen, oder nach dem

verschiedenen Besitzstände. Dermaliger Zustand der Waldungen, als Folge der bisherigen Bewirthschaftung. Kulturen, ob sie fleißig besorgt werden oder nicht?

§. 9.

Verhältniß  
der Produk-  
tion zum  
Bedarfe.

Summarische Erörterung über den ungefähren Material- und Streubetrag sämtlicher Waldungen; über den beiläufigen Bedarf sowohl der Bevölkerung und Gewerbe in dem Revierbezirke selbst, als mit Rücksicht auf die Ortschaften, Hüttenwerke ic., welche zwar außerhalb des Revierbezirks gelegen sind, aber ihren Bedarf ganz oder theilweise aus demselben beziehen und auf die Verhältnisse des Holzhandels in entfernten Gegenden, oder auf den Umstand, wenn umgekehrt benachbarte Forstbezirke zur Deckung des Bedarfes innerhalb des Revierbezirks beitragen. Ferner mit Rücksicht auf die Frage: in wie weit der bisherige Bedarf absolut nothwendig sei oder beschränkt werden könne? und auf vorhandene Bau- und Brennholz-, auch Waldstreu-Surrogate. Nähere Bezeichnung dieser letztern und Angabe des ungefähren quantitativen Verhältnisses, in welchem sie zur Befriedigung des Bedürfnisses beitragen können.

§. 10.

Jagden.

Erörterung der Jagd-Verhältnisse im Allgemeinen. Verschiedener Besitzstand. Bestehende Jagd-Verordnungen und Observanzen.

Zweiter Abschnitt.

Von den R. Staatswaldungen und Jagden.

Cap. I. Von der Realität der Staatswaldungen, ihrem räumlichen und politischen Verhältnisse im Allgemeinen.

§. 11.

Flächen-  
Inhalt.

General-Vermessungs-Tabelle nach dem Formular No. 2. und mit Beziehung auf dieselbe, so wie die der Beschreibung beigebende Revier-Situations-Karte, Notiz von der räumlichen Zusammenlage der verschiedenen Staatswaldungen, welche der

Revierbezirk begreift, und von ihrer Entfernung von der Wohnung des Revierförsters. Wann und durch wen die Detail-Vermessung der Waldungen Statt gehabt hat. Vorhandene Pläne und Maßstab, nach welchen sie aufgetragen sind.

Personal.

§. 12.

• Dermalen angestelltes Forst-Personal, Eintheilung in Forstbegänge für den Forstschuß, mit Beziehung auf die Revier-Situations-Karte. Gutachtliche Bemerkungen über zweckmäßige Modification in Beziehung auf die Eintheilung und die Anzahl des Personals.

Bemerkung.

§. 13.

Wann die Regulirung und Vermarkung der äußern Grenzen der Staatswaldungen Statt gehabt hat oder renovirt worden ist. Zustand derselben und in wie weit noch zu vervollständigen. Ob die Grenzpunkte durch Steine oder Pfähle 2c. gesichert, mit welchen Grenzzeichen die Steine 2c. versehen sind, und ob sie bereits eine fortlaufende Nummer haben. Vorhandene oder noch abgehende Grenz-Register und Protokolle. Nicht vermarkte Grenz-Strecken mit anstoßenden f. Forsten. Streitige Grenzpunkte oder Grenzstrecken.

Notiz über die im Innern der Waldungen etwa vorhandenen Vermarkungen in Beziehung auf vormaligen Besitzstand, Forstrechts- oder Jagdbezirke. Streitige Punkte in Beziehung auf dieselben.

Eigenthums-  
u. Nutzungs-  
Rechte.

§. 14.

Genaue Angabe und geschichtliche Nachricht hierüber, so wie über den vormaligen Besitzstand und über den Zeitpunkt der Einverleibung der betreffenden Waldungen unter die Staatsgüter. Streitigkeiten über Eigenthums- und Nutzungsrechte. Verhältniß der beiderseitigen Eigenthums- und Nutzungsrechte hinsichtlich der zwischen dem K. Alerar und andern noch ungetheilten Waldungen.

Forstrechte  
insbesondere

§. 15.

Uebersicht und geschichtliche Nachricht von den auf den Staatswaldungen lastenden Servituten, ihrer Entstehung, ihrem

Umfange, und den Urkunden und Documenten, worauf sie sich gründen, mit genauer Angabe der Walddistrikte, auf welche sie radizirt sind. Ob die Liquidation bereits Statt gehabt, und wann? ob Streitigkeiten obwalten? ob Purification eingeleitet, oder räthlich ist? Specielle Angabe der Forstberechtigten, der Zahl der Wohnhäuser und Oekonomiegebäude, welche zu Bauholz, der Feuerstellen, welche zu Brennholz berechtigt sind; der durchschnittsmäßigen Größe der Angabe; der Zahl und Gattung des Viehes, welches die Berechtigten zur Weide treiben dürfen; der Verhältnisse in Beziehung auf Streu- und andern Neben- Nutzungen und der Größe dieser Berechtigungs-Angaben; der Gegenleistungen an das Aerar. Passiv-Rechnisse, welche das Aerar etwa, außer den eigentlichen Waldservituten, in forstlicher Beziehung zu prästiren hat. Aktivgerechtsame des Aerars.

§. 16.

Bergünstigungen.

An Feseholz, Gras, Streu, Weide &c., in welchem Umfange, unter welchen Bedingungen, an welche Klasse der f. Unterthanen und in Gemäßheit welcher Anordnung oder Ermächtigung sie zugestanden worden? ob daraus keine Nachtheile für den Zustand der Waldungen hervorgegangen oder zu besorgen sind?

Cap. II. Von der äußern und innern Beschaffenheit der Staatswaldungen.

§. 17.

Terrain.

Gestaltung der Oberfläche, eben (Hochebene, Theil einer ausgebreiteten Fläche; Thal-Ebene &c.), sansthügelig, starkhügelig, muldenförmig, gebirgig &c. und in welchem Verhältnisse eben oder uneben. Hauptgebirgszüge und deren Abfälle; Vorberge; einzelne Berge; ob die Abdachung steil, oder sanft abhängig. Absolute Höhe (Höhe über der Meeresfläche) des niedrigsten, des höchsten Punktes; mittlere Höhe des größten Theiles der Waldfläche. Relative Höhe der Berge und Festsetzung der Begriffe, welche mit den Bezeichnungen sehr niedrig, niedrig, mittelmäßig hoch &c. in der speciellen Forstbeschreibung zu verbinden sind.

Klima.

§. 18.

Örtliche klimatische Beschaffenheit im Allgemeinen; rauh; gemäßigt; milde; warm. Nebel; Raubreife; häufige Regengüsse; Windströmungen, und von welcher Seite her letztere am meisten zu befürchten sind. Gewöhnlicher Anfang des Winters; Zeitpunkt des gewöhnlichen Abgangs des Schnee's in den Waldungen und Anfang der Vegetation. Einfluß des örtlichen Klima's, mit Berücksichtigung der Beschaffenheit des Terrains auf Holzproduktion, Betrieb und Benutzung. Angabe der Holzarten, die nicht mehr gut fortkommen. Ob auf den höchsten Rücken der Berge die Vegetation der Holzpflanzen noch Statt findet; welcher? und in welchem Grade der Gedeihlichkeit.

Boden.

§. 19.

Allgemeine Notiz über Gebirgs- und Erdbart. Bestandtheile und deren Mischungsverhältniß für den eigentlichen Waldboden oder die obere, hinsichtlich der Vegetation der Holzbestände vorzüglich in Betracht kommende Schicht, deren Güte und Fruchtbarkeit, Tiefe oder Mächtigkeit, Feuchtigkeitsgrad und Neigung zum Grasswuchse oder zu Forst-Urlräutern im Allgemeinen. Festsetzung der Begriffe, welche mit den, in diesen Beziehungen in der speciellen Forstbeschreibung anzuwendenden, bezeichnenden Ausdrücken zu verbinden sind.

Holzbestand  
und  
Wachsthum.

§. 20.

Zustand der Bestockung im Allgemeinen, in Beziehung auf größere oder mindere Vollkommenheit (Schluß). Dermalen vorherrschende Holz- und Betriebsarten. Am meisten vorkommendes Mischungsverhältniß der erstern. Uebrige beachtungswerthe Holzarten, welche einzeln eingesprengt sind. Stand und Verhältnisse des Holzwachsthums im Allgemeinen sowohl, als in den verschiedenen Alters-Perioden jeder Betriebsart. Mittlere gewöhnliche Länge und Stärke der dominirenden Klasse in den harbaren Beständen.

Unbestockte  
Fläche.

§. 21.

a) Summarische Notiz über die zum Holzwuchse nicht be-

stimmte Fläche; worin sie vorzüglich besteht und warum sie von der Holzproduktion ausgeschieden bleiben muß.

b) Erörterung über die zum Holzwuchse zwar bestimmte, aber zur Zeit noch unbestockte Fläche; über deren Beschaffenheit und die Ursachen der Entstehung der Blößen.

§. 22.

Bergwerke; Mineralquellen; Höhlen; Wasserfälle; besondere Felsen; Ruinen; ausgezeichnete Bäume etc.

Merkwürdigkeiten.

Cap. III. Von der Holznutzung.

§. 23.

Sortimente.

Uebliche Sortimente und dermalige Preise derselben, nach den verschiedenen Abschlüssen, mit näherer Erörterung in Beziehung auf diese letzten. Auf welche dieser Sortimente die Nutzung bisher vorzüglich gerichtet war und resp. künftig zu richten sein möge; oder welche Sortimente bisher noch ganz oder zum Theil unbenutzt und vernachlässigt blieben; aus welchen Gründen? Aussichten zu der künftigen Verwerthung; im Allgemeinen, ob die Staatswaldungen vollständig und ökonomisch ausgenutzt wurden; oder warum nicht, und wie dahin zu gelangen?

§. 24.

Holzfabrikation.

Zeit des Anfangs der Holzhauerei und der Räumung der Schläge. Ob das in dieser Hinsicht bisher beobachtete Verfahren den Regeln der Forstpflanze entspreche oder der Verbesserung bedürfe, und welcher? Ob die Holzfabrikation ganz oder theilweise durch eigene, von Seite der Forst-Regie aufgestellte Holzhauer geschieht, oder warum nicht? Tarif der bestehenden Holzhauerlöhne; Verbesserung derselben. Bestehende Holzhauerordnung (Instruktion) und etwa nöthige Verbesserung derselben.

Lokal-Maße außer dem normalen, z. B. für Handels- oder Berechtigungs-hölzer. Uebliches Wellenmaß.

Massengehalt der Normalflaster und der besondern Lokal-Mäßeereien. Massengehalt der Wellen.



Holz-Aus-  
bringung.

§. 25.

Art und Zeit der Holz-Ausbringung. Bestehende Floß- und Trift-Anstalten; Rießen und andere Bringungsgebäude; Holz-Abfuhrwege und Brücken; Schlitt- und Ziehwege; Holz-lager- und Santerplätze; Holzgärten (Holzböfe). Zustand dieser verschiedenen Anstalten; Verbesserungen; zweckgemäße neue Einrichtungen. Welche Sortimente getriftet oder gefloßt, welche auf der Achse ausgebracht worden. Notizen über die Triftkosten; Triftverlust; Land-Transportkosten; Kosten der Unterhaltung der bestehenden Anstalten und der nöthigen neuen Einrichtungen.

Holz-Debit.

§. 26.

Holz-Abgabs- und Verwerthungsweise. Ständige Holz-Abgaben. Absatz für den Rest des Material-Anfalls; wohin er seine Richtung nimmt; dessen dermaliger Stand; ob sich eine Verbesserung der Absatzverhältnisse erwarten läßt; wie diese zu erzielen sei und was man sich von dem künftigen Stande der Holzpreise zu versprechen habe. Commercial-Holzverhältnisse.

Cap. IV. Von den Forst-Nebennutzungen.

Im Allge-  
meinen.

§. 27.

Wichtigkeit oder Nothwendigkeit in national-ökonomischer Beziehung. Einfluß auf die Holzproduktion. Mittel zur Einschränkung, wenn sich derselbe schädlich äußert. Auf welche künftig ein vorzüglicher Bedacht zu nehmen sei, und übrige allgemeine Erörterungen.

Specielle  
Erörterung.

§. 28.

Für jede einzelne Nebennutzung, nach Vortillichkeit, Umfang oder Ausdehnung, Ausnutzung und Ergiebigkeit. Gattung und Anzahl des gegen Zahlung zugelassenen Weideviehes (ohne Berechtigung). Abgabs- und Verwerthungsweise. Bestehende Preise und deren Rectifikation; Material-Ertrag; Gewinnungskosten. Ordnung des Vortrags hierbei nach den betreffenden neun §. §. des Forstrechnungs-Schematismus.

**Cap. V. Von den Verhältnissen des Waldschutzes.**

**§. 29.**

Im Allge-  
meinen.

Zustand der Forstpolizei und Einfluß auf den Waldstand; bestehende Forststraf-Verordnungen; deren Wirksamkeit oder Unzulänglichkeit und Gebrechen; welche Arten von Frevel die gewöhnlichsten; welche Distrikte den Anfällen am meisten ausgesetzt sind. Anzahl der jährlich im Durchschnitte zur Behandlung kommenden Frevel-Anzeigen. Gutachtliche Vorschläge zur Sicherung des Forstschutzes, und übrige allgemeine Erörterungen.

**§. 30.**

Specielle  
Erörterungen.

Ueber besondere Beschädigungen durch Holzfrevel, Streu-, Graß- und Weidefrevel u.; Wildschaden; Mäuse- und Insektenfraß. Ueber Elementarbeschädigungen als Früh- und Spätfröste; Schneedruck; Hagel; Ueberschwemmungen; Sturmwinde u. Dertlichkeit und Ausdehnung oder Maß dieser verschiedenen Beschädigungen. Vorkehrungen dagegen. Erfolg derselben.

**Cap. VI. Von den K. Jagden.**

**§. 31.**

Stand.

Eigenthums- und Nutzungsrechte des K. Herars. Jagdgrenzen. Jagdpolizei. Wildgattungen. Zustand. Streitigkeiten. Merwürdigkeiten.

**§. 32.**

Benutzung.

Art der Benutzung. Ertrag. Eintheilung in Jagdbogen. Besonderes Jagdpersonal. Wildzäune, Salzlecken und andere Jagd-Anstalten. Servitute. Passivrechnisse.

**Cap. VII. Von der bisherigen Bewirthschaftung.**

**§. 33.**

Holz.

Notiz über den bisherigen Turnus für die verschiedenen Betriebsarten; über Plan und Grundsätze, wonach in früherer und späterer Zeit die Hiebe angeordnet, und welche hinsichtlich der Stellung, Behandlung und Schonung der Schläge, der Zwischen-Nutzung u. angewendet worden sind. Ob dadurch den Zwecke der Reihenfolge, der Verjüngung und der Erzielung der

höchstmöglichen Zuwachses entsprochen wurde, oder nicht; überhaupt kritische Beleuchtung der Vorzüge oder Mängel der bisherigen Bewirthschaftung und ihres Einflusses auf die dermalige Beschaffenheit der Bestände. Auseinandersetzung dessen, was bisher in Beziehung auf Forst-Einrichtung geschehen ist.

Neben-  
Nutzungen.

§. 34.

Ähnliche Notiz in Hinsicht auf diese.

Kulturen.

§. 35.

Notiz von dem, was bisher in dieser Beziehung geschah; von dem bisherigen Kulturverfahren; den bestehenden Kultur- und Samengewinnungs-Anstalten; von dem Erfolge; dem Zustande der Kulturplätze; den Vorzügen oder Mängeln der angewendeten Kulturmethoden etc.

Ertrag und  
Aufwand.

§. 36.

Bisheriger Material- und Geld-Ertrag an Holz, nach einem Durchschnitte, wo möglich der letzten 10, wenigstens der letzten 5 bis 6 Jahre, und nach den Unterscheidungstiteln der Verwendung wie in der generellen Uebersicht zur speciellen Betriebs-Nachweisung, mit Angabe des vollen Geldwerthes und des wirklichen Erlöses. Dermaliger Material-Etat und Vergleichung desselben mit dem Durchschnitts-Ertrage. Ähnliche Durchschnitts-Angabe in Beziehung auf den Geld-Ertrag, der Neben-Nutzungen, Jagden und sonstigen Einnahmen. Durchschnittsbetrag der bisherigen Ausgaben. Abgleichung der Einnahmen und Ausgaben. Prozentverhältniß. Ertrag per Tagwerk. (Hierzu das Formular No. 3.)

Cap. VIII. Von der künftigen Bewirthschaftung und dem allgemeinen Wirthschaftsplane.

Wirth-  
schaftscom-  
plexe.

§. 37.

Eintheilung in solche, sofern die sämtlichen Staatswaldungen der Revier nicht, der Regel gemäß, als ein Wirthschafts-Ganzes betrachtet werden können. Gründe, welche zur Bildung verschiedener Complexe bestimmt haben.

§. 38.

Wirth-  
schaftsregeln  
u. Umtriebs-  
zeit.

a) Im Allgemeinen Darstellung der Grundsätze, wonach der Wald künftig bewirthschaftet werden soll, und Erörterung über die Betriebsarten, welche als die zweckmäßigsten erkannt worden sind. Erforschung und Bestimmung der vortheilhaftesten besonderen Umtriebszeit für jede Bestands- und Betriebsart, oder Betriebsklasse, mit Anführung der Motive, welche bei dieser Bestimmung geleitet haben. Durchforstungs-Epochen, oder vortheilhaftestes Alter für die verschiedenen Zwischennutzungen. Umriss der zu befolgenden Hieb-Ordnung, oder Anordnung der Reihefolge und Verbindung der Schläge. Rücksichten, von welchen dabei ausgegangen worden ist.

b) Regeln in Beziehung auf natürliche Holzzucht und Schutz; Richtung der Angriffe; Stellung der Schläge; frühe oder späte Nachhiebe; Wiederbestellung; Schonung; Reinigung von überhandnehmenden Weichhölzern; Wied; Weide u.

c) Regeln in Beziehung auf künstliche Holzzucht.

d) Regeln in Beziehung auf möglichst unschädliche Zugutmachung der Nebennutzungen.

§. 39.

Alters-  
klassen.

Darstellung der dermaligen Altersklassen-Verhältnisse, nach Maßgabe der festgesetzten Umtriebszeiten (Formular No. 4). Erläuterungen in dieser Beziehung.

§. 40.

Berech-  
nungszeit u.  
Wirth-  
schafts-  
Perioden.

Erörternder Vortrag in dieser Beziehung, mit Angabe der Motive, auf welche sich die angenommene allgemeine Umtriebs- (oder Berechnungs-) Zeit stützt.

§. 41.

Ertrags-  
bestimmung.

a) Auseinandersetzung des Verfahrens, welches zum Behufe der Einschätzung des Haubarkeits-Ertrags und des Anfalls an Zwischennutzungen beobachtet worden ist. Ansichten und Grundsätze, welche bei der Auswahl und Aufnahme von Probe-Flächen geleitet, oder zu einzelnen Auszählungen bewogen haben.

b) Besondere Erörterungen in Beziehung auf die Resultate der Normal-Probe-Flächen; auf die nach diesen Resultaten an-

genommenen Bonitätsklassen und die aufgestellten oder angeordneten Ertragstafeln (Erfahrungstafeln, Maßstäbe, Zuwachsstafeln). Zusammenstellung nach Bonitätsklassen (Formular No. 5). Momente des höchsten periodischen Zuwachses, so wie des höchsten durchschnittlichen, oder des Wendepunkts der progressiv steigenden oder abnehmenden Massen-Anlage für die verschiedenen Betriebsarten und Klassen.

c) Uebersicht des Material-Ertrags nach den verschiedenen Wirthschaftsperioden. (Formular No. 6) innerhalb der Berechnungszeit. Nöthige Erläuterungen in dieser Beziehung. Durchschnittszuwachs, oder jährlicher Durchschnitts-Ertrag per Tagewerk und normaler nachhaltiger Ertrag.

d) Erörterung über den dermaligen Holz-Vorrath und sein Verhältniß zum normalen, als eine der Hauptgrundlagen zur Festsetzung des periodischen Material-Ertrags für die nächste Zeit, mit Anführung der übrigen Verhältnisse und Motive, die hierbei berücksichtigt worden sind.

## Cap. IX. Von dem Wirthschaftsplane für den Zeit-Abschnitt.

Holznutzung.

§. 42.

Uebersicht derjenigen Bestand-Abtheilungen und Unter-Abtheilungen, welche im Laufe des nächsten Zeit-Abschnittes, durch Hauungen irgend einer Art, den ausgemittelten Material-Ertrag decken sollen (Formular No. 7). Motive zu deren vorzugsweisen Auswahl. Reihenfolge, in welcher die Angriffe nacheinander vorzunehmen sein dürften. Specielle Wirthschaftsregeln, welche bei der Ausführung zu beobachten sind.

Neben-  
Nutzungen.

§. 43.

Analog, wie bei der Holznutzung, wird hier das Wesentlichste über die zur Deckung des Bedarfs oder Realisirung des Material-Ertrags zweckmäßigste Gewinnung der Nebennutzungen erörtert, mit ungefährender Angabe des jährlichen Quantum an Streu &c., welches hiernach zur Nutzung kommen kann.

§. 44.

Kulturen u.  
and. Forst-  
Verbesserungen.

Uebersicht jener, welche im Laufe des nächsten Zeit-Abschnittes auszuführen kommen, mit Zusammenstellung der muthmaßlichen Kosten (Formular No. 8). Normal-Anschlag. Motive zur vorzugsweisen Auswahl der beantragten Kulturen und übrigen Verbesserungen. Reihenfolge der Ausführung. Specielle Regeln, welche zu beobachten sein werden.

§. 45.

Geld-Etat.

Erörterung über die Einnahmen und Ausgaben, welche für den nächsten Zeit-Abschnitt, nach Maßgabe des für denselben festgesetzten, speciellen Wirthschaftsplans, aproximativ zu erwarten sind. Vergleichung mit den bisherigen Durchschnittsergebnissen. Erläuterung der sich dabei ergebenden Differenzen. Prozent-Verhältniß der muthmaßlichen Ausgaben zum vollen Geldwerthe und Geld-Erlös. Betrag per Tagewerk des productiven Waldbodens für beide, nämlich für den künftigen muthmaßlichen Erlös und Geldwerth.

---

**Zweite Abtheilung.**

**Nachträge und Veränderungen.**

**Erster Abschnitt.**

**Revisionen des Waldstandes und der Ertrags-  
Ausmittlung.**

**Wirthschaftspläne für die künftigen Zeit-Abschnitte.**

**Zweiter Abschnitt.**

**Uebrige Veränderungen und Nachträge.**



**Formular No. 2. Vermessungs-Tabelle zu §. 11. der generellen Revier-Beschreibung.**

Die Districte.		No. d. Abtheilungen
No.	Namen.	
		1 2

**Bemerkungen.**

---





ing.

zu S. b. t

	<b>Voller Gelb- werth.</b>	
--	--------------------------------	--

013

[illegible]

**nmensetzung nach Bonitäts-Klassen,  
er generellen Revier-Beschreibung.**

[illegible]





# Form:

Allgemeine Conti ad 2° b. für  
 „ „ „ ad 2° c. für

## Soll der Schätzung nach dem Wirt

Dieses Soll wird summarisch in einer Zeile für je  
 daß ad b u. c nur die ganze Fläche in die betreffenden  
 Kolonnen, welchen zu diesem Behufe eine andere B  
 wird, angegeben zu werden braucht für das Conto-  
 hinweg, und die befallige Kolonne bleibt dort ganz  
 zung wird ein Strich gezogen und es folgt dann der

# Form

## Summarische Zusammenstellung

(ad 3 V)

Der Distrikte,		No. d. Abtheilung	Litt. der Unter- abtheilung	Fläche.		Jahre 1 August
No.	Namen.			Tagw.	Dez	
N	N	N	N	N	N	1831 bis 1832

## ular No. 12.

die Nachhauungen der 1sten Periode.

alle in die nächste Periode eingereichte Nebennutzungen.

die zufällige Material-Ergebnisse aus den späteren Perioden.

[illegible]

### **Geschäfts-Pläne für den nächsten Zeit-Abschnitt.**

des allgemeine Conto aus dem Wirthschafts-Plane der Art übertragen, die Summe des Materials aber in die 3 mit einem \* bezeichneten Bestimmung, als ihre Aufschrift es eigentlich mit sich bringt, beigelegt und c fällt die Fläche eben sowohl für das Soll, als für das Haben unbenutzt. Nach diesem summarischen Vortrage des Solls der Schätz-Vortrag des wirklichen Ergebnisses.

## ular No. 13.

g des Taxations=Colls und Habens.

Zirchschafstübcher.)

von

einer

Rubif-  
uß.

einem  
schneide  
des die

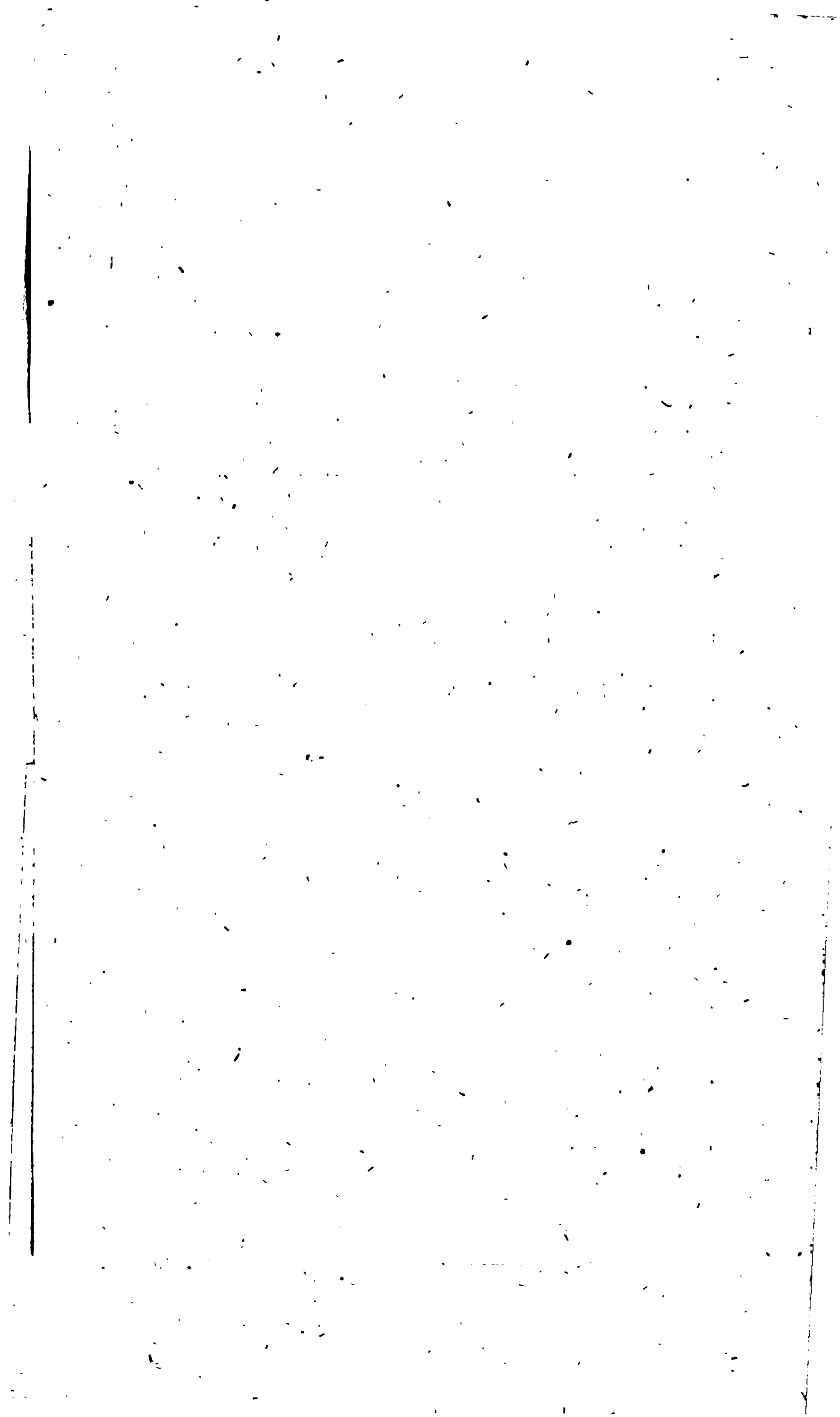
ngen.

31

ährl  
Dur  
schnt  
Zuwe







==

—

u.

==

—

—

—

—

==

id

th-

tt8

1

**A r c h i v**

der

**Forst- und Jagd-Gesetzgebung**

der

**deutschen Bundesstaaten.**

**Herausgegeben**

von

**St. B e h l e n,**  
Königl. Bayerischem Forstmeister.

---

**Achten Bandes zweites Heft.**

---

**Freiburg im Breisgau,**

**Verlag der Fr. Wagner'schen Buchhandlung.**

**1 8 4 0.**



# **Inhaltsverzeichnis.**

## **I.**

### **Königlich Bayerische Forst- und Jagdgesetze, Verordnungen und Instruktionen.**

	Seite
Anleitung zur Aufnahme und Berechnung von Probestächen in Hochwäldungen und . . . . .	1
Anhang. Von der Bestimmung des Holzmassengehaltes der Raumflaster und Wellen . . . . .	26
Vom 4. April 1840.	

---



# I.

## Königlich Baierische Forst- und Jagdgesetze, Verordnungen und Instruktionen.

### Anleitung zur Aufnahme und Berechnung von Probeflächen in Hochwaldungen.

Vom 4. April 1840.

#### §. 1.

Zweck der  
Probe-  
flächen.

Der Zweck der Probeflächen kann ein doppelter sein, entweder werden sie lediglich zur Erforschung des dermaligen Holzvorrathes und Alters der Bestände aufgenommen, oder sie sollen auch die Anhalte bei Ermittlung der Zuwachsverhältnisse der Waldungen in ihren verschiedenen Altersabstufungen, d. i. bei Construction der Ertragstafeln liefern. Jene werden specielle, diese normale genannt (Forsteinrichtungs-Instruction vom 30. Juni 1830. S. 24 und 25).

#### §. 2.

Auswahl  
der Probe-  
flächen.

Bei Auswahl der speciellen Probeflächen ist vorzugsweise dahin zu trachten, daß sie, so viel nur immer möglich, die Verhältnisse des Bestandes, für den sie als Anhalt zur Massenerforschung dienen sollen, durchschnittlich darstellen. Die Normalprobeflächen dagegen dürfen sich nur über vollkommene Bestände, die als normale gelten können, erstrecken.

Als normal bestockt sind alle jene Bestände, oder Theile derselben anzusprechen, deren Ertragsvermögen unter den  
Behlen, Archiv. VIII. Bd. 28 Heft.



abwaltenden und wohl zu berücksichtigenden Lokalverhältnissen ihrer Ertragsfähigkeit wenigstens nahehin gleichkommt, d. h. in welchen die dermalige Bestandesbeschaffenheit (das Ertragsvermögen) der Güte und Produktivität des Bodens (der Ertragsfähigkeit) nach Maßgabe jener Verhältnisse möglichst entspricht, und von welchen in Zukunft in demselben Alter und bei gleicher Betriebsweise mit Wahrscheinlichkeit ähnliche Erträge, wie die gegenwärtigen, erwartet werden können.

Nur solche Bestände sind geeignet, Behelfe zur Erforschung der Zuwachsverhältnisse zu liefern, — in sogenannten idealen (ausgezeichnet guten, als abnorme oder extreme zu betrachtenden), und in unvollkommenen Beständen dürfen sie nicht gesucht werden. \*)

Auf eine Ausscheidung von eingemischten kleinen Blößen, wie sie öfters in den Beständen vorkommen, ist sich nicht einzulassen; sie führt bei speciellen Probeflächen, wenn diese mit Sorgfalt dem ganzen Bestande anpassend gewählt sind, vom Ziele ab; der Begriff normaler Probeflächen schließt aber obnehin schon die Einmischung solcher Blößen aus, welche bei guter geregelter Wirthschaft entfernbar sind. Finden sich ausgedehntere Blößen in größerer Anzahl in einem Bestande vor, die es schwierig machen, dessen Massenvorrath durch Probeflächen hinlänglich genau zu erforschen, so wird man sich obnehin, so wie überhaupt in sehr unregelmäßigen Beständen (§. 24. der

---

\*) Durch neuere ministerielle Bestimmungen ist nachgelassen worden, daß für jetzt von Herstellung und Anwendung von Erfahrungstafeln oder Skalen, und allem, was damit in Verbindung steht, nach Befinden der Umstände, wenn Schwierigkeiten eintreten, Umgang genommen werden dürfe. Dagegen sollen in solchem Falle spezielle Probeflächen, zur Ermittlung der vorhandenen Vorräthe und der zu erwartenden Saubarkeitserträge, um so sorgfamer und in so größerem Umfange aufgenommen werden, zumal in den zwei ältern Klassen.

Von diesen sind diejenigen, welche als normale gelten können, besonders zu bezeichnen, um sie späterhin zur Begründung von Erfahrungstafeln mit verwenden zu können.

Instruktion von 1830) veranlaßt sehen, zur Auszählung des ganzen Bestandes zu schreiten.

Nicht selten (z. B. wegen eingemischter Blößen) würde man sich übrigens vergebens bemühen, die Probestfläche so auszufuchen, daß sie ohne Weiteres für die Einschätzung des ganzen Bestandes angewendet werden könne. In solchen Fällen dürfte man jedoch größtentheils im Stande sein, anzugeben, und in der Beschreibung festzuhalten, in welchem Verhältnisse das Ergebnis der Probestfläche zu dem Vorrathe der ganzen Unterabtheilung stehe, und um wie viel — am besten nach Prozenten ausgedrückt — jenes vermindert oder erhöht werden müsse, um als richtiger Maßstab gelten zu können. — Sollte aber das Ergebnis der Probestfläche für einen Theil des Bestandes unbedingt angewendet werden können, für den anderen nicht, so wären die Flächen jeden Theils so genau als möglich zu ermitteln, und für den zuletzt bezeichneten jenem Ergebnisse die geeignete modifizierte Anwendung zu geben, wenn nicht vorgezogen wird, für denselben eine eigene Probestfläche anzulegen. (S. 25 der Instruktion von 1830).

Eine gedrängte, doch möglichst bezeichnende Beschreibung der Lage, des Bodens und des Holzbestandes in den verschiedenen Beziehungen, welche durch das, der Forsteinrichtungs-Instruktion vom 30. Juni 1830 sub lit. A. angefügte Musterblatt näher angegeben sind, darf nie fehlen. — Die nach Maßgabe der Bestockungsverhältnisse als normale zu betrachtenden Probestflächen sind besonders zu bezeichnen, und ihre Bonität nach Maßgabe des wahrscheinlichen Haubarkeitsertrages anzugeben; dieser ist dabei vorzumerken, um die Resultate der Probestflächen dormalen oder späterhin zur Begründung der Erfahrungstafeln mit verwenden zu können.

Welches aber auch der besondere Zweck der Probestflächen sein mag, so hat dieses keinen wesentlichen Einfluß auf das für ihre Aufnahme zu wählende praktische Verfahren. — Das in Folgendem beschriebene ist bis jetzt bei der Forsteinrichtung an mehreren Orten mit gutem Erfolge angewendet worden,

und es möchte dessen Mittheilung denjenigen nicht unwillkommen sein, welche sich nicht bereits andere, zu eben dem Ziele führende Manipulationen eigen gemacht haben.

Größe  
der Probe-  
flächen.

### §. 3.

Die Anwendung der speciellen Probeflächen setzt immer Gleichförmigkeit der Bestockungsverhältnisse in solchem Maße voraus, um von dem wohlgewählten Flächentheile mit hinlänglicher Sicherheit auf den ganzen Bestand schließen zu können. Je größer der Bestand und dessen Ungleichförmigkeit, desto größer die Probefläche, desto sorgfältiger die Auswahl.

Die Fläche des Versuches mit jener der Unterabtheilung, in welcher er gemacht wird, in ein bestimmtes Verhältniß zu bringen, ist eben nicht nöthig, doch wird es gut sein, in ausgedehnteren älteren Beständen nur ausnahmsweise unter 5 bis 8 pCt. herabzugehen.

Ueberhaupt gelte als erste Regel, die Probeflächen, namentlich die speziellen, nie zu klein zu machen (§. 24 der Instruktion von 1820), und als Minimum für haubare und angehend haubare Bestände dürfte eine Fläche von 2 bis 3 Tagwerken anzunehmen sein. In Jungwäldern kann man jedoch auf 1 Tagwerk, ja selbst noch geringere Flächen herabgehen, da hier der bedeutende Zeitaufwand, den die Stammauszählungen fordern würden, der größeren Ausdehnung hindernd entgegentritt.

Anlage  
der Probe-  
flächen.

### §. 4.

Spezielle Probeflächen werden am besten in der Art angelegt, daß sie die ganze Unterabtheilung der Länge oder Quere nach, oder auch in mehreren Richtungen durchziehen, soferne nämlich die vorkommenden Bestandsverschiedenheiten durch die Verfolgung einer Richtung nicht im gehörigen Verhältnisse erfaßt, und die Abweichungen nicht durch bloße Ocularschätzung mit hinlänglicher Genauigkeit angegeben werden können. Die Breite der Probeflächen kann sich nach der Länge richten; ist diese bedeutend, so genügen 60 — 80 Fuß für die

Breite; kann aber der Probefläche nur eine geringe Länge gegeben werden, so mache man sie desto breiter. — Zur Erleichterung späterer Berechnungen vermeide man bei der Absteckung, so weit es sich, ohne an Genauigkeit zu verlieren, thun läßt, unbequeme Bruchtheile von Tagwerken.

Die Festhaltung der Probeflächen, auf dem Terrain sowohl, als in einem Exemplare der Forstwirtschafts-Karten, macht es wünschenswerth, öfters gebrochene Linien so viel wie möglich zu vermeiden. In der Regel wird man der Probefläche eine gerade Richtung geben können.

### §. 5.

Ist die Lage der Probefläche bestimmt, so wird deren nähere Ausscheidung vom anliegenden Bestande am zweckmäßigsten und schnellsten durch das sogenannte **Einschnüren** bewirkt. Man bedient sich hiezu eines Haspels, welchem die Figur 1 dargestellte Construction gegeben werden kann. \*)

Ausscheid.  
u. Flächen-  
inhaltsbe-  
stimmung d.  
Probeorte.

Fig. 1.

Die Schnur wird an der einen Ecke der Probefläche befestigt, mit dem Haspel, die Schnur abwickelnd, die bestimmte Längenrichtung, welche nach Erforderniß der Umstände vorher mit Stäben ausgesteckt werden kann, verfolgt; so die eine Seite festgehalten, und die Länge derselben mittelst der Meßlatte, die auf ebenem Terrain 20', im gebirgigen dagegen 10' halten kann, horizontal und genau gemessen. \*\*) In ebenem Terrain kann man sich auch der Meßkette bedienen.

\*) Die gut gedrehte Schnur erhält eine Länge von 2500—3000 Fuß, einen Durchmesser von  $\frac{1}{10}$  bis höchstens  $\frac{1}{10}$  Linien, und wird, um sie gegen die Einwirkung der Feuchtigkeit zu schützen, in Del getränkt, oder auch, um sie zugleich im Walde sichtbar zu machen, durch weiße Delfarbe gezogen. In München kostet ein solcher Haspel sammt Schnur 8—10 fl.

\*\*) Nach Verhältniß der Länge läßt sich, wenn diese keine gebrochene Linie bildet, die Breite leicht berechnen, die erforderlich ist, um der Probefläche ein bestimmtes Maas zu geben, indem bekanntlich der Quotient aus dem beabsichtigten Flächeninhalte, in Quadratsfuß ausgedrückt, getheilt durch die Länge der Probefläche, die Breite bestimmt; z. B. es betrage die

Auf die erste Längenseite werden an ihrem Anfangs- und Endpunkte, dann außerdem noch so viele, der angenommenen Breite entsprechende Perpendikel \*) aufgetragen, daß von dem Endpunkte eines jeden auf den nächstfolgenden gesehen werden kann, und nach den hiedurch bestimmten Richtungen die Schnur weiter gezogen. Daß es nie versäumt werden darf, wenn die erste Längenseite gebrochen wäre, an den Wendungspunkten doppelte Perpendikel zu fällen, und die Ausschnitte zc., die dadurch entstehen, bei der Flächenbestimmung zu berücksichtigen, ist an und für sich klar. — Die Figur 2 weist hinlänglich nach, worauf hier vorzugsweise zu achten ist. Wäre z. B. a b c d e f g h als Versuch resp. Probestfläche abgesteckt, und mit der Schnur umfassen, so wäre die Fläche desselben nicht durch die Rechtecke a b k h + b c l i + c d e m richtig bestimmt, sondern es wäre noch b k g i zu subtrahiren, dagegen c m f l zu addiren zc.

Da jedoch diese Ab- und Zurechnungen etwas mühselig sind, so wird man in der Regel am besten thun, sie dadurch ganz zu umgehen, daß jedes der genannten Rechtecke für sich eingeschnürt und ausgezählt werde.

Ebenso hilft man sich bei ausgedehnten Probestflächen, besonders wenn die Länge bedeutend ist, die Schnur zum Ein-

---

Länge 1000', und die Probestfläche solle 3 Tagwerke erhalten, so würde die Breite  $\frac{3 \cdot 40000}{1000} = 120$  Fuß erhalten müssen.

\*) Das Abstecken der Perpendikel oder rechten Winkel läßt sich in der Regel hinlänglich genau bewirken, wenn nach der Richtung der Längenseite die Meßplatte angelegt und an dieser entweder mittels eines zweiten geraden Stodes nach dem Augenmaße, oder mit Hilfe der Meßgabel, deren äußerer Arm oder Schenkel stets rechtwinklich an dem Längenmaße befestiget ist, die Richtung der Perpendikel bestimmt wird. Wenn jedoch die Breite beträchtlich ist, sonach eine, wenn auch an sich unbedeutende, Abweichung vom rechten Winkel auf die Flächenbestimmung von merklichem Einflusse sein könnte, so ist die Anwendung eines Kreuzwinkels, -Winkelspiegels oder anderen Instrumentes erforderlich.

fangen derselben nicht ausreicht, und mehrere Paspel nicht zu Gebote stehen, leicht dadurch, daß die ganze Fläche als 2 oder 3 gesonderte Theile Behufs der Stammauszählung behandelt wird.

Zur Vermeidung von Irrungen bei der Stammaufnahme ist es zweckdienlich, die etwas breiten Probeorte der Länge nach durch die Schnur in mehrere schmalere Theile abzuschneiden. Es wird dadurch die sonst übliche und zeitraubende Bezeichnung der gemessenen Stämme durch Anplätten, Anreißen *zc.* entbehrlich. In Jungbölzern werden solche Unterabtheilungen — Gassen — oft nicht breiter als 5 bis 10 Fuß sein dürfen, während bei geübten Gehülsen in haubaren Beständen, nach Maßgabe des stärkeren oder minderen Schlusses, 30 bis 50 Fuß Breite gegeben werden können. Diesen Gassen gleiche Breiten zu geben, oder deren Breite zu messen und festzuhalten, ist nicht nöthig. Die Hauptsache ist, daß derjenige, welcher die Aufnahme leitet, seine Gehülsen gut übersehe, und diese selbst nicht leicht fehlen können. Zu dem Ende ist beim Ziehen der Schnur auch stets darauf zu sehen, daß diese durch Befestigung an Bäume, Aeste, Büsche *zc.* in der erforderlichen Höhe erhalten werde.

#### §. 6.

Festhaltung  
der Probe-  
flächen.

Auf dem Terrain werden die Winkelpunkte der Probe-  
flächen mit Pflocken, und durch Anplätten in der Nähe stehender Stämme bezeichnet (§. 24 der Instruktion von 1830); ihre Lage in den Forstwirthschaftskarten durch Anmessen bestimmt.

#### §. 7.

Stamm-  
aufnahme.

Nach erfolgter Absteckung und Einschnürung der Probe-  
flächen ist die weitere Aufgabe, die in derselben vorhandenen Stämme aufzunehmen. Es werden zu diesem Zwecke von sämtlichen Bäumen, gewöhnlich auf Brusthöhe ( $4\frac{1}{2}$  Fuß über dem Boden — bei der ersten Scheitlänge über dem Stocke, diesen zu 1 Fuß gerechnet) die Durchmesser mit der Baum-

Sig. 3. Kluppe (Fig. 3) gemessen, \*) und — ausgeschieden in Klassen, die von Zoll zu Zoll im Durchmesser steigen, so wie auch nach

\*) Es ist nicht notwendig, daß die Messung der Stämme gerade auf  $4\frac{1}{2}$  Fuß Höhe über dem Boden vorgenommen werde; sie kann auch höher oben statt finden und dieses sogar den Vorzug verdienen, wenn die Durchmesser der Stämme bei  $4\frac{1}{2}$  Fuß noch auffallende Unregelmäßigkeiten zeigen. — Es mag nun diese oder jene Höhe gewählt werden, so gilt als Regel, daß in einer und derselben Probestfläche die Durchmesser sämtlicher Stämme auf gleicher Höhe abgegriffen werden müssen. — Sollten in dieser Höhe einzelne Stämme eine Stärke zeigen, die mit der gleich weiter oben folgenden in keinem richtigen Verhältnisse stünde, so wäre die Unregelmäßigkeit durch Rectifizierung des abgegriffenen Durchmessers nach Gutdünken auszugleichen, und hienach der Eintrag in das Auszählungsbüchlein vorzunehmen.

Aus mehreren Gründen bleibt es wünschenswerth, in sämtlichen Versuchen eines Reviers oder Wirthschafts-Komplexes bei Messung der Stämme eine gleiche Höhe anzunehmen. Werden Ausnahmen gemacht, so wären diese im Büchlein geeignet festzuhalten, indem bei Auswahl der Musterbäume, Berechnung der Reduktionszahlen u. dergl. hierauf Rücksicht zu nehmen ist.

Den Meßgabeln (Baumkluppen) kann die Form und Einrichtung, wie Figur 3 a darstellt, gegeben werden. Das Lineal ist, um die in Dezimal-Zolle und Linien gehende Theilung gegen das Abreiben zu sichern, wie die Zeichnung 3 b des Querschnittes desselben zeigt, ausgehöhlt. An einer guten Meßgabel soll der bewegliche Arm sich leicht schieben lassen, und beide Arme, wenn sie an den zu messenden Stammtheil gedrückt werden, genau parallel laufen.

Bei Bestandesauszählungen in Jung- und schwächeren Mittelhölzern würde die Arbeit mit den eben beschriebenen größeren Meßgabeln sich sehr verzögern, und es können in solchen sogenannte Handkluppen, wie Figur 3 c eine verzeichnet ist, mit Vortheil Anwendung finden. Da an diesen ein zweiter beweglicher Arm nicht angebracht ist, so wäre bei der Messung darauf Bedacht zu nehmen, daß, während der an dem Lineal unter einem rechten Winkel befestigte Arm an die eine Seite des Baumes angeedrückt wird, die Visionslinie von der entgegengesetzten Seite parallel mit diesem Arme, d. h. senkrecht auf das Lineal genommen, und so der Durchmesser abgelesen werde.

Von den größeren Meßgabeln kommt in München eine auf 1 fl. 30 kr., von den kleineren auf 18 kr. zu stehen.

Holzarten, dann nach Haupt- und Nebenbestand, — in ein Büchlein, welches nach anliegendem Formulare litt. A. einge- Beil. lit. A. richtet werden kann, eingetragen.

Stämme, deren Durchmesser nicht genau eine bestimmte Anzahl ganzer Zolle halten, werden jener Zollklasse zugezählt, welcher sie am nächsten stehen, so z. B. werden Stämme mit 16.1 bis 16.4 Zollen der Klasse 16, welche mit 16.5 bis 16.9 der Klasse 17 angehören zc.

Der geringe Unterstand in älteren Beständen, Vornwuchs und dgl., dann der nicht benutzbare Theil des Nebenstandes in Junghölzern zc. kann ganz außer Berechnung bleiben, und es bedarf sonach auch der Aufnahme desselben nicht; es genügt, wenn das Vorhandensein des erstern in der Beschreibung bemerkt wird.

Finden sich in einer Probefläche mehrere Holzarten, so können für dieselben entweder verschiedene Zeichen gewählt, oder wie in der Beilage A, 1te Seite, angedeutet ist, besondere Spalten eröffnet werden.

Die Rubrik „Durchmesser“ bleibt in dem Aufnahmebüchlein bei der Lithographirung offen, um den Eintrag nach den wahrscheinlich vorkommenden Zollklassen bewerkstelligen und bei größeren Probeflächen mehrere Zeilen für eine Klasse benützen zu können. \*)

Die Gehülfen müssen vorerst auf das Ablesen der Maße auf den Gabeln gehörig eingeübt, und ihnen der Unterschied zwischen Haupt- und Nebenbestand klar gemacht werden. Namentlich in letzterer Beziehung ist von Seite des Taxators, oder des die Bestandsaufnahme bewirkenden Individuums streng darauf zu sehen, daß nach richtigen Grundsätzen verfahren, und

---

\*) In der Beilage litt. A (so wie in den Beilagen B und D) ist durch schwarzen Druck das eigentliche Formular angedeutet. Der Eintrag in die Formulare ist mittelst rothen Druckes exemplificirt. — Diejenigen, welche an andere Formulare der Bestandsaufnahmebüchlein und Bezeichnungsarten in denjenigen gewöhnt sind, mögen immerhin diese in Anwendung bringen.



nur solche Stangen oder Stämme zum Nebenbestand gerechnet werden, welche bei einer wirklichen Durchforstung ohne Nachtheil für den Bestand in seiner dermaligen Beschaffenheit und ohne Unterbrechung des Schlusses ausgehauen werden dürften.

Es ist deshalb gut, anfänglich in einigen Versuchen nach erfolgter Auszählung die Durchforstungen vornehmen zu lassen, und die wirklichen Ergebnisse mit jenen der Auszählungen zu vergleichen. Die Gehülfen werden in kurzer Zeit so eingeübt werden können, daß sie mit vieler Verlässigkeit arbeiten.

Nichts desto weniger soll aber der Taxator, den Gehülfen folgend, durch eigene Anschauung sich überzeugen, in wie ferne die von diesen getroffene Ausscheidung entspricht, und von ihnen beim Ausrufen richtig angegeben wird; zugleich ob sie beim Messen nicht einzelne Stämme übersehen, andere doppelt aufnehmen u. s. f.

Die Stammaufnahme selbst geschieht auf folgende Weise:

Die beiden Gehülfen messen, jeder in einer der durch die Schnur eingefangenen Gassen, langsam vorwärts schreitend, Stamm für Stamm; rufen bei jedem die Holzart und den Durchmesser aus, und geben zugleich an, ob der fragliche Stamm dem Haupt- oder Nebenbestande angehöre, z. B. Fichte — 4 — Druck (eine Fichte mit 4 Zoll Durchmesser, die dem Nebenbestande angehört) Tanne — 9 (eine dominirende Tanne mit 9 Zoll) 2c. — Der Taxator zeichnet in dem Manual die Stämme durch Striche, jene des Nebenbestandes von denen des Hauptbestandes durch irgend eine Bezeichnung kenntlich machend, geeigneten Orts auf, und wiederholt den Ausruf der Gehülfen, als Zeichen, daß sie richtig verstanden wurden.

Durch die Bestandsaufnahmen wird die Anzahl der Stämme jeder Zollklasse, gesondert nach Holzarten, und je nachdem sie zum Haupt- oder Nebenbestande gehören, bekannt. Die Masse der Stämme in jeder dieser Klassen wird am sichersten durch Fällung und Cubirung von Musterbäumen erhalten.

§. 8.

Auswahl u.  
Fällung der  
Muster-  
bäume.

Zu diesem Zwecke werden entweder von jeder Zollklasse, oder nur für jede 2te oder 3te Klasse, ein oder mehrere Musterbäume, je nachdem eben mehr oder minder genaue Resultate erforderlich sind, oder die Wachsthum-Verhältnisse der Stämme differiren, ausgesucht; es dürfen als solche weder die wüchsigsten noch kümmernde Stämme gewählt werden; es soll vielmehr jeder Stamm möglichst den Durchschnitt seiner Klasse hinsichtlich der Conformation und Länge repräsentiren. Räthlich ist es, sich hinsichtlich jener Stämme, welche vorzugsweise den dominirenden Bestand bilden, nicht auf einen einzelnen Musterbaum für jede Klasse zu beschränken.

Bei der Auswahl sind die Musterbäume wieder in derselben Höhe zu messen, in welcher die Durchmesser der Stämme bei der Bestandes-Auszählung abgegriffen wurden (§. 7). Der bei dieser Höhe genau gemessene Durchmesser des Musterbaumes wird im Cubirungsbüchlein (Beilage B. — §. 9) unter dem Worte „Durchmesser“ im Kopfe der Tabelle eingetragen.

Die Ermittlung der Massen für jene Zollklassen, in welchen keine Stämme gefällt wurden, dann die Abgleichung der etwa vorkommenden Unregelmäßigkeiten an den cubirten Stämmen selbst kann durch Interpolirung entweder auf arithmetischem, oder wie später gezeigt werden wird (vide §. 15) auf graphischem Wege stattfinden. Die Anwendung dieser letzten Methode gestattet es, von der Auffuchung von Musterbäumen, deren Durchmesser genau das Maß der Klasse halte, für welche sie gelten sollen, Umgang zu nehmen; und es darf z. B. immerhin ein 9.4 oder 8.7 zölliger Stamm für die Zollklasse 9 gewählt werden, wenn er nur bezüglich auf Wachsthum, Länge u. entspricht, und keine auffallenden Eigenthümlichkeiten zeigt.

Jede in größerer Anzahl vorhandene Holzart muß ihre eigenen Musterbäume erhalten. Ist jedoch eine Holzart nur in untergeordnetem Verhältnisse beigemischt, so kann sie, Be-  
hufß der Berechnung, jener unter den dominirenden Holzarten

beigezählt werden, welche nach Wahrscheinlichkeit bei gleichen Durchmessern ungefähr dieselben Massen hat. So z. B. würde es zeitraubend sein, und an Genauigkeit doch wenig gewonnen werden, wenn in einem Versuche, in welchem 300 Fichten, 100 Tannen, 20 Buchen, 15 Lärchen und 10 Föhren ausgezählt wurden, für die drei letzteren Holzarten eigene Musterbäume gefällt würden; es können diese vielmehr den Tannen und Fichten beigezählt werden, oder, wenn man die Massen für jede Holzart gesondert zu erhalten wünscht, die Musterbäume der Tannen und Fichten auch für die übrigen Holzarten Anwendung finden. — Wo indessen die Beimischung einer Holzart von einigem Belange ist, werden immerhin für diese eigene Musterbäume zu wählen sein.

Die zu Musterbäumen ausgewählten Stämme werden mit den der Zollklasse entsprechenden Ziffern (z. B. 10zöllige Stämme mit Nr. 10 u.) bezeichnet, und den Holzhauern zur Fällung und Ausastung angewiesen.

Die Fällung geschehe mit möglichster Schonung des übrigen Bestandes. Die Stöcke erhalten die ortsübliche Höhe. Die Entastung werde sorgfältig vorgenommen; der Gipfel, so weit er dem Reifigholze angehört, vom Stamme getrennt. \*) Am untersten Ende des Stammes (auf dem Stöcke selbst nur für den Fall, daß die Altersermittelung sofort vorgenommen wird, indem sonst durch Austreten des Harzes und Saftes die Ringe unkenntlich werden) lasse man, falls die Jahresringe fein und schwer zu zählen sein sollten, mit einer scharfen Art die raube Schnittfläche durch eine schief gegen die Achse des Stam-

---

\*) Der hienach abgetrennte Gipfel bleibt für die Berechnung der Stamm- und stärkeren Astholzmasse außer Ansaß. — In dem Falle jedoch, daß man die stärksten Musterbäume benutzen wollte, um sogenannte Reduktionszahlen zu ermitteln (vide die betreffende Bemerkung zu §. 15) ist die Länge des Gipfelsstückes eines jeden solcher Stämme besonders zu notiren, um bei der betreffenden Berechnung Gebrauch hievon zu machen.

meß bis in dessen Mittelpunkt geführte Siebfläche zur Zählung der Jahresringe vorbereiten.

Bei manchen Holzarten, namentlich Laubbölzern, erleichtert man sich das Zählen dadurch, daß man die glatt gehauene Fläche mit schwarzer Erde stark einreibt, dann mit feuchtem Moose wieder reinigt.

§. 9.

Messung der  
Muster-  
bäume.

Die Kubirung der Stämme geschieht am genauesten durch stückweise Berechnung derselben als abgekürzte parabolische Regel, oder was dasselbe ist, als Cylinder (Wägen, Wellen), deren Durchmesser in der Mitte des betreffenden Stammstückes gemessen wird. \*)

Den Stammtheilen oder Stücken kann Behufs der Berechnung eine beliebige Länge gegeben werden, nur sollte sie für jene Fälle, wo größere Genauigkeit erfordert wird, 10 F. nicht übersteigen. Zweckmäßig ist, entweder die einfache oder doppelte Scheitlänge, oder jene von 10 Fuß zu geben.

Die Abtheilung des Stammes (das Abschneiden selbst ist hiezu keineswegs nöthig) wird in der Art bewerkstelligt, daß jene Punkte, wo der Baum gemessen werden soll, durch eine leichte Kerbe bezeichnet werden. Wählt man, wie hier zur Exemplification und näheren Auseinandersetzung geschieht, die doppelte Scheitlänge zu 7 Fuß, so wird der Stamm, wie in Fig. 4 dargestellt ist, zuerst bei  $3\frac{1}{2}$  Fuß oder in der Mitte des ersten, als abgekürzter parabolischer Regel zu berechnenden Stammstückes a b, das zweitemal bei  $3\frac{1}{2} + 7 = 10\frac{1}{2}$ , oder dreifacher Scheitlänge in der Mitte des zweiten Stammstückes b c, — das sechstmal bei  $3\frac{1}{2} + (5 \times 7) = 38\frac{1}{2}$  bei 11facher Scheitlänge zwischen f und g gemessen. Die erste Kerbe muß sohin nach einfacher, alle folgenden nach doppelter

\*) Der kubische Inhalt eines abgekürzten parabolischen Regels wird bekanntlich durch die Multiplication der Kreisfläche, welche dem in der Mitte desselben gemessenen Umfange oder Durchmesser (nicht dem arithmetischen Mittel des oberen und unteren Durchmessers) entspricht, mit der Höhe desselben gefunden.

Scheitlänge eingehauen werden. Die letzte Kerbe trifft wieder nach einfacher Scheitlänge bei g. — Der übrigbleibende Stammtheil g h, welcher größtentheils die angenommene Länge von 7, 10 u. Fuß nicht mehr hat, sondern etwas mehr oder weniger, \*) wird in der Mitte seiner wirklichen Länge gemessen, und diese geeignet notirt. — Das Gipfelstück h i, gehört zum Reißigholz und bleibt bei der Kubirung außer Ansaß. (vide Bemerkung zu S. 8.) Bei der Messung sind die Durchmesser unmittelbar mit der, nach Zollen und Linien getheilten größeren Kluppe — Meßgabel — (Figur 3 a) und nicht die Umfänge mit einem Rollmaße (Meßbande) abzugreifen; letztere Messung geht langsamer, und liefert im größeren Durchschnitt aus mehrfachen Gründen zu hohe Resultate. Da jedoch die Bäume selten freisrund, sondern bald mehr bald minder abgeplattet oder oval sind, so ist es nöthig, den Durchmesser übers Kreuz, resp. doppelt zu messen; die Größen werden halbiert, und dieses arithmetische Mittel in ein Kubirungs-Büchlein, Beil. lit. B. etwa von der in Beilage litt. B angegebenen Form, eingetragen. — Die auf diese Weise ermittelten Durchmesser sind zwar nicht mathematisch richtig, doch können sie immerhin als hinlänglich genau für den bezeichneten Zweck den weiteren Berechnungen zu Grunde gelegt werden.

Die Messung wird beschleunigt, wenn beide Gehülfen hiezu verwendet werden, so daß, während der eine die Durchmesser des ersten Stückes oder Stammtheiles angibt, der zweite jene des zweiten mißt, und ausruft, wenn der erste zur Kerbe des dritten Stammstückes sich begibt u. s. f. \*\*).

---

\*) Der Fall, daß kürzere oder längere Stammtheile angenommen werden müssen, tritt auch ein, wenn der Stamm eine Gabel bildet, oder bei einem starken Aste in seiner Dimension auffallend abnimmt.

\*\*) Es lassen sich auf den Gabelmaßen, neben den Längenzollen und Linien, auch die entsprechenden Kreisflächen oder Kubikmaße verzeichnen und diese sofort, statt der Längenmaße der Durchmesser, ablesen. Für das Eintragen derselben in das Kubirungsbüchlein müßte dieses geeignet modificirt werden. Zu

§. 10.

Bestimm.  
des Alters  
d. Muster-  
bäume.

Die Zählung der Jahresringe werde mit Sorgfalt vorgenommen, und wenn Bäume in ihrer Jugend im Drucke gestanden, dieses bemerkt.

Jene Anzahl Jahre, welche die jungen Pflanzen im Durchschnitte gebraucht haben mögen, um die Stockhöhe zu erreichen, wird sich unter Berücksichtigung der örtlich obwaltenden Umstände leicht bemessen lassen. In dem Rubirungsbüchlein sind nur die wirklich gezählten Jahre bei den einzelnen Stämmen vorzutragen, die für die Stockhöhe durchschnittlich geschätzt aber in den Bemerkungen besonders anzugeben, wie im Beispiele Formular B geschehen.

In der Rubrik für Bemerkungen ist eintretenden Falles auch anzugeben, wie lang der Baum entschieden im Drucke gestanden hat, oder aus anderen Ursachen im Wachstume zurückgehalten worden ist, (z. B. durch Weidenschaft, Wildfraß, wiederholte Fröste u. u. wie dieses in einzelnen Localitäten vorkommen kann), — um so dessen Gesamtalter und eigentliche Wachstumszeit in Evidenz zu stellen.

Die im Drucke u. angelegten Jahresringe unterscheiden sich bekanntlich durch ihre enge Schichtung im Verhältniß zu den der nachfolgenden Jahre. — Jene dürfen, wenn es sich von Bestimmung der Wachstumszeit handelt, nicht voll in Rechnung genommen werden, sondern nur der Zeitraum, welchen eine nicht unterdrückte Holzpflanze gleicher Art zu der in der Unterdrückung erlangten Stärke bedurft hätte. Würde sich z. B. auf einer Stockfläche das Figur 5 versinnlichte gegen- Fig. 5. seitige Verhältniß der Jahresringe zeigen, und die ersten 25 Jahresringe, vom Kerne nach außen zu gezählt, den übrigen bedeutend an Stärke nachstehen, die junge Pflanze sohin aller Wahrscheinlichkeit nach diese Jahre als Vormuchs oder unter

---

diesem Verfahren kann man jedoch nicht rathen, weil dabei leichter Irrung entsteht, dadurch bei nicht vollkommen freisrund gewachsenen Stämmen auch zu hohe Resultate erhalten werden u. u.

der Einwirkung äußerer Beschädigungen zurückgelegt haben, während erst nach Verlauf derselben die ihren besseren Wachsthum hindernden Ursachen aufgehört haben, so wäre in diesem Falle (abgesehen von der Zeit, welche die Pflanze zur Erreichung der Stöckhöhe gebraucht haben dürfte) das Alter 45 Jahre, die Wachstumszeit aber nur 20 Jahre, mehr jene Anzahl Jahre, welche die Pflanze in freier Stellung resp. ohne die Einwirkung jener Ursachen nöthig gehabt haben möchte, um den Durch- resp. Halbmesser, den sie im Drucke u. u. erreichte, zu erlangen.

Diese Ergänzungsjahre werden sich entweder nach anderweitigen Erfahrungen über die Zunahme der Stammdurchmesser in nicht unterdrücktem Zustande und auf Boden von gleicher Productivität innerhalb einer gewissen Anzahl Jahre, oder in vielen Fällen auch aus der Stärke der nach der Unterdrückung angelegten Jahresringe auf dem Stocke selbst bemessen lassen.

Vergleichen Recherchen werden auf Plänter-Waldungen in welchen die Stämme nicht selten einen großen Theil ihrer Lebenszeit als Unterwuchs zugebracht haben, ebenso wenig auszu dehnen sein, als hieher jene Fälle gerechnet werden dürfen, in welchen das Zurückbleiben im Wachstume anderen Verhältnissen zuzuschreiben ist, z. B. hohem Alter, Entkräftung des Bodens u.

Noch kann in den Rubirungsbüchlein bei den betreffenden Stämmen bemerkt werden, ob die Jahresringe in den letzten Jahren bedeutend ab- oder zunehmen, oder sich ziemlich gleich bleiben, um hienach annähernd bestimmen zu können, wie die Zuwachsverhältnisse der einzelnen Bäume in den letzten Jahren gewesen sind, und wie sie sich etwa in den nächsten verhalten könnten.

Spezielle Untersuchungen und Messungen über die Stärke der Ringe in den letzten Jahren, überhaupt detaillirte Analysen können allerdings für die einzelnen Bäume, an welchen sie vorgenommen werden, genaue Resultate liefern. Aus dem Zuwachse dieser jenen des Bestandes entziffern zu wollen, bleibt

aber immerhin eine sehr schwierige Aufgabe, und führt nicht selten zu unrichtigen Resultaten, weshalb von dergleichen mühseligen und zeitraubenden Untersuchungen in der Regel besser ganz Umgang genommen wird.

§. 11.

Altholz,  
Stockholz u.  
Reißig.

Die im vorigen §. erwähnten Messungen zum Behufe der Massenerforschungen erstrecken sich nur auf den Stamm; die stärkeren Aeste so weit sie zum Kastenholze, (im Gegensatze von Wellen und Reißig) gehören, können auf dieselbe Weise, wie der Stamm selbst, behandelt werden.

Der Anfall an Stockholz und Reißig, oder dessen Verhältniß nach Prozenten zum Kastenholze, in jenen Gegenden, in welchen dieses Material Gegenstand der Benützung und Verwerthung ist, wird verlässiger aus wirklichen Schlagfällungs-Ergebnissen entnommen. Versuche an einzelnen Stämmen, um von diesen auf das Ganze zu schließen, geben selten sichere Resultate.

§. 12.

Massenge-  
halt der  
Raumlast.

Da nach vollendeter Messung das Stammholz und stärkere Astholz, so weit es nicht als Bau- oder Nutzholz abgegeben werden kann, ohnehin zum Behufe seiner Verwerthung zu Brennholz aufgemacht wird, so braucht man nur die Kastenzahl sowohl, als den genau ermittelten Kubikgehalt des Bau u. c. Holzes zu notiren, um sodann durch Division der erhaltenen Kasten in die Masse der kubirten Stämme, nach Abzug des Bau- und Nutzholzes, den Massengehalt einer Raumlast zu erhalten.

Hiermit endigen sich die Arbeiten im Wald. Die weiter nöthigen Berechnungen und Zusammenstellungen sind folgende:

§. 13.

Summi-  
rung in dem  
Aufnahme-  
büchlein.

In den Bestandsaufnahm-Büchlein werden die Stämme für jede Klasse summiert, und in den betreffenden Rubriken (Formular A, 2te Seite) nach Holzarten geschieden vorge-  
tragen.



Massenbe-  
rechnung d.  
getälten  
Muster-  
bäume.

§. 14.

• Die Rubirung der gemessenen Musterbäume geschieht, wenn die Durchmesser der einzelnen Stammtheile aufgezeichnet wurden, (das sub litt. B. anliegende Muster zu einem Rubirungs-Büchlein ist hiernach eingerichtet) mit Hülfe von Tabellen, die zur Erleichterung und Beschleunigung des Aufsuchens die gewöhnlich vorkommenden Dimensionen auf einer Beil. lit. C. Seite eines Bogens, wie die sub litt. C. anliegende Tafel\*), enthalten sollten.

Die entsprechenden Massengehalte werden in die hiefür bestimmte Rubrik des Büchleins übertragen, das Endstück nach seiner wirklichen Länge berechnet. Die Summe der Massen der einzelnen Theile gibt die Masse des Stammes. Hierzu die stärkeren Aeste gerechnet, so weit sie zum Kastenholz gehören, und welche auf gleiche Weise kubirt werden, gibt die Gesamtmasse des Baumes an solchem Holze, welches als Massen- oder Raumkaster verrechnet wird. \*\*)

\*) Diese Tafel enthält für die Durchmesser von 0,1 Dez.-Zoll bis 6 Fuß, von Linie zu Linie, die entsprechenden Kreisflächen, und die Kubikgehalte einer 7 Fuß langen Walze oder Welle. So ergibt sich z. B. aus derselben, daß einem Durchmesser von 21,1 Zoll eine Kreisfläche von 3,497 Quadratfuß entspreche, und daß eine 7schubige Welle von demselben mittleren Durchmesser 24,5 Kubikfuß halte. Daß mittelst dieser Tafeln die Kubikgehalte für Wellen jeder Länge zwischen 0,1 und 60 Zollen Durchmesser durch Multiplication der dem Durchmesser angehörigen Kreisfläche und ihrer Länge berechnet werden können, darf wohl als bekannt vorausgesetzt werden; es würde z. B. bei dem Durchmesser von 30 Zollen eine 25schubige Welle  $7,069 \times 25 = 176,725$  Kubikfuß halten; eine 10schubige von 40,5 Zollen Durchmesser  $12,882 \times 10 = 128,82$  Kubikfuß u. —

\*\*) Wurden die Kreisflächen abgelesen (Siehe die betreffende Bemerkung zu §. 9), so bedarf es nur der Addition derselben, die letzte dem Endstücke angehörige ausgenommen, und der Multiplication der Summe mit der den einzelnen Stücken gegebenen Länge. Zu diesem Produkte die auf vorhin bezeichnete Art ermittelte Masse des Endstückes und der Aeste (in soferne deren Kreisfläche nicht bereits in die Addition aufgenommen worden sind) hinzugerechnet, gibt die Gesamtmasse.

Will man das Prozentverhältniß des Bau- und Nutzholzes zur Gesamtmasse ermitteln, so wird man in der Regel zu verlässigeren Resultaten gelangen, wenn dieses Verhältniß (so auch jenes zwischen Scheit- und Prügelholz) aus wirklichen Fällungsergebnissen, nach einem größeren Durchschnitte entnommen wird, als wenn man dabei die Resultate aus der Massenberechnung der Musterbäume zu Grunde legt.

Daß um die Länge des Endstückes vermehrte Produkt der Anzahl der Stammtheile in ihre Länge entspricht der Länge des Stammes, und durch weitere Hinzurechnung der Länge des abgetrennten Gipfelstückes erhält man die ganze Höhe des Baumes.

#### §. 15.

Berechnung  
d. Masse f. d.  
Probefläche.

Zur Darstellung der Resultate der Massenberechnung für die ganze Probefläche kann entweder das hier sub litt. D. an-  
Beil. lit. D.  
liegende, oder, mit einiger Modification, das der Försteinrichtungs-Instruktion angefügte Formular A benützt, oder ein anderes für die lokalen Verhältnisse eben passendes konstruirt werden.

Die Interpolirung der Massen für diejenigen Zollklassen, in welchen keine Musterbäume gefällt wurden, auf arithmetischem Wege, ist unbenommen, wenn dieser vorgezogen werden sollte. — Nur hüte man sich, dabei ein Verfahren anzuwenden, welches mehr oder minder von der wahren Größe entfernen könnte.

Als empfehlenswerther erscheint jedoch die schon vorhin (§. 8) erwähnte Interpolirung auf graphischem Wege, welche folgendermaßen geschieht:

Auf einer Horizontallinie, welche die Durchmesser nach Zollen in gleichen Entfernungen verzeichnet enthält, werden, nach einem beliebig gewählten, der Stärke der größeren Bäume entsprechenden Maßstabe, die berechneten Massen der Muster-

---

Wurden endlich die Kubikgehalte selbst abgenommen, so gibt die einfache Addition dieser Theile, denen noch die Massen der Endstücke zugezählt werden, die Gesamtmasse.

bäume als Ordinaten dort aufgetragen, wo es ihre Durchmesser erfordern.

Durch die mittelst kleiner Ringe kenntlich gemachten Endpunkte der Ordinaten wird aus freier Hand, die Unregelmäßigkeiten ausgleichend, eine Kurve gezogen, von dieser die Massen noch demselben Maßstabe, den man beim Auftragen benützte, von Zoll zu Zoll abgenommen, in der entsprechenden Rubrik der Tabelle litt. D. (oder des anderweitig gewählten Formulars) vorgemerkt, und hierauf die weiteren Berechnungen gegründet. — Daß dieses Verfahren ein sorgfältiges Abgreifen der Maße mittelst eines guten Zirkels, ein reines und scharfes Ausziehen der Kurven, überhaupt eine genaue Manipulation bedinge, versteht sich von selbst.

Jede gesondert behandelte Holzart (vide S. 8) erhält eine eigene, Haupt- und Nebenbestand für jede Holzart aber, erhalten eine gemeinschaftliche Kurve.

Bezüglich auf die jedesmalige Wahl der Maßstäbe für die Kurven, werden die unter litt. E beispielweise beigelegten Skalen, welchen zu diesem Behufe auch die betreffenden Massen beige geschrieben sind, die etwaigen Zweifel lösen.

Finden sich in einer Probestfläche übergehaltene Stämme, deren Stärke bedeutend von den größeren Stämmen des übrigen dominirenden Bestandes abweicht, so wären diese, nicht selten einem weit höheren Alter angehörigen Stämme, in die Kurve des jüngeren Bestandes nicht aufzunehmen. Zur Bestimmung des Kubikgehaltes solcher Ueberbälter und ihres Alters werden sich hinlänglich genaue Anhalte in den Jahresbieben sammeln lassen, da es wegen des hohen Werthes, welchen dergleichen Stämme nicht selten haben, unzulässig erscheint, in jeder oder in den meisten Probestflächen Musterbäume für sie zu fällen. \*)

\*) Die Massenbestimmung sehr starker Nadelholzstämme wird in vielen Fällen durch die Anwendung der sogenannten Reduktionszahlen bewerkstelliget werden können, wenn zu diesem Behufe entweder an den in der Probestfläche selbst oder auf den Jahres-

Die Multiplikation der durch Interpolirung erhaltenen Massen mit den treffenden Stammzahlen des Haupt- und Nebenbestandes gibt den Gehalt der Zollklasse, die Summen dieser, mit dem Gehalt der besonders berechneten größeren Stämme, die Gesamtmasse der Probestfläche, soferne diese nur eine Holzart enthält. Bilden dagegen mehrere Holzarten den Bestand, so ist jede, wenn sie nicht im untergeordneten Verhältnisse beigemischt ist, gesondert, wie eben gezeigt, zu behandeln, für sämtliche Holzarten eine Totalsumme zu ziehen, und die Resultate auf die Normalfläche von 1 Tagewerk zu reduciren.

Die Reduktion der Massenlastern auf Raumlasten kann, wenn in dieser Beziehung nach dem, was S. 12 gesagt worden ist, in der Probestfläche Versuche angestellt worden sind,

hieben gefällten stärksten Stämmen das Verhältniß ihrer wirklichen Masse zu jener eines Kegels oder einer Walze von gleichem Durchmesser und gleicher Höhe, d. i. des Idealkegels oder der Idealwalze gesucht, und diese Reduktionszahl der Berechnung der starken Stämme, deren Durchmesser und Länge vorerst bestimmt werden muß, zu Grunde gelegt wird. Wäre zum Beispiel die Masse einer Fichte mit 4 Fuß Durchmesser, deren Höhe man durch Schätzung oder Messung mittelst eines Dendrometers inclusive des dem Reiserholze angehörenden Gipfelfstückes auf 130' bestimmte, zu ermitteln, und die stärkste gefällte Fichte zu 24" Durchmesser stelle in der Wirklichkeit 189,0 Kubikfuß während der Idealkegel derselben mit 24 Zoll Durchmesser und 121'

Höhe (mit dem Gipfelfstück)  $\frac{4 \cdot 52 \times 121}{3} = 182,3$  Kubikfuß

hält, so wäre die Reduktionszahl für diesen Stamm  $182,3 : 189,0 = 1 : x$  oder 1,037

Der dem zu kubirenden Stamme entsprechende Kegel berechnet sich auf  $\frac{12,57 \times 130}{3} = 544,7$ ; die Masse des vierschubigen

Stammes also auf  $544,7 \times 1,037 = 564,9$  Kubikfuß

Eigentlich wäre hierbei auch die Masse des Gipfelfstückes des gefällten stärksten Stammes (im obigen Beispiele der 24"öllige) mit in Berechnung zu ziehen. Zu dem vorliegenden Zwecke kann jedoch, bei der Geringfügigkeit der sich ergebenden Differenz, hiervon Umgang genommen werden.

zum Behufe deren Anwendung bei der Forstbeschreibung, in dem Formular litt. D angegeben, oder auch besonders notirt werden. \*)

Ermittel. d.  
Bestandes-  
alters u. des  
durchschnitt.  
Zuwachses.

### §. 16.

Wenn sich Gesamtalter und Wachstumszeit der Musterbäume verschieden gezeigt haben, so ist dieser Unterschied auch in der Berechnungstabelle (litt. D) festzubalten, und es muß in die Rubrik Alter bei den einzelnen Musterbäumen Behufs der Berechnung des durchschnittlichen Alters der Probeflächen zwar nur die Wachstumszeit, wie solche auf dem Stocke, nach Abzug jener Jahre, welche der Baum im Drucke stand, erscheint, vorgetragen (vide vorhin §. 10), unter diese aber pro nota und zwischen Klammern die Dauer dieses Druckes bemerkt werden.

\*) Solche einzelne Versuche sind übrigens nur als Beiträge zu den umfassenderen Ermittlungen zu betrachten, welche mit Benützung der jährlichen Stiebe angestellt werden müssen, um der instruktionsmäßigen Bestimmung von 1830 § 15 ad §. 24 gehörig Genüge zu leisten. — Der hieraus sich ergebende allgemeine Durchschnitt, resp. die zu ermittelnde allgemeine Verhältnisszahl für ein ganzes Revier oder einen Wirthschafts-Komplex sind es denn auch, welche angewendet werden müssen, um — im Hinblick auf die ausdrückliche Bestimmung der Instruktion §. 28 ad 5 und auf andere, damit in Verbindung stehende — den Massengehalt der Probeflächen, per Tagwerk sowohl, als im Ganzen in Normal-Raumlasten zu reduciren, und hienach die in die Periodentabelle Nr. 6 einzustellenden Erträge der einzelnen Unterabtheilungen u. zu berechnen. — Es kann sonach nicht gemeint sein, daß diese Reduktion für jeden Bestand insbesondere, mittelst der speziellen Verhältnisszahl bewirkt werden solle, welche sich aus dem in demselben angestellten Versuche ergeben hat.

Ueber das Verfahren zur Erforschung des Massengehaltes der verschiedenen Sortimenten, welcher, gemäß der oben angezogenen Bestimmung der Instruktion, in der generellen Beschreibung angegeben werden soll, wurde in dem Anhange besondere Anleitung für diejenigen angefügt, denen sie etwa erwünscht sein könnte, wenn sie sich nicht bereits andere, zu eben dem Zwecke führende, Manipulationen eigen gemacht haben.

Das Bestandesalter selbst wird aus der Wachstumszeit der zahlreicheren und stärkeren Stammklassen des Hauptbestandes, mit Ausschluß der geringsten und der etwa vorkommenden stärksten älteren Stämme bestimmt. Das arithmetische Mittel des Alters der diesen Bedingungen entsprechenden Musterbäume dürfte bei Ermittlung des Durchschnittsalters für jede Holzart und die ganze Probestfläche in der Regel genügen. \*)

Extreme, die an dem einen oder anderen dieser Musterbäume sich zeigen sollten, bleiben ganz außer Rechnung. Ein gleiches Verfahren hat bei den übergehaltenen Stämmen, die nicht selten ein doppeltes, ja dreifaches Umtriebsalter zu erreichen bestimmt sind, statt zu finden, und es bleibt ihr Alter bei Bestimmung des Alters für den dominirenden Be-

---

\*) Da es wohl keinem Zweifel unterliegt, daß der bisherige Durchschnittszuwachs eines Bestandes gleich sei der Summe des Durchschnittszuwachses seiner einzelnen Stämme, resp. Stammklassen, so wird das Bestandesalter am genauesten durch Division der Summe der Durchschnittszuwächse der einzelnen Zollklassen in die Gesamtmasse aller Stämme ermittelt. Aus Berechnungen welche auf größere Versuche, auf die Ergebnisse vieler Probestflächen gestützt worden sind, hat sich aber ergeben, daß das Bestandesalter, welches sich aus dem arithmetischen Mittel des Alters der einzelnen Musterbäume entziffert, demjenigen am nächsten stehe, welches mittelst der Durchschnittszuwächse erhalten wird, und zwar so nahe, daß dieses Verfahren nicht allein, wie oben gesagt ist, in der Regel genügen, sondern auch, wegen der ungleich leichteren Berechnungsweise, und weil bei aller Sorgfalt das Bestandesalter bis auf etliche Jahre hin doch nicht mit mathematischer Gewißheit zu ermitteln ist, auf der andern Seite so kleine Differenzen doch einen wesentlichen Einfluß nicht üben, — in praktischer Beziehung den Vorzug verdienen dürfte. — Es hat sich ferner ergeben, daß das geometrische Mittel, welchem die Producte des Alters der Musterstämme und die Stammzahl der Zollklassen zu Grunde gelegt wird, ein geringeres, dagegen das geometrische Mittel aus Alter und Masse der Zollklassen ein höheres Resultat liefern, wenigstens in allen jenen Fällen, wo nicht Alter und Stammzahl eines Bestandes in Verhältnissen sich darstellen, die der allgemeinen Regel entgegenlaufen.

stand, nach welchem die Wirthschaft sich vorzugsweise zu richten hat, ebenfalls außer Rechnung.

Zur Bestimmung des bisherigen jährlichen Durchschnittszuwachses für den Hauptbestand mit Ausschcheidung des Nebenbestandes, sind die Massen des dominirenden Bestandes von jenen der übergehaltenen Stämme gesondert zu halten, beide mit ihrem entsprechenden mittleren Alter zu dividiren, die Summen der Quotienten als jährlicher Durchschnittszuwachs für den Hauptbestand anzunehmen, und diese Ermittlung in Tabelle D. ersichtlich zu machen. Als Alter resp. Wachstumszeit des Bestandes wird aber dennoch nur jenes des dominirenden Bestandes angegeben.

In eigentlichen Plänterwaldungen, die alle Altersklassen in ein und demselben Bestande aufzuweisen haben, würden analoge Berechnungen leicht zu Verwickelungen führen, und es mag hier lediglich das Alter jener Stammklassen, durch welche der künftige Abtrieb hauptsächlich bedingt ist, als Durchschnittsalter des Bestandes angenommen werden.

Zusammenstellung der Resultate.

#### §. 17.

Die Resultate der Probeflächen müssen zu weiterem Gebrauche in eine Zusammenstellung gebracht werden, welche die nöthigen Rubriken für die Bezeichnung der Distrikte, Ab- und Unterabtheilungen, für eine möglichst gedrängte Beschreibung des Bodens, der Lage und des Holzbestandes, für die Angabe der vorherrschenden Holzart, der Bonität resp. der Productivität des Bodens und des derselben entsprechenden Haubarkeitsertrages, der Wachstumszeit, der Stammzahlen und des Massengehaltes am Haupt- und Nebenbestand, für den jährlichen Durchschnittszuwachs per Tagwerk, den Kubikgehalt der Raumflaster, und endlich für Bemerkungen enthält. Die normalen Probeflächen werden durch Unterstreichung, oder auf irgend eine andere beliebige Weise kenntlich gemacht.

Da es nur in jenen Fällen, wo sehr viele Versuche zu Gebote stehen, möglich sein wird, vollständige Ertragstafeln

zu construiren, es aber dennoch eine der Hauptaufgaben der Forsteinrichtung bleibt, die Umtriebszeiten auf jede zulässige Weise näher zu begründen, und dieses vorzugsweise durch Vergleichung der jährlichen Durchschnittszumachse in den verschiedenen Altersperioden, namentlich jenen, die dem wahrscheinlichen Umtriebsalter näher stehen, geschehen kann, so können die auf's Tagwerk reducirten Ergebnisse der hiezu geeigneten Probestflächen, d. h. solcher, wo das Ertragsvermögen der Ertragsfähigkeit entspricht (S. 2.) oder sich hinlänglich nähert, hinsichtlich des Alters und der Masse des Hauptbestandes nach Altersabstufungen von 10 zu 10 oder 12 zu 12 Jahren zusammenstellt, für jede solche Abstufung das arithmetische Mittel für Alter und Masse, und durch Division von jenem in diese der Durchschnittszumachse gesucht werden, wie in der Beilage F. exemplificirt ist. — Aus einer Ver- Beil. Lit. F. gleichung dieser Ergebnisse in den verschiedenen Altersperioden werden sich, unter der erforderlichen Bedachtnahme auf die Nebenbestandeserträge, gute Behelfe zur Bestimmung der vortheilhaftesten Umtriebszeit ableiten lassen.

Wären die Bonitätsverhältnisse für das Revier oder den Wirthschaftscomplex, für welchen diese Recherchen gepflogen werden, sehr verschieden, so müßten die Versuche, — zum Behuf der Ermittlung der anzunehmenden Betriebsklassen, — in 2 oder 3 Abtheilungen gebracht, und jede gesondert, wie oben gezeigt, behandelt werden.

Daß die Ergebnisse einzelner weniger Versuche zu keinem verlässigen Resultate führen, und daß eine Trennung nach Holzarten stattfinden müsse, versteht sich wohl von selbst.

#### §. 18.

Mittel- und  
Niederwald.

Bei gegenwärtiger Anleitung hatte man vorzugsweise die Aufnahme von Probestflächen in Hochwaldungen im Auge.

In Mittelwaldungen kann die Ermittlung der Massen des Oberholzes, soferne die Bestandsverschiedenheiten nicht sehr von einander abweichen, durch Probestflächen, welche auf ähnliche Weise, wie für die Hochwaldungen ange-



legt werden, stattfinden. Doch ist die Sonderung der Stämme nach Alters- resp. Oberholzklassen, so weit sie sich nach der äußeren Beschaffenheit derselben beurtheilen läßt, nicht außer Acht zu lassen.

In Beständen, deren Oberholz sehr ungleich vertheilt ist, wird man immer besser thun, die Auszählung über die ganze Fläche auszudehnen.

Das Unterholz in Mittel- und Niederwaldungen (noch mehr das Buschholz) wird sich weit verlässiger nach wirklichen Schlagführungsergebnissen einschätzen lassen. Probe-  
flächen liefern hier nur selten sichere Anhaltspunkte.

---

## A n h a n g.

### Von der Bestimmung des Holzmassengehaltes der Raumlasten und Wellen.

Bei Scheitholzlasten läßt sich der wirkliche Holzgehalt leicht ermitteln, wenn die Walzen (Scheitlängen, Trümmen, Drehlinge) vor ihrer Spaltung und Aufmachung in Lasten mit der Baumfluppe in der Mitte gemessen, und als abgefürzte parabolische Regel, wie in vorstehender Anleitung angegeben worden ist, fubirt werden.

Bei Ast- und Prügelholzlasten kann zwar dasselbe Verfahren Anwendung finden, wird jedoch theils der großen Anzahl der Stücke, theils ihrer Unregelmäßigkeit wegen viele Zeit in Anspruch nehmen, überhaupt minder genaue Resultate liefern, als die Massenbestimmung mittels Wasser.

Für Stock- und Reißholz läßt sich der Kubikgehalt ohne-  
hin nur durch letztere Methode genau ermitteln.

Die Massenbestimmung mittels Wasser kann auf folgende Weise entweder in einer gewöhnlichen Wanne, oder in einem eigens hiezu gefertigten parallelepipedischen Kasten, dessen Größe

nach der Länge und Stärke der zu messenden Holzstücke zu bestimmen ist, bewerkstelliget werden. An einer Seite des Gefäßes wird ein Maßstab angebracht, der das Steigen oder Sinken des Wassers im Gefäße in der Art angibt, daß durch ihn jede Mehrung oder Minderung der Wassermasse um Zehntelskubikfuß abgelesen werden könne. An der Skale kann zur Erleichterung des Ablesens des Wasserstandes ein mit einem Zeiger versehener Schwimmer angebracht werden.

Die Theilung läuft an der Skale von unten nach oben, und wird am leichtesten bestimmt, wenn man in dem horizontal gestellten Kasten die Wassermasse von Kubikfuß zu Kubikfuß mittels eines genau abgemessenen Gefäßes (am besten eines abgefürzt-kegelförmigen Kübels, der oben enger ist, als unten) mehret, und den jedesmaligen Stand bezeichnet. — Der Abstand zwischen den ganzen Kubikfüßen läßt sich mit dem Zirkel in zehn Theile theilen, wodurch Zehntelskubikfüße für die Skale erhalten werden. Kleinere Theile können mit freiem Auge geschätzt werden. In einem Kasten von genau parallelepipedischer Form läßt sich die Skale auch berechnen, und der Abstand der Theilstriche, welcher einer Mehrung von einem Kubikfuß im Gefäße entspricht, wird immer der so vielste Theil eines Fußes sein, als die innere Grundfläche des Kastens Quadratfuß halt, z. B. der Kasten wäre im Lichten 4' lang, 3' breit, 3' hoch, so würde die innere Grundfläche  $4 \times 3 = 12$  Quadratfuß halten, und jeder in den Kasten geschüttete Kubikfuß Wasser, würde den Wasserspiegel in demselben um  $\frac{1}{12}$  Fuß oder 8,33 Dezimal-Linien erhöhen.

Zur Festhaltung der Holzstücke unter dem Wasserspiegel läßt sich leicht eine Vorrichtung anbringen, muß aber bei der Inhaltsbestimmung des Kastens und der Graduirung der Skale in Rechnung gezogen werden.

Behufs der Holzmassenbestimmung selbst wird der Kasten so weit mit Wasser gefüllt, daß voraussichtlich die Holzstücke, die man sofort einlegen will, ganz unter Wasser gebracht werden können; — die etwa zur Festhaltung des Holzes unter

dem Wasserspiegel zu verwendenden Latten werden unter Wasser gesetzt und der Stand der Skale notirt; dann die zu messenden Holzstücke im Wasser untergetaucht, und der nunmehrige Stand aufgezeichnet. Die Differenz zwischen diesem und dem ersten gibt den Massegehalt der eingelegten Holzstücke. Sobald diese herausgenommen, wird der Stand des Wassers abermals notirt, eine zweite Parthie Holz untergetaucht, wieder abgelesen u. s. f.

Gut ist es, den Kasten in der Nähe eines Brunnens oder Baches aufzustellen, um das von Zeit zu Zeit nöthige Wasser zum Nachfüllen bei der Hand zu haben.

---

*Bridge Lth. A.*




--	--

Barings Lill. A.









Beilage Litt. C.

zur Bestimmung zehnteiligen Maas.



115	96.8	—
—	0.84	—



# ormaligen Holzvorrath

109 bis 120		v
Alter.	Vorrath in Mgflst.	Ver- such No.
116	97.6	9
118	101.7	10
109	83.3	17
115	101.4	52
116	95.0	53
114	96.4	69
114	101.5	72
116	97.7	73
117	98.7	83
120	100.0	84
118	96.4	96
112	91.9	104
120	115.3	115
110	85.2	127
120	91.3	135
114	94.7	136
1849	1548.1	16
115	96.8	—
—	0.84	—















3 2044 102 806 092

